

HPM 27/2020

# HISTORISCH- POLITISCHE MITTEILUNGEN

ARCHIV FÜR  
CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE  
POLITIK

böhlau

böhlau

27 / 2020











# HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN

## Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Im Auftrag der  
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

herausgegeben von

Michael Borchard, Thomas Brechenmacher, Günter Buchstab,  
Hans-Otto Kleinmann und Hanns Jürgen Küsters

27. Jahrgang  
2020

Böhlau Verlag Wien Köln Weimar

HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN  
Archiv für Christlich-Demokratische Politik  
27. Jahrgang 2020

Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
herausgegeben von

Dr. Michael Borchard, Prof. Dr. Thomas Brechenmacher, Dr. Günter Buchstab,  
Prof. Dr. Hans-Otto Kleinmann und Prof. Dr. Hanns Jürgen Küsters  
Redaktion: Dr. Wolfgang Tischner, Dr. Christopher Beckmann

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Wissenschaftliche Dienste / Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Rathausallee 12

D-53757 Sankt Augustin

Tel. 02241 / 246 2240

Fax 02241 / 246 2669

E-Mail: [zentrale-wd@kas.de](mailto:zentrale-wd@kas.de)

Internet: [www.kas.de](http://www.kas.de)

© 2020 by Böhlau Verlag GmbH & Cie. KG

Lindenstr. 14, D-50674 Köln

[www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com](http://www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com)

Alle Rechte vorbehalten.

Satz: SchwabScantechnik, Göttingen

Druck: ☉ Hubert & Co. GmbH & Co. KG BuchPartner, Göttingen

ISSN: 0943-691X

ISBN: 978-3-412-52147-9

Bezugsbedingungen:

Erscheinungsweise: jährlich. Fragen sind zu richten an den Leserservice

Brockhaus Commission, Kreidlerstr. 9, D-70806 Kornwestheim,

Tel.: (0 71 54) 13 27 92 19, E-Mail: [r.haeusler@brocom.de](mailto:r.haeusler@brocom.de). Preise und weitere

Informationen unter [www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com](http://www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com)



## Inhalt

### AUFSÄTZE

- Jan Markert* ..... 5  
Wider die „Coalition der Jesuiten und Ultramontanen und Revolution“,  
Kaiser Wilhelm I. und die Zentrumsparlei
- Caroline Galm* ..... 27  
Integrative „Beziehungsarbeit“: Augusta von Preußen und ihr politischer  
Umgang mit der katholischen Bevölkerung
- Jonas Roch* ..... 51  
„Wir dürfen nie verzagen, nie klagen, dann kommt auch für mich der Tag  
der Freiheit.“ Zum Leben und Wirken von Carl Schulze in zwei deutschen  
Diktaturen
- Julius Trugenberger* ..... 83  
Der Theologe und Intellektuelle unter den Politikern: Eugen Gerstenmaier  
als Schüler Friedrich Brunstäds und Emil Brunners
- Matthias Stickler* ..... 117  
70 Jahre Unterzeichnung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen.  
Anmerkungen zu einem oft missverstandenen Dokument
- Günter Buchstab* ..... 133  
Die Whistleblower von 1970 – Die Enthüllung des geheimen „Bahr-  
Papiers“. Zur Vorgeschichte des Moskauer Vertrags zwischen der Sowjet-  
union und der Bundesrepublik Deutschland
- Martin Falbisoner* ..... 153  
Netzpolitik vor dem World Wide Web. Die CDU, das Kabelfernsehen  
und der Bildschirmtext
- Guido Hitze* ..... 181  
Am Anfang war Weimar. Alte und neue Erkenntnisse und Quellen zur  
Neubildung der Länder nach 1945 unter besonderer Berücksichtigung  
Nordrhein-Westfalens

## MISZELLE

- Rudolf Morsey* ..... 265  
 Heinrich Brüning privat in Köln 1951–1955

## DIE ÄRA KOHL IM GESPRÄCH

XVIII. „Vergangenheitsbewältigung“ oder Erinnerungskultur?  
 Helmut Kohl und der Umgang mit der deutschen Geschichte in der  
 Bundesrepublik der 1980er und 1990er Jahre

- Horst Möller* ..... 283  
 Helmut Kohl – Geschichtsbewusstsein und Geschichtspolitik

- Michael Borchard* ..... 299  
 „Die Gnade der späten Geburt“ – ein missinterpretierter Satz und  
 das Geschichtsbild von Helmut Kohl

- Ulrich Lappenküper* ..... 315  
 Verdun als historisches Symbol: Helmut Kohl und François Mitterrand

- Günter Buchstab* ..... 337  
 Die Edition der Bundesvorstandsprotokolle der CDU als Quelle  
 der Ära Kohl

## WÜRDIGUNG

- Jürgen Rüttgers* ..... 347  
 Bernhard Worms zum 90. Geburtstag

## NEUERSCHEINUNGEN ZUR CHRISTLICHEN DEMOKRATIE .... 367

- Abstracts – Résumés – Zusammenfassungen ..... 375

- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Bandes ..... 391



## AUFSÄTZE

### Wider die „Coalition der Jesuiten und Ultramontanen und Revolution“. Kaiser Wilhelm I. und die Zentrumsparlei

Jan Markert

#### I.

Die Nachricht der Ergebnisse der Reichstagswahl vom 10. Januar 1877 schlug im Berliner Kaiserpalais wie eine Bombe ein. „Die neuesten Wahlen haben den alten Herren sehr entsetzt“, berichtete Albrecht von Stosch, Chef der Kaiserlichen Admiralität. „Der Begriff der Stellung hoch über den Parteien, ist einem Kinde seiner Zeit unmöglich.“<sup>1</sup> Die katholische Zentrumsparlei hatte mit knapp 25 % Stimmenanteil zwar geringe Verluste gegenüber der Wahl 1874 erlitten. Das Wahlergebnis machte jedoch deutlich, dass sich die Partei nicht einmal sieben Jahre nach ihrer Gründung als zweitstärkste Fraktion im Reichstag des jungen deutschen Kaiserreichs hatte etablieren können. Und das trotz – oder aufgrund – der seitens der Reichsleitung betriebenen Kulturkampfpolitik gegen den „Ultramontanismus“.<sup>2</sup> Kaiser Wilhelm I. betrachtete diese Entwicklung mit größter Besorgnis. Sein Verhältnis zur Zentrumsparlei kann dabei als kritisch bis durchaus feindlich bezeichnet werden. Geprägt war diese Sichtweise einerseits durch eine politisch wie theologisch motivierte Ablehnung von Papsttum

- 1 Albrecht von Stosch an Gustav Freytag, 25. Januar 1877, in: Winfried Baumgart (Hg.): General Albrecht von Stosch. Politische Korrespondenz 1871–1896 (Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts 70). Oldenburg 2014, S. 183.
- 2 Die Geschichte der Zentrumsparlei im jungen deutschen Kaiserreich darf unter dem Aspekt des Verhältnisses der Regierung Bismarck zum politischen Katholizismus als erschöpfend erforscht und detailliert beschrieben gelten. Siehe hierzu insbesondere Erich Schmidt-Volkmar: Der Kulturkampf in Deutschland 1871–1890. Göttingen 1962; David Blackburn: Die Zentrumsparlei und die deutschen Katholiken während des Kulturkampfes und danach, in: Otto Pflanze (Hg.): Innenpolitische Probleme des Bismarck-Reiches (Schriften des Historischen Kollegs. Kolloquien 2). München/Wien 1983, S. 73–94; Rudolf Morsey: Bismarck und das Zentrum, in: Lothar Gall (Hg.): Otto von Bismarck und die Parteien (Otto-von-Bismarck-Stiftung. Wissenschaftliche Reihe 3). Paderborn u. a. 2001, S. 43–72; Christoph Nonn: Bismarck und der Politische Katholizismus, in: Andreas Linsenmann/Markus Raasch (Hg.): Die Zentrumsparlei im Kaiserreich. Bilanz und Perspektiven. Münster 2015, S. 241–260; Ulrich Lappenküper: „Nach Canossa gehen wir nicht“. Otto von Bismarck und der preußisch-deutsche Kulturkampf, in: Ders./André Ritter/Arnulf von Scheliba (Hg.): Europäische Kulturkämpfe und ihre gegenwärtige Bedeutung (Otto-von-Bismarck-Stiftung. Wissenschaftliche Reihe 24). Paderborn 2017, S. 183–206.

und Katholizismus. Andererseits sah er durch die Veränderungen der Parteienlandschaft des Reichstags den Fortbestand der monarchischen Herrschaft im Reich und in Preußen gefährdet.

Person und Politik Wilhelms I. wurden und werden seitens der historischen Forschung meist zugunsten einer bismarckzentrierten Perspektive marginalisiert. Der erste Deutsche Kaiser verschwand bereits kurz nach seinem Tod 1888 im Schatten des „Eisernen Kanzlers“ Otto von Bismarck.<sup>3</sup> Eine eingehende wissenschaftliche Darstellung von Wilhelms Leben und Herrschaft stellt bis heute ein Desiderat dar.<sup>4</sup> Dass sich der Monarch nach 1871 mit einer vermeintlich passiven Beobachterrolle begnügte, während allein Reichskanzler Bismarck aktiv die Regierungsgeschäfte leitete und gestaltete, lässt sich aus den Quellen nicht rechtfertigen. Auch im hohen Alter blieb Wilhelm I. ein eigenständiger politischer Akteur, der mehr als gewillt war, die im neuen gesamtdeutschen konstitutionellen System verbliebenen monarchischen Prärogativen auszuüben und zu verteidigen. Bismarck war stets um das „Allerhöchste Vertrauen“ seines Souveräns bemüht, stellte doch die kaiserliche Autorität seine

- 
- 3 Diese Darstellung lässt sich bis zu Erich Marcks erstmals 1897 veröffentlichter populärer Kaiserbiographie zurückverfolgen. Vgl. Erich Marcks: *Kaiser Wilhelm I.* 9. Aufl. Hg. von Karl Pagel. Berlin 1943. Wolfgang Neugebauer bezeichnet Marcks daher nicht zu Unrecht als „Verfasser einer noch heute nicht ersetzten Biographie Wilhelms I.“ Wolfgang Neugebauer: *Preußen in der Historiographie. Epochen und Forschungsprobleme der preußischen Geschichte*, in: Ders. (Hg.): *Handbuch der preußischen Geschichte. Bd. I. Das 17. und 18. Jahrhundert und große Themen der Geschichte Preußens*. Berlin/New York 2009, S. 3–112, hier 34f.
- 4 Beispielhaft verzichtet die jüngst von Robert-Tarek Fischer verfasste Biographie Wilhelms I. durchgehend auf eine Verwendung der umfangreichen archivalischen Privatkorrespondenz des Monarchen, was zu zahlreichen fehlerhaften und falschen Argumenten hinsichtlich dessen Person und Politik führt. Fischer porträtiert Wilhelm in erster Linie als „Soldatenkönig“, dessen Einfluss hauptsächlich in militärischen Fragen spürbar gewesen sei. Vgl. Robert-Tarek Fischer: *Wilhelm I. Vom preußischen König zum Deutschen Kaiser*. Köln u. a. 2020. Guntram Schulze-Wegeners 2015 veröffentlichte populärwissenschaftliche Biographie fußt lediglich auf einer lückenhaften Auswahl gedruckter Quellen. Vgl. Guntram Schulze-Wegener: *Wilhelm I. Deutscher Kaiser. König von Preußen. Nationaler Mythos*. Hamburg 2015. Der Verfasser dieses Beitrags bereitet derzeit im Rahmen seiner Dissertation eine wissenschaftlich fundierte Biographie des ersten Hohenzollernkaisers mit einem Hauptfokus auf dem Zeitraum 1840 bis 1866 vor. Für die hier erörterte Thematik siehe ergänzend Bernt Satlow: *Wilhelm I. als summus episcopus der altpreußischen Landeskirche. Persönlichkeit, Frömmigkeit, Kirchenpolitik*, Dissertation. Halle 1960 [maschinenschriftlich]; Karl Heinz Börner: *Wilhelm I. Deutscher Kaiser und König von Preußen. Eine Biographie*. Berlin 1984. Satlow wie Börner nutzen in Teilen den umfangreichen archivalischen Nachlass Wilhelms I. für ihre Analysen, folgen jedoch unkritisch einem tradierten bismarckzentrischen Narrativ (Satlow) beziehungsweise einem dezidiert marxistisch-leninistischen Geschichtsverständnis (Börner). Daniel Scholaster (Albrecht-Ludwigs-Universität Freiburg i. Br.) analysiert derzeit im Rahmen seiner Dissertation (*Zwischen Thron und Altar – Wilhelm I. als summus episcopus*) das Kirchenregiment Wilhelms I.



einzigste Machtbasis dar.<sup>5</sup> Der Kulturkampf etwa, der das Verhältnis von Krone, Regierung, Zentrum und Katholiken im Kaiserreich entscheidend prägte, war nur möglich, da der Kaiser diesen ersten innenpolitischen „Präventivkrieg“<sup>6</sup> seines Kanzlers mittrug. Hier lässt sich beispielhaft darstellen und analysieren, wie Wilhelm seine politische Rolle nach 1871 auffasste und ausfüllte. Im Folgenden werden die Gründe analysiert, die den Monarchen dazu bewogen, einen langjährigen Konflikt mit dem Katholizismus zu führen. Dabei soll hervorgehoben werden, dass das Verhältnis des ersten Hohenzollernkaisers zur Zentrumsparterie in vielerlei Hinsicht charakteristisch für dessen Position und Auftreten gegenüber Reichstag und Reichstagsfraktionen war – und dass letztendlich Wilhelm I. eine größere Rolle in der Geschichte und Entwicklung des deutschen Parlamentarismus des 19. Jahrhunderts spielte, als bislang dargestellt.

- 5 Zur politischen Stellung Wilhelms I. nach 1871, seinem Verhältnis zu Bismarck und seinem Einfluss innerhalb der Reichsleitung – am Beispiel der Außenpolitik – siehe ausführlich Jan Markert: *Es ist nicht leicht, unter Bismarck Kaiser zu sein? Wilhelm I. und die deutsche Außenpolitik nach 1871* (Friedrichsruher Beiträge 51). Friedrichsruh 2019. Das System Bismarck war keineswegs charismatischer Natur und Legitimität, wie es prominent von Hans-Ulrich Wehler dargestellt wurde. Vgl. Hans-Ulrich Wehler: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 3: Von der ‚Deutschen Doppelrevolution‘ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849–1914. München 1995, S. 849–864. Stattdessen gründete die Machtposition des Reichskanzlers allein auf der traditionellen Herrschaft der Hohenzollernmonarchie, wie die neuere Forschung überzeugend argumentiert. Vgl. Christian Jansen: *Otto von Bismarck. Modernität und Repression, Gewalttätigkeit und List. Ein absolutistischer Staatsdiener im Zeitalter der Massenpolitik*, in: Frank Möller (Hg.): *Charismatische Führer der deutschen Nation*. München 2004, 63–83; Hartwin Spenkuch: *Preußen – eine besondere Geschichte. Staat, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur*. Göttingen 2019, S. 214–216. Die Herrschaftspraxis Wilhelms I. während der Kaiserzeit ist zudem Thema einer jüngst von Frederik Frank Sterkenburgh (Universität Utrecht) verfassten Dissertation (*William I and monarchical rule in Imperial Germany, 1871–1888*), deren Publikation derzeit vorbereitet wird. Siehe bis dahin Frederik Frank Sterkenburgh: *Revisiting the ‚Prussian triangle of leadership‘. Wilhelm I and the military decision-making process of the Prussian high command during the Franco-Prussian War, 1870–71*, in: Martin Claus/Christoph Nübel (Hg.): *Militärisches Entscheiden. Voraussetzungen, Prozesse und Repräsentationen einer sozialen Praxis von der Antike bis zum 20. Jahrhundert* (Krieg und Konflikt 9). Frankfurt a. M./New York 2020, S. 430–454; Ders.: *Staging a monarchical-federal order. Wilhelm I as German Emperor*, in: *German History* [erscheint 2021]; Ders.: *Royal entries in nineteenth century Germany. Emperor Wilhelm I and the staging of authority, 1848–1888*, in: Eva Giloi (Hg.): *Staging Authority*. Berlin [erscheint 2021].
- 6 Rudolf Morsey: *Der Kulturkampf. Bismarcks Präventivkrieg gegen das Zentrum und die katholische Kirche*, in: Manfred Weitlauff (Hg.): *Kirche im 19. Jahrhundert* (Themen der Katholischen Akademie in Bayern). Regensburg 1998, S. 163–185.

## II.

Als tief überzeugter Protestant stand Wilhelm der katholischen Kirche Zeit seines Lebens mit persönlicher Ablehnung gegenüber.<sup>7</sup> Wie Karl von Wilmowski, als Chef des Geheimen Civilkabinetts ein langjähriger persönlicher Mitarbeiter des Kaisers, sich erinnerte, machte der Herrscher zwar „zwischen Evangelischen und Katholischen als Persönlichkeiten gar keinen Unterschied, er hatte unter letzteren sehr vertraute Personen, welche er hoch schätzte“, doch „widerstrebte ihm der Katholizismus als solcher durchaus; über Messe, Gottesdienst, kirchliche Gebräuche äußerte er sich ablehnend“.<sup>8</sup> Dass im gemischtkonfessionellen Preußen religiöse Streitfragen stets Gefahr liefen, politische Brisanz zu gewinnen, war Wilhelm bewusst. Die „konfessionellen Aufregungen sind [...] die schlimmsten“, argumentierte er, „weil sie den gemeinen Mann angehen, der von politischen Umtrieben nichts weiß. Wie leicht ist es aber, das Volk aufzuregen zu politischen Zwecken, wenn man ihnen die Religion als gefährdet schildert.“<sup>9</sup>

In seinen Augen wurde der Konfessionsfriede 1870 durch zwei Ereignisse nachhaltig gestört: Die Verkündung des als anachronistisch empfundenen Infallibilitätsdogmas durch Papst Pius IX. im Zuge des Ersten Vatikanischen Konzils und die Eroberung des Kirchenstaats durch das Königreich Italien, die sogenannte römische Frage. In mehreren Bittschriften wurde der Monarch im Namen der preußischen und deutschen Katholiken öffentlich aufgefordert, sich für die Wiederherstellung der päpstlichen Territorialherrschaft einzusetzen.<sup>10</sup> Königin Augusta warnte ihren Ehemann eindringlich, die Annexion des Kirchenstaates drohe „der Revolution Vorschub zu leisten. Man hofft immer noch auf Deinen Einfluß zugunsten des Kirchenstaats und der katholischen Bevölkerung Deutschlands!“<sup>11</sup> Wilhelm argumentierte scharf dagegen, „die Schroffheit des katholischen Kirchenregiments ist so wenig mit dem fortschreitenden Geist der Zeit vereinbar, daß das Conzil und die Infallibilitäts-Erklärung so zu sagen dem Faß den Boden ausstieß“. Pius IX. trüge selbst die Verantwortung für sein Schicksal, „der gänzliche Mangel an Sympathien im [...] Kirchenstaates für den

7 Siehe ausführlich Satlow: Wilhelm I. als summus episcopus, S. 35–41.

8 Gerhard Besier (Hg.): Die ‚Persönlichen Erinnerungen‘ des Chefs des Geheimen Zivilkabinetts, Karl von Wilmowski (1817–1893), in: Jahrbuch für Berlin-Brandenburgische Kirchengeschichte 50 (1977), S. 131–185, hier 146.

9 Wilhelm (I.) an Zarin Alexandra Fjodorowna, 24./28. März 1845, in: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA PK), Brandenburg-Preußisches Hausarchiv (BPH), Rep. 51 J, Nr. 511a, Bd. 2, Bl. 209.

10 So beispielsweise durch die St. Michaelsbruderschaft zu Münster in einem Bittgesuch vom 10. Oktober 1870. Willy Real (Hg.): Katholizismus und Reichsgründung. Neue Quellen aus dem Nachlaß Karl Friedrichs von Savigny. Paderborn u. a. 1998, S. 149 f.

11 Königin Augusta an Wilhelm I., 18. September 1870, in: Adelheid Constabel (Hg.): Die Vorgeschichte des Kulturkampfes. Quellenveröffentlichung aus dem Deutschen Zentralarchiv (Schriftenreihe der staatlichen Archivverwaltung 6). Berlin 1956, S. 29.

Papst beweiset, wie die Volksstimmung dort ist.“<sup>12</sup> Als preußische Monarchengattin vergesse Augusta auch „unseren evangelischen Standpunkt vis à vis unserer Kirche. Die Parität welche bei uns wie in keinem anderen Staate zwischen beiden Confessionen bestehet und erhalten wird, wird durch die jetzige römische Catastrophe in keiner Art geändert, also unsere Katholiken werden nicht den geringsten Grund haben sich über mich zu beklagen.“<sup>13</sup> Für die territorialen Ansprüche des Papstes könne Berlin nicht eintreten, da „nun einmal Rom im Besitz des Königs V[iktor] E[manuel] ist und kein Hund im Kirchenstaate sich rührte dem Papst sein weltliches Besitztum zu schützen oder zu verteidigen so liegt in diesem Factum eine solche Macht, daß nur ein Krieg dasselbe ändern vermag.“ Auch die Forderung nach einem Asyl des Kirchenoberhauptes in Deutschland, die in der öffentlichen Diskussion jener Tage immer wieder auftauchte, wies er entschieden zurück, „denn wie kann man einem protestantischen Monarchen von meiner jetzigen Stellung zumuten, *dem* ein Asyl anzubieten, der durch Syllabus und Infallibilität allem Bestehenden den Krieg erklärt?“<sup>14</sup>

Zeitgleich zur Reichsgründung unter der protestantischen Hohenzollernmonarchie entstand die Zentrumsparthei, die ihrem Selbstverständnis nach nicht nur die katholische Minderheit im neuen Reich vertrat, sondern auch den Machtanspruch des Papstes gegen den italienischen Staat auf der parlamentarischen Bühne in Berlin verteidigte.<sup>15</sup> Nicht nur Reichskanzler Bismarck erkannte früh, dass sich hier eine innenpolitische Oppositionspartei formierte, hinter der sich all diejenigen scharen konnten, die sich als ‚Verlierer‘ der preußischen Deutschlandpolitik betrachteten – dass, so behauptete Bismarck, „die klericale Fraktion [...] dem speziellen confessionellen Interesse jedes andere nationale und politische Interesse zum Opfer bringen will“.<sup>16</sup> Der rasche gesellschaftliche und politische Zuwachs, den die junge Partei erfuhr – den Augusta scheinbar auf die

12 Wilhelm I. an Augusta, 26. September 1870, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 509b, Bd. 15, Bl. 122.

13 Wilhelm I. an Augusta, 6. Oktober 1870, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 509b, Bd. 15, Bl. 136 f.

14 Wilhelm I. an Augusta, 27. Juni 1871, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 509b, Bd. 16, Bl. 94 ff. Siehe auch Schmidt-Volkmar: Der Kulturkampf in Deutschland, S. 16–20.

15 Zur katholischen Identität im mehrheitlich protestantischen Kaiserreich in den Gründerjahren siehe ausführlich Rudolf Lill: Die deutschen Katholiken und Bismarcks Reichsgründung, in: Theodor Schieder/Ernst Deuerlein (Hg.): Reichsgründung 1870/71. Tatsachen, Kontroversen, Interpretationen. Stuttgart 1970, S. 345–365; Rebecca Ayako Bennette: Fighting for the Soul of Germany. The Catholic Struggle for Inclusion after Unification (Harvard Historical Studies 178). Cambridge/London 2012.

16 Diesen Gedankengang auf die parlamentarische Ebene überleitend schrieb er weiter: „Die Folge davon ist, daß sie [die Zentrumsparthei] alle anderen Partheien und namentlich auch alle Katholiken, welche an der nationalen Sache festhalten, zu ihren Gegnern gemacht hat, und keine andere Unterstützung als die der hannöverschen Particularisten und der Polen findet.“ Otto von Bismarck an Georg von Werthern, 17. April 1871, in: Andrea Hopp (Hg.): Otto von Bismarck. Gesammelte Werke. Neue Friedrichsruher Ausgabe. Abteilung III: 1871–1898. Schriften, Bd. 1. Paderborn u. a. 2004, S. 56 f.; von hier an abgekürzt als NFA.

preußische Passivität in der römischen Frage zurückführte – beunruhigte auch Wilhelm. Zwar argumentierte er, „daß diese Stimmenvermehrung 10mal größer gewesen wäre, wenn wir [dem Papst gegenüber] anders gehandelt hätten, weil dann die Katholizität Aufwasser gewonnen hätten [sic!], was der größte protestantische Staat in seiner Réprésentation doch gewiß nicht wünschen kann.“<sup>17</sup> Aber er glaubte auch zu beobachten, das sich die „Ultramontanen bei uns und namentlich in Bayern [...] das Wort gegeben haben, Alles anzuwenden [...] um überall der Regierung des Reichs entgegen zu treten“.<sup>18</sup> Augusta hingegen mahnte, Berlin dürfe das Zentrum nicht in die Oppositionsrolle drängen, stattdessen solle man die Partei für den „Kampf gegen das ultra-liberale und demokratische Element im Reichstage“ nutzen.<sup>19</sup> Die Kaiserin stieß mit dieser Argumentation jedoch auf taube Ohren. Mit dem politischen Katholizismus konnte es für Wilhelm keine Zusammenarbeit geben. Er war fest davon überzeugt, „daß Ultramontane und das ‚Centrum‘ die weltliche Macht der Krone anzutasten und diese dem Pabste unterzuordnen streben“.<sup>20</sup>

Denn der Kaiser verstand das Infallibilitätsdogma Pius IX. explizit als politischen Machtanspruch. Dieses sei „nur erfunden, um die Suprematie über alles weltliche unfehlbar zu erreichen. Einer solchen Tendenz kann sich kein Monarch, er sei wes Glaubens er will, unterwerfen.“<sup>21</sup> Dies musste in seinen Augen fast automatisch Zweifel an der Loyalität preußischer und deutscher Katholiken aufkommen lassen – insbesondere derjenigen in politischen und administrativen Positionen. Im beginnenden Kulturkampfklima dauerte es nicht lange, bis Wilhelm im Juli 1871 gegenüber dem Staatsministerium die Sorge äußerte, „ob es nicht geboten oder mindestens ratsam sei, Maßnahmen zu ergreifen, um die staatlichen Verhältnisse [...] gegen die tatsächlich bereits hervortretenden mißlichen Konsequenzen des Infallibilitätsdogmas sicherzu-

17 Wilhelm I. an Augusta, 3. Dezember 1870, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 509b, Bd. 15, Bl. 213.

18 Wilhelm I. an Augusta, 28. Februar 1871, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 509b, Bd. 16, Bl. 50.

19 Augusta an Wilhelm I., 5. März 1871, in: Constabel (Hg.): Vorgeschichte des Kulturkampfes, S. 89. Wie im Falle ihres Ehemanns wurde auch Augustas politische Biographie bislang historiographisch marginalisiert und fast ausschließlich bismarckzentriert betrachtet. Derzeit erfasst und analysiert Susanne Bauer (Universität Trier) die Briefkommunikation und Korrespondenznetzwerke der Monarchin in ihrer Dissertation (Die Briefkommunikation der Kaiserin Augusta). Caroline Galm (Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i. Br.) arbeitet zudem an einer politischen Biographie Augustas; siehe hierzu ihren Beitrag in diesem Band. Begrenzt aufschlussreich für die Position der Kaiserin gegenüber der Zentrumsparterie und der Kulturkampfpolitik sind bislang Heinz Bosbach: Fürst Bismarck und die Kaiserin Augusta, Dissertation. Köln 1936, S. 53–60; Helene-Marie Conradi: Die weltanschaulichen Grundlagen der politischen Gedanken der Königin und Kaiserin Augusta, Dissertation. Göttingen 1945 [maschinenschriftlich], S. 109–116.

20 Besier (Hg.): Die ‚Persönlichen Erinnerungen‘ Karl von Wilmowskis, S. 146.

21 Wilhelm I. an Königinwitwe Marie von Bayern, 3. Oktober 1874, in: Karl Pagel (Hg.): Der Alte Kaiser. Briefe und Aufzeichnungen Wilhelms I. Leipzig 1924, S. 356.



stellen“.<sup>22</sup> Der Fortbestand der Hohenzollernmonarchie sei durch den Ultramontanismus existentiell bedroht, so der Monarch: „Der Staat im Staat ist [...] vorhanden und Alle, die dies bisher leugneten und uns ins Gesicht leugneten, handeln nur danach.“<sup>23</sup> Sogar die Armee, die traditionelle Stütze der Krone, glaubte er durch den päpstlichen Einfluss gefährdet, denn „kein Soldat kann mehr gehorsam sein, wenn sein Geistlicher und Beichtvater ihm im Namen des infalliblen Papstes die Lehre einschärft, daß er seinen Oberen und Souverain nicht mehr zu gehorchen brauche“.<sup>24</sup>

Wie eine offizielle Bestätigung dieser Befürchtungen musste ein Schreiben Pius IX. an ihn im August 1873 wirken, in welchem das Kirchenoberhaupt die „Vernichtung des Katholicismus“ in Preußen durch die antiklerikale Gesetzgebung der Regierung Bismarck beklagte, und dabei betonte: „Jeder, welcher die Taufe empfangen hat, gehört in irgend einer Beziehung oder auf irgend eine Weise [...] dem Papste an.“<sup>25</sup> Wilhelm wies diesen theologischen Herrschaftsanspruch in seinem für die Öffentlichkeit konzipierten Antwortbrief entschieden zurück; der „evangelische Glaube, zu dem ich mich [...] mit der Mehrheit meiner Untertanen bekenne, gestattet uns nicht, in dem Verhältnis zu Gott einen anderen Vermittler als unsern Herrn Jesum Christum anzunehmen.“ Die Verantwortung für den Kulturkampf trage allein das Zentrum: „Zu meinem tiefen Schmerze hat ein Teil meiner katholischen Untertanen seit zwei Jahren eine politische Partei organisiert, welche den in Preußen seit Jahrhunderten bestehenden konfessionellen Frieden durch staatsfeindliche Umtriebe zu stören sucht.“<sup>26</sup> Die Katholiken in Preußen und dem Reich dürften „nie [...] vergessen“, betonte Wilhelm, „daß die Staatsgesetze in der ganzen Welt über den kirchlichen Gesetzen stehen, was alle katholischen Geistlichen *beschwören* aber namentlich seit dem neuen Dogma nicht mehr *halten*, weil die durch 600 Priester erfundene Infallibilität alle weltlichen Pflichten sich unterordnet des 2. Heilands“.<sup>27</sup> Verächtlich sprach er von Zentrum und Klerus als denjenigen, „die ja die Religion nur zum Deckmantel für politische Umtriebe brauchen und wovon sie auch gar kein

22 Wilhelm I. an das Staatsministerium, 17. Juli 1871, in: Constabel (Hg.): Vorgeschichte des Kulturkampfes, S. 116.

23 Wilhelm I. an Augusta, 2. Juni 1872, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 509b, Bd. 17, Bl. 36.

24 Wilhelm I. an Augusta, 6. Juni 1872, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 509b, Bd. 17, Bl. 41.

25 Papst Pius IX. an Wilhelm I., 7. August 1873, in: Ludwig Hahn (Hg.): Geschichte des ‚Kulturkampfes‘ in Preußen. In Aktenstücken dargestellt. Berlin 1881, S. 130 f.

26 Wilhelm I. an Pius IX., 3. September 1873, in: Ernst Berner (Hg.): Kaiser Wilhelms des Großen Briefe, Reden und Schriften, Bd. 2. Berlin 1906, S. 293 ff. Wie der Kronprinz berichtet, ging das Konzept des Antwortschreibens an den Papst auf Bismarck zurück. Vgl. Tagebuch Kronprinz Friedrich Wilhelm, 19. September 1873, in: Winfried Baumgart (Hg.): Kaiser Friedrich III. Tagebücher 1866–1888. Paderborn u. a. 2012, S. 194.

27 Wilhelm I. an Augusta, 29. Mai 1872, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 509b, Bd. 17, Bl. 31 f.

Geheimnis machen“.<sup>28</sup> Auf dem Höhepunkt des Konflikts verdächtigte er auch Parlamentarier anderer Fraktionen, die die Regierungsmaßnahmen angriffen, dass sie im ultramontanen Sinne agierten – wie etwa den Pietisten und Konservativen Hans Hugo von Kleist-Retzow, den Wilhelm aufgrund seiner Kritik am Klostergesetz 1875 fälschlicherweise für einen Katholiken hielt.<sup>29</sup>

Der Kaiser unterstützte die Kulturkampfpolitik von Beginn an maßgeblich, obschon er die Besorgnis äußerte, dass jener Konflikt „ihm wenig Ruhm zu bringen verspricht“.<sup>30</sup> Daher wollte er ausdrücklich betont wissen, dass „dieser Kampf in keinerlei Art gegen den katholischen Glauben geht, sondern gegen die ungehorsame Klerikei, die sich bestehenden Landesgesetzen nicht unterwerfen will“.<sup>31</sup> Er glaubte sich dabei einer parteiübergreifenden politischen Unterstützung sicher: „Die enorme Majorität mit welcher die antijesuitische Resolution der Regierung überwiesen wurde bei uns“, schrieb er 1872, „beweiset wie alle Schattierungen des Reichstages, außer der berüchtigten Zentrums-Partei, einerlei Ansicht sind.“<sup>32</sup> Die populäre Auffassung, der Kulturkampf stehe in einer vermeintlichen Traditionslinie zur mittelalterlichen Rivalität zwischen römisch-deutschem Kaisertum und Papsttum – wie sie pointiert im Mai 1872 in Bismarcks Versicherung gegenüber dem Reichstag ausgedrückt wurde, „nach Kanossa gehen wir nicht – weder körperlich noch geistig!“<sup>33</sup> – machte sich auch Wilhelm zu eigen. Bereits im Juni sinnierte er gegenüber Augusta, „die päpstliche Macht wird in den ersten Jahren sehr sachte auftreten, aber der Hintergedanke ist doch, die Scene [von Canossa] zu wiederholen“.<sup>34</sup> Und im Januar 1874 erklärte er: „Mir liegt die Führung meines Volkes in einem Kampfe ob, welchen schon früher deutsche Kaiser Jahrhunderte hindurch mit wachsendem Glücke gegen eine Macht zu führen gehabt haben, deren Herrschaft sich in keinem Lande der Welt mit dem Frieden und der Wohlfahrt der

28 Wilhelm I. an Augusta, 26. September 1874, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 509b, Bd. 19, Bl. 77.

29 Wilhelm I. an Augusta, 26. Mai 1875, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 509b, Bd. 20, Bl. 19. Dass der Kaiser gerade den Pietisten Kleist-Retzow als Katholiken bezeichnete muss als bizarr bezeichnet werden, da er mit jenem während dessen Amtszeit als Oberpräsident der Rheinprovinz 1851–1858 regelmäßig persönlich interagiert hatte. Vgl. Wolf Nitschke: Junker, Pietist, Politiker – Hans Hugo v. Kleist-Retzow (1814–1892), in: Hans-Christof Kraus (Hg.): Konservative Politiker in Deutschland. Eine Auswahl biographischer Porträts aus zwei Jahrhunderten. Berlin 1995, S. 135–156, hier 143 ff.

30 Tagebuch Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, 10. Mai 1872, in: Friedrich Curtius (Hg.): Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, Bd. 2. Stuttgart/Leipzig 1907, S. 78. Zu den Positionen, die Wilhelm I. zu den einzelnen Maigesetzen bezog, siehe Satlow: Wilhelm I. als summus episcopus, S. 181–193.

31 Wilhelm I. an Marie von Bayern, 3. Oktober 1874, in: Pagel (Hg.): Der Alte Kaiser, S. 356.

32 Wilhelm I. an Augusta, 20. Mai 1872, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 509b, Bd. 17, Bl. 21.

33 Reichstagsrede Bismarcks, 14. Mai 1872, in: Wilhelm Schüßler (Hg.): Bismarck. Die gesammelten Werke. Reden, Bd. 11. Berlin 1929, S. 270.

34 Wilhelm I. an Augusta, 27. Juni 1871, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 509b, Bd. 16, Bl. 96.

Völker verträglich erwiesen hat, und deren Sieg in unseren Tagen die Segnungen der Reformation, der Geistesfreiheit und die Autorität der Gesetze nicht bloß in Deutschland in Frage stellen würden.<sup>35</sup> Dass der Kulturkampf kein auf Deutschland begrenztes, sondern vielmehr ein gesamteuropäisches Konfliktphänomen zwischen Nationalstaaten und katholischer Kirche im ausgehenden 19. Jahrhunderts darstellte, bestärkte den Monarchen in seiner kompromisslosen Haltung.<sup>36</sup> Auf internationalem Parkett wollte er dem politischen Katholizismus in Form des Dreikaiserabkommens zwischen Berlin, St. Petersburg und Wien entgegentreten, „indem die Jesuiter Gelüste sich doch vor solcher Dreifachheit in acht nehmen werden“.<sup>37</sup>

Trotz der anhaltenden Wahlerfolge des Zentrums und der wachsenden gesellschaftlichen Kritik am Kirchenkonflikt vertrat der Monarch die Position, dass man diesen „nicht aufgeben könne, ohne ein zweites Olmütz“, das heißt eine öffentlich-demütigende Niederlage zu erleiden.<sup>38</sup> Besucher des Berliner Hofes machten mitunter die Beobachtung, der Kaiser sei in „der Kirchenfrage fast noch reizbarer als Bismarck gegen Widerspruch“.<sup>39</sup> Zu einem nicht unerheblichen Teil trug zu dieser Gereiztheit des Herrschers der kontinuierliche Widerstand der Kaiserin gegen die Kulturkampfpolitik bei.<sup>40</sup> Augusta versuchte mit

- 35 Wilhelm I. an John Russell, 18. Januar 1874, in: Berner (Hg.): Kaiser Wilhelms Schriften. Bd. 2, S. 299. Anders als sein älterer Bruder Friedrich Wilhelm IV. trat Wilhelm I. kaum als Anhänger der im 19. Jahrhundert weitverbreiteten Rezeption des mittelalterlichen Kaisertums auf. Vgl. Frank-Lothar Kroll: Herrschaftslegitimierung durch Traditionsschöpfung. Der Beitrag der Hohenzollern zur Mittelalter-Rezeption im 19. Jahrhundert, in: Historische Zeitschrift 274 (2002), S. 61–85, hier 66–77.
- 36 Siehe hierzu ausführlich Christopher Clark/Wolfram Kaiser (Hg.): Kulturkampf in Europa im 19. Jahrhundert (Comparativ. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsgeschichte 12, Heft 5–6). Leipzig 2003; Lappenküper/Ritter/von Scheliba (Hg.): Europäische Kulturkämpfe.
- 37 Wilhelm I. an Großherzog Friedrich I. von Baden, 17. August 1872, in: Walther Peter Fuchs (Hg.): Großherzog Friedrich I. von Baden und die Reichspolitik 1871–1907, Bd. I (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg. Reihe A. Quellen 15). Stuttgart 1975, S. 86. Der Kampf gegen den Ultramontanismus war ein Aspekt unter mehreren, der die Politik Wilhelms I. im Vorfeld des Dreikaiserabkommens beeinflusste. Siehe ausführlich Markert: Wilhelm I. und die Außenpolitik, S. 12–19.
- 38 Tagebuch Hohenlohe-Schillingsfürst, 12. April 1874, in: Curtius (Hg.): Hohenlohe-Schillingsfürst, Bd. 2, S. 116. Wie viele seiner Zeitgenossen hatte Wilhelm im Rahmen des deutschen Dualismus die diplomatische Niederlage Berlins gegenüber Wien in der Olmützer Paktung vom November 1850 als öffentliche Demütigung beklagt. Der Ausdruck ‚Olmütz‘ war seitdem über die preußischen Grenzen hinaus als Synonym einer vermeintlich schmachvollen Kapitulation verwendet worden. Vgl. Wolfgang Frischbier: „Die Schmach von Olmütz“ – Mythos und Wirklichkeit, in: Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte 25 (2015), S. 53–81.
- 39 Tagebuch Johann Heinrich Gelzer, 16. März 1874, in: Fuchs (Hg.): Friedrich I. und die Reichspolitik, Bd. I, S. 141.
- 40 „Für Deutschlands Gedeihen ist [...] seine konfessionelle Einheit um so nötiger, als die Mängel und Übel, an denen Deutschland gelitten hat und noch leidet, aus dem 30jährigen Religionskriege hervorgegangen, zur abschreckenden Warnung dienen. Deshalb ist jeder

Hilfe von politischen Denkschriften und dem tagtäglichen Umgang mit ihrem Ehemann diesen – erfolglos – von seiner antagonistischen Haltung gegen Papsttum und Zentrumsparterie abzubringen.<sup>41</sup> Wilhelm warf seiner Ehefrau „Einseitigkeit“ in ihrer Betrachtung des Konflikts vor, überhaupt schien sie in seinen Augen „gar nicht die gleichen Gefühle für uns Protestanten zu haben“.<sup>42</sup> Ihre scheinbare Parteinahme für den politischen Katholizismus sei die Folge, „weil Du *das mehr* glaubst, was Dir unter *der* Farbe eingeflüstert wird“.<sup>43</sup> Es war für Wilhelm während des Höhepunkts des Kulturkampfes keineswegs undenkbar, dass der Ultramontanismus auch auf das preußische Königshaus Einfluss ausüben konnte. Als seine Cousine Marie, die Witwe König Maximilians II. von Bayern, 1874 zum Katholizismus übertrat, glaubte er, dies sei eine Folge dessen, „daß sie nach und nach umgarnt worden ist von den Schwarzröcken! Sie wird bald einsehen, zu welchen Intrigen sie mißbraucht werden wird.“<sup>44</sup> Gegen solche unnachgiebigen Positionen gelang es Augusta während der Kulturkampfzeit nicht, die politischen Entscheidungen ihres Ehemannes zu beeinflussen.<sup>45</sup> Es war in erster Linie Bismarck, der Augusta in dieser Beziehung einen großen Einfluss auf den Kaiser zusprach, wie er es im Nachhinein in seinen Memoiren prominent darstellte.<sup>46</sup>

---

Mißgriff auf dem kirchlichen Gebiete ein Mißachten der Erfahrung und ein frevelhaftes Spiel mit dem Zündstoff dieser erregten Zeit.“ Augusta an Wilhelm I., 10. März 1872, in: Constabel (Hg.): Vorgeschichte des Kulturkampfes, S. 192.

- 41 Insbesondere Franz von Roggenbach – ein liberaler badischer Politiker, der persönliche Kontakte zu mehreren Bismarckkritikern unterhielt – verfasste für die Kaiserin zahlreiche Denkschriften über die Auswirkungen des Kulturkampfes auf die innere Stabilität des Reiches, welche jene ihrem Ehemann zukommen ließ. Siehe beispielsweise Franz von Roggenbach an Augusta, 3. Juli 1871, in: Julius Heyderhoff (Hg.): Im Ring der Gegner Bismarcks. Denkschriften und politischer Briefwechsel Franz v. Roggenbachs mit Kaiserin Augusta und Albrecht v. Stosch 1865–1896 (Deutsche Geschichtsquellen des 19. Jahrhunderts 35). Leipzig 1943, S. 114–120; Roggenbach an Augusta, ohne Datumsangabe [Februar 1875], in: Walther Peter Fuchs (Hg.): Zur Bismarckkritik Franz von Roggenbachs. Vier Denkschriften an Kaiserin Augusta, in: Die Welt als Geschichte 10 (1950), S. 39–55, hier 45–48.
- 42 Wilhelm I. an Augusta, 12. Juni 1872, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 509b, Bd. 17, Bl. 49.
- 43 Wilhelm I. an Augusta, 2. Juni 1872, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 509b, Bd. 17, Bl. 36.
- 44 Wilhelm I. an Großherzoginwitwe Alexandrine von Mecklenburg-Schwerin, 12. Oktober 1874, in: Johannes Schultze (Hg.): Kaiser Wilhelms I. Briefe an seine Schwester Alexandrine und deren Sohn Großherzog Friedrich Franz II (Die Briefe Kaiser Wilhelms I.). Berlin/Leipzig 1927, S. 135.
- 45 Nicht nur die umfangreiche Korrespondenz Wilhelms I. mit Augusta während der Kulturkampfzeit lässt diese Schlussfolgerung zu – wobei ersterer nach 1872 sich zusehends bemüht, dieses Reizthema in seinen Briefen zu vermeiden –, sie findet sich ebenfalls in mehreren Beobachtungen aus der persönlichen und politischen Umgebung des Kaisers. Siehe beispielhaft Friedrich I. von Baden an Gelzer, 24. Juli 1871, in: Fuchs (Hg.): Friedrich I. und die Reichspolitik, Bd. 1, S. 31 ff; Bernhard von Werder an Heinrich VII. Reuß, 15. Mai 1875, in: Winfried Baumgart/James Stone (Hg.): Heinrich VII. Prinz Reuß. Botschafter unter Bismarck und Caprivi. Briefwechsel 1871–1894. Paderborn u. a. 2015, S. 132.
- 46 Vgl. NFA IV, S. 382–385.



Erst als deutlich wurde, dass die Kirchengesetze ihren gewünschten politischen Effekt verfehlt hatten, die Zentrumsparlei vielmehr weiter an Unterstützung gewonnen und Berlin sich gegenüber Rom durch seine kompromisslose Repressionspolitik in eine Sackgasse manövriert hatte, begann die Berliner Regierung umzudenken.<sup>47</sup> Auch am Hof wurde 1878 Notiz genommen, wie der Kaiser allmählich „des Kulturkampfes überdrüssig“ wurde<sup>48</sup>, dabei aber betont, eine „Aufhebung“ der antiklerikalen Gesetze „werde [...] der Kaiser nie zugeben“, lediglich eine „Revision“ derselben.<sup>49</sup> Auch beobachtete man eine „zunehmende Neigung des Kaisers, als evangelisches Haupt der Landeskirche sich als ‚Papst‘, als Autokrat zu fühlen und den Widerspruch schwer zu ertragen!“<sup>50</sup> Erst mit dem Tod Pius IX. und dem Pontifikat Leos XIII. 1878 sah der Monarch die Möglichkeit gekommen, den Konflikt mit dem Heiligen Stuhl – nicht aber die Bekämpfung des Ultramontanismus – beizulegen.<sup>51</sup>

### III.

Das Zentrum war nicht die einzige Reichstagsfraktion, die den ‚Allerhöchsten Unwillen‘ zu spüren bekam. Wilhelm differenzierte bisweilen kaum, was die Parteiunterschiede der Parlamentarier des jungen Kaiserreichs betraf, wenn sich diese in seinen Augen in Opposition zur Regierung befanden. Bismarck erzählte überspitzt, „die Nationalliberalen fingen nach seiner Meinung bei Bennigsen an und endigten bei Bebel, und umgekehrt, die Sozialdemokraten fingen bei Bebel an und endigten bei Bennigsen“.<sup>52</sup> Auch schimpfte Wilhelm ange-

47 Vgl. Ronald J. Ross: Enforcing the Kulturkampf in the Bismarckian State and the Limits of Coercion in Imperial Germany, in: *The Journal of Modern History* Vol. 56, Nr. 3 (1984), S. 456–482.

48 Tagebuch Gelzer, 14. März 1878, in: Fuchs (Hg.): Friedrich I. und die Reichspolitik, Bd. 1, S. 277.

49 Tagebuch Hohenlohe-Schillingsfürst, 4. November 1882, in: Helmuth Rogge (Hg.): Holstein und Hohenlohe. Neue Beiträge zu Friedrich von Holsteins Tätigkeit als Mitarbeiter Bismarcks und als Ratgeber Hohenlohes. Nach Briefen und Aufzeichnungen aus dem Nachlass des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst 1874–1894. Stuttgart 1957, S. 177.

50 Tagebuch Gelzer, 17. Juni 1883, in: Fuchs (Hg.): Friedrich I. und die Reichspolitik, Bd. 1, S. 207.

51 Vgl. Wilhelm I. an Bismarck, 6. Januar 1879, in: Fürstlich von Bismarck'sches Familienarchiv/Otto-von-Bismarck-Stiftung (OBS), B 126, Bl. 108 ff. „Weder Sie noch ich werden nach Canossa gehen“, schrieb der Kaiser seinem Kanzler am 14. Januar 1879, „aber eben muß man den Weg zur Verständigung [...]“ Zitiert in: Schmidt-Volkmar: *Der Kulturkampf in Deutschland*, S. 245.

52 Tagebuch Adalbert Falk, 11. März 1878, zitiert in: Erich Foerster: Adalbert Falk. Sein Leben und Wirken als Preussischer Kultusminister dargestellt auf Grund des Nachlasses unter Beihilfe des Generals d.I. Adalbert von Falk. Gotha 1927, S. 387. Über den national-liberalen Abgeordneten Rudolf von Bennigsen schrieb der Kaiser, er sei „viel liberaler und gefährlicher als es erscheint, [...] er will [...] zur Macht gelangen, d. h. Minister werden und dann die Maske abwerfen d. h. nach englischer Verfassung streben, d. h. parlamentari-

sichts der stetigen Wahlerfolge von Zentrum, Liberalen und Sozialdemokraten über die „Blindheit“ der Wähler, „die nicht sehen wollen, daß Alles was nicht konservativ ist, der Umsturzpartei durch schlechte Wahlen in die Hände arbeitet“.<sup>53</sup> Diese mangelnde Differenzierung des Monarchen war eine Folge seiner Erfahrungen während des preußischen Verfassungskonflikts, der seine persönliche Haltung gegenüber Parlament und Parteien nachhaltig geprägt hatte.<sup>54</sup> Daran, dass Wahlergebnisse auch den tatsächlichen Willen der Wählerschaft widerspiegeln würden, hatte er bereits als Thronfolger gezweifelt: „Schrecklich ist es zu denken, daß von einem zum rechten Moment gereichten Glas Brandwein eine Wahl gemacht werden kann, die das Land ins Verderben bringt! Das sind die Freuden des Constitutionalismus!“<sup>55</sup>

Infolge der Revolutionsereignisse 1848/49 war Wilhelm allerdings zu der Überzeugung gelangt, dass die Hohenzollernmonarchie im Interesse ihrer inneren Stabilität neue politische Legitimität auf dem Wege konstitutioneller Regierung gewinnen musste.<sup>56</sup> Dieses Konzept hatte er während der ‚Neuen Ära‘ umzusetzen versucht – ein Experiment, das letztendlich daran scheiterte, dass der Herrscher zu keinem Moment bereit gewesen war, das Monarchische

---

sche Regierung zu schaffen und wohin dies jetzt in England führet, siehet jeder vernünftige Mensch ein, nur Bennisgen nicht.“ Wilhelm I. an Augusta, 20. Mai 1884, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 509b, Bd. 29, Bl. 15.

53 Wilhelm I. an Augusta, 6. November 1881, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 509b, Bd. 26, Bl. 78 f.

54 Zur zentralen Rolle Wilhelms I. während des Verfassungskonflikts siehe insbesondere Karl Heinz Börner: Die Krise der preußischen Monarchie 1858 bis 1862 (Akademie der Wissenschaften der DDR. Schriften des Zentralinstituts für Geschichte 49). Berlin 1976, S. 197–224; Ders.: Wilhelm I. Vom Kartätschenprinz zum deutschen Kaiser, in: Gustav Seebler (Hg.): Gestalten der Bismarckzeit, Bd. 1. Berlin 1987, S. 58–78, hier: S. 66–72; Dierk Walter: Preußische Heeresreformen 1807–1870. Militärische Innovationen und der Mythos der ‚Roonschen Reform‘ (Krieg in der Geschichte 16). Paderborn u. a. 2003, S. 450 ff.

55 Wilhelm (I.) an Alexandra Fjodorowna, 20. Januar 1849, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 511a, Bd. 2, Bl. 430.

56 „Es gibt wohl keinen größeren Antagonisten der Constitution als mich, und wahrlich, die Neu-Zeit hat dies nicht vermindert; aber kann man immer gegen den Strom schwimmen?“ Wilhelm (I.) an Alexandra Fjodorowna, 11. März 1850, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 511a, Bd. 2, Bl. 487. Siehe auch Elisabeth Richert: Die Stellung Wilhelms, des Prinzen von Preußen, zur preußischen Außen- und Innenpolitik 1848–1857, Dissertation. Berlin 1948 [maschinenschriftlich], S. 62–78; Wilhelms Akzeptanz des Konstitutionalismus nach 1848 muss im Kontext seines monarchischen Projekts gesehen werden, die Hohenzollernmonarchie zu nationalisieren, um ihr so das Supremat in Deutschland zu sichern. Siehe demnächst ausführlich Jan Markert: Prussia’s Road to ‚Iron and Blood‘, Wilhelm I and the Nationalization of the Hohenzollern-Monarchy, in: Heidi Hein Kircher/Frederik Frank Sterkenburgh (Hg.): Modernizing the Unmodern. Europe’s Imperial Monarchies and Their Path to Modernity in the 19th and 20th Centuries (Palgrave Studies in Modern Monarchy). London [erscheint 2021]; Ders.: „Das Nichtzustandekommen einer deutschen Einigung ist das Ziel der Revolution“. Wilhelm I. und die Deutsche Frage 1848 bis 1870, in: Maik Ohnezeit (Hg.): 1870/71. Reichsgründung in Versailles. Ort – Ereignis – Gedächtnis. Friedrichsruh [erscheint 2021].

Regierungsprinzip durch Zugeständnisse irgendwelcher Art zu schwächen.<sup>57</sup> Während des Verfassungskonflikts gewann Wilhelm schließlich einen regelrechten Hass auf das Parlament und die dort dominierenden oppositionellen Fraktionen – die er allesamt der ‚Umsturzpartei‘ zuordnete. „Mit Leuten bei denen aller sittlicher und religiöser Boden fehlt, denen alle Mittel der Lüge, Entstellung, Verleumdung recht sind, um zu ihren Umsturzabsichten zu gelangen“, argumentierte er, „mit denen ist kein Friede möglich.“<sup>58</sup> Auch nachdem die Mehrheit der ehemaligen liberalen Opposition nach den militärischen Siegen 1866 die Regierungspolitik zu unterstützen begannen, verblieb er bei seinen Ressentiments gegen die „völlig vergiftete Gesellschaft“ des neugeschaffenen Norddeutschen Reichstags.<sup>59</sup>

Dies änderte sich auch nach der Reichsgründung nicht. Es sei eine „Einbildung, daß mit Parlamenten das Glück des Volkes gemacht werde“, schrieb der Monarch.<sup>60</sup> Wie Kronprinz Friedrich Wilhelm während des Kulturkampfes berichtete, war sein Vater noch ganz von dem „ganzen alten Groll gegen die parlamentarischen Einrichtungen“ erfüllt.<sup>61</sup> Speziell die Auftritte des Zentrumsabgeordneten Ludwig Windthorst und dessen Angriffe gegen die Regierungspolitik ließen den Monarchen „sehr erregt, wüthend auf parlamentarismus [sic!] u. constitut[ionelle] Formen“ werden, denn er „sieht den Staat wieder auf abschüssigen Bahnen, etc.!!“<sup>62</sup> Der Kaiser sprach vom Reichstag allgemein als einem gefährlichen „Wespen-Nest“, das die Regierung meiden sollte.<sup>63</sup> Das Parlament bezeichnete er als „einzigen Fleck im Lande [...], wo man jede Beleidigung hinnehmen soll“.<sup>64</sup> Es sei „eine reine Redeschule“, die Abgeordneten „sprächen ewig [...], ohne etwas zu ändern – wozu das nötig sei?“<sup>65</sup> Dem Reichstag warf

57 Vgl. Siegfried Bahne: Vor dem Konflikt. Die Altliberalen in der Regentschaftsperiode der ‚Neuen Ära‘, in: Ulrich Engelhardt/Völker Sellin/Horst Stuke (Hg.): Soziale Bewegung und politische Verfassung. Beiträge zur Geschichte der modernen Welt (Industrielle Welt. Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte). Stuttgart 1976, S. 154–196; Leo Haupts: Die liberale Regierung in Preußen in der Zeit der ‚Neuen Ära‘. Zur Geschichte des preußischen Konstitutionalismus, in: Historische Zeitschrift 227 (1978), S. 45–85.

58 Wilhelm I. an Augusta, 8. Mai 1865, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 509b, Bd. 11, Bl. 15.

59 Wilhelm I. an Prinzessin Luise der Niederlande, 18. Dezember 1866, in: GStA PK, BPH, Rep. 51, Nr. 853.

60 Wilhelm I. an Augusta, 20. November 1884, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 509b, Bd. 29, Bl. 110.

61 Friedrich Wilhelm an Friedrich I. von Baden, 18. Dezember 1874, in: Fuchs (Hg.): Friedrich I. und die Reichspolitik, Bd. 1, S. 180.

62 Tagebuch Friedrich Wilhelm, 18. Dezember 1874, in: Baumgart (Hg.): Kaiser Friedrich III., S. 207.

63 Wilhelm I. an Bismarck, 20. Juli 1879, in: OBS, B 126, Bl. 132.

64 Wilhelm I. an Friedrich I. von Baden, 15. Januar 1875, in: Fuchs (Hg.): Friedrich I. und die Reichspolitik, Bd. 1, S. 182.

65 Tagebuch Robert Lucius von Ballhausen, 22. März 1882, in: Hellmuth Lucius von Stoedten (Hg.): Bismarck-Erinnerungen des Staatsministers Freiherrn Lucius von Ballhausen. Stuttgart/Berlin 1920, S. 225.

er vor, „immer mehr die Ansicht zu verfolgen, die ihm zustehende parlamentarische *Gesetzes-Kraft* u *Bestimmung* in eine Präponderanz über die Regierung, d. h. *in eine parlamentarische Regierung* umzuwandeln“. Einer solchen Entwicklung, befahl er Bismarck, „muß auf das Entschiedenste entgegengetreten werden“. <sup>66</sup> Seine abschätzige Meinung gegenüber der Volksvertretung machte er auch dadurch öffentlich, dass er beim alljährlichen Empfang der Reichstagsabgeordneten im Berliner Schoß demonstrativ den Saal mied, in welchem sich die Parlamentarier aufhielten. <sup>67</sup> Besonders Kronprinzessin Victoria beklagte diese privat wie offen zur Schau gestellte „despotism and tyranny“ gegenüber dem Reichstag. <sup>68</sup>

Obwohl der Kaiser die Kulturkampfpolitik entschieden bejahte, beargwöhnte er von Anfang die Zusammenarbeit der Regierung mit der Nationalliberalen Partei, die Bismarcks Gesetzgebung in den Jahren nach der Reichsgründung unterstützten. <sup>69</sup> In Wilhelms Augen handelte es sich um ein gefährliches Bündnis seines Kanzlers, welches das Monarchische Prinzip bedrohen konnte. „Wir müssen wieder auf den konservativen Boden zurückkehren, so wie es jetzt ist, kann es nicht weitergehen,“ erklärte er bereits 1872. <sup>70</sup> Gegenüber Bismarcks Sohn Herbert erklärte er, „man muß den Liberalen nie nachgeben, sonst kommen wir auf englische Wege“. <sup>71</sup> Und bei der britischen Queen sehe man, warnte er Augusta, „wohin das Liebäugeln mit den Liberalen [...] von Stufe zu Stufe führt bis zum Sturz der Monarchin“, was „treffend auf jede Regierung“ sei, die sich auf dieses Experiment einlasse. <sup>72</sup> Insbesondere Kultusminister Adalbert Falk wurde vom Monarchen verdächtigt, über den Kirchenkonflikt eine liberale Politik durchsetzen zu wollen. „Der Kaiser war nicht frei von Zweifeln über Falks Religiosität und Kirchlichkeit“, erinnerte sich Wilmowski. <sup>73</sup> Immer

66 Wilhelm I. an Bismarck, 16. März 1879, in: OBS, B 126, Bl. 114 ff.

67 Christoph von Tiedemann: Aus sieben Jahrzehnten. Erinnerungen. Bd. 2. Sechs Jahre Chef der Reichskanzlei unter dem Fürsten Bismarck. Leipzig 1909, S. 40.

68 Victoria an Queen Victoria, 23. Dezember 1884, in: Roger Fulford (Hg.): *Beloved Mama. Private Correspondence of Queen Victoria and the German Crown Princess 1878–1885.* London 1981, S. 174.

69 Siehe speziell Dieter Langewiesche: *Bismarck und die Nationalliberalen*, in: Gall (Hg.): *Bismarck und die Parteien*, S. 73–89, hier 81–89; Armin Heinen: *Umstrittene Moderne. Die Liberalen und der preußisch-deutsche Kulturkampf*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 29 (2003), S. 138–156.

70 Zitiert in: Walter Reichle: *Zwischen Staat und Kirche. Das Leben und Wirken des preußischen Kultusministers Heinrich v. Mühlner*. Berlin 1938, S. 421.

71 Herbert von Bismarck an Otto von Bismarck, 11. Januar 1884, in: Walter Bußmann (Hg.): *Staatssekretär Graf Herbert von Bismarck. Aus seiner politischen Privatkonferenz (Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts 44)*. Göttingen 1964, S. 191.

72 Wilhelm I. an Augusta, 15. November 1883, in: *GStAPK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 509b, Bd. 28, Bl. 116 f.*

73 Besier (Hg.): *Die ‚Persönlichen Erinnerungen‘ Karl von Wilmowskis*, S. 149 f. Siehe auch Schmidt-Volkmar: *Der Kulturkampf in Deutschland*, S. 207 f.



wieder kritisierte Wilhelm die „radikalen Vorschläge“ des Kultusministers.<sup>74</sup> Bismarck selbst konstatierte, „es kann ja doch für niemanden zweifelhaft sein, daß zwischen S.M. und Falk sehr wesentliche und prinzipielle Meinungsverschiedenheiten bestehen“.<sup>75</sup> Zu der Einführung der Zivilehe 1874 in Preußen und im darauffolgenden Jahr auf Reichsebene 1875 etwa konnte der Monarch erst nach langjährigen und heftigen Auseinandersetzungen mit dem Ministerium bewogen werden.<sup>76</sup> Nachdem Falk schließlich 1878 entlassen worden war, restümierte Wilhelm abschätzig, dieser „schwamm [...] mit der liberalen Majorität“.<sup>77</sup> Das Ausscheiden des Kultusministers besiegelte in vielerlei Hinsicht das Ende der ‚liberalen Phase‘ der Kaiserreichsgeschichte, nachdem Bismarck sich seit 1877 von den Nationalliberalen entfremdet und über das Sozialistengesetz schließlich den Bruch mit der Partei gesucht hatte.<sup>78</sup> Der Kaiser hatte auf diesen Bruch entschieden gedrängt. Seiner Umgebung erklärte er im Oktober 1877 „es sei jetzt Zeit, mit dem Liberalisieren einzuhalten. Er habe viele Konzessionen gemacht. Aber jetzt sei es genug. Der Reichskanzler sei in dieser Beziehung mit ihm einverstanden.“<sup>79</sup>

Während die 1870er Jahre innenpolitisch in vielerlei Hinsicht vom Kulturkampf dominiert waren, änderte sich dies 1878 mit dem Erlass des Sozialistengesetzes und dem Kampf gegen die Sozialdemokratie im darauffolgenden Jahrzehnt.<sup>80</sup> Wilhelms Einschätzung des Sozialismus als politischer Bewegung war

- 74 Friedrich I. von Baden an Gelzer, 3. April 1878, in: Fuchs (Hg.): Friedrich I. und die Reichspolitik, Bd. 1, S. 281.
- 75 Bismarck an Otto zu Stolberg-Wernigerode, 19 Dezember 1878, in: NFA III/Bd. 3, S. 628 f.
- 76 Siehe beispielhaft Tagebuch Friedrich Wilhelms, 22. Oktober 1872, in: Baumgart (Hg.): Kaiser Friedrich III., S. 179; Stosch an Friedrich Wilhelm, 7. Dezember 1873, in: Baumgart (Hg.): Albrecht von Stosch, S. 118; Wilhelm I. an Albrecht von Roon, 8. Mai 1874, in: GStA PK, VI. Hauptabteilung, Nachlass Rudolf Vaupel, Nr. 67, Bl. 141.
- 77 Marginalien Wilhelms I. auf einem Schreiben Bismarcks, 5. Juli 1879, in: NFA III/Bd. 4, S. 114. Siehe auch Schmidt-Volkmar: Der Kulturkampf in Deutschland, S. 215 f.
- 78 Lothar Gall betont ausdrücklich, dass Bismarcks innenpolitischer Kurswechsel 1878/79 auch durch den schwindenden Rückhalt Wilhelms I. motiviert war. Vgl. Lothar Gall: Bismarck. Der weiße Revolutionär. Frankfurt/Berlin/Wien 1980, S. 556 ff. Siehe auch Otto Pflanze: Bismarck. Der Reichskanzler. München 1998, S. 237–261; Volker Ullrich: Die nervöse Großmacht 1871–1918. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreichs. Erweiterte Neuauflage. Frankfurt a. M. 2013, S. 53–63.
- 79 Tagebuch Hohenlohe-Schillingsfürst, 22. Oktober 1877, in: Curtius (Hg.): Hohenlohe-Schillingsfürst, Bd. 2, S. 222. Befremdet notierte der spätere Reichskanzler Hohenlohe-Schillingsfürst, dass Wilhelm I. fast als Begründung „auf den glänzenden Empfang hinwies, der ihm überall zuteil geworden sei, und daraus den Schluß zog, daß die Hingebung des Volkes an seine Person so groß sei, daß deshalb weitere Konzessionen an den Liberalismus nicht erforderlich schienen. Ich hielt es nicht für erlaubt, ihn zu fragen: „Ja, wie würden Eure Majestät empfangen worden sein, wenn Sie reaktionäre Politik getrieben hätten?““
- 80 Wie der Kulturkampf kann auch die Ära der Repressionspolitik gegen die Sozialdemokratie durch die Regierung Bismarck als ausführlich erforscht betrachtet werden. Siehe hierzu insbesondere Wolfgang Pack: Das parlamentarische Ringen um das Sozialistengesetz Bismarcks 1878–1890. Düsseldorf 1961; Wolfgang Schieder: Bismarck und der Sozialismus,

anfangs recht differenziert: Er hatte durchaus erkannt, dass die Monarchie es mit einer neuartigen und eigenständigen politischen Ideologie zu tun hatte. Eine revolutionäre Bewegung der „Proletarier“ betrachtete er als den „Anfang der neuen Révolution, welche gegen die reiche *Mittel* Klasse gerichtet ist, wie die erste, gegen die Adels Vorzüge gerichtet war!“<sup>81</sup> Die „Idée des Communismus“, argumentierte er, sei „der gefährlichste Feind, der uns droht, da er der handgreiflichste und deshalb der am meisten verführende ist“.<sup>82</sup>

Mit dem Erscheinen des Zentrums auf der parlamentarischen Bühne begann der Kaiser jedoch, den politischen Katholizismus für soziale Unruhen in Deutschland und ganz Europa verantwortlich zu machen. Wilhelm glaubte eine gesamteuropäische „Coalition der Jesuiten und Ultramontanen und Revolution“ erkannt zu haben. Diese augenscheinlich widersprüchliche Verbindung erklärte er sich dadurch, dass „das kirchliche Interesse prédominierend gegen alle rechtlichen Ueberzeugungen der aufgeklärten Männer und politischen Personen“ gerichtet sei. Während Augusta dafür plädierte, dem revolutionären Gedanken gut argumentativ entgegenzutreten, drängte ihr Ehemann auf Repression, bevor es zu spät sei. „Die Idee, daß man der Internationale durch antiinternationale Verbindungen entgegnetreten soll und nicht mit polizeilichen Maßregeln, Ideen, die man auch hier [in Deutschland] findet, kann ich nicht teilen, wenigstens darf man das Eine nicht ohne das Andere tun. [...] Es erinnert mich dies an die Jahre vor 1848, wo man sich zu nichts entschließen konnte.“<sup>83</sup> Als es im Sommer 1872 zu Unruhen in der Provinz Westpreußen kam, glaubte Wilhelm im Kulturkampfklima die eigentlichen Verantwortlichen zu kennen: „Die Strikes und die jetzige neueste Auflehnung in Westpreußen durch Niederlegung der Arbeit und Auswanderungen ist wieder ein Werk der Katholischen Parteien [...]. Und das soll man gelassen mit ansehen? Wer ist also der Angreifende? und wer die Verteidigung?“<sup>84</sup> Das zufällige zeitliche Zusammenfallen von Kirchen-

---

in: Johannes Kunisch (Hg.): Bismarck und seine Zeit. (Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte. Neue Folge 1) Berlin 1992, S. 173–189; Klaus Tenfelde: Bismarck und die Sozialdemokratie, in: Gall (Hg.): Bismarck und die Parteien, S. 11–136; Walter Mühlhausen: Gegen den Reichsfeind – Anmerkungen zur Politik von Staat und Gesellschaft gegenüber der Sozialdemokratie im Kaiserreich, in: Ulrich Lappenküper (Hg.): Otto von Bismarck und das ‚lange 19. Jahrhundert‘. Lebendige Vergangenheit im Spiegel der ‚Friedrichsruher Beiträge‘ 1996–2016. Paderborn 2017, S. 329–352.

81 Wilhelm I. an Alexandra Fjodorowna, 21. Oktober 1846, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 511a, Bd. 2, Bl. 257.

82 Wilhelm I. an Alexandra Fjodorowna, 13. Januar 1850, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 511a, Bd. 2, Bl. 480.

83 Wilhelm I. an Augusta, 20. Mai 1872, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 509b, Bd. 17, Bl. 20. Auch Bismarck warnte gegenüber dem bayerischen Gesandten beim Heiligen Stuhl 1871 vor „dem Bündniß der sogenannten Schwarzen mit den Rothen“. Bismarck an Karl von Tauffkirchen-Guttenberg, 30. Juni 1871, in: NFA III/Bd. I, S. 160.

84 Wilhelm I. an Augusta, 2. Juli 1872, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 509b, Bd. 17, Bl. 72.

konflikt und Arbeiterstreiks war in seinen Augen „ein Beweis daß Alles aus einem Centrum [!] kommt“.<sup>85</sup>

Auch nach dem Erlass des Sozialistengesetzes und dem Ende des Kulturkampfes hielt der Kaiser an seiner Überzeugung fest, die ‚Umsturzparteien‘ der Ultramontanen und Sozialisten würden gemeinsam Front gegen die Krone machen.<sup>86</sup> Wilhelm hatte die Repressionspolitik gegen die Sozialdemokratie nach den beiden Attentatsversuchen auf ihn im Sommer 1878 nicht nur entschieden unterstützt, sondern während der Reichstagsverhandlungen über das Sozialistengesetz auch stetigen Druck auf seinen Kanzler ausgeübt.<sup>87</sup> Dabei hatte er Bismarck gedrängt, der Kritik des Zentrums und der Nationalliberalen im Parlament vehement entgegenzutreten.<sup>88</sup> Nachdem das Gesetz in der vom Monarchen erwünschten Form angenommen worden war, verhehlte dieser seine Wut über die Oppositionsparteien nicht.<sup>89</sup> In den Folgejahren griff Wilhelm aktiv in die öffentliche Debatte über Für und Wider des Sozialistengesetzes ein.<sup>90</sup> Er glaubte, „daß wenn auch wie bei uns die Surface beruhigt erscheine, unter der Asche alle Wühlereien fortgingen, woran man sich täglich überzeuge“.<sup>91</sup> Dabei betonte er stets, er „sehe den Widerstand gegen das Gesetz als gegen

85 Wilhelm I. an Augusta, 26. August 1872, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 509b, Bd. 17, Bl. 99.

86 1883 klagte er gegenüber seiner Schwester etwa, man könne „leider in allen Ländern die Tendenz nicht verleugnen [...], daß die Schmälerung der Regierungsgewalt [...] in den Gedanken der Massen immer mehr vordringt, bis die alten Regierungen gestürzt sein werden“. Wilhelm I. an Alexandrine von Mecklenburg-Schwerin, 9. Februar 1883, in: Schultze (Hg.): Kaiser Wilhelms Briefe an Alexandrine, S. 195.

87 Siehe beispielsweise Wilhelm I. an Augusta, 3. September 1878, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 509b, Bd. 23, Bl. 30 f.; Tiedemann: Aus sieben Jahrzehnten, Bd. 2, S. 303 f.; Tagebuch Lucius von Ballhausen, 7. Oktober 1878, in: Stoedten (Hg.): Bismarck-Erinnerungen Lucius von Ballhausens, S. 143.

88 Wilhelm I. an Bismarck, 13. Oktober 1878, in: Werner Frauendienst (Hg.): Zum 50. Todestag Kaiser Wilhelms I. Unveröffentlichte Briefe an Fürst Bismarck, in: Berliner Monatshefte 16 (1938), S. 249–270, hier 263 f.

89 So beispielsweise im Februar 1879, als die Reichstagsmehrheit den Antrag der Regierung ablehnte, zwei sozialdemokratische Abgeordnete strafrechtlich verfolgen zu lassen. Wilhelm I. soll darauf „sehr aufgeregt u. böße“ reagiert haben. Tagebuch Friedrich Wilhelm, 20. Februar 1879, in: Baumgart (Hg.): Kaiser Friedrich III., S. 288. Die Angelegenheit hätte „den guten Kaiser so sehr tief gekränkt u. bekümmert; [...] er faßt es beinahe so auf, als ob der Reichstag seine Mörder ausdrücklich in Schutz nehmen wolle“. Otto zu Stolberg-Wernigerode an Heinrich VII. Reuß, 25. Februar 1879, in: Baumgart/Stone (Hg.): Heinrich VII. Prinz Reuß, S. 225.

90 Siehe beispielhaft Adolf Marschall von Bieberstein an Ludwig Turban, 22. März 1884, in: Fuchs (Hg.): Friedrich I. und die Reichspolitik, Bd. 2, S. 244 f.; Wilhelm I. an Augusta, 17. Mai 1884, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 509b, Bd. 29, Bl. 10.

91 Wilhelm I. an Augusta, 11. September 1881, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 509b, Bd. 26, Bl. 57.

sich persönlich gerichtet an“.<sup>92</sup> Deutlich wurde dies im Frühjahr 1886 während der Verlängerungsdebatte im Reichstag. Für das Zentrum führte Windthorst die Debatte; er kritisierte das Ausnahmegesetz, signalisierte jedoch gleichzeitig die Bereitschaft seiner Partei, der Regierung entgegenzukommen.<sup>93</sup> Diese differenzierte Position fand beim Monarchen jedoch keinerlei Anklang. Gegenüber dem Staatsministerium äußerte sich Wilhelm „sehr entschieden gegen die von dem Abgeordneten Windhorst zu dem Sozialistengesetz [...] gestellten Anträge“.<sup>94</sup> Wie ein Mitarbeiter Bismarcks berichtete, konnte der Monarch seinen Zorn kaum verbergen: „Bei der Erwähnung des Sozialistengesetzes brauste er förmlich auf und sagte mit erregter Stimme: ‚Er hätte es nicht für möglich gehalten, daß ihm von seinen Untertanen eine solche Beleidigung zugefügt werden könne [...]. Dieser kleine Bullenbeißer, der Wind[t]horst!‘“<sup>95</sup> Über Innenminister Robert von Puttkamer griff Wilhelm schließlich persönlich in die Parlamentsdebatte ein. Dieser konterte im Reichstag die Anträge des Zentrums mit der pathetischen Erklärung, der Kaiser habe ihm „ausdrücklich befohlen [...], hier vor dem versammelten Rathe der Nation es auszusprechen, daß ihm kein herberer Schmerz und keine bittere Enttäuschung an dem späten Abende seines Lebens bereitet werden könnte, als zu sehen, daß die Vertretung der Nation ihn bei dem Versuche der Erhaltung und Sicherung des inneren Friedens im Stiche ließe“.<sup>96</sup> Dass diese „Allerhöchste Einmischung“ in die Reichstagsdebatte scheinbar ihre Wirkung nicht verfehlt hatte und Windthorst öffentlich als vermeintlicher Feind der Krone diffamiert worden war, registrierte Wilhelm mit großer Befriedigung.<sup>97</sup> Dabei war es nicht das erste Mal gewesen, dass der Herrscher nach 1871 das Gewicht der Krone in die parlamentarische Waagschale

92 Friedrich August von Liebe an Günther Jansen, 23. März 1884, in: Winfried Baumgart (Hg.): Bismarck und der deutsche Kolonialerwerb 1883–1885. Eine Quellensammlung (Quellen und Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte 40). Berlin 2011, S. 188.

93 Vgl. Pack: Das Ringen um das Sozialistengesetz, S. 165–172.

94 Marschall von Bieberstein an Turban, 23. März 1886, in: Fuchs (Hg.): Friedrich I. und die Reichspolitik, Bd. 2, S. 398.

95 Tagebuch Lucius von Ballhausen, 22. März 1886, in: Stoedten (Hg.): Bismarck-Erinnerungen Lucius von Ballhausens, S. 340. Dieser Wutausbruch Wilhelms I. zeigt deutlich, welcher Unterschied zwischen dem öffentlichen und dem privaten Auftreten des Monarchen bestand. Hofpublizist Louis Schneider schreibt in seiner populären Kaiserbiographie – die er in enger Zusammenarbeit mit Wilhelm I. erstellt hatte – „nie ist nach dem Zeugniß Aller, die den König in jungen wie in älteren Jahren bedient, ein Schimpfwort oder ein Fluch über seine Lippen gekommen“. Louis Schneider: Aus dem Leben Kaiser Wilhelms 1849–1873, Bd. 1. Berlin 1888, S. 71.

96 Reichstagsrede Robert von Puttkamers, 30. März 1886, in: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages. VI. Legislaturperiode, II. Session 1885/86, Bd. 3, S. 1736.

97 Wilhelm I. an Augusta, 16. Mai 1884, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 509b, Bd. 29, Bl. 6 f.



geworfen hatte.<sup>98</sup> Bis zu seinem Lebensende setzte der Kaiser alles dafür ein, das Monarchische Prinzip aufrecht zu erhalten, jegliche Konzessionen an den Parlamentarismus zu verhindern und den Kampf gegen die ‚inneren Reichsfeinde‘ entschlossen durchzuführen.<sup>99</sup>

#### IV.

Zeit seines Lebens betrachtete Wilhelm I. die Zentrumspartei als parlamentarischen Arm des päpstlichen Machtanspruchs gegenüber der Hohenzollernmonarchie. Mit der Erklärung des Infallibilitätsdogmas, der Annexion des Kirchenstaats durch das Königreich Italien und der Gründung des Zentrums 1870 begann der Monarch den politischen Katholizismus als ernstzunehmende Bedrohung des jungen deutschen Kaiserreichs wahrzunehmen. Von der politischen Notwendigkeit des Kulturkampfs musste Reichskanzler Bismarck seinen Souverän daher erst gar nicht überzeugen.<sup>100</sup> Da Wilhelm von einer ultramontanen Verschwörung gegen die Monarchie, einem ‚Staat im Staate‘ überzeugt war, differenzierte er auch kaum zwischen Zentrum und Klerus; „Ultramontane“, „Klerikei“, „Jesuiten“ und „ZentrumsPartei“ waren ihm einerlei. Sie alle agierten in seinen Augen als Handlanger Pius IX. Anders als Augusta erkannte er nicht den neuartigen gesellschafts- und klassenübergreifenden Charakter der Zentrumspartei.<sup>101</sup> Wo die Kaiserin während der Kulturkampfzeit für politische Flexibilität plädierte, verhartete der Kaiser in starrem Dogmatismus. In ihrer Familie stand Augusta mit dieser Position jedoch isoliert da: Nicht nur ihr Sohn, der spätere 99-Tage-

98 Der nahezu inflationäre Gebrauch kaiserlicher Botschaften an das Parlament wurde innerhalb der Reichsleitung nicht unkritisch begutachtet. „Die dritte allerhöchste Botschaft innerhalb sechs Monaten!“, klagte etwa Robert Lucius von Ballhausen im Juni 1882. „Es hat etwas von Schießen mit Kanonen auf Sperlinge. Ein zu häufiger Gebrauch der stärksten Mittel beeinträchtigt die gewollte Wirkung.“ Tagebuch Lucius von Ballhausen, 18. Juni 1882, in: Stodten (Hg.): Bismarck-Erinnerungen Lucius von Ballhausens, S. 233.

99 Im letzten Brief, den Wilhelm I. an Bismarck vor seinem Tod am 9. März 1888 schrieb, gratulierte der 90-jährige Monarch seinem Kanzler zur erfolgreichen Verteidigung des Militärhaushalts im Reichstag gegen die Anträge der Oppositionsfractionen, wodurch die Gefahr einer ‚Parlamentsarmee‘ auf absehbare Zeit gebannt worden sei. Wilhelm I. an Bismarck, 6. Februar 1888, in: OBS, B 126, Bl. 256. Siehe zum Kontext Elfi Bendikat: Die Außenpolitik als Wahlkampfthema. Die Kartellwahlen 1887, in: Lothar Gall (Hg.): Regierung, Parlament und Öffentlichkeit im Zeitalter Bismarcks (Otto-von-Bismarck-Stiftung, Wissenschaftliche Reihe 5). Paderborn u. a. 2003, S. 249–261.

100 Dennoch wird bisweilen fälschlicherweise dargestellt, Wilhelm I. hätte den Kulturkampf nur widerwillig begonnen. So etwa bei Angela Schwarz: Wilhelm I. (1797–1888), in: Michael Fröhlich (Hg.): Das Kaiserreich. Portrait einer Epoche in Biographien. Darmstadt 2001, S. 15–26, hier 22 f.; Wolfgang Neugebauer: Die Hohenzollern. Bd. 2. Dynastie im säkularen Wandel. Von 1740 bis in das 20. Jahrhundert. Stuttgart 2003, S. 166; Fischer: Wilhelm I., S. 303.

101 Vgl. Augusta an Wilhelm I., 5. März 1871, in: Constabel (Hg.): Vorgeschichte des Kulturkampfs, S. 89.

Kaiser Friedrich III. teilte die feindliche Sichtweise seines Vaters gegenüber dem politischen Katholizismus.<sup>102</sup> Auch Wilhelm II. folgte seinem Großvater in dieser Beziehung. Das Verhältnis des letzten Hohenzollernkaisers zum Zentrum und der vermeintlichen ultramontanen Bedrohung sollte in vielerlei Hinsicht dem seines Großvaters ähneln.<sup>103</sup> Vom „Heldenkaiser“<sup>104</sup> Wilhelm I. und seinen beiden Nachfolgern auf dem Kaiserthron als ‚innere Reichsfeinde‘ stigmatisiert, war es ein mühsamer Weg der Partei und ihrer Wählerschaft hin zur gesellschaftlichen und politischen Akzeptanz im Kaiserreich.

Dieses Schicksal teilten sie mit vielen anderen. Die Bedrohung durch ‚Umsturzparteien‘, durch Ultramontane, Liberale und Sozialisten war für Wilhelm I. nach der Reichsgründung eine allgegenwärtige Furcht. Kulturkampf und Sozialistengesetz stellten in seinen Augen legitime Mittel der Regierung dar, die monarchische Herrschaft gegen ihre vermeintlichen inneren Feinde zu verteidigen. Ohne die Unterstützung durch den ‚Allerhöchsten Willen‘ hätte Bismarck seine staatliche Repressionspolitik nie durchführen können. Fortwährend drängte der Kaiser seinen Kanzler, durch dessen Politik und Auftreten keinerlei Zweifel an der zentralen Stellung der Krone im konstitutionellen System aufkommen zu lassen. Auch hierin sollte er seinem Enkel ein politisches Vorbild sein, der Zeit seiner Herrschaft Reichstag und Parteien mit Hohn und Verachtung gegenübertrat.<sup>105</sup>

102 Während des Krieges 1870/71 vertraute der Kronprinz seinem Tagebuch an, mit einem vereinigten Deutschland „gewänne man ein Bollwerk gegen den Sozialismus, gleichzeitig würde aber auch die Nation von dem Druck [...] des Despotismus und der Pfaffenherrschaft befreit, der Jesuitismus und die Orthodoxie würden auf den Kopf getroffen, und es wären damit die Geister von der Bevormundung der Kirche erlöst“. Tagebuch Friedrich Wilhelm, 24. Oktober 1870, in: Heinrich Otto Meisner (Hg.): Kaiser Friedrich III. Das Kriegstagebuch von 1870/71. Berlin/Leipzig 1926, S. 180. Auch die Kulturkampfpolitik bejahte er vollends, „nachdem Pius IX. [...] uns offen den Krieg erklärt“ hätte, Friedrich Wilhelm an Hans-Lothar von Schweinitz, 22. Februar 1875, in: Wilhelm von Schweinitz (Hg.): Briefwechsel des Botschafters General von Schweinitz. Berlin 1928, S. 102.

103 Siehe insbesondere Lamar Cecil: Wilhelm II. Prince and Emperor, 1859–1900. Chapel Hill/London 1989, S. 162 ff.; Jürgen Ströt: Wilhelm II. und der Katholizismus, in: Stefan Samerski (Hg.): Wilhelm II. und die Religion. Facetten einer Persönlichkeit und ihres Umfelds. Berlin 2001, S. 171–198; John C. G. Röhl: Wilhelm II. Der Aufbau der Persönlichen Monarchie 1888–1900, 2. Aufl. München 2010, S. 186–190.

104 So der Titel einer offiziellen Biographie Wilhelms I. anlässlich des 100. Jahrestags seiner Geburt. Wilhelm Oncken: Unser Heldenkaiser. Festschrift zum hundertjährigen Geburtstag Kaiser Wilhelms des Großen. Berlin 1897. Zur populären Rezeption des ersten Hohenzollernkaisers vor 1914 siehe detailliert Reinhard Alings: Monument und Nation. Das Bild vom Nationalstaat im Medium Denkmal – zum Verhältnis von Nation und Staat im deutschen Kaiserreich 1871–1918. Berlin 1996, S. 212–224; Michael L. Hughes: Splendid Demonstrations. The Political Funerals of Kaiser Wilhelm I and Wilhelm Liebknecht, in: Central European History Vol. 41, Nr. 2 (2008), S. 229–253, hier 230–244; Benjamin Hasselhorn: Der Kaiser und sein Großvater. Zur politischen Mythologie Wilhelms II., in: Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte 25 (2015), S. 321–335.

105 Vgl. Röhl: Der Aufbau der Persönlichen Monarchie, S. 780–793.

Wie die hier aufgezeigten politischen Positionen Wilhelms I. zeigen, prägte dieser sowohl durch Haltung und Auftreten, als auch durch seine Unterstützung Bismarcks die innen- und verfassungspolitische Entwicklung des Kaiserreichs entschieden mit.<sup>106</sup> „Der Kaiser u. der Fürst Bismarck sind die Schöpfer dieser Dinge gewesen“, musste 1885 selbst Kronprinzessin Victoria zugeben, „u. der Stempel ihrer Persönlichkeit u. ihrer Auffassungen sind allen Dingen aufgedrückt. [...] unter diesen Männern allein ist entstanden, was wir heute vor uns sehen, – ein eigenartiges Gebilde mit seinen großen Seiten, aber auch mit seinen Schwächen.“<sup>107</sup>

---

106 Den Zusammenhang zwischen der langjährigen Herrschaft Wilhelms I. und der politischen Entwicklung Preußens und Deutschlands betont auch Jonathan Steinberg: „Dass Wilhelm I. so lange lebte, war Zufall. Wäre er irgendwann vor 1887 gestorben, hätte mit seinem Tod die Ära der parlamentarischen Souveränität in Deutschland begonnen. Das Zusammenwirken von reaktionärem Kaiser und Bismarcks Genie verhinderte diesen Übergang, aber nur knapp.“ Jonathan Steinberg: *Bismarck. Magier der Macht*. Berlin 2012, S. 525.

107 Victoria an Heinrich Friedberg, 1. Juli 1885, in: Baumgart (Hg.): *Bismarck und der deutsche Kolonialerwerb*, S. 480.





## Integrative „Beziehungsarbeit“: Augusta von Preußen und ihr politischer Umgang mit der katholischen Bevölkerung

Caroline Galm

I.

Wer in den Jahren des Kulturkampfes auf die preußische Königin und deutsche Kaiserin Augusta (1811–1890) traf, erlebte zuweilen eine Frau, die alle (hoch) adelige Contenance und ‚weibliche‘ Sanftmut fahren ließ, eine Frau, die „sehr erregt“ war, „schlechter[ ] Laune“<sup>1</sup>, in „fieberhafter Aufregung über alles Tun und Lassen von Bismarck“<sup>2</sup>, die damit drohte, zum Katholizismus überzutreten<sup>3</sup> und selbst gegenüber Nahestehenden „in eine solche Heftigkeit geriet, daß ihr alle Fassung fehlte“<sup>4</sup>, kurzum: eine Frau – gemessen an den Gefühlsäußerungen, die zu dieser Zeit einer Person ihres Geschlechts und ihres Standes zugebilligt wurden – im Ausnahmezustand.<sup>5</sup>

Was Augusta dermaßen verärgerte, war die gegen die katholische Kirche und ihre Gläubigen gerichtete Kulturkampfgesetzgebung, die unter der Regierung ihres Mannes, König und Kaiser Wilhelm I., und der Leitung des preußischen Ministerpräsidenten und deutschen Kanzlers, Otto von Bismarck, erlassen wurde. Denn durch diese sah Augusta ihre jahrzehntelange politische Arbeit, die auf die Integration der katholischen Bevölkerung abzielte, konterkariert, wenn nicht gar zerstört.

Bismarck wiederum fühlte sich von Augusta derart herausgefordert und in Frage gestellt, dass er sich nicht nur „Äußerungen über die Kaiserin öffentlich zuschulden kommen [ließ] [...], welche sich in keiner Weise rechtfertigen las-

1 Ottmar von Mohl: Fünfzig Jahre Reichsdienst. Lebenserinnerungen, 2 Bde. Leipzig 1921, hier Bd. 1, S. 65.

2 Friedrich I. von Baden an Heinrich Gelzer, Berlin, 16. März – 3. April 1872, in: Großherzog Friedrich I. von Baden und die Reichspolitik 1871–1907. Bd. 1: 1871–1879, hg. von Walter Peter Fuchs (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe A: Quellen, 15). Stuttgart 1968, S. 61.

3 Tagebucheintrag Heinrich Gelzers, Mainau, 26. Juni 1872, in: Großherzog Friedrich I. von Baden und die Reichspolitik 1871–1907, Bd. 1, S. 81.

4 Friedrich I. von Baden an Heinrich Gelzer, Schloss Mainau, 13. April 1874, in: Großherzog Friedrich I. von Baden und die Reichspolitik 1871–1907, Bd. 1, S. 159.

5 Tatsächlich war es nicht das erste Mal, dass Augusta „nicht mit der gehörigen Sanftmuth und Ergebung“ auf Verhalten ihres Mannes oder auch Bismarcks reagierte. Augusta von Preußen an Christian Bernhard von Watzdorf, Baden, 21. August [1863], in: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA PK), Brandenburg-Preußisches Hausarchiv (BPH), Rep. 51 T Lit. W Nr. 7, Mappe 2, fol. 33 f.



sen<sup>66</sup>, sondern sogar gegen sie lancierte, anonym verfasste Schmähartikel in der Presse guthieß und zu weiteren anstiftete.<sup>7</sup> Darin wurde das Tun Augustas – deren Name nicht genannt wurde – als „Politik im Unterrock“<sup>68</sup> diskreditiert und in der Öffentlichkeit ein Image geboren, das ihr fortan anhaftete und das Bismarck durch die Darstellung in seinen Memoiren, den überaus auflagenstarken ‚Gedanken und Erinnerungen‘, noch verstärkte: Augusta als anmaßende, die ‚Männerwelt‘ der Politik durch ‚weibliche‘ Unvernunft und fehlenden Sachverstand störende Frau.<sup>9</sup>

Erfolgreich und medial wirksam war dieses von Bismarck gezeichnete Augusta-Bild nicht zuletzt deshalb, weil es anknüpfen konnte an diskursiv verbreitete, misogynen Vorurteile und jahrhundertalte Topoi<sup>10</sup>, die auch und gerade im bürgerlichen Jahrhundert anschlussfähig waren: In einer Zeit, in der das bürgerliche Publikum von einer Frau neben dekorativen Qualitäten vor allem Unterordnung und Anerkennung der männlichen Suprematie, Duld-

- 
- 6 Friedrich I. von Baden an Heinrich Gelzer, Berlin, 16. März – 3. April 1872, in: Großherzog Friedrich I. von Baden und die Reichspolitik 1871–1907, Bd. 1, S. 54.
  - 7 Vgl. hierzu das von Moritz Busch notierte Gespräch mit Otto von Bismarck, Berlin, 11. April 1877, in: Otto von Bismarck: Gespräche. Hg. und bearbeitet von Willy Andreas. Bd. 2: Bis zur Entlassung Bismarcks (Bismarck. Die gesammelten Werke 8). Berlin 1926, S. 202 ff.
  - 8 Anonymus: Der Rücktritt des Reichskanzlers (7. April [1877]), in: Grenzboten, I. Semester, II. Band (1877), S. 113. In einem weiteren Artikel kam der Autor erneut auf die „hohe Dame“ zu sprechen, die die politischen Intentionen des Reichskanzlers hintertreibe, „in veröffentlichten Briefen an katholische Vereine [verlautbaren lasse], daß sie die Kirchengesetze [der Regierung] mißbillige“ und in ihrem Salon, „dieser Bonbonnière voll Kreuzzeitungskonfekt und Jesuiten-Konfituren“, Bismarcks Gegner um sich schare. Anonymus: Der Reichskanzler auf Urlaub (19. April [1877]), ebd., S. 191 f. Hinter dem anonymen Autor verbarg sich Moritz Busch. Vgl. hierzu das von Moritz Busch notierte Gespräch mit Otto von Bismarck, Berlin, 11. April 1877, in: Otto von Bismarck: Gespräche, S. 202.
  - 9 Zu Bismarcks Augusta-Darstellung vgl. Otto von Bismarck: Gesammelte Werke. Neue Friedrichsruher Ausgabe. Hg. von Holger Afflerbach et al., Abteilung IV: Gedanken und Erinnerungen. Bearb. von Michael Epkenhans und Eberhard Kolb. Paderborn u. a. 2012, S. 18, 27, 77 ff., 255, 294 sowie 384.
  - 10 Vgl. hierzu beispielsweise für die Spätantike Anja Wieber-Scariot: Zwischen Polemik und Panegyrik. Frauen des Kaiserhauses und Herrscherinnen des Ostens in den Res gestae des Ammianus Marcellinus (Bochumer Altertumswissenschaftliches Colloquium 41) (= Diss. phil., Universität Bochum 1997). Trier 1999, S. 365 und 372 ff. Für die Frühe Neuzeit vgl. Katrin Keller: Kurfürstin Anna von Sachsen (1532–1585). Von Möglichkeiten und Grenzen einer ‚Landesmutter‘, in: Jan Hirschbiegel/Werner Paravicini (Hg.): Das Frauenzimmer, S. 263–285, hier S. 280. Vgl. ebenso Regina Schulte: Der Aufstieg der konstitutionellen Monarchie und das Gedächtnis der Königin, in: Historische Anthropologie 6 (1998), S. 76–103, hier 80 ff. Für den misogynen Diskurs des 19. Jahrhunderts vgl. Svenja Kaduk: „... die zarten Künste der Damenpolitik“: Zur geschlechtlichen Dimension des Politischen in der deutschsprachigen Nationalhistoriographie, in: Willibald Steinmetz (Hg.): „Politik“. Situationen eines Wortgebrauchs im Europa der Neuzeit (Historische Politikforschung 14). Frankfurt a. M./New York 2007, S. 314–338, hier v. a. 321 ff.

samkeit und Sanftmut, mitnichten indes eine politisch aktive Rolle erwartete<sup>11</sup>, musste Augusta, wie sie von Bismarck dargestellt wurde, irritieren – und sie tat es offensichtlich auch, während der preußische Ministerpräsident und deutsche Reichskanzler beim (männlichen) Publikum mit Verständnis rechnen durfte:

„Und warum hat Bismarck sie [i. e. Augusta] mit solchem über das Grab andauernden Hasse gehaßt? [...] er hat sie gehaßt, ganz einfach, weil sie sich überhaupt in Politik mischte. [...] Die Kaiserin wollte sich eben nicht mit der Stellung als Gattin des ersten deutschen Mannes im Lande begnügen, sondern sie wollte sein verantwortungsloser erster Kabinettsminister sein. Bismarck wußte aus der preußischen und deutschen Geschichte, daß, so oft Frauen darin eine Rolle zu spielen versucht hatten, es zum größten Unheil ausgeschlagen war [...].“<sup>12</sup>

Tatsächlich war in der preußischen Monarchie – zumindest auf dem Papier und im Diskurs – kaum Raum für politische Gestaltung durch Frauen, sah doch das preußische Hausgesetz weder Thronfolge noch Regentschaft, allenfalls bei zeitlich befristeter Abwesenheit des Monarchen die Option einer Regierungsstellvertretung durch ein weibliches Mitglied der Herrscherfamilie vor.<sup>13</sup> Ebenso untersagt war den Frauen politische Gremienarbeit, während die männlichen Familienmitglieder durchaus daran teilnehmen durften.<sup>14</sup>

11 Stellvertretend für die mittlerweile sehr umfangreiche Literatur zum bürgerlichen Männer- und Frauenbild vgl. zum Beispiel Elke Haarbusch: *Der Zauberstab der Macht: ‚Frau bleiben‘. Strategien zur Verschleierung von Männerherrschaft und Geschlechterkampf im 19. Jahrhundert*, in: Dies./Helga Grubitzsch/Hannelore Cyrus (Hg.): *Grenzgängerinnen. Revolutionäre Frauen im 18. und 19. Jahrhundert. Weibliche Wirklichkeit und männliche Phantasien (Geschichtsdidaktik 33)*, Düsseldorf 1985, S. 219–255, hier 222, 230 f.; Gabriella Hauch: *Frauen-Räume in der Männer-Revolution 1848*, in: Heinz-Gerhard Haupt/Dieter Langewiesche/Dieter Dowe (Hg.): *Europa 1848. Revolution und Reform (Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Reihe Politik- und Gesellschaftsgeschichte 48)*, Bonn 1998, S. 841–900, hier 845 f. oder auch 871.

12 Rezension E[duard] E[ngels] zu Eufemia von Adlersfeld-Ballestrems Augusta-Biografie, abgedruckt im ‚Hamburger Fremdenblatt‘, Nr. 62, 4. März 1903, sowie im ‚Sonntagsblatt der New-Yorker Staats-Zeitung‘, 29. März 1903, in: Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA KA) 69 Baden, Geheimes Kabinett der Großherzogin Luise, Nr. 193; ohne folio.

13 Vgl. hierzu *Die Zollernschen Hausgesetze (das königlich preußische Haus und das fürstliche Haus Hohenzollern)*, in: *Die Hausgesetze der regierenden deutschen Fürstenhäuser*, hg. und eingeleitet von Hermann Schulze, Bd. 3, Jena 1883, S. 535–793, hier v. a. 624 ff.; ebenso Erich Brunneemann: *Die Frau als Thronfolgerin, Regentin und Regierungsstellvertreterin in den deutschen Staaten*, Diss. jur. Greifswald 1895, S. 31 f. Zum (staatsrechtlichen) Diskurs vgl. beispielsweise Felix Genzmer: Artikel ‚Monarchie‘, in: Paul Herre (Hg.): *Politisches Handwörterbuch. Unter redaktioneller Mitwirkung von Kurt Jagow*, Bd. 2, Leipzig 1923, S. 150–152.

14 So gehörten beispielsweise dem preußischen Staatsrat neben Staatsdienern, die qua Amt dazu berufen waren, und solchen, „welche durch besonderes Vertrauen Sitz und Stimme im Staatsrat haben“, auch die Prinzen des Königlichen Hauses ab dem 18. Lebensjahr an. *Handbuch über den Königlich Preußischen Hof und Staat für das Jahr 1843*, Berlin o. J., S. 52.

Gleichwohl bildete dieser formale Ausschluss der Frauen mitnichten die Realität monarchischer Politik ab. Denn diese ließ sich nicht auf rechtliche Aspekte beschränken, vielmehr zeichnete sie sich im Alltag durch die Parallelität von formalen und informellen Strukturen<sup>15</sup> aus, funktionierte also in der Praxis anders als im Diskurs. Und vor allem funktionierte sie nicht ohne Frauen.<sup>16</sup> So übernahmen die weiblichen Mitglieder der Herrscherfamilie im Dienst der Monarchie zahlreiche politische Aufgaben: Sie heirateten aus politischen Gründen, repräsentierten die Monarchie oder kamen (landes-) mütterlichen Aufgaben und Pflichten nach. Auch konnten sie als informelle politische Funktionsträgerinnen, das heißt als Informantinnen, Netzwerkerinnen, Multiplikatorinnen, Beziehungsmaklerinnen oder gar als einflussreiche Beraterinnen ihrer Männer, als „Partners in politics“<sup>17</sup>, eine Rolle spielen.

Welche politischen Handlungs- oder Gestaltungsoptionen Augusta in der preußischen Monarchie haben konnte, sollte oder wollte, ist geschichtswissenschaftlich bislang kaum erfasst. So existieren zwar ältere oder populärwissenschaftliche Lebensdarstellungen und werden Teilaspekte von Augustas politischem Tun in kleineren historiografischen Untersuchungen in den Blick genommen. Eine wissenschaftlich fundierte, quellenbasierte Biografie steht allerdings bislang aus.<sup>18</sup>

- 15 Zu dem Begriff des ‚Informellen‘ (in Abgrenzung zum ‚Formalen‘), der vor allem durch die historiografischen Forschungen zu (Fürsten-)Hof und Monarchie in Antike und Früher Neuzeit an Gewicht gewonnen hat, vgl. beispielsweise Christian Gizewski: „Informelle Gruppenbildungen“ in unmittelbarer Nähe des Kaisers an spätantiken Höfen, in: Aloys Winterling (Hg.): Zwischen „Haus“ und „Staat“. Antike Höfe im Vergleich (Historische Zeitschrift. Beihefte (Neue Folge) 23). München 1997, S. 113–149.
- 16 So lässt sich der Befund zusammenfassen, der in geschichtswissenschaftlichen Untersuchungen zu den Bereichen der Antike, des Mittelalters und der Frühen Neuzeit schon seit geraumer Zeit formuliert wird und sich m. E. auch genauso für das 19. Jahrhundert formulieren lässt. Exemplarisch sei hier nur verwiesen auf den Tagungsband von Claudia Zey (Hg.): Mächtige Frauen? Königinnen und Fürstinnen im Europäischen Mittelalter (11.–14. Jahrhundert) (Vorträge und Forschungen, hg. vom Konstanzer Arbeitskreis für mittelalterliche Geschichte, LXXXI). Ostfildern 2015, oder Bettina Braun/Katrin Keller/Matthias Schnettger (Hg.): Nur die Frau des Kaisers? Kaiserinnen in der Frühen Neuzeit (Veröffentlichungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung 64). Wien 2016. Für das 19. Jahrhundert liegen zum politischen Handeln monarchischer Frauen bislang vor allem Einzeluntersuchungen vor, beispielsweise Luise Schorn-Schütte: Königin Luise. Leben und Legende. München 2003, oder Karin Amtmann: Elisabeth von Österreich. Die politischen Geschäfte der Kaiserin. Regensburg 1998.
- 17 So der Titel des Vorworts von Theresa Earenfight: Partners in Politics, in: Dies. (Hg.): Queenship and Political Power in Medieval and Early Modern Spain. Aldershot/Burlington 2005, S. XIII–XXVIII.
- 18 Hier Abhilfe zu schaffen ist Ziel meines Dissertationsprojekts. Vgl. hierzu Caroline Galm: Augusta – „Visionärin ohne Macht“? Eine politische Biografie der ersten deutschen Kaiserin (Arbeitstitel), in: Texte des RECS #24, 25/07/2018, <https://recs.hypotheses.org/2823> (Abruf: 4. August 2020). Zu den älteren Lebensdarstellungen Augustas gehören Friederike Charlotte Bornhak: Kaiserin Augusta. Züge aus einem fürstlichen Frauenleben. Berlin 1886; Otto Schrader: Augusta, Herzogin zu Sachsen, die erste deutsche Kaiserin. Züge



Dabei sah auch Augusta Politikgestaltung nicht allein als Aufgabe ihres Mannes, sondern ebenso als die ihre an und sprach diesbezüglich von „unsere[m] Beruf[ ]“.<sup>19</sup> Gleichwohl ging sie mit ihrem Anspruch noch darüber hinaus, wollte sie doch vor allem eine eigene politische Agenda umsetzen – gern mit dem Monarchen, zur Not aber auch ohne oder sogar gegen ihn.<sup>20</sup> Welcher Erfolg Augusta damit beschieden war, lässt sich beispielhaft aufzeigen, nimmt man ihr Verhältnis zu und ihren Umgang mit der katholischen Bevölkerung in den Blick.

## II.

Gelingende, erfolgreiche Politik war für Augusta Politik, „welche keinen Eclat sucht, die öffentliche Meinung schont, und Märtyrer zu schaffen vermeidet, [...] – Sie spaltet nicht, – sie versöhnt, und ihr Werk ist segensreich!“<sup>21</sup>

Die Umsetzung eines solchen integrativen Ansatzes war für sie keine bloße Handlungsoption, sondern existenziell notwendig. Denn in Augustas Augen war die Monarchie des 19. Jahrhunderts eine Herrschaftsform in der Defensive, die, durch Revolutionen in Frage gestellt und längst nicht mehr alternativlos, sich der Loyalität der ‚Untertanen‘ nicht mehr sicher sein konnte und die überzeugende Antworten finden musste auf drängende Fragen, wollte sie in einem

---

und Bilder aus ihrem Leben und Charakter nach mehrfach ungedruckten Quellen. Weimar 1890; Paul von Bojanowski: Weimar und die Kaiserin Augusta. Weimar 1911; Marie von Bunsen: Kaiserin Augusta. Berlin 1940; vgl. ebenso aus jüngerer Zeit die beiden populärwissenschaftlichen Publikationen von Karin Feuerstein-Praßer: Kaiserin Augusta, in: Dies.: Die deutschen Kaiserinnen 1871–1918. München 5. Aufl. 2004, S. 14–106, und Helmut H. Schulz: Kaiserin Augusta. Ihre Ehe mit Wilhelm I. Berlin 1996. Zu den historiografischen Arbeiten zählen Alexa Geisthövel: Augusta-Erlebnisse: Repräsentation der preußischen Königin 1870, in: Ute Frevert/Heinz-Gerhard Haupt (Hg.): Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung (Historische Politikforschung 1). Frankfurt a. M./New York 2005, S. 82–114; Georg Wagner-Kyora: „Beruf Kaiserin“. Die mediale Repräsentation der preußisch-deutschen Kaiserinnen 1871–1918, in: Historische Anthropologie 15 (2007), S. 339–371; Frank Lorenz Müller: „Frauenpolitik“. Augusta, Vicky und die liberale Mission, in: Frauensache. Wie Brandenburg Preußen wurde, hg. von der Generaldirektion der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg. Dresden 2015, S. 252–258; Monika Wienfort: Familie, Hof, Staat: Königin Augusta von Preußen, zugänglich über [www.perspectivia.net>pnet\\_derivate\\_00000637>wienfort\\_familie](http://www.perspectivia.net>pnet_derivate_00000637>wienfort_familie) (Abruf: 4. August 2020); Birgit Aschmann: Königin Augusta als „political player“ in Preußens Politik, in: Karrieren in Preußen – Frauen in Männerdomänen, hg. von Ingeborg Schnelling-Reinicke und Susanne Brockfeld (Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte. Neue Folge. Beiheft 15). Berlin 2020, S. 271–290. Darüber hinaus erfasst Susanne Bauer (Universität Trier) aktuell in einem Promotionsprojekt alle überlieferten Briefe von und an Augusta.

19 Augusta von Preußen an Wilhelm (I.) von Preußen, Wilhelmsthal, 30. Juli 1840, in: GSTa PK, BPH, Rep. 51 T Lit. P Nr. 11, Fasz. 5, ohne folio.

20 Hierzu passt auch das von Wagner-Kyora aufgrund ihrer medialen Selbstdarstellung beschriebene Selbstverständnis Augustas als „souveräne Fürstin, die ihre Eigenständigkeit inszenierte.“ Wagner-Kyora: „Beruf Kaiserin“, S. 354.

21 Augusta von Preußen an Wilhelm (I.) von Preußen, o. O., 19. Juli 1847, in: GSTa PK, BPH, Rep. 51 S II e Nr. 2, fol. 12.

bürgerlichen Jahrhundert anschluss- und überlebensfähig bleiben.<sup>22</sup> Dass hierfür indes eine inhaltlich wie methodisch andere Politik notwendig war als die der Regierung ihres Schwagers, König Friedrich Wilhelm IV., dessen war sich Augusta sicher. Schon bevor auch in Preußen revolutionäre Forderungen gewaltsam artikuliert wurden, hatte sie deshalb die Ansicht vertreten, dass sich die Monarchie den Herausforderungen, dem „Geist der Zeit“ stellen müsse, und ein „freiwilliges Einlenken“ zugunsten der „allgemeinen Wünsche“ empfohlen, müsse man doch „zur rechten Zeit zu geben wissen, um sich nicht später das Verlangte nehmen zu lassen“. Grundsätzlich gelte es zu bedenken, „daß man die Menschen schonen muß um auf sie zu wirken, weil man, sind sie einmahl verletzt, auf ihre Willfähigkeit nicht mehr rechnen kann“.<sup>23</sup>

In diesem Sinne hatte sich Augustas politisches Handeln zunächst auf die vom liberalen und national gestimmten Bürgertum mit Macht aufgeworfene Forderung nach einem geeinten deutschen Nationalstaat konzentriert.<sup>24</sup> Eine geringere Rolle gespielt hatte die ‚konfessionelle‘ Frage, vielmehr hielt Augusta die katholische Minderheit Preußens im Großen und Ganzen für integriert und ausgesöhnt mit der protestantischen Mehrheit und dem protestantischen Herrscherhaus.<sup>25</sup> Dass sich insbesondere durch katholische Strömungen wie dem zum päpstlichen Rom theologisch und politisch hinneigenden ‚Ultramontanismus‘ ernstzunehmende Loyalitätskonflikte ergeben könnten, nahm Augusta dennoch wahr und formulierte beispielsweise 1853 entsprechende Bedenken gegenüber ihrem Mann.<sup>26</sup> Und auch andere Stimmen aus ihrem Umfeld sahen zunehmend Handlungsbedarf. So warnte Christian Karl Josias von Bunsen Augusta 1855

- 22 So schrieb sie angesichts der revolutionären Ereignisse von 1848: „Es gilt jetzt die Monarchie und ihre Trägerin die Dynastie zu retten, dies ist die Aufgabe für die kein Opfer groß genug seyn kann.“ Augusta von Preußen [an Wilhelm (I.) von Preußen], Babelsberg, 5. Juni 1848, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 S II e Nr. 1, fol. 27 vs.
- 23 Augusta von Preußen an Wilhelm (I.) von Preußen, o. O., o. D. in: GStA PK, BPH, Rep. 51 S II e Nr. 2, fol. 9 vs.
- 24 Augusta plädierte hier für eine preußische Politik, die sich von Österreich und Russland emanzipierte, sich stattdessen die Realisierung eines deutschen Nationalstaates unter Führung der Hohenzollernmonarchie zum Ziel setzte und sich im Inneren moderat reformierte und modernisierte. Vgl. hierzu beispielhaft ihre Aufzeichnung über den „Deutschen Beruf Preussens [sic!]“ aus dem Jahr 1848, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 S II e Nr. 11, fol. 1 ff.; sowie auch ihre „Politische[n] Betrachtungen“ vom September 1851, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 S II e Nr. 6, fol. 1–5, hier v. a. fol. 4 vs. f.
- 25 Vgl. hierzu die rückblickende Darstellung Augustas von Preußen an Wilhelm I. von Preußen, Berlin, 10. März 1872, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 T Lit. P Nr. 11, Fasz. 30, fol. 164. Zum Stand der Integration der (rheinländischen) Katholikinnen und Katholiken durch die Bemühungen Friedrich Wilhelms IV. vgl. Jan Werquet: Eine ‚historische Basis‘ für den preußischen Staat. Die Rheinprovinz im Kontext der Bauunternehmungen Friedrich Wilhelms IV., in: Ders./Jörg Meiner (Hg.): Friedrich Wilhelm IV. von Preußen. Politik – Kunst – Ideal. Berlin 2014, S. 81–98.
- 26 Vgl. Augusta von Preußen an Wilhelm (I.) von Preußen, Koblenz, 10. November [1853], in: GStA PK, BPH, Rep. 51 T Lit. P Nr. 11, Fasz. 13, ohne folio; oder auch Augusta von Preußen an Wilhelm (I.) von Preußen, 18. November 1853, in: ebd., ohne folio.



eindringlich vor den Jesuiten: „Sie spielen die Liberalen, Aufgeklärten, Toleranten, um den Leuten Sand in die Augen zu streuen [...] – Ich beschwöre Ew. Königliche Hoheit bei allem was Ihnen heilig ist, studiren Sie diese Sache. Die Kirchenfrage wird Ihrem Sohn mehr Sorgen machen als die constitutionelle.“<sup>27</sup>

Intensiv mit der Situation der preußischen Katholikinnen und Katholiken auseinanderzusetzen begann sich Augusta spätestens ab 1857, nachdem ihr Mann Wilhelm für den erkrankten König Friedrich Wilhelm IV. die Leitung der Regierungsgeschäfte übernommen hatte.<sup>28</sup> Wie oft, wenn sie sich ein politisch relevantes Thema aneignete, ließ sie auch hier zunächst Denkschriften und Aufsätze unterschiedlichster Provenienz erstellen, um sich einen Überblick und die nötige Expertise zur Bewertung der Lage zu verschaffen. So erhielt Augusta beispielsweise eine Liste mit Beschwerden, die verdeutlichte, dass sich die katholische Bevölkerung gegenüber der protestantischen Mehrheit in vielerlei Hinsicht benachteiligt fühlte – etwa bei der Besetzung von höheren Staatsämtern – und sich immer wieder durch „eine Menge kleinere[r] Details“ in der Meinung bestätigt glaubte, dass Preußen „als evangelische[r] Staat [...] die Gleichberechtigung der Katholiken nicht zur Geltung kommen“ lassen wolle.<sup>29</sup> Ein weiteres Memorandum, das Augusta ihren Unterlagen über den Katholizismus beifügte, beschäftigte sich mit der Frage, ob die preußische Verfassung von 1850 zu wenig Rücksicht auf die katholische Bevölkerung nehme, und gelangte zu dem Schluss, dass sich, obwohl Preußen der katholischen Kirche große Freiheiten einräume, eine katholische Fraktion im Landtag organisiert habe, die sich auszeichne durch „Theilnahm[s]losigkeit an den Leiden und Scheelsucht bei den Freuden des Preußischen Vaterlandes, grundsätzliche Opposition gegen die protestantische Regierung und instinctmäßige Hinneigung an das katholische Östreich, Beförderung römischer Weltherrschaft als Ideal geschichtlicher Vollkommenheit“.<sup>30</sup> Auch eine Schrift über die Jesuiten erhob den Vorwurf, diese nutzten ihre Funktion als Schulorden zur „Grundsätzliche[n] Ablösung des Gemüthes der Zöglinge von Volk und Vaterland.“<sup>31</sup> Schließlich gelangte auch Heinrich Küpfer, der im Laufe seines politischen Lebens zahlreiche Auf-

27 Christian Karl Josias von Bunsen an Augusta von Preußen, Charlottenberg, 7. Juli 1855, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 T Lit. B Nr. 19, ohne folio.

28 Zur Erkrankung des Königs, Wilhelms Regierungsstellvertretung und seine Regentschaft vgl. beispielsweise Erich Marcks: Kaiser Wilhelm I. Berlin 9. Aufl. 1943, S. 130 ff.; Karl-Heinz Börner: Kaiser Wilhelm I. 1787 bis 1888. Deutscher Kaiser und König von Preußen. Eine Biographie. Köln 1984, S. 126ff; Guntram Schulze-Wegener: Wilhelm I. Deutscher Kaiser, König von Preußen, nationaler Mythos. Hamburg, Bonn 2015, S. 270 ff. Zu Wilhelm I. liegt bislang keine wissenschaftlich fundierte Biografie vor. Diese Forschungslücke zu schließen ist Ziel der Promotionsvorhaben von Frederik Frank Sterkenburgh (Universität Utrecht, NL) und Jan-Frederik Markert (Universität Oldenburg).

29 Friedrich von Kühlwetter an Augusta von Preußen, Aachen, 9. Dezember 1857, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 S II d Nr. 2, fol. 5 vs.

30 Anonymus, Die Beschwerden der Katholiken, o. O., o. D., in: ebd., fol. 21 vs.

31 Anonymus, Über die Jesuiten, o. O., o. D., ebd., ohne folio.

sätze, sogenannte „Bulletins“<sup>32</sup>, für Augusta verfasste, und nun für sie das Verhältnis der einzelnen preußischen Provinzen zur Monarchie ausleuchtete, zu dem Schluss, dass überall dort, wo die katholische Bevölkerung überwog, die Affinität zu Österreich oder auch Frankreich meist größer sei als zu Preußen.<sup>33</sup>

Für Augusta ergab sich aus diesen Darstellungen offensichtlich politischer Handlungsbedarf. Mit dem Ziel, die Integrationsdefizite zu beheben und die Katholikinnen und Katholiken mit dem protestantischen Herrscherhaus zu versöhnen, wob sie gekonnt ein informelles, auf dem persönlichen Nahverhältnis beruhendes Beziehungsgeflecht zwischen sich und den katholischen Eliten. Von Vorteil war hierfür, dass Augusta seit 1850 in Koblenz, Hauptstadt der überwiegend katholischen Rheinprovinz, residierte und Kontakte bereits geknüpft waren.<sup>34</sup> So unterstützte sie schon früh den katholischen Männerverein in Koblenz und hatte auch 1852 das Protektorat des ortsansässigen katholischen Frauenvereins „dankbar angenommen“.<sup>35</sup> Weitere katholische Institutionen wie beispielsweise das von Schulbrüdern geleitete Knabenwaisenhaus Kemperhof folgten.<sup>36</sup> Auch baute sie enge, über Jahrzehnte hinweg andauernde Beziehungen zu mehreren katholischen Frauenorden auf, so zu den Ursulinen auf dem Kalvarienberg bei Ahrweiler, den Schwestern von der Heimsuchung Mariae im Kloster Moselweiß, den Barmherzigen Schwestern vom Hl. Carl

- 
- 32 Vgl. die entsprechenden Bulletins von Heinrich Küpfer an Augusta von Preußen, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 S III b Nr. 2, Bd. 1–13.
- 33 Heinrich Küpfer: „Skizzirte Charakteristik der verschiedenen Provinzen der Preußischen Monarchie“, Baden, Ende Juni 1858, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 S II d Nr. 2, fol. 52 ff. Zu der Situation der Katholikinnen und Katholiken in Preußen vgl. auch überblicksartig Monika Wienfort: *Geschichte Preußens*. München 2. Aufl. 2015, S. 68 und 76; vgl. ebenso Franz Eyck: *Liberalismus und Katholizismus in der Zeit des deutschen Vormärz*, in: Wolfgang Schieder (Hg.): *Liberalismus in der Gesellschaft des deutschen Vormärz* (Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 9). Göttingen 1983, S. 113–146, hier v. a. 135 ff. und in Bezug auf die Lage der katholischen Bevölkerung im Rheinland 141 ff.
- 34 Zu Augustas Residenznahme in Koblenz vgl. Aufzeichnungen Großherzogin Luises von Baden über ihre Mutter, Königin-Kaiserin Augusta, in: GLA KA 69 Baden, Sammlung 1995 A/o. S. 6, Nr. VIII, ohne folio. Zur Situation der Rheinprovinz im preußischen Staats- und Machtgefüge vgl. Elisabeth Fehrenbach: *Rheinischer Liberalismus und gesellschaftliche Verfassung*, in: Wolfgang Schieder (Hg.): *Liberalismus in der Gesellschaft des deutschen Vormärz*, S. 272–294, hier v. a. 273 ff. Vgl. ebenso Andreas Mühlring: *Die Konsequenzen des Wiener Kongresses für das Rheinland*, in: Manfred Wilde/Hans Seehase (Hg.): *Unter neuer Herrschaft. Konsequenzen des Wiener Kongresses 1815* (Studien zur deutschen Landeskirchengeschichte 10). Leipzig 2016, S. 119–130, hier v. a. 124 ff.
- 35 Augusta von Preußen an Wilhelm (I.) von Preußen, Koblenz, 16. März 1852, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 T Lit. P Nr. 11, Fasz. 12, ohne folio. Vgl. ebenso Augusta von Preußen an den Katholischen Männerverein, Koblenz, 3. Juni 1850, in: GLA KA 69 Baden, Sammlung 1995 A/o. S. 1, Nr. 12, ohne folio.
- 36 Vgl. hierzu GLA KA 69 Baden, Sammlung 1995 A/o. S. 1, Nr. 20, ohne folio.



Borromäus in Trier und – außerhalb der Rheinprovinz – zur Kongregation der Grauen Schwestern im schlesischen Neiße.<sup>37</sup>

In Augustas Gunst zu stehen war zunächst einmal Ausdruck von Wertschätzung. So erhielten mehrere katholische Frauenorden für ihre geleistete Arbeit in der Kranken- und Verwundetenpflege 1866 den Luise-Orden und 1871 das Verdienstkreuz.<sup>38</sup> Darüber hinaus trat Augusta auch wiederkehrend als finanzielle Förderin katholischer Institutionen in Erscheinung.<sup>39</sup>

Kern von Augustas Unterstützung der Katholikinnen und Katholiken war jedoch deren Interessenvertretung in Berlin. So verwandte sie sich nicht nur für die Anliegen von Einzelpersonen ihrem Mann gegenüber – etwa für das Ansinnen eines Konsistorialrats, der Augusta bat, sie möge seine Bewerbung um das Kanonikat an der Breslauer Domkirche unterstützen und ihn hierfür Wilhelm empfehlen.<sup>40</sup> Auch setzte sich Augusta gegenüber den staatlichen Behörden für katholische Belange ein. Aus diesem Grund wandte sich Graf Mieczyslaw Ledóchowski, Erzbischof von Gnesen und Posen, im Januar 1867 an Augusta mit dem Vorhaben, in einem ehemaligen, säkularisierten Franziskanerinnenkloster in Gnesen eine katholische Erziehungsanstalt zu errichten.<sup>41</sup> Augusta schrieb daraufhin sowohl an den Innenminister als auch an den Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinangelegenheiten mit der klaren Erwartung, dass das Gesuch Ledóchowskis dort Befürworter finde und sie diesen „Landesmütterlichen Gnadentat“<sup>42</sup> gewähren könne. Dem Innenminister gegenüber machte sie hierfür deutlich, worum es ihr ging. Sie fühle sich vor allem verpflichtet, „den Grafen Ledochowski, der bis jetzt den Agitationen der polnischen Parthei gegenüber sich durchaus gouvernemental gehalten hat, in der schwierigen

37 Zu den rheinländischen Klöstern vgl. GLA KA 69 Baden, Sammlung 1995 A/o. S. 1, Nr. 12, ohne folio. Zu den Grauen Schwestern in Neiße vgl. GLA KA 69 Baden, Sammlung 1995 A/o. S. 1, Nr. 16, ohne folio.

38 Zur Kongregation der Grauen Schwestern in Neiße (Auszeichnung 1866 und 1871) vgl. ebd., ohne folio; zu den Schwestern von der Regel des Heiligen Augustin aus Köln sowie zu den Barmherzigen Schwestern vom Hl. Carl Borromäus in Trier (Auszeichnung 1871) vgl. GLA KA 69 Baden, Sammlung 1995 A/o. S. 1, Nr. 12, ohne folio.

39 So unterstützte Augusta beispielsweise den Katholischen Männerverein in Koblenz bei dessen Gründung mit 100 Talern. Vgl. Augusta von Preußen an den Katholischen Männerverein, Koblenz, 3. Juni 1850, in: ebd., ohne folio. Die gleiche Summe spendete sie auch 1851 für das katholische Waisenhaus in Koblenz. Vgl. Augusta von Preußen an den Katholischen Männerverein, Koblenz, 3. November 1851, in: ebd., ohne folio. Zu den umfangreichen finanziellen Zuwendungen an die Krankenpflegenden Orden in und um Koblenz vgl. Aufzeichnungen Großherzogin Luises von Baden über ihre Mutter, Königin-Kaiserin Augusta, in: GLA KA 69 Baden, Sammlung 1995 A/o. S. 6, Nr. VIII, ohne folio.

40 Konsistorialrat Dr. von Montbach an Augusta von Preußen, Breslau, 28. Mai 1858, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 S II d Nr. 3, fol. 36 ff.

41 Erzbischof Mieczyslaw Ledóchowski an Augusta von Preußen, Posen, 25. Januar 1867, ebd., fol. 43 ff.

42 Augusta von Preußen, Manuskript eines Kabinettschreibens, B[erlin], 26. Januar 1867, ebd., fol. 59.

Lage, in die ihn diese Haltung versetzt, in jeder Weise zu unterstützen und ihm eine Bitte zu erfüllen, deren Gewährung für die Regierung kein Opfer, für den Erzbischof aber von großer Bedeutung wäre“.<sup>43</sup>

Aus einem ähnlichen Beweggrund agierte Augusta auch, als im Oktober 1868 der den Malteserrittern angehörende Victor von Ratibor an sie herantrat und um ihre Unterstützung für die Errichtung eines geplanten Krankenhauses im schlesischen Trebnitz bat.<sup>44</sup> Offensichtlich setzte sie sich daraufhin mit dem Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten in Verbindung, wie drei Briefe Heinrich von Mühlens an Augusta belegen. Darin berichtete Mühlens, er habe seine Amtskollegen aus Finanz-, Innen- und Justizministerium kontaktiert, „damit dem Wunsche Eurer Königlichen Majestät – wenn irgend möglich – entsprochen wird“.<sup>45</sup> Und tatsächlich konnte der Kultusminister Augusta im Dezember 1868 mitteilen: Die Berichte seiner Amtskollegen seien zwischenzeitlich eingegangen, und der Antrag der Malteser auf Errichtung eines Krankenhauses könne deshalb positiv beschieden werden.<sup>46</sup>

Bei alledem agierte Augusta keineswegs frei von politischem Kalkül, vielmehr erwartete sie – ganz im Sinne klassischer Patronage – für ihre Unterstützung und Interessenvertretung eine entsprechende Gegenleistung. Wie diese auszusehen hatte, darüber ließ sie die Katholikinnen und Katholiken nicht im Unklaren. So hatte ihr der Trierer Dompropst Karl Holzer aus Anlass der Bischofswahl in seinem Bistum mitgeteilt, es sei wegen der Nähe zu Frankreich wichtig, dass der neugewählte Bischof seinen Einfluss „in wahrhaft vaterländischem Interesse geltend mache“ und beweise, „ob unter allen Umständen auf ihn zu zählen [sei]“.<sup>47</sup> Augusta wiederum lud daraufhin den neugewählten Bischof zu sich und machte ihm deutlich, was sie von ihm wollte: „[...] ich habe dies benutzt um [...] ihm die patriotische Gesinnung an der westlichen Gränze in ihrer vollen Wichtigkeit zu bezeichnen [...]“.<sup>48</sup>

43 Augusta von Preußen an Friedrich Albert zu Eulenburg, Berlin, 27. April 1867, ebd., fol. 53 f.

44 Victor von Ratibor an Augusta von Preußen, Rauden, 14. Oktober 1868, ebd., fol. 139 ff.

45 Heinrich von Mühlens an Augusta von Preußen, Berlin, 5. November 1868, ebd., fol. 137.

46 Heinrich von Mühlens an Augusta von Preußen, Berlin, 17. Dezember 1868, ebd., fol. 135.

47 Dompropst Karl Holzer an Augusta von Preußen, Trier, 27. August 1867, ebd., fol. 115 vs.

48 Augusta von Preußen an Wilhelm I. von Preußen, Koblenz, 11. November 1867, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 T Lit. P Nr. 11, Fasz. 27, fol. 197. In Bezug auf ihre Erwartungen noch deutlicher wurde Augusta den protestantischen Geistlichen gegenüber. Beispielsweise sandte sie dem Berliner Propst und Generalsuperintendenten Bruno Brückner „ein von Mir im vorigen Sommer an den Präsidenten Mathis gerichtetes Schreiben und ein früheres auf die religiösen Fragen unsrer Zeit bezügliches Schriftstück, um deren demnächstige Rückgabe Ich Sie bitte, zu Ihrer persönlichen ganz vertraulichen Kenntnißnahme da Ich voraussetze daß Sie manche der darin dargelegten Ansichten richtig finden werden und dann vielleicht Gelegenheit haben können ohne alle Bezugnahme auf diese Mitteilung jene Ansichten zu vertreten, wie dies bei Ihrer seltenen Begabung und der wichtigen Stellung welche Sie gegenwärtig in der Evangelischen Kirche Deutschlands einnehmen, nur Ihnen möglich sein würde.“ Augusta von Preußen an den Generalsuperintendenten Propst Bruno

Es ging Augusta also darum, im katholischen Milieu Multiplikatoren zu gewinnen, die für die preußische Monarchie und das protestantische Herrscherhaus in die Breite wirkten und Werbung machten. Dass hierfür Bischöfe und Generaloberinnen, die durch ihre Tätigkeit zahlreiche Menschen erreichen konnten, ideal geeignet waren, hatte Augusta durchaus im Blick. Nicht umsonst rekurrierte sie der Generaloberin des Ordens vom Hl. Carl Borromäus gegenüber auf den „ehrwürdige[n] Orden, dem Sie angehören, die 41 Ordenshäuser, die unter Ihrer Leitung stehen, die zahllosen Kranken und Hülfbedürftigen aller Konfessionen, welche in Ihnen ihre Wohlthäterin verehren [...]“.<sup>49</sup> Auch beobachtete sie aus dem gleichen Grund mit großem Interesse die Neubesetzung von vakanten (Erz-) Bischofssitzen, konnten sich doch Preußen-kritische Geistliche auf diesen Posten für die Integration der katholischen Bevölkerung als maximal ungünstig erweisen, wohingegen sich Gewährsmänner wie der aus Koblenz stammende Bischof von Ermland, Philipp Kremenz, idealerweise politisch instrumentalisieren ließen.<sup>50</sup>

Dass Augustas „Beziehungsarbeit“<sup>51</sup> die gewünschten Früchte trug und sie selbst im katholischen Milieu als Interessenvertreterin wahrgenommen wurde, belegen an sie gerichtete Bitt- und Dankeschreiben. So wurde sie in solchen als „Protectrice royale“<sup>52</sup> angesprochen oder ihr für ihre „besondere Wohlgelegen-

---

Brückner, Baden, 7. Oktober 1871 (Diktat), in: GStA PK, BPH, Rep. 51 T Lit. B Nr. 17, ohne folio. Dass es sich für Brückner durchaus lohnte, als Multiplikator und Informant Augustas zu fungieren, zeigt ihr finanzielles Entgegenkommen: „In Folge unsres gestrigen Gesprächs erlaube ich mir die Bitte beifolgendes Schärfflein [sic!] nach eigenem Ermeßen für die Zwecke verwenden zu wollen, die meine volle Theilnahme in Anspruch nehmen, und die in Ihnen den würdigsten Vertreter gefunden haben.“ Augusta von Preußen an den Generalsuperintendenten Propst Bruno Brückner, B[erlin], 18. Dezember 1871, ebd., ohne folio. In einem weiteren Schreiben versprach Augusta 1000 Taler für seine Stadtdiakonie. Vgl. Augusta von Preußen an den Generalsuperintendenten Propst Bruno Brückner, Berlin, 1. März 1873 (Diktat), ebd., ohne folio.

49 Augusta von Preußen an die Generaloberin des Ordens vom Hl. Carl Borromäus, M[aria] Xaveria Rudler, Baden-Baden, 10. Oktober 1883 (Abschrift), in: GLA KA 69 Baden, Sammlung 1995 A./o. S. 1, Nr. 12, ohne folio.

50 Vgl. hierzu die entsprechenden, zum Teil anonym verfassten Materialien zu den Bischofswahlen in Trier und Köln in GStA PK, BPH, Rep. 51 S II d Nr. 3, fol. 79 ff. Vgl. ebenso die Briefe Heinrich Abekens an Augusta von Preußen aus den Wintermonaten 1865/1866, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 T Lit. A Nr. 3, ohne folio. Zu Philipp Kremenz und der Unterstützung seiner Karriere durch Augusta siehe Erwin Gatz: Artikel „Kremenz, Philipp“, in: Neue Deutsche Biographie 13 (1982), S. 4 f.; online-Version: <https://www.deutsche-biographie.de/pnd116519401.html#ndbcontent> (Abruf: 4. August 2020).

51 Zum Begriff der „Beziehungsarbeit“ vgl. Pierre Bourdieu: Ökonomisches Kapital – Kulturelles Kapital – Soziales Kapital, in: Ders.: Die verborgenen Mechanismen der Macht. Schriften zu Politik und Kultur I, hg. von Margareta Steinrück. Hamburg 1992, S. 49–79, hier 65 ff.

52 Schwester M[aria] Phil. Hoelscher an Augusta von Preußen, Ehrenbreitstein, 2. März 1859, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 S II d Nr. 3, fol. 74.



heit, Liebe und Güte<sup>53</sup> gedankt. Selbst die jesuitische ‚Civita cattolica‘ hatte bereits 1858 einen Artikel veröffentlicht, in welchem Augusta und ihr Einsatz für die katholische Bevölkerung Preußens gelobt wurde:

„Obgleich die Prinzessin von Preußen protestantisch ist, so hegt sie doch keinerlei Abneigung gegen die Katholiken und ihr Wohlwollen erstreckt sich gleichmäßig über Alle. Ja, man behauptet sogar, daß sie den katholischen Instituten einen gewissen Vorzug gibt, und daß sie die religiösen Genößenschaften wie z. B. die barmherzigen Schwestern vom armen Kinde Jesu u[nd] dergl[eichen] besonders begünstigt. [...] Die Katholiken vereinigen sich daher gerne mit den Protestanten im Lobe dieser Fürstin, und sprechen im Grunde des Herzens: da du eine solche bist, möchtest du doch eine der Unsrigen sein!“<sup>54</sup>

Und tatsächlich war auch Augusta selbst mit dem Ergebnis ihrer Integrationspolitik zufrieden. Vor allem im Rheinland, so ihr Resümee 1860, stehe die Bevölkerung hinter Preußen, die Stimmung sei antifranzösisch, im Falle eines Krieges mit Frankreich und einer dann drohenden Rückeroberung des Rheinlands sei zweifelsohne mit „Widerstand“ der Bevölkerung zu rechnen, insofern müsse „die Spannung zwischen dem Kaiserthum [Napoleons III.] und Rom für Deutschland als wichtig und nützlich erachtet werden [...]“.<sup>55</sup> Und auch zwei Jahre später kam sie zu dem Ergebnis, dass es in der Rheinprovinz, „einer der wichtigsten Provinzen des Landes“, durchaus gelungen sei, „dasselbst ein neues dynastisches Band“ zu knüpfen.<sup>56</sup> Jeder „aufkeimenden Verstimmung“ müsse deshalb „möglichst vorgebeugt, oder ihr doch rechtzeitig die Spitze abgebrochen werden [...]“.<sup>57</sup> Es gelte nun, jeden „Zwiespalt zwischen Regierung und Nation“ und damit eine „Schwächung Preußens“ zu vermeiden.<sup>58</sup>

### III.

Schon wenige Jahre später bewertete Augusta die politische Situation in Preußen deutlich weniger positiv. Verantwortlich für die Verschlechterung machte sie Otto von Bismarck, der auf Wunsch Wilhelms 1862 das Amt des Minister-

53 Schwesteroberin M[aria] Clotilde Scherbeck an Augusta von Preußen, Koblenz, 29. Dezember 1863, ebd., fol. 117.

54 Nicht näher bezeichneter Zeitungsartikel ‚Civita Cat[t]olica vom 5ten Dezember 1858‘ (Abschrift), ebd., fol. 111 ff.

55 Augusta von Preußen, ‚Bericht an den Regenten‘, Koblenz, 10. Mai 1860; in: GStA PK, BPH, Rep. 51 T Lit. P Nr. 11, Fasz. 20, fol. 9 und fol. 9 vs.

56 Denkschrift Augustas von Preußen, Berlin, ‚Am Mittwoch in der Charwoche‘, April 1862, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 T Lit. P Nr. 11, Fasz. 22: ohne folio, aber mit Seitenangaben durch Augusta selbst, hier S. 3.

57 Ebd., S. 6 f.

58 Ebd., S. 17.

präsidenten übernommen hatte.<sup>59</sup> Augusta betrachtete Bismarcks politisches Agieren von vornherein mit großer Skepsis. Eine integrative Politik erwartete sie von ihm nicht, vielmehr empfand sie ihn als „gefährlich“<sup>60</sup>, als reaktionär und „persönlich [...] frivol und anmaaßend bei sonstigem unverkennbarem Talent“.<sup>61</sup> Auch war sie schon bei seiner Ernennung besorgt, Bismarck würde die im Innern schwelenden Konflikte anheizen oder „durch complicationen oder aggressive Politik die innere Lage zu überwinden oder zu übertäuben“ suchen.<sup>62</sup>

Und tatsächlich sah sie sich durch Bismarcks politisches Handeln schon bald in ihren Vorbehalten bestätigt. So beschrieb sie ihn 1864 als „höchst gefährliche[n] und boshafte[n] Leiter unserer Zustände“<sup>63</sup>, als einen „grundsatzlosen und leichtsinnigen Menschen, bei dem manchmal Zweifel über die Zurechnungsfähigkeit seiner Worte und Thaten gehegt, niemals aber irgend Vertrauen erweckende Voraussetzungen geltend gemacht werden können“.<sup>64</sup> Auch kritisierte sie Bismarcks „tollkühne[ ] Politik“<sup>65</sup>, doch am meisten „deßen Herrschaft über den König, die fast etwas räthselhaftes ist [...]“.<sup>66</sup> In der Tat konnte sich Augusta seit der Ernennung Bismarcks der politischen Unterstützung durch ihren Mann, den preußischen König, nicht mehr sicher sein. Sie sah sich deshalb gezwungen, ihre politischen Ziele allein und in Opposition zur Regierungspolitik

59 Zu Bismarcks Ernennung 1862 vgl. zum Beispiel Rainer F. Schmidt: *Otto von Bismarck (1815–1898). Realpolitik und Revolution. Eine Biographie.* Stuttgart 2004, S. 110 ff.; Ernst Engelberg: *Bismarck. Sturm über Europa*, hg. und bearbeitet von Achim Engelberg. München 2014, S. 307 ff.; Eberhard Kolb: *Otto von Bismarck. Eine Biographie.* München 2014, S. 66 ff.; Christoph Nonn: *Bismarck. Ein Preuße und sein Jahrhundert.* München 2015, S. 138 ff.

60 Aufzeichnungen Augustas von Preußen über ihr Zusammentreffen mit Bismarck im März 1848, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 T Lit. P Nr. 11, Fasz. 22, fol. 1 vs.

61 Ebd., fol. 2 vs.

62 Augusta von Preußen an Wilhelm I. von Preußen, Baden, 27. September 1862, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 T Lit. P Nr. 11, Fasz. 22, ohne folio.

63 Augusta von Preußen an Christian Bernhard von Watzdorf, Berlin, 15. Januar 1864, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 T Lit. W Nr. 7, Mappe 2, fol. 53 vs.

64 Ebd., fol. 50 f.

65 Ebd., fol. 53 vs.

66 Ebd. Auch Personen aus Augustas engstem Umfeld reagierten ausgesprochen alarmiert auf die Bismarck'sche Politik. Alexander von Schleinitz, ehemaliger preußischer Außen- und nun Minister des Königlichen Hauses und seit Jahren mit Augusta in regem politischem Austausch, bezeichnete das Vorgehen Bismarcks als „Geltendmachung des Rechts des Stärkeren“, mit dem sich zwar Erfolge erzielen ließen, aber „vielleicht mehr scheinbare als wirkliche“. Alexander von Schleinitz an Augusta von Preußen, Berlin, 31. Oktober 1865, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 T Lit. S Nr. 22a, fol. 42. Zum Verhältnis zwischen Augusta und Bismarck vgl. David Barclay: *Großherzogliche Mutter und kaiserliche Tochter im Spannungsfeld der deutschen Politik. Maria Pawlowna, Augusta und der Weimarer Einfluß auf Preußen (1811–1890)*, in: *„Ihre Kaiserliche Hoheit“.* Maria Pawlowna. Zarentochter am Weimarer Hof, 2. Teil (CD-R), hg. von der Stiftung Weimarer Klassik und Kunstsammlungen, München. Berlin 2004, S. 77–82; hier S. 77, oder Otto Pflanze: *Bismarck. Der Reichsgründer.* München 2008, S. 577 f.

in Berlin durchzusetzen. Diese begleitete sie fortan ausgesprochen kritisch und war jederzeit zu politischen Interventionen und Gegenmaßnahmen bereit.

Was Augusta besorgte, war Bismarcks konfrontative Außenpolitik, durch die sie die Erfolge ihrer integrativen Arbeit bedroht sah. Vor allem befürchtete sie kriegerische Auseinandersetzungen mit den beiden katholischen Monarchien Österreich und Frankreich. Und tatsächlich machte sie 1866 der Breslauer Fürstbischof Heinrich Förster darauf aufmerksam, dass der drohende Krieg gegen Österreich die Lage zwischen der katholischen Minderheit und der protestantischen Mehrheit in Preußen verschlechtern könnte. So wollte Förster in preußischer Presse und Beamtenschaft die zunehmende Tendenz erkannt haben, „dem intendirten Kriege einen konfeßionellen Charakter oder doch eine konfeßionelle Färbung zu geben“. Unbedingt, so gab er Augusta zu bedenken, müsse der Anschein vermieden werden, „als zählten die 7 Millionen Katholiken in Preußen nicht. Auch kann es nicht fehlen, daß dieses konfeßionelle Wetzten am Ende dem katholischen Herzen wehe thut, und Verstimmungen, wenn nicht gar Verbitterung erzeugt. Am Rheine haben sich bereits sehr entschiedene Stimmen dagegen vernehmen laßen.“<sup>67</sup>

Auch Augusta selbst sah das Verhältnis zwischen katholischer Bevölkerung und protestantischem Staat in Bewegung. So habe der Krieg gegen Österreich zwar als „Bindemittel für das vorher vielfach in Parteiungen gespaltene preußische Volk“<sup>68</sup> gewirkt, gleichwohl gelte es nun, nach Kriegsende, die Schutzherrschaft über die deutschen Katholikinnen und Katholiken, wie sie bislang von Österreich ausgeübt worden sei, zu übernehmen, denn: „Preussen darf nicht zugeben, daß dies natürliche Protectorat der katholischen Interessen und damit ein so mächtiger Einfluß auf zahlreiche Klassen deutscher Bevölkerung auf irgend eine andere katholische Macht übergehe.“<sup>69</sup> Dass Preußen als protestantische Macht argumentiere oder agiere, sei deshalb unter allen Umständen zu vermeiden, vielmehr unbedingte „Objectivität“ angeraten bei gleichzeitiger „scharfer Betonung des königlichen Willens die katholische Kirche in ihrer Stellung zu schützen [...]“.<sup>70</sup> Grundsätzlich gelte es, die katholische Bevölkerung Preußens, aber auch Deutschlands, „vom österreichischen Einfluß zu lösen und gegen die französischen [Einflüsse] zu schützen [...]“.<sup>71</sup>

Offensichtlich bemühte sich Augusta diesbezüglich sogar um eine Intervention bei Bismarck, für die sie dessen Mitarbeiter, den Vortragenden Legationsrat

67 Fürstbischof Heinrich Förster an Augusta von Preußen, Breslau, 22. Mai 1866, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 T Lit. B, Nr. 15, ohne folio.

68 Augusta von Preußen an Wilhelm I. von Preußen (Abschrift), Baden, 14. Oktober 1866, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 T Lit. P Nr. 12, Bd. 12a, fol. 262.

69 Ebd., fol. 263.

70 Ebd., fol. 264.

71 Augusta von Preußen an Wilhelm I. von Preußen (Abschrift), Koblenz, 12. November 1866, ebd., fol. 304.



Heinrich Abeken, zu gewinnen suchte. So sollte dieser ein Schreiben an Bismarck weiterleiten, in welchem die „Befürchtung“ zum Ausdruck kam, „daß Preußen durch die neuen Annexionen auf einen mehr exclusiv Protestantischen Standpunkt hingedrängt werden könnte“.72 Abeken, dem es offenbar auch vier Wochen später noch nicht gelungen war, dieses Papier an Bismarck zu übergeben, versuchte seinerseits die geäußerten Bedenken zu entkräften: „[...] ich befürchte nicht, daß eine kleine und engherzig protestantische Auffassung über das Bewußtsein der großen politischen Bedeutung die Oberhand gewinnen werde.“73

Besorgt war Augusta in dieser Angelegenheit nicht zuletzt deshalb, weil sie eine Auseinandersetzung mit dem napoleonischen Frankreich fürchtete und annahm, dass Preußen „diesen Krieg wegen der katholischen Bevölkerung Deutschlands nur mit geschwächter Kraft führen könnte [...]“.74 Offensichtlich war auch Alexander von Schleinitz, Minister des Königlichen Hauses und langjähriger politischer Vertrauter Augustas, dieser Meinung, und gab zu bedenken, dass Preußen bei einem Krieg gegen Frankreich „seine eigne katholische Bevölkerung und ganz Süddeutschland gegen sich haben würde“.75 Franz von Roggenbach wiederum, ebenfalls seit Jahren mit Augusta politisch und persönlich eng verbunden, mahnte an, dass Preußen für den Kriegsfall vorbereitet sein und hierfür die Bevölkerung geeint hinter sich bringen müsse:

„Niemand [...] weiß, wann Preußen der ungeteilten Unterstützung von Herz und Arm des ganzen deutschen Volkes benötigt sein wird. – Für diesen ernsten Augenblick darf es sich keinen Teil desselben entfremdet haben und ein jeder, welcher politischen Meinung oder welcher Konfession er sei, muß dann die vaterländische Sache ganz als die eigene empfinden können, um für dieselbe auch handeln zu können.“76

Für Augusta ergab sich hieraus die Notwendigkeit raschen Handelns. In diesem Sinne schrieb sie nicht nur an Wilhelm und plädierte dringlich für „Eintracht nach innen“.77 Auch verlangte sie in Richtung der katholischen Gläubigen ein eindeutiges politisches Zeichen, als Frankreich wegen des Krieges gegen

72 Heinrich Abeken an Adelaide von Hacke, Berlin, 25. Oktober 1866, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 S II d Nr. 3, fol. 14.

73 Heinrich Abeken an Adelaide von Hacke, Berlin, 23. November 1866, ebd., fol. 17 vs.

74 Augusta von Preußen an Wilhelm I. von Preußen, Koblenz, 7. November 1867, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 T Lit. P Nr. 11, Fasz. 27, fol. 185.

75 Alexander von Schleinitz an Augusta von Preußen, o. O., o. D., in: GStA PK, BPH, Rep. 51 T Lit. S Nr. 22a, fol. 182 vs.

76 Franz von Roggenbach an Augusta von Preußen, o. O., o. D. [von Julius Heyderhoff datiert auf Mitte/Ende November 1867], in: Julius Heyderhoff (Hg.): Im Ring der Gegner Bismarcks. Denkschriften und politischer Briefwechsel Franz von Roggenbachs mit Kaiserin Augusta und Albrecht von Stosch. 1865–1896 (Deutsche Geschichtsquellen des 19. Jahrhunderts 35). Leipzig 1943, S. 84.

77 Augusta von Preußen an Wilhelm I. von Preußen, Koblenz, 26. November 1867, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 T Lit. P Nr. 11, Fasz. 27, fol. 222 vs.

Preußen seine zum päpstlichen Schutz in Rom abgestellten Truppen abzog und Italien daraufhin den Kirchenstaat annektierte:

„Allein den Katholiken Preußens und Deutschlands gegenüber werden wir, so frei unsre Sache auch von Schuld ist, doch alles aufbieten müßen um dies zur Klaren Erkenntniß zu bringen und deshalb dem Papste gegenüber hülfreicher sein als die bisherigen müßigen Zuschauer [...]. Nur indem ihm eine möglichst würdige und unabhängige Stellung gesichert wird kann man Alles vermeiden was irgend so gedeutet werden könnte, als wenn Preußen den Schritt Italiens gewußt, gestattet, oder vollends begünstigt hätte, [...]“<sup>78</sup>

Viel gravierender als Bismarcks Außenpolitik erwies sich für das Verhältnis zur katholischen Bevölkerung jedoch dessen Innenpolitik ab 1871. So nahm die Regierung in Berlin das während des Ersten Vaticanums beschlossene päpstliche Unfehlbarkeitsdogma und den damit einhergehenden Druck Roms auf die deutschen Bischöfe, sich diesem Glaubenssatz zu unterwerfen, zum Anlass und erließ in Folge mehrere Gesetze, die darauf abzielten, den kirchlichen Einfluss zu Gunsten der staatlichen Macht mehr und mehr zurückzudrängen. Deswegen wurden beispielsweise geistliche Ordensgemeinschaften, die sich nicht der Krankenpflege widmeten, zur Auflösung gezwungen und sich den staatlichen Auflagen widersetzende Geistliche ihrer finanziellen Zuwendungen durch den Staat enthoben oder sogar expatriert.<sup>79</sup>

Zwar sah Augusta auch schon früh Konfliktpotenzial aufseiten der Kirche, namentlich beim Papst, über den sie bereits 1865 geurteilt hatte, er würde den

78 Augusta von Preußen an Wilhelm I. von Preußen, o. O., 21. Oktober 1870 (Abschrift), in: GStA PK, BPH, Rep. 51 S II e Nr. 10, ohne folio. An ihren Sohn Friedrich (III.) schrieb Augusta, König Victor Emanuel habe „gehandelt wie ein Räuber, der die Feuersbrunst im Nebenhause benutzt, um ungestört einen schwächern Nachbar auszuplündern“. Wolle Preußen „seine große historische Aufgabe in Deutschland erfüllen“, so sei dies „nur vermöge des confessionellen [sic!] und politischen suum cuique möglich“. Augusta von Preußen an Friedrich (III.) von Preußen, September o. J. [1870] (Abschrift), in: ebd., ohne folio. Augustas Mann Wilhelm war hingegen gänzlich gegen eine preußische Intervention zugunsten des Papstes, wie er seiner Frau in mehreren Briefen auseinandersetzte. Vgl. hierzu beispielsweise Wilhelm I. von Preußen an Augusta von Preußen, Versailles, 6. Oktober 1870, in: Staatliche Archivverwaltung im Ministerium des Innern (Hg.): Die Vorgeschichte des Kulturkampfes. Quellenveröffentlichungen aus dem Deutschen Zentralarchiv, bearbeitet von Adelheid Constabel mit einer Einleitung von Fritz Hartung (Schriftenreihe der staatlichen Archivverwaltung 6), Berlin 1956, S. 34 f., hier 34; oder Wilhelm I. von Preußen an Augusta von Preußen, Versailles, 1. November 1870, ebd., S. 57.

79 Grundsätzlich zur Kulturkampfgesetzgebung der preußisch-deutschen Regierung vgl. Rudolf Lill (Hg.): Der Kulturkampf (Beiträge zur Katholizismusforschung, Reihe A: Quellentexte zur Geschichte des Katholizismus 10), Paderborn u. a. 1997, S. 84 ff. Zu Bismarcks Motiven für die politische Auseinandersetzung mit der katholischen Kirche Christoph Nonn: Bismarck und der Politische Katholizismus, in: Andreas Linsenmann/Markus Raasch (Hg.): Die Zentrumsparterie im Kaiserreich. Bilanz und Perspektiven. Münster 2015, S. 241–260, hier v. a. 244 ff.



„Zündstoff der Gegenwart“ durch seine Äußerungen vermehren.<sup>80</sup> Mit großem Interesse hatte sie deshalb das seit 1869 in Rom tagende Vatikanische Konzil beobachtet, dies belegt ihre stattliche Materialsammlung zu diesem Ereignis.<sup>81</sup> Ebenso äußerte sie die Sorge, das Konzil könne einen konfessionellen Konflikt heraufbeschwören, der auch vor Preußen nicht halt machen würde.<sup>82</sup> Und gegenüber dem sachsen-weimarischen Staatsminister Christian Bernhard von Watzdorf sprach sie recht frustriert vom „concil mit seinen unberechenbaren Folgen!“<sup>83</sup>

Gleichwohl hielt sie die Kulturkampfgesetzgebung der preußisch-deutschen Regierung für grundfalsch.<sup>84</sup> Aus diesem Grund verfasste sie 1872 eine 12-seitige, an Wilhelm gerichtete Abhandlung „über die kirchlich-politische Lage“<sup>85</sup> und legte darin ausführlich dar, weshalb sie die Kirche – sowohl die evangelische, als auch die katholische – für eine wichtige Partnerin des Staates halte, könnten doch beide gemeinsam „den Gefahren des Zeitgeistes Widerstand [...] leisten“.<sup>86</sup> Das Vorgehen der Regierung, die Aufhebung der Katholischen Abteilung im Kultusministerium<sup>87</sup>, den Erlass von Kanzelparagraf und Schulaufsichtsgesetz beschrieb sie vor diesem Hintergrund als unnötig „aggressiv[es]“<sup>88</sup> Vorgehen gegen die katholische Kirche und mithin als schweren politischen Fehler, dies nicht zuletzt, weil sie die „moralische Erwerbung der überwiegend

80 Augusta von Preußen an Leopold I. von Belgien, Berlin, 4. Februar 1865, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 T Lit. B Nr. 10, Mappe 2, fol. 110 vs.

81 Vgl. hierzu grundsätzlich GStA PK, BPH, Rep. 51 S II d Nr. 1, Bd. 1 und 2.

82 Vgl. Briefskizze Augustas von Preußen [unter dem Namen Adelaides von Hacke] an Harry von Arnim, o. O., o. D., in: GStA PK, BPH, Rep. 51 S II d Nr. 1, Bd. 1, fol. 148 vs.

83 Augusta von Preußen an Christian Bernhard von Watzdorf, Berlin, 13. Mai [1870], in: GStA PK, BPH, Rep. 51 T Lit. W Nr. 7, Mappe 3, f. 137 vs.

84 Augustas Haltung zu den Kulturkampfgesetzen war auch schon Gegenstand früherer Darlegungen und Untersuchungen, die aber entstehungsbedingt oft einen tendenziösen Charakter haben und/oder nur über einen minimalen Quellenkorpus verfügen. Vgl. beispielsweise Heinz Bosbach: Fürst Bismarck und die Kaiserin Augusta. Diss. phil. Köln 1936, S. 53 ff., oder Helene-Marie Conradi: Die weltanschaulichen Grundlagen der politischen Gedanken der Königin und Kaiserin Augusta. Diss. phil. Göttingen 1945, S. 109 ff.

85 Augusta von Preußen an Wilhelm I. von Preußen, Berlin, 10. März 1872; in: GStA PK, BPH, Rep. 51 T. Lit. P Nr. 11, Fasz. 30, fol. 161.

86 Ebd., fol. 161 vs.

87 Für die Auflösung dieser Abteilung hatte sich 1865 bereits Friedrich (III.) von Preußen in einer Denkschrift ausgesprochen. Vgl. Denkschrift Friedrichs (III.) von Preußen über die Katholische Abteilung im Kultusministerium, London, Oktober 1865, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 E Nr. 56, fol. 10 ff. Augusta, auf Friedrichs Denkschrift verweisend, hatte zwar grundsätzlich zugestimmt, „daß den Übergriffen der Ultramontanen Partei überall, mithin zunächst in Preußen, vorgebeugt resp. entgegengewirkt werden muß“. Allerdings gab sie zu bedenken: „Dazu giebt es bekanntlich kein bessres Mittel als die Regierung gegen die Gefahr des öffentlichen Mißtrauens zu schützen und den paritätisch-confessionellen Frieden zu erhalten, damit der kirchliche Hader sich nicht mit dem politischen Partei Wesen verbinden kann.“ Augusta von Preußen, Aufzeichnung, o. O., o. D., in: ebd., fol. 4.

88 Augusta von Preußen an Wilhelm I. von Preußen, Berlin, 10. März 1872; in: GStA PK, BPH, Rep. 51 T Lit. P Nr. 11, Fasz. 30, fol. 164.

katholischen neuen Reichslande“ massiv erschwere.<sup>89</sup> Deshalb sei es dringend geboten, „beruhigend einzuwirken, das verlorene Vertrauen herzustellen und die Schroffheit der Gegensätze möglichst zu mildern“.<sup>90</sup> Hierzu empfahl sie eine Verständigung mit jenen „Mitgliedern des Episcopats [...], welche persönlich anhänglich und geeignet sind die Hand zur Versöhnung zu bieten [...]“.<sup>91</sup> Notwendig sei aber auch, dass der „Leiter der Politik“, also Bismarck, „Zorn und Bitterkeit“ aufgebe und zu seiner „frühere[n] maasvolle[n] und verständige[n] Behandlung kirchlicher Verhältniße“ zurückkehre.<sup>92</sup>

Gleichwohl beließ es Augusta nicht allein bei Kritik, sondern zwang ihren Mann immer wieder in die politische Auseinandersetzung mit ihr und forderte Rechenschaft. Wilhelm kam dem nach und richtete an Augusta mindestens eine politische Denkschrift, in der er ihr seine Sicht darstellte.<sup>93</sup> Und diese unterschied sich deutlich von der seiner Frau. Für Wilhelm handelte es sich bei der Auseinandersetzung mit der katholischen Kirche um die Frage, ob der Monarch noch „Herr in seinem Lande ist.“<sup>94</sup> Ihm war es wichtig, dass der Staat diese Machtfrage unbedingt zu seinen Gunsten entschied. Für katholische Geistliche, die „die Kirchengesetze über die Landesgesetze stellen“<sup>95</sup>, hatte er keinerlei Verständnis. Vielmehr glaubte er wahrzunehmen, dass „die Geistlichen nur denselben [i. e. Kirchengesetzen] gehorchen und nicht den Landesgesetzen. Der Staat im Staate ist also vorhanden [...]“.<sup>96</sup>

Augusta wiederum teilte diese Ansicht nicht und kritisierte deshalb immer wieder scharf das Vorgehen der Regierung, aber auch das Verhalten ihres Mannes, dem sie vorwarf, die Regierung gewähren zu lassen, ihr machtlos gegenüberzustehen, anstatt „mildernd einzuschreiten.“<sup>97</sup> Auch Augustas Umfeld erhob den Vorwurf, dass es kaum noch gelinge, das Vorgehen der Regierung gegen die katholischen Bevölkerungsteile zu zügeln und Bismarcks „Berserkerwut“<sup>98</sup> einzudämmen. Die Bewertung dieser Politik fiel entsprechend aus. So stellte beispielsweise Franz von Roggenbach nicht nur die Sinnhaftigkeit dieser „wilden Gesetz[ ]“, polizeilichen und kriminellen Untersuchungen, Verhaftungen und

89 Ebd., fol. 165.

90 Ebd., fol. 166.

91 Ebd., fol. 166.

92 Ebd., fol. 165.

93 Vgl. hierzu Wilhelm I. von Preußen an Augusta von Preußen, Berlin, 29. Mai 1872 (Abschrift), in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J Nr. 509b, Bd. 17, fol. 31.

94 Wilhelm I. von Preußen an Augusta von Preußen, Berlin, 2. Juni 1872 (Abschrift), ebd., fol. 35.

95 Ebd.

96 Ebd., fol. 36.

97 Augusta von Preußen an Wilhelm I. von Preußen, Baden, 18. Oktober 1875, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 T Lit. P Nr. 11, Fasz. 31, fol. 103 vs.

98 Franz von Roggenbach: Denkschrift für Augusta von Preußen [Ende 1874], hg. von Walther Peter Fuchs, in: Die Welt als Geschichte. Zeitschrift für Universalgeschichte, X. Jahrgang. Stuttgart 1950, S. 41–45, hier 44.



Verbannungen“ grundsätzlich in Frage, sondern kam auch zu dem Schluss, dass die Kulturkampfgesetzgebung die Hohenzollerndynastie schwer beschädige, „dem Gegner der nationalen Einheit“ diene und die „Spaltung in unveröhnliche Parteigegensätze“ fördere.<sup>99</sup>

Um die Maßnahmen der Regierung zu korrigieren oder wenigstens abzumildern, wie sie es von ihrem Mann eingefordert hatte, aber nicht realisiert sah, intervenierte Augusta selbst wiederholt zu Gunsten der Katholikinnen und Katholiken. So ließ sie beispielsweise die das katholische Knabenwaisenhaus Kemperhof betreibenden Schulbrüder durch ihren Kabinettsrat Johannes Brandis „[v]ertraulich“ instruieren, wie sie sich gegenüber der Regierung in Berlin und gegenüber der Presse verhalten sollten, um „falschen Erklärungen entgegen zu treten“ und „das einmal vorhandene Mißtrauen“ zu zerstreuen.<sup>100</sup> Auch griff sie vehement und wiederholt zu Gunsten der katholischen Bischöfe ein – im Falle des Ermländer Bischofs und gebürtigen Koblenzers Philipp Kremenz sogar erfolgreich<sup>101</sup> – und intervenierte bei den staatlichen Behörden<sup>102</sup> genauso wie bei ihrem Mann im Namen der Krankenpflegenden Orden, die zwar nicht wie andere Kongregationen qua Gesetz zur Auflösung gezwungen wur-

99 Franz von Roggenbach: Denkschrift für Augusta von Preußen [Februar 1875], hg. von Walther Peter Fuchs, in: Die Welt als Geschichte, S. 45–48, hier 48.

100 Johannes Brandis an den Hospitalgeistlichen [und Rektor des katholischen Knabenwaisenhauses Kemperhof], Herrn Meurer, Berlin, 1. März 1873, in: GLA KA 69 Baden Sammlung 1995 A./o. S. 1, Nr. 20, ohne folio.

101 Zu Augustas Einsatz für die katholischen Bischöfe im Allgemeinen und Philipp Kremenz im Besonderen sowie Wilhelms Reaktionen hierauf vgl. beispielsweise Wilhelm I. von Preußen an Augusta von Preußen, Berlin, 2. Juni 1872 (Abschrift), in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J Nr. 509b, Bd. 17, fol. 36; oder auch Wilhelm I. von Preußen an Augusta von Preußen, Bad Ems, 2. Juli 1872 (Abschrift), in: ebd., fol. 71; sowie Wilhelm I. von Preußen an Augusta von Preußen, Berlin, 20. September 1872 (Abschrift), in: ebd., fol. 110 f., und Wilhelm I. von Preußen an Augusta von Preußen, Berlin, 2. November 1874 (Abschrift), in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J Nr. 509b, Bd. 19, fol. 88. Zu Philipp Kremenz, dessen Verhalten schließlich nur mit einer Einstellung der staatlichen Zuwendungen, nicht aber mit einer Amtsenthebung sanktioniert wurde, was Augusta als eine Rücksichtnahme Wilhelms ihr gegenüber wertete, vgl. Augusta von Preußen an Wilhelm I. von Preußen, Baden, 28. September 1872, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 T Lit. P Nr. 11, Fasz. 30, fol. 360.

102 Vgl. hierzu offizielles Schreiben von Königin-Kaiserin Augusta von Preußen [vermutlich an das Zivilkabinett König-Kaiser Wilhelms I. von Preußen], Baden, 14. Juni 1875, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 T Lit. P Nr. 11, Fasz. 31, f. 49f; oder Königin-Kaiserin Augusta von Preußen [vermutlich an das Zivilkabinett König-Kaiser Wilhelms I. von Preußen], o. O., 23. Juni? 1881 (Diktat), in: GStA PK, BPH, Rep. 51 E Nr. 56, fol. 8. Augusta reichte mit diesem Schreiben eine anonyme Denkschrift ein, die sich vehement für den Erhalt der in Volksschulen und Pensionaten tätigen Frauenorden aussprach, denn diese seien „zu keiner Zeit staatsgefährlich“. Gleiches gelte für die „weiblichen Orden der Barmherzigkeit“, über diese müsse ohnehin nicht gesprochen werden, seien sie doch „über allen Zweifel erhaben“. Anonyme Denkschrift, o. O., o. J. (Abschrift), in: ebd., fol. 13. Zu Augustas Einsatz für die rheinländischen Ordensgemeinschaften vgl. auch Wolfgang Dietz: Die Auswirkungen des Kulturkampfes im Regierungsbezirk Koblenz. Diss. phil. Bonn 1992, hier v. a. S. 53, 68 f., 188 f., 201 ff.

den, sich aber dennoch durch eigenmächtig agierende Provinzbehörden bedroht sahen.<sup>103</sup> Wilhelm gegenüber ließ Augusta bei dieser Gelegenheit keinen Zweifel daran, wie viel Zeit und Mühe es sie kostete, die in ihren Augen verfehlten Maßnahmen der Regierung auszugleichen. Auch machte sie deutlich, was sie grundsätzlich von einer Politik hielt, die die Krankenversorgung durch Orden gefährdete, ohne über adäquaten staatlichen Ersatz zu verfügen:

„Ich habe in dieser Zeit viel Mühe und Arbeit um Deiner Intention gemäß die krankenpflegenden Orden dem Vaterlande und der Armee zu erhalten. Es werden ihnen vom Auslande die glänzendsten Anerbietungen gemacht um sie fort zu locken [...]. Ich habe drei Generaloberinnen herkommen lassen um persönlich günstig einzuwirken. Mit der Einen habe ich fünf conferenzen gehabt; [...]. Sie haben mir zugesagt bei uns auszuharren so lange es ihnen irgend möglich seyn wird.“<sup>104</sup>

Augusta beließ es freilich nicht allein bei schriftlichen und mündlichen Interventionen zu Gunsten der katholischen Gläubigen, sie machte ihre Opposition zur Regierungspolitik auch nach außen sichtbar. So betonte sie, wo immer möglich, die Einheit der christlichen Kirchen und empfing beispielsweise zum protestantischen Gottesdienst einen katholischen Gesangsverein.<sup>105</sup> Auch initiierte sie 1871 mit der Kaiserin-Augusta-Stiftung in Charlottenburg ein Pensionat, das

103 So übergab Augusta beispielsweise Wilhelm ein ganzes Konvolut an Papieren zu „Deiner eignen Prüfung“ und stellte sich damit erneut schützend vor die krankenpflegenden Orden, hier die Kongregation der Grauen Schwestern mit ihrem Mutterhaus in Neisse, die „zur höchsten Zufriedenheit des Kriegsdepartements das ganze Baraquen Lager auf dem Kreuzberg verwaltet und (...) in Berlin allgemein die Pflege der Kranken in den Privat Häusern [übernommen haben]“. Dringend erinnerte sie an die Gesetzeslage: „Bei diesen Erläßen scheint vergeßen [worden] zu seyn, daß die Auflösung der königlichen Sanction vorbehalten worden ist!“ Augusta von Preußen an Wilhelm I. von Preußen, B[aden]-B[aden], 25. August 1875, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 E Nr. 56, fol. 14.

104 Augusta von Preußen an Wilhelm I. von Preußen, Koblenz, 15. Juli 1875, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 T Lit. P Nr. 11, Fasz. 31, fol. 66 vs. f.

105 Vgl. beispielsweise Augusta von Preußen an Wilhelm I. von Preußen (Diktat), Koblenz, 4. September [1881] (Diktat), in: GStA PK, BPH, Rep. 51 T Lit. P Nr. 11, Fasz. 34, fol. 94 vs. Augustas Unterstützung erstreckte sich auch auf die anglikanische Kirche. Entsprechend kondolierte zum Beispiel die All-Saints-Church in Baden-Baden nach Augustas Tod ihrer Tochter, Großherzogin Luise von Baden, und betonte die Relevanz Augustas als Unterstützerin der Gemeinde: „[...] one of the latest acts of the Empress was to send a generous contribution to the Anglican Continental Bishopric Endowment Fund. The English Chaplaincy at Baden-Baden has especial cause to reserve Her Majesty's memory, for it is difficult to know how the work could have been carried on without the Empress's countenance and most gracious, liberal support.“ Dem Kondolenzschreiben ist eine Liste über Spenden von insgesamt 1450 Mark beigelegt, die die All-Saints-Church im Jahre 1889 in Baden-Baden von Augusta empfangen hatte. Vgl. das Kondolenzschreiben der Anglikanischen Gemeinde Baden-Baden an Baron von Edelsheim, Baden-Baden, 10. Januar 1890, in: GLA KA 69 Baden, Geheimes Kabinett der Großherzogin Luise, Nr. 187, ohne folio.



nicht nur ideell<sup>106</sup>, sondern auch zu großen Teilen finanziell ihr Werk war<sup>107</sup>, und das gleich in zweifacher Hinsicht eine versöhnende, integrierende Politik realisieren sollte: So wünschte sich Augusta in dieser Erziehungsanstalt, die gegründet wurde, um Mädchen, deren Väter im Deutsch-Französischen Krieg gefallen waren, eine Schulbildung zu ermöglichen, nicht nur deutsche und protestantische Schülerinnen. Ebenso forderte sie die Aufnahme von Katholikinnen und ließ Werbebroschüren in französischer Sprache drucken.<sup>108</sup>

#### IV.

Augusta verfolgte eine Politik, die auf die (Re-)Stabilisierung von monarchischer Herrschaft und den Machterhalt der Dynastie abzielte. Der Rückhalt in der Bevölkerung – oder zumindest bei einem Großteil davon – schien ihr hierfür unabdingbar. Aus diesem Grund unterhielt sie auch äußerst tragfähige und teilweise über Jahrzehnte hinweg geführte Patronagebeziehungen zu katholischen Würdenträgerinnen und Würdenträgern sowie zu kirchlichen Institutionen, setzte sich für katholische Interessen ein und intervenierte wiederkehrend für katholische Belange in Berlin. Indem sie damit als Interessenvertreterin jener Menschen und Milieus agierte, die sich von der preußisch-deutschen Regierungspolitik zunächst wenig berücksichtigt, schließlich sogar abgestoßen oder angefeindet sahen, leistete Augusta in ihrem Sinne wichtige politische Arbeit, bedeutete ihr Handeln doch eine wertvolle Ausweitung der integrativen Möglichkeiten von Monarchie und Herrscherhaus.

Gleichwohl zeigen gerade die Jahre des Kulturkampfes, dass die Durchsetzung eigener politischer Ziele kein leichtes Geschäft war, denn Augusta fehlten, um es mit der Regierung aufzunehmen und deren Vorgehen im großen

106 So legte § 18 des Statuts der Kaiserin Augusta-Stiftung fest, dass die unmittelbare Leitung und Verwaltung der Stiftung durch eine von Augusta selbst bestimmte Oberin zu erfolgen habe. Die Oberin wiederum war für die Ernennung des Lehr- und Erziehungspersonals zuständig. Vgl. Statut der Kaiserin Augusta-Stiftung, Berlin, 24. Februar 1872, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 P II Nr. 1, ohne folio.

107 Dass Augusta für eine solche Stiftung das Erbe ihrer Mutter verwenden wollte, schrieb sie bereits kurz nach dem Tod Maria Pawlownas. Vgl. Augusta von Preußen an Christian Bernhard Watzdorf, Baden, 9. Juli 1860, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 T Lit. W Nr. 7, Mappe 1, fol. 140; sowie Augusta von Preußen an Christian Bernhard von Watzdorf, Baden, 16. September 1860, ebd., fol. 145 f. Darüber hinaus hielt § 7 des Statuts der Kaiserin Augusta-Stiftung fest: „Das Vermögen der Stiftung besteht aus den freiwilligen Beiträgen, welche derselben von der Hohen Beschützerin, beziehungsweise von dem Kaiserin Augusta-Verein für deutsche Töchter zugewendet und überwiesen worden sind.“ Statut der Kaiserin Augusta-Stiftung, Berlin, 24. Februar 1872, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 P II Nr. 1, ohne folio.

108 Zu Gründung und Intention dieser Stiftung vgl. ebd., ohne folio. Vgl. ebenso der in französischer Sprache verfasste Werbe flyer zur „Kaiserin-Augusta-Stiftung“, ebd., ohne folio, sowie die handschriftliche Darstellung zur „Kaiserin Augusta-Stiftung für deutsche Töchter“, Berlin, 3. April 1872, ebd., ohne folio.

Stil zu korrigieren oder zu konterkarieren, die entscheidenden Mittel. Formal gesehen war Augusta nämlich lediglich Ehefrau des Monarchen und Mutter des Thronfolgers, ein politisches Amt hatte sie nicht inne. Ihre Macht war rein informell und beruhte auf Beziehungen. Das zeigte sich besonders deutlich bei der Informationsbeschaffung. Formal stand Augusta keine Auskunft über die Regierungsgeschäfte zu, und sich über Themen, die sie für relevant hielt, zu unterrichten, stellte Augusta mitunter vor große Herausforderungen. So bezog sie ihr Wissen häufig aus Zeitungen, aber auch und vor allem aus ihren persönlichen Kontakten zu politischen Vertrauten. In der Zeit des Kulturkampfes waren diese allerdings selbst oft nur noch Zuschauer des politischen Geschehens.<sup>109</sup> Augusta war mithin darauf angewiesen, neue Informationsquellen zu akquirieren. Um von diesen die benötigten Inhalte zu erlangen, war sie jedoch entweder von deren Bereitwilligkeit abhängig oder aber sie ging, wie im Fall des Gesandten am Heiligen Stuhl in Rom, Graf Harry Arnim, einen Tauschhandel ein: Augusta erhielt die gewünschte Auskunft und signalisierte im Gegenzug die Bereitschaft, den Sohn Arnims zu protegiere.<sup>110</sup> An politisch relevante Informationen zu gelangen, bedeutete für Augusta also einen nicht unerheblichen Zeit- und Energieaufwand.

Obwohl sie mit zunehmendem Alter immer häufiger über diese Mühen klagte, ließ sie von ihrem Anspruch, Politik zu gestalten, jedoch nie ab und setzte dort, wo es ihr möglich war – und dies zeigt auch ihr politisches Wirken für den katholischen Teil der Bevölkerung deutlich – ihre Vorstellungen um, zur Not auch mithilfe eigener finanzieller Mittel. Dass sie sich hierzu genauso berechtigt fühlte wie ihr Mann, unterstrich sie an ihrem Lebensende noch einmal deutlich.

- 109 So war beispielsweise Alexander von Schleinitz seit 1861 als Minister des Königlichen Hauses tätig, was de facto aber kein politisch relevantes Amt darstellte. Zu Schleinitz' Zeit als preußischer Außenminister vgl. Bastian Pfeiffer: *Alexander von Schleinitz und die preußische Außenpolitik 1858–1861* (Diss. phil., Universität Düsseldorf 2011). Frankfurt a. M. 2012. Und auch Franz von Roggenbach war nicht mehr in Regierungsverantwortung, sondern vor allem beratend tätig. Vgl. Walther Peter Fuchs: *Zur Bismarckkritik Franz von Roggenbachs*, in: *Die Welt als Geschichte*. X. Jahrgang, S. 39–41, hier 39.
- 110 Zum Briefverkehr zwischen Augusta beziehungsweise ihrer Palastdame, Gräfin Adelaide von Hacke, die von Augusta offensichtlich hierfür instrumentalisiert wurde, und Graf Harry von Arnim vgl. Harry von Arnim an Adelaide von Hacke, Rom, 17. April 1864, in: *GSa PK, BPH, Rep. 51 S II d Nr. 3*, fol. 99 vs; vgl. ebenso die Briefskizze Augustas von Preußen [als Adelaide von Hacke] an Harry von Arnim, o. O., o. D., in: *GSa PK, BPH, Rep. 51 S II d Nr. 1, Bd. 1*, fol. 148 ff. Deutlich wird in Arnims Schreiben an Augusta, dass er eine gewisse Gegenleistung erwartete, zum Beispiel die (berufliche) Förderung seines Sohnes: „Ich glaube in der That daß in unsern Tagen nur die Königin von Preußen fähig ist, Auszeichnungen zu ersinnen und zu gewähren, welche durch die wohlwogene Intention, von der sie ausgehen eben so rühren wie durch die sorgfältige Zartheit in der Ausführung. – In der lebhaft und tief empfundenen Dankbarkeit, welche ich durch diese Zeilen Ausdruck zu geben wage, finde ich zugleich den Muth, Ew. Königlichen Hoheit diesen jungen Menschen [i. e. seinen Sohn] auch für die Zukunft zu empfehlen.“ Harry von Arnim an Augusta von Preußen, Rom, 20. Januar 1870, ebd., fol. 177 f.

So hinterließ sie ihren Nachkommen wie eine Regierende ein „Politisches Vermächtniß“ als Zeugnis „aufopfernden Fleißes und treuer Fürsorge“. <sup>111</sup> Dass sie sich und ihren Anspruch nicht in Frage stellen ließ, hatte sie hingegen schon recht früh deutlich gemacht: „Ich liebe (...) gar nicht daß man Frauen, die ruhig ihren Beruf erfüllen, (...) als zersetzende Elemente verläumdet.“ <sup>112</sup>

111 Beilage zu Artikel XXXVII des „Politischen Vermächtnisses“ Königin-Kaiserin Augustas von Preußen, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 R V Nr. 1, ohne folio.

112 Augusta von Preußen an Leopold I. von Belgien (Brieffragment), zugeordnet ihrem Schreiben an Leopold I. von Belgien, Koblenz, 16. Oktober 1858, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 T. Lit. B Nr. 10, Mappe 1, ohne folio.







## **„Wir dürfen nie verzagen, nie klagen, dann kommt auch für mich der Tag der Freiheit.“ Zum Leben und Wirken von Carl Schulze in zwei deutschen Diktaturen\***

**Jonas Roch**

Auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung finden sich zahlreiche unerforschte Schicksale aus 57 Jahren Diktaturgeschichte im heutigen Osten Deutschlands. Besonders bezüglich der individuellen Verfolgung im Nationalsozialismus wie in der SBZ/DDR gibt es noch vielerlei aufzuarbeiten. Eine Datenbank mit allen Verfolgten der kommunistischen Diktatur in der SBZ und der DDR versucht das Projekt „Landschaften der Verfolgung“, das im Frühjahr 2019 seine Arbeit aufnahm, zu erstellen. Wie ist es aber um den Widerstand gegen beide Systeme bestellt? Gewiss, Sozialdemokraten und Kommunisten wurden auch von den Einheitssozialisten verfolgt, wenn sie sich der Parteidisziplin nicht fügten oder aus anderen Gründen ausgeschaltet oder kaltgestellt werden mussten. Der von Friedhelm Boll herausgegebene Band „Verfolgung und Lebensgeschichte. Diktaturerfahrungen unter nationalsozialistischer und stalinistischer Herrschaft in Deutschland“<sup>1</sup> behandelt im Kapitel „Zur doppelten Verfolgungserfahrung“ sogar ausschließlich Sozialdemokraten, Kommunisten und SED-Funktionäre.<sup>2</sup> Doch auch liberale und christliche Demokraten stellten sich der braunen wie der roten Diktatur in den Weg. Ein Beispiel dafür ist Hugo Dornhofer aus Heilbad Heiligenstadt, über den Thomas Speckmann eine Biografie vorgelegt hat.<sup>3</sup>

Ein weiteres Beispiel hierfür ist Carl Schulze, 1938 von der Gestapo und 1952 vom MfS inhaftiert. Dazwischen und danach lag ein aufopferungsvolles Leben, geprägt durch demokratisches, rechtsstaatliches und deutschlandpolitisches Engagement, an das mit diesem Beitrag nur schlaglichtartig erinnert werden kann.<sup>4</sup> Die Quellenlage lässt sich als überaus breit bezeichnen. Konsultiert wur-

---

\* Dieser Beitrag beruht auf den Forschungen des Autors zu seiner Masterarbeit bei Prof. Dr. Jörg Baberowski im Fach Geschichtswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er wurde zum Abschluss der Recherchen verfasst. Großer Dank gilt dem Archiv für christlich-demokratische Politik (ACDP) der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) und insbesondere Dr. Oliver Salten für die umfangreiche, unkomplizierte und kompetente Unterstützung meines Vorhabens. Das Zitat im Titel stammt aus einem Brief von Carl Schulze an Hilde Schmiedl vom Februar 1955, in: BStU MfS Cbs AU 16/52-9, Bd. 3, Bl. 154.

1 Friedhelm Boll (Hg.): Verfolgung und Lebensgeschichte. Diktaturerfahrungen unter nationalsozialistischer und stalinistischer Herrschaft in Deutschland. Berlin 1997.

2 Vgl. ebd., S. 131–188.

3 Thomas Speckmann: Hugo Dornhofer. Biographische Studien 1896–1977. Rudolstadt 2003.

4 Lediglich Christina Trittel und Sebastian Rick haben bisher in ihren 2006 und 2016 erschienenen Dissertationen in geringem Maße auf Carl Schulze aufmerksam gemacht. Dabei wurden jeweils wichtige Faktoren im Leben Schulzes vernachlässigt und lediglich einzelne Lebenssituationen herausgegriffen. Christina Trittel: Die Landtagsfraktionen in Sachsen-

den unter anderem das Bundesarchiv (BA), das Brandenburgische Landeshauptarchiv (BLHA), das Landesarchiv Berlin (LAB), das Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt (LHASA), das Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP), das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), das Archiv des BStU, das Archiv des DRK, das Kreisarchiv Elbe-Elster (KA EE), die Stadtarchive (StA) Großenhain, Werdau, Döbeln, Rathenow, Feldberg, Horrenberg, Billigheim und Bad Liebenwerda, das Archiv des Kreismuseums Bad Liebenwerda sowie die evangelischen Kirchenarchive Bad Liebenwerda und Billigheim. Auch wenige Zeitzeugen konnten gewonnen werden.

## I.

Geboren wurde Carl Curt Paul Schulze 1893 als viertes von fünf Kindern des Gastwirts und Gelbgießermeisters Carl Wilhelm Hermann Schulze in Bad Liebenwerda in der damaligen preußischen Provinz Sachsen. Er besuchte die Realschule in Großenhain und später eine private Handelslehranstalt in Görlitz. Daraufhin absolvierte er eine Lehre zum Bankkaufmann in Werdau und war – unterbrochen durch seine Militärzeit im Ersten Weltkrieg, die er als Leutnant der Reserve beendete – bei der Döbelner beziehungsweise Dresdner Bank angestellt. Nach der Scheidung seiner ersten Ehe wurde Carl Schulze 1928 Prokurist einer Bank in Rathenow und zog 1930 nach Bad Liebenwerda zurück. Seine beiden Kinder aus erster Ehe erzog Schulze übrigens allein. Von seinem erarbeiteten Vermögen ließ er sich in seiner Heimatstadt eine großzügige Stadtvilla bauen, beschäftigte mehrere Haus- und Büroangestellte und verfügte neben einer breiten Palette an Zeitungsabonnements über eine große Bibliothek. Vom 1. Juni 1930 bis 15. Juni 1945 arbeitete Carl Schulze selbständig als Buchprüfer, Steuer- und Wirtschaftsberater, Treuhänder, Grundstücks-, Konkurs-, und Zwangsverwalter in Bad Liebenwerda.

Als konservativer Intellektueller, der sich in jungen Jahren ein beachtliches Vermögen verdiente, sah sich Schulze in der Weimarer Republik wohl am ehesten von den Mitte- bis Rechtsparteien repräsentiert. Mit linken und rechten Populisten und Extremisten konnte der gläubige Protestant wenig anfangen. Schon kurz nach der „Machtergreifung“ beobachtete er mit zunehmender Bedrückung,

---

Anhalt von 1946 bis 1950. Analyse des landespolitischen Handelns und der Handlungsspielräume kollektiver Akteure in der werdenden DDR. Wiesbaden 2006 und Sebastian Rick: Die Entwicklung der SED-Diktatur auf dem Lande. Die Landkreise Liebenwerda und Schweinitz in der Sowjetischen Besatzungszone 1945–49. Göttingen 2016. Vgl. auch Christina Trittel: Die Abgeordneten des ersten Landtages von Sachsen-Anhalt 1946–1950. Vom Scheitern demokratischer Hoffnung. Magdeburg 2007, S. 175–178. Auch Günter Buchstab: Verfolgt und entrechtet. Die Ausschaltung Christlicher Demokraten unter sowjetischer Besatzung und SED-Herrschaft. Sankt Augustin 1998 verweist auf Carl Schulze, enthält aber einige falsche Angaben, s. S. 273 f.



dass auch sein Lebensstil und seine demokratisch-rechtsstaatliche Grundauffassung vom Nationalsozialismus mit Füßen getreten wurden. So soll er „an Hitler einen Brief geschrieben [haben], er sei ein Mörder!“<sup>5</sup> Carl Schulzes ablehnende Haltung dem Nationalsozialismus gegenüber zeigte sich im Alltäglichen. Er sagte später aus, es wisse in Bad Liebenwerda „jedes Kind, in welcher aktiven Weise ich mich gegen den Nazismus eingesetzt habe. Ich [...] habe nichts gescheut, ihn an den Pranger zu stellen. Einen Kompromiss habe ich nie geduldet.“<sup>6</sup> An anderer Stelle betonte er, es sei „stadtbekannt, daß ich nie die Hakenkreuzfahne gehißt [habe], nie mit ‚Heil Hitler‘ begrüßt [habe] und den Parteiveranstaltungen fern geblieben bin“.<sup>7</sup> Auch habe er nie die Grußformel „Heil Hitler“ verwendet, sondern seine Schreiben stets „Mit deutschem Gruß“ beendet. Er legte besonderen Wert auf das kleine „d“, „weil ein kleines ‚d‘ ein Gruss ist, den ein deutscher einem anderen gibt. Ein grosses ‚D‘ bedeutete Heil Hitler“.<sup>8</sup> Dieses ostentative Nicht-Grüßen, Nicht-Hissen und Nicht-Teilnehmen galt den Nationalsozialisten von Beginn an als verdächtig und hatte Konsequenzen für die Betroffenen.<sup>9</sup> Es ist somit wenig verwunderlich, dass Schulzes selbständige „Berufstätigkeit auf das Empfindlichste eingeeengt“<sup>10</sup> worden ist. 1936 wurden ihm die Genehmigungen zur Hilfeleistung in Steuersachen sowie zur Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten versagt. 1938 erhielten alle Kunden Schulzes ein Rundschreiben des Liebenwerdaer Finanzamts, das ihnen die weitere Zusammenarbeit mit Schulze verbot.<sup>11</sup>

Carl Schulze sah sich bei seinem nach eigenem Bekunden mittlerweile „offenen Kampf, den ich gegen die NSDAP führte“<sup>12</sup>, gezwungen, an der mit der Volksabstimmung über den „Anschluss“ Österreichs verbundenen Reichstagswahl am 10. April 1938 nicht teilzunehmen. Bevor er deswegen in Schutzhaft genommen wurde, habe man ihn „durch die Strassen von Liebenwerda geschleift und [...] angespuckt“.<sup>13</sup> Zeitzeugen berichten, Schulze sei mit einem

5 Besucherliste des Untersuchungsausschusses freiheitlicher Juristen (UfJ) vom 14. Mai 1954, in: Bundesarchiv (BA) B 285/6177. Unpag.

6 Protokoll der Kreistagssitzung vom 14. April 1948, in: Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Abteilung Merseburg (LHASA MER) K13 Liebenwerda Nr. 5, Bl. 121–131, hier 126.

7 Lebenslauf des Kreisrates Carl Schulze, undat. (wahrsch. Januar 1947), in: Kreisarchiv Elbe-Elster (KA EE) BaLi 1752. Unpag.

8 Protokoll der Kreistagssitzung vom 14.04.1948, in: LHASA MER K 13 Liebenwerda Nr. 5, Bl. 121–131, hier 130.

9 Vgl. Klaus Gotto: Verfolgung und Widerstand unter dem NS-Regime, in: Günter Buchstab/Klaus Gotto (Hg.): Die Gründung der Union. Traditionen, Entstehung und Repräsentanten. München 1981, S. 48–69, hier 49.

10 Lebenslauf des Kreisrates Carl Schulze, undat. (wahrsch. Januar 1947), in: KA EE BaLi 1752. Unpag.

11 Vgl. ebd.

12 Ebd.

13 Protokoll der Hauptverhandlung gegen Carl Schulze am Bezirksgericht Cottbus vom 11. November 1952, in: BStU MfS Cbs AU 16/52-9, Bd. 2, Bl. 105–113, hier 107.

Schild samt der Aufschrift „Ich habe nicht gewählt“<sup>14</sup> „von einem Aufgebot von politischen Leitern, SA- und SS-Leuten durch die Stadt geführt und dem nationalsozialistischen Mob zur Beschimpfung preisgegeben worden“.<sup>15</sup> Das Liebenwerdaer Kreisblatt verschwieg in seiner Meldung zwar den gewaltsamen Pranger, indem es nur von einer „Entrüstung weitester Volkskreise“ berichtet, ließ aber den Hass der Nazis auf Carl Schulze erkennen. Dieser sei „ein Mann, der seine Gesinnung schon dadurch zu erkennen gab, daß sein Wohnhaus als einziges in Bad Liebenwerda nicht das geringste an Schmuck trug. [...] Der Nichtwähler ist seit langem bekannt als ein Quertreiber unerfreulichster Art, der dazu noch wegen seiner häßlichen menschlichen Unzulänglichkeiten auf allgemeine Ablehnung stößt.“<sup>16</sup> Bei der dreitägigen „Schutzhaft“, die Schulze im Polizeigefängnis in Halle zubrachte,<sup>17</sup> handelte es sich faktisch um eine Freiheitsberaubung missliebiger Personen „ohne Anklage, Beweise und Rechtsbeistand auf unbestimmte Zeit“.<sup>18</sup> Im ganzen Kreis Liebenwerda verweigerten sich übrigens nur 35 Wahlberechtigte der Wahlhandlung, während 56.100 der 56.632 Wähler mit Ja stimmten. In der Kreisstadt Bad Liebenwerda stimmten 2.883 Wahlberechtigte mit Ja, 14 mit Nein und einer machte seine Stimme ungültig. Schulze war der Einzige in der Kreisstadt, der die Wahlhandlung verweigerte.<sup>19</sup>

Nach dem Schock der Schmähung und der Haft in Halle wurde Carl Schulze im August 1939 als Reserveoffizier zur Wehrmacht einberufen. Es dauerte jedoch nur wenige Wochen, bis der Bad Liebenwerdaer NSDAP-Ortsgruppenleiter Heinz Schwarz, „der Schwager des Polizeigenerals Daluege, über Himmler den Ausschluß Carl Schulzes von der Wehrmacht unter der Beschuldigung der Wehrunwürdigkeit erwirkt“<sup>20</sup> hatte. Doch Carl Schulze grämte diese Situation nicht. „Auch dann nicht, als es darum ging, dass ich unter diesen Umständen nicht länger den Offiziersrock anbehalten durfte. Ich habe gern darauf verzichtet, weiter in einer Armee zu sein, wo derartige Schandtaten stattfanden, wie sie bekannt sind.“<sup>21</sup> Bis Kriegsende lebte Schulze nun allein in seiner Villa. Seinen Haus- und Büroangestellten wurde die Tätigkeit für ihn kurz nach seiner Rück-

14 Vgl. Gesprächsprotokoll des Gesprächs mit Michael Ziehke am 7. Januar 2020 in Bad Liebenwerda.

15 Charakteristik für Carl Schulze von Friedrich Barth vom 27. Januar 1947, in: KA EE BaLi 1752. Unpag.

16 Liebenwerdaer Kreisblatt. Sonder-Ausgabe zur Volksabstimmung vom 11. April 1938.

17 Vgl. Lebenslauf des Kreisrates Carl Schulze, undat. (wahrsch. Januar 1947), in: KA EE BaLi 1752. Unpag.

18 Joachim Scherrieble (Hg.): Der Rote Ochse Halle (Saale). Politische Justiz 1933–1945, 1945–1989. Berlin 2008, S. 75.

19 Vgl. Liebenwerdaer Kreisblatt. Sonder-Ausgabe zur Volksabstimmung vom 11. April 1938.

20 Charakteristik für Carl Schulze von Friedrich Barth vom 27. Januar 1947, in: KA EE BaLi 1752. Unpag.

21 Protokoll der Kreistagssitzung vom 14. April 1948, in: LHASA MER K13 Liebenwerda Nr. 5, Bl. 121–131, hier 126.



kehr aus der Haft untersagt.<sup>22</sup> Schulze wurde derart schikaniert und gegängelt, dass er sich zur Selbstverteidigung sogar einen Gummiknüppel zulegte, „weil mein Haus meistens umstellt war, wenn ich abends nach Hause kam“.<sup>23</sup> Trotz seiner gesellschaftlichen Isolation war Carl Schulze den Aussagen von Verwandten zufolge in der Stadt „hoch angesehen [...] [und] ein sehr geachteter Mann“.<sup>24</sup> Er hat die Zeit bis zum Kriegsende „mit Gelassenheit ertragen in der Gewißheit, daß das auf Terror und Lüge aufgebaute System eines Tages zusammenbrechen muß“.<sup>25</sup>

## II.

In den ersten Wochen nach der Kapitulation ging Carl Schulze weiterhin seiner freiberuflichen Tätigkeit nach. Durch welche Umstände der von der SMA eingesetzte Landrat Paul Paulick (KPD) „ihn im Juni geholt“<sup>26</sup> hat, wie er später sagte, bleibt unklar. Es war jedoch üblich, dass Nichtkommunisten wie Schulze im Sommer 1945 in der SBZ entweder durch spezielle Qualifikationen oder ein hohes Ansehen in der Bevölkerung in der Lage waren, höhere Verwaltungsposten einzunehmen. So wurde Carl Schulze, der beide Voraussetzungen erfüllte, Leiter der Finanzabteilung der Kreisverwaltung und gleichzeitig Leiter der neu- beziehungsweise wiedererrichteten Kreissparkasse. Am 10. September gründeten sich schließlich formal der Orts- und der Kreisverband der CDU Liebenwerda, deren Vorsitzender Carl Schulze wurde. Der große Wert des „C“ und die Überkonfessionalität der Bad Liebenwerdaer CDU-Gründung lassen sich am gewählten Vorstand des Ortsverbandes eindrucksvoll belegen. Der evangelische Pfarrer Gustav Adolf Schulze wurde Jugendwart, der Superintendent Dr. Karl Mühlmann Beisitzer, ebenso der katholische Dechant Theodor Schäfer.<sup>27</sup> Während die CDU kreisweit im November 1945 lediglich 104 Mitglieder zählen konnte (die LDP gerade einmal 30), waren KPD und SPD mit 1.153 beziehungsweise 1.042 Mitgliedern die stärksten politischen Kräfte.<sup>28</sup> Doch die CDU hatte vor allem über ihren Vorsitzenden Carl Schulze große Einflussmöglichkeiten

22 Vgl. Protokoll der Hauptverhandlung gegen Carl Schulze am Bezirksgericht Cottbus vom 11. November 1952, in: BStU MfS Cbs AU 16/52-9, Bd. 2, Bl. 105–113, hier 107.

23 Ebd., Bl. 108.

24 Gesprächsprotokoll des Gesprächs mit Helmut R. Schulze am 31. Oktober 2019 in Heidelberg.

25 Charakteristik für Carl Schulze von Friedrich Barth vom 27. Januar 1947, in: KA EE BaLi 1752. Unpag.

26 Protokoll der Kreistagssitzung vom 23. April 1947, in: LHASA MER K 13 Liebenwerda Nr. 5. Bl. 15–22, hier 21.

27 Vgl. Carl Schulze an den Bürgermeister in Bad Liebenwerda vom 10. September 1945, in: Stadtarchiv (StA) Bad Liebenwerda, FB 2, Sign. 60. Unpag.

28 Vgl. Fragebogen des KPD-Kreisverbandes Liebenwerda vom 1. Dezember 1945, in: LHASA MER P 506 Nr. 6, Bl. 45.

auf die Kreispolitik. So ist es nicht verwunderlich, dass die ersten größeren Konflikte in der Kreisverwaltung noch vor Gründung der CDU aufbrachen. Schulze verweigerte sich allzu oft der Durchführung sowjetischer Befehle, vor allem bei der Entlassung von „Pgs“, also ehemaligen NSDAP-Mitgliedern, aus der Verwaltung.<sup>29</sup> Bedenkt man, wie Schulze unter den Nazis gelitten hatte, so ist sein Einsatz für die einfachen „Pgs“ – ohne Rachegefühle und Hass – bemerkenswert. Im Kreissequesterausschuss, dem er als CDU-Kreisvorsitzender angehörte, stimmte Carl Schulze als einziges Mitglied gegen die Enteignung von fünf Betrieben, weil er rechtliche Bedenken hatte. Dass er sich ausdrücklich nicht gegen die von der CDU mitgetragene Enteignung von wirklichen Nazi- und Kriegsverbrechern stellte, zeigt seine Zustimmung in den restlichen 33 Fällen.<sup>30</sup> Bei öffentlichen Versammlungen machte er keinen Hehl aus seiner Ablehnung der Art und Weise der Bodenreform und der Enteignungen.<sup>31</sup> Auch durch die Mundpropaganda infolge solcher Versammlungen konnte die CDU Anfang April 1946 immerhin 350 Mitglieder im Kreis zählen. Doch im Vergleich zu den beiden großen Parteien KPD (2.079) und SPD (3.282) waren diese Fortschritte allenfalls Achtungserfolge.<sup>32</sup> Als die SED sich knappe drei Wochen nach dieser Mitgliedermeldung durch die Zwangsvereinigung von KPD und SPD gründete, war sie zehn Mal so stark wie CDU und LDP zusammen. Und trotzdem bereiteten diese beiden Parteien der SED Sorge.

### III.

Als Carl Schulze bei einer CDU-Versammlung am 31. Mai 1946 erneut harsche Kritik an SED und Sowjetischer Militäradministration (SMA) übte, hörte wie üblich auch ein Zuträger der SED zu und berichtete tags darauf: „Herr Schulze führte heftige Klage darüber, dass hier Enteignungen, Verhaftungen und Ausweisungen durchgeführt würden, die jeder rechtlichen Grundlage entbehren. [...] Es seien diese wilden Massnahmen im Kreise Schuld daran, dass die Bevölkerung in steter Angst und Ungewissheit schwebe. [...] Er gestattet sich, in diesem Zusammenhang direkt das demokratische Prinzip des Antifa-Ausschusses anzugreifen, indem er zum Ausdruck brachte, dass, wenn 15 Menschen für die Enteignung stimmen und einer dagegen[,] immer noch nicht

29 Vgl. Carl Schulze an Landrat Paulick vom 11. August 1945, in: LHASA MER K13 Liebenwerda Nr. 51, Bl. 24.

30 Vgl. Protokoll der Kreistagssitzung vom 14. April 1948, ebd., Nr. 5, Bl. 121–131, hier 125.

31 Vgl. Bericht der SPD Bad Liebenwerda an die SPD-Kreisleitung Liebenwerda über eine öffentliche Versammlung der CDU vom 14. Januar 1946, in: StA Bad Liebenwerda, FB 2, Sign. 60, Unpag.

32 Vgl. Fragebogen des KPD-Kreisverbandes Liebenwerda vom 4. April 1946, in: LHASA MER P 506, Nr. 6, Bl. 50.



gesagt sei, ob nicht dieser eine doch recht hätte und nicht die 15.<sup>433</sup> Der CDU-Landesvorstand verhandelte – da auch andere Kreisvorsitzende sich gegen SED und SMA positionierten – am 22. Juli 1946 unter „Punkt 1: Absetzung mehrerer Vorsitzenden [sic!] im Bezirk Halle-Merseburg“. Als erster der sechs in Rede Stehenden wurde Carl Schulze genannt. Über eine Resolution, die er am 31. Mai verabschieden ließ, sei die „russische Besatzungsmacht sehr ungehalten“ gewesen, heißt es im Protokoll. Letztendlich stellte der Landesvorstand – wohl nicht ohne vorherige sogenannte „Fühlungnahme“ mit der SMA – fest, „dass nichts weiter übrig bleibt, als die betreffenden Herren von ihren Posten abzusetzen“.<sup>34</sup> Vor allem angesichts der seit Juni auf September und Oktober 1946 terminierten Wahlen war eine gehemmte, da führungslose CDU der SED sehr willkommen.

Nichtsdestotrotz konnte die CDU ihre Mitgliederstärke im Kreis bis zu den Wahlen auf immerhin 738 erhöhen, die in 17 Ortsgruppen organisiert waren. SMA und SED fürchteten bei den in Sachsen-Anhalt am 8. September stattfindenden Gemeindevahlen sowie den Kreis- und Landtagswahlen am 20. Oktober eine herbe Niederlage, zeitigten doch die Wahlen in Österreich und Ungarn im Herbst 1945 große Erfolge der dortigen bürgerlichen Parteien.<sup>35</sup> SED und SMA gingen daher Hand in Hand gegen CDU und LDP vor. Die Wahlordnung regelte beispielsweise, dass bei den Gemeindevahlen nur solche Parteien in den einzelnen Orten antreten durften, die dort über eine eigene, von der SMA lizenzierte Struktur verfügten. Das Lizenzierungsverfahren gestaltete die SMA dabei derart bürokratisch, dass sich die Bestimmungen noch kurz vor den Wahlen mehrfach änderten, Bescheinigungen mehrfach vorgelegt werden mussten, deren Ausstellung die zuständigen Stellen bewusst sabotierten und verzögerten, und somit, egal wie sehr CDU und LDP die Anweisungen der SMA auch befolgen wollten, nicht zur erfolgreichen Gründung und Anerkennung von Ortsgruppen kamen.<sup>36</sup> So waren CDU und LDP in sechs von sieben Städten des Kreises Liebenwerda bei der Gemeindevahl angetreten und erhielten dort gemeinsam stets die Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Ein eindrückliches Bild ergibt sich bei einem Blick auf die 78 Dörfer des Kreises. In allen war die SED angetreten, die CDU in sieben (!) und die LDP in fünf (!). Der Anteil der ungültigen Stimmen bewegte sich in jenen Dörfern, die nur die SED auf dem

33 Bericht der Kreisleitung der SED über die CDU-Versammlung am 31. Mai 1946 im Capitol Bad Liebenwerda vom 1. Juni 1946, in: LHASA MER P 515 Nr. 663, Bl. 45.

34 Alle Zitate in: Protokoll der Landesvorstandssitzung der CDU Sachsen-Anhalt vom 22. Juli 1946, in: ACDP 03-032-001/1. Unpag.

35 Vgl. Gerhard Wettig: Der Konflikt der Ost-CDU mit der Besatzungsmacht 1945–1948 im Spiegel sowjetischer Akten, in: Historisch-Politische Mitteilungen (HPM) 6 (1999), S. 109–137, hier 120 und Norman M. Naimark: Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949. Berlin 1999, S. 384.

36 Vgl. Stefan Kreuzberger: Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ. Weimar 1996, S. 63.

Wahlzettel stehen hatten, bei durchschnittlich 40 Prozent. Dennoch besetzte die SED – unabhängig vom Ergebnis – in allen dieser Dörfer als einziger Wahlvorschlagsträger alle Sitze in der Gemeindevertretung. Kreisweit erlangte die SED mit 50,8 Prozent der Stimmen 796 der 970 Mandate. Damit besetzte sie faktisch 87 Prozent der Mandate im Kreis Liebenwerda. Die CDU erreichte 16,5 Prozent (79 Mandate), die LDP 13,4 Prozent (47 Mandate).<sup>37</sup> In der Kreisstadt Bad Liebenwerda, wo Carl Schulze den Listenplatz eins seiner Partei für die Gemeindevahl besetzte,<sup>38</sup> erhielt die SED mit 1.426 Stimmen acht Sitze in der Stadtverordnetenversammlung. CDU und LDP kamen auf 1.141 beziehungsweise 1.100 Stimmen, was je sechs Sitzen in der Stadtverordnetenversammlung entsprach.<sup>39</sup> Diese komfortable Mehrheit von CDU und LDP war die Grundlage für ein neues Selbstvertrauen dieser Parteien.

Als am 30. September die Bad Liebenwerdaer Stadtverordnetenversammlung zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammentrat, war Carl Schulze bereits zum Fraktionsvorsitzenden der CDU gewählt worden.<sup>40</sup> Bei der Wahl des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung nominierte die SED als stärkste Fraktion Gottwald Fleischer. Die LDP (!) schlug Carl Schulze vor. In geheimer Wahl erhielt Schulze die zwölf Stimmen von CDU und LDP, Fleischer bekam die acht Stimmen der SED.<sup>41</sup> Die SED erklärte in der zweiten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, dass „die Zusammensetzung des Vorstandes nicht auf demokratischer Grundlage erfolgt sei“. Es sei dabei „nicht nach den parlamentarischen Gepflogenheiten verfahren worden“, nach denen „die stärkste Partei den Vorsitzenden stellen“ müsse, wie es doch auch in der von CDU und LDP so geschätzten Weimarer Zeit Brauch gewesen sei. CDU und LDP betonten hingegen, dass die Wahl des Vorstandes der Stadtverordnetenversammlung nach der Gemeindeverfassung lediglich eine einfache Stimmenmehrheit erfordere und auch in der Weimarer Zeit nicht immer die stärkste Fraktion die Präsidenten des Reichstages beziehungsweise der Landtage gestellt habe. Carl Schulze stellte ganz im Gegenteil fest, „dass, falls die Stellung des Vorsitzenden nach dem alten Brauch (Vorschlag der SED) vorgenommen wäre, sogar eine Rechts-

37 Vgl. Ergebnisse der Gemeindevahlen vom 8. September 1946, in: LHASA MER K13 Liebenwerda Nr. 75, Bl. 5–7. An dieser Stelle muss erwähnt werden, dass zahlreiche ungültige Stimmen bei der Stimmauszählung der SED zugeschlagen wurden. Der Anteil der ungültigen Stimmen von 15,8 Prozent im Kreis Liebenwerda ist also bereits als abzüglich einer Dunkelziffer von umgewandelten SED-Stimmen zu verstehen.

38 Vgl. Stimmzettel zur Gemeindevahl in Bad Liebenwerda am 8. September 1946, in: StA Bad Liebenwerda, FB 2, Sign. 94. Unpag.

39 Vgl. Zusammenstellung des Wahlergebnisses der Gemeindevahl in Bad Liebenwerda vom 08. September 1946, ebd., Sign. 96. Unpag.

40 Vgl. Schreiben des Stadtverordnetenvorstehers Gottwald Fleischer an die Fraktionsvorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung Bad Liebenwerda vom 3. Februar 1947, ebd., Sign. 47. Unpag.

41 Vgl. Niederschrift über die Sitzung der Gemeindevertretung vom 30. September 1946, ebd.



beugung vorliege und daher nicht als demokratisch, sondern als diktatorisch zu bezeichnen ist“.<sup>42</sup>

Durch sein Verhalten in der Stadtverordnetenversammlung Bad Liebenwerda konnte Schulze sein Ansehen bei der eigenen Parteibasis zwar ausbauen. Doch sowohl übergeordnete Parteigremien als auch SED-freundliche CDU-Politiker im Kreis Liebenwerda nahmen Schulzes Coup mit Argwohn wahr. So stand Schulze bei der Kreistagswahl am 20. Oktober nur auf Listenplatz vier der CDU. Angeführt wurde die Liste vom Heimatvertriebenen Dr. Paul Loda, der erst seit 1946 im Kreis Liebenwerda wohnhaft war.<sup>43</sup> Diese Art der Listenaufstellung war kein „Liebenwerdaer Phänomen“, sondern Strategie der SMAD in Karlshorst. Dort hatte der Chef der Propagandaverwaltung Sergej Tjulpanow alle örtlichen SMA-Stellen aufgefordert, die „progressivsten linken Elemente“ aus CDU und LDP auf die vorderen Listenplätze zu setzen, damit bei einem Wahlsieg von CDU und LDP „demokratische und uns nahestehende Elemente“ in den Kommunalparlamenten saßen.<sup>44</sup> Den Erfolg dieser Strategie sollte Schulze später deutlich zu spüren bekommen.

Gegenüber der Gemeindevahl mit ihren restriktiven Zulassungsbeschränkungen waren CDU und LDP bei der Kreistagswahl am 20. Oktober in allen Orten wählbar. Die SED wurde knapp stärkste Partei und erhielt im Kreistag 19 Sitze (38,17 Prozent). Die CDU errang 18 (37,87 Prozent), die LDP elf (22,76 Prozent) und die SED-nahe VdgB zwei Sitze (4,20 Prozent). Damit erreichten CDU und LDP auch im Kreistag eine klare gemeinsame Mehrheit von 29 Sitzen.<sup>45</sup> Auch dies dürfte das Selbstbewusstsein von CDU und LDP noch einmal gestärkt haben. Am selben Tag fanden auch die Wahlen zum Landtag Sachsen-Anhalt statt. Im Wahlkreis 6 (Torgau, Schweinitz, Liebenwerda) stand Carl Schulze ebenfalls auf Listenplatz vier. Obwohl für die CDU nur die ersten beiden Kandidaten auf der Liste, Vera Schumann und Otto Nitzschke, in den Landtag einzogen,<sup>46</sup> ging auch von diesem Wahlergebnis ein deutliches Signal aus. Während die SED mit 38,8 Prozent im Wahlkreis 6 ihr landesweit schlechtestes Ergebnis erreichte, errang die CDU mit 30,5 Prozent hier ihr landesweit bestes Resultat.<sup>47</sup> Diese halbfreien Wahlen vom Herbst 1946 waren –

42 Alle Zitate in: Niederschrift über die Sitzung der Gemeindevertretung vom 9. Oktober 1946, ebd.

43 Vgl. Wahlvorschlag der CDU für die Kreistagswahl vom 2. Oktober 1946, in: LHASA MER K13 Liebenwerda Nr. 78, Bl. 117.

44 Zit. nach Kreuzberger: Die sowjetische Besatzungsmacht, S. 66 f.

45 Vgl. Bekanntmachung des Wahlergebnisses des Kreistagswahl vom 20. Oktober 1946, in: LHASA MER K13 Liebenwerda Nr. 75, Bl. 102.

46 Vgl. Wahlvorschlag der CDU für die Landtagswahl im Wahlkreis 6 vom 2. Oktober 1946, in: Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Abteilung Magdeburg (LHASA MD) K1 Landtag Sachsen-Anhalt Nr. 57a, Bl. 331.

47 Vgl. Wahlergebnisse der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 20. Oktober 1946, ebd., Bl. 47.

im Verhältnis von Aufwand und Nutzen sowie im Vergleich mit anderen Kreisen beziehungsweise Ländern – für die SED im Kreis Liebenwerda und in ganz Sachsen-Anhalt zum Fiasko geworden. Denn auch im Landtag hatten CDU und LDP eine, wenn auch knappe, Mehrheit von einer Stimme gegenüber der SED.

Gestärkt durch die Wahlergebnisse setzte Carl Schulze seinen politischen Kurs als Leiter der Finanzabteilung der Kreisverwaltung sowie des Finanz- und Preisamtes, aber auch als Stadtverordnetenvorsteher von Bad Liebenwerda sowie Fraktionsvorsitzender der CDU in der Stadtverordnetenversammlung und im Kreistag fort. Da die SED zwar nicht das Vertrauen der Mehrheit der Bevölkerung, aber dafür die SMA und ihre Einflussmöglichkeiten auf CDU und LDP auf ihrer Seite hatte, setzte sie ihre Politik ungeachtet der Wahlergebnisse ebenfalls weiter fort. Im Landtag ließ sie eine Durchführungsbestimmung zur Gemeindeverfassung beschließen, die vorsah, dass der stärksten Fraktion der Vorsitz der kommunalen Vertretungen zustand. Eilends beantragte die Bad Liebenwerdaer SED bei Schulze eine Sondersitzung der Stadtverordneten, zu deren Beginn Schulze klarstellte, dass er aufgrund der veränderten Rechtslage bereit sei, den Vorsitz der Stadtverordnetenversammlung abzugeben. Neuer Vorsitzender wurde der vormals unterlegene Gottwald Fleischer (SED). Sein erster Stellvertreter wurde Carl Schulze.<sup>48</sup>

Das Jahr 1947 begann für Carl Schulze politisch genauso brisant, wie das Jahr 1946 geendet hatte. Am 24. Januar konstituierte sich der Kreistag Liebenwerda. Die Besetzung des Kreistagsvorstandes lief reibungslos, es hatte wohl eine Vorbesprechung der Fraktionen gegeben. So wurde der SED-Kreisvorsitzende Mittig Kreistagsvorsitzender, seine Stellvertreter kamen aus CDU und LDP. Bemerkenswert an dieser ersten Sitzung war, dass Carl Schulze als Fraktionsvorsitzender der CDU und nicht etwa die SED in Gestalt ihres Landrats oder ihres Fraktionsvorsitzenden die Vorschläge zur Zusammensetzung des Kreisrates und zur Ausschussgründung und -besetzung machte und somit die inhaltliche Führung und Gestaltung dieser konstituierenden Sitzung des Kreistages übernahm. Womöglich wollte man Schulze damit etwas beruhigen, da sein erklärtes Ziel, stellvertretender Landrat zu werden,<sup>49</sup> von SED und SMA strikt abgelehnt wurde.<sup>50</sup> Es wurde verhandelt, dass Schulze zum besoldeten Kreisrat der Finanzen gewählt werden sollte. Paul Loda, der bereits auf Listenplatz eins der CDU für den Kreistag kandidierte, sollte zum stellvertretenden Landrat werden. Durch geheime Wahl wurden bei Fehlen von drei CDU- und einem SED-Abgeordneten gewählt: Landrat Paul Paulick (42 ja/4 nein), 1. stell-

48 Vgl. Niederschrift über die Sitzung der Gemeindevertretung vom 30. Dezember 1946, in: StA Bad Liebenwerda, FB 2, Sign. 47, Unpag.

49 Vgl. Carl Schulze an Adolf Negatsch vom 3. März 1951, in: BStU MfS Cbs AU 16/52-9, Bd. 1, Bl. 130 f.

50 Vgl. Paul Loda an das Ostbüro der CDU vom 18. Januar 1951, in: ACDP 03-013-250/1, Unpag.

vertretender Landrat Paul Loda (45 ja/1 nein), 2. stellvertretender Landrat Walter Foth (LDP) (44 ja/2 nein), besoldeter Kreisrat Friedrich Bothe (SED) (42 ja/4 nein), besoldeter Kreisrat Carl Schulze (25 ja/21 nein), drei unbesoldete Kreisräte Taube (SED) (35 ja/11 nein), Rose (CDU) (25 ja/21 nein) und Zühlke (LDP) (43 ja/3 nein).<sup>51</sup> Diese Wahlergebnisse zeigen zweierlei: Paul Loda war für die SED der kommende Mann der CDU im Kreis, da er keine Scheu hatte, mit ihr zu paktieren und eigene Interessen zurückzustellen. Die Vertreter der vor gerade einmal anderthalb Jahren gegründeten Liebenwerdaer CDU hingegen wurden von der SED offen abgelehnt.

Am 30. Januar 1947 diskutierte die Bad Liebenwerdaer Stadtverordnetenversammlung über die Nachbesetzung des Bürgermeisterpostens, die durch den Rückzug des noch von der SMA eingesetzten bisherigen Amtsinhabers Bluhm (SED) nötig wurde. Carl Schulze schlug – wissend wie diese Abstimmung ausgehen würde – vor, über den SED-Vorschlag Alfred Schubert abstimmen zu lassen. Den Stadtverordneten und SED-Kreisvorsitzenden Mittag indes provozierte das Gebaren Schulzes wohl derart, dass er unter anderem dessen Autorität in der CDU-Fraktion anzugreifen versuchte: „Sie sprechen immer als Fraktionsvorsitzender. Fragen Sie doch mal Ihre Mitglieder, ob sie mit dem, was Sie vorbringen, einverstanden sind.“ Hier zeichnete sich bereits ab, was später Realität werden sollte: Die SED wollte Schulze und seine Verbündeten in die Situation der politischen Handlungsunfähigkeit versetzen, indem sie interne Rivalitäten schürte, Opportunisten förderte und den Standhaften durch verschiedenste Maßnahmen das Leben schwer machte. Bei den Eigenarten Schulzes ist es tatsächlich wahrscheinlich, dass nicht immer alle Mitglieder seiner Fraktion mit seinem Handeln zufrieden waren. Noch aber stand die CDU-Fraktion – nach außen – hinter ihrem Vorsitzenden. Wie vorherzusehen war, stimmten acht Stadtverordnete für Schubert, zwölf gegen ihn.<sup>52</sup>

Trotz dieses Wahlergebnisses lud Gottwald Fleischer am 20. Februar 1947 zur Sitzung der Stadtverordneten zwecks Einführung des Bürgermeisters Schubert durch Landrat Paulick ein. CDU und LDP boykottierten diese Sitzung und wollten sie so ungültig machen.<sup>53</sup> Davon unbeeindruckt eröffnete Fleischer die Sitzung der sieben anwesenden SED-Stadtverordneten. Infolge der Bestätigung Schuberts durch die Provinzialregierung sei dieser durch den anwesenden Landrat Paulick in sein Amt als Bürgermeister von Bad Liebenwerda einzuführen, so Fleischer. In seiner feierlichen Ansprache rügte Landrat Paulick, dass in Bad Liebenwerda die – von der SED gewollte – „neue Demokratie“ hinterfragt werde und dadurch „Zustände entstanden sind, die nicht länger geduldet werden

51 Vgl. Niederschrift über die Kreistagssitzung vom 24. Januar 1947, in: LHASA MER K 13 Liebenwerda Nr. 47, Bl. 108–113, hier 111 f.

52 Ganzer Absatz: Vgl. Niederschrift über die Stadtverordnetenversammlung vom 30. Januar 1947, in: StA Bad Liebenwerda, FB 2, Sign. 47. Unpag.

53 Vgl. Erklärung der CDU- und LDP-Fraktion vom 19. Februar 1947, ebd.



können; denn sie machen das Parlament zur Faxe [sic!], sie machen das Parlament arbeitsunfähig. Das geht nicht! Die Demokratie ist uns nicht gegeben, daß wir damit spielen.“ Auch Fleischer brachte erneut sein Unverständnis über die Ablehnung des neuen Bürgermeisters Schubert durch CDU und LDP zum Ausdruck: „Mein Wunsch ist es, daß dies der letzte Streich ist, den uns die beiden Parteien gespielt haben.“<sup>54</sup> Diese drastischen Worte des eigentlich neutralen Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung (SVV) verdeutlichen die tiefe persönliche und ideologische Abneigung der SED gegenüber CDU und LDP.

Die CDU-Fraktion und insbesondere ihr Vorsitzender Carl Schulze versuchten mit allen Mitteln, die Ungültigkeit der Ernennung Schuberts zum Bürgermeister festzustellen. Dieser Streit zog sich noch über Monate hinweg. Die entscheidende Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Bad Liebenwerda fand am 1. Oktober 1947 statt. Schulze betonte hier mehrfach, „daß die Ernennung des Bürgermeister-Kandidaten Schubert zu Unrecht erfolgt ist“, und stellte in einem Antrag fest, dass Alfred Schubert „somit nicht Bürgermeister der Kreisstadt Bad Liebenwerda [ist]. Diese Stelle ist vielmehr unbesetzt.“ Der Antrag forderte die SED-Fraktion zur Nominierung eines Kandidaten auf, der dann den Stadtverordneten zur Wahl gestellt würde. Nach langer Zurückhaltung meldete sich der SED-Kreisvorsitzende Paul Mittag zu Wort. Direkt griff er Carl Schulze an: „Auch hier sind Sie, Herr Schulze, wieder der treibende Keil, der die Stadtverordneten-Versammlung nicht in Ruhe arbeiten lassen will. [...] Hieraus ist ersichtlich, daß Herr Schulze einfach nicht will. Ich bedaure es, daß die CDU einen Mann in ihren Reihen zählt, der nicht nur der Stadtverordneten-Versammlung, sondern vielen Ausschüssen Schwierigkeiten bereitet.“ In seinen folgenden Ausführungen machte Schulze deutlich, dass nicht politische Opportunität, sondern das Recht die oberste Kategorie seines Denkens und Handelns war: „Ich bin reaktionär, ich bin undemokratisch usw. Sie können mich aber in keiner Art und Weise beschuldigen, daß ich ungesetzmäßig handele. Es ist auch nicht möglich, Recht durch Zwischenrufe beseitigen zu wollen.“ Bei der Abstimmung über seinen Antrag konnte Carl Schulze eigentlich mit einem klaren Ergebnis von elf zu acht Stimmen (eine Stadtverordnete der CDU war erkrankt) rechnen. Doch nach der Absetzung als Vorsitzender der CDU und der missglückten Wahl zum Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung erlebte Schulze nun seine dritte, und wegen des Gefühls des Verrats wohl auch vorerst größte politische Niederlage. Ein Abgeordneter aus den Reihen der CDU oder LDP stimmte gegen den Antrag, einer machte seine Stimme ungültig. Somit

54 Alle Zitate in: Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 20. Februar 1947, ebd.

entstand ein Ergebnis von neun zu neun Stimmen. Nach der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung galt der Antrag als abgelehnt.<sup>55</sup>

Im politischen Leben Carl Schulzes hatte es unterdessen eine wichtige Veränderung gegeben. Durch die Mandatsniederlegung der Landtagsabgeordneten Vera Schumann war er am 30. Januar als Abgeordneter in den Landtag Sachsen-Anhalt nachgerückt.<sup>56</sup> Er übernahm einen der drei Sitze der CDU-Fraktion im wichtigen Ausschuss für Finanzen, Haushalts- und Steuerfragen.<sup>57</sup> Doch ließen ihn seine kommunalen Pflichten auch als Landtagsabgeordneter nicht los. Parallel zum Streit um die Besetzung des Bürgermeisteramtes in Bad Liebenwerda lieferte sich Schulze auf Kreisebene eine Fehde mit der SED um die Geschäftsverteilung im Kreisrat. Die CDU-Fraktion beantragte, die Verteilung der Geschäftsbereiche durch Kreistagsbeschluss wie folgt vorzunehmen: Dem Landrat sollten Vorsitz und Vertretung des Kreisrates obliegen, während sein Stellvertreter Loda die Leitung der Hauptabteilung samt Planung, Statistik und Polizei übertragen bekommen sollte. Der bisherige stellvertretende Landrat Friedrich Bothe (SED) war für die Wirtschaftsabteilung vorgesehen.<sup>58</sup> Paul Loda hatte jedoch auf Geheiß des Landrates bereits den Bereich Handel und Versorgung übernommen. Polemisch fragte Paulick Schulze im Kreistag: „Soll die Abteilung Handel und Versorgung etwa schlechter sein als die Hauptabteilung? Auf die Hauptabteilung erhebe ich persönlich Anspruch. [...] Ich bestehe darauf, dass die Regelung, wie sie getroffen wurde, bestehen bleibt. Ich erwarte von jedem Kreistagsmitglied, dass er diese Regelung für gut heisst.“ Diese Argumentation zeigt, wie wichtig der SED die Hauptabteilung als Machtzentrale der Kreisverwaltung war und wie sehr sie versuchte, dies mit vorgeschobenen funktionalen Argumenten zu kaschieren. 25 Abgeordnete stimmten letztlich für den CDU-Antrag und 23 dagegen.<sup>59</sup> Damit war der Landrat verpflichtet, die Geschäftsverteilung umzustrukturieren.

55 Ganzer Absatz: Vgl. Niederschrift über die Stadtverordnetenversammlung vom 1. Oktober 1947, ebd.

56 Vgl. CDU-Landesvorstand und -Fraktion an den Landtagspräsidenten vom 28. Februar 1947, in: LHASA MD K 1 Landtag Sachsen-Anhalt Nr. 19, Bl. 475. Die CDU konnte als Partei gemäß den Bestimmungen des Landtages unabhängig von der Position auf der Wahlkreisliste einen Kandidaten als Nachrücker nominieren und entschied sich im vorliegenden Fall für Carl Schulze, der ursprünglich den Listenplatz vier besetzte.

57 Vgl. CDU-Fraktion an das Landtagsbüro vom 19. März 1947, ebd., Nr. 18, Bl. 22.

58 Vgl. CDU-Kreistagsfraktion an den Kreistagsvorsitzenden vom 10. April 1947, in: LHASA MER K 13 Liebenwerda Nr. 2, Bl. 409.

59 Vgl. Protokoll der Kreistagsitzung vom 23. April 1947, ebd., Nr. 5, Bl. 15–22.

## IV.

Bezüglich der CDU in der SBZ insgesamt war Carl Schulze nicht gewillt, die Absetzung der CDU-Zonenvorsitzenden Jakob Kaiser und Ernst Lemmer sowie die Beteiligung der CDU an der SED-Inszenierung „Volkskongress“ Ende 1947 hinzunehmen. Die Aufgabe dieses Volkskongresses war es, so hat es Manfred Koch treffend ausgedrückt, „die Bildung eines ostdeutschen Separatstaates quasiparlamentarisch zu legitimieren“.<sup>60</sup> Schulzes Widerstand dagegen zeigt eine unter seiner Regie beschlossene Resolution des erweiterten Kreisvorstandes der CDU Liebenwerda vom 28. Dezember 1947, unterschrieben von allen 23 Vorstandsmitgliedern. Darin stellten sich diese hinter die „rechtmässig auf demokratischer Grundlage gewählten Vorsitzenden“ der SBZ-CDU, die „noch immer das uneingeschränkte Vertrauen des Kreisverbandes Liebenwerda“ besäßen. Auch wandte sich die Liebenwerdaer CDU „schärfstens gegen die Haltung des Vorstandes des Landesverbandes Sachsen-Anhalt“, die nicht die Meinung der Kreisverbände sei. Doch, und damit wird erneut ein Handlungsmuster Schulzes deutlich, blieb es nicht bei Unmuts- und Missfallensbekundungen: „Der Kreisverband Liebenwerda stellt sich nach wie vor als vornehmste Verpflichtung die Aufgabe, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln für die politische und wirtschaftliche Einheit Deutschlands, für Freiheit, Demokratie und einen gerechten Frieden, sowie für die Schaffung einer deutschen Zentralregierung einzutreten. Er sieht aber nicht ein, dass der Volkskongress der alleinige Weg zur Erreichung dieses Zieles ist.“ Der Kreisvorstand forderte schnellstmögliche „Wahlen für eine nationale Vertretung des gesamten deutschen Volkes“.<sup>61</sup> Mit dieser Forderung stellte sich der Kreisverband öffentlich gegen die SED. Nicht nur, dass Schulze diese Resolution vorbereitete, er versandte sie in viele Kreise, an Landtagskollegen, Kreisvorsitzende, einfache Mitglieder. Beigefügt war offensichtlich auch die Erklärung Kaisers vom 23. Dezember, in der er deutlich machte, „daß in der Ostzone die Möglichkeit, in aufrechter Haltung den demokratischen Weg selbständiger Unionspolitik zu gehen, praktisch nicht mehr gegeben scheint“.<sup>62</sup> Die Entschließung vom 28. Dezember hatte im Kreis

60 Manfred Koch: Volkskongressbewegung und Volksrat, in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hg.): SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949. München 1993, S. 345–358, hier 349.

61 Alle Zitate in: Entschließung des erweiterten Kreisvorstandes der CDU Liebenwerda vom 28. Dezember 1947, in: BA N 1018 Bd. 128, Bl. 251.

62 Eine Erklärung Jakob Kaisers vom 23. Dezember 1947, in: Siegfried Suckut: Zum Wandel von Rolle und Funktion der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDUD) im Parteiensystem der SBZ/DDR (1945–1952), in: Hermann Weber (Hg.): Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945–1950. Köln 1982, S. 157–159, hier 158.



Liebenwerda zur Folge, dass die CDU ihre Vertreter aus dem bereits gebildeten „Kreiskomitee für Einheit und gerechten Frieden“ zurückzog. Auch Schulze war ursprünglich wohl Mitglied dieses Komitees. Nicht einmal einen Monat nach der Resolution war die Gegenwehr der Liebenwerdaer CDU gegen den Volkskongress durch eine öffentlichkeitswirksame Propaganda von SED und SMA gebrochen. Die CDU nahm am Kreiskongress und allen Versammlungen teil.<sup>63</sup> Währenddessen wurde das „Anschreiben des Herrn Schulze, Liebenwerda, an die Kreisverbände“ im CDU-Landesvorstand behandelt und erregte beim Landesvorsitzenden Leo Herweg großen Unmut.<sup>64</sup>

Doch ließ Schulze nicht locker. In Kreistag und Stadtverordnetenversammlung stellte er Anträge, mit denen diese sich verpflichten sollten, „mit allen Kräften für die Schaffung eines ungeteilten demokratischen Deutschlands“ einzutreten und „mit kühler und klarer Überlegung alles zu unterlassen, was das Auseinanderleben in Ost und West verschärfen könnte“.<sup>65</sup> Die SED wusste um die faktische Folgenlosigkeit derartiger Entschliessungen und brachte daher keine Einwände gegen Schulzes Anträge ein. So beschlossen die Stadtverordnetenversammlung und analog dazu auch der Kreistag, dass durch den Landtags- und Ministerpräsidenten beim Alliierten Kontrollrat „die sofortige Durchführung einer Wahl zur Nationalversammlung“<sup>66</sup> beantragt werden solle. Bei Landtagspräsident Böttge (SED), an den die Entschliessung des Kreistages adressiert war, entschuldigte sich dessen Vorsitzender Paul Mittig wenige Wochen später und erklärte, dass die SED-Fraktion sich „durch das kurze Vorlesen der Entschliessung und die dazu gegebene Erklärung des Schulze überraschen“ lassen habe. „Nachdem uns nach der Sitzung der genaue Wortlaut der Entschliessung erst richtig bekannt wurde“, so Mittig, „wussten wir, dass wir einen Fehler begangen hatten und uns überfahren liessen.“<sup>67</sup> Obwohl sich die weltpolitischen Gegebenheiten seit dem Scheitern der Londoner Konferenz maßgeblich änderten, hat Carl Schulze mit seiner Haltung zum Volkskongress erneut und unbeirrt seinen Willen zur deutschen Einheit unter Beweis gestellt. Sein noch immer großer Einfluss auf den CDU-Kreisverband machte SED und SMA derweil zunehmend Sorgen, da er sich nicht bereit zeigte, seine politischen Grundsätze aufzugeben.

63 Vgl. „Jetzt sind alle zur Mitarbeit bereit“, in: Freiheit vom 21. Januar 1948. O.S.

64 Vgl. Protokoll der Landesvorstandssitzung der CDU Sachsen-Anhalt vom 14. Januar 1948, in: ACDP 03-032-001/2. Unpag.

65 Beide Zitate in: CDU-Kreistagsfraktion an den Kreistagsvorsitzenden vom 21. Januar 1948, in: LHASA MER K13 Liebenwerda Nr. 2, Bl. 341.

66 Niederschrift über die Stadtverordnetenversammlung vom 07. Januar 1948, in: StA Bad Liebenwerda, FB 2, Sign. 49. Unpag.

67 Paul Mittig an Landtagspräsident Böttge vom 03. Februar 1948, in: BStU MfS FfO/Cbs AP 868/56. Unpag.

Das Verhalten Schulzes beim Thema Volkskongress führte SED und SMA deutlich vor Augen, dass er sich für die Zwecke ihrer (deutschland-)politischen Vorstellungen nicht „in Anspruch nehmen“<sup>68</sup> lassen würde. Ihr Geduldssaden in Sachen Schulze war spätestens hier endgültig gerissen. Doch einem Fraktionsvorsitzenden in Stadt und Kreis sowie einem mit einer zumindest relativen Immunität ausgestatteten Landtagsabgeordneten konnte man nicht ohne Weiteres das Mandat entziehen. Daher setzte man bei Schulzes Posten in der Exekutive an. Am 1. März fand in der Kreiskommandantur eine einstündige Besprechung zwischen dem Kreiskommandanten Major Cholodjew, Landrat Paulick und Carl Schulze statt. Cholodjew informierte Schulze, dass er seine „Entlassung als Leiter des Finanzamtes“ anordne. „Als Ursache meiner Entlassung wurde von Herrn Major Cholodjew die Unzufriedenheit der Kreiskommandantur mit meiner Arbeit genannt“, hielt Schulze nach der Besprechung fest.<sup>69</sup> Heute wissen wir dank Stefan Creuzberger, dass die Entlassung Schulzes Teil einer konzentrierten „Säuberungsaktion“ in den Verwaltungen Sachsen-Anhalts war, durch die insgesamt 44 Mitarbeiter der Landesregierung und 38 kommunale Spitzenbeamte entlassen wurden.<sup>70</sup> Am 3. März bat Landrat Paulick den Kreistag, „den erforderlichen Wechsel bei diesem Kreisratsposten herbei[zuführen]“<sup>71</sup>, nachdem er Schulze offiziell mitgeteilt hatte, dass er „aus den Diensten meiner Kreisverwaltung [...] entlassen“<sup>72</sup> sei. In seiner ihm eigenen Art teilte Schulze Paulick mit, sein Entlassungsschreiben enthalte „unrichtige Sachdarstellungen und rechtsirrigte Anordnungen. Sie sind weder berechtigt noch befugt[,] mich aus

68 Diese Formulierung gebrauchte der Leipziger SED-Kreisvorstand in einem Papier vom Februar 1948. Es verdeutlicht die Verachtung, die man mehr oder weniger offen gegenüber CDU und LDP hegte: „Für die Gesamtheit dieser Parteien [CDU und LDP; Anm. JR] [...] weiß man, daß jede Stellung, die von ihnen eingenommen wird, eine Möglichkeit bietet, doch passiven Widerstand zu leisten. Daraus ergibt sich für uns die Schlußfolgerung: Wir werden einen zähen Kampf führen müssen, um den Einfluß in diesen Organen unmöglich zu machen. [...] Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß die bürgerlichen Parteien auf keinem Gebiet mit uns zusammen den Weg bis zum Endziel gehen. Wie weit können wir sie in Anspruch nehmen? [...] Die Klügsten des Bürgertums wissen ganz genau, welchen Zweck unsere Bündnispolitik hat. Sie wissen, welche Stellung sie selbst einnehmen und wann der Augenblick kommt, wo sie sich von uns trennen müssen.“ Stellung der SED zu den bürgerlichen Parteien, SED-Kreisvorstand Leipzig vom 12. Februar 1948, in: Christel Dowdat: Personalpolitik als Mittel der Transformation des Parteiensystems der SBZ/DDR (1945–1952), in: Weber: Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie, S. 481.

69 Carl Schulze an die Kreiskommandantur Liebenwerda vom 1. März 1948, in: LHASA MER K13 Liebenwerda Nr. 2, Bl. 336 f., hier 336.

70 Vgl. Creuzberger: Die sowjetische Besatzungsmacht. S. 139 f.

71 Landrat Paulick an den Kreistagsvorsitzenden vom 3. März 1948, in: LHASA MER K13 Liebenwerda Nr. 2, Bl. 334.

72 Landrat Paulick an Carl Schulze vom 2. März 1948, ebd., Bl. 329.



den Diensten der Kreisverwaltung zu entlassen.“ Schulze machte deutlich, dass er sich lediglich als entlassener Leiter des Finanzamtes erachte. Der Posten des besoldeten Kreisrats könne „davon nicht berührt werden“. Für eine Entlassung als Kreisrat sei ein Misstrauensvotum des Kreistages nötig.<sup>73</sup> Mahnend wandte er sich an den Kreistagsvorsitzenden Mittag, um ihm deutlich zu machen, dass er „von allen Rechtsmitteln Gebrauch machen werde, um die junge Demokratie gegen alle Willkürakte zu schützen“.<sup>74</sup> Dieser Ankündigung sollten Taten folgen.

Am 20. März 1948 tagten die Kreistagsfraktionen und in der SED-Fraktion wurde ein Misstrauensantrag gegen Schulze beschlossen.<sup>75</sup> Doch nicht nur dort sägte man an seinem Stuhl. Am 21. März beantragte Schulze selbst, die Vertrauensfrage im Kreistag zu stellen, da ihm tags zuvor mitgeteilt worden war, „daß die Mitglieder der CDU-Kreistagsfraktion nicht mehr hinter mir stehen“.<sup>76</sup> Details aus dieser Zusammenkunft sind nicht bekannt, aber der Trend, dass sich auch CDU- und LDP-Abgeordnete gegen Schulze stellten, verstetigte sich mit der Zeit. Unbedingt zu berücksichtigen sind dabei auch die Mandatsniederlegungen und die jeweils durch die Partei (!) zu beschließende Nachfolge – unabhängig vom Listenplatz bei der Wahl. So kamen Abgeordnete in die kommunalen Parlamente, deren Haltung – sofern es überhaupt eine gab – der SMA sowie den jeweiligen Parteivorständen opportun erschien. Die Anträge wurden schließlich in der Kreistagssitzung am 14. April 1948 verhandelt. Schulze erklärte zu den Vorwürfen der SED, „dass sich meine Meinung – die Meinung der CDU – nicht immer mit dem, was die grosse Bruderpartei, die SED nicht immer gedeckt hat [sic!]. Es ist nötig und erforderlich, dass die SED sich den anderen Parteien auch unterordnet und nicht immer einzig und allein ihre Gesichtspunkte herausstellt. Wenn man das als Verhinderung der Zusammenarbeit bezeichnet, dann bin ich allerdings stolz darauf, wenn man das sagt.“ Schließlich ergriff auch Alfred Schubert das Wort – er war neben seinem Amt als Bürgermeister auch Kreistagsabgeordneter: „Herr Schulze spricht viel vom Recht. Er hat eine besondere Auffassung dafür. Wir wissen, dass [wir] in der demokratischen Entwicklung mit den Gesetzen, die bis 1945 geschaffen wurden, nicht auskommen. Sie sind z. T. zu ersetzen. Wir wissen, dass auch die Gesetze, die nach 1945 kamen, nicht ausreichen, [...] weil wir etwas vollkommen Neues schaffen müssen und aus diesem Grunde mit den alten Gesetzen nicht auskommen. [...] Herr Schulze ist es, der immer wieder nicht fassen kann, dass neue Gedanken und Gesetze kommen. Er kann sonst nicht immer wieder die alten Dinge anführen und dies und jenes durchzuführen fordern.“ Zudem sprach Schubert Schulze den Antifaschismus ab: „Wenn Herr Schulze

73 Carl Schulze an Landrat Paulick vom 8. März 1948, ebd., Bl. 330.

74 Carl Schulze an den Kreistagsvorsitzenden vom 14. März 1948, ebd., Bl. 332.

75 Vgl. SED-Kreistagsfraktion an den Kreistagsvorsitzenden vom 20. März 1948, ebd., Bl. 180.

76 Carl Schulze an den Kreistagsvorsitzenden vom 21. März 1948, ebd., Bl. 327.



als Antifaschist angesehen worden wäre, dann wäre er bei mir in Buchenwald gelandet und wir hätten uns dort oben die Hand drücken können und gemeinsam für die Demokratie kämpfen können.“ In geheimer Abstimmung wurde der Misstrauensantrag der SED schließlich mit 23 zu 19 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Obwohl nicht alle Abgeordneten an der Abstimmung teilnahmen und auch CDU- beziehungsweise LDP-Abgeordnete allem Anschein nach Schulze das Vertrauen entziehen wollten, war dieses Votum des Kreistages eindeutig.<sup>77</sup>

Doch änderte dieser Beschluss einmal mehr nichts an der von SMA und SED verfolgten Politik. Schulze sah sich veranlasst, seine Drohung wahr zu machen und klagte nun vor dem Arbeitsgericht Bad Liebenwerda gegen den Landkreis. Dieses entschied am 23. Juli zwar, Schulzes Klage abzuweisen. Das hinderte Schulze aber nicht daran, Berufung beim Landesarbeitsgericht in Halle einzulegen.<sup>78</sup> Zunächst aber setzte er mit seiner Fraktion zum politischen Gegenangriff an: Im Namen der CDU-Kreistagsfraktion stellte er am 14. Juli 1948 einen „Antrag auf Entzug des Vertrauens gegen Landrat Paulick, 1. stellv. Landrat Dr. Loda, Kreisrat Bothe gemäß § 35 der Kreisordnung“. Die drei Genannten handelten allesamt vom Kreistag gefassten Beschlüssen zuwider, „weil weder der 1. stellv. Landrat die ihm zugewiesenen Arbeitsgeschäfte wahrnimmt, noch der Kreisrat Bothe sich auf die ihm zugewiesenen Arbeitsgebiete beschränkt“, so der Antrag. Durch die Ernennung Schuberts zum Bad Liebenwerdaer Bürgermeister habe Landrat Paulick zudem „die Bestimmungen der demokratischen Gemeindeordnung gröblich verletzt“. Ihm wurden weiter Fälle von Amtsmissbrauch, Betrug und Diebstahl in der Kreisverwaltung vorgeworfen.<sup>79</sup> Die SED befürchtete – erinnert man sich an das Ergebnis der Vertrauensfrage Schulzes – nicht zu Unrecht, dass der Misstrauensantrag gegen ihren Landrat eine Mehrheit im Kreistag finden und die Machtfrage gestellt werden könnte. Als eine Maßnahme gegen Schulze und seinen Antrag hatte der SED-Kreisvorstand inzwischen beschlossen, „daß der FDGB zum Mittel des Streiks greifen würde“, wenn die CDU den Misstrauensantrag gegen „Gen. Landrat und gegen Gen. Kreisrat Bothe“ aufrecht erhalte. Von Paul Loda war bei diesen SED-Beratungen keine Rede. Er hatte für sie eben lediglich die Funktion eines nützlichen Werkzeugs. Parallel wurde bekanntgegeben, „daß die CDU selbst um eine Besprechung zwischen den drei Blockparteien ersucht hat und daß dieser Besprechung Fraktionssitzungen der drei Blockparteien folgen sollten

77 Vgl. Protokoll der Kreistagssitzung vom 14. April 1948, ebd. Nr. 5, Bl. 121–131.

78 Vgl. Urteil des Landesarbeitsgerichts Sachsen-Anhalt in Sachen Carl Schulze./ Landkreis Liebenwerda vom 18. November 1948, ebd. Nr. 2, Bl. 278 f., hier 279.

79 Alle Zitate in: CDU-Kreistagsfraktion an den Kreistagsvorsitzenden vom 14. Juli 1948, ebd., Bl. 317.

[...], sodaß die Aussicht besteht, daß diese Angelegenheit ohne Kampf erledigt werden kann“.<sup>80</sup>

Als der Misstrauensantrag in der Sitzung des Kreistages am 28. Juli 1948 verhandelt wurde, war von Carl Schulze keine Wortmeldung zu verzeichnen. Angesichts der geschilderten Tatsachen und der Ausführungen, die der CDU-Abgeordnete Wunderlich machte, ist das auch zu erklären. Dieser teilte mit, dass eine Besprechung des CDU-Kreisverbandes mit dem Landesverband am Vortag ergeben habe, dass aus Halle erwartet werde, „dass die Kreistagsfraktion einsichtig sei“ und den Antrag „im Interesse der guten Zusammenarbeit mit der SMA und den anderen Parteien und mit Rücksicht auf die Nachteile, die entstehen könnten“, zurückziehe. Bedenkt man, dass diese Wortchiffren angesichts des rabiaten Eingreifens der SMA gegen CDU-Strukturen und auch Personen im Jahr 1948<sup>81</sup> problemlos als Bedrohung aufgefasst werden konnten, muss festgestellt werden, dass die CDU-Kreistagsfraktion im Juli 1948 kurz davor stand, durch das ganze Repertoire von SED und SMA strukturell, aber in der Führung durchaus auch persönlich, ausgeschaltet zu werden. Die Formulierung oben zeigt deutlich, dass die SED notfalls zum „Kampf“ bereit war. Das Gespräch mit dem CDU-Landesverband war gewissermaßen die letzte Warnung. Nichtsdestotrotz sind die leider nicht genauer genannten Teilnehmer dieser Verhandlungen offenbar keinesfalls eingeknickt. Sie ließen sich von der SMA lediglich dazu bringen, den Antrag um vier bis sechs Wochen zu vertagen. Zudem sollte die CDU innerhalb dieser Zeit die Leitung der Personalabteilung in der Kreisverwaltung übertragen bekommen. Wenn dies erfolgt sei, habe die SMA „gegen die Stellung eines Misstrauens-Antrags [...] keine Bedenken“. Dieser Kompromissvorschlag hatte die CDU überzeugt, die Absetzung des Tagesordnungspunktes für die aktuelle und gleichzeitig die Aufnahme in die nächste Tagesordnung zu beantragen.<sup>82</sup> Dass dies seine letzte Kreistagsitzung sein sollte, hatte Carl Schulze wohl kaum geahnt.

80 Alle Zitate in: Nicht zuzuordnender Teil eines Protokolls einer Sitzung des Kreisvorstandes, undat. (wahrsch. Juli 1948), in: Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA) Rep. 931 SED-Kreisleitung Bad Liebenwerda Nr. 62. Unpag.

81 Es sei hier nur an einige Maßnahmen wie den Druck zu Parteübertritten, Bestechung, Neubesetzungen von Mandaten mit linientreuen Politikern, die obligatorische Anwesenheit von Vertretern der SMA bei allen Sitzungen, die Möglichkeit des Verbots von Anträgen und Gesetzesentwürfen durch die SMA, Verhaftungen von Abgeordneten, den Entzug der Kompetenzen der Parlamente durch die Deutsche Wirtschaftskommission (DWK) und den Volkskongress oder die Verschiebung des politischen Systems durch die Gründung der SED-hörigen Blockparteien DBD und NDPD erinnert, vgl. Michael Richter: Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 19). Düsseldorf 1991, S. 100–102.

82 Vgl. Protokoll der Kreistagsitzung vom 28. Juli 1948, in: LHASA MER K13 Liebenwerda Nr. 5, Bl. 181–198.



## VI.

Schon länger beschäftigte den CDU-Landesvorstand indes die „Angelegenheit Schulze, Liebenwerda“. Am 23. März wurde berichtet, dass Schulze im Land zwar für seine Haltungen bekannt sei, sich in letzter Zeit „jedoch Dinge geleistet [habe], die unverantwortlich sind. So hat er z.B. das [...] Rundschreiben von Jakob Kaiser in verschiedene Kreise gesandt. Weiter machte sich bei ihm in der letzten Zeit ein Widerstand gegen den Kreisvorstand [der CDU; Anm. JR] und gegen die SMA bemerkbar. [...] Vom Kreisvorstand ist Schulze aufgefordert worden, seine Mandate niederzulegen, was er jedoch ablehnt. [...] Auch in Liebenwerda ist es an der Zeit, Ordnung zu schaffen“, so das Fazit des Berichterstatters Gotschol. Er schlug vor, Schulze „darauf aufmerksam zu machen, dass die Art seiner politischen Tätigkeit sich für die Partei nachteilig ausgewirkt hat und ihm empfohlen wird, aus dem politischen Leben einstweilen zurückzutreten“. Der Vorsitzende des CDU-Landesverbands, Leo Herwegen, bemerkte trocken: „Wir müssen uns eben schon bei Besetzung derartig wichtiger Stellen unsere Leute ansehen, da sonst all diese Vorkommnisse auf unsere Partei zurückfallen.“ Es wurde letztlich beschlossen, dass die Landesvorstandsmitglieder und auch der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Anton Miller, einzeln das Gespräch mit Schulze suchen sollten, um ihn zum Rücktritt von allen Ämtern zu bewegen.<sup>83</sup> Diese Bemühungen waren erfolglos, sodass Leo Herwegen bei der Landesvorstandssitzung am 23. April keinen Zweifel ließ: „Wenn die Besatzungsbehörde der Meinung ist, daß ein Beamter seine Aufgabe nicht richtig erfüllt, muß er abtreten. [...] Er muß abtreten, da hilft alles nichts. Wenn einer das Vertrauen der SMA verloren hat, haben wir kein Recht, die Vertrauensfrage über ihn zu stellen.“ Herwegen schlug vor, den Fall dem Ehrengericht mit dem Ziel des Parteiausschlusses zu übergeben.<sup>84</sup>

Aufgrund von Vorstandsneuwahlen im Juni 1948, bei denen Herwegen nicht wiedergewählt wurde, ist dieses Ansinnen zunächst im Sande verlaufen. Doch durch seinen Misstrauensantrag setzte sich Schulze quasi selbst auf die Tagesordnung der CDU-Landesvorstandssitzung am 28. Juli, also dem Tag, an dem auch der Kreistag über den Misstrauensantrag beraten sollte. Der frisch gewählte Landesvorsitzende Erich Fascher bemerkte, Schulze sei „ein sehr schwieriger Fall. Wenn wir Herrn Schulze hören, dann ist er unschuldig, hören wir Herrn

83 Alle Zitate nach: Protokoll der Landesvorstandssitzung der CDU Sachsen-Anhalt vom 23. März 1948, in: ACDP 03-032-001/2. Unpag.

84 Vgl. Protokoll der Landesvorstandssitzung der CDU Sachsen-Anhalt vom 23. April 1948, ebd. Unpag.



Clasen<sup>85</sup>, ist Schulze untragbar.“ Schulze solle sich im eigenen Interesse mit dem Verlust des Kreisratspostens „zufrieden geben und von sich aus erklären, dass sein Amt erloschen ist“. Ihm sollte noch einmal eindringlich erklärt werden, „dass er von sich aus sein Amt zur Verfügung stellt, damit endlich Ruhe im Kreise eintritt. Setzt Herr Schulze dem Widerstand [sic!] entgegen, bleibt uns nur der Parteiausschluss übrig.“ Auf den Einwand eines Vorstandsmitglieds, dass Schulze gewählt sei und man außer Gesprächen mit ihm nichts veranlassen könne, entgegnete Fascher: „Das mag sein, aber Schulze verklagt alles und jeden und da müssen wir energische Schritte unternehmen. Wenn die Sache nicht auf politischem Wege gelöst werden kann, können wir nichts anderes tun, als ihn aus der Partei ausschliessen.“<sup>86</sup> Doch auch wiederholtes Einreden auf Schulze zeitigte keine Erfolge. Der Landesvorstand beschloss daher am 10. August, „ihm den Ausschluss aus der Partei für den Fall mitzuteilen, dass er nicht doch in letzter Minute bereit sei, von sich aus auf seine Kreisämter zu verzichten.“<sup>87</sup> Dazu war Schulze nicht gewillt. Er war der Überzeugung, den Parteiausschluss genauso wie seine Entlassung durch Beschwerden und Klagen bis auf höchste Ebenen umgehen zu können. Daher teilte er dem Bad Liebenwerdaer Stadtverordnetenvorsteher Fleischer am 14. August noch selbstsicher mit, dass er gegen den Ausschluss aus der CDU sofort Beschwerde eingelegt habe und sein Stadtverordnetenmandat daher bis zu einer Entscheidung ruhen lassen würde.<sup>88</sup> Sogar in den Vorstand der Stadtverordnetenversammlung wurde Schulze Anfang 1949 wiedergewählt.<sup>89</sup> Er nahm jedoch seit August 1948 an keiner Sitzung mehr teil. So handhabte es Schulze auch im Kreistag. Im Herbst 1948 versuchte er zwar, seine Angelegenheit als Kreisrat erneut auf die Tagesordnung zu setzen, konnte aber, da ihn weder CDU- noch LDP-Fraktion unterstützten, die notwendigen Unterschriften zum Stellen eines Antrages nicht beibringen.<sup>90</sup> Auch seine Berufungsklage vor dem Landesarbeitsgericht Sachsen-Anhalt wurde abgewiesen, da die ständige Rechtsprechung besage, „dass die Arbeitsgerichte nicht befugt sind, Anordnungen der Besatzungsmacht nachzuprüfen, zu kriti-

85 Alfred Clasen war zu diesem Zeitpunkt Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes, wurde aber Anfang 1949 ausgeschlossen, nachdem er Gelder des Kreisverbandes für private Vergütungen veruntreut hatte. Vgl. Protokoll der Landesvorstandssitzung der CDU Sachsen-Anhalt vom 12. April 1949, in: ACDP 03-032-001/3. Unpag.

86 Alle Zitate in: Protokoll der Landesvorstandssitzung der CDU Sachsen-Anhalt vom 28. Juli 1948, in: ACDP 03-032-001/2. Unpag.

87 Protokoll der Landesvorstandssitzung der CDU Sachsen-Anhalt vom 10. August 1948, ebd. Unpag.

88 Vgl. Carl Schulze an den Stadtverordnetenvorsteher vom 14. August 1948, in: LHASA MER K13 Liebenwerda Nr. 2, Bl. 274.

89 Vgl. Rat der Kreisstadt Bad Liebenwerda an den Rat des Kreises Liebenwerda vom 11. Januar 1949, ebd., Nr. 55, Bl. 166.

90 Vgl. Kreistagsvorsitzender an Carl Schulze vom 15. Dezember 1948, ebd., Nr. 2, Bl. 267.

sieren oder gar abzuändern“.<sup>91</sup> Die CDU-Fraktion im Kreistag wurde Anfang 1949 beauftragt, die Sache intern abzuschließen und einen neuen Kreisrat der Finanzen zu benennen, da dieser wichtige Posten mittlerweile zehn Monate unbesetzt war.<sup>92</sup> Da Schulze wohl selbst erkannte, wie aussichtslos eine Rückkehr in die Kreisverwaltung erschien und der Druck von allen Seiten nicht nachließ, teilte er dem Kreistagsvorsitzenden am 26. Januar 1949 mit, „daß ich zufolge Beschlusses meiner Kreistagsfraktion mein Amt als besoldeter Kreisrat des Landkreises Liebenwerda hiermit niederlege“.<sup>93</sup> Am 16. Februar wurde schließlich Karl Dölling, später Volkskammerabgeordneter und von 1958 bis zu seinem Tod 1986 CDU-Vorsitzender im Bezirk Cottbus, zum Nachfolger Schulzes als besoldeter Kreisrat und Leiter des Finanzamts gewählt.<sup>94</sup> Dölling war es auch, der im Herbst 1948 eigenmächtig den Misstrauensantrag gegen Paulick, Loda und Bothe zurückzog.<sup>95</sup>

An der Richtigkeit seines politischen Handelns, vor allem in Bezug auf diesen Misstrauensantrag, der seine politische Karriere im Kreis Liebenwerda beendete, zweifelte Schulze auch Jahre später nicht: „So haben zwar die Kreistagsabgeordneten des Landkreises Liebenwerda bei dem Mißtrauensantrag gegen Paulick, Dr. Loda, Bothe versagt, jedoch die göttliche Gerechtigkeit hat das Schicksal dieser Menschen besiegelt und den Vollzug des Mißtrauensantrages herbeigeführt.“ Paul Paulick trat 1949 aus gesundheitlichen Gründen zurück, Paul Loda flüchtete 1950 nach Westberlin und Friedrich Bothe wurde im Februar 1949 verhaftet.<sup>96</sup>

## VII.

Auch im Landtag rang Carl Schulze ebenso gewissenhaft und nachdrücklich um Rechtsstaatlichkeit und Demokratie wie in seiner kommunalen Tätigkeit. Er durfte für seine Fraktion bis März 1949 insgesamt neun Mal im Plenum sprechen. Generell ist festzustellen, dass Schulze lediglich zu finanzpolitischen Fachthemen das Wort erhielt.<sup>97</sup> Nachdem Schulze den Kreistratsposten Anfang 1949 endgültig verloren hatte, seine Mandate in der Stadtverordnetenversammlung und im Kreistag ruhten und derweil auch neue Fraktionsvorsitzende gewählt

91 Urteil des Landesarbeitsgerichts Sachsen-Anhalt in Sachen Carl Schulze./ Landkreis Liebenwerda vom 18. November 1948, ebd., Bl. 278 f.

92 Vgl. Protokoll der Kreistagsvorstandssitzung vom 11. Januar 1949, ebd., Nr. 4, Bl. 55.

93 Carl Schulze an den Kreistagsvorsitzenden vom 26. Januar 1949, ebd., Nr. 2, Bl. 253.

94 Vgl. Protokoll der Kreistagssitzung vom 16. Februar 1949, ebd., Nr. 5, Bl. 250 f.

95 Vgl. Carl Schulze an Adolf Negatsch vom 3. März 1951, in: BStU MfS Cbs AU 16/52-9, Bd. 1, Bl. 130 f., hier 131.

96 Ebd.

97 Vgl. Akten und Verhandlungen des Landtags der Provinz Sachsen-Anhalt 1946–1952. Bd. I.1. Sitzungsprotokolle I. Wahlperiode (1.-32. Sitzung). Frankfurt a. M. 1992 [Reprint], S. 363, 382, 448, 466 f., 575, 644 f., 670. Weiterhin ebd., Band I.2. Sitzungsprotokolle I. Wahlperiode (33.-57. Sitzung). S. 66 f. u. 197.



wurden, beschloss der Landesverband der CDU am 17. März seinen Parteiausschluss. Schulze legte zwar sofort Einspruch gegen diese Entscheidung ein,<sup>98</sup> wurde aber am 22. März auch aus der CDU-Landtagsfraktion ausgeschlossen<sup>99</sup> und verlor seine Sitze im Finanz- und Petitionsausschuss.<sup>100</sup> In letzterem war Schulze seit Sommer 1948 Mitglied. Dass solche Ausschlüsse mittlerweile nichts Besonderes mehr waren, gab der CDU-Zonenvorsitzende Otto Nuschke, Mitglied der Landtage Sachsen-Anhalts und Brandenburgs, Anfang Februar 1950 im zentralen Block offen zu: „Ich habe immer gebeten: Wenn ihr gegen diesen oder jenen CDU-Mann konkrete Beschwerden habt, bitte, unterbreitet sie mir. Ich werde schon eingreifen. [...] Ich habe zwei Abgeordnete aus der Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt ausgeschlossen. [...] Wir hängen diese Dinge nicht immer an die grosse Glocke. Wir sind der Meinung, der Apparat muss möglichst geräuschlos funktionieren, schon im Interesse der Optik nach aussen.“<sup>101</sup> Schulze soll im Landtag mehrmals mit Nuschke aneinandergeraten sein und ihn zudem öffentlich als „Schaukelpolitiker“ bezeichnet haben.<sup>102</sup>

Am 14. Oktober 1949 gründete Carl Schulze – eine Woche nach Gründung der DDR – mit vier weiteren fraktionslosen ehemaligen CDU- und LDP-Abgeordneten eine „Fraktion der Mitte“ (FdM) im Landtag.<sup>103</sup> Die Zusammensetzung dieser Fraktion wirft heute einige Fragen auf. Während Schulzes Haltung zur SED stets ablehnend war, hatte der ehemalige LDP-Abgeordnete Herbert Fiering mehrmals mit der SED gestimmt und die knappe Mehrheit von CDU und LDP somit gebrochen.<sup>104</sup> Doch bestand diese Fraktion der Mitte nur zwei Wochen, sodass solche elementaren Fragen wohl gar nicht aufbrachen. Am 28. Oktober wurde Carl Schulze überraschenderweise wieder Mitglied der CDU-Fraktion.<sup>105</sup> Sein Antrag dazu stammte aus dem März des Jahres und wurde mutmaßlich für solche Situationen verschleppt. Mit Schulzes Austritt verfügte die FdM nicht mehr über die erforderliche Mitgliederzahl und musste sich auflösen. Warum Schulze dieses manipulierende Spiel der CDU-Fraktion mitspielte, ist unklar. Es steht zu vermuten, dass ihm dies als erster Schritt zur Rückerlangung der Parteimitgliedschaft und seiner Ämter erschien und er sich somit aus der

98 Vgl. „Ausschluß aus der CDU“, in: Der Neue Weg vom 24. Juni 1950. O.S.

99 Vgl. Akten und Verhandlungen des Landtags der Provinz Sachsen-Anhalt 1946–1952, Bd. I.2 (1992), S. 268.

100 Vgl. CDU-Fraktion an den Landtagspräsidenten vom 25. März 1949, in: LHASA MD K1 Landtag Sachsen-Anhalt Nr. 19, Bl. 307.

101 Protokoll der Sitzung des zentralen Blocks vom 1. Februar 1950, in: SAPMO BA DY 3/10, Bl. 50–115, hier 76.

102 Vgl. Wally Borsch an den UfJ vom 2. Dezember 1954, in: BA B 285/6177. Unpag.

103 Vgl. Gründungsdokument der Fraktion der Mitte vom 14. Oktober 1949, in: LHASA MD K1 Landtag Sachsen-Anhalt Nr. 19, Bl. 10.

104 Vgl. Trittel: Die Abgeordneten, S. 139–141.

105 Vgl. Carl Schulze an den Landtagspräsidenten vom 28. Oktober 1949, in: LHASA MD K1 Landtag Sachsen-Anhalt Nr. 64, Bl. 599.



Position des Gelähmten wieder in die Position des Handlungsfähigen versetzt sah. Möglicherweise erhoffte er sich durch ein etwas konzilianteres Verhalten nach außen hin sogar eine Wiederaufstellung für den Landtag bei der nächsten Wahl, die Anfang Oktober 1949 für den 15. Oktober 1950 festgesetzt wurde. Hier überschätzte er deutlich – auch das ist ein Merkmal seines politischen Verhaltens – seine Verhandlungsposition. In diesem Fall verunmöglichte er gar die Bildung einer oppositionellen Gruppe im Hallenser Landtag, deren Erfolgsaussichten jedoch in Zweifel gezogen werden müssen. Zur „Belohnung“ erhielt Schulze seinen Sitz im Finanzausschuss zurück und wurde gleichzeitig Mitglied des Wirtschaftsausschusses.<sup>106</sup> Trotz der immer widriger werdenden Umstände setzte sich Carl Schulze weiter für die Bevölkerung im Kreis Liebenwerda ein. In den Augen der Repräsentanten des neuen Staates blieb er ein Gegner. So hält das Protokoll der SED-Kreissekretariatssitzung vom 20. Februar 1950 auf die Frage „Auf welche reaktionäre[n] Personen muss sich das Sekretariat konzentrieren?“ als ersten Namen Carl Schulze fest. Paul Gasche, der neue Landrat höchstpersönlich, wurde zum „Material sammeln“ über Schulze beauftragt.<sup>107</sup>

Das Parteiausschlussverfahren Schulzes wurde schließlich nicht ohne Druck der SED und des CDU-Landesverbandes vom Politischen Ausschuss beim Hauptvorstand der CDU der DDR am 20. Juni 1950 mit dem Beschluss beendet, dass Schulze endgültig ausgeschlossen sei.<sup>108</sup> Damit waren auch die Mitgliedschaften Schulzes in den kommunalen Vertretungen beendet und die CDU-Fraktionen in Stadt und Kreis konnten nach fast zwei Jahren einen Nachfolger für ihn benennen. Im Landtag war Schulze erstaunlicherweise bis zum Ende der Legislaturperiode am 15. Oktober 1950 Mitglied der CDU-Fraktion. Einerseits wussten sowohl die CDU-Führung in Ostberlin als auch die SED, dass Schulze für seine politischen Vorstellungen in der Fraktion keine Mehrheit mehr hatte. Schließlich „legte über die Hälfte aller 1946 gewählten sachsen-anhaltinischen Landtagsabgeordneten ihre Mandate aus politischen Gründen nieder. [...] Die CDU-Fraktion verlor 83 % ihrer im Oktober 1946 gewählten Landtagsabgeordneten.“<sup>109</sup> Andererseits konnte man Schulze immer noch aus dem Parlament entfernen, wenn er Probleme machen würde. Zum Dritten war der Landtag am Ende dieser ersten Legislatur seiner wichtigsten Rechte beraubt und Sitzungen fanden nur noch sporadisch statt. Es war also im Interesse der Ruhigstellung Schulzes, ihn die letzten Monate bis zum Ende der Legislaturperiode in der CDU-Fraktion zu belassen.

106 Vgl. Übersicht über die Ausschussbesetzungen vom 12. November 1949, ebd., Nr. 65, Bl. 100–105.

107 Beide Zitate in: Protokoll der Sekretariatssitzung vom 20. Februar 1950, in: BLHA Rep. 931 SED-Kreisleitung Bad Liebenwerda Nr. 63. Unpag.

108 Vgl. CDU-Hauptvorstand an den Landesverband Sachsen-Anhalt vom 22. Juni 1950, in: ACDP 07-011-0484. Unpag.

109 Trittel: Die Landtagsfraktionen. S. 268.

## VIII.

Obwohl er wusste, dass er sprichwörtlich „politisch tot“ war, suchte Carl Schulze der Willkürherrschaft in der jungen DDR auch beruflich mit der Kraft des Rechts zuzusetzen. Um ihm auch seine wirtschaftliche Existenz und seinen Kunden gleichzeitig ein Abwehrmittel gegen den Zugriff des Staats zu nehmen, wurde ihm am 2. November 1950 die Zulassung als Helfer in Steuersachen durch das Finanzamt Liebenwerda, dessen Leiter er einst war, entzogen.<sup>110</sup> Seine Beschwerden lehnten die staatlichen Stellen bis zum Ministerium der Finanzen der DDR unter fadenscheinigen Begründungen ab. Schulze wurde vorgeworfen, „einer fortschrittlichen Abgabenverwaltung dauernd Schwierigkeiten zu bereiten und ein notwendig rasches Arbeiten zu verhindern“.<sup>111</sup> Später warf man ihm gar vor, was zur eigentlichen Berufspraxis des Steuerberaters gehört: „Er versuchte die steuerlichen Bestimmungen derart auszulegen, daß die zu leistenden Steuern möglichst gedrückt wurden.“<sup>112</sup> Schulze wehrte sich – bei uneingeschränkter Aufrechterhaltung seines Betriebs – gegen die Maßnahmen und stellte noch im Mai 1952 in einem Schreiben an das Bad Liebenwerdaer Finanzamt fest, „daß ich nach wie vor berechtigt bin[,] Hilfe in Steuersachen zu leisten. Ebenso steht es fest, daß sämtliche meine Angelegenheit bearbeitenden Angestellten der Finanzbehörden gegen die neue gesellschaftliche Ordnung [...] verstoßen.“<sup>113</sup> Nicht nur solche Provokationen veranlassten bald auch andere Stellen, einen genaueren Blick auf Schulze zu werfen. In seiner beruflichen Arbeit nutzte Schulze sowohl Meldungen des RIAS als auch persönliche Besuche beim Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen (UfJ) in Westberlin,<sup>114</sup> damals auch als das „größte Anwaltsbüro der Zone“ oder das „Justizministerium im Exil“<sup>115</sup> bezeichnet. Daneben unterhielt Schulze eine regelmäßige Briefkorrespondenz mit seinem ehemaligen Landtagskollegen Dr. Adolf Negatsch, der inzwischen Richter in Westberlin war. Als sein Widersacher, der stellvertretende Landrat Paul Loda 1950 nach Westberlin floh und versuchte, als politischer Flüchtling anerkannt zu werden, fühlte sich Schulze erneut in seinem Rechtsverständnis gestört. Er übermittelte Negatsch, der Vorsitzender des Ehrengerichts der Westberliner Exil-CDU war, 21 Belege im Umfang von 27 Seiten – darunter eides-

110 Vgl. Finanzamt Liebenwerda an den Kreisstaatsanwalt vom 15. Juli 1952, in: BStU MfS Cbs AU 16/52-9, Bd. 1, Bl. 77 f.

111 Beschwerdeentscheidung der Landesfinanzdirektion Sachsen-Anhalt vom 17. Januar 1951, ebd., Bl. 133 f., hier 133.

112 Protokoll der Sachverständigen-Kommission des Finanzamtes Bad Liebenwerda zur Schädigungsarbeit des Carl Schulze vom 12. August 1952, ebd., Bd. 2, Bl. 36–38, hier 38.

113 Carl Schulze an das Finanzamt Bad Liebenwerda vom 28. Mai 1952, ebd. Bd. 1, Bl. 139 f., hier 140.

114 Vgl. Besucherlisten des UfJ vom 10. April und 7. September 1951, in: BA B 209/62, Unpag.

115 Frank Hagemann: Der Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen 1949–1969. Frankfurt a. M. 1994, S. 15.



stattliche Versicherungen, Urteilsabschriften, Zeitungsausschnitte usw. – um zu beweisen, dass Loda ein Helfershelfer der SED und keinesfalls ein aufrechter Christdemokrat gewesen sei.<sup>116</sup>

In einem 14-seitigen Pamphlet suchte sich Loda Anfang 1951 zu rechtfertigen und erklärte – in Unkenntnis der von Schulze abgegebenen Beurteilungen – seine politischen Handlungsmuster: „Ich habe im Gegensatz zu Herrn Schulze den gegebenen Realitäten Rechnung tragend in manchen Fällen dort, wo ein Erfolg von vornherein aussichtslos war, unter dem Terror stehend nachgegeben, besonders wenn es sich um Dinge nicht grundsätzlicher Art handelte.“ Trotz seiner harten Feindschaft mit Schulze fand Loda für diesen ein ausgesprochen positives Urteil: „Was Herrn Carl Schulze betrifft, so kann ich nur sagen, daß er in seiner Unerschrockenheit bis an die äußerste Grenze ging; er ist hinsichtlich des in der Ostzone geführten politischen Kampfes angesichts des herrschenden Terrors eine Ausnahmeerscheinung.“<sup>117</sup> Auch Jahre später äußerte sich Loda überaus anerkennend über Schulze. Er verdiene „charakterl. u. politisch die allerbeste Beurteilung“ und habe sich nach seiner Verfolgung durch die Nazis „wegen seiner kompromisslosen demokratischen Gesinnung auch gegenüber dem Sozialismus östl. Prägung [...] die Ablehnung und sogar Todfeindschaft der östl. Machthaber“ zugezogen. „Dabei legte er eine Unerschrockenheit an den Tag, dass viele seiner politischen Freunde schon jahrelang in Angst und Sorge um seine Freiheit waren und ihn immer wieder um mehr Rücksichtnahme auf seine eigene Person baten. [...] Wurde vermutl. als Exponent des inneren Widerstandes gegen die Liebenwerdaer SED angesehen und musste daher zur Strecke gebracht werden.“<sup>118</sup>

## IX.

Als Loda den zitierten Bericht abgab, saß Schulze bereits verurteilt im Zuchthaus Cottbus. Er machte auch in der Hochphase des Stalinismus in der DDR keinen Hehl aus seiner ihr politisches System ablehnenden Haltung. Bereits im April 1952 warnte ein Brief eines pseudonymen Absenders an Walter Ulbricht vor Schulze und seiner politischen Einstellung: „Dieser Mann bekämpft mit allen Mitteln die D.D.R. und die Angehörigen der SED. Er ist in ständiger Verbindung mit dem Bund freier Juristen Berlin-Zehlendorf, Lindenthaler Allee und gibt dort die Namen pflichtgetreuer Angestellten [sic!] der Abgabeverwaltung, sowie auch der Polizei wegen angeblicher Verstösse gegen die Menschlichkeit an Hand. [...] Nachweislich hält er sich oft in Westberlin auf. Eine Hausdurchsuchung pflichtgetreuer Angestellten [sic!] würde bei Schulze viel zu Tage brin-

116 Vgl. ACDP 03-013-250/1, passim.

117 Beide Zitate in: Paul Loda an das Ostbüro der CDU vom 18. Januar 1951, ebd. Unpag.

118 Alle Zitate in: Karteikarte Carl Schulze, undat., in: ACDP 01-013-722. Unpag.



gen. [...] Der Mann ist mehr als gefährlich.“<sup>119</sup> Es ist tatsächlich nicht auszuschließen, dass dieser Brief zu einer verstärkten Beschäftigung des MfS mit Schulze führte, nachdem dieses bereits Dossiers wegen seiner Steuerberater-tätigkeit angelegt hatte.<sup>120</sup>

Nachdem am 5. Juli 1952 ein Haftbefehl ausgestellt worden war, wurde Carl Schulze zwei Tage darauf verhaftet. Eine seiner Mitarbeiterinnen erinnerte sich noch Jahrzehnte später: „Herr Schulze bekam plötzlich eine Hausdurchsuchung, er wurde als angeblicher Spion [...] verhaftet [...]. Offene Kisten mit Akten wurden auf die Strasse gestellt (die Akten in alle Winde gestreut – das Haus beschlagnahmt und der Betrieb stillgelegt[...]).“<sup>121</sup> Schulze saß zunächst in der MfS-Kreisdienststelle Bad Liebenwerda in U-Haft, wo er in zwei Verhören über seine Verbindungen nach Westberlin befragt wurde und die Spionagevorwürfe des MfS gegen ihn leugnete.<sup>122</sup> Am 12. Juli wurde Schulze in das Untersuchungsgefängnis „Roter Ochse“ nach Halle überstellt. Ein Ausschnitt des Protokolls eines Nachtverhörs am 16. Juli von 19.00 bis 3.00 Uhr lässt darauf schließen, wie mürbe man Schulze durch physische und psychische Gewalt gemacht hatte. Auf die Frage des Vernehmers, „Gibt es Personen in der DDR, welche aus politischen Gründen in der DDR verfolgt werden?“, antwortete Schulze, bezeugt durch seine Unterschrift: „Nein, solche Personen gibt es nicht.“<sup>123</sup> Berichte Schulzes aus seiner Haftzeit sind so gut wie nicht vorhanden. Er beschrieb in einer Eingabe lediglich „unmenschliche Verhörmethoden“<sup>124</sup> und erinnerte sich nach seiner Entlassung, dass man ihn in Halle als Mitarbeiter des UfJ, der er nicht war,<sup>125</sup> enttarnen wollte: „Geben Sie zu, wir haben genügend Akten im Besitz, und wir erhalten noch mehr vom UFJ. Wenn sie es nicht glauben wollen, so sehen sie bitte her.[‘] (Der Vernehmer hob ein rötliches Durchschlagpapier hoch und las [...] vor: ‚Carl Schulze, [...] arbeitet für uns und liefert gute Berichte.‘)“<sup>126</sup>

Nach weiteren Verhören wurde Anklage vor dem Bezirksgericht Cottbus erhoben. Schulze wurde vorgeworfen, „Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, militaristische Propaganda sowie Kriegshetze betrieben, in Verbindung damit durch Erfindung und Verbreitung tenden-

119 Alfred Lehmann an Walter Ulbricht vom 16. April 1952, in: BStU MfS Cbs AU 16/52-9, Bd. 1, Bl. 25.

120 Vgl. BStU MfS FfO/Cbs AP 868/56 passim.

121 Zeugenerklärung der Lonny L. betr. Antrag der Hilde Schulze beim Ausgleichsamt Ludwigs-hafen/Rhein vom 1. Juli 1977, in: BA ZLA 2/26003533a Teil 1 und 2, Bl. 39.

122 Vgl. Vernehmungprotokolle vom 7. und 10. Juli 1952, in: BStU MfS Cbs AU 16/52-9, Bd. 1, Bl. 19–24.

123 Vernehmungsprotokoll vom 16. Juli 1952, ebd., Bl. 30–35, hier 32.

124 Brigitte Schulze an die operative Kommission der Regierung der DDR, den Generalstaatsanwalt, das Ministerium der Justiz und Otto Grotewohl vom 23. August 1953, in: BA DP 1/21063. Unpag.

125 Vgl. Mitteilung an Herrn P. vom 22. Oktober 1952, in: BA B 209/62. Unpag.

126 Besuchervermerk des UfJ vom 4. November 1957, in: BA B 285/6177. Unpag.

ziöser Gerüchte den Frieden des deutschen Volkes gefährdet zu haben, indem er seit November 1950 bis Juli 1952 in Liebenwerda dem ‚Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen‘ Informationen aus der Deutschen Demokratischen Republik lieferte, Hetzschriften in die Deutsche Demokratische Republik einführte und durch Abhören der Rias-Meldungen sich Kenntnisse erwarb in der Umgehung unserer demokratischen Gesetze“.<sup>127</sup> Nachdem die Staatsanwaltschaft erst eine Zuchthausstrafe von zwölf Jahren erreichen wollte<sup>128</sup> – Carl Schulze wäre dann, wenn überhaupt, im Alter von 71 Jahren entlassen worden – wurde er am 11. November 1952 zu acht Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Sühnemaßnahmen und Vermögenseinzug wegen „Verbrechens“ gegen Art. 6 (2) der DDR-Verfassung („Boykotthetze“) und Abschnitt II Art. III A III der Kontrollratsdirektive 38 („Kriegshetze“) verurteilt.<sup>129</sup>

Doch Schulze gab auch nach diesem Urteil nicht klein bei. Aus der Haft sandte er von Dezember 1952 bis Sommer 1953 über ein Dutzend Eingaben an die führenden Repräsentanten der DDR, unter anderem Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl, Otto Nuschke, Johannes Dieckmann und Reinhold Lobedan, aber auch an Bundestagspräsident Hermann Ehlers, Bischof Otto Dibelius, Gustav Heinemann und Reinold von Thadden-Trieglaff. Nicht alle diese Petitionen betrafen Carl Schulzes Inhaftierung. Am 2. Dezember 1952, also wenige Wochen nach seiner Verurteilung, schrieb Schulze an Dieckmann und Ehlers als Präsidenten der beiden deutschen Parlamente, um sie aufzufordern, „unverzüglich den Ältestenrat einzuberufen, um einen Termin für eine außerordentliche Sitzung der Volksvertretung u. zwar spätestens auf den 14. Dez. 52 festzulegen, in welcher über folgende Punkte Beschluß gefaßt werden soll: [...] Am 4. Jan. 53 ist unter deutscher Ostwest-Kontrolle in freier und geheimer Art folgender Volksentscheid durchzuführen: 1. Das deutsche Volk spricht den bestehenden deutschen Volksvertretungen und Regierungen ihr [sic!] Mißtrauen aus und fordert unverzüglich Neuwahl der Volksvertretungen und Neubildung der Regierungen, da dieselben sich als unfähig erwiesen haben. [...] 2. Das deutsche Volk bestimmt, daß am 18. März 1953 im Gedenken an den 105. Jahrestag der 1848er Märzrevolution in freier, geheimer und unter Deutscher Ostwest-Kontrolle stehender Wahl die gesamtdeutsche Volksvertretung gewählt wird.“<sup>130</sup> Insgesamt sieben Fragen sollte der von Schulze geplante Volksentscheid beinhalten, doch erreichten diese Briefe ihre Empfänger durch die Briefzensur nicht. Andere wurden aber tatsächlich abgesandt. Der Umfang

127 Anklageschrift gegen Carl Schulze vom 10. Oktober 1952, in: BStU MfS Cbs AU 16/52-9, Bd. 2, Bl. 88–90, hier 88.

128 Vgl. Staatsanwalt V. an den Generalstaatsanwalt der DDR vom 10. Oktober 1952, ebd., Bl. 13.

129 Vgl. Urteil gegen Carl Schulze vom 11. November 1952, ebd. Bd. 2, Bl. 114–120.

130 Carl Schulze an Johannes Dieckmann und Hermann Ehlers vom 2. Dezember 1952, ebd., Bd. 3, Bl. 48–51, hier 48.



und die Vielfalt dieser Eingaben zeigen, wie sehr Schulze unter der deutschen Teilung litt und welch großes Rechtsvertrauen ihm zu eigen war. Nachdem Schulze kein Papier mehr ausgegeben wurde – dem zuständigen Staatsanwalt war es „unverständlich, aus welchen Gründen dem Häftling so viel Papier zur Verfügung gestellt wurde“<sup>131</sup> – nutzte Schulze die Besuche seiner Tochter, um ihr vermutlich kleine Zettel mit Texten zu überreichen oder ihr solche zu diktieren, die sie an die jeweiligen Stellen absenden sollte. Beiden wurde schließlich mit einem Strafverfahren gedroht, wenn sie „ihre hinterhältigen Angriffe gegen Staatseinrichtungen“<sup>132</sup> nicht beenden würden.

Noch bis zu seiner Freilassung geriet Schulze vor allem wegen Briefen mit der Anstaltsleitung aneinander. Als seine ehemalige Haushälterin Hilde Schmiedl, die ihn regelmäßig besuchte, im Sommer 1956 bei der Staatsanwaltschaft anfragte, ob man Schulzes Haftzeit angesichts seines Alters nicht überprüfen könne, erhielt sie zur Antwort, dass „noch keine vorzeitige Haftentlassung vorgenommen werden kann, da das Verhalten des Verurteilten dies nicht rechtfertigt“.<sup>133</sup> In ihrem Schreiben konstatierte Hilde Schmiedl gerade heraus: „Herr Schulze ist ein Eigenschädel[,] aber in unserer Arbeiter- u. Bauernregierung könnten sie froh sein, wenn es solche Männer mehr gäbe, die nicht den Mantel nach dem Wind drehen, er platzt eben raus u. sagt[,] wenn ihm was nicht paßt u. durch dies alles hatten bestimmt viele Wut. [...] Wenn Herr Schulze wirklich ein so schwer gefährlicher Mann für unsere DDR gewesen ist, dann hätte er bestimmt mit seinen Politikschädel andere Sachen anrichten können.“<sup>134</sup> Indessen hatte der Generalsekretär der DDR-CDU, Gerald Götting, bereits am 24. Mai in Vorbereitung einer der Entstalinisierung Rechnung tragenden DDR-weiten Amnestie für politische Gefangene an die CDU-Bezirksvorsitzenden geschrieben – mit der Bitte um Auflistung aller politischer Gefangener der CDU.<sup>135</sup>

## X.

Mit seiner vorzeitigen Entlassung am 4. Oktober 1956 war Carl Schulze einer von ca. 6.000 von Mai bis Dezember 1956 entlassenen politischen Häftlinge in der DDR.<sup>136</sup> Auf derselben Liste, in der Schulze der zuständigen Gnaden-

131 Staatsanwalt G. an die U-Haftanstalt Guben vom 24. Dezember 1952, ebd., Bl. 63.

132 Generalstaatsanwalt der DDR an den Staatsanwalt des Bezirkes Cottbus vom 20. November 1953, ebd., Bl. 118.

133 Staatsanwalt G. an Hilde Schmiedl vom 21. August 1956, ebd., Bl. 162.

134 Hilde Schmiedl an die Staatsanwaltschaft Cottbus vom 15. August 1956, ebd., Bl. 158–160, hier 158 f.

135 Vgl. Aktennotiz vom 24. Mai 1956, in: ACDP 03-038-096/4. Unpag.

136 Vgl. Gerhard Finn: Die politischen Häftlinge der Sowjetzone 1945–1949. Reprint 1989. Köln 1960, S. 160.



kommission zur Begnadigung vorgeschlagen wurde, finden sich auch die Namen Hugo und Ignaz Dornhofer.<sup>137</sup> Beide wurden 1953 ebenfalls nach Artikel sechs der DDR-Verfassung („Boykotthetze“) verurteilt und 1956 freigelassen. Nach seiner Haftentlassung stand Schulze auf der Straße. Er zog zu seiner Haushälterin in ein kleines Häuschen, arbeitete kurze Zeit als Grundstücksverwalter und Buchhalter<sup>138</sup> und besuchte mehrmals die Bundesrepublik und Westberlin.<sup>139</sup> Nach einem in der Bundesrepublik aufgestellten Verzeichnis bereicherte sich die DDR durch den Vermögenseinzug Schulzes um 97.750 DM. Darunter fielen sein Grundbesitz, Betriebs- und Kapitalvermögen sowie seine komplette Wohnungseinrichtung, unter anderem seine umfangreiche Bibliothek im Wert von 10.000 DM.<sup>140</sup> Es ist daher nachzuvollziehen, dass Schulze gleich nach seiner Entlassung für die Rückgabe seines Vermögens kämpfte, auch wenn er sich dadurch erneuten Schwierigkeiten aussetzte. Während sowohl der Rat des Kreises Liebenwerda als auch die Staatsanwaltschaft Cottbus keine Bedenken gegen eine Rückgabe des Vermögens und eine Entschädigung für die bereits verkauften Gegenstände hatten,<sup>141</sup> entschied die Justizministerin der DDR, Hilde Benjamin, im Juni 1957 höchstpersönlich: „Die Zustimmung, das [...] Vermögen im Gnadenwege zurückzugeben [...], wird nicht erteilt.“<sup>142</sup> Damit war die Enteignung Schulzes endgültig. „In der Zwischenzeit“, so erklärte Schulze am 2. November 1957 im Westberliner Notaufnahmelager Marienfelde, „hat der Vors. des Kreises Liebenwerda Wendrich erklärt, daß alle Schwierigkeiten von mir verursacht wurden und ich Volkseigentum verschieben wolle. Der stellv. Vors. des Kreises Liebenwerda, Karl Dölling hat erst vor wenigen Tagen erklärt, man könne mir einige Dinge nicht vergessen. Da in letzter Zeit die Kraftwagen der Staatssicherheit offensichtlich an meiner Wohnung umkehrten, fühlte ich mich nicht mehr sicher und verließ am 30. Okt. 1957 die Sowjetzone.“<sup>143</sup> Nachdem Schulze noch am Tag seiner Flucht in den Aufnahmebogen beim Punkt Familienangehörige schrieb: „meine Verlobte: Hilde Schmiedl [...] Keiner Partei angehörig[,] die sich noch in Bad Liebenwerda [...] befindet und mit der

137 Vgl. Liste zur Überprüfung des Verbleibs von Personen vom 25. Juni 1956, in: BStU MfS AS 377/62, Bl. 46 f.

138 Vgl. Karteikarte Carl Schulze, undat., in: ACDP 01-013-722. Unpag.

139 Vgl. Karteikarte Carl Kurt Paul Schulze, undat., in: KA EE, Kreismeldekartei Kreis Liebenwerda.

140 Vgl. Verzeichnis des dem Vermögenseinzug anheimgefallenen Vermögens (aufgestellt in der Bundesrepublik), undat., in: BA ZLA 2/26003533a Teil 1 und 2, Bl. 22 f.

141 Vgl. Staatsanwalt S. an die Gnadenkommission des Bezirkes Cottbus, undat., in: BStU MfS Cbs AU 16/52-9, Bd. 3, Bl. 173.

142 Der Generalstaatsanwalt der DDR an den Staatsanwalt des Bezirkes Cottbus vom 7. Juni 1957, ebd. Bl. 3.

143 Personal-Angaben für das Ostbüro der CDU vom 2. November 1957, in: ACDP 03-013-305/1. Unpag.

ich mich verheiraten werde<sup>144</sup>, flüchtete diese am 15. November 1957 ebenfalls nach Westberlin. Am 30. November gaben sich Carl und Hilde Schulze im Standesamt Tiergarten das Ja-Wort.<sup>145</sup>

Mit weiteren anerkannten DDR-Flüchtlingen wurde das Ehepaar am 10. Dezember nach Baden-Württemberg ausgeflogen.<sup>146</sup> Nach mehreren Stationen in dortigen Flüchtlingslagern wurden die beiden in Billigheim in der Nähe von Mosbach angesiedelt. Doch dachte Schulze nicht daran, sich zur Ruhe zu setzen. Schnell knüpfte er Kontakte, wurde Mitglied der Exil-CDU und kämpfte zudem für sich noch in der DDR befindende Häftlinge, die er aus dem Zuchthaus Cottbus kannte.<sup>147</sup> 1959 wurde er Kirchenältester und einziger Bezirks-synodaler aus Billigheim.<sup>148</sup> Zudem nahm er im Juni 1959 als Gastdelegierter am Parteitag der Exil-CDU in Fulda teil<sup>149</sup> und wurde bei dieser Gelegenheit als ordentlicher Delegierter der Exil-CDU für den CDU-Bundesparteitag nominiert,<sup>150</sup> an dem er im April 1960 in Karlsruhe teilnahm.<sup>151</sup>

Von einem am 11. August 1960 erlittenen Schlaganfall erholte sich Carl Schulze nicht, sodass er am 27. August im Mosbacher Krankenhaus im Alter von 66 Jahren verstarb.<sup>152</sup> Seine Urne wurde in seine Heimatstadt Bad Liebenwerda überstellt.

## XI.

Carl Schulze bewertete politische Ideen nicht nach deren Opportunität. Sein Handlungs- und Politikverständnis war nicht destruktiv, nicht oppositionell im Sinne einer bloßen Obstruktion. Er stellte sich nie ausschließlich gegen eine Idee, eine Politik, ein System. Ganz im Gegenteil: Egal, an welchem Punkt seines Lebens Carl Schulze stand, ob auf dem Höhepunkt seiner politischen Karriere 1947/48 oder als Verurteilter im Zuchthaus 1952/53: Er setzte sich wortwörtlich für „Einigkeit und Recht und Freiheit“ ein und war daher gewissenmaßen gezwungen, mit aller Kraft und vor allem der Kraft des Rechts gegen die

144 Antrag auf Erteilung der Aufenthaltserlaubnis für das Bundesgebiet vom 31. Oktober 1957, in: BAMF-Außenstelle Gießen. Aufnahmeakte des Carl Schulze, Bl. 1.

145 Vgl. Eheurkunde Carl und Hilde Schulze vom 30. November 1957, in: Landesarchiv Berlin (LAB), Standesamt Tiergarten HU 927/1957.

146 Vgl. Karteikarte Carl Schulze, undat., in: LAB, Kartei des Notaufnahmehagers Berlin-Marienfelde. Unpag.

147 Vgl. Carl Schulze an Ernst Lemmer vom 29. Oktober 1959, in: BA B 137/32176, Bl. 5.

148 Vgl. Ältestenwahlen 1959, in: Archiv der ev. Kirchengemeinde Billigheim. Unpag.

149 Vgl. Exil-CDU an Carl Schulze vom 23. Mai 1959, in: ACDP 03-013-004/2. Unpag.

150 Vgl. Wahlergebnisse der Landsmannschaft Sachsen-Anhalt vom 12. September 1959, in: ACDP 01-1016-005/7. Unpag.

151 Vgl. Anwesenheitsliste Exil-CDU, Landsmannschaft Sachsen-Anhalt, Delegiertenvorbesprechung, vom 28.04.1960, in: Ebd. Unpag.

152 Vgl. Hilde Schulze an Rechtsanwalt Alfred Musiolik vom 7. Oktober 1960, in: BA B 137/32176, Bl. 14.

Nationalsozialisten einerseits und die SED und die sie stützende Besatzungsmacht andererseits aufzutreten. Seine anfänglichen politischen Erfolge, wie die Wahl zum Stadtverordnetenvorsteher von Bad Liebenwerda, der Kreistagsbeschluss zur Geschäftsverteilung im Kreisrat, der Beschluss der Bad Liebenwerdaer Stadtverordneten, dass Alfred Schubert als Bürgermeister abgelehnt werde, oder die Resolution nach der Absetzung Jakob Kaisers Ende 1947 zeigen, dass eine parlamentarische Opposition in der SBZ bis zur Jahreswende 1947 durchaus möglich war. Dass Carl Schulze das Amt des Stadtverordnetenvorstehers wieder abgeben musste, Paul Loda nie den ihm durch Kreistagsbeschluss zugeteilten Geschäftsbereich übernahm, Alfred Schubert trotz gegenteiligen Beschlusses der Stadtverordneten Bürgermeister wurde und die Liebenwerdaer CDU 1948 doch am Volkskongress teilnahm, veranschaulicht wiederum, dass parlamentarische und demokratische Beschlüsse in dieser Zeit zunehmend an Wert verloren. Sie wurden durch Verordnungen, Befehle der Kommandantur oder den entstehenden kommunistischen Repressionsapparat ignoriert, sabotiert und hintertrieben. Obwohl er trotz seines Idealismus und seiner Rechtsgläubigkeit die Erfolglosigkeit seiner Bestrebungen zunehmend bemerkt haben muss, nutzte Carl Schulze seine politischen Posten stets, um die zarten Wurzeln der Demokratie vor der voranschreitenden Diktaturdurchsetzung durch SED und SMA zu schützen. Je stärker das politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche System sich wandelte, je mehr die SED den Staat für sich zu vereinnahmen suchte und jeden Widerspruch bestrafte, desto stärker, aktiver und risikointensiver wurde Carl Schulzes Opposition, selbst ohne politische Mandate oder gar in politischer Haft.



## **Der Theologe und Intellektuelle unter den Politikern: Eugen Gerstenmaier als Schüler Friedrich Brunstäds und Emil Brunners**

**Julius Trugenberger**

„Wenn in den ersten Jahren der Bundesrepublik gefragt wurde, wer denn Kanzler werden könnte, falls Konrad Adenauer (oder später Ludwig Erhard) ausschiede, dann sagten viele: Gerstenmaier könnte es machen. Der kleingewachsene, sprachgewaltige Mann vom Rande der schwäbischen Alb überragte – kaum war er 1949 in den ersten Deutschen Bundestag gewählt worden – die meisten seiner Kollegen. Er war ein begnadeter Debattierer, hatte als evangelischer Pfarrer gelernt zu predigen und ging, nach der Art barocker Kanzelredner, keinem unbequemen Thema aus dem Weg. Und unbequeme Themen gab es, als das Land am Boden lag, genug.“<sup>1</sup>

Für den Journalisten Thomas Löffelholz besteht kein Zweifel, dass Eugen Gerstenmaier (1906–1986) einer der prägenden Politiker der frühen Nachkriegsjahre war. Tatsächlich dürfte es schwer sein, sich mit der Epoche der CDU-dominierten Bundeskabinette zu beschäftigen, einer Zeit, die keineswegs nur von Konsens, sondern von heftigen politischen und gesellschaftlichen Richtungsdebatten gekennzeichnet war, und dabei Gerstenmaier, den zeitweiligen CDU-Vize (1956–1966) und „legendären Bundestagspräsidenten“<sup>2</sup> mit der bis heute längsten Amtszeit (1954–1969), zu übergehen. Der Mann aus dem schwäbischen Kirchheim unter Teck nahm bis in die 1960er Jahre hinein mit großem Selbstbewusstsein die Rolle des Intellektuellen an der Spitze des Parlaments ein und galt gleichzeitig, da er sich auch immer wieder auf das Feld der parteipolitischen Auseinandersetzung begab, innerhalb der CDU als einer deren fähigster Köpfe. Für seine unumstrittenen Fähigkeiten im Bereich der Gesellschafts- und Kulturdiagnostik wurde er weit über seine eigene Partei hinaus geschätzt. Gerstenmaier verkörperte den Typus des Politikers, der seine politischen Überzeugungen, wenn überhaupt, nur widerwillig dem Tagesgeschäft anpasste, da er sie aus einem profilierten religiösen wie akademisch-intellektuellen Hintergrund heraus entwickelte.

---

1 Thomas Löffelholz: Eugen Gerstenmaier (1906–1986), in: Hans Sarkowicz (Hg.): Sie prägten Deutschland. Eine Geschichte der Bundesrepublik in politischen Porträts. München 1999, S. 111–128, hier 111.

2 Norbert Lammert: Zwischen Demut und Selbstbewusstsein. Eugen Gerstenmaier als Bundestagspräsident, in: Günter Buchstab (Hg.): Eugen Gerstenmaier (1906–1986). Kirche – Widerstand – Politik. Sankt Augustin 2006, S. 45–59, hier 46.

Die folgenden Ausführungen gehen der Prägung des evangelischen Theologen und späteren „CDU-Intellektuellen“<sup>3</sup> durch seine wichtigsten akademischen Lehrer Friedrich Brunstädt (1883–1944) und Emil Brunner (1889–1966) nach, deren Vermächtnis für Gerstenmaier lebenslang von großer Bedeutung war. In der einschlägigen Literatur ist bisher zwar Gerstenmaiers Verbindung zur konservativ-christlichen Widerstandsgruppe des Kreisauer Kreises aufgearbeitet worden, nicht jedoch die davon nicht zu trennende Frage nach seinem akademischen Hintergrund.<sup>4</sup> Dabei liegt gerade in einer Beschäftigung hiermit die Möglichkeit, wichtige ideengeschichtliche Hintergründe der deutschen Christlichen Demokratie – nach ihrer protestantischen Seite hin – aufzudecken. Eine Auseinandersetzung mit Gerstenmaiers Lehrern macht zugleich die frühe Nachkriegszeit theologiegeschichtlich in manchem noch besser als bisher verständlich. Diese Epoche war eine Zeit heftiger innerprotestantischer Lagerkämpfe zwischen Anhängern und Gegnern Karl Barths, und Gerstenmaier ließ als Schüler Brunstäds und Brunners keinen Zweifel daran aufkommen, dass er sich zu den letzteren zählte.

#### *Eugen Gerstenmaier als Schüler Friedrich Brunstäds*

Gleich vielen anderen deutschen Spitzenpolitikern der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts kam Eugen Gerstenmaier nicht aus groß- oder bildungsbürgerlicher Welt. Er entstammte vielmehr einer kleinbürgerlichen Handwerker- und Bauernfamilie vom Rande der Schwäbischen Alb.<sup>5</sup> Der Habitus des Akademikers und Intellektuellen, der später das Markenzeichen des CDU-Politikers und offiziell zweiten Manns im Staat wurde, war Gerstenmaier durch die eigene Familie nicht in die Wiege gelegt. Umso wichtiger waren für den Mann aus Kirchheim unter Teck die Prägungen seiner Studienzeit.

Nach einer Kaufmannslehre und dem im Alter von 25 Jahren nachgeholt Abitur am Stuttgarter Eberhard-Ludwigs-Gymnasium nahm Gerstenmaier im Jahr 1931 in Tübingen sein Studium der Philosophie, Germanistik und Evangelischen Theologie auf. In seinem ersten Semester fiel es ihm schwer, zwischen den verschiedenen Vorlesungen in den drei Disziplinen Klarheit darüber zu erzielen, welchem Fach geschweige denn Berufsziel er eigentlich zuneigte.<sup>6</sup> Hinzu kam,

3 Hans-Otto Kleinmann: Geschichte der CDU 1945–1982. Hg. von Günter Buchstab. Stuttgart 1993, S. 241.

4 Überhaupt ist Eugen Gerstenmaier als Theologe bisher kaum thematisiert worden. Das gilt auch für die ansonsten sehr lesenswerte Biographie von Daniela Gniss: Der Politiker Eugen Gerstenmaier. Eine Biographie (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 144). Düsseldorf 2005.

5 Vgl. Eugen Gerstenmaier: Streit und Friede hat seine Zeit. Ein Lebensbericht. Frankfurt a. M. u. a. 1981, S. 15–20; Gniss: Eugen Gerstenmaier, S. 25–28.

6 Vgl. Gerstenmaier: Streit und Friede, S. 31 f.



dass er auf die Arbeit als Werkstudent in den Semesterferien angewiesen war. Die Situation begann sich erst zu bessern, als Gerstenmaier in seinem zweiten Semester in die Studienstiftung des deutschen Volkes aufgenommen wurde: „Dadurch war ich meine finanziellen Sorgen los und konnte mir auch erlauben, die Universität zu wechseln. Eines Tages fiel mir eine kleine Broschüre: ‚Reformation und Idealismus‘, der Vortrag eines mir bislang unbekanntes Rostocker Ordinarius, Friedrich Brunstäd, in die Hand. Die Gedankenführung dieses Vortrags faszinierte mich derart, daß ich spornstreichs zur Tübinger Universitätsbibliothek lief und mir alles geben ließ, was dort von Brunstäd zu haben war. [...] was ich bekam, brachte mich zu dem Entschluß: im nächsten Semester ab nach Rostock.“<sup>7</sup>

Auch wenn Gerstenmaier in Rostock, wo er sich im Sommersemester 1932 einschrieb, nicht nur Veranstaltungen bei Brunstäd belegte, so war dieser doch für ihn die entscheidende Figur an der kleinen evangelisch-theologischen Fakultät.<sup>8</sup> Noch mehrere Jahrzehnte später bekannte er gegenüber Maria Eppinger, einer alten Freundin aus gemeinsamer Zeit in der pietistischen Jugendbewegung der Schwäbischen Alb<sup>9</sup>, in einem sehr persönlich gehaltenen Brief – Eppinger hatte Gerstenmaier zuvor für seinen großen politischen „Idealismus“ bewundert –, welche große Wichtigkeit die Begegnung mit Brunstäd für ihn in der Frage der Herausbildung einer reflektierten christlichen Existenz hatte, die auch zur politischen Verantwortungsübernahme bereit ist: „Sicher: was mir bei Karl Heim [in Tübingen]<sup>10</sup> nicht klappte, das hat mein geistiger Vater Friedrich

7 Ebd., S. 33 f. In Brunstäd's Aufsatz geht es um den Versuch einer Synthese von reformatorischer und idealistischer Tradition. Brunstäd bindet beide Größen dabei vor allem auf kulturtheoretischer Ebene zusammen, um so gegen die Säkularisierung der modernen Kultur, welche ein Produkt der Aufklärung sei, vorzugehen; vgl. Friedrich Brunstäd: *Reformation und Idealismus*. München 1925.

8 Gerstenmaier wurde schon früh nach seiner Ankunft in Rostock 1932 von Brunstäd als theologische Begabung entdeckt und gefördert. Der Briefwechsel zwischen Brunstäd und Gerstenmaier aus den Jahren 1932 bis 1937 – in: *Archiv für Christliche Demokratische Politik (ACDP) Nachlass Eugen Gerstenmaier 01-210-004/1* – zeigt, wie zwischen Gerstenmaier und Brunstäd bald eine tiefe persönliche Freundschaft entstand. Im Sommersemester waren an der Universität Rostock 225 Studenten für Evangelische Theologie eingeschrieben. Die Fakultät gehörte damit zu den eher kleineren im Deutschen Reich; vgl. den Überblick bei Irmfried Garbe: *Zur Situation der Evangelisch-theologischen Fakultät Rostocks in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*, in: Hermann Michael Niemann (Hg.): *Theologie in Umbruchzeiten. Rostocker Theologen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*. Leipzig 2017, S. 11–39, hier 25. Der Querschnitt durch die Fakultätsgeschichte, den Garbe für die ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts liefert, zeigt freilich auch, dass Brunstäd als relativ bekannte protestantische Persönlichkeit der 1920er Jahre zum Anwachsen der Studentenzahlen im Fach Theologie in Rostock beitrug; vgl. ebd., S. 25–27.

9 Vgl. Gerstenmaier: *Streit und Friede*, S. 28.

10 Karl Heim hatte wie Gerstenmaier einen pietistischen Hintergrund, der bei Brunstäd nicht gegeben war, konnte aber wohl gerade deswegen Gerstenmaiers aufkommende Glaubenszweifel nicht ausräumen.



Brunstäd zuwege gebracht. Unterstützt vom Kirchenkampf hat er mir eine intellektuelle und habituelle Form gegeben, mit der ich leben konnte.“<sup>11</sup>

Gerstenmaiers theologischer Mentor und „zweiter Vater“<sup>12</sup> kam in akademischer Hinsicht ursprünglich nicht aus der Theologie, sondern aus der Philosophie. Er war in seinem eigenen Studium vor allem durch den Rechtshegelianer Adolf Lasson<sup>13</sup>, durch die Lebensphilosophie Wilhelm Diltheys<sup>14</sup> und das konservative Kulturluthertum Reinhold Seebergs<sup>15</sup> geprägt worden. Nach Promotion und Habilitation im Fach Philosophie war Brunstäd einige Zeit außerordentlicher Professor an der Philosophischen Fakultät in Erlangen gewesen, ehe er im Jahr 1925 als Nachfolger seines Freundes Paul Althaus<sup>16</sup> d. J. (1888–1966) Inhaber des Lehrstuhls für Systematische Theologie an der Universität Rostock wurde. Inhaltlich war er ein Vertreter der Idealismus-Renaissance in evangelischer Theologie und Philosophie des frühen 20. Jahrhunderts und stach mit einer überwiegend auf praktisch-philosophische Fragestellungen hin ausgerichteten kommunitaristischen Hegel-Lesart aus der geistigen Landschaft seiner Zeit heraus. Wahre Persönlichkeitsbildung, so der zentrale Gedanke des rechtskonservativen Hegel-Auslegers, der Hegels geschichtsphilosophische Vorlesungen selbst zweimal edierte<sup>16</sup> und aus seiner Affinität zu den preußischen Staatstraditionen des 19. Jahrhunderts keinen Hehl machte, könne nur im Rahmen überindividueller, historisch gewachsener Ganzheiten wie Volkskultur und Religion gelingen, was man kritisch sowohl den Adepten des Liberalismus als auch den Anhängern des Sozialismus entgegenzuhalten habe.

Brunstäd verband eine hohe philosophische Reflexivität nicht nur mit Treue zum lutherischen Bekenntnis, sondern auch mit einer aktiven politischen Haltung. Neben dem universitären Amt in Erlangen beziehungsweise Rostock engagierte er sich während der Weimarer Republik bis 1929 in der Deutschen nationalen Volkspartei (DNVP), zu deren Hauptvorstand er zeitweilig gehörte. Als Exponent des christlich-sozialen Flügels in der Tradition des kaiserzeitlichen Hofpredigers und selbsternannten Arbeiterpatrons Adolf Stoecker trat er mit mehreren Gleichgesinnten allerdings 1929 in dem Moment aus der DNVP

11 Schreiben an Maria Eppinger vom 12. September 1978, in: ACDP 01-210-041/2.

12 Brigitte Gerstenmaier/Eugen Gerstenmaier: Zwei können widerstehen. Berichte und Briefe 1939–1969. Bonn u. a. 1992, S. 84.

13 Vgl. Friedbert Holtz: Art. Lasson, Adolf, in: Neue Deutsche Biographie, Bd. 13, S. 678 f.

14 Vgl. Matthias Jung: Wilhelm Dilthey zur Einführung. 2., vollständig überarbeitete Aufl. Hamburg 2014.

15 Vgl. Friedrich Wilhelm Graf: Konservativer Kulturlutheraner. Ein Lebensbild Reinhold Seebergs, in: Ders.: Der heilige Zeitgeist. Studien zur Ideengeschichte der protestantischen Theologie in der Weimarer Republik. Tübingen 2011, S. 211–263.

16 Hegels Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte gab Brunstäd 1907 und 1924 im Reclam-Verlag heraus. Ihm war stets an einer Popularisierung der Philosophie Hegels gelegen, die er auf eine Lösung der sozialen und kulturellen Probleme der Moderne verpflichtete.

aus, als diese unter dem stramm nationalistischen Medienmogul Alfred Hugenberg (1865–1951) auf eine Kooperation mit den Nationalsozialisten zusteuerte.<sup>17</sup> Innerhalb der DNVP kam Brunstäd eine Funktion zu, wie sie Gerstenmaier später ähnlich in der CDU ausüben sollte – die Rolle eines „Parteiphilosophen“.<sup>18</sup> Durch das Verfassen mehrerer programmatischer Texte und durch Lehrgänge für den Parteienachwuchs arbeitete er an der Vermittlung der neukonservativen Weltanschauung der DNVP. Kritisch hob er die Deutschnationalen als konservative Kraft dabei von den ‚individualistischen‘ bürgerlich-liberalen und den ‚gleichmacherischen‘ sozialdemokratisch-sozialistischen Kräften der Weimarer Republik ab.<sup>19</sup>

Neben der Politik galten Brunstädts Interessen auch der diakonischen Wohlfahrtstätigkeit, die für ihn ein unabdingbarer Bestandteil des Christlichen in der modernen Gesellschaft war. Von 1922 bis 1933 amtierte der gut vernetzte Gelehrte und in kirchlichen Kreisen der Weimarer Republik sehr bekannte Sozialprotestant als Leiter der „Evangelisch-Sozialen Schule“. Diese Einrichtung zur Schulung evangelischer Arbeitnehmer in religiösen sowie sozialen und politischen Fragen stand in der Tradition des bereits erwähnten Adolf Stoecker und wies dadurch einen stark nationalkonservativen Anstrich auf. Sie war seit 1920 in dem von Johann Hinrich Wichern gegründeten Evangelischen Johannesstift in Berlin-Spandau untergebracht, welches in der Zwischenkriegszeit zahlreiche diakonische, volksmissionarische und apologetische Institutionen in seinen Räumlichkeiten vereinigte. Hier hatte der christlich-soziale Protestantismus, der sich seit den Zeiten Wicherns und Stoeckers hauptsächlich in den Verbänden der „Inneren Mission“ und des „Kirchlich-Sozialen Bundes“ organisierte, sein institutionelles Zentrum.<sup>20</sup> Brunstäd übte am Johannesstift bis in die 1930er Jahre hinein einen sehr großen Einfluss aus. Zu den in Spandau wirksamen Schülern des Stoecker-Verehrers<sup>21</sup> zählen unter anderem der Praktische Theologe Helmuth Schreiner (1893–1962), während der 1920er Jahre der

17 Vgl. Thomas Mergel: Das Scheitern des deutschen Tory-Konservatismus. Die Umformung der DNVP zu einer rechtsradikalen Partei 1928–1932, in: *Historische Zeitschrift* 276 (2003), S. 323–368.

18 Raimund von dem Bussche: *Konservatismus in der Weimarer Republik. Die Politisierung des Unpolitischen* (Heidelberger Abhandlungen zur Mittleren und Neueren Geschichte 11). Heidelberg 1998, S. 95.

19 Friedrich Brunstäd: *Die Staatsideen der politischen Parteien*. Berlin 1920; Ders.: *Völkisch-nationale Erneuerung*. Rede von Dr. Friedrich Brunstäd. Prof. an der Universität Erlangen auf dem dritten Parteitage der DNVP in München am 2.9.1921. Berlin 1921; Ders.: *Die Weltanschauung der Deutschnationalen Volkspartei*, in: Max Weiß (Hg.): *Der nationale Wille. Werden und Wirken der Deutschnationalen Volkspartei 1918–1928*. Essen 1928, S. 54–82.

20 Zur Geschichte des Johannesstifts während der Weimarer Republik vgl. Helmut Bräutigam: *Mut zur kleinen Tat. Das Evangelische Johannesstift 1858–2008*. Berlin 2008, S. 141–213.

21 1935, zu Stoeckers 100. Geburtstag, tat sich Brunstäd mit einer Schrift über den ehemaligen Hofprediger hervor: Adolf Stoecker. Wille und Schicksal. Berlin 1935.

Vorsteher des Johannesstifts, Carl Gunther Schweitzer (1889–1965), der Leiter der „Apologetischen Centrale“ des „Central-Ausschußes“ der Inneren Mission, sowie Walter Künneth (1901–1997), der Mitarbeiter beziehungsweise Nachfolger Schweitzers. All diese lutherischen Theologen aus dem Spandauer „Brunstädkreis“<sup>22</sup> legten eine große Sensibilität für die soziale Frage an den Tag, verbanden dies aber mit einer konservativen politischen Grundhaltung, die kritisch gegen die vermeintlich ‚atheistische‘ Sozialdemokratie gerichtet war. Paradigmatisch für den deutschen Protestantismus der Zwischenkriegszeit dachte man in Spandau bis lange in die 1920er Jahre hinein politisch rückwärtsgewandt, teilweise offen monarchistisch – fast das komplette Leitungsgremium des Johannesstifts gehörte wie Brunstäd bis 1929 dem volkskonservativen Flügel der DNVP an.<sup>23</sup> Gleichzeitig war man auch in einer gewissen Weise modern, suchte man doch unter hohem organisatorischen Aufwand, mit vergleichsweise viel Personal und unter Rückgriff auf moderne Massenmedien die Auseinandersetzung mit säkularen Weltanschauungen und der Kirchenaustrittsbewegung.

Für das Verständnis Gerstenmaiers ist dessen Verwurzelung im Milieu des von Brunstäd repräsentierten evangelischen Sozialkonservatismus der Zwischenkriegszeit von großer Bedeutung. Künneth erinnert sich in seiner Autobiographie an Gerstenmaiers sehr bestimmtes Auftreten an der Seite Brunstädts in Spandau zu Beginn der 1930er Jahre:

„Das Johannesstift wurde in jenen Jahren [gemeint ist der Zeitraum von Mitte der 1920er bis Mitte der 1930er Jahre] zum Mittelpunkt einer umfangreichen Kursarbeit, von Tagungen und Rüstzeiten aller Art. Einer der Schwerpunkte lag auf den Sozialkursen, zu denen sich stets Hunderte von Pfarrern einzufinden pflegten. Die Leitung dieser Kurse lag bei Professor Brunstäd, der dazu extra von Rostock kam und dann jedes Mal für einige Zeit im Johannesstift wohnte. Bei dem damit verbundenen gesellschaftlichen Zusammensein mit Brunstäd lernte ich auch Eugen Gerstenmaier kennen, der – wie ich ein Brunstädschüler – durch sein selbstsicheres, forsches Auftreten Interesse weckte. Er galt als Lieblingsschüler seines Lehrmeisters, der von ihm für die Zukunft Großes erwartete.“<sup>24</sup>

In den 1950er Jahren lud Gerstenmaier seine Brunstäd-Bekanntschaften in den Bonner Amtssitz des Bundestagspräsidenten ein, um die alten Spandauer Netzwerke zu pflegen und der früheren Zeiten zu gedenken.<sup>25</sup> Ebenfalls in den 1950er Jahren gab er zusammen mit Carl Gunther Schweitzer, der inzwischen emeritierter Professor für Innere Mission und Sozialethik in Bonn war, die wichtigsten Schriften Brunstädts neu heraus. Die Edition der Brunstäd-Schriften sollte das geistige Vermächtnis des Lehrers dem Vergessen entreißen, einer

22 Walter Künneth: *Lebensführungen. Der Wahrheit verpflichtet*. Wuppertal 1979, S. 55.

23 Vgl. Bräutigam: *Mut zur kleinen Tat*, S. 198.

24 Künneth: *Lebensführungen*, S. 73.

25 Vgl. ebd., S. 74.



Gefahr, in der es im vorwiegend barthianisch geprägten theologischen Klima der Nachkriegszeit durchaus stand. Zugleich zielten die Herausgeber mit der Edition der Brunstäd-Schriften auch auf einen Brückenschlag zwischen evangelisch-lutherischer Theologie und der Politik. Gerstenmaier verfasste für den Sammelband eine Laudatio, in der er die These aufstellte, dass Brunstäd's „ureigenste Grundkonzeption mehr bedeutet als eine bloße Rückkehr zu einem durch die neuere evangelische Theologie überwundenen Idealismus“; sie biete „vielleicht eine gültige Antwort auf heute noch drängende Probleme aller Wissenschaften, einschließlich der Theologie sowie der Gestaltung unseres öffentlichen Lebens.“<sup>26</sup> 83 prominente Persönlichkeiten aus der lutherischen Theologie und Kirche sowie aus dem politischen Leben konnte der Bundestagspräsident dafür gewinnen, ihre Namen unter die Laudatio zu setzen. Unter den Unterzeichnern befanden sich bekannte lutherische Theologen wie Paul Althaus, Gerhard Ebeling oder Heinz-Dietrich Wendland, Kirchenführer wie Otto Dibelius und Hanns Lilje und zugleich mit Theodor Heuss (FDP) und Walter Hallstein (CDU) zwei Spitzenpolitiker der 1950er Jahre, sowie mit Heinrich Brüning (ehemals Zentrum), Gottfried Treviranus, Hans Schlange-Schöningen (beide ehemals DNVP, ab 1929 Volkskonservative Vereinigung), Wilhelm Simpfendörfer (ehemals Christlich-Sozialer Volksdienst) auch Männer, die in den 1950er Jahren nicht mehr in der vordersten Reihe standen. Die vier Letztgenannten hatten in der Endphase der Weimarer Republik in unterschiedlichen Vorläuferorganisationen der CDU konservative Politik aus christlicher Grundüberzeugung heraus betrieben. Ohne Politiker aus dem protestantischen Sozialkonservatismus der Weimarer Republik wäre die Bildung der CDU als überkonfessioneller christlicher Volkspartei nach dem Zweiten Weltkrieg kaum möglich gewesen.<sup>27</sup> Auch Gerstenmaier gelangte in die CDU über die christlich-soziale Traditionslinie<sup>28</sup>, die zum „Stoecker“-Flügel der DNVP und zu den Splitterparteien der Volkskonservativen

26 Die Laudatio ist in Form eines Faltblatts dem 1957 erschienenen Sammelband mit den wichtigsten Aufsätzen Brunstäd's beigelegt, der die an den verschiedensten Orten veröffentlichten Publikationen leichter zugänglich machen sollte; Eugen Gerstenmaier/Carl Gunther Schweitzer (Hg.): Friedrich Brunstäd. Gesammelte Aufsätze und kleinere Schriften. Berlin 1957. Zum Hintergrund des Sammelbandes und der Laudatio mitsamt Informationen zu deren Unterzeichnern Gert Haendler: Erinnerungen an Friedrich Brunstäd. Zum 70. Todestag am 2. November 2014, in: Niemann: Theologie in Umbruchzeiten, S. 129–206, hier 145–148.

27 Vgl. Reinhard Schmeer: Volkskirchliche Hoffnungen und der Aufbau der Union. Evangelische Kirche und CDU/CSU in den ersten Nachkriegsjahren. Köln u. a. 2001, S. 633, 641 f.; Winfried Becker: Historische Grundlagen der christlich-demokratischen Parteibildung nach 1945, in: Günter Buchstab/Klaus Gotto (Hg.): Die Gründung der Union. Traditionen, Entstehung und Repräsentanten. München u. a. 1981, S. 7–33, hier 9 f.

28 Vor allem die dem christlich-sozialen Milieu der Weimarer Republik entstammenden Jugendfreunde Gerstenmaiers Paul Collmer, Paul Bausch und Wilhelm Simpfendörfer konnten ihn 1949 zum Eintritt in die CDU und zur Kandidatur für ein Bundestagsmandat im Wahlkreis Backnang-Schwäbisch Hall bewegen; vgl. Gniss: Eugen Gerstenmaier, S. 208.



Vereinigung und des Christlich-Sozialen Volksdiensts zurückreicht – letzterer war der wesentlich vom Johannesstift aus betriebene Versuch, ein dezidiert evangelisches Pendant zum Zentrum zu schaffen.<sup>29</sup>

Brunstäd war für Gerstenmaier freilich nicht nur im Politischen das große Vorbild bei der Suche nach „einem höheren Dritten“<sup>30</sup> zwischen Kapitalismus und atheistischem Sozialismus. Auch im Theologischen wurde der spätere Bundestagspräsident stark von seinem Rostocker Lehrer geprägt. Er erbt von ihm eine ihn lebenslang auszeichnende Distanz gegenüber Karl Barth, aus der nach 1945 eine generelle Gegnerschaft gegen das stimmungsgewaltige Lager des deutschen Linksprotestantismus werden sollte.

Als Gerstenmaier in den frühen 1930er Jahren in Rostock bei Brunstäd Theologie studierte, stand für seinen Lehrer die Wahrung der kirchenpolitischen wie theologischen Identität des Luthertums im Zentrum. Brunstäd gehörte zu jenen konservativen Lutheranern, die von Haus aus machtstaatlich dachten und denen unmittelbar nach 1933 der NS-Staat in erster Linie aus kirchenpolitischen Gründen Sorge bereitete.<sup>31</sup> In einer Zeit, in der Karl Barth, der maßgebliche Verfasser der Barmer Theologische Erklärung von 1934, mehrfach hervorhob, dass die lutherische Dialektik von Gesetz und Evangelium einer Theologie Vorschub leiste, die geschichtliche Gegebenheiten wie Nation und Volkstum als Anknüpfungspunkt der Evangeliumsoffenbarung theologisch verkläre<sup>32</sup>, beharrte der Rostocker Theologe auf der aus seiner Sicht theologisch unumkehrbaren Zuordnung der beiden Größen von Gesetz und Evangelium. Gott offenbare sich dem Menschen nicht allein und nicht unvermittelt in Jesus Christus. Vielmehr sei auch „ante“ und „extra Christum“ von einer Gottesbeziehung des Menschen auszugehen. Der Drang des Menschen, das Leben in seinen geschichtlichen Gemeinschaften immer wieder neu auf eine sittlich verbindliche Grundlage zu stellen und an unbedingt geltenden Werten auszurichten, stelle (im Sinne des „*usus elencticus*“) den natürlichen Auffangboden der Evangeliumsoffenbarung dar.<sup>33</sup> Brunstäd kam

29 Zum CSVD Günther Opitz: *Der Christlich-Soziale Volksdienst. Versuch einer protestantischen Partei in der Weimarer Republik* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 37). Düsseldorf 1969.

30 Friedrich Brunstäd: *Eigengesetzlichkeit des Wirtschaftslebens?* Leipzig 1925, S. 391.

31 Allerdings verachtete Brunstäd, der selbst nie demokratisch dachte, wohl von Beginn an die Massenbewegung des Nationalsozialismus; vgl. Gerstenmaier: *Streit und Friede*, S. 36.

32 Nicht von ungefähr kehrt eine programmatische Schrift des Schweizer Theologen aus dem Kirchenkampf die lutherische Dialektik von Gesetz und Evangelium um; vgl. Karl Barth: *Evangelium und Gesetz* (1935), in: Ernst Kinder/Klaus Haendler (Hg.): *Gesetz und Evangelium. Beiträge zur gegenwärtigen theologischen Diskussion* (Wege der Forschung 142). Darmstadt 1968, S. 1–29.

33 Vgl. Friedrich Brunstäd: *Allgemeine Offenbarung*. Halle 1935; Ders.: *Gesetz und Evangelium. Eine theologische Untersuchung zur Frage Kirche und Volk*, in: Eugen Gerstenmaier (Hg.): *Kirche, Volk und Staat. Stimmen aus der Deutschen Evangelischen Kirche zur Oxforder Weltkirchenkonferenz*. Berlin 1937, S. 36–55; Ders.: *Wahrheit und Recht als göttliche Ordnung*, in: *Zeitwende* 12 (1936), S. 328–337.



in diesem Punkt der Theologie der Schöpfungsordnungen und „Uroffenbarung“ seines Freund und Kollegen Paul Althaus, dem er in Rostock auf den Lehrstuhl für Systematische Theologie nachgefolgt war, inhaltlich sehr nahe.

Gerstenmaier wiederum rezipierte Brunstäd gegen Barth gerichteten konservativ-lutherischen Ansatz einer Theologie der Ordnungen zu Beginn der 1930er Jahre in Rostock sehr intensiv. Die Diskussionen um das Für und Wider der Barth'schen Theologie bildeten den Kontext, in dem er als junger Nachwuchstheologe heranreife. 1935 wurde er in Rostock mit einer bei Brunstäd entstandenen Dissertation über „Schöpfung und Offenbarung. Systematische Untersuchung zu einer Theologie des ersten Artikels“ zum Doktor der Theologie promoviert.<sup>34</sup> Bereits die Wahl des Themas bringt die von Brunstäd ererbte fundamentaltheologische Differenz gegenüber Karl Barth zum Ausdruck, dessen christozentrischen Ansatz Gerstenmaier für zu stark auf den zweiten Glaubensartikel bezogen hielt.<sup>35</sup> Die Barth'sche Christozentrik mache es unmöglich, die Welt unter dem Aspekt der Schöpfungsoffenbarung wahrzunehmen, an welche die Christusoffenbarung anknüpfe. Barths Theologie rücke mit ihrer nur negativen Dialektik die positiven geschichtlichen Gegebenheiten, die Schöpfungsordnungen von Staat und Volk, aus dem Blickfeld.

Nach der Promotion in Rostock wurde Gerstenmaier wissenschaftlicher Hilfsarbeiter des Bischofs im Kirchlichen Außenamt Theodor Heckel (1894–1965), eines konservativen lutherischen Kirchenmannes, der während seines eigenen Studiums in Erlangen selbst erheblich von Brunstäd geprägt und gefördert worden war.<sup>36</sup> Von Heckel erhielt Gerstenmaier die Erlaubnis, seine Doktorarbeit neben der Tätigkeit im kirchlichen Außenamt zur Habilitationsschrift auszubauen. Diese erschien 1938 unter dem Titel „Die Kirche und die Schöpfung. Eine theologische Besinnung zu dem Dienst der Kirche an der Welt“.<sup>37</sup> In diesem inhaltlich weitgespannten Werk, das sich auf weiten Strecken wie ein fast wörtliches Referat Brunstäd'scher Gedanken liest, reichen sich die neuhegelianische Perspektive Brunstäd's, der zufolge das Individuum erst im Zuge seiner Eingliederung in den organisch gewachsenen Gesamtzusammenhang von Staat und

34 Eugen Gerstenmaier: *Schöpfung und Offenbarung. Systematische Untersuchung zu einer Theologie des ersten Artikels*. Leipzig 1937.

35 Der zweite Glaubensartikel umfasst die Passagen im christlichen Glaubensbekenntnis, die sich auf Person und Werk Jesu Christi beziehen. Im ersten Glaubensartikel geht es hingegen um Gott als allgemeinen Schöpfer der Welt. Wer sich wie Gerstenmaier stärker auf den ersten Glaubensartikel bezog, betonte eine allgemeine Erkennbarkeit Gottes in der Welt, in Geschichte, Staat und Volk. Wer sich wie Barth auf den zweiten Glaubensartikel konzentrierte, der sprach diesen Bereichen jegliche Bedeutung für die Gotteserkenntnis ab.

36 Vgl. Rolf-Ulrich Kunze: *Theodor Heckel 1894–1967. Eine Biographie* (Konfession und Gesellschaft 13). Stuttgart u. a. 1997, S. 32–34, 49 f.

37 Erschienen Berlin 1938. Diese Schrift wollte Gerstenmaier eigentlich seinem Rostocker Lehrer widmen. Doch lehnte dieser das Ansinnen ab, da er als Gutachter nicht befangen wirken wollte; vgl. Schreiben Brunstäd's an Gerstenmaier vom 15. September 1937, in: ACDP 01-210-004/1.



Volk zu sich selbst kommt, und klassische lutherische Argumentationsmuster in der Tradition der Zwei-Regimenten-Lehre die Hand. In mehreren Anläufen redet Gerstenmaier hier im Sinne seines Lehrers dem Vorrang des Ganzen des Staates vor dem bloß isolierten Einzelnen das Wort – und verweist doch zugleich darauf, dass das Gewissen des Individuums die unbedingt zu respektierende Grenze markiere, an der das Zugriffsrecht des Staates auf das Leben seiner Bürger ende. Der nationale Machtstaat bemühe sich darum, „in der totalen Beziehung auf das Volk, dessen ganzen Bestandteil und ganzen Wert er, soweit als ihm überhaupt möglich ist, zu sichern und geschichtlich zu entfalten hat, [...] seine Aufgabe total“ zu erfüllen.<sup>38</sup> Dies sei legitim – problematisch sei jedoch die Situation, in welcher der Machtstaat „sich nicht mehr [...] von dem Gesetz Gottes bestimmt und gebunden weiß“ und „die Gottbezogenheit und Gottunmittelbarkeit seiner Bürger nicht mehr in Wahrheit respektiert“.<sup>39</sup> Dann verabsolutiere sich der Staat, der per se nie ohne sein Machtmoment denkbar sei, in unsachgemäßer Weise und versuche, mit Gewalt an die Stelle Gottes als des einzig wahrhaft Absoluten zu treten, während zugleich die Menschen von sittlich-verantwortlichen Persönlichkeiten innerhalb der nationalen Volksgemeinschaft zu innerlich unbeteiligten Rädchen im Getriebe eines diktatorischen, nicht mehr an Recht und Gesetz gebundenen Machtapparats degenerierten: „Die Gemeinschaft wird zerstört, indem sie absolut gesetzt wird, die individuelle Person wird entrechtet, und an die Stelle der gewachsenen Gemeinschaft tritt eine anonyme Masse [...]“.<sup>40</sup>

In Gerstenmaiers Habilitationsschrift steht auf engstem Raum ein auf ordnungstheologischem Weg gewonnener nationalkonservativer Staatsbegriff neben der Betonung individueller Gewissensfreiheit. Letztere Akzentsetzung diskreditierte Gerstenmaier bei den Nationalsozialisten<sup>41</sup>, obwohl seine Schrift von 1938 an manchen Stellen durchaus, wie die obigen Passagen zeigen, eine gewisse sprachliche Nähe zur Rhetorik des nationalsozialistischen Totalitarismus

38 Gerstenmaier: Die Kirche und die Schöpfung, S. 267.

39 Ebd.

40 Ebd. Treffend kommentiert Jochen-Christoph Kaiser: Eugen Gerstenmaier in Kirche und Gesellschaft nach 1945, in: Wolfgang Huber (Hg.): Protestanten in der Demokratie. Positionen und Profile im Nachkriegsdeutschland. München 1990, S. 69–92, 73 f.: „Gerstenmaier verstand den Totalstaat [...] nicht in dem Sinne, daß er darauf angelegt sei, die Aufgaben von Christentum und Kirche mit zu übernehmen, also diese zu substituieren, sondern sein Totalitaritätsbegriff zielte in erster Linie auf die unbeschränkte Fürsorgepflicht des Staates für die gleichsam irdischen, politisch-sozialen Belange des Menschen. Damit und mit der Warnung vor Grenzüberschreitungen völkischer Organisation von Macht befand er sich durchaus im Einklang mit anderen evangelischen Theologen seiner Zeit [...]“ Bereits die Dissertation warnte den Machtstaat vor Kompetenzüberschreitungen; vgl. Gerstenmaier: Schöpfung und Offenbarung, S. 72–74.

41 Vgl. Karl Brauer: „Mit Bibel und Pistole“ – Eugen Gerstenmaier im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, in: Historisch-Politische Mitteilungen (HPM) 21 (2014), S. 349–378, hier 364.

aufwies. Die Hervorhebung des Werts der Gewissensfreiheit im Sinne der lutherischen Tradition lässt es für den heutigen Leser verständlich werden, warum Gerstenmaier trotz seiner konservativ-antipluralistischen Überzeugungen, die wesentlich von Brunstäd stammten, letzten Endes doch zu einem entschiedenen Gegner des Nationalsozialismus wurde.

Erste Erfahrungen mit staatlicher Willkürherrschaft und der damit gegebenen Einschränkung der Gewissensfreiheit im Dritten Reich hatte Gerstenmaier bereits 1933 im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die Reichsbischofswahl machen können. An der Universität Rostock hatte er sich – wie Brunstäd auch<sup>42</sup> – gegen die Kandidatur des Deutschen Christen Julius Müller bei den Reichsbischofswahlen eingesetzt.<sup>43</sup> Zwar waren diese ersten Widerstandserfahrungen, die dem Rostocker Studentenfürher immerhin ein Verhör durch die Gestapo einbrachten<sup>44</sup>, durchaus prägend. Doch letztlich waren es nicht die unmittelbar nach der nationalsozialistischen Machtergreifung einsetzenden kirchenpolitischen Auseinandersetzungen, sondern erst Hitlers offensives Agieren im Zusammenhang der Sudetenkrise, das im Jahr 1938 in Gerstenmaier die Überzeugung aufkommen ließ, „der Mann [Hitler] muss weg“.<sup>45</sup> Gerstenmaier war nun klar: der Diktator bedroht nicht nur die innere Autonomie der Kirche, sondern den gesamten Frieden in Europa.<sup>46</sup>

Gegen Ende der 1930er Jahre verfügte Gerstenmaier durch seine Tätigkeit im kirchlichen Außenamt bei Bischof Heckel über zahlreiche Kontakte zu hochrangigen Juristen und Diplomaten in Berlin. Unter ihnen waren Adam von Trott zu Solz (1909–1944) und Bernhard von Haefen (1905–1944), die ihn mit der Widerstandsgruppe des Kreisauer Kreises um Helmuth James Graf von Moltke (1907–1945) und Peter Graf Yorck von Wartenburg (1904–1944) bekanntmachten. Die geheimen Zusammenkünfte des Kreisauer Kreises, zu dessen innerstem Berliner Zirkel Gerstenmaier bald gehörte<sup>47</sup>, dienten der Beratschlagung der Frage, welche Gestalt Deutschland nach dem geplanten Sturz Hitlers in politischer, rechtlicher, wirtschaftlicher und nicht zuletzt religiös-kirchlicher Hinsicht annehmen sollte. Ein besonderes Merkmal des Kreisauer Kreises bestand darin, dass sich hier Menschen unterschiedlicher Prägungen begegneten: Protestanten und Katholiken sowie Gewerkschaftsführer und Groß-

42 Vgl. Friedrich Baumgärtel: Die Stellung der Theologieprofessoren zur Wahl des Reichsbischofs 1933, in: Deutsches Pfarrerberblatt 54 (1954), S. 148–150.

43 Zu Gerstenmaiers Engagement in der Studentenschaft und der Konfrontation mit der Gestapo vgl. Gniss: Eugen Gerstenmaier, S. 41–59; Brauer: Mit Bibel und Pistole, S. 354–360.

44 Ebd., S. 359.

45 Gerstenmaier: Streit und Friede, S. 109.

46 Vgl. ebd., S. 108–117. Brauer: Mit Bibel und Pistole, S. 365, spricht in diesem Zusammenhang von „einer Ausweitung des kirchlichen zum politischen Widerstand“ bei Gerstenmaier.

47 Vgl. Gniss: Eugen Gerstenmaier, S. 131 f.



agrariern aus alten preußischen Adelsfamilien.<sup>48</sup> Sie einte die Überzeugung, dass nur das Christentum das religiös-sittliche Fundament des neuen Deutschland in der Zeit nach Hitler abgeben könne. In der Perspektive der Kreisauer war „der Nationalsozialismus nicht eine zwischenzeitliche Verirrung der deutschen Entwicklung, sondern der Kulminationspunkt eines religiös-geistigen Auflösungsprozesses zugunsten eines selbstmächtigen säkularistischen Geistes“.<sup>49</sup>

Innerhalb des Kreisauer Kreises waren „Gerstenmaiers theologische Impulse und fachliche Kompetenz für die [...] Grundlage der [Kreisauer] Staatskonzeption auf christlichem Fundament [...] von entscheidender Bedeutung“.<sup>50</sup> Vor allem Fragen der zukünftigen Staatsordnung sowie der Außen- und Europapolitik fielen in den Zuständigkeitsbereich des Brunstäd-Schülers, dem zudem die Rolle des scharf analysierenden Intellektuellen zufiel.<sup>51</sup> Zum Teil hatte der durch die lutherische Zwei-Reiche-Lehre geschulte Theologe auch hochtrabende Erwartungen zu dämpfen, wie sie einige seiner Freunde an die Rolle des Christentums als sittlicher Ordnungsmacht im neuen Deutschland richteten.<sup>52</sup>

Gerstenmaier gibt in seiner Autobiographie selbst einen Hinweis darauf, dass im Kreisauer Kreis ein Politikverständnis verbreitet war, wie er es durch seinen

48 Die meisten überlebenden Mitglieder des Kreisauer Kreises fanden nach 1945 – zumeist jedoch nur für kurze Zeit – in der CDU ihre politische Heimat; vgl. Volker Ullrich: *Der Kreisauer Kreis*. Reinbek bei Hamburg 2008, S. 133 f.

49 Günter Brakelmann: *Der Kreisauer Kreis: ein Überblick*, in: Ders.: *Christsein im Widerstand: Helmuth James von Moltke. Einblicke in das Leben eines jungen Deutschen*. Berlin u. a. 2008, S. 8–24, hier 13. Im Sommer 1943 kursierte in der Gruppe der Kreisauer ein Text über die „Grundsätze für die Neuordnung“ Deutschlands nach dem Sturz Hitlers. In diesem im Stile einer Regierungserklärung verfassten Dokument heißt es: „Die Regierung des Deutschen Reiches sieht im Christentum die Grundlage für die sittliche und religiöse Erneuerung unseres Volkes, für die Überwindung von Haß und Lüge, für den Neuaufbau der europäischen Völkergemeinschaft. Der Ausgangspunkt liegt in der verpflichtenden Besinnung des Menschen auf die göttliche Ordnung, die sein inneres und äußeres Dasein trägt. Erst wenn es gelingt, diese Ordnung zum Maßstab der Beziehungen zwischen den Menschen und Völkern zu machen, kann die Zerrüttung unserer Zeit überwunden und ein Friedenszustand geschaffen werden.“ Zit. nach Ger van Roon: *Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung*. München 1967, S. 561.

50 Brauer: *Mit Bibel und Pistole*, S. 369 f.

51 Vgl. van Roon: *Neuordnung im Widerstand*, S. 193 f. Moltke berichtete seiner Frau Freya am 3. November 1942: „Abends waren Gerstenmaier und ich bei Peter [Graf Yorck von Wartenburg]. Es war nicht nur sehr nett, sondern wir haben auch sichtlich beachtliche Fortschritte gemacht. Jedenfalls ist es wirklich erfreulich, was für einen Zugewinn wir mit Gerstenmaier gewonnen haben.“ Zit. nach Beate Ruhm von Oppen: *Helmuth James von Moltke. Briefe an Freya 1939–1945*. München 2007, S. 429.

52 Gerstenmaier: *Streit und Friede*, S. 159 f.: Wie später „in zahllosen parteiinternen Gesprächen der CDU“ habe er sich „in jenen Kreisauer Nächten“ zu der Klarstellung genötigt gesehen, „daß der christliche Staat nach den Verfassungsgrundsätzen des modernen freiheitlichen Rechtsstaats nicht zu verwirklichen ist. Im neuen Deutschland sollte der christliche Glaube zwar eine wichtige Rolle spielen, doch könne er hier „keine obligate Staatsideologie“ sein, sondern nur die Bedeutung einer persönlichen Überzeugung haben, „die [...] frei angenommen oder auch abgelehnt“ werden könne.



Lehrer Brunstädt kennengelernt hatte: „Es war ein hochgestochener Personalismus, dem wir [...] huldigten.“<sup>53</sup> Personalismus ist in diesem Zusammenhang ein Synonym sowohl für die Skepsis vor der Masse in der Politik als auch für das Festhalten am Ideal der sittlich verantwortlichen Persönlichkeit. Brunstädt, nach Gerstenmaier der Philosoph des Personalismus schlechthin<sup>54</sup>, hatte während der Weimarer Republik versucht, genau dieses Ideal gegen die moderne Massenkultur zu verteidigen, in der er es durch staatliche Bürokratie, formale Gleichheitsstrukturen und die anonyme kapitalistische Produktions- und Konsumweise bedroht sah. Brunstäds Interesse hatte stets einem austarierten Verhältnis von Individuum und Gemeinschaft gegolten. Weder sollten Unterschiede zwischen den Einzelnen einfach übergangen und das Individuum in Bürokratie und Massengesellschaft aufgehen, noch sollten Individualismus und Eigennutz so übersteigert werden, dass die sittliche Verantwortung des Einzelnen für das Ganze aus dem Blick geriet.<sup>55</sup> Gerade mit Blick auf das Wirtschaftsleben – also denjenigen Bereich, für den die Lehren des Leiters der „Evangelisch-sozialen Schule“ in Spandau primär gedacht waren – war Brunstädt der Meinung gewesen, dass es hier zur Ausbildung sittlich verantwortlicher Persönlichkeiten nur dann komme, wenn sich die Individuen nicht nur als isolierte Einzelne, sondern als Glieder eines übergeordneten Ganzen begriffen, für das sie auch eine eigene Verantwortung verspürten. In der „konstitutionellen Fabrik“<sup>56</sup>, in der gewisse Mindeststandards in der Arbeitnehmermitbestimmung gelten, sollte der Arbeiter mehr als nur ein beteiligungsloser Lohnempfänger sein; er sollte innerlich mit seinem Betrieb verwachsen, dadurch etwa, dass er innerhalb desselben gewisse Rechte in Bezug auf die Arbeitsplatzsicherheit und die Altersvorsorge erwarb. Wenn dieses Ziel erreicht sei, dann sei auch die sozialistische Arbeiterbewegung mit ihrer klassenkämpferischen Haltung überflüssig gemacht.<sup>57</sup>

53 Ebd., S. 161.

54 Eugen Gerstenmaier: Mein Lehrer Friedrich Brunstädt, in: Ders.: Reden und Aufsätze. Bd. 2. Stuttgart 1962, S. 408–420, hier 416 f.: „[A]lle Nivellierungen waren ihm, dem Philosophen des Personalismus, ein Greuel, und darum stand er mit allem, was Masse war oder sich als Masse gab, auf gespanntem Fuß. [...] Seine Bedenken gegen die parlamentarische Demokratie Weimarer Musters wurzelten [...] vor allem darin, daß er keineswegs davon überzeugt war, daß die größere Zahl auch immer das höhere Recht oder die tiefere Einsicht vertrete. Daß der Politiker, jedenfalls der Politiker der vorderen Reihe vor allem verpflichtet sei, nicht einfach das Gewünschte oder Populäre zu tun, sondern das Rechte, ‚wie’s Gott ihm gab zu sehen‘ – um mit Abraham Lincoln zu sprechen – davon ging Friedrich Brunstädt niemals ab.“

55 Vgl. Wilhelm Polster: Die Soziallehre Friedrich Brunstäds. Erlangen 1970.

56 Friedrich Brunstädt: Deutschland und der Sozialismus. Berlin 1924, S. 312.

57 Brunstäds Ziel war es, dass der „Gewerkschaftsgedanke [...] von seiner klassenkämpferischen Verfälschung befreit [wird] und [...] die Bedeutung der Standesvertretung der Arbeiterschaft [gewinnt], als der Form, in der sich die Arbeiterschaft als Organ der Wirtschaft eingliedert. Die Arbeiter sind nicht nur Lohnempfänger, sondern Mitträger der Wirtschaft nach Standesplicht, Standeshre und Standeszucht“, ebd., S. 313.

Zwischen den Gesellschaftsvorstellungen Brunstädts und des Kreisauer Kreises zeigen sich vielfältige Parallelen. Wie bei Brunstäd war auch das Denken der Kreisauer stark an „einem organisatorischen Gesellschaftsbild“<sup>58</sup> orientiert und verband somit „in hohem Maße traditionale Elemente mit sozialutopischen Ideen“.<sup>59</sup> Zwar liebäugelte man im Kreisauer Kreis nicht mit der Rückkehr zur preußischen Monarchietradition<sup>60</sup>, wie dies Gerstenmaiers streng konservativer Lehrer Brunstäd während der ersten Jahre der Weimarer Republik getan hatte.<sup>61</sup> Doch stimmte man mit ihm überein in der Überzeugung, dass das moderne Massendasein unbedingt überwunden werden müsse und an seiner Stelle eine neue Kultur sittlicher Gebundenheit zu treten habe. Nach Vorstellung der Kreisauer sollte im neuen Deutschland die politische Willensbildung grundsätzlich für den Einzelnen überschaubar bleiben, weshalb man sich auch dafür aussprach, dass die großen Parlamente der Landtage und des Reichstags nicht von den Bürgern direkt, sondern über Mittelsmänner gewählt werden sollten. Wo immer möglich, sollten die kleineren Einheiten Vorrang vor den größeren Instanzen besitzen. So wollte man der Entwurzelung der Menschen vorbeugen, die man als Grund ihrer Empfänglichkeit für den Nationalsozialismus ansah. Weder der Staat noch die Wirtschaft sollten sich zu abstrakten, selbstreferentiellen Gebilden entwickeln und so die Entwicklung der Menschen zu reifen, sittlich und religiös gebundenen Persönlichkeiten behindern.<sup>62</sup>

Auch wenn letzten Endes die Neuordnungsvorschläge des Kreisauer Kreises keinen direkten Eingang in das vom Parlamentarischen Rat der westlichen Besatzungszonen ausgearbeitete Bonner Grundgesetz fanden, so verstanden sich doch die Überlebenden aus dem Verschwörerkreis zeit ihres Lebens mit einigem Selbstbewusstsein als Sachwalter des liberal-konservativen Erbes des Widerstands gegen Hitler. Insbesondere Eugen Gerstenmaier reagierte nicht mit

58 Hans Mommsen: Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstands, in: Ders.: Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. Ausgewählte Aufsätze. Reinbek bei Hamburg 1991, S. 233–337, hier 257.

59 Ebd., S. 241.

60 Der spiritus rector der Gruppe, der weltläufige Helmuth James Graf von Moltke, besaß über seine Familie Kontakte nach England und zeigte sich entsprechend stark geprägt von der parlamentarisch-demokratischen Tradition dieses Landes. Zu von Moltke vgl. Günter Brakelmann: Helmuth James von Moltke 1907–1945. München 2007.

61 Vgl. Brunstäd: Die Staatsideen.

62 Zu den verfassungsrechtlichen und wirtschaftspolitischen Vorstellungen des Kreisauer Kreises vgl. grundsätzlich van Roon: Neuordnung im Widerstand, S. 345–469. Die Skepsis der Kreisauer gegenüber modernen Vernassungsphänomenen kam auch darin zum Ausdruck, dass sich Moltke und Yorck als Anführer des Kreises intensiv mit Fragen der Agrarwirtschaft beschäftigten. Brakelmann: von Moltke, S. 205, fasst zusammen: „Für die Kreisauer hatte die Landwirtschaft ihren eigenen Wert. Sie sollte nicht einfach den industriekapitalistischen Produktionsstrukturen unterworfen werden, sondern war so zu gestalten, dass eine freie Entfaltung der von ihr lebenden Personen und deren organische Einbindung in ein Gemeinschaftsbewusstsein möglich ist.“



persönlicher Enttäuschung und dem Rückzug aus der Politik auf die weitgehende Nicht-Realisierung der Kreisauer Ideen, sondern versuchte im politischen Diskurs der Bundesrepublik an das personalistische Gedankengut seines Lehrers und des Kreisauer Kreises anzuknüpfen.<sup>63</sup> In der interkonfessionellen Widerstandsgruppe hatte der philosophisch veranlagte Brunstäd-Schüler tiefgründige Gespräche über das Wesen des Menschen und die grundsätzliche Bestimmung der Politik führen können. 1942 hätte von ihm eine Schrift zum Personenideal erscheinen sollen, die freilich sofort von den Nationalsozialisten beschlagnahmt wurde. Gerstenmaier knüpfte an die dort geäußerten Gedanken nach dem Krieg in der Festschrift für den Rostocker Brunstäd-Schüler und Praktischen Theologen Helmuth Schreiner an.<sup>64</sup> Er zeigte sich auch nach Inkrafttreten des Grundgesetzes nicht bereit, an seiner unter dem Einfluss Brunstädts und des Kreisauer Kreises entstandenen Überzeugung Abstriche zu machen, dass der Staat gerade unter den Bedingungen der Moderne an der Reifung des Einzelnen als sittlich verantwortlicher Person ein absolutes Interesse haben muss.

Hinzu kommt, dass Gerstenmaier im Kreisauer Kreis zum ersten Mal klar geworden war, dass eine politische Verständigung von Christen beider Konfessionen grundsätzlich kein Ding der Unmöglichkeit war. In Diskussionen mit den katholischen Mitverschwörern Alfred Delp SJ (1907–1945) und Paulus van Husen (1891–1971) erwies sich für ihn insbesondere die christliche Naturrechts-tradition als eine tragfähige Brücke, auf der sich die beiden konfessionellen Lager begegnen konnten.<sup>65</sup> Nun aber war diese Naturrechtstradition Gerstenmaier vor allem durch das Buch „Gerechtigkeit“ seines Schweizer Lehrers Emil Brunner bekannt. Wer verstehen will, warum Gerstenmaier in den 1950er- und

63 Die zahlreichen Reden, Ansprachen und schriftlichen Debattenbeiträge, mit denen Gerstenmaier in den 1950er und 1960er Jahren zur Beschäftigung mit dem Erbe des Kreisauer Kreises und der Widerständler des 20. Juli 1944 anregte, sprechen eine eindeutige Sprache. Andere konservative CDU-Politiker aus dem Umfeld des Kreises wie Theodor Steltzer oder Hans Schlange-Schönningen reagierten hingegen persönlich enttäuscht auf das Scheitern der Kreisauer Staatsideen und zogen sich nach 1949 allmählich aus der aktiven Politik zurück; dazu Michael Klein: Westdeutscher Protestantismus und politische Parteien. Anti-Parteien-Mentalität und parteipolitisches Engagement von 1945 bis 1963 (Beiträge zur Historischen Theologie 129). Tübingen 2005, S. 181–188.

64 Vgl. Eugen Gerstenmaier: Die Zukunft der Person. Prolegomena zu einer evangelischen Sozialethik, in: Karl Janssen (Hg.): Dienst unter dem Wort. Eine Festgabe für Professor D. Dr. Helmuth Schreiner zum 60. Geburtstag am 2. März 1953. Gütersloh 1953, S. 61–75. Bereits in seiner Habilitationsschrift hatte Gerstenmaier „die personale Bestimmtheit des Menschen (zur Gerechtigkeit)“ betont. „[D]as Wissen um die Gottesebenbildlichkeit des Menschen als seinem Personsein überhaupt“ sei von fundamentaler Bedeutung „bei der [theologisch] richtigen Erfassung menschlicher Existenz“. Dass der Mensch „von Gott her ist und darum auf ihn geordnet ist, das bleibt Tatsache und behält seine Gültigkeit in aller Sünde. Das bleibt der ‚unversehrte‘, weil vom Menschen her gar nicht aufzuhebende ‚Rest‘ seiner ‚ursprünglichen‘, ganzen Bestimmtheit“; Die Kirche und die Schöpfung, S. 174, 182 f.

65 Vgl. Gerstenmaier: Streit und Friede, S. 159 f.



1960er Jahren relativ problemlos „zum Sprecher und Interpret christdemokratischer Politik für die *ganze* [aus protestantischen und katholischen Christen zusammengesetzte] Partei werden konnte“<sup>66</sup>, muss daher auch den Einfluss Brunners auf ihn beleuchten.

*Eugen Gerstenmaier als Schüler Emil Brunners*

Im Sommersemester 1934 wechselte Gerstenmaier den Studienort und siedelte von Rostock nach Zürich über. Von seinem Gang in die Schweiz erhoffte er sich eine gewisse Distanz zu den Auseinandersetzungen des deutschen Kirchenkampfes sowie die Möglichkeit eines vertieften Studiums systematischer Theologie.<sup>67</sup> Ein Erfolg wurde das von der Studienstiftung des deutschen Volkes finanzierte Auslandssemester am Zürichsee durch die Begegnung mit Emil Brunner, der 1934 als der wichtigste Gegenspieler Karl Barths galt. Zwar hatte Brunner nach dem Ersten Weltkrieg mit Barth gemeinsame Sache gegen die liberale Theologie gemacht. Doch war er spätestens am Ende der 1920er Jahre zu der Meinung gekommen, dass man Vernunft und Glaube – anders als Barth – auch produktiv aufeinander beziehen könne.<sup>68</sup> Gerstenmaier besuchte im Sommersemester 1934 bei Brunner ein Seminar zum Bekenntnisproblem in den Reformationskirchen. Aus dem Seminar heraus entstand eine Seminararbeit mit dem Titel „Dogma und Erkenntnisschrift“, in der Gerstenmaier immer wieder auf die Grundlagenkrise des Protestantismus der 1930er Jahre zu sprechen kam. Brunner bewertete die Arbeit als „verheißungsvoll“ und bot Gerstenmaier unverzüglich die Möglichkeit zur Promotion an. Der jedoch sah sich in der Pflicht, nach Rostock zu Brunstäd zurückzukehren, weshalb er seinen Aufenthalt am Zürichsee nicht noch um weitere Semester verlängerte.<sup>69</sup>

Freilich riss auch nach dem Weggang aus Zürich im Herbst 1934 der Kontakt zu Brunner nicht ab, dessen Theologie des Anknüpfungspunktes sehr gut zur oben geschilderten Art passte, mit der Brunstäd sich fundamentaltheologisch gegen Karl Barth positionierte. Als Mitarbeiter von Bischof Heckel im kirchlichen Außenamt war Gerstenmaier unter anderem mit der Aufgabe betraut, den Kontakt der Deutschen Evangelischen Kirche mit Vertretern der ökumenischen Bewegung in Genf zu pflegen, weshalb er unmittelbar vor Kriegsbeginn und

66 Michael Klein: Eugen Gerstenmaier – Der „Chefideologe“ der Union, in: HPM 13 (2006), S. 247–256, hier 249.

67 Vgl. Brauer: Mit Bibel und Pistole, S. 358.

68 Vgl. Christof Gestrich: Neuzeitliches Denken und die Spaltung der Dialektischen Theologie. Zur Frage der natürlichen Theologie (Beiträge zur Historischen Theologie 52). Tübingen 1977, S. 173–181. Zwar gilt allgemein Brunners Diskussion mit Barth um Natur und Gnade 1934 als Datum für den Bruch mit dessen Ansatz. Doch ist zu beachten, dass Brunner stets ein höchst eigenständiger Vertreter der Dialektischen Theologie blieb, der niemals in derselben Radikalität wie Barth Kultursynthesemodellen eine Absage erteilte.

69 Vgl. Gniss: Eugen Gerstenmaier, S. 50 f.

während des Krieges mehrmals in die Schweiz reisen musste. Während seiner Aufenthalte in der Alpenrepublik ließ er es sich nicht nehmen, jeweils seinen Lehrer und väterlichen Freund Brunner in Zürich zu besuchen. Als er Ende 1943 – zu diesem Zeitpunkt waren die Diskussionen im Kreisauer Kreis um die staatliche Neuordnung Deutschlands bereits im vollen Gange – nach Zürich kam, gab ihm Brunner das Manuskript seines neuesten Werkes „Gerechtigkeit. Eine Lehre von den Grundgesetzen der Gesellschaftsordnung“<sup>70</sup> zu lesen. Einige Jahre später, Gerstenmaier war bereits Bundestagspräsident, erzählte er im Rahmen seiner Laudatio auf Brunner anlässlich der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an den Schweizer Theologen hierzu folgende Anekdote:

„Ich erinnere mich noch des Tages, an dem ich dein Manuskript aus der Hirslanderstraße [Brunners Wohnort in Zürich] hinunter in den ‚Glockenhof‘ [Gerstenmaiers Hotel] nahm, um es an einem Abend und in einer Nacht zu lesen. Der Morgen graute, als ich es aus der Hand legte, und ich wußte, daß ich die Grundlagen für den Neubau Deutschlands gelesen hatte – wenn es überhaupt einen neuen Anfang für Deutschland geben sollte.“<sup>71</sup>

Brunners Werk „Gerechtigkeit“ ist die zweitwichtigste Publikation des Schweizer Theologen nach dem Buch „Das Gebot und die Ordnungen“ von 1932<sup>72</sup>, mit dem er sich als Ethiker einen Namen gemacht hatte. Das Werk von 1932 war ordnungstheologisch ausgerichtet und geprägt von dem für Brunner so typischen Verständigungsanliegen gegenüber der allgemeinen Anthropologie und nichtchristlichen Ethikentwürfen.<sup>73</sup> Das Buch „Gerechtigkeit“ von 1943 knüpft in der Sache daran an. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen des allgemeinen Ordnungs-, Prinzipien- und Gerechtigkeitsverlusts während des Zweiten Weltkriegs stellt Brunner hier mit neuer Schärfe die seit Beginn der abendländischen Philosophiegeschichte wohlbekannte Frage nach Gerechtigkeit als der Grundbedingung für friedliches gesellschaftliches Zusammenleben. Brunners Buch, das Diskussionen mit (Schweizer) Juristen und Rechtsphilosophen viel verdankt,<sup>74</sup> lebt dabei von der Beobachtung, dass in der protestantischen Tradition unter dem Stichwort der Gerechtigkeit klassischerweise nur die Glaubensgerechtigkeit thematisiert wurde, nicht aber das, was nach Maßstäben der allgemeinen politischen Ethik als gerecht zu gelten hat.

70 Emil Brunner: *Gerechtigkeit. Eine Lehre von den Grundgesetzen der Gesellschaftsordnung* (1943). 3., unveränderte Auflage. Mit einer Einleitung von Werner Kägi. Zürich 1981.

71 Eugen Gerstenmaier: *Emil Brunner*, in: Ders.: *Reden II*, S. 405–407, hier 406 f.

72 Emil Brunner: *Das Gebot und die Ordnungen. Entwurf einer protestantisch-theologischen Ethik* (1932). 4., unveränderte Auflage. Mit einer Einleitung von Rudolf Wehrli. Zürich 1978.

73 Zur genauen Einordnung sowie zur Abhebung von Paul Althaus' *Ordnungstheologie* vgl. Frank Jehle: *Emil Brunner. Theologe im 20. Jahrhundert*. Zürich 2006, S. 253–272.

74 Vgl. Werner Kägi: *Einleitung*, in: Brunner: *Gerechtigkeit*, S. V–XXXIV.

Für den „Zerfall der abendländischen Gerechtigkeitsidee“<sup>75</sup>, der dem Nationalsozialismus den Boden bereitet habe, machte der Zürcher Theologe vor allem den völlig metaphysikfreien Rechtspositivismus des frühen 20. Jahrhundert verantwortlich. Gegen diese Tradition müsse man sich wieder auf die Naturrechtsüberlieferung zurückbesinnen, in der auf eine produktive Weise sowohl christliche als auch pagane Elemente zusammenflössen. Der Sache nach habe man es beim Naturrecht stets mit einer absoluten „Ordnung übermenschlicher, überirdischer, überzeitlicher Art“ zu tun, die allen konkreten menschlichen Satzungen vorausgehe und für diese als Maßstab fungiere. Wenn – so Brunners Leitgedanke – kein überpositives, absolut geltendes Naturrecht existiere, dann gebe es nur gesatztes Recht; dann fehlten also grundsätzliche Normen der Gerechtigkeit. Das Resultat sei, dass im Extremfall – beim Auftreten korruptierter Machthaber – Recht zu Unrecht pervertiert und der Personwürde des Menschen substanzieller Schaden zugefügt werde. Brunner war 1943 überzeugt davon, dass „[d]er totale Staat [...] nichts anderes als der in politische Praxis umgesetzte Rechtspositivismus, die tatsächliche Ausserkraftsetzung der antik-christlichen Anschauung vom göttlichen ‚Naturrecht‘“ war.<sup>76</sup>

Zwar klärte Brunner seine Leser kaum auf über die sehr starken metaphysischen und ontologischen Grundannahmen hinter für ihn zentralen Begriffen wie ‚Ordnung‘ und ‚göttliches‘ Naturrecht.<sup>77</sup> Doch trotz dieses Defizits war sein Werk für Gerstenmaier ungemein wichtig. Die von einem protestantischen Theologen verfasste Schrift, in der naturrechtliche Argumentationsmuster eine prominente Rolle spielten, die traditionell eher im Katholizismus beheimatet sind und zumindest im Protestantismus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts aufgrund des großen Einflusses Karl Barths und der Lutherrenaissance<sup>78</sup> kaum eine Rolle spielten, war eine gute Verständigungsgrundlage für Protestanten und Katholiken nach 1945, als es darum ging, nach der moralischen Katastrophe des Nationalsozialismus das in der Weimarer Republik noch unmögliche Projekt einer interkonfessionellen Volkspartei zu realisieren. An diese Zusammen-

75 Brunner: *Gerechtigkeit*, S. 3.

76 Ebd., S. 7.

77 Kritisch dazu Klaus Tanner: *Der lange Schatten des Naturrechts. Eine fundamentalethische Untersuchung*. Stuttgart u. a. 1993, S. 28.

78 Die (Wieder-)Entdeckung der als ‚katholisch‘ geltenden Naturrechtstradition durch die evangelische Sozialethik fällt im Großen und Ganzen erst in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, sodass Brunner in diesem Zusammenhang tatsächlich eine Pionierrolle spielte. Zuvor hatten Karl Barth und Karl Holl sowie ihre Schülerschaft – bei aller Unterschiedlichkeit ihrer theologischen Ansätze – theologisch-ethisches Denken in den Bahnen des Naturrechts als nicht-protestantisch abgetan und damit den Diskurs bestimmt. Lediglich im Werk Ernst Troeltschs, der freilich erst ab den 1970er Jahren eingehender rezipiert wurde, hatte die europäische Naturrechtstradition eine große Bedeutung gehabt; zu diesen Zusammenhängen vgl. Tanner: *Der lange Schatten*, S. 13–16.



hänge erinnerte Gerstenmaier 1960 in der bereits erwähnten Laudatio auf seinen Schweizer Lehrer:

„[...] als die Stunde kam, in der wir Deutsche unser Schicksal wieder selbst in die Hand nehmen sollten, da formte sich die [CDU als] stärkste politische Kraft des neuen Deutschlands in dem Geist und auf den Grundlagen, die du in der ‚Gerechtigkeit‘ programmatisch in unser Bewußtsein gehoben hast. Die politische Zusammenarbeit der katholischen und evangelischen Christen war und ist bis auf den heutigen Tag keine bare Selbstverständlichkeit. [...] Du hast uns, du hast Deutschland einen großen Dienst geleistet, indem du die verpflichtenden Grundlagen, die Ziele und die Grenzen dieser Zusammenarbeit geklärt und uns bewußt gemacht hast.“<sup>79</sup>

Ein wichtiger Referenzpunkt in Brunners für Gerstenmaier so wichtigem Buch sind Aristoteles' Reflexionen über das Wesen der Gerechtigkeit im fünften Buch der Nikomachischen Ethik.<sup>80</sup> Für Brunner liegt in der aristotelischen Unterscheidung zwischen einfacher und proportionaler Gleichheit<sup>81</sup> „ein bedeutender Hinweis auf das Richtige“ in der Frage der Gerechtigkeit.<sup>82</sup> Während der Maßstab der einfachen Gleichheit darauf hinauslaufe, jedem schlicht das Gleiche zu geben, betrete man mit dem Maßstab proportionaler Gleichheit eine höhere Komplexitätsstufe. Ein proportionaler Gleichheitsmaßstab stelle nämlich bei der Bewertung dessen, was gerecht sei, die faktische Ungleichheit der Menschen in Rechnung. Bei diesem Gerechtigkeitsmaßstab werde nicht jedem umstandslos das Gleiche gegeben, sondern es werde verteilt nach dem gleichen Maß – mit ungleichem Resultat. Um den Sinn der Gerechtigkeit als proportionaler Gleichheit zu unterstreichen, kommt Brunner immer wieder auf die dem römischen Rechtsgelehrten Ulpian (gest. 223 n. Chr.) zugeschriebene Sentenz „Iustitia est perpetua et constans voluntas ius suum cuique tribuendi“ zurück. Es gelte, dass „[d]er einfache Satz: *Suum cuique* [...] in der Tat das ganze Wesen der Gerechtigkeit erfasst – nämlich eben der Gerechtigkeit, mit der wir uns in diesem Buche beschäftigen und die dem ‚Gerechtigkeitsgefühl‘ der Menschen entspricht“.<sup>83</sup>

Brunner hat es in „Gerechtigkeit“ freilich nicht bei allgemeinen Reflexionen über die Gerechtigkeit als überindividuellen Ordnungsrahmen belassen, innerhalb dessen sich festlegen lässt, was jedem zukommt und was nicht, sondern dem Grundlegungsteil seines Buches<sup>84</sup> auch ausführliche, auf verschiedene Gesell-

79 Gerstenmaier: Emil Brunner, S. 407.

80 Vgl. Brunner: Gerechtigkeit, S. 32–36.

81 Vgl. Aristoteles: Die Nikomachische Ethik. Aus dem Griechischen und mit einer Einführung und Erläuterungen versehen von Olof Gigon. München 2004, S. 209–216.

82 Brunner: Gerechtigkeit, S. 34.

83 Ebd., S. 21.

84 Ebd., S. 3–154.

schaftsbereiche bezogene Konkretionen<sup>85</sup> zur Seite gestellt. Neben Brunners Hinweis auf die proportionale Gleichheit war es vor allem dieser Konkretionsteil, der auf Gerstenmaier und – vermittelt über diesen – auch auf die CDU eingewirkt hat. Grundlegende Parallelen zwischen Brunner und der politischen Programmatik der Christdemokraten zeigen sich vor allem dort, wo man die wirtschaftsethischen Passagen der „Gerechtigkeit“ in den Blick nimmt. Brunners Werk liest sich hier wie ein Kommentar zur Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft, deren Etablierung in der Bundesrepublik auf Ludwig Erhard und die Adenauer-CDU zurückgeht. Der Schweizer Theologe plädierte grundsätzlich für einen Mittelweg zwischen Manchester-Liberalismus und Sozialismus. Letzterer verletze mit der Leugnung der Ungleichheit der Wirtschaftssubjekte das fundamentale Gerechtigkeitsprinzip des „*sum cuique*“:

„Es ist gerecht, dass der, der mehr leistet, mehr bekommt als der, der weniger leistet; es ist gerecht, dass der, der zu sparen versteht, das, was er sich abspart, auch behalten darf, und nicht dem gleichgestellt wird, der alles verbraucht, was er gewinnt; und es ist gerecht, dass der, der etwas wagt, am Gewinn des Wagnisses mehr Anteil bekommt als der, der den bequemeren und sicheren Weg vorzieht, bei dem er nichts riskiert. Es wäre ungerecht, wenn der Tüchtige und Fleißige nicht mehr bekäme als der Untüchtige und Faule, wenn dem Sparer, was er gespart, genommen würde zugunsten dessen, der alles verbraucht, was er bekommt, und wenn dem Wagemutigen der Preis des Wagemutes entzogen würde.“<sup>86</sup>

Doch dem Erwerbswillen der Einzelnen müssten auch gewisse Grenzen gezogen werden. Um des „*sum cuique*“ willen sei es auch „gerecht, dass der, der sein Möglichstes leistet, auch wenn es ein Geringes ist, als vollwertiges Glied der Arbeitsgemeinschaft, als Mensch, der menschenwürdig soll leben können, behandelt wird“, wobei unter vollwertiger Anerkennung des Einzelnen auch die Existenzmöglichkeit seiner Familie falle.<sup>87</sup> Über das Schicksal des Arbeiters in der modernen Industriegesellschaft wusste Brunner nur allzu gut Bescheid, hatte er doch 1919/20 im Rahmen eines noch von seinem Schweizer Dorfpfarramt aus unternommenen Auslandsaufenthalts am Union Theological Seminary in den USA wichtige Einblicke in Motive und Hintergründe der christlichen Arbeiterbewegung erhalten.<sup>88</sup> In seinem Werk „Gerechtigkeit“ nimmt der Schweizer Theologe – ähnlich wie zuvor schon Brunstäd als führender Kopf der „christlich-sozialen“ Arbeiterbewegung der Zwischenkriegszeit – Anstoß an Zuständen, in denen der Arbeiter nicht mehr ist als ein bloßer Lohnempfänger, über den der Unternehmer willkürlich verfügen

85 Ebd., S. 155–307.

86 Ebd., S. 182.

87 Ebd., S. 201.

88 Vgl. Jehlé: Emil Brunner, S. 139–141.



kann: „Die totale Abhängigkeit vom Diktat des Eigentümers ist umso entwürdigender, je unpersönlicher, je anonymer dieser diktierende kapitalistische Eigentümer ist.“<sup>89</sup> Insbesondere Aktiengesellschaften stünden in der Versuchung, den Kurs des Unternehmens allein an der Kapitalrendite auszurichten – ganz ohne Rücksicht auf die Belegschaft. „Dadurch wird der Arbeiter zum blossen Produktionsfaktor, zum wirtschaftlichen Objekt. Mit Recht empfindet er das als menschenunwürdig; es wird ihm dadurch sein gliedschaftliches Subjektsein im Wirtschaftsganzen genommen, seine Personwürde missachtet.“<sup>90</sup> Als Ausweg empfiehlt Brunner – auch hier ganz ähnlichen Vorstellungen wie Brunstäd verpflichtet – die Gründung von Betriebsgewerkschaften.<sup>91</sup> Auf diese Weise realisiere sich der christliche Grundgedanke, der zwar nicht auf radikale Gleichheit, dafür jedoch umso entschiedener auf den Ausgleich von Interessen ziele. Dem Kommunismus indes trat Brunner in der „Gerechtigkeit“ – und auch später<sup>92</sup> – mit scharfer Kritik entgegen; er warf ihm strukturelle Nähe zum Nationalsozialismus vor, womit er auch Gerstenmaier beeinflusste.

Dass Brunners „Gerechtigkeit“ auf Gerstenmaier einigen Eindruck machte, hing zum einem mit dem ordoliberalen Plädoyer des Schweizer Theologen für „eine Kombination von freier und staatlich überwachter – nicht dirigierter Wirtschaft“<sup>93</sup> zusammen, zum anderen aber auch mit dem Umstand, dass Brunner grundsätzlich bei den Begriffen Person, Dienstgemeinschaft und gerechte Ordnung ansetzt. Genau dies waren die Grundbegriffe, um die der Kreisauer Kreis gedanklich kreiste – immer in Abwehr der zwei zur ‚Vermassung‘ führenden Abwege der Moderne, des atomisierenden Individualismus und des radikalen gleichmacherischen Kollektivismus.

Im Schlusskapitel von „Gerechtigkeit“ unternahm Brunner einen Ausblick in die Zeit nach dem großen Krieg und stellte die Frage, wie es wieder zum Auf-

89 Mit Blick auf die Eigentumsfrage fallen bei Brunner: *Gerechtigkeit*, S. 209, Sätze, wie sie Gerstenmaier schon von Brunstäd her bekannt waren: Es gebe, „in christlicher Sicht, kein absolutes Privateigentum, sondern nur Eigentum innerhalb der Grenzen des Gemeinwohls, der Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft“. Für Brunstäd wiederum stand fest: „Das römische Recht geht von der Rechtsperson als dem absoluten Individuum aus“; dagegen gehe man in „deutsch-rechtlicher und christlicher Überlieferung“ vom Eigentümer als Organ der Rechtsgemeinschaft aus, die vorgeordnet sei, da sie die Individuen allererst zu Rechtsträgern mache. Für das römische Recht ist „Eigentum [...] gemäß der Absolutheit der Person *dominium absolutum*, uneingeschränkte, willkürliche Verfügungsgewalt, der die Sache gleichsam wehrlos, willenlos ausgeliefert ist“, während „nicht nur bei den Bauern, sondern auch im gesunden Bürgertum“ Deutschlands die Tradition fortlebe, dass sich mit dem Recht auf Eigentum „die Verpflichtung zu pflegerischer Ausschöpfung des Wertcharakters der Sache“ verbinde. Das Eigentum und seine Ordnung, in: Gerstenmaier/Schweitzer (Hg.): Friedrich Brunstäd. Gesammelte Aufsätze, S. 355–363, hier 359–361

90 Brunner: *Gerechtigkeit*, S. 205.

91 Vgl. ebd., S. 205–207.

92 Vgl. ebd., S. 213–218. Zu Brunners antikommunistischer Haltung, die – gerade im Gegenüber zu Karl Barth – zu einem Markenzeichen wurde, vgl. Jehle: Emil Brunner, S. 453–462.

93 Brunner: *Gerechtigkeit*, S. 329.



bau einer gerechten Völkerordnung in Europa und der Welt kommen könne. Von vorneherein stand für ihn fest, dass der moderne „Massenmensch“ die gerechte Gesellschaft nicht realisieren könne.<sup>94</sup> Um das Massendasein zu überwinden, sei ein religiöses Erwachen der Völker Europas notwendig. Auch könne nur durch Religion die „nationalstaatliche Sonderpolitik“ zugunsten „einer universelleren, weltweiteren [sic] Form der Ordnung“ überwunden werden.<sup>95</sup> Von der Wirtschaft seien Schritte in die richtige Richtung kaum zu erwarten, wohl jedoch von den Kirchen. In diesen sah Brunner während des Krieges „das Bewusstsein der solidarischen Verbundenheit über alle politisch-kriegerischen Gegensätze hinweg“ lebendig und er zweifelte nicht daran, „dass, sobald der Krieg beendet sein wird, die persönlichen und indirekten Verbindungen [zwischen den protestantischen Nationalkirchen] nicht nur im vollen Umfang wieder hergestellt, sondern darüber hinaus in ganz neuer Weise Verstärkung und Förderung erfahren werden. Es ist darum nicht zum Verwundern, dass schon heute weit über die [unmittelbaren] kirchlichen Kreise hinaus das Interesse und die Hoffnung vieler auf die Kirche gerichtet ist als auf diejenige Grösse, die am ehesten imstande sein werde, das Einheitsband zwischen den national abgeschlossenen Völkern herzustellen und im geistigen und sozialen Bereich eine Solidarität zu verwirklichen, die die Idee einer „Völkerfamilie“ wenigstens symbolkräftig darstellen und darüber hinaus auch persönlich-praktisch verwirklichen werde.“<sup>96</sup>

Es ist nicht auszumachen, ob Brunner bei der Abfassung dieser Zeilen direkt an seinen Schüler und Freund Gerstenmaier dachte, mit dem er während des Krieges unter widrigen Bedingungen Kontakt hielt. Möglich wäre es, denn Gerstenmaier arbeitete während des Krieges vom kirchlichen Außenamt aus an dem von Brunner beschriebenen Ziel einer über die Kirchen vermittelten Solidarität der Völker über ihre nationalen Grenzen hinweg. So machte sich der Schwabe im zeitlichen Umfeld des Attentats vom 20. Juli 1944, im engen Kontakt mit Vertretern der weltweiten Ökumene in Genf, wo der ökumenische Rat der Kirchen im Entstehen begriffen war, an Pläne zum Aufbau eines kirchlichen Hilfswerks in Deutschland. Geplant war, dass dieses Hilfswerk nach dem Ende des Krieges bei den Kirchen im Ausland um Solidarität mit dem darniederliegenden deutschen Volk werben sollte. Als es unmittelbar nach der deutschen Kapitulation tatsächlich zur Gründung des Hilfswerks kam, leistete es unter Führung von Gerstenmaier als Einwerber ausländischer Liebesgaben einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Linderung der schlimmsten wirtschaftlichen und sozialen Not im ausgebombten und von schwerster Wohnungsnot

94 Vgl. ebd., S. 218–231.

95 Ebd., S. 300.

96 Ebd., S. 303 f.

geplagten Deutschland. Brunner wiederum unterstützte den Hilfswerksleiter von der Schweiz aus.<sup>97</sup>

Auf der Metaebene flankierte Gerstenmaier die Tätigkeit ‚seines‘ Hilfswerks während der Jahre 1945 bis 1949 dadurch, dass er noch einmal kraftvoll die konservative diakonische Tradition des deutschen Protestantismus beschwor, die er bei seinem Rostocker Lehrer Brunstäd kennen gelernt hatte und die sich für ihn vor allem mit den Namen Wichern, Stoecker und Bodelschwingh verband. In Berufung auf diese Tradition umschrieb der umtriebige schwäbische Theologe das diakonische Ideal des Hilfswerks mit der Formel „Hilfe zur Selbsthilfe“.<sup>98</sup> Später wurde Gerstenmaier vorgeworfen, das Hilfswerk für seine eigene konservativ-christliche und antikommunistische politische Weltanschauung missbraucht zu haben.<sup>99</sup> Richtig ist, dass man im Hilfswerk unter Führung Gerstenmaiers nicht nur die große Existenznot der ersten Nachkriegsjahre bekämpfte, sondern darüber hinaus auch versuchte, aktiv in antisäkularer und antikommunistischer Stoßrichtung die politisch-gesellschaftliche Entwicklung zu beeinflussen.

Spätestens mit der Währungsreform und dem Einsetzen des Wirtschaftswunders verlor das Hilfswerk an Bedeutung im In- wie im Ausland. Zugleich konnte es sich ab Ende der 1940er Jahre seiner organisatorisch-institutionellen Selbstständigkeit im Geflecht von Kirche und Diakonie nicht mehr sicher sein. Gerstenmaier quittierte diese für sein kurzzeitiges Herzensprojekt äußerst abträglichen Entwicklungen mit der widerwillig erfolgten Niederlegung seines Amtes als Hilfswerksleiter. Es kam daraufhin zum oben bereits angesprochenen Wechsel in die Bundespolitik unter Flagge der CDU, in der Gerstenmaier am ehesten seine christlich-konservativen Überzeugungen sowie die Anliegen des Kreisauer Kreises aufgehoben sah.

97 Gerstenmaier: *Streit und Friede*, S. 251, erinnert sich: „Im November 1945 war ich [als Hilfswerksleiter] wieder in der Schweiz. [...] Die feindselige Distanz gegenüber den Deutschen in der Schweizer Öffentlichkeit war überlagert von der Einsicht, man müsse Deutschland wieder eine Chance geben. Auf einer Versammlung der Züricher Studentenschaft hatte Emil Brunner zusammen mit dem Leiter des Schweizer Kriegsernährungsamtes, Muggli, unter dem Beifall der Studenten zur Hilfe für das hungernde Deutschland aufgerufen.“

98 Eugen Gerstenmaier: „Wichern Zwei“. Die sozialpolitische Aktion der Diakonie, in: Herbert Krimm (Hg.): *Das diakonische Amt der Kirche*. Stuttgart 1953, S. 467–518, hier 475.

99 Vgl. Kaiser: *Gerstenmaier in Kirche und Gesellschaft*, S. 85–87. Überzogen, da erkennbar aus marxistischer Perspektive geschrieben, ist die Kritik von Johannes Degen: *Diakonie und Restauration. Kritik am sozialen Protestantismus in der BRD*. Neuwied u. a. 1975, S. 34–79.

*Differenzierte Kritik an der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft –  
Eugen Gerstenmaier als Gegenspieler des Barthianismus im theologisch-  
politischen Diskurs der Nachkriegszeit*

Im gesellschaftlichen Diskurs der ersten Nachkriegsjahre fanden Einlassungen evangelischer Kirchenführer und Theologen große Beachtung. Dieser Sachverhalt, der heute angesichts weitreichender Säkularisierungs- und Entkirchlichungsphänomene nicht mehr unmittelbar verständlich ist, sich damals aber aus dem großen Zutrauen der westlichen Siegermächte und der Bevölkerung in die Kirchen als vermeintlich nicht belasteten Institutionen ergab, verhalf Eugen Gerstenmaier als Hilfswerksleiter schon vor der Wahl in den Bundestag 1949 zu öffentlicher Bekanntheit. Ebenso konnten Gerstenmaiers theologisch-politische Gegner aus dem barthianischen Lager mit ihren Wortmeldungen in Presse und Rundfunk bis in die 1960er Jahre ebenfalls einige Aufmerksamkeit auf sich ziehen.

Bei Gerstenmaier hatte sich durch sein Studium bei Brunstäd und Brunner als zwei profilierten Barth-Gegnern schon früh eine theologische Distanz zum großen Wortführer der Dialektischen Theologie herausgebildet, dessen offenbarungstheologischen Ansatz er bereits in seiner Dissertation bekämpft hatte. Doch persönliche Auseinandersetzungen hatte es während des Kirchenkampfes nicht gegeben.<sup>100</sup> Zur nachhaltigen Verstimmung im beidseitigen Verhältnis kam es erst unmittelbar nach Kriegsende. Karl Barth erhob den Vorwurf, Gerstenmaier sei als ehemaliger Mitarbeiter im kirchlichen Außenamt bei Theodor Heckel ein (kirchen-)politisches Chamäleon und man müsse sich nun, da der Krieg vorbei sei, vor seinem Aufstieg in Kirche und Staat hüten, liege hierin doch eine Neuauflage der alten Verbindung zwischen Kirche und staatlichen Machtinstanzen. Seit diesem Vorwurf, gegen den Gerstenmaier von Brunner in Schutz genommen wurde, war das Tischtuch zwischen Barth und Gerstenmaier zerschnitten.<sup>101</sup> Im Verlauf der 1950er Jahre wurden die Gräben immer tiefer, der Ton unversöhnlicher. Die beiden Antipoden beurteilten die gesellschaftliche und politische Entwicklung Westdeutschlands sowie die Rolle der Kirche und Theologie in diesem Zusammenhang höchst unterschiedlich.

Barth hatte bereits im Oktober 1945 Zweifel angemeldet an der Sinnhaftigkeit der Gründung der CDU als einer Partei, die das Epitheton ‚christlich‘ im Namen führte.<sup>102</sup> In seinem Aufsatz „Christengemeinde und Bürgergemeinde“ von 1946 vertiefte er seine Kritik. Bekannt ist diese Schrift bis heute nicht

100 Vgl. Gerstenmaier: Streit und Friede, S. 236.

101 Zu Barths Vorwurf und Brunners Entkräftigungsversuchen Gniss: Eugen Gerstenmaier, S. 165–167. Zu Heckels Rolle im Dritten Reich Kunze: Theodor Heckel, S. 119–181, 206–208, mit dem Hinweis darauf, dass „Heckel Eugen Gerstenmaiers Widerstand aus dem KA [Kirchlichen Außenamt] heraus duldete“.

102 Vgl. Klein: Westdeutscher Protestantismus, S. 381–383.



zuletzt wegen der hier offen zu Tage tretenden Skepsis gegenüber Parteien als Vermittlungsinstanzen zwischen dem Einzelnen und der Allgemeinheit. Parteien – das waren 1946 für den an direktdemokratischen Idealen orientierten Schweizer Theologen „keinesfalls [...] konstitutive Elemente, vielleicht von jeher krankhafte, auf jeden Fall nur sekundäre Erscheinungen“ des Politischen.<sup>103</sup> Nicht von den Parteien her sei das Staatswesen zu denken. Vielmehr müsse „[d]er rechte Staat [...] in der rechten Kirche sein Urbild und Vorbild haben“.<sup>104</sup> Als zentrales Organ der politischen Willensbildung kam für Barth nur die christliche Gemeinde in Betracht. Orientiert am Wort der Verkündigung erinnere sie an das Reich Gottes und mache den Bereich des Politischen transparent auf seine Gleichnisfähigkeit gegenüber dem Evangelium. Insbesondere eine sich christlich nennende Partei musste Barth vor diesem Hintergrund als eine gefährliche Verwässerung der christlichen Botschaft erscheinen, und gerade der Rückgriff einer solchen Partei auf die Naturrechtstradition stieß bei dem Schweizer Theologen auf energischen Widerspruch, da das Naturrecht für Barth ein nur „angeblich christliches, in Wirklichkeit aus humaner Weltanschauung und Moral zusammengeleimtes Gesetz“ war.<sup>105</sup> In Summe stand für Barth fest: Wenn sich die Christengemeinde von einer christlichen Partei vertreten lasse, dann „kann die Christengemeinde der Bürgergemeinde das politische Salz nicht sein, das zu sein sie ihr schuldig ist“.<sup>106</sup>

Der Frage nachzugehen, inwieweit Barth selbst mit seinen parteienkritischen Ausführungen aus „Christengemeinde und Bürgergemeinde“ einige Distanz zu Fundamentalprinzipien der Demokratie aufweist, wäre eine eigene Untersuchung wert.<sup>107</sup> Fest steht jedenfalls, dass Barths Ausführungen aus seiner Schrift von 1946 in den Folgejahren nicht nur das Denken der Bruderratsfraktion entscheidend beeinflussten, sondern auch den sozialetischen Diskurs des gesamten westdeutschen Protestantismus ganz wesentlich bestimmten. Ernst Wolf baute Barths Gedanken aus zu einer Lehre von der „Königsherrschaft Christi“, und der Barth-Schüler Hermann Diem, der wie der frühe Barth von Kierkegaard beeinflusst war, verband seine Skepsis gegenüber einer sich christlich nennenden Partei mit einer an den dänischen Philosophen erinnernden Kritik an der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, die sich unter dem Einfluss der CDU als christlich verstehe, ohne dies eigentlich zu sein.<sup>108</sup> Alles in

103 Karl Barth: Christengemeinde und Bürgergemeinde (1946), in: Ders.: Rechtfertigung und Recht – Christengemeinde und Bürgergemeinde – Evangelium und Gesetz. Zürich 1998, S. 74 f.

104 Ebd., S. 78.

105 Ebd., S. 76.

106 Ebd.

107 Zu Recht weist Klein: Westdeutscher Protestantismus, S. 384, darauf hin, dass ein gehöriges Maß an Parteienskepsis in allen Lagern des deutschen Protestantismus – im lutherischen ebenso wie im barthianischen – anzutreffen war.

108 Vgl. ebd., S. 386–394.

allem stand auf Seite dieser Barthianer<sup>109</sup> fest, dass die Kirche selbstbewusst eine politische Richtlinienkompetenz wahrzunehmen habe im Sinne eines prophetischen Wächteramts, für das man sich vor allem auf die zweite These der Barmer Theologischen Erklärung berief.<sup>110</sup> Insbesondere in der Debatte um die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik zeigte sich dann schnell, dass sich für die Barthianer mit dem prophetischen Wächteramt die Forderung „eines ethischen Autoritäts- und Avantgardeanspruchs gegenüber der [westdeutschen] Gesellschaft“ verband.<sup>111</sup> Da die barthianisch-bruderrattliche Fraktion Kirche und Christentum der bundesrepublikanischen Gesellschaft beziehungslos gegenüberstellte, war es ihr von Grund auf unmöglich, Spuren und Wirkungen des Christlichen in der Entwicklung der jungen Bundesrepublik auszumachen. Als sich mit verschärfter Ost-West-Konfrontation zugleich die Frage nach der Legitimität oder gar Superiorität des westlichen Lebens- und Gesellschaftsmodells gegenüber dem Kommunismus stellte, da musste der Barthianismus fast zwangsläufig schweigen, vermochte er doch „[f]ür die historisch-politische Interpretation des Begriffs ‚christlich‘ und damit seine Bedeutung als eines kulturellen Faktors“<sup>112</sup> kein Verständnis aufzubringen.

Mit fundamental anderen Auffassungen in all diesen Punkten sollte Eugen Gerstenmaier aufwarten, als er ab Mitte der 1950er Jahre zum unumstrittenen öffentlichen Interpreten christlich-demokratischer Politik wurde. Auf dem 6. Bundesparteitag der CDU im Frühjahr 1956 zum ersten Mal zum stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt, erhielt er hier erstmals die öffentliche Bühne, die er brauchte, um alle Kernelemente der CDU-Programmatik darzulegen und dabei vor dem Hintergrund der jüngsten deutschen Vergangenheit auch auf die Legitimität des C im Parteinamen aufmerksam zu machen.<sup>113</sup> Für Gerstenmaier stand nicht weniger als ein religiös-transzendentes Erlebnis am Anfang der deutschen Christdemokratie. Es gehöre zum Wesen dieser Partei, die nach der Katastrophe des Nationalsozialismus gegründet worden war, um

109 In Gerstenmaiers Heimat Württemberg versammelten sie sich in der von Diem gegründeten „Kirchlich-theologischen Sozietät“; vgl. ebd., S. 390.

110 Diese These lautet: „Wie Jesus Christus Gottes Zuspruch der Vergebung aller unserer Sünden ist, so und mit gleichem Ernst ist er auch Gottes kräftiger Anspruch auf unser ganzes Leben; durch ihn widerfährt uns frohe Befreiung aus den gottlosen Bindungen dieser Welt zu freiem, dankbarem Dienst an seinen Geschöpfen. Wir verwerfen die falsche Lehre, als gebe es Bereiche unseres Lebens, in denen wir nicht Jesus Christus, sondern anderen Herren zu eigen wären, Bereiche, in denen wir nicht der Rechtfertigung und Heiligung durch ihn bedürften.“ Zitiert nach: Karl Barth: *Texte zur Barmer Theologischen Erklärung*. Mit einer Einleitung von Eberhard Jüngel und einem Editionsbericht hg. von Martin Rohkrämer. Zürich 1984, S. 3.

111 Anselm Doering-Manteuffel: *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung zwischen 1945 und 1955*. Göttingen 1999, S. 107.

112 Klein: *Westdeutscher Protestantismus*, S. 386.

113 Gerstenmaiers Beitrag wurde laut Gniss: *Eugen Gerstenmaier*, S. 386, „von den Medien und seinen Parteifreunden als wichtigstes Referat des gesamten Parteitags gepriesen“.



alte konfessionelle und ideologische Gräben ein für alle Mal zu überwinden, „daß sie über alle rationale, politische Zweckbegründung hinaus von etwas lebt, mitbestimmt und getragen wird, auf das sich zwar hinweisen läßt, das sich aber der rationalen Durchleuchtung, der psychologischen, soziologischen und politischen Analyse in einem Letzten entzieht, weil es mehr den Bereichen der persönlichen Glaubenserfahrung und des geschichtlichen Erlebnisses der Nation, als der politischen Programmatik entstammt.“<sup>114</sup>

Einerseits warb Gerstenmaier darum, sich mit den Gründungsvätern der CDU offensiv zu bekennen zum Ideal „der christlichen Politik als einer Summe verpflichtender, aus den Geboten der Heiligen Schrift und dem Naturrecht überkommener Erkenntnisse, Einsichten und Verhaltensweisen in der Gestaltung des persönlichen wie des staatlichen Lebens“.<sup>115</sup> Andererseits wusste er sehr genau um die Irritationen und Zweideutigkeiten, welche eine Berufung auf das Christentum im politischen Kontext hervorrufen konnte. Die umstandslose Gleichsetzung von christlich und christlich-demokratisch lehnte er ab. Die CDU habe grundsätzlich kein Monopolanspruch darauf, allein und unzweideutig zu wissen, was aus christlicher Sicht in der Politik richtig sei. Grundsätzlich bleibe auch eine Politik wie die der CDU, die versuche, sich an transzendenten Maßstäben und Kriterien zu orientieren, vor Irrtümern nicht gefeit. Zugleich müsse man einsehen, „daß es Christen, katholische wie evangelische Christen, auch in anderen Parteien gibt. Aber das kann uns nicht daran hindern und darf uns nicht davon entbinden, unsere eigene Politik und unseren eigenen Weg bestimmen zu lassen von den Geboten Gottes und von der christlichen Berufung des Menschen und der Welt.“<sup>116</sup>

Den Gottes- und Transzendenzbezug der CDU hervorzuheben hatte für Gerstenmaier stets zwei Funktionen: Einerseits ging es darum, auf ein Unterscheidungsmerkmal gegenüber anderen Parteien hinzuweisen. Andererseits sollte so auch der Bereich des Politischen als der des Immanenten und Vorletzten ausgegeben und von dem Bereich des Transzendenten unterschieden werden, an den die CDU mit ihrem C zwar erinnere, mit dem es aber eher die Kirchen und weder die CDU noch andere Parteien zu tun hätten. Grundlegend zeigten sich in diesem Zusammenhang Gerstenmaiers Prägungen durch Brunstäd, der aus lutherischer Perspektive stets vor einer unsachgemäßen Vermengung der beiden Reiche von Kirche und Politik gewarnt hatte. Gerstenmaiers Lehrer hatte in den Auseinandersetzungen um Gesetz und Evangelium, die im konservativen Luthertum auf die Barmer Theologische Erklärung gefolgt waren, stets vor den Gefahren desjenigen Abweges gewarnt, den er kurz und knapp „Klerikalismus“

114 Eugen Gerstenmaier: Zehn Jahre Politik für Deutschland, in: Ders.: Reden und Aufsätze. Zusammengestellt anlässlich seines 50. Geburtstages am 25.8.1956. Stuttgart 1956, S. 206–238, hier 211.

115 Ebd., S. 237.

116 Ebd., S. 220.



nannte. Der Klerikalismus wolle, so Brunstäd, weil er die Unterscheidung von Gesetz und Evangelium nicht richtig verstehe, „die Welt verchristlichen [...] und das Reich Gottes auf Erden errichten“.<sup>117</sup> Im Falle Gerstenmaiers ging es beim Klerikalismus-Thema um den teils von säkularer – sozialdemokratischer –, teils von (links-)protestantischer Seite aus an die Adresse der CDU gerichteten Vorwurf, sie sei ein verlängerter Arm der katholischen Kirche in der Politik und ziele in dieser Eigenschaft in unbotmäßiger Vermischung des Geistlichen mit dem Weltlichen auf eine Theokratie, auf die Etablierung eines ‚christlichen Staates‘. Dem hielt Gerstenmaier entgegen, „daß die christliche Politik, die wir vertreten, in keinem Sinne Kirchenpolitik ist“.<sup>118</sup> Die CDU sei kein „politisches Zweckinstrument der Kirche“<sup>119</sup> und heiße „die bestehende [d. h. vom Grundgesetz her festgesetzte] Trennung von Kirche und Staat gut“.<sup>120</sup> Es wäre ein Irrtum, aus dem C im Parteinamen „die Konsequenz zu ziehen, daß wir einen christlichen Staat anstreben“.<sup>121</sup>

Nun war freilich mit der Zurückweisung des Modells des christlichen Staates keinem Laizismus das Wort geredet. Für Gerstenmaier galt: „Moderner, konfessionsloser Staat – gut, wenn es der sich seiner Grenzen bewußte, freiheitliche Rechtsstaat ist, der auch den Kräften des Glaubens freien Raum gibt. Die Kräfte des Unglaubens haben sich ihn längst genommen. [...] was wir brauchen, was auch ein konfessionsloser, freier Rechtsstaat braucht, das sind die bewahrenden Kräfte des Glaubens, die sich in Freiheit in ihm zu entfalten verlangen, zum Beispiel auch in den Schulen.“<sup>122</sup> Vor diesem Hintergrund dürfe auch die CDU, wiewohl sie eine weltliche Kraft sei und bleibe, kein anderes als ein positiv-kooperatives Verhältnis zu den Kirchen beider Konfessionen haben: „Wir sehen in den Kirchen nicht unsere politische, sondern unsere geistige, auf jeden Fall unsere geistliche Heimat.“<sup>123</sup> In „Grundfragen der Familienordnung,

117 Friedrich Brunstäd: Gesetz und Evangelium. Eine theologische Untersuchung zur Frage Kirche und Volk, in: Gerstenmaier/Schweitzer (Hg.): Friedrich Brunstäd. Gesammelte Aufsätze, S. 181–192, hier 192.

118 Gerstenmaier: Zehn Jahre Politik, S. 220.

119 Ebd., S. 221.

120 Ebd., S. 224.

121 Ebd. An anderer Stelle betont Eugen Gerstenmaier: Freiheit – wozu?, in: Ders.: Reden II, S. 163–189, hier 184: „Es ist töricht, uns [...] zu unterstellen, daß wir die Rekonstruktion eines konstantinischen ‚christlichen Staates‘ im Schilde führten, und es ist eine Unterschätzung unseres kritischen Situationsbewußtseins, wenn man uns die Organisation einer christlichen Staatsgesellschaft anhängen will. Nein, wir sind keine gesellschafts-politischen Illusionisten oder Reaktionäre. Aber in unserer politischen Gemeinschaft ist eine säkularisationsfeindliche Grundstimmung lebendig, die uns in vielem zu einer programmatisch anderen Sicht und auch zu anderen politischen Entscheidungen bringt als die Parteien, die in friedvoller Harmonie mit den säkularistischen Tendenzen unserer Zeit leben.“

122 Gerstenmaier: Zehn Jahre Politik, S. 224 f.

123 Ebd., S. 222.

der Grenzen des Staates, der Gerechtigkeit, der Freiheit und der Autorität“<sup>124</sup> stehe man grundsätzlich eng an der Seite der Kirchen.

Gerstenmaiers Ausführungen zur Legitimität, zur Reichweite und zu den Grenzen des C in der CDU sind vor dem Hintergrund zu lesen, dass er in den Bahnen Brunstäds und Brunners dachte, die sich stets darum bemüht hatten, das Christentum und den Bereich von Politik und Kultur nicht als zwei völlig verschiedene Sphären zu betrachten, die nichts miteinander zu tun hätten. Die Verhältnisbestimmung von Christentum und Politik/Kultur erfolgte bei Gerstenmaier nicht von der Denkfigur eines prinzipiellen Gegensatzes her, sondern im Rahmen eines organischen Zuordnungsmodells, das die Zusammengehörigkeit beider Größen gerade in ihrer Unterschiedenheit betonte. Schon seine zutiefst von Brunstädt beeinflusste Habilitationsschrift hatte die Sphären von Geschichte und Volkskultur umfassend in den theologischen Argumentationsgang hineingenommen. Damals hatte Gerstenmaier den Protestantismus vor den Folgen der Barth'schen Theologie warnen wollen, die diese Realitäten einseitig als gottlos abtue, nur um hernach vonseiten der Kirche umso zwanghafter auf sie einwirken zu wollen.<sup>125</sup> Als Spitzenpolitiker der Ära Adenauer argumentierte Gerstenmaier ähnlich, wenn er im Barthianismus eine Art „Neukalvinismus“<sup>126</sup> sah. Gerstenmaier wehrte sich mit Vehemenz gegen den Hang vieler Barthianer, Westdeutschland mitsamt seiner Kultur- und Gesellschaftsentwicklung einseitig zur kompletten Kontrastfolie des Christlichen zu stilisieren.<sup>127</sup> Er hielt stattdessen an unerschwelligen Verbindungen zwischen Christentum und westdeutscher Nachkriegsgesellschaft fest.

Dabei erschien ihm, der sich stets um eine möglichst differenzierte Bestimmung dessen bemühte, was aus christlicher Perspektive an der Adenauer-Ära gutzuheißen und was an ihr zu kritisieren war, die schnelle Wohlstandssteigerung –

124 Ebd., S. 221.

125 Vgl. Gerstenmaier: *Die Kirche und die Schöpfung*, S. 11–22; 247–285. Kirche muss nach Gerstenmaier Kirche des Volkes sein – allerdings nicht im Sinne des Genetivus subjectivus, sondern des Genetivus objectivus. „Wo man die Kirche [...] nicht grundsätzlich von Christus her versteht, sondern sie etwa als den zeitgebundenen Ausdruck der religiös-schöpferischen Volks- oder Massenseele begreift, wird dieser Genitiv nicht als genetivus objectivus, sondern subjectivus bestimmt werden“ (ebd., S. 256). Das Konzept der Volkskirche bedeute nicht, dem Volk nach dem Mund zu reden oder es über die Kirche herrschen zu lassen, sondern ziele darauf, dass die Kirche „in die einzelnen Völker in ihrer geschichtlichen Konkretheit eintritt, sich ihrer seelisch-geistigen Daseinsweise vermählt und sie darin bis in die feinsten Prägungen ihrer Geschichtlichkeit hinein mitbestimmt“ (ebd., S. 257).

126 Gerstenmaier: *Mein Lehrer Friedrich Brunstädt*, S. 418.

127 So war etwa Helmut Gollwitzer der Meinung, die westdeutsche Gesellschaft sei lediglich durch ein volkskirchliches Konventionschristentum gekennzeichnet, das sich auf dem Wirtschaftswunder ausruhe und politische Annäherungen an den Ostblock aus eigennützigem ökonomischen Kalkül ablehne. Die sich selbst betrügen, in: Wolfgang Weyrauch (Hg.): *Ich lebe in der Bundesrepublik*. München 1960, S. 123–140. Dem trat Gerstenmaier mit scharfen Worten entgegen; vgl. *Verschleuderung des christlichen Namens?* in: Ders.: *Reden II*, S. 60–78. Zur Gollwitzer-Gerstenmaier-Kontroverse Gniss: *Eugen Gerstenmaier*, S. 377 f.



eines der auffallendsten Phänomene jener Zeit – nicht als ein grundsätzliches Problem. „Mein Thema ist“, so konnten die Delegierten auf dem neunten Bundesparteitag der CDU 1960 in Karlsruhe hören, „überhaupt missverstanden, wenn es als eine Geringschätzung des Wohlstandes gedeutet wird, um den sich so viele in unserem Volk so bittere Mühen gegeben haben. Wer erlaubt uns, ihren Fleiß gering zu achten, [...] und wer ist berechtigt, unsere Regierung und ihre Wirtschaftspolitik dafür auch noch zu schelten?“<sup>128</sup> Gleichwohl gehe mit einem steigenden Wohlstand immer auch eine steigende kulturelle Verpflichtung einher. Die „Gewissensfrage“ an die Christen in- und außerhalb der Partei laute deswegen: „Wo stehen wir heute mit dem, was uns Gott in den vergangenen zehn Jahren wieder gegeben hat, und was wollen wir damit machen?“<sup>129</sup> Gerstenmaier erinnerte seine Parteifreunde daran, dass aus christlicher Sicht „der Wohlstand nicht der Zweck und das Ziel der menschlichen Existenz, sondern nur ein Mittel und Hilfe zur Freiheit und Unabhängigkeit des Menschen ist.“<sup>130</sup> Materialismus und Säkularismus seien in einer gefährlichen Weise auf dem Vormarsch. Mit dem Hinweis auf dieses „Grundproblem der weißen – und gar nicht nur der deutschen – Kultur“<sup>131</sup> gab Gerstenmaier der barthianischen Kritik der westlichen Nachkriegsgesellschaften dann doch partiell Recht.

Mit unbequemen Warnungen an die Adresse der eigenen Partei war Eugen Gerstenmaier insgesamt kein unkritischer Apologet der Adenauer-CDU. So kommt es wohl kaum von ungefähr, dass er nie ganz in den inneren Machtzirkel um Kanzler Adenauer vorstieß. Dies wäre die Bedingung dafür gewesen, dessen Nachfolger zu werden, was Gerstenmaier ebenso misslang, wie später der Versuch, Ludwig Erhard als Kanzler zu beerben.<sup>132</sup> Bereits in den 1950er Jahren brach immer wieder der inhaltliche Dissens zum mächtigen Kanzler auf. „Vom ‚strengen Personalismus‘ seines Lehrers Friedrich Brunstädt [sic] ausgehend, erblickte er gerade auch im sozialpolitischen Bereich erhebliche Gefahren“<sup>133</sup> an dem hauptsächlich von Adenauer verantworteten Kurs der CDU. Als Schüler Brunstäds entstammte er einer konservativen protestantischen Denkschule, deren Hauptforderung für den sozialpolitischen Bereich die Überwindung des für die Nation als ruinös erachteten Klassengegensatzes von Kapital und Arbeit gewesen war. Bismarcks Sozialgesetzgebung war von dieser Tradition als große Errungenschaft angesehen worden.<sup>134</sup> Doch der Aufbau eines umfassenden

128 Eugen Gerstenmaier: „Wohlstand und was sonst?“ Rede (mit handschriftlichen Korrekturen) auf dem neunten Bundesparteitag der CDU in Karlsruhe 1960, in: ACDP 01-210-074/1.

129 Ebd.

130 Ebd.

131 Gerstenmaier: Verschleuderung des christlichen Namens?, S. 67.

132 Zu Gerstenmaiers enttäuschten Karrierehoffnungen vgl. Gniss: Gerstenmaier, S. 393–416.

133 Klein: Westdeutscher Protestantismus, S. 245.

134 Vgl. Brunstädt: Deutschland und der Sozialismus, S. 43–49. Carl Gunther Schweitzer übrigens, mit Gerstenmaier zusammen Herausgeber der Schriften Brunstäds, war in den 1920er Jahren bei Brunstädt mit einer Arbeit zu Bismarcks (Sozial-)Staatsvorstellungen



Wohlfahrts- und Fürsorgestaates ließ sich mit ihr kaum legitimieren. Als die bundesrepublikanische Gesellschaft in den 1950er Jahren in eine neue industriepolitische Ära mit nie gekannten Standards im Bereich des Arbeitnehmerschutzes und der Arbeitnehmermitbestimmungsrechte vorstieß, war Gerstenmaier der Meinung, dass nun die vordringlichsten sozialpolitischen Fragen, das Problem unversöhnlicher Klassegegensätze etwa, an dem sich Brunstäd und Brunner noch auf ihre Art – mit dem Vorschlag zur Bildung von Betriebsgewerkschaften – abgearbeitet hatten, gelöst seien. Nun lautete für ihn das sozialpolitische Gebot der Stunde, den Rahmen so zu setzen, dass es zu einem fortlaufenden Vermögensaufbau in Arbeitnehmerhand kommen könne. Die Ausweitung der Sozialleistungen sah Gerstenmaier hingegen sehr kritisch. In diesem Zusammenhang gewann das Brunner'sche „*sum cuique*“ für ihn die Funktion eines Warnschildes vor einem Zuviel an Umverteilung. Dem Einzelnen und seiner Familie dürfe um seiner personalen Würde willen vom Staat auf keinen Fall ein Großteil des Erarbeiteten wieder genommen werden: „[W]ir sahen [als CDU] den Weg zur Wohlfahrt und Freiheit nie in der immer engeren kollektiven Verflechtung des Einzelnen, nie in seiner sozialen Auslieferung an den Staat [...]. Wir sahen den Weg dazu ganz im Gegenteil in der Förderung alles dessen, was seine Unabhängigkeit, seine persönliche Verfügungsgewalt und seine Familie zu stärken vermochte. Das eigene, aber bescheidene Familienheim war uns immer unvergleichlich wichtiger [...] als das Mietshaus einer noch so großen Genossenschaft.“<sup>135</sup>

Gerstenmaiers Skepsis gegenüber der Tendenz Adenauers, sich Wählerstimmen durch eine Ausweitung der Sozialleistungen zu sichern, verband sich mit kritischen Reflexionen über den Wohlstandssäkularismus der westdeutschen Gesellschaft, den er für sehr gefährlich hielt. Zugleich machte er sich Gedanken über die Korrelation zwischen dem Ausbau des Sozialstaats und der abnehmenden Leistungsbereitschaft der Bevölkerung.<sup>136</sup> Im Unterschied zum Barthianismus allerdings zeigte Gerstenmaier zu keinem Zeitpunkt Interesse an grundstürzenden Veränderungen des außen-, innen- und wirtschaftspolitischen Kurses, der unter Adenauer und Erhard eingeschlagen worden war. Sein Thema waren die langfristigen Erfolgsbedingungen des bundesrepublikanischen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells, und zu diesen rechnete er allem voran eine vitale christliche Religionspraxis.<sup>137</sup> Sein Lehrer Brunstäd hatte seine Religions-theorie aus dem für jeden Hegelianer entscheidenden Gedanken heraus entwickelt, dass der „Zusammenhang von Religion und Sittlichkeit ganz unmittel-

---

promoviert worden; vgl. Matthias Pöhlmann: *Kampf der Geister. Die Publizistik der „Apo-logischen Centrale“ (Konfession und Gesellschaft 16)*. Stuttgart u. a. 1998, S. 64 f.

135 Gerstenmaier: *Wohlstand und was sonst*, in: ACDP 01-210-074/1.

136 Vgl. Gerstenmaier: *Freiheit – wozu*, S. 176 f.

137 Vgl. Gniss: *Eugen Gerstenmaier*, S. 374–393.

bar, [ganz] innig ist.“<sup>138</sup> Er hatte also unterstrichen, dass ein Gemeinwesen ohne vitale Religionspraxis aufgrund des dann offenkundigen Fehlens einer allgemeinverbindlichen, mit der Volkskultur organisch verwachsenen sittlichen Grundlage in der Gefahr stehe, sich schnell in einen bindungs- und konturlosen Interessenhaufen zu verwandeln. Genau dieser Überzeugung war auch der ungemein säkularisierungsängstliche CDU-Politiker Gerstenmaier, der seine Parteifreunde in der Mitte der 1950er Jahre darauf hinwies, „daß wir zwar allen Grund haben, den Ergebnissen der sozialen Marktwirtschaft unseres Freundes Erhard dankbar zu sein, daß wir [aber] auch [...] sehen und erkennen müssen, daß die soziale Marktwirtschaft nur ein Teil im größeren Rahmen eines nicht nur der materiellen, sondern der geistigen und sittlichen Gesundheit [...] entgegenstehenden Volkes sein kann. Die Wirtschaft bedarf einer stabilen politischen, ja, sie bedarf einer qualifizierten, sittlich gekräftigten Staats-, Volks- und Gesellschaftsordnung.“<sup>139</sup>

Mit seiner Überzeugung, dass der Markt von sittlichen Ressourcen lebt, die er nicht aus sich heraus generieren kann und die er deshalb von außen, zuvorderst von der Religion, beziehen muss, lässt sich Eugen Gerstenmaier gut der Tradition des deutschen Ordoliberalismus zuordnen, der sich im Gegensatz zum klassischen Liberalismus durch eine große Aufgeschlossenheit gegenüber den sozialmoralischen Ressourcen der Religion auszeichnete. Nach dem „Sozialen“ in der „Sozialen Marktwirtschaft“ zu suchen, dies bedeutete für die häufig vom christlichen Widerstand gegen Hitler geprägten Ordoliberalen in erster Linie nicht, nach immer neuen Umverteilungsmöglichkeiten Ausschau zu halten, sondern nach einer „übergreifenden Sozialidee“<sup>140</sup>, wie man sie zuvorderst aus der Religion gewinnen und dann kompensatorisch dem reinen Wettbewerbsprinzip des Marktes in seiner sittliche Bindungen schädigenden Eigenart zur Seite stellen könne. So bezog sich Gerstenmaier in den 1950er und 1960er Jahren denn auch mehrfach auf den ordoliberalen Ökonomen und Erhard-Berater Wilhelm Röpke (1899–1966).<sup>141</sup> Für Röpke entschied sich das „Schicksal der Marktwirtschaft mit ihrem bewunderungswürdigen Mechanismus von Angebot und Nachfrage [...] jenseits von Angebot und Nachfrage“<sup>142</sup> – in dem Bereich, in dem es um Religion und Transzendenz und damit um die marktexternen Wertmaßstäbe der Marktteilnehmer geht.

138 Friedrich Brunstäd: Die Idee der Religion. Prinzipien der Religionsphilosophie. Halle 1922, S. 180.

139 Gerstenmaier: Zehn Jahre Politik, S. 227 f.

140 Alfred Müller-Armack: Soziale Irenik, in: Ders.: Religion und Wirtschaft. Geistesgeschichtliche Hintergründe unserer europäischen Lebensform. Stuttgart 1959, S. 559–578, hier 575.

141 Vgl. etwa Gerstenmaier: Wohlstand und was sonst, in: ACDP 01-210-074/1; Ders.: Zehn Jahre Politik, S. 227 f.

142 Wilhelm Röpke: Jenseits von Angebot und Nachfrage. Zürich 1958, S. 60.



*Fazit*

Weder Friedrich Brunstäd noch Emil Brunner war unter Theologen jemals das große Maß an Bekanntheit beschieden, welches Karl Barth nach 1945 genoss. Dass beide dennoch eine eigene politische Wirkungsgeschichte haben, erschließt sich am Beispiel Eugen Gerstenmaiers. Von seinen Lehrern mit dem Interesse an einer konservativen evangelischen Sozialethik ausgestattet, welche im Gegensatz zu Karl Barth die Bereiche von Kultur und Politik möglichst organisch mit Christentum und Kirche zu verbinden suchte, fiel Gerstenmaier in den gesellschaftspolitischen Richtungsdebatten der jungen Bundesrepublik mit klarer antisäkularer Haltung auf sowie als Verfechter von Persönlichkeitsidealen, der Vermassungsphänomenen skeptisch gegenüberstand. Bei aller Kritik wusste er sich freilich im Unterschied zum Barthianismus auch affirmativ zur Bundesrepublik zu bekennen. Die pauschale Verurteilung derselben aus der höheren Warte eines prophetischen Wächteramts war ihm jedenfalls fremd. Betrachtet man Gerstenmaiers schon früh einsetzende Sensibilität für die unliebsamen seelischen, ethischen und kulturellen Folgen von Massenwohlstand und Wohlfahrtsstaat, so erscheint er in diesem Punkt vielen zeitgenössischen Spitzenpolitikern hinsichtlich der Fähigkeit zu klarer Problemdiagnose überlegen.<sup>143</sup>

Da ihm der Sprung ins Kanzleramt versagt blieb, liegen seine Verdienste letztlich nicht in dem Bereich, mit dem sich die ereignisgeschichtliche Forschung befasst. Gerstenmaier wusste sehr wohl, dass seine reale Macht im Vergleich mit Adenauer sehr beschränkt war; entsprechend groß war sein Interesse, von sich das Bild *des* Intellektuellen unter den führenden (christdemokratischen) Nachkriegspolitikern zu zeichnen. Angeblich habe Adenauer ihm gegenüber einmal bemerkt: „Ach wissen Sie, Herr Gerstenmaier, schließlich und endlich denken Sie meine Politik, aber ich mache sie.“<sup>144</sup> So sehr das Verhältnis zum Kanzler immer wieder von Spannungen geprägt war, so sehr blieben beide im Respekt miteinander verbunden. Dass Gerstenmaier sich, je mehr seine Aussichten auf das Kanzleramt schwanden, Themen zuwandte, die sich zwar sehr gut aus seinen Prägungen durch Brunstäd, Brunner und den Kreisauer Kreis heraus erklären lassen, die aber durch die faktische Gesellschaftsentwicklung der Bundesrepublik nie mehr als einen Außenseiterstatus einnehmen konnten,

143 Einschränkung muss gesagt werden, dass auch Adenauer und Erhard durchaus kritisch auf die kulturellen Folgen des Massenwohlstandes im Wirtschaftswunderland blickten. Allerdings hatte für sie die Säkularisierung als Deutungsfigur für die Gesellschaftsentwicklung nicht die Wichtigkeit, die sie für Gerstenmaier besaß. Vgl. Holger Löttel: Die „Gefahren des Wohlstands“. Konrad Adenauer und Ludwig Erhard im Disput über die Hochkonjunktur und die gesellschaftlichen Folgen des Konsums 1955/56, in: HPM 24 (2017), S. 87–108.

144 Eugen Gerstenmaier im Gespräch mit Johannes Gross, in: Karl Schnelting (Hg.): Zeugen des Jahrhunderts. Porträts aus Politik und Politischer Wissenschaft. Nach einer Sendung des ZDF. Frankfurt a. M. 1982, S. 9–54, hier 47.



muss nicht bedeuten, dass dieser Politiker uns heute nichts mehr zu sagen hätte: Fragen der Elitenbildung<sup>145</sup>, der Stellung der Intellektuellen im Massenstaat<sup>146</sup>, einer aktiven und ambitionierten Kulturpolitik<sup>147</sup> – das sind neben der großen Problemanzeige ‚Säkularisierung‘ allesamt Themen, welche die gesellschaftliche Debatte der Gegenwart nur zu ihrem eigenen Schaden ignorieren kann.

145 Eugen Gerstenmaier: Sinn und Schicksal der Elite in der Gemeinschaft, in: Ders.: Reden II, S. 119–136.

146 Eugen Gerstenmaier: Die geistige Schicht im Massenstaat; in: Ders.: Reden II, S. 102–118.

147 Eugen Gerstenmaier: Freiheit – wozu, S. 163–189.

## 70 Jahre Unterzeichnung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen. Anmerkungen zu einem oft missverstandenen Dokument

Matthias Stickler

### *Grundlegendes zum Thema*

Die „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“, oft kurz nur „(Stuttgarter) Charta“ genannt<sup>1</sup>, gehört zu den Schlüsseldokumenten der deutschen Nachkriegsgeschichte. Von führenden Politikern der Bundesrepublik wurde und wird immer wieder der historische Beitrag der Charta zur Aussöhnung Deutschlands mit seinen östlichen Nachbarn hervorgehoben. So würdigte Bundeskanzlerin Angela Merkel 2010 die Charta als Dokument, das den Weg des Bundes der Vertriebenen (BdV) hin zu Aussöhnung und Verständigung vorgezeichnet habe.<sup>2</sup> Diese positive Einschätzung steht in einer Kontinuität vergleichbarer Aussagen von Helmut Kohl über Otto Schily bis zu Gerhard Schröder<sup>3</sup> und ist auch im Jubiläumsjahr 2020 wieder zu beobachten.<sup>4</sup> So äußerte sich etwa Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier wie folgt:

„Schon sehr früh nach dem Krieg haben die Heimatvertriebenen mit ihrer Charta auch ganz offiziell einen Verzicht auf Rache oder Vergeltung erklärt. Sie haben damit nicht nur ihren Beitrag zum inneren Frieden im Nachkriegsdeutschland geleistet. Sie haben auf ihre Weise ganz persönlich die Konsequenzen einer Schuld auf sich genommen, die das ganze Volk auf sich geladen hatte. [...] Als Bundespräsident möchte ich heute meinen Dank und meine Anerkennung aussprechen: für die Charta, die vor siebenzig Jahren formuliert wurde – und für den von ihr inspirierten und geprägten Geist, der viele Heimatvertriebene in den ganzen Jahren seither geleitet hat. Dass wir in Europa heute in Frieden leben: das ist auch das Verdienst der Charta der Heimatvertriebenen, und das Ergeb-

- 1 Zur Stuttgarter Charta vgl. ausführlich Matthias Stickler: „Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung“ – Die Stuttgarter Charta vom 5./6. August 1950 als zeithistorisches Dokument, in: Jörg-Dieter Gauger/Hanns-Jürgen Küsters (Hg.): „Zeichen der Menschlichkeit und des Willens zur Versöhnung“. 60 Jahre Charta der Heimatvertriebenen. Sankt Augustin 2011, S. 43–74. [Internet-Publikation unter [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_22454-544-1-30.pdf?110406114811](http://www.kas.de/wf/doc/kas_22454-544-1-30.pdf?110406114811)] und Ders.: Charta der deutschen Heimatvertriebenen, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012, [ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54028.html](http://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54028.html) (Stand 2. Juni 2015). Vgl. ferner die im Folgenden genannte weitere einschlägige Literatur.
- 2 <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/rede-von-bundeskanzlerin-merkel-beim-jahresempfang-des-bundes-der-vertriebenen-398702> (Abruf: 2. September 2020).
- 3 Vgl. hierzu Stickler: „Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung“, S. 43 f.
- 4 Vgl. hierzu die Dokumentation des BdV: <https://www.bund-der-vertriebenen.de/themen-und-termine/tag-der-heimat/tag-der-heimat-2020> (Abruf: 2. September 2020).



nis eines langen Weges von Annäherung, Verständigung und Versöhnung mit den ehemaligen Kriegsgegnern.“<sup>5</sup>

Für den ja erst 1958/59 gegründeten BdV und seine Mitgliedsverbände bildet die Charta ein maßgebliches Fundament seines beziehungsweise ihres Selbstverständnisses. So stellte etwa BdV-Präsident Bernd Fabritius 2015 beim Jahresempfang seines Verbandes in Gegenwart von Angela Merkel fest, die Charta habe bereits 1950 visionär den Frieden in einem vereinigten Europa eingefordert.<sup>6</sup> Am 5. August 2020 führte er aus:

„Es ist heute auf den Tag genau 70 Jahre her, dass diejenigen unter unseren Vorfahren, die Flucht und Vertreibung überlebt hatten, mit einem wahren Paukenschlag an die Öffentlichkeit traten und eine Charta vorlegten, die man 1950 zuallerletzt den Vertriebenen zugetraut hätte. Es wäre alles denkbar gewesen – aber sicher nicht ein ‚Grundgesetz‘ der zukünftigen Vertriebenenarbeit, ein Dokument der Versöhnungsbereitschaft und des Racheverzichts aus der Feder der Opfer, die erst kurz zuvor alles, die Heimat, verloren hatten. [...] Wenn den Vertriebenen der ersten Stunde mit der Charta ein solch großer Wurf gelingen konnte, so ist das für uns Auftrag und Verpflichtung – und heute erst recht ein Leichtes – zu unseren östlichen Nachbarn Brücke und Verbindung zu sein.“<sup>7</sup>

Das BdV-Präsidium veröffentlichte aus Anlass des 70. Jahrestags der Verkündung der Charta außerdem eine feierliche Deklaration, in der es unter anderem heißt:

„Darin zeichneten wir eine der ersten modernen Visionen eines freien, geeinten und friedlichen Europas, in dem allein sich das Recht auf die Heimat für alle Menschen und Völker umsetzen lassen würde. Dieser europäischen Vision galt unser Einsatz von Beginn an. Die Charta der deutschen Heimatvertriebenen wurde gleichsam zum ‚Grundgesetz‘ unserer Arbeit. In der Zeitlosigkeit ihrer Inhalte hat sich diese Bedeutung bis heute erhalten.“<sup>8</sup>

Auffällig ist, dass von beträchtlichen Teilen der historischen Publizistik und der wissenschaftlichen Forschung die positiven Bewertungen der Stuttgarter Charta, sofern diese überhaupt wahrgenommen wird, nicht geteilt werden, vielmehr ein sehr kritischer Blick vorherrscht.<sup>9</sup> Dieser schließt meist an Ralph

5 <https://www.bund-der-vertriebenen.de/themen-und-termine/tag-der-heimat/grussworte-zum-tag-der-heimat-2020#c992> (Abruf: 2. September 2020).

6 Deutscher Ostdienst 03/2015, S. 6 f.

7 <https://www.bund-der-vertriebenen.de/presse/presse-details/gedenk wort-zur-kranzniederlegung-anlaesslich-70-jahre-charta-der-deutschen-heimatvertriebenen> (Abruf: 2. September 2020).

8 <https://www.bund-der-vertriebenen.de/presse/presse-details/deklaration-des-bdv-praesidiums-zum-70-jubilaum-der-charta-der-deutschen-heimatvertriebenen> (Abruf: 2. September 2020).

9 Zum folgenden vgl. ausführlich: Stickler: „Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung“, S. 46–48.



Giordanos 1987 erschienenes Buch „Die zweite Schuld oder Von der Last Deutscher zu sein“ an. Darin hatte Giordano mit der Charta in scharfen Worten abgerechnet. Sie kappe jede Kausalität zwischen Ursache und Wirkung, ignoriere die Chronologie der Ereignisse, verschweige also die Vorgeschichte der Vertreibung, trage damit ihren Teil zur Verdrängung und Verleugnung der ersten Schuld bei und mache sich zu einem Unikat der zweiten.<sup>10</sup> Giordano hat seine Fundamentalkritik an der Stuttgarter Charta seit 2003 zwar in großen Teilen revidiert,<sup>11</sup> dennoch wurde diese seither immer wieder von anderen Autoren aufgegriffen und partiell noch verschärft, so etwa von Micha Brumlik<sup>12</sup>, Erich Später<sup>13</sup>, Tobias Weger<sup>14</sup>, Kurt Nelhiebel<sup>15</sup> oder Eva und Hans Henning Hahn<sup>16</sup>. Erich Später behauptete 2005 beispielsweise, dass die Hälfte der 30 Unterzeichner der Charta „NS-Funktionäre und Aktivisten“ gewesen seien, deren Biographien repräsentativ für die deutschen Vertriebenenfunktionäre seien. Diese „steile“ These ist in jüngerer Zeit von Michael Schwartz quellenorientiert überprüft und zu Recht als fragwürdig und undifferenziert charakterisiert worden.<sup>17</sup> In Polen überwiegen kritische Stimmen zur Charta; nennen kann man in diesem Zusammenhang etwa Jan Maria Piskorski<sup>18</sup>. Positiv eingeschätzt wird die Charta dagegen von der Politologin Marion Frantzjoch-Immenkeppel, die diese als „Musterbeispiel politischer Kultur“ und als bemerkenswertes „Dokument des Gewaltverzichts“ bezeichnet.<sup>19</sup> Die Historiker Jürgen Danyel und Christoph Klessmann ordnen die Charta in den Kontext der Versöhnungsinitiativen zwi-

- 
- 10 Ralph Giordano: *Die zweite Schuld oder Von der Last Deutscher zu sein*. Hamburg 1987, überarbeitete Neuausgabe 1998, vgl. hier S. 267–292, vor allem 270, 275, 278 und 292.
- 11 Hierzu und zum komplexen Verhältnis Giordanos zum BdV vgl. Stickler: „Wir Heimatvertriebenen verzichteten auf Rache und Vergeltung“, S. 66.
- 12 Micha Brumlik: *Wer Sturm sät. Die Vertreibung der Deutschen*. Berlin 2005.
- 13 Erich Später: *Kein Friede mit Tschechien. Die Sudetendeutschen und ihre Landsmannschaft*. Hamburg 2005.
- 14 Tobias Weger: „Volkstumskampf“ ohne Ende? *Sudetendeutsche Organisationen 1945–1955*. Frankfurt a. M. u. a. 2008, S. 465–476.
- 15 Kurt Nelhiebel: 60 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen. Ursprung und Rezeption eines umstrittenen Konzepts, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG)* 58 (2010), S. 730–743. Nelhiebel veröffentlichte auch unter dem Pseudonym Conrad Taler.
- 16 Eva Hahn/Hans Henning Hahn (Hg.): *Die Vertreibung im deutschen Erinnern. Legenden, Mythos, Geschichte*. Paderborn u. a. 2010, vgl. v. a. S. 443–448.
- 17 Vgl. hierzu Michael Schwartz: *Funktionäre mit Vergangenheit. Das Gründungspräsidium des Bundesverbandes der Vertriebenen und das „Dritte Reich“*. München 2013, S. 19–26, hier 20.
- 18 Jan M. Piskorski: *Vertreibung und deutsch-polnische Geschichte. Eine Streitschrift*. Osnabrück 2005.
- 19 Vgl. Marion Frantzjoch-Immenkeppel: *Vertrieben in Nachkriegsdeutschland. Die Integration der Deutschen aus dem Osten und ihr Einfluss auf die Bundesrepublik Deutschland*, in: Hans-Martin Hinz (Hg.): *Zuwanderungen – Auswanderungen. Integration und Desintegration nach 1945*. Wolfratshausen 1999, S. 145–185, hier 155.

schen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn ein.<sup>20</sup> Auch der Autor dieses Beitrags hat, wie eingangs bereits erwähnt, 2011 einen Aufsatz zur Stuttgarter Charta vorgelegt<sup>21</sup>, der versucht, diese aus ihren Entstehungszusammenhängern heraus als zeithistorisches Dokument zu interpretieren. Hierzu ist es wichtig, die Hintergründe deutlich zu machen, vor denen die Charta entstand und der Tatsache Rechnung zu tragen, dass die Vertriebenenverbände, anders als sie es nach außen zu demonstrieren versuchten, von Anfang an keine geschlossen handelnden Pressure Groups mit einheitlicher Willensbildung und klar festgelegtem verbandspolitischen Masterplan waren. Sie waren vielmehr höchst partikularistisch organisierte Vereinigungen, die ihre politischen Wirkungsmöglichkeiten durch interne Konflikte nicht unerheblich einschränkten.<sup>22</sup> Bedauerlich ist, dass eine umfassende, aus den Quellen gearbeitete Analyse von Entstehung und Wirkungsgeschichte der Charta bis heute ein Desiderat darstellt.

### *Entstehung und Verkündung der Stuttgarter Charta*

Es ist keineswegs ein Zufall, dass sich nur gut ein Jahr nach der Gründung der beiden miteinander konkurrierenden Vertriebenenorganisationen „Zentralverband vertriebener Deutscher“ (ZvD) und „Vereinigte Ostdeutsche Landsmannschaften“ (VOL) diese am 5. und 6. August 1950 in Stuttgart zum Zwecke der Verkündung einer gemeinsamen Grundsatzerklärung zusammenfanden. Es galt, die zwischen beiden Verbänden offen zutage getretenen Differenzen durch ein gemeinsames Auftreten vergessen zu machen und sich als machtvoller Mitspieler im politischen System der noch jungen Bundesrepublik zu positionieren.<sup>23</sup>

Bereits am 20. November 1949 hatten ZvD und VOL im Göttinger Abkommen vereinbart, „ihre gemeinsamen Forderungen und Ziele in einer Magna Charta der Heimatvertriebenen“ festzulegen.<sup>24</sup> Im Februar 1950 wurde zu diesem Zweck ein von beiden Verbänden paritätisch besetzter Ausschuss gebildet, der wegen unüberbrückbarer Differenzen bald zu einer erweiterten Kommission vergrößert wurde. Dieses Gremium arbeitete den Text der Charta aus, der in vieler Hinsicht Kompromisscharakter hatte, galt es doch, die sehr unterschiedlichen, auch religiös-weltanschaulich begründeten, Vorstellungen der Beteiligten auf einen

20 Jürgen Danyel/Christoph Kleßmann: Unterwegs wie die Flüchtlinge und Vertriebenen. Zur Debatte über ein europäisches Zentrum gegen Vertreibungen. In: *ZfG* 51 (2003), S. 31–35, hier 32.

21 Stickler: „Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung“.

22 Vgl. hierzu ausführlich Matthias Stickler: „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“ – Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949–1972 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 46). Düsseldorf 2004.

23 Zur Entstehung des BdV ausführlich ebd., v. a. S. 33–97.

24 Vgl. ebd., S. 41 f. und 437.



Nenner zu bringen. Wer genau die Verfasser der Charta waren, ist bis heute unklar, da sich die Zeitzeugen widersprechen und Protokolle oder ähnliches bisher nicht aufgetaucht sind. In jedem Fall wird man festhalten dürfen, dass die Charta eine demonstrative, Übereinstimmung signalisierende Gemeinschaftsleistung einer heterogenen Autorengruppe war. Daraus resultierte, dass Formelkompromisse gefunden werden mussten, die unterschiedliche Meinungen teilweise nur unvollkommen überdeckten. Manche heute befremdlich wirkenden Aussagen hängen damit zusammen.<sup>25</sup> Eine wichtige Rolle bei der Entstehung der Charta spielte die sogenannte Eichstätter Adventsdeklaration. Diese war am 27. November 1949 von einer Gruppe von Politikern und Wissenschaftlern aus allen politischen Lagern der heimatvertriebenen Sudetendeutschen<sup>26</sup>, die sich auf Einladung der Ackermannsgemeinde, der „Gesinnungsgemeinschaft“ katholischer Sudetendeutscher, in der bayerischen Bischofsstadt versammelt hatten, verabschiedet worden.<sup>27</sup>

Das Datum für die Verkündung der nun so genannten „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ (5./6. August 1950) war bewusst gewählt, nämlich ziemlich genau fünf Jahre nach der Unterzeichnung des Potsdamer Protokolls, welches die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den deutschen Ostgebieten, Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn quasi legalisiert hatte. Stuttgart wurde deshalb als Veranstaltungsort ausgewählt, weil der ZvD-Landesverband (Nord-) Württemberg in der Lage war, dort eine Großveranstaltung mit sichtbarer Außenwirkung auszurichten.<sup>28</sup> An der Auftaktkundgebung im Kursaal von Bad Cann-

- 
- 25 Zur Entstehung der Stuttgarter Charta und den vorhandenen Quellenproblemen vgl. ausführlich Stickler: „Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung“, S. 50–52 und Schwartz: Funktionäre mit Vergangenheit, S. 19–26.
- 26 Vgl. Matthias Stickler: Sudetendeutsche Landsmannschaft, publiziert am 12. März 2013, in: Historisches Lexikon Bayerns, URL: [https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Sudetendeutsche\\_Landsmannschaft](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Sudetendeutsche_Landsmannschaft) (Abruf: 2. September 2020); dort auch weiterführende Literatur.
- 27 Vgl. hierzu Berthold Kohler: Schon vor sechzig Jahren wollten die Vertriebenen nicht Vergeltung, sondern Gerechtigkeit, in: FAZ vom 27. November 2009, Nelhiebel: 60 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen, S. 232–235 und ausführlich Otfried Pustejovsky: Die „Eichstätter Deklaration“ vom 1. Adventsonntag, dem 27. November 1949. Das erste politische Dokument der deutschen Vertriebenen mit ethisch begründeten und christlich motivierten Zukunftsvorstellungen? Eine historisch-politisch-biographische Analyse, in: Archiv für schlesische Kirchengeschichte 68 (2010), S. 157–267.
- 28 Es gibt bis heute einander in Details widersprechende Darstellungen des genauen Ablaufs der Verkündung der Stuttgarter Charta. Ich orientiere mich im Folgenden weitgehend an der Schilderung des damaligen ZvD-Vorsitzenden Linus Kather (1893–1983) immerhin einer der maßgeblichen Zeitzeugen. Dieser stammte aus dem katholischen Ermland in Ostpreußen und gehörte bis 1933 der Zentrumsparterie an. Er war einer der bedeutendsten und, im Hinblick auf die Durchsetzung des Lastenausgleichs, auch erfolgreichsten Vertriebenenpolitiker der 1950er Jahre. Er war Mitbegründer und langjähriger Vorsitzender des ZvD beziehungsweise des BVD. Als Mitglied des Bundestages von 1949 bis 1957 gehörte Kather ursprünglich der CDU an, wechselte aber aus Enttäuschung darüber, dass Adenauer ihn bei keiner Kabinettsbildung berücksichtigte, 1954 zur Vertriebenenpartei



statt, einem Stadtbezirk von Stuttgart, am 5. August nahmen ca. 1.000 geladene Gäste teil; dort wurde durch den Beifall der anwesenden Vertriebenenvertreter eine quasi-plebiszitäre Annahme der Charta inszeniert und der Text von einem „unbekannten Flüchtling“, dem Oberschlesier Manuel Jordan, verlesen. Als Vertreter der Bundesregierung war nicht Bundeskanzler Konrad Adenauer selbst, sondern Vizekanzler Franz Blücher (FDP) erschienen<sup>29</sup>; anwesend waren auch Vertreter der Hohen Kommissare. Neben Blücher sprach auch je ein Vertreter der beiden Vertriebenenverbände: Für den ZvD Linus Kather und für die VOL der gebürtige Memelländer Ottomar Schreiber<sup>30</sup>, Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen und Staatssekretär im Bundesvertriebenenministerium. Tags darauf, am 6. August, fand dann eine Großkundgebung in der Stuttgarter Innenstadt vor der Ruine des Neuen Schlosses mit ca. 100.000 Teilnehmern statt, in der die Verkündung der Charta gleichsam vor einem Massenpublikum wiederholt wurde. Auf einer riesigen Karte waren die verlorenen Heimatgebiete der Vertriebenen dargestellt, wodurch das Ziel der Rückkehr und, damit verbunden, einer Grenzrevision sinnfällig zum Ausdruck gebracht wurde. Auf dieser Kundgebung sprach für die Bundesregierung Bundesvertriebenenminister Hans Lukaschek (CDU), ein gebürtiger Schlesier. Zu guter Letzt wurde bei einem Empfang durch die Landesregierung von Württemberg-Baden in der Villa Reitzenstein die Charta von den Verbändevertretern feierlich unterzeichnet.

Die Stuttgarter Ereignisse war für ZvD und VOL ein nicht zu unterschätzender Prestige-Erfolg. Von großer Bedeutung für die Fernwirkung der Charta war ferner, dass sich die entstehende politische Klasse der frühen Bundesrepublik parteiübergreifend mit dem Text identifizierte, neben den im Bundestag ver-

---

Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE). Kathers memoirenähnliche zweibändige Kampfschrift „Die Entmachtung der Vertriebenen“ (München 1964 und 1965) ist eine zwar wichtige, aber nicht einfach zu benutzende, weil von deutlichen Ressentiments gegenüber tatsächlichen und vermeintlichen Gegnern und gekränkter Eitelkeit gekennzeichnete Quelle. Eine Biographie dieser umstrittenen, gleichwohl aber prägenden Gestalt der frühen Bundesrepublik gibt es bisher nicht, ausführlich und differenziert hat sich allerdings Michael Schwartz mit Kather auseinandergesetzt, vgl. Schwartz: Funktionäre mit Vergangenheit, passim. Zu den Stuttgarter Ereignissen vgl. Kather: Die Entmachtung der Vertriebenen. Bd. 1, S. 169–171; Alfred M. de Zayas: Die deutschen Vertriebenen. Keine Täter – sondern Opfer. Hintergründe, Tatsachen, Folgen. Graz 2006, S. 193–199 (hierbei handelt es sich um die Neuauflage des erstmals 1986 erschienenen Werks „Anmerkungen zur Vertreibung der Deutschen aus dem Osten“) und Weger: „Volkstumskampf“ ohne Ende, S. 470–473.

- 29 Laut Kather war Adenauer als Festredner angekündigt gewesen, „er sagte aber ab, wie so oft“; vgl. Kather: Die Entmachtung der Vertriebenen. Bd. 1, S. 170. Ganz offensichtlich wollte sich Adenauer in der damals angespannten weltpolitischen Lage vertriebenenpolitisch nicht exponieren. Zu dieser Lesart passt, dass auch Blücher eine sehr vorsichtige Rede hielt; vgl. Weger: „Volkstumskampf“, S. 471.
- 30 Vgl. Mads Ole Balling: Von Reval bis Bukarest – Statistisch-Biographisches Handbuch der Parlamentarier der deutschen Minderheiten in Ostmittel und Südosteuropa 1919–1945. Bd. 2. Kopenhagen 1991, S. 723 f.

tretenen Parteien (mit Ausnahme der KPD) etwa auch der DGB.<sup>31</sup> Nun zahlte es sich aus, dass ZvD und VOL parteipolitisch nicht festgelegt waren, sondern mit allen demokratischen Parteien vernetzt waren.<sup>32</sup> Auch wenn sich kein Sozialdemokrat unter den Autoren der Charta befunden hatte, so wurde der Text doch auch von diesem wichtigen Segment des Vertriebenenmilieus mitgetragen. Besonders zu nennen ist hierbei die Seliger-Gemeinde, die Traditionsgemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten, mit ihrem damaligen Vorsitzenden Wenzel Jaksch.<sup>33</sup>

### *Der Inhalt der Stuttgarter Charta*

Hauptanliegen der Charta<sup>34</sup> war es, die heimatpolitischen Forderungen der Vertriebenen, also das Recht auf Rückkehr und Grenzrevision, mit einem feierlichen „Verzicht auf Rache und Vergeltung“ und dem Ziel der Einheit Europas zu verbinden. Als politisches Signal war die Charta keineswegs nur ins Ausland, sondern auch und vor allem nach innen gerichtet:

„Im Bewußtsein ihrer Verantwortung vor Gott und den Menschen, im Bewußtsein ihrer Zugehörigkeit zum christlich-abendländischen Kulturkreis, im Bewußtsein ihres deutschen Volkstums und in der Erkenntnis der gemeinsamen Aufgabe aller europäischen Völker, haben die erwählten Vertreter von Millionen Heimatvertriebenen nach reiflicher Überlegung und nach Prüfung ihres Gewissens beschlossen, dem deutschen Volk und der Weltöffentlichkeit gegenüber eine feierliche Erklärung abzugeben, die die Pflichten und Rechte festlegt, welche die deutschen Heimatvertriebenen als ihr Grundgesetz und als unumgängliche Voraussetzung für die Herbeiführung eines freien und geeinten Europas ansehen.“

In dieser Präambel fällt zunächst einmal der Gottesbezug auf, dessen Formulierung ganz offensichtlich der Präambel des Grundgesetzes entlehnt ist. Man wird darin eine bewusste Anspielung erkennen dürfen im Sinne eines indirekten Bekenntnisses zur Werteordnung des Grundgesetzes. Hierfür sprechen auch die Beschwörung des Ziels eines vereinten Europas, die ebenfalls in der Präambel des Grundgesetzes auftaucht sowie die ausdrückliche Benennung der

31 Vgl. Kather: Die Entmachtung der Vertriebenen. Bd. 1, S. 173; vgl. ferner Hahn/Hahn (Hg.): Die Vertreibung im deutschen Erinnern, S. 448–455.

32 Vgl. Stickler: „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 209–346.

33 Zu Jaksch vgl. Eva Dutz: Vertriebener Sozialdemokrat? – Wenzel Jaksch und sein Verhältnis zur SPD nach 1949, in: Matthias Stickler (Hg.): Jenseits von Aufrechnung und Verdrängung. Neue Forschungen zu Flucht, Vertreibung und Vertriebenenintegration (Historische Mitteilungen – Beihefte 86). Stuttgart 2014, S. 17–33.

34 Der im Anhang dieses Beitrags beigelegte Text der Stuttgarter Charta ist unter anderem abgedruckt bei Eugen Lemberg u. a. (Hg.): Die Vertriebenen in Westdeutschland. Ihre Eingliederung und ihr Einfluss auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Geistesleben. 3 Bände. Kiel 1959, hier Bd. 3, S. 662 f.

Charta als „Grundgesetz“ der Heimatvertriebenen. Die affirmative Betonung des christlich-abendländischen Kulturkreises findet ihre Entsprechung in der Regierungserklärung Konrad Adenauers vom 20. September 1949, in der sich dieser ausdrücklich zum „Geist christlich-abendländischer Kultur“ als Fundament seiner Politik bekannt hatte.<sup>35</sup> Bemerkenswert ist das in der Präambel deutlich zum Ausdruck kommende Selbstverständnis der Vertriebenenverbände als exklusive Standesvertretung ihrer Klientel. Sie sahen sich nicht einfach als Vereine, sondern als eine Art nationale Avantgarde, die letztlich gesamtdeutsche Interessen vertrat.<sup>36</sup>

Von Kritikern der Charta wird heute vor allem auf die der Präambel folgende Passage „Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung. Dieser Entschluß ist uns ernst und heilig im Gedenken an das unendliche Leid, welches im besonderen das letzte Jahrzehnt über die Menschheit gebracht hat“ verwiesen, weil hier die deutsche Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg nicht zur Sprache komme.<sup>37</sup> Dieser Befund ist richtig. Trotzdem wird man die Stuttgarter Geste nicht geringschätzen dürfen, ging sie doch von einer Opfergruppe aus, deren zutiefst traumatisierende Erfahrungen erst wenige Jahre zurücklagen. Die Forderung, auf Rache und Vergeltung zu verzichten, tauchte explizit erstmals 1948 bei der Ackermanngemeinde auf.<sup>38</sup> Wichtig ist in diesem Zusammenhang, sich klar zu machen, dass derartige Formulierungen wie auch das dahinterstehende Selbstbild, schuldlos Opfer geworden zu sein, keineswegs eine Besonderheit der Vertriebenen waren. Sie fügten sich vielmehr bruchlos ein in das Selbstverständnis der entstehenden bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft, die sich

35 Vgl. Die großen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schmidt. Eingeleitet und kommentiert von Klaus von Beyme. München/Wien 1979, S. 53–73, hier 73.

36 Vgl. hierzu Stickler: „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 99–136.

37 Vgl. Piskorski: Vertreibung und deutsch-polnische Geschichte, S. 36, Wolfgang Benz: Fünfzig Jahre nach der Vertreibung. Einleitende Bemerkungen, in: Ders. (Hg.): Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursache, Ereignisse, Folgen. Frankfurt a. M. 2. Aufl. 1995, S. 8–15, hier 11f, K. Erik Franzen: In der neuen Mitte der Erinnerung. Anmerkungen zur Funktion des Opferdiskurses, in: ZfG 51 (2003), S. 49–53, sowie – sehr polemisch – Brumlik: Wer Sturm sät, S. 91–100. Das Fehlen eines ausdrücklichen Schuldbekenntnisses wurde bereits 1965 von dem sudetendeutschen Weihbischof Adolf Kindermann, dem Begründer der Königsteiner Anstalten, bemängelt; vgl. Sabine Voßkamp: Katholische Kirche und Vertriebene in Westdeutschland. Integration, Identität und ostpolitische Diskurs 1945–1972 (Konfession und Geschichte 40). Stuttgart 2007, S. 265 f.

38 Vgl. K. Erik Franzen: Der vierte Stamm Bayerns. Die Schirmherrschaft über die Sudetendeutschen 1954–1974 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 120). München 2009, S. 117. Die von Kritikern der Stuttgarter Charta gerne gestellte rhetorische Frage, ob denn die Vertriebenen ein Recht auf Rache und Vergeltung gehabt hätten, auf das sie hätten verzichten können – vgl. etwa Hahn/Hahn (Hg.): Die Vertreibung im deutschen Erinnern, S. 446 f. – erweist sich insofern als polemisch gemeintes Gedankenspiel, als ein auch nur flüchtiger Blick auf die Geschichte von Flucht und Vertreibungen im 20. Jahrhundert lehrt, dass Rache und Vergeltung der jeweils Betroffenen keineswegs die Ausnahme, sondern eher die Regel waren.



zunächst einmal als eine Opfergemeinschaft begriff. Der US-amerikanische Historiker Robert G. Moeller sah in der „Erfindung“ dieser Opfergemeinschaft, so fragwürdig dieses Geschichtsbild aus heutiger Sicht auch anmuten mag, ein zentrales Element einer Art von westdeutschem Nation Building, die von allen demokratischen Parteien der frühen Bundesrepublik geteilt wurde und die insofern eine die junge Demokratie stabilisierende Wirkung hatte.<sup>39</sup> Ein Wandel im Hinblick auf diese Opfertheorie setzte bei den Vertriebenenverbänden, phasenverschieben zur gesamtgesellschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik, allmählich seit den 1960er Jahren und vor allem seit den 1990er Jahren ein.<sup>40</sup>

Weiterhin bekannten sich die Vertriebenen zum Ziel der „Schaffung eines geeinten Europas [...], in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können. [...] Wir werden durch harte, unermüdliche Arbeit teilnehmen am Wiederaufbau Deutschlands und Europas.“ Der auf diese Weise zum Ausdruck gebrachte unbedingte Willen zur aktiven Mitarbeit in der neuen Heimat muss gesehen werden vor dem Hintergrund der gleich zu beleuchtenden Debatten um einen Lastenausgleich zwischen Vertriebenen und Einheimischen. Das Ziel der Einheit Europas begrüßten die Vertriebenen im Sinne des zeitgenössischen antitotalitären Grundkonsenses der frühen Bundesrepublik als Gemeinschaft der antikommunistisch ausgerichteten westlichen Demokratien.<sup>41</sup>

In der Stuttgarter Charta formulierten die Vertriebenenverbände ferner erstmals in ihrer Gesamtheit demonstrativ und unter aufmerksamer medialer Beobachtung einer politisch interessierten Öffentlichkeit das sogenannte „Recht

39 Vgl. Robert G. Moeller: *War Stories. The Search for a Usable Past in the Federal Republic of Germany*. Berkeley 2001 und Ders.: *Deutsche Opfer, Opfer der Deutschen. Kriegsgefangene, Vertriebene, NS-Verfolgte: Opferausgleich als Identitätspolitik*. In: Klaus Naumann (Hg.): *Nachkrieg in Deutschland*. Hamburg 2010, S. 29–58.

40 Weitgehend unbekannt ist, dass in engem Zusammenhang mit der Stuttgarter Charta, nämlich einen Tag vor deren Unterzeichnung, im sogenannten Wiesbadener Abkommen der Tschechische Nationalausschuss, eine Exilorganisation von in London lebenden bürgerlichen tschechischen Oppositionellen, und die „Münchener Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen“ (heute Sudetendeutscher Rat), ein Versöhnungsdokument unterzeichneten, das eine Kollektivschuld und, wie die Stuttgarter Charta, Rachedgedanken von beiden Seiten ablehnte und die Bestrafung der Hauptverantwortlichen forderte; vgl. Fritz Peter Habel (Hg.): *Dokumente zur Sudetenfrage. Unerledigte Geschichte*. München 5. Aufl. 2003, S. 724 f. Zur Haltung der Vertriebenenverbände in der Versöhnungsfrage vgl. auch Matthias Stickler: *Gegenspieler der Aussöhnung? Die Haltung der Vertriebenenverbände zur deutsch-polnischen Verständigung 1949 bis 1969*, in: Friedhelm Boll/Wiesław Wysocki/Klaus Ziemer (Hg.): *Versöhnung und Politik. Polnisch-deutsche Versöhnungsinitiativen der 1960er-Jahre und die Entspannungspolitik* (Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 27). Bonn 2009, S. 224–244 [Übersetzung ins Polnische 2010: *Przeciwnicy pojednania? Stanowisko związków wypędzonych wobec polsko-niemieckiego porozumienia w latach 1949–1969*. In: *Pojednanie i polityka. Polsko-niemieckie inicjatywy pojednania w latach sześćdziesiątych XX wieku a polityka odprężenia*. pod red. Friedhelma Bolla, Wiesława J. Wysockiego i Klausa Ziemera we współpracy z Thomasem Rothem. Warszawa 2010, S. 201–220].

41 Vgl. Stickler: „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 360f und 434



auf die Heimat<sup>42</sup>: „Wir haben unsere Heimat verloren. [...] Daher fühlen wir uns berufen zu verlangen, daß das Recht auf die Heimat als eines der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschheit anerkannt und verwirklicht wird.“ Dieser Forderung kam in der praktischen Politik der Vertriebenenverbände eine elementare Rolle zu. Konkret wurde aus dem Recht auf die Heimat eine Rückkehr in die Heimat mit dem Endziel einer Revision der „Potsdamer Grenzen“ Deutschlands abgeleitet. Problematisch an der Verwendung des Heimatbegriffs durch die Vertriebenen war, dass Bezugspunkt des heimatpolitischen Strebens stets der Zustand der Vorkriegszeit, nicht der der Gegenwart war; insofern musste dem Heimatbegriff mit der Zeit zwangsläufig etwas Künstliches anhaften. Die Definition des Rechts auf Heimat als Gruppenrecht war vor allem deshalb von zentraler Bedeutung, weil daraus ein Quasi-Veto-Recht der Vertriebenenverbände gegen „Verzichtstendenzen“ abgeleitet wurde. Auch wenn dieser Anspruch stets umstritten war, wirkte das Eintreten der Vertriebenenverbände für ein Recht auf Rückkehr, für Selbstbestimmung und Grenzrevision so lange integrierend, wie es in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft einen Mehrheitskonsens hinsichtlich der Eindämmung des sowjetischen Machtanspruchs und aktiver Wiedervereinigungspolitik sowie einer Revision der Oder-Neiße-Linie als Nahziel gab. Insofern befanden sich die Vertriebenenverbände mit dieser Programmatik um 1950 ebenfalls in der Mitte der Gesellschaft und waren anschlussfähig an alle politischen Parteien des demokratischen Spektrums.

Den Autoren der Charta scheint dennoch klar gewesen zu sein, dass ihre heimatpolitischen Forderungen nicht unmittelbar auf der Tagesordnung des außenpolitisch ja noch nicht handlungsfähigen westdeutschen Staates standen, weshalb sie erneut ihre uneingeschränkte Bereitschaft zur Mitarbeit am Wiederaufbau der Bundesrepublik betonten:

„So lange dieses Recht [auf die Heimat, MS] für uns nicht verwirklicht ist, wollen wir aber nicht zur Untätigkeit verurteilt beiseite stehen, sondern in neuen, geläuterten Formen verständnisvollen und brüderlichen Zusammenlebens mit allen Gliedern unseres Volkes schaffen und wirken.“ Sie forderten in diesem Zusammenhang: „Gleiches Recht als Staatsbürger nicht nur vor dem Gesetz, sondern auch in der Wirklichkeit des Alltags“, „Gerechte und sinnvolle Verteilung der Lasten des letzten Krieges auf das ganze deutsche Volk und eine ehrliche Durchführung dieses Grundsatzes“, „Sinnvollen Einbau aller Berufsgruppen der Heimatvertriebenen in das Leben des deutschen Volkes“, „Tätige Einschaltung der deutschen Heimatvertriebenen in den Wiederaufbau Europas“.

42 Vgl. hierzu ausführlicher ebd., S. 357–369 und Ders.: Integration versus Rückkehr – Die Vertriebenenverbände und das „Recht auf die Heimat“ <https://www.bundesarchiv.de/DE/Content/Publikationen/Aufsaeetze/suchdienste-p1-stickler.html> (Abruf: 2. September 2020). Die naturrechtlich und historisch-rechtlich begründete Anwartschaft auf die Heimat wurden, wie der Verzicht auf Rache und Vergeltung, bereits 1948 von der Ackermanngemeinde formuliert; vgl. Franzen: Der vierte Stamm Bayerns, S. 117.



Das waren nun im Wesentlichen die konkreten und im Detail sehr umstrittenen sozialpolitischen Forderungen der Vertriebenenverbände an Bund und Länder, die schließlich einmünden sollten in das Lastenausgleichsgesetz (LAG) vom 14. August 1952, das erst nach langem Ringen von Bundestag verabschiedet werden konnte. Der Beitrag der Vertriebenen zum sogenannten Wirtschaftswunder kann eigentlich gar nicht hoch genug veranschlagt werden kann: Sie trugen dazu ganz entscheidend bei, weil sie integrationsbereit und integrationsfähig, zudem überwiegend gut ausgebildet und leistungsbereit waren. Die Vertriebenen stellten anfangs ein schier unerschöpfliches Reservoir an billigen Arbeitskräften dar, das in erheblichem Umfang die Last des Wiederaufbaus schulterte. Der sogenannte Lastenausgleich war einer der größten sozialpolitischen Herausforderungen der frühen Bundesrepublik und gehörte zu den umstrittensten, letztlich aber auch erfolgreichsten Gesetzgebungsvorhaben der Bonner Republik.<sup>43</sup> Bemerkenswert ist, dass an dieser Stelle der Stuttgarter Charta wieder demonstrativ das Ziel des „Wiederaufbaus Europas“ genannt wurde, wodurch die nationalen sozialpolitischen Forderungen argumentativ gleichsam in ein gesamteuropäisches Programm eingeordnet wurden.

Der letzte Abschnitt gilt denn auch dem Appell an „die Völker der Welt“. Sie sollten „ihre Mitverantwortung am Schicksal der Heimatvertriebenen als der vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen empfinden. Die Völker sollen handeln, wie es ihren christlichen Pflichten und ihrem Gewissen entspricht. Die Völker müssen erkennen, daß das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen wie aller Flüchtlinge, ein Weltproblem ist, dessen Lösung höchste sittliche Verantwortung und Verpflichtung zu gewaltiger Leistung fordert. Wir rufen Völker und Menschen auf, die guten Willens sind, Hand anzulegen ans Werk, damit aus Schuld, Unglück, Leid, Armut und Elend für uns alle der Weg in eine bessere Zukunft gefunden wird.“

Hier wird erneut die Selbsteinschätzung der Vertriebenen als Opfer in den Vordergrund gerückt. Aus heutiger Sicht weckt natürlich die Formulierung, die Heimatvertriebenen seien „vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffene“ angesichts der Dimension der Verbrechen des Nationalsozialismus Befremden. Erklärbar ist diese Sichtweise wohl nur aus dem oben beschriebenen zeitgenössischen Opferdiskurs heraus, wobei nicht übersehen werden sollte, dass der Begriff Schuld, wenn auch in einem anderen Kontext, sehr wohl auftaucht. Berücksichtigt werden muss hierbei auch, dass sich innerhalb der Bundesrepublik die Vertriebenen in einer Konkurrenzsituation mit anderen deutschen Kriegsopfern (zum Beispiel Kriegsgefangene, Bombengeschädigte, Krieger-

---

43 Zum Lastenausgleich vgl. jetzt neu Manfred Kittel: Stiefkinder des Wirtschaftswunders? Die deutschen Ostvertriebenen und die Politik des Lastenausgleichs (1952 bis 1975) (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der Geschichte der politischen Parteien 182). Düsseldorf 2020.



witwen und Kriegswaisen, deutsche Opfer des NS-Regimes) befanden, in der es sich zu profilieren galt. Bemerkenswert ist, dass das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen als Teil eines Weltproblems gesehen wird. Angesichts damals zeitgleich stattfindender Flucht- und Vertreibungsvorgänge, etwa im Nahen Osten, in China und in Indien beziehungsweise Pakistan<sup>44</sup>, trifft diese Aussage zweifellos zu. Retrospektiv erkennt man zudem, dass sie den ersten Schritt auf dem langen und schmerzhaften Weg der Vertriebenenverbände hin zu einer Neuinterpretation des Schicksals ihrer Klientel bildet, der im Ergebnis wegführte von deutscher Nabelschau und der Fokussierung auf die eigene Opferrolle und die Tür öffnete für eine echte Aussöhnung mit den östlichen Nachbarn Deutschlands, wie sie nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems 1989/90 möglich wurde.<sup>45</sup> Insofern verwundert es auch nicht, dass der BdV in seiner bereits erwähnten Deklaration zum 70. Jahrestag der Verabschiedung der Stuttgarter Charta einen Bogen schlägt von der Heimat- und Integrationspolitik in der frühen Bundesrepublik bis zu den Flüchtlingsproblemen der Gegenwart:

„Die grenzüberschreitende verständigungspolitische Arbeit, die wir deutsche Heimatvertriebene und Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler, aber auch die deutschen Minderheiten in den Heimat- und Siedlungsgebieten leisten, trägt bis heute Früchte. Sie befördert den europäischen Einigungsprozess, wirkt friedens- und zukunftsichernd und hat die Vertriebenen ihrer Heimat wieder nähergebracht. [...] Unterscheiden sich auch die Umstände, so ist doch die selbst mitgestaltete Eingliederung der deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler eine Erfolgsgeschichte, die für Flüchtlinge und Migranten unserer Tage Vorbildcharakter haben sollte. Wo eine aktive Beteiligung an Integrationsprozessen gefordert wird und diese einhergeht mit der heute möglichen Unterstützung zur Traumabewältigung, kann der Weg in eine erfolgreiche Zukunft am Ankunfts- und Zufluchtsort geebnet werden.“<sup>46</sup>

44 Vgl. hierzu ausführlich: Norman M. Naimark: *Flammender Haß. Ethnische Säuberungen im 20. Jahrhundert*. München 2004; Philipp Ther: *Die dunkle Seite der Nationalstaaten. „Ethnische Säuberungen“ im modernen Europa*. Göttingen 2011; Jan M. Piskorski: *Die Verjagten. Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts*. Berlin 2013; Michael Schwartz: *Ethnische „Säuberungen“ in der Moderne. Globale Wechselwirkungen nationalistischer und rassistischer Gewaltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 95)*. München 2013.

45 Dieses Thema ist bisher leider noch nicht hinreichend erforscht. Vgl. etwa die Hinweise bei Matthias Stickler: *Beharrung, Bedeutungsverlust und Neuorientierung – Die Rolle des Bundes der Vertriebenen im Prozeß der Wiedervereinigung Deutschlands*, in: *Jahrbuch für schlesische Kultur und Geschichte Band 53/54 (2012/13) [2015]*, S. 91–113.

46 <https://www.bund-der-vertriebenen.de/presse/presse-details/deklaration-des-bdv-praesidiums-zum-70-jubilaeum-der-charta-der-deutschen-heimatvertriebenen> (Abruf: 2. September 2020).

*Fazit*

Die „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ stellt trotz mancher, aus heutiger Sicht befremdlich wirkender Formulierungen, die aus dem zeithistorischen Kontext erklärbar sind, im Ergebnis ein bemerkenswertes Zeitzeugnis dar, das den Integrationswillen der Vertriebenen und ihre Bereitschaft zur Aussöhnung mit den östlichen Nachbarn Deutschlands dokumentiert. Die Tatsache, dass der BdV in der Berliner Republik immer noch eine, zwar im Vergleich zur frühen Bundesrepublik reduzierte, aber spürbare gesellschaftspolitische Rolle spielt, dürfte auch damit zusammenhängen, dass sich die Vertriebenenverbände trotz aller Antagonismen in ihrer konkreten Verbandspolitik früh auf ein Programm der Versöhnung nach innen und außen, wie es in der Stuttgarter Charta zum Ausdruck kommt, festlegten. Aus der Mitte des 20. Jahrhunderts kennen wir weltweit kein vergleichbares Dokument von Opfern von Flucht und Vertreibung.

*Charta der deutschen Heimatvertriebenen vom 5. August 1950*

Im Bewußtsein ihrer Verantwortung vor Gott und den Menschen, im Bewußtsein ihrer Zugehörigkeit zum christlich-abendländischen Kulturkreis, im Bewußtsein ihres deutschen Volkstums und in der Erkenntnis der gemeinsamen Aufgabe aller europäischen Völker, haben die erwählten Vertreter von Millionen Heimatvertriebenen nach reiflicher Überlegung und nach Prüfung ihres Gewissens beschlossen, dem deutschen Volk und der Weltöffentlichkeit gegenüber eine feierliche Erklärung abzugeben, die die Pflichten und Rechte festlegt, welche die deutschen Heimatvertriebenen als ihr Grundgesetz und als unumgängliche Voraussetzung für die Herbeiführung eines freien und geeinten Europas ansehen.

- 1) Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung. Dieser Entschluß ist uns ernst und heilig im Gedenken an das unendliche Leid, welches im besonderen das letzte Jahrzehnt über die Menschheit gebracht hat.
- 2) Wir werden jedes Beginnen mit allen Kräften unterstützen, das auf die Schaffung eines geeinten Europas gerichtet ist, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können.
- 3) Wir werden durch harte, unermüdliche Arbeit teilnehmen am Wiederaufbau Deutschlands und Europas.

Wir haben unsere Heimat verloren. Heimatlose sind Fremdlinge auf dieser Erde. Gott hat die Menschen in ihre Heimat hineingestellt. Den Menschen mit Zwang von seiner Heimat trennen, bedeutet, ihn im Geiste töten. Wir haben dieses Schicksal erlitten und erlebt. Daher fühlen wir uns berufen zu verlangen, daß das Recht auf die Heimat als eines der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschheit anerkannt und verwirklicht wird. So lange dieses Recht für uns

nicht erwirklicht ist, wollen wir aber nicht zur Untätigkeit verurteilt beiseite stehen, sondern in neuen, geläuterten Formen verständnisvollen und brüderlichen Zusammenlebens mit allen Gliedern unseres Volkes schaffen und wirken.

Darum fordern und verlangen wir heute wie gestern:

- 1) Gleiches Recht als Staatsbürger nicht nur vor dem Gesetz, sondern auch in der Wirklichkeit des Alltags.
- 2) Gerechte und sinnvolle Verteilung der Lasten des letzten Krieges auf das ganze deutsche Volk und eine ehrliche Durchführung dieses Grundsatzes.
- 3) Sinnvollen Einbau aller Berufsgruppen der Heimatvertriebenen in das Leben des deutschen Volkes.
- 4) Tätige Einschaltung der deutschen Heimatvertriebenen in den Wiederaufbau Europas.

Die Völker der Welt sollen ihre Mitverantwortung am Schicksal der Heimatvertriebenen als der vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen empfinden.

Die Völker sollen handeln, wie es ihren christlichen Pflichten und ihrem Gewissen entspricht.

Die Völker müssen erkennen, daß das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen wie aller Flüchtlinge, ein Weltproblem ist, dessen Lösung höchste sittliche Verantwortung und Verpflichtung zu gewaltiger Leistung fordert.

Wir rufen Völker und Menschen auf, die guten Willens sind, Hand anzulegen ans Werk, damit aus Schuld, Unglück, Leid, Armut und Elend für uns alle der Weg in eine bessere Zukunft gefunden wird.



<i>Dr. Linus Kather</i> Mitglied des Bundestages Vorsitzender des Zentralverbandes der Vertriebenen Deutschen	<i>Dr. Rudolf Lodgman von Auen</i> Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft	<i>Axel de Vries</i> Sprecher der Deutsch-Baltischen Landsmannschaft
<i>Josef Walter</i> Vorsitzender des Landesverbandes der Heimatvertriebenen in Hessen	<i>Erwin Tittes</i> Sprecher der Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen in Deutschland	<i>Franz Hamm</i> Vorsitzender der Landsmannschaft der Deutschen aus Jugoslawien
<i>Helmut Gossing</i> Vorsitzender des Landesverbandes Niedersachsen im ZvD	<i>Dr. Rudolf Wagner</i> Sprecher der Landsmannschaft der deutschen Umsiedler aus der Bukowina	<i>Dr. Karl Bartunek</i> Landesverband der vertriebenen Deutschen in Nordbaden
<i>Dr. Karl Mocker</i> Vorsitzender des Landesverbandes der vertriebenen Deutschen in Württemberg	<i>Dr. Alfred Rojek</i> Vorsitzender des Berliner Landverbandes der Heimatvertriebenen	<i>Dr. Ottomar Schreiber</i> Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen
<i>H. Eschenbach</i> Landesverband der vertriebenen Deutschen, Stuttgart	<i>Walter von Keudell</i> Sprecher der Landsmannschaft Berlin-Brandenburg	<i>Erik von Witzleben</i> Sprecher der Landsmannschaft Westpreußen
<i>Dr. Alfred Gille</i> Vorsitzender des Landesverbandes der Heimatvertriebenen, Schleswig-Holstein	<i>Dr. Konrad Winkler</i> Vorsitzender der Interessengemeinschaft der Heimatvertriebenen in Südbaden	<i>Dr. Walter Rinke</i> Sprecher der Landsmannschaft Schlesien
<i>Dr. Bernhard Geisler</i> Vorsitzender des Landesverbandes der Ostvertriebenen Nordrhein-Westfalen	<i>Waldemar Kraft</i> Sprecher der Landsmannschaft Weichsel/Warthe	<i>Anton Birkner</i> Sprecher der Karpatendeutschen Landsmannschaft Slowakei
<i>Erwin Engelbrecht</i> Vorsitzender des Landesverbandes Bayern im ZvD	<i>Herbert v. Bismarck</i> Sprecher der Pommerschen Landsmannschaft	<i>Dr. Gottlieb Leibbrandt</i> Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Ostumsiedler (Rußlanddeutsche)
<i>A. Deichmann</i> Vorsitzender des Landesverbandes der vertriebenen Deutschen Rheinland-Pfalz	<i>Roman Herlinger</i> Hauptausschuß der Flüchtlinge und Ausgewiesenen in Bayern	<i>Dr. Erich Kautzor</i> Vorsitzender des Verbandes der Heimatvertriebenen in Württemberg, Hohenzollern und Lindau
<i>Wilhelm Zeisberger</i> Neubürgerbund, Bayern	<i>Erich Luft</i> Landesverband Bayern im ZvD	<i>Dr. Kimme</i> Vorsitzender des Landesverbandes der Vertriebenen Deutschen in Bremen



## **Die Whistleblower von 1970 – Die Enthüllung des geheimen „Bahr-Papiers“. Zur Vorgeschichte des Moskauer Vertrags zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland**

**Günter Buchstab**

Der Aufruhr war heftig, als am 12. Juni 1970 die „Bild“-Zeitung unter der Überschrift „Ging Bahr zu weit?“ die ersten vier Punkte des sogenannten Bahr-Papiers veröffentlichte. Am 13. Juni druckten weitere Medien den Text nach.<sup>1</sup> Auch der Fernsehjournalist Gerhard Löwenthal zitierte in seiner Sendung „ZDF-Magazin“ am 17. Juni 1970 aus dem als „geheim“ klassifizierten Dokument. Die gesamten zehn „Leitsätze“ erschienen dann am 1. Juli ebenfalls in „Bild“ und am 8. Juli in der Illustrierten „Quick“. Es handelte sich dabei um das Ergebnis der „Gespräche“, die der Staatssekretär im Bundeskanzleramt Egon Bahr mit dem sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko zwischen dem 30. Januar und 22. Mai 1970 in Moskau geführt hatte.<sup>2</sup> Diese „Leitsätze für einen Vertrag mit der UdSSR“ sollten die Grundlage des Moskauer Vertrags vom 12. August 1970 bilden, in dem sich die Bundesrepublik Deutschland und die Sowjetunion verpflichteten, ihre Konflikte ohne Gewalt zu lösen. Die beiden Unterhändler hatten dabei Einvernehmen darüber erzielt, dass die „Normalisierung“ der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion von der in Europa bestehenden „wirklichen Lage“ auszugehen habe, was die staatliche Anerkennung der DDR und „unverletzliche“ Grenzen einschließlich der innerdeutschen Grenze und der Oder-Neiße-Linie bedeutete. Die Respektierung der sowjetischen Hegemonie in Ost- und Mitteleuropa war somit festgeschrieben. Trotz des vertragsartigen Charakters des Papiers war damit zwar keine rechtliche Anerkennung des Status quo ausgesprochen, war aber auch nicht auszuschließen. Insofern war die Sorge, dass die Sowjetunion den Anspruch der

---

1 „Bahrs Moskauer Text“, in: FAZ vom 13. Juni 1970; „Der Wortlaut des in Moskau ausgehandelten Bahr-Papiers“, in: Die Welt vom 13. Juni 1970; „Bahrs Vereinbarungen veröffentlicht“, in: Süddeutsche Zeitung vom 13./14. Juni 1970.

2 „Das hat sich Bonn in Moskau eingehandelt“, in: Quick vom 8. Juli 1970. – Druck des „Bahr-Papiers“ vom 20. Mai 1970 in: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD) 1970, 3 Bde. Bearb. von Ilse Dorothee Pautsch u. a. München 2001, Bd. 2, Dok. 221 S. 822–824; zur Veröffentlichung am 12. Juni 1970 ebd., Dok. 271, Anm. 4.; zu Einzelheiten der Verhandlungen Werner Link: Die Entstehung des Moskauer Vertrags im Lichte neuer Archivalien, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ) 49 (2001), S. 295–315; Simon Gerhard Heßdörfer: Vorbehaltlose Unterstützung? Die „Neue Ostpolitik“ der Regierung Brandt/Scheel im Spiegel der Süddeutschen Zeitung und der Tageszeitung Die Welt. Diss. Würzburg 2019, insbes. S. 67–97.



Bundesrepublik auf Wiedervereinigung und Selbstbestimmung bestreiten „und jedes Bemühen in dieser Richtung als vertragswidriges Verhalten behandeln werde, durchaus berechtigt“.<sup>3</sup>

Nicht nur die parlamentarische Opposition sah ihre Befürchtungen gegenüber der „neuen“ Ostpolitik bestätigt, zumal in dem Papier jeder Hinweis auf die Berlin-Frage, die Wiedervereinigung und das Selbstbestimmungsrecht fehlte; selbst in der Bundesregierung stießen die „Leitsätze“ auf herbe Kritik.<sup>4</sup> Auch in der sozialliberalen Koalition meldeten sich die Kritiker. Mehrere FDP-Abgeordnete machten Bedenken gegen einen Gewaltverzichtsvertrag auf der Basis der Bahrschen Gesprächsergebnisse geltend und suchten den Kontakt zur Unionsfraktion, wodurch die ohnehin schmale Mehrheit der SPD/FDP-Regierung in Gefahr geriet. Die Gründung der „Nationalliberalen Aktion“ durch FDP-Abgeordnete am 17. Juni 1970 war eine deutliche Warnung für die Regierung.<sup>5</sup> Dass in Moskau die Veröffentlichung „einen Sturm der Entrüstung“ auslöste, war nicht verwunderlich.<sup>6</sup> Die Sowjetführer redeten von „Verrat“, Gromyko drohte sogar, die verabredeten Vereinbarungen wieder umzustoßen.

Die Auseinandersetzung um die Ostpolitik hatte die Gemüter schon in der Zeit der Großen Koalition bewegt, nahm jedoch an Schärfe nach der Bundestagswahl vom 28. September 1969 erheblich zu. Bei dieser Wahl hatten die Unionsparteien und ihr Kanzlerkandidat Kurt Georg Kiesinger mit 46,1 Prozent zwar ein hervorragendes Ergebnis erzielt, sahen sich aber durch das rasch geschlossene Regierungsbündnis von SPD und FDP in die Opposition verwiesen. Kiesinger betrachtete den Regierungswechsel mit Verbitterung als „Betriebsunfall“ und als „gestohlenen Sieg“.<sup>7</sup> Die neue Bundesregierung unter Bundeskanzler Willy Brandt setzte nun die deutschland- und ostpolitischen Vorstellungen um, die

3 Gerhard Wettig: Alois Mertes und die Haltung der CDU/CSU zu den Ostverträgen der sozialliberalen Bundesregierung, in: Historisch-Politische Mitteilungen (HPM) 16 (2009), S. 199–216, hier 200.

4 Werner Link: Außen- und Deutschlandpolitik in der Ära Brandt 1969–1974, in: Karl-Dietrich Bracher/Wolfgang Jäger/Werner Link (Hg.): Republik im Wandel 1969–1974. Die Ära Brandt (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 5/1). Stuttgart 1986, S. 163–282, hier 186 f.

5 Andreas Grau: Gegen den Strom. Die Reaktion der CDU/CSU-Opposition auf die Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969–1973 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 47). Düsseldorf 2005, S. 94, 98. Zur Auseinandersetzung der CDU/CSU mit der sozialliberalen Koalition um die Ost- und Deutschlandpolitik vgl. auch Kai Wambach: Rainer Barzel. Eine Biographie. Paderborn 2019, S. 467–573.

6 So Rüdiger von Wechmar (FDP), damals als stellvertretender Regierungssprecher Delegationsmitglied in der Sowjethauptstadt, im Gespräch mit Jürgen Martin Möller im Bayerischen Rundfunk vom 14. Mai 1999; vgl. auch ders: Akteur in der Loge. München 2000, S. 244: „Gromyko reagierte wütend auf die Vorveröffentlichungen, denn die Sowjetunion sah sich bloßgestellt.“

7 Vgl. Günter Buchstab: Kurt Georg Kiesinger: „Es geht nicht ohne Enttäuschungen“, in: Michael Epkenhans/Ewald Frie (Hg.): Politiker ohne Amt. Von Metternich bis Helmut Schmidt. Paderborn 2020, S. 161–171.

dieser als Außenminister schon in der Großen Koalition verfolgt hatte. Sein Drängen auf eine zügigere und konzessionsbereitere Ostpolitik mit dem Ziel einer europäischen Friedensordnung, die den „gegebenen Realitäten“ Rechnung tragen sollte, hatte bei seinem Rumänienbesuch im Juli 1967 in dem Satz gegipfelt: „Dies gilt auch für die beiden politischen Ordnungen, die gegenwärtig auf deutschem Boden bestehen“, was de facto bedeutete, den bisherigen Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik für Deutschland als Ganzes in Frage zu stellen.<sup>8</sup> Mit dieser Aussage löste Brandt eine erste Koalitionskrise zwischen den Unionsparteien und der SPD aus. Nach der bekannten Formulierung von Egon Bahr, der treibenden Kraft im Hintergrund, setzte Brandt auf „Wandel durch Annäherung“ und war bereit, den territorialen Status quo in Europa zu akzeptieren, die DDR und die Oder-Neiße-Linie als Grenze Polens anzuerkennen, und unter Ausklammerung grundsätzlicher Gegensätze einen Ausgleich mit den Warschauer-Pakt-Staaten anzustreben.

Entsprechend groß war bereits zu diesem Zeitpunkt die Empörung in der Union über Brandt, wichen seine Vorstellungen doch von der gemeinsamen Regierungserklärung der Großen Koalition vom 13. Dezember 1966 in wesentlichen Punkten ab. Darin hatte Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger ausgeführt, dass „die Aufnahme von Kontakten zwischen den Behörden der Bundesrepublik und solchen im anderen Teil Deutschlands [...] keine Anerkennung eines zweiten deutschen Staates“ bedeute und in der Weltmeinung nicht den Eindruck erwecken dürfe, „als rücken wir von unserem Rechtsstandpunkt ab“.<sup>9</sup> Kiesinger versuchte zwar, Brandt in seinem Vorwärtsdrang zu bremsen, hatte damit aber nur begrenzten Erfolg.

Die mehr oder weniger offenen Differenzen und Auseinandersetzungen in der Deutschland- und Ostpolitik, die zwischen den Partnern der Großen Koalition bestanden, eskalierten schließlich nach der Bundestagswahl, als Brandt – aus der „Vormundschaft“ von Kiesinger gelöst<sup>10</sup> – in seiner ersten Regierungserklärung am 28. Oktober 1969 die Formel von den „zwei Staaten in Deutschland“ benutzte, die füreinander nicht Ausland sein könnten.<sup>11</sup> Mit diesem erneuten Tabubruch brachte Brandt nicht nur die Unionsparteien end-

8 Zit. nach Oliver Bange: Kiesingers Ost- und Deutschlandpolitik von 1966–1969, in: Günter Buchstab/Philipp Gassert/Peter Thadäus Lang (Hg.): Kurt Georg Kiesinger 1904–1988: Von Ebingen ins Kanzleramt, Freiburg i. Br. 2005, S. 455–498, hier 461.

9 Stenographische Berichte des Deutschen Bundestages (Sten. Ber.) 5. Wahlperiode (WP) Sitzung vom 13. Dezember 1967, S. 3646, fast gleichlautend in der Replik auf Brandts Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969, in: Sten. Ber. 6. WP Sitzung vom 29. Oktober 1969, S. 75.

10 Peter Merseburger: Willy Brandt 1913–1992. Visionär und Realist. Stuttgart/München 2002, S. 584.

11 Sten. Ber. 6. WP Sitzung vom 28. Oktober 1969, S. 21. Den Versuch, die Spannungen im Verhältnis zur Sowjetunion abzubauen, hatte bereits Konrad Adenauer am 6. Juni 1962 mit dem Vorschlag eines „Burgfriedensplans“ unternommen, der den Status quo „in einer Art

gültig gegen sich auf, die weiterhin die Tradition der Deutschlandpolitik vertraten und das Recht des gesamten deutschen Volkes auf Wiederherstellung seiner nationalen Einheit und die Offenhaltung der deutsch-polnischen Grenzfrage bis zu einem Friedensvertrag betonten; auch in der Bevölkerung stieß die offene Abkehr von den Positionen der gemeinsamen Regierungserklärung vom Dezember 1966 sowie der gemeinsamen Bundestagsentschließung der Fraktionen von CDU/CSU und SPD vom 26. September 1968 weithin auf heftige Kritik. In dieser Entschließung war nach dem sowjetischen Einmarsch in Prag im August das völkerrechtliche Instrumentarium der Deutschlandpolitik noch einvernehmlich zusammengefaßt worden: Friedensvertragsvorbehalt, Viermächterrecht, Selbstbestimmungsrecht, Modus vivendi, offene deutsche Frage und Nichtanerkennung der DDR als zweiter deutscher Staat. In der Konsequenz bedeutete Brandts Formel, dass die sozialliberale Bundesregierung bei den anstehenden Verhandlungen mit Moskau nicht mehr für das gesamte deutsche Volk sprach, sondern die Deutschen im anderen Teil Deutschlands, denen die Ausübung ihres Selbstbestimmungsrechts versagt war, durch die Anerkennung der Staatlichkeit der DDR gewissermaßen sich selbst überließ – eine Vorwegnahme des Ergebnisses der Bahr-Gromyko-Gespräche.

Nach kaum zwei Monaten im Amt nahm die sozialliberale Bundesregierung am 8. Dezember 1969 offiziell Gespräche mit Moskau über einen Gewaltverzichts-Vertrag auf. Sie knüpften an die „Friedensnote“ Ludwig Erhards von 1966 an, in der allen Regierungen der Austausch von Gewaltverzichtsverträgen vorgeschlagen worden war, um den Kalten Krieg zu entspannen, sowie an streng vertrauliche Gespräche mit der sowjetischen Regierung, die schon während der Großen Koalition über den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen geführt worden waren. Auch die Union hatte sich also grundsätzlich offen gezeigt, Schritte zur Konkretisierung eines Gewaltverzichts mit der Sowjetunion zu gehen.<sup>12</sup> Insofern signalisierte sie der neuen Bundesregierung zwar durchaus Kooperationsbereitschaft für die Verhandlungen mit Moskau, knüpfte dieses Angebot eines konstruktiven Beitrags zu einer gemeinsamen Ost- und Deutschlandpolitik aber an die Bedingung, die Positionen zu wahren, die zuletzt in der gemeinsamen Entschließung vom September 1968 festgeschrieben worden waren.<sup>13</sup> Auch erwartete sie, über die wahre Zielsetzung der Bundesregierung unterrichtet und in die anstehenden Verhandlungen durch enge Konsultationen eingebunden zu werden.

Mit diesen Verhandlungen war anfangs der deutsche Botschafter in Moskau, Helmut Allardt, betraut. Er ging in der Tradition des Auswärtigen Amts

---

Waffenstillstand“ für zehn Jahre festschreiben sollte. Vgl. Kordula Kühlem: „Burgfrieden“: Die Bedeutung und Verwendung des Begriffs zwischen Bonn und Moskau 1958–1963, in: HPM 16 (2009), S. 37–55.

12 Link: Die Entstehung S. 297 f.

13 Vgl. Grau: Gegend den Strom, S. 54.



vom Konzept eines „abstrakten“ Gewaltverzichtsvertrags aus, der die deutsche Frage, die zur Spannung beitrug, einstweilen der aktuellen Auseinandersetzung entziehen und einen Modus vivendi herbeiführen sollte, bis die Deutschen über ihre künftige Einheit hätten entscheiden können. Im Auswärtigen Amt selbst war das Referat II B 2 „Europäische Sicherheit und regionale Abrüstung“ mit seinem Leiter Alois Mertes für diesen Themenkomplex zuständig. Dieser hatte aus seiner Skepsis gegenüber den Zielen der Sowjetunion nie einen Hehl gemacht und wenig Erwartungen an eine wirkliche Entspannungspolitik gezeigt. Seine grundsätzlichen Bedenken formulierte er in einem Vermerk vom 12. Februar 1970, in dem er das „Erfordernis unzweideutiger Formulierungen“ und die „Notwendigkeit eindeutiger Bestimmungen in den Verträgen mit Moskau“ anmahnte, zumal, „wenn der Vertragspartner der Sowjetunion schwächer ist als letztere und wenn gleichzeitig keine Schiedsautorität vereinbart ist, die eventuelle *künftige Auslegungsstreitigkeiten* schlichten kann. Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Sowjetunion in solchen Fällen über kurz oder lang ihre Auslegung durch Druck, Drohung und Erpressung zu erzwingen geneigt ist.“<sup>14</sup> Verschiedentlich hatte er auch davor gewarnt, den Rahmen der Gewaltverzichts-gespräche auszuweiten zu Vereinbarungen über Grenz- und Territorialfragen, „um eine umfassende politische Erklärung im ‚Leitgespräch mit der Führungsmacht‘ zu erreichen“.<sup>15</sup> Dies genau war aber das Ziel Egon Bahrs, und so wurde Mertes konsequenterweise am 29. Januar 1970 von seiner Zuständigkeit und Beteiligung entbunden und von nun an von der direkten Kenntnisnahme der Protokolle und Berichte der Moskauer Botschaft abgeschnitten. Auch Botschafter Allardt wurde als verantwortlicher Gesprächspartner der Sowjets abgelöst. Bahr selbst übernahm die alleinige Verhandlungsführung und reiste schon am 30. Januar nach Moskau mit dem Ziel, die Verhandlungen bis Frühsommer „zügig“ abzuschließen, womit er sich selbst unter Erfolgswang setzte. Am 22. Mai 1970 meldete er Außenminister Walter Scheel: „Geschafft. Telegramm folgt.“<sup>16</sup> Nach seiner Rückkehr nach Bonn leitete Bahr die als geheim klassifizierten „Leitsätze“ an alle Bundesminister und an den Leiter des Bundespresse- und Informationsamt weiter.

Die Union, die von einem tiefen Misstrauen gegenüber den sowjetischen Absichten und auch gegenüber Brandt und seinem Vertrauten Bahr erfüllt war, warf der Bundesregierung schon kurz nach der Aufnahme der deutsch-sowjeti-

14 Zit. nach Georg S. Schneider: Alois Mertes (1921–1985). Das außenpolitische Denken und Handeln eines christlichen Demokraten (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 61). Düsseldorf 2012, S. 122.

15 Link: Die Entstehung S. 304; Schneider: Alois Mertes, S. 119 f.

16 AAPD 1970 Dok. 230, S. 854.

schen „Gespräche“ vor, ihre wahren Ziele zu verschleiern.<sup>17</sup> Vor allem nach der Ausweitung des Verhandlungsrahmens prangerte sie den Bruch der Kontinuität in der Außen- und Deutschlandpolitik und die leichtfertige Aufgabe der traditionellen Positionen an. Die Unterrichtung durch die Bundesregierung über die Verhandlungen Bahrs empfand sie als absolut unzureichend, da sie offiziell nur Bruchstücke in mündlichem Vortrag davon zur Kenntnis bekam. Sie warf ihm „Geheimdiplomatie mit publizistischem Effekt“ (Barzel), „ungeheure Hast“, „nutzlose Vorleistungen“ und „einen schweren Kunstfehler“ (Kiesinger) vor.<sup>18</sup> Auch von einer „Politik des nationalen Ausverkaufs“ war die Rede.

Trotz ihrer Klagen über die unzureichende Unterrichtung seitens der Bundesregierung war die CDU/CSU-Fraktion tatsächlich aber ausführlich und detailliert über die Bahrschen „Gespräche“ durch Mitarbeiter aus der Ministerialbürokratie informiert. Diese Informationen stammten von Dietrich Spangenberg, der als Staatssekretär im Bundespräsidialamt und regelmäßiger Teilnehmer an den Kabinettsitzungen über den Verlauf der Verhandlungen im Bilde war und seinen vormaligen Kollegen im Kanzleramt, Karl-Theodor von und zu Guttenberg, über die wichtigsten Angelegenheiten auf dem Laufenden hielt<sup>19</sup>, von Kurt Plütk, von 1964 bis 1982 Leiter des gesamtdeutschen Referats im Bundespresse- und Informationsamt, und vor allem von Alois Mertes, der sich trotz seiner Kaltstellung im Auswärtigen Amt detaillierte Einblicke in die Aktenlage verschaffen konnte.<sup>20</sup> Plütk und Mertes sahen sich aufgrund ihrer politischen Grundpositionen und ihrer amtsinternen Kenntnisse über die Moskauer „Gespräche“ verpflichtet, „so gut es ging dagegenzuhalten“. Die „geeignete und verantwortbare Adresse“ war für sie die CDU/CSU-Opposition, vor allem Werner Marx, von Guttenberg, Paul Mikat, Josef Jansen und Rainer Barzel, die mit den Informationen ihrer „Berater“ bestens für die politische Auseinandersetzung im Parlament gerüstet wurden.<sup>21</sup> Die beiden Beamten waren sich dabei sehr wohl bewußt, dass sie sich bei ihrer Beratertätigkeit auf schmalen Grat bewegten, waren sie doch gegenüber ihrem Arbeitgeber zu Loyalität verpflichtet. Die Papiere, die sie zur Kenntnis bekamen oder gezielt beschafften, konnten sie nicht einfach weitergeben, ohne bei einer Entdeckung Gefahr zu laufen, ihre berufliche Existenz aufs Spiel zu setzen und nach § 353 b und c StGB wegen der Verletzung von Dienstgeheimnissen und der unbefugten Weitergabe geheimer

17 Vgl. Kiesinger im CDU-Bundesvorstand am 28. Oktober 1969 in Barzel: „Unsere Alternativen für die Zeit der Opposition“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1969–1973. Bearb. von Günter Buchstab (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 56). Düsseldorf 2009, S. 8.

18 Sten. Ber. 6. WP 29. Oktober 1969, S. 73 ff., am 27. Mai 1970, S. 2725, 2728, 2729.

19 Kurt Plütk: Der schwarz-rot-goldene Faden. Vier Jahrzehnte erlebter Deutschlandpolitik. Bonn 1996, S. 183 f.

20 Vgl. Grau: Gegen den Strom, S. 91; Schneider: Alois Mertes, S. 121–137.

21 Plütk: Der schwarz-rot-goldene Faden, S. 185–188.



Nachrichten strafverfolgt zu werden. Andererseits fühlten sie sich aber ebenso ihrem Gewissen und ihren politischen Überzeugungen verpflichtet, für die sie mit Wort und Tat einzustehen gedachten.

Die Polarisierung zwischen den Regierungs- und Oppositionsparteien war nicht nur auf die parlamentarische Auseinandersetzung im Bundestag beschränkt; sie fand ihre Entsprechung in der gesamten Öffentlichkeit und in den Medien, wo die gegensätzlichen Standpunkte der Anhänger der beiden Lager heftig aufeinanderprallten. Die Fronten verhärteten sich zunehmend, nachdem immer wieder Details aus den Moskauer „Gesprächen“, die von einem „konspirativen Anschein“ umgeben waren<sup>22</sup>, in die Öffentlichkeit durchgesickert waren. Vor allem der sozialliberalen Bundesregierung nahestehende Journalisten ergriffen offen Partei für Brandts Ostpolitik. Sie verstanden ihr Engagement als einen politischen Auftrag und sahen ihre Mission darin, diese Politik gegen alle Widerstände zu popularisieren. Zu denen, die für Brandts Politik warben, zählten bekannte Publizisten wie Marion Gräfin Dönhoff und Theo Sommer von der „Zeit“, Rudolf Augstein vom „Spiegel“, der Intendant Klaus von Bismarck und Peter Bender vom WDR, Henri Nannen vom „Stern“ oder Karl-Hermann Flach von der „Frankfurter Rundschau“. Auf der anderen Seite hielten die „Bild“ mit Peter Boehnisch, die „Quick“ mit Wilfried Ahrens, die „Welt“ mit Herbert Kremp und das „ZDF-Magazin“ von Gerhard Löwenthal als scharfe Kritiker der Brandtschen Ostpolitik dagegen. Vor allem die „Bild“-Zeitung erweckte den Eindruck, Bahr und Brandt seien bereit, deutsche Interessen auszuverkaufen, um zu einem Vertragsabschluß mit der Sowjetunion zu kommen. Die Medien als „vierte Gewalt“ wurden so zum direkten politischen Einfluß- und Machtfaktor; sie trugen wesentlich zu der „Meinungsschere“ bei, die die Bevölkerung in zwei Lager, Befürworter und Ablehner, spaltete<sup>23</sup>, wobei die Trennlinie zwischen den Anhängern der Regierungskoalition und der Opposition verlief. Auf die Frage vom März/April 1970 „Glauben Sie, die Regierung Brandt gibt zu rasch oder nicht zu rasch gegenüber dem Osten nach?“ antworteten 23 Prozent zu rasch, 43 Prozent nicht zu rasch, nach Parteipräferenzen die SPD-Anhänger 12 Prozent zu 62 Prozent, die FDP-Anhänger 8 Prozent zu 64 Prozent, die CDU-Anhänger 40 Prozent zu 29 Prozent.<sup>24</sup> Hatten noch im Mai 1969 auf die Frage „DDR anerkennen?“ 28 Prozent „anerkennen“, 52 Prozent „nicht anerkennen“ geantwortet, so waren es im März 1970 47 Prozent zu 39 Prozent, im Mai 1970

22 Kurt Plücker: Das Ringen um das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen, in: Rainer Barzel (Hg.): Sternstunden des Parlaments. Heidelberg 1989, S. 43–69, hier 54.

23 Vgl. Peter Hoeres: Außenpolitik und Öffentlichkeit. Massenmedien, Meinungsforschung und Arkanpolitik in den deutsch-amerikanischen Beziehungen von Erhard bis Brandt (Studien zur Internationalen Geschichte 32). München 2013, hier S. 387–398.

24 Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1968–1973. Hg. von Elisabeth Noelle und Erich Peter Neumann, Institut für Demoskopie Allensbach. Allensbach/Bonn 1974, S. 569.



46 Prozent zu 40 Prozent, im September 1970 41 Prozent zu 43 Prozent.<sup>25</sup> Das Verhältnis hatte sich also von Mai 1969 bis März 1970 geradezu umgedreht, allerdings in den Monaten bis September 1970 wieder in eine knappe Mehrheit für die Nichtanerkennung verschoben. Etwas anders stellt sich die Lage in der Frage der Anerkennung der Oder-Neiße Linie dar. Innerhalb von vier Jahren hatte sich der Anteil derer, die ihre Anerkennung für unvermeidlich hielten, mehr als verdoppelt; offensichtlich wiesen die Diskussionen in und zwischen den Parteien, die vielen Stimmen der politischen Publizistik und die „Ost-Denkschrift“ der Evangelischen Kirche in Deutschland von 1965 in diese Richtung, der die „öffentliche Meinung“ folgte<sup>26</sup>: Auf die Frage „abfinden oder nicht“ antworteten im Februar 1966 27 Prozent mit ja, 54 Prozent mit nein, im Mai 1969 mit ja 42 Prozent, mit nein 38 Prozent, im März 1970 58 Prozent mit ja, 25 Prozent mit nein, im Mai 1972 61 Prozent mit ja, 18 Prozent mit nein.<sup>27</sup>

Richtig angeheizt wurde die ohnehin schon beträchtliche allgemeine Aufregung um die Ost- und Deutschlandpolitik der Regierung schließlich durch die spektakuläre Enthüllung des Bahr-Papiers. Die Bundesbürger wurden durch diese Veröffentlichung „unsanft aus ihrem Tanz um das Goldene Kalb des materiellen Wohlstands“ aufgeschreckt und „mit der harten politischen Realität, die Mitteleuropa nach der deutschen Niederlage im Zweiten Weltkrieg charakterisierte“, konfrontiert. Unklar war trotz intensiver Nachforschungen, ob es sich bei der Veröffentlichung „um Verrat gegen Geld oder – was bei der erbittert geführten Auseinandersetzung um die Ostpolitik nicht auszuschließen war – um Störversuche von ‚Überzeugungstätern‘ handelte“.<sup>28</sup> Es gab eine Reihe von Vermutungen, wie das von Bahr breit gestreute geheime Papier an die Redaktionen von „Bild“ und „Quick“ gekommen sein konnte: Es hieß, prominente Koalitionsmitglieder hätten den Verrat begangen, um Brandts Ostpolitik zu hintertreiben. Auch wurde gemutmaßt, Gegner des Vertrags in der DDR oder im westlichen Ausland hätten es weitergereicht. Vor allem richtete sich aber der Verdacht gegen Ministeriumsmitarbeiter, die aus unterschiedlichen Gründen – etwa politischer Nähe zur CDU oder gar Bestechung oder Erpressung – die Geheimhaltungspflicht verletzt hätten. Dieser Verdacht war nicht ganz von der Hand zu weisen, da die beiden Unionsabgeordneten von Guttenberg und Marx, beide erbitterte Gegner der Ostpolitik, in ihrer Broschüre „Gewaltverzicht“ aus sowjetischer Sicht“ vom 23. Juli 1970 unter anderem ein weitgehend mit dem Bahr-Papier identisches Dokument aus der Feder Gromykos vom 6. März 1970 veröffentlichten, das beweisen sollte, dass Bahr sich viele Standpunkte Gromykos zu eigen gemacht hatte, ohne die deutschen Interessen zu berücksichtigen.

25 Ebd. S. 510. – Infas kommt auf etwas andere Zahlen (vgl. Anm. 66).

26 Vgl. Peter Graf Kielmansegg: Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland. Berlin 2000, S. 200.

27 Jahrbuch der öffentlichen Meinung, S. 525.

28 Link: Außen- und Deutschlandpolitik, S. 182 f.

Dass die beiden Beamten Mertes und Plück zu ihren ostpolitischen Beratern zählten – Mertes war auch Mitglied der Kommission Deutschland-, Ost- und Europapolitik beim CDU-Bundesvorstand<sup>29</sup> –, war sicherlich in ihren Behörden nicht verborgen geblieben. Von Guttenberg betonte aber, die Papiere aus der DDR erhalten zu haben, und legte damit eine Fährte, die nicht nachzuverfolgen oder gar zu überprüfen war.<sup>30</sup> Tatsächlich war bekannt, dass der Staatsratsvorsitzende der DDR, Walter Ulbricht, die Moskauer Verhandlungen überaus kritisch sah und einen schnellen Abschluß zu verhindern suchte.

Eine Woche nach der Indiskretion der „Bild“-Zeitung befaßte sich das Bundeskabinett in seiner 31. Sitzung am 19. Juni 1970 erstmals mit der für die Regierung außenpolitisch höchst peinlichen und irritierenden Publikation des Bahr-Papiers. Nicht erst seit den Enthüllungen von Wikileaks und dem „Whistleblower“ Edward Snowden im Jahr 2013 sieht sich die Politik, insbesondere die Außenpolitik, verunsichert durch das Veröffentlichens von geheimen Dokumenten, beruht doch gerade die Außenpolitik auf der Bereitschaft der Partner zu Konzessionen, zu Vertrauensbildung und zu Agreements und ist auf den Schutz eines arkanen Raumes angewiesen. Bundeskanzler Brandt machte deshalb unter TOP C klar, „die Bundesregierung werde die Texte der Moskauer Verhandlungen nicht veröffentlichen und – soweit sie von anderer Seite veröffentlicht worden seien – nicht bestätigen“. Da die fieberhafte Suche nach dem Leck erfolglos geblieben war, warf Bundesaußenminister Scheel in der Kabinettsrunde die Frage auf, „ob gegen die Personen, die Texte der Moskauer Verhandlungen veröffentlicht haben (Löwenthal, Redakteure der Bildzeitung), Strafverfahren eingeleitet werden sollen. Die Frage soll nach Abschluß der zur Zeit vom Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium der Justiz vorgenommenen juristischen Prüfung erneut erörtert werden.“<sup>31</sup>

In der 33. Kabinettsitzung am 2. Juli 1970 war der Vorgang unter TOP G erneut Thema<sup>32</sup>: „Aufgrund eines Textabgleichs bestätigte das AA, dass die in der Bild-Zeitung veröffentlichten Auszüge auf der am 20. Mai 1970 in Moskau erreichten Fassung der Leitsätze für einen Vertrag mit der UdSSR (das sogenannte Bahr-Papier) beruhten, und vermutete den Informanten im Bundeskanzleramt.– Am 17. Juli 1970 erstattete das Land Hessen Strafanzeige wegen Verletzung von Geheimvorschriften gegen den Journalisten Löwenthal, der er am 17. Juni 1970 im Fernsehen aus den Leitsätzen zitiert hatte.“<sup>33</sup>

29 Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1969–1973, S. 95.

30 Grau: Gegen den Strom, S. 106; Schneider: Alois Mertes, S. 132.

31 Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung Bd. 23/1970. Bearbeitet von Christine Fabian und Uta Rössel unter Mitwirkung Walter Naasner und Christoph Seemann. Berlin/München/Boston 2015, S. 273 f.

32 Vgl. dazu AAPD 1970 Dok. 288, S. 1060–1062.

33 Kabinettsprotokolle, S. 291, Anm. 19.



Am 26. November 1970 schließlich teilte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Auswärtigen, Karl Moersch, unter TOP I mit, „daß der Leitende Oberstaatsanwalt beim Landgericht Bonn aufgrund von Strafanzeigen Ermittlungen gegen den Chefredakteur der „Bild-Zeitung“, Peter Boenisch, den leitenden politischen Redakteur der Illustrierten 'Quick', Wilfried Ahrens, den verantwortlichen Redakteur der Tageszeitung 'Die Welt', Dr. Herbert Kremp, den Verleger Axel Springer u. a., den Moderator des ZDF-Magazins, Gerhard Löwenthal, wegen Verdachts des Verstoßes gegen die §§ 353 und c StGB führe. Damit stelle sich die Frage der Erteilung der Strafverfolgungsermächtigung seitens der Bundesregierung. Nach kurzer Aussprache [...] beschließt das Kabinett, von der Erteilung der Strafverfolgungsermächtigung gegen die genannten Personen abzusehen.“<sup>34</sup> Es ist zu vermuten, dass die Ermächtigung nicht erteilt wurde, um nicht einen weiteren Imageschaden zu riskieren.

Da die interne Fahndung nach dem „Verräter“ des Bahr-Gromyko-Papiers im Sande verlief<sup>35</sup>, dauern die Spekulationen über den „Verrat“<sup>36</sup> der Veröffentlichung bis heute an<sup>37</sup>: Der Journalist Peter Koch, Editor der angeblichen Hitler-Tagebücher im „Stern“, versteigt sich in seiner Biographie über Willy Brandt zu der Vermutung, Henry Kissinger, unter US-Präsident Richard Nixon offizieller Berater für Außen- und Sicherheitspolitik, sei der Hintermann der Indiskretion, der Bahrs Verhandlungsergebnis mit Hilfe des Bundesnachrichtendienstes und der CSU an den Springer-Verlag weitergegeben habe, um die Hoffnung auf Entspannung durch die „neue Ostpolitik“ zu dämpfen.<sup>38</sup> Egon Bahr hingegen bezieht sich in seinen Erinnerungen auf ein Gespräch mit Rainer Barzel im Jahr 1993, in dem dieser Immo Stabreit, damals Legationsrat im Referat Sowjetunion des Auswärtigen Amtes, als Quelle der Veröffentlichung angegeben habe.<sup>39</sup> Sowohl Stabreit wie Barzel widersprachen Bahr heftig.<sup>40</sup> Nach Barzel selbst waren es „verständige Kräfte in der Administration“ gewesen.<sup>41</sup> Heinz Geyr, langjähriger Mitarbeiter im BPA, bezeichnet Werner Marx und Alois Mertes als die Verantwortlichen der Veröffentlichung und beruft sich dabei auf den Springer-Journalisten Heinz Vielain<sup>42</sup>, der auch selbst – „wohlbewandert im Geheim-

34 Ebd., S. 458 f.

35 Vgl. „Geheimnisbruch. Abends am Kamin“, in: Der Spiegel vom 3. August 1970.

36 Berndt von Staden: Zwischen Eiszeit und Tauwetter. Diplomatie in einer Epoche des Umbruchs. Erinnerungen. Berlin 2005, S. 97.

37 Vgl. zum Folgenden auch Heßdörfer: Vorbehaltlose Unterstützung?, S. 82, Anm. 89.

38 Peter Koch: Willy Brandt. Eine politische Biographie. Berlin/Frankfurt a. M. 1988, S. 346.

39 Egon Bahr: Zu meiner Zeit. München 1996, S. 325.

40 Hoeres: Außenpolitik und Öffentlichkeit, S. 398.

41 Rainer Barzel: Die Tür blieb offen – Ostverträge – Mißtrauensvotum – Kanzlersturz. Bonn 1998, S. 69.

42 Heinz Geyr: Einheit und Zerfall. Deutschland und die Sowjetunion im Gegenlauf der Geschichte. Vom Moskauer Vertrag bis zum Ende des roten Imperiums – ein Zeitzeugenbericht. Hamburg 1993, S. 81.



dienstmetier und in den Grauzonen der Politik“ – als Beschaffer der Texte vermutet wurde<sup>43</sup>. Und Karsten Schröder schließlich nennt in seiner Bahr-Biographie ebenfalls Marx sowie von Guttenberg als Urheber der Enthüllung des Bahr-Papiers.<sup>44</sup> Wer es also letztlich den Medien „durchgesteckt“ und sie zur Veröffentlichung veranlaßt hat, blieb unbekannt; auch die amtsinternen Untersuchungen, die bis in die 1990er Jahre andauerten, erbrachten kein Ergebnis.

Wer aber waren nun tatsächlich die unbekanntenen geheimnisvollen Whistleblower? Dieses Rätsel deckte der Bonner Historiker Konrad Reppen in einem ausführlichen Gespräch am 26. Mai 2006 auf. Dabei äußerte er den Wunsch, seine Aussagen zu gegebener Zeit zu veröffentlichen; schon früher hatte er mir – vertraulich – Andeutungen über seine Mitwirkung an der Enthüllung gemacht, war aber dabei noch sehr einsilbig geblieben; nun wollte er die Wahrheit offenlegen: Es waren Alois Mertes, Kurt Plück und er selbst. Seit ihrer Studentenzeit in Bonn und der gemeinsamen Arbeit in der Katholischen Studentengemeinde und in ihrer Dachorganisation „Katholische Deutschen Studenten-Einigung“ waren die drei eng befreundet und auch familiär verbunden. Alle waren langjährige Mitglieder der CDU.

Reppen, geboren am 5. Mai 1923 in Friedrich-Wilhelms-Hütte – heute eine der zwölf Ortschaften von Troisdorf im Rhein-Sieg-Kreis –, war durch sein Elternhaus tief im katholischen Glauben verwurzelt. Sein Vater, Mitglied der katholischen Zentrumspartei, war Volksschulrektor und wurde nach der „Machtergreifung“ Hitlers 1933 aus dem Schuldienst entlassen, was den Sohn in seiner antitotalitären Gesinnung stark geprägt hat. Nach Kriegsdienst und kurzer Kriegsgefangenschaft studierte er in Bonn Geschichte bei Max Braubach, bei dem er 1950 mit der Dissertation „Märzbewegung und Maiwahlen des Revolutionsjahres 1848“ promoviert wurde. Wesentlichen Einfluss in seinem Studium übte auch der Kirchenhistoriker Hubert Jedin aus.<sup>45</sup> Zusammen mit Paul Mikat, Alois Mertes und Kurt Plück betätigte sich Reppen im „Bendorfer Kreis“, der – im Sommer 1948 gegründet – ab dem Wintersemester 1948/49 in Bendorf regelmäßig christlich-politische Arbeitstagungen abhielt und sich intensiv mit dem Verhältnis von Theologie und Politik befasste. 1958 habilitierte er sich mit der Arbeit „Die römische Kurie und der Westfälische Friede“. 1962 erhielt er einen Ruf als ordentlicher Professor der Neueren und Neuesten Geschichte an

43 So Rolf Zundel in: Die Zeit vom 11. Juli 1980.

44 Karsten Schröder: Egon Bahr. Rastatt 1988, S. 183.

45 Vgl. seine biographische Skizze Ein akademischer Lebensweg: Hubert Jedin (1900–1980), in: Konrad Reppen: Von der Reformation zur Gegenwart. Beiträge zu Grundfragen der neuzeitlichen Geschichte. Hg. von Klaus Gotto und Hans Günter Hockerts. Paderborn 1988, S. 267–281. – Vgl. auch Hans Günter Hockerts: Konrad Reppen (1923–2017), in: Historische Zeitschrift 306 (2018), S. 121–130; In Memoriam Konrad Reppen (5.5.1923–2.4.2017). Reden gehalten bei der Akademischen Gedenkfeier am 1. Juli 2018 im Festsaal der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Bonn 2018.

die Universität des Saarlandes, 1967 wurde er Nachfolger von Max Braubach auf dem Konkordatslehrstuhl der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn. Seine Forschungsschwerpunkte waren der Westfälische Friede und die katholische Zeitgeschichte. Sein umfangreiches Oeuvre zeichnet sich aus durch akribische Aktenarbeit und Quellenanalyse sowie durch begriffliche Schärfe und Präzision im Methodischen. Dabei verstand sich Reppen aber keinesfalls als „rückwärtsgewendeter Prophet“; eine „Abkapselung der Geschichtswissenschaft von der Gesellschaft“ und einen Rückzug in die Archive oder eine Emigration in die Akademien lehnte er mit Nachdruck ab. Vielmehr betrachtete er die Historie als „ein unabhängiges Korrektiv“ für Gegenwart und Zukunft<sup>46</sup>, und in diesem Sinne verstand er wohl seine Mitwirkung bei der Veröffentlichung des Bahr-Papiers: „Was wir tun können ist, Klopfsignale auszusenden. Wie Bergleute, die in einem zugeschütteten Schacht sich befinden: wir können Klopfsignale aussenden, und müssen dann hoffen, daß sie gehört werden.“<sup>47</sup> Am 2. April 2017 ist Konrad Reppen in Bonn verstorben.

Kurt Plück, am 16. Juni 1925 in Unna geboren, studierte nach Kriegsdienst und Gefangenschaft Germanistik und Philosophie sowie katholische Theologie und Jura in Bonn. Promoviert wurde er mit dem Dissertationsthema „Das Problem der Wortneuschöpfungen bei Klopstock, Goethe und Campe“. 1952 trat er in das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen ein und war zunächst persönlicher Referent des ersten Ressortministers Jakob Kaiser, dann Presseferent unter Ernst Lemmer, Rainer Barzel und Erich Mende, bevor er 1964 ins Bundespresse- und Informationsamt wechselte, in dem er das gesamtdeutsche Referat leitete. 1982 holte Rainer Barzel den mit Erfahrung, Kenntnis und Gespür profilierten Deutschlandpolitiker zurück in das innerdeutsche Ministerium, in dem er – ein geschätzter Ratgeber der Minister Barzel, Heinrich Windelen und Dorothee Wilms – als Ministerialdirektor der Abteilung I (Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, Kultur) bis zu seiner Pensionierung 1989 wirkte. Sein gesamtes berufliches Leben war also der Deutschlandpolitik und dem Ziel der Einheit der Nation gewidmet, an der er als einflussreicher Akteur unverrückbar festhielt. So verwundert nicht, dass sein erklärtes Feindbild die „Bahrpolitik“ und auch Egon Bahr selbst war, dessen „Wandel durch Annäherung“ er kategorisch als schädliches und falsches Konzept für das von ihm mit Leidenschaft verfolgte Ziel ablehnte. Dass er mit seiner gegensätzlichen Meinung seine Beförderung im Bundespresseamt aufs Spiel setzte, nahm er in Kauf.<sup>48</sup> Seine

46 Vgl. Gesellschaft ohne Geschichte – Aspekte unserer Zukunft? in: Konrad Reppen: Historische Klopfsignale für die Gegenwart. Münster 1974, S. 1–18, hier 15 ff.

47 Konrad Reppen: Der Westfälische Friede: Ereignis und Erinnerung, in: Stadt Münster (Hg.): Historikerpreis der Stadt Münster 1998. Prof. Konrad Reppen. Dokumentation der Feierstunde zur Verleihung am 30. Januar 1998 im Festsaal des Rathauses zu Münster, [Münster] 1998, S. 23–43, hier 23.

48 Plück: Der schwarz-rot-goldene Faden, S. 180.



eigene Intention war, „den Erosionsprozeß in der DDR auf friedlich-kulturelle Weise zu fördern“<sup>49</sup> und auf diesem Weg den Niedergang der SED-Herrschaft herbeizuführen, der für ihn nur eine Frage der Zeit war. Nach langer Krankheit verstarb er am 26. Juni 2004 in Bonn. Es erstaunt, dass es in Presse und Literatur nur vereinzelt Hinweise auf Plücks Aktivitäten gibt und ausführlichere biographische Angaben gänzlich fehlen; auch in der Enzyklopädie WIKIPEDIA findet sich kein eigener Eintrag; immerhin galt er in eingeweihten Kreisen als einer der profiliertesten Kenner der Deutschlandpolitik und als „das beste Nachschlagewerk zur deutschen Frage“<sup>50</sup>.

Auch Alois Mertes, geboren am 29. Oktober 1921 in Gerolstein, stammte aus einem durch bewusste Katholizität geprägten Milieu.<sup>51</sup> Nach Kriegsdienst und Kriegsgefangenschaft studierte er Romanistik, Geschichte und Rechtswissenschaft in Bonn und Paris. 1948 legte er das erste Staatsexamen ab, 1951 folgte die Promotion durch Franz Steinbach mit dem Dissertationsthema „Frankreichs Stellungnahme zur deutschen Revolution im Jahre 1848“. 1952 trat er in den Auswärtigen Dienst ein und übernahm nach verschiedenen Tätigkeiten im Ausland, unter anderem von 1963 bis 1966 an der bundesdeutschen Botschaft in Moskau, 1969 die Leitung des Referats „Europäische Sicherheit und regionale Abrüstung“ im Auswärtigen Amt, das mit der Federführung für die zwischen Bonn und Moskau vorgesehenen bilateralen Gewaltverzichtsverhandlungen betraut war. 1972 wechselte er in die Politik, zunächst als Staatssekretär und Bevollmächtigter des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund. Ende 1972 wurde er als Direktkandidat der CDU im Wahlkreis Bitburg/Prüm/Daun/Wittlich in den Bundestag gewählt, 1982 wurde er Staatsminister im Auswärtigen Amt. Am 13. Juni 1985 erlitt er einen Schlaganfall, an dessen Folgen er am 16. Juni 1985 verstarb.

Was war nun die Motivation für ihre gemeinsame Aktion? Alle drei waren der Überzeugung, dass der grundgesetzliche Auftrag, die staatliche Einheit in Freiheit wiederherzustellen, aufrechterhalten und die Aufgabe des Selbstbestimmungsrechts für alle Deutschen, eine Abkehr vom Ziel der deutschen Einheit und eine endgültige Anerkennung der Teilung Deutschlands verhindert werden müsse. Die Frage der Oder-Neiße-Grenze spielte für sie im Kontext der Enthüllung des Bahr-Papiers eine nachrangige Rolle. Ihre Befürchtungen, dass die Bundesregierung diese deutschlandpolitischen Positionen leichtfertig

49 Ebd., S. 398.

50 Die Welt vom 30. März 1989.

51 Da über Mertes verschiedene Lebensbilder und vor allem die Biographie von Georg S. Schneider vorliegen, sollen hier die knappen biographischen Angaben genügen. Hingewiesen sei aber auf den – autobiographische Züge tragenden – Nachruf Reppens: Ein politischer Lebensweg: Alois Mertes (1921–1985), in: Konrad Reppen: Von der Reformation zur Gegenwart. Beiträge zu Grundfragen der neuzeitlichen Geschichte. Paderborn 1988, S. 282–288.



aufgabe, waren durch die Kenntnis der ihnen zugänglichen Dokumente und insbesondere des Bahr-Papiers erheblich gewachsen. Ihr ohnehin bestehendes Misstrauen gegenüber Brandt und seinem Unterhändler in Moskau wurde auch dadurch bestärkt, dass die Unterrichtung der CDU/CSU und der Öffentlichkeit über die Gespräche Bahrs durchaus lückenhaft war und Wichtiges dabei unterschlagen wurde. Einlassungen der Bundesregierung, die Zweistaatlichkeit nur vorläufig hinzunehmen, ohne sie rechtlich anzuerkennen, räumten ihr Misstrauen keineswegs aus, ob es sich nicht doch um ein auf unabsehbare Dauer angelegtes Arrangement mit Moskau handele, das die Zweistaatlichkeit zementiere. Zudem störte sie die „Unterschätzung des dynamisch-expansiven Charakters der sowjetrussischen Politik – d. h. des Risikos einer schleichenden Finnlandisierung“ der Bundesrepublik Deutschland und die „Ersetzung einer klaren, inhaltlich eindeutigen Sprache durch eine kautschukartige, inhaltlich mehrdeutige Ausdrucksweise“, wie es Mertes ausdrückte.<sup>52</sup> Zudem war Ihnen klar geworden, dass die bisherige parlamentarische Auseinandersetzung ohne die Möglichkeit der Zitation aus den originären Quellen die Durchschlagskraft der Argumente in der öffentlichen Wahrnehmung begrenzte und bei den Bürgern nicht die Resonanz fand, die sie erhofften. Deshalb entschlossen sie sich, die Medien als „vierte Gewalt“ einzuschalten: Mit dem Umweg über die Unterrichtung der Öffentlichkeit sollte der Bundestag vollständig und ungeschminkt informiert werden und die interessierte Öffentlichkeit sich selbst ein Bild über die deutschland- und ostpolitischen Aktivitäten Bahrs machen können. Mit ihrer Enthüllung verbanden sie die Hoffnung, durch den erwarteten öffentlichen Meinungsdruck die Regierung und die sie tragende Koalition unter Rechtfertigungsdruck zu setzen und so zu einer Korrektur ihres deutschland- und ostpolitischen Kurses zu bewegen.

Als geeignete Medien kamen für die „Whistleblower“ die „Bild“<sup>53</sup> und die „Quick“ mit ihren hohen Auflagen in Betracht, die ihre kritische Distanz zur Ostpolitik der Regierung schon verschiedentlich unter Beweis gestellt hatten. Die Überlegung, das brisante Dokument direkt den Unionsparteien zuzuspielen, wurde verworfen. Der Fahndung nach den Verantwortlichen der widerrechtlichen Weitergabe von Verschlussachen hätte sicher auf Mertes und Plück als Insider und ostpolitische Berater der CDU/CSU hingedeutet und sie schnell ins Fadenkreuz der Ermittlungen gerückt.

Im Vordergrund ihres Handelns stand die Veröffentlichung des Bahr-Papiers. Beiläufige Bemerkungen Repgens lassen jedoch den Schluss zu, dass der Bahr-Coup nicht ihre einzige Aktion war, verfügten sie doch nicht nur über das

52 Zit. nach Michael Mertes: Alois Mertes – Ein Lebensbild, in: Günter Buchstab (Hg.): Alois Mertes. Der Primat des Politischen. Düsseldorf 1994, S. XI–XXXVIII, hier XVIII.

53 Eine Infratest-Studie ermittelte allerdings unter der Leserschaft von „Bild“ 56 Prozent SPD-Wähler und nur 44 Prozent CDU-Wähler, Hoeres: Außenpolitik und Öffentlichkeit, S. 409.

Geheimdokument, sondern auch über Kopien weiterer Dokumente. Plück deutete in seinen Erinnerungen an – ohne konkret zu werden –, diese „Informationen“ wären aus dem Auswärtigen Amt gekommen. Tatsächlich hatte Mertes sie mit Hilfe eines Mitarbeiters des Auswärtigen Amtes besorgt und Repgen übergeben, der die umfangreiche Dokumentensammlung (unter anderem Gesprächsprotokolle aus Moskau, Vermerke, Korrespondenz) in „zwei Koffern“ auf dem Dachboden seines Hauses deponierte.<sup>54</sup> Mertes selbst, der sich seiner kniffligen Lage sehr bewusst war, wies allerdings zum eigenen Schutz eine schriftliche Weitergabe von Verschlussachen mit dem Hinweis auf seine Beamtenloyalität verschiedentlich zurück.<sup>55</sup> Möglicherweise war ein Großteil dieser Dokumente der Grundstock der „Leihgabe“, die Mertes von Guttenberg am 30. Juni 1970 – also nach der Veröffentlichung des Bahr-Papiers – für 18 Tage zur Begutachtung erhalten und am 18. Juli zurückgegeben haben will, was er schriftlich festhielt und sich somit selbst als potentieller Informant ausschaltete. Dass er schon „früher einmal“ einen dieser Texte von Guttenberg zur Kenntnis genommen habe, wie er beiläufig in einem Brief an diesen bemerkte<sup>56</sup>, deutet darauf hin, dass er selbst für die umfangreiche Sammlung verantwortlich war. Diese „Leihgabe“ bildete die Grundlage der 40seitigen Broschüre „Gewaltverzicht‘ in sowjetischer Sicht“ vom 23. Juli 1970, für die von Guttenberg und Marx verantwortlich zeichneten. Plück war nach Repgens Aussage derjenige, der die zur Verfügung stehenden Texte für diese Broschüre redigierte und kompilierte. Wie Mertes legte auch Plück seine Mittäterschaft an der Enthüllung des Bahr-Papiers nicht offen, sondern sprach nur verbrämt von „wir“.<sup>57</sup> Inwieweit die anonymen Indiskretionen vom April 1972<sup>58</sup>, die direkt an Rainer Barzel gingen, ebenfalls auf die Trias zurückgehen, war nicht Thema des Gesprächs.

Um das Risiko einer Entdeckung auszuschalten und im Wissen, welche Konsequenzen ihnen bei einer Aufdeckung drohen konnten, ließen sie bei ihrem konspirativen Vorhaben größte Vorsicht und Sorgfalt walten. Das Bahr-Papier einfach als Kopie weiterzuleiten, kam für sie nicht in Betracht. Repgen übernahm deshalb die Aufgabe, die Spuren der Herkunft des Dokuments zu verwischen. Dafür scheute er weder Kosten noch Aufwand: Zunächst reiste er eigens nach Basel und besorgte eine Schreibmaschine, deren Typen nicht den

54 Später übergab er sie an Michael Mertes. Was daraus geworden ist, vermochte er nicht zu sagen.

55 Schneider: Alois Mertes, S. 131–133, kommt aufgrund gründlicher Analyse der schriftlichen Aussagen von Mertes zu dem Schluss, es dürfe „als unwahrscheinlich gelten, dass Mertes das vielumstrittene Papier besorgt oder weitergereicht hat“. Diese Einschätzung ist aufgrund der eindeutigen mündlichen Aussagen Repgens nicht aufrechtzuerhalten.

56 Ebd., S. 133.

57 „Wir durften unseres Erachtens mit unserem kritischen Urteil über Gespräche und Verhandlungen in Moskau guten Gewissens nicht hinter dem Berge halten.“ Plück: Der schwarz-rot-goldene Faden, S. 187.

58 Schneider: Alois Mertes, S. 131; Grau: Gegen den Strom, S. 271–274.

Schreibmaschinen deutscher Provenienz entsprachen. Damit fertigte er eine Abschrift an, um so den Ursprung der brisanten Quelle aus einem der Bonner Ämter (Bundeskanzleramt, Auswärtiges Amt oder BPA) zu verschleiern. Diese Schreibmaschine versteckte er nach Gebrauch bei Hubert Jedin. Um eine kriminaltechnische Nachverfolgung durch Fingerabdrücke unmöglich zu machen, vermied er, das benutzte Papier mit bloßen Händen direkt zu berühren und benutzte bei der Abschrift Handschuhe, die er nach Gebrauch entsorgte. Sich der Brisanz bei der Enthüllung wohl bewusst, gab er schließlich die Abschrift nicht einfach in Bonn auf die Post, sondern beauftragte seinen Schwager, der eigens aus Bremen angereist war, sie bei seiner Rückfahrt auf dem Flughafen in Hannover in einen Briefkasten zu werfen, vermutlich mit dem Absender „Kurt Schumacher, Hannover, Friedensstr. 49“. Eine Rückverfolgung auf die Hintermänner aus dem Bonner Raum war durch diese Finte weitestgehend ausgeschlossen.

Wohl nicht ohne innenpolitischen Hintergedanken war der Zeitpunkt der Enthüllung gewählt, standen doch am 14. Juni 1970 Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und im Saarland an. In allen Ländern legte die CDU zwar zu – in Nordrhein-Westfalen gegenüber 1966 (42,8) um 3,5 auf 46,3 Prozent (SPD 49,5 zu 46,1, FDP 7,4 zu 5,5), in Niedersachsen gegenüber 1967 (41,7) um 4 auf 45,7 Prozent (SPD 43,1 zu 46,3, FDP 6,9 zu 4,4) und im Saarland gegenüber 1965 (42,7) um 5,1 auf 47,8 Prozent (SPD 40,7 zu 40,8, FDP/DPS 8,3 zu 4,4). Doch die Stimmengewinne reichten nicht aus, um die bisherigen Regierungsverhältnisse zu ändern: Die FDP scheiterte zwar in Niedersachsen und im Saarland an der 5-Prozent-Hürde, doch blieb die – geschrumpfte – Koalition von SPD und FDP in Nordrhein-Westfalen weiterhin an der Macht, in Niedersachsen stellte die SPD eine Alleinregierung (die CDU schied aus der Regierung aus), und im Saarland konnte die CDU mit absoluter Mehrheit weiterregieren. Ein eindeutiges Votum für die Linie der Opposition – trotz der Zuwächse für die CDU – oder für die Regierungskoalition in Bonn war dieses Wahlergebnis nicht. Die Erwartung, mit der Indiskretion zu einer grundlegenden Änderung der politischen Konstellation beizutragen, hatte sich nicht erfüllt; der erhoffte politische Erdbeben war ausgeblieben.

Nach der Veröffentlichung des Bahr-Papiers wurde über seine grundsätzliche Bedeutung und seine Bewertung sowie über Möglichkeiten der Veränderung und über das weitere Vorgehen gestritten.<sup>59</sup> Da das Papier selbst in der Regierung auf Vorbehalte stieß<sup>60</sup>, wollte Außenminister Scheel in weiteren Verhandlungen mit Moskau noch Nachbesserungen erreichen, wobei ihm von vornherein klar war, dass die in den „Leitsätzen“ vermissten Positionen Selbstbestimmung und Wiedervereinigung nicht in den Vertragstext integriert werden könnten, sondern

59 Zum weiteren Verlauf vgl. Heßdörfer: Vorbehaltlose Unterstützung, S. 84–93.

60 Link: Außen- und Deutschlandpolitik, S. 186 f.



sich nur in einem Briefwechsel unterbringen lassen würden. Bereits in seinen ersten Verhandlungsrunden hatte Bahr einen Brief der Bundesregierung zur deutschen Einheit ins Spiel gebracht, der klarstellen sollte, dass die Bundesrepublik am Ziel der Wiedervereinigung in freier Selbstbestimmung weiter festhalten wolle. Einen Briefwechsel hatte Gromyko aber kategorisch abgelehnt, bei den Verhandlungen mit Scheel einen einseitigen Brief der Bundesregierung unter bestimmten inhaltlichen Bedingungen aber am 2. August akzeptiert.<sup>61</sup> Ob dieser Brief nur aufgrund der „Fragestellungen und Forderungen der Opposition der CDU/CSU“ zustande kam, wie Mertes später ausführte<sup>62</sup>, muss nach der Vorgeschichte mit einem Fragezeichen versehen werden. Als sicher kann aber angenommen werden, dass der innenpolitische Druck, den die Opposition und die FDP-Dissidenten auf die Bundesregierung ausübten, den Eindruck auf Gromyko nicht verfehlt hat. Dieser „Brief zur Deutschen Einheit“ wurde am 12. August 1970, am Tag der Unterzeichnung des Moskauer Vertrags, in der Poststelle des sowjetischen Außenministeriums abgegeben und sein Empfang durch Abstempelung des Einlieferungsscheins bestätigt. Die Bundesregierung hielt darin fest, dass der Moskauer Vertrag „nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik Deutschland steht, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“. Der Brief blieb allerdings ein einseitiges Schreiben und unterlag im Zweifelsfall der Deutungshoheit der Sowjets, anders als die „Gemeinsame Erklärung des Bundestags zu den Ostverträgen“ vom 17. Mai 1972, die als Bestandteil des Vertragswerks völkerrechtlich relevant war. Ansonsten wollte Gromyko in den Vertragsverhandlungen mit Scheel „kein Komma“ an der Vereinbarung mehr geändert sehen, und so blieb es im Wesentlichen bei Schönheitsreparaturen der Bahrschen „Leitsätze“ ohne „substantielle Verbesserungen“, wie Werner Marx Ende September 1970 für die „Moskauer Kommission“ der CDU/CSU-Fraktion festhielt.<sup>63</sup> Ob eine CDU/CSU-Regierung bessere Konditionen hätte aushandeln können, ist eine hypothetische Frage. Ganz unwahrscheinlich wäre dies möglicherweise nicht gewesen, wie Werner Link mit einer Bemerkung Gromykos gegenüber Valentin Falin, dem damaligen Leiter der Dritten Europäischen Abteilung des sowjetischen Außenministeriums und späteren Botschafter in Bonn, im Jahr 1972 andeutet: „Uns hat das nicht viel gekostet. Um die Ratifizierung des Moskauer Vertrages zu

- 
- 61 Von Wechmar: Akteur in der Loge, S. 246 f.; Plück: Der schwarz-rot-goldene Faden, S. 200 f.; Link: Die Entstehung S. 307; Heßdörfer: Vorbehaltlose Unterstützung?, S. 77 f., 86.
- 62 Vgl. Alois Mertes: Die Rolle der Opposition in der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Thesen des Vortrags vor dem Internationalen Club La Redoute e. V., 10. Mai 1977, in: Ders.: Der Primat des Politischen, S. 63–68, hier 65.
- 63 Zit. nach Grau: Gegen den Strom, S. 129. – Eine detaillierte Darstellung der Haltung der Union zum Moskauer Vertrag ebd., S. 108–132.

kriegen, wäre selbst die Übergabe von West-Berlin an die BRD kein zu hoher Preis gewesen.<sup>64</sup>

Inwieweit und ob die Whistleblower mit ihrer Aktion Erfolg hatten, ist schwer zu beurteilen. Tatsache ist, dass die Reihen der Regierung sich für die abschließenden Verhandlungen eher schlossen. Scheel selbst war durch die Vorveröffentlichung des Bahr-Papiers bei seiner Reise nach Moskau aber in eine missliche Verhandlungslage gebracht worden: Den politischen Druck aus dem Parlament, seiner eigenen Partei und aus der Öffentlichkeit konnte er schwerlich ignorieren, allerdings kaum erwarten, dass er noch größere Änderungen oder Verbesserungen gegenüber dem Bahr-Papier durchsetzen und Gromyko zu Konzessionen bewegen konnte, die dessen Prestige und das des Kremls in Frage gestellt hätten. Auch der Einfluss der Vorveröffentlichung auf die Medien blieb begrenzt; die Befürworter der „neuen“ Ostpolitik sahen sich eher in ihrer Haltung bestärkt. Inwieweit sie meinungsbildend wirkten, ist eine schwierige, wenn nicht unlösbare Frage der Medienwirkungsforschung; doch ergeben sich im Blick auf die Wahlpräferenz der Leser der größeren Zeitungen aus dem Jahr 1972 Hinweise: Mit Ausnahme der „Welt“ lässt sich ein eindeutiges Übergewicht von SPD-Wählern gegenüber den CDU-Wählern feststellen – auch bei der „Bild“ und der „Quick“.<sup>65</sup> So verwundert nicht, dass bei den Landtagswahlen im Juni 1970 sich die Hoffnung der Whistleblower auf einen grundsätzlichen Meinungsumschwung nicht erfüllte.

Kurzfristig konnten sie mit ihrer Aktion jedoch die Bevölkerung für die damals heftig umstrittene deutsche Frage sensibilisieren. Denn auf die Infas-Frage „Bessere innerdeutsche Beziehungen sind nur möglich, wenn die Bundesrepublik die DDR anerkennt. Sind Sie dafür oder dagegen, dass die Bundesrepublik die DDR anerkennt?“ antworteten im März/April 1970 dafür 30 Prozent, dagegen 48 Prozent, im April/Mai 38 Prozent zu 40 Prozent, indes im Juni/Juli – also nach der Enthüllung – 35 Prozent zu 47 Prozent, im Oktober/November aber 38 Prozent zu 38 Prozent.<sup>66</sup> Es liegt also nahe, dass der Rückgang der Befürworter und der Anstieg der Gegner einer Anerkennung der DDR von April/Mai 1970 bis Juni/Juli 1970 in einem direkten Zusammenhang mit der Aufregung um das „Bahr-Papier“ stand. Der Meinungsumschwung war allerdings nur von kurzer Dauer; bereits im Herbst 1970 waren die Zahlen wieder annähernd mit denen von April/Mai identisch; die „Meinungsschere“ bestand fort. Auch bei der Umfrage „Können Sie mir sagen, welche Partei Ihren Ansichten am nächsten steht?“ stieg die

64 Valentin Falin: Politische Erinnerungen. München 1993, S. 208, zit. nach Link: Die Entstehung, S. 314.

65 Vgl. die Tabelle Wahlpräferenzen nach Zeitungen 1972 in: Hoeres: Außenpolitik und Öffentlichkeit, S. 425.

66 Zit. nach Manuela Glaab: Deutschlandpolitik in der öffentlichen Meinung. Opladen 1999, S. 260; an die Teilung gewöhnt hatten sich die Deutschen im Jahr 1970 mit ca. 65 Prozent, unerträglich fanden sie ca. 18 Prozent, ebd., S. 137.

Zahl von Mai bis Juli 1970 für die CDU von 41 auf 50 Prozent an, während sie für die SPD von 52 auf 44 Prozent absackte, doch langfristig war auch dieser Trend nicht.<sup>67</sup> Trotz der Zugewinne der CDU bei den Landtagswahlen vom Juni konnte ein durchschlagender und nachhaltiger Erfolg nicht erzielt werden konnte. Die oben erwähnten demoskopischen Umfragen<sup>68</sup> weisen ebenfalls darauf hin, dass die Zahl derer, die die Ostpolitik der Regierung kritisierten, nicht gewaltig angestiegen war. Eher war das Gegenteil der Fall.

Und so mutet die Aktion der Whistleblower an wie der Kampf gegen Windmühlen: gegen die Regierung und die sie tragende Koalition, gegen eine Medienwand und gegen eine Bevölkerungsstimmung, die sich mit den Realitäten abgefunden hatte. Selbst einer der Mitinitiatoren der Indiskretion, Alois Mertes, meinte aufgrund der Erfahrungen des Jahres 1970 zu den weiteren Enthüllungen von Bahr-Notizen, die Barzel im April 1972 anonym zugeschickt worden waren<sup>69</sup>, „der Opposition schadet letzten Endes der Vorgang“.<sup>70</sup>

67 Schaubild in: Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1968–1973, S. 304.

68 Vgl. Anm. 24 und 25.

69 Vgl. Grau: Gegen den Strom, S. 273 f. – Barzel leitete den Brief sofort an Bundeskanzler Brandt weiter, um prüfen zu lassen, ob es sich um Fälschungen handele. Die SPD drehte den Spieß um und beschuldigte den CDU-Vorsitzenden, sich in seiner Ablehnung der Verhandlungsergebnisse auf „kriminell beschafftes Material“ zu stützen, bezeichnete die Gesprächsaufzeichnungen als „Fälschungen“ und sprach von einem „Akt des Vertrauensbruchs“.

70 Zit. nach Schneider: Alois Mertes, S. 131.





## Netzpolitik vor dem World Wide Web. Die CDU, das Kabelfernsehen und der Bildschirmtext

Martin Falbisoner

Nur wenig wirkt älter als „Neue Medien“ von gestern. Sich schier unaufhaltsam beschleunigender Fortschritt bei der Entwicklung von Informations- und Kommunikationstechnologien erzeugt die scheinbare Dynamik einer nicht enden wollenden digitalen Revolution, die beständig ihre eigenen Kinder frisst. Das Mobiltelefon von letztem Jahr gilt heute schon als veraltet, der gerade neu konzipierte Social-Media-Auftritt mutet in nur zwei Jahren wieder altbacken an. Der polymorphe technische Unterbau prägt dabei freilich nur eine Seite dieser digitalen Medaille. Die andere zeigt das von diesem getriebene Individuum, den User also, der sein netzöffentliches Selbst unaufhörlich kuratiert, ängstlich bedacht, keinen Trend zu verpassen, keine Follower zu verlieren, nicht abgehängt zu werden.<sup>1</sup> Allzu leicht erliegt er dem trügerischen Eindruck, immerzu mit Neuem konfrontiert zu werden, sich auf nie Dagewesenes einstellen zu müssen, Erforscher von noch gänzlich Unbekanntem zu sein. Ihm entgeht, dass sich, trotz aller offensichtlichen, fast haptisch greifbaren Verbesserungen und Vereinfachungen in seiner digitalen Lebenswelt, die Ausprägungen technischer Innovation in erster Linie stetig und evolutionär entwickeln. Deren eigentliche technologische Grundlagen sind dabei nicht selten bereits Jahrzehnte zuvor gelegt worden. So konzipierte Tim Berners-Lee das spätere World Wide Web schon ein gutes halbes Jahr vor dem Fall der Berliner Mauer im März 1989<sup>2</sup> – und auch das World Wide Web ist nur einer von vielen Diensten des insgesamt noch weitaus älteren Internets.<sup>3</sup>

Ähnlich verhält es sich mit dem begleitenden Diskurs über Ziel, Nutzen und Gefahren digitalen Wandels. Dieser Diskurs beansprucht stets unmittelbare, dringliche Aktualität, doch bedient sich letztlich, wenigstens auf der oft bemühten Ebene vager Abstraktion, nur formelhafter, seit langem eingeführter Gemeinplätze. Die „Digitalisierung eröffnet eine weitere Revolution in dem gesamten Bereich der Informations- und Unterhaltungselektronik“, stellte etwa

- 1 Zur Einordnung der gesamtgesellschaftlichen Konsequenzen dieser Entwicklung vgl. die Beiträge in: Rainer Mühlhoff/Anja Breljak/Jan Slaby (Hg.): *Affekt Macht Netz. Auf dem Weg zu einer Sozialtheorie der Digitalen Gesellschaft* (Digitale Gesellschaft 22). Bielefeld 2019.
- 2 Vgl. Tim Berners-Lee: *Information Management. A Proposal*. März 1989, <https://www.w3.org/History/1989/proposal.html> (Abruf: 3. Juli 2020).
- 3 Vgl. Martin Schmitt: *Internet im Kalten Krieg. Eine Vorgeschichte des globalen Kommunikationsnetzes* (Histoire 102). Bielefeld 2016, S. 195–224.

die FAZ schon im Sommer 1979 fest,<sup>4</sup> in einem Duktus, der sicherlich auch noch einem Beitrag der Gegenwart entstammen könnte. „Die Zeit“ resümierte im Sommer 1984, mit dem „rasanten Fortschritt der Technik nahmen die Gefahren für die Individualsphäre nicht nur der Zahl nach zu“. Sie forderte, und der heutige Leser fühlt sich dabei quasi sofort an die laufende Diskussion um die Konsequenzen der aktuellen Datenschutzgrundverordnung erinnert, der Gesetzgeber müsse „deshalb im Datenschutz klare Rechtsnormen vorgeben, wie die vielfältigen Interessenkonflikte zwischen unserem Grundrecht auf ‚informationelle Selbstbestimmung‘ und dem Informationsbedürfnis anderer zu lösen sind“.<sup>5</sup>

Auch um die Ebene der politischen Kommunikation scheint es recht ähnlich bestellt zu sein. Das Strategiepapier „Digitalcharta Innovationsplattform D“, beschlossen auf dem 32. Parteitag der CDU Deutschlands am 22./23. November 2019, konstatiert etwa:

„Digitale Technologien und Anwendungen sind heute ein zentraler Treiber für tiefgreifende Veränderungen in allen Lebensbereichen. Denn Digitalisierung eröffnet neue Handlungsräume in Wirtschaft, Gesellschaft und für jeden einzelnen Menschen. Unser Anspruch als Union ist es, diesen digitalen Wandel verantwortungsvoll und zukunftsorientiert zu gestalten.“<sup>6</sup>

In auffallend ähnlicher Form betonte CDU-Generalsekretär Heiner Geißler schon im Jahr 1985 im Grußwort eines Flyers zur Präsentation des CDU-Auftritts im neuen Bildschirmtext (Btx) der Bundespost:

„Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich auf dem Weg in eine Informationsgesellschaft. Neue Technologien eröffnen immer mehr Bürgern die Möglichkeit, sich immer besser und schneller zu informieren. Die CDU war und ist ein Wegbereiter dieser Entwicklung. Durch die neuen Medien erweitert sich für unsere Bürger die Freiheit bei der Auswahl der Informationsangebote.“<sup>7</sup>

Gibt es also tatsächlich niemals wirklich Neues unter der digitalen Sonne? Diese Schlussfolgerung wäre nun überaus irrig. Vielmehr bedarf auch der evolutionäre Strom technischen Fortschritts mitunter starker Impulse von außen, die Richtung und Rahmen geben. Manches, was gerade in der Retrospektive nur als kurze Etappe einer natürlich verlaufenden Abfolge erscheint, erweist sich bei genauerer Betrachtung doch als kritische Wegmarke, an der entscheidende Weichen zu stellen waren. Vor einem solchen Hintergrund ist der von Geißler

4 Klaus Brehol: Zauberworte für das Videoreich, in: FAZ vom 29. August 1979.

5 Beide Zitate Ruth Leuze: Den Teufel mit Beelzebub austreiben? Wie sich das „informationelle Selbstbestimmungsrecht“ verwirklichen läßt, in: Die Zeit vom 24. August 1984.

6 Digitalcharta Innovationsplattform: D. Beschluss des 32. Parteitags der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, 22.–23. November 2019 in Leipzig, S. 1, <https://www.cdu.de/system/tdf/media/images/leipzig2019/2019-11-23-digitalcharta-innovationsplattform-d-beschluss.pdf?file=1> (Abruf: 3. Juli 2020).

7 CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): Einladung zum Dialog, [Bonn 1985], in: ACDP Bestand Bundespartei 07-001-7205/5.



formulierte Anspruch einzuordnen, die CDU begreife sich als Wegbereiter für die moderne Informationsgesellschaft. Im Kontext des Jahres 1985 war dies noch keineswegs selbstverständlich, sondern vielmehr eine mutige Positionierung. Ob der Wandel zur Informationsgesellschaft denn überhaupt erstrebenswert sei – oder nicht vielmehr sogar entschieden bekämpft werden müsse – war Anfang der 1980er Jahre noch sehr umstritten. Auch wenn sich die Gegner der Digitalisierung letztlich nicht durchzusetzen vermochten, so fanden sie doch zunächst aufmerksames Gehör.<sup>8</sup> Die Widerstände gegen Vernetzung und Neue Medien in Deutschland erfolgreich zu überwinden und dadurch zentrale Grundlagen für die digitale Gesellschaft der Gegenwart zu legen, ist, wie im Folgenden zu zeigen sein wird, gerade das Verdienst der CDU und ihrer Politik unter Kanzler Helmut Kohl ab 1982.<sup>9</sup> Der Untersuchungszeitraum liegt dabei schwerpunktmäßig im Jahrzehnt zwischen der Mitte der 1970er und 1980er Jahre. In diesem schuf sich die Union, noch auf der Oppositionsbank, zunächst ein innovatives, durchaus konsenssprenzendes medienpolitisches Selbstverständnis. Darauf aufbauend entfaltete sie eine systematische Programmatik, die sie mit Übernahme der Regierungsverantwortung im Bund 1982 dann konsequent umsetzte. Damit entwickelte die CDU den Technologiestandort Deutschland auch langfristig weiter. Abschließend wird am Beispiel der Schaffung eines eigenen Auftritts im Bildschirmtext gezeigt, wie sich die CDU den digitalen Wandel und die neuen technischen Möglichkeiten schon frühzeitig auch zur Präsentation, Kommunikation und Interaktion zu eigen machte.

### *Die Ausgangslage: Technologische Chancen und sozialdemokratische Blockadepolitik*

Bekanntlich verortet die dem Prinzip der Subsidiarität verpflichtete, föderale Ordnung der Bundesrepublik Deutschland die hoheitlichen Kompetenzen in Kulturfragen auf der Ebene der Länder. Diese verantworten damit neben dem Schul- und Bildungswesen auch das Feld der Medienpolitik, was in der jungen Bundesrepublik vor allem Rundfunkpolitik bedeutete. Für das landespolitische Selbstverständnis ist die Kulturhoheit geradezu konstitutiv, definiert sie doch, so die berühmte Formulierung des Bundesverfassungsgerichts von 1957, das faktische „Kernstück der Eigenstaatlichkeit der Länder“<sup>10</sup>. Deren ordnungspolitische Zuständigkeit für Medienfragen wurde dabei im „Fernsehurteil“ vom

8 Vgl. Jürgen Danyel: Zeitgeschichte der Informationsgesellschaft, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 9/2 (2012), S. 186–211, hier 202.

9 Vgl. zusammenfassend Jürgen Wilke: Die Medienpolitik der Ära Kohl. Durchbruch zum Fortschritt, in: Die Politische Meinung 411 (2004), S. 35–39, hier 38 f.; Ders.: Die Medienpolitik der 80er Jahre. Einführung, in: Historisch-Politische Mitteilungen (HPM) 9 (2002), S. 161–167, hier 165–167.

10 BVerfG, 26. März 1957–2 BvG 1/55 (BVerfGE 6, 309 <346 f.>).

28. Februar 1961 bekräftigt, wonach „Rundfunk jedenfalls auch ein kulturelles Phänomen ist“. Dem Bund, so Karlsruhe, obliege lediglich, mittels seiner Kompetenz für das Post- und Fernmeldewesen in einer dienenden Funktion für die erforderliche Infrastruktur bei der Sende- und Übertragungstechnik zu sorgen. Hierzu zähle auch die Zuweisung der begrenzten Anzahl zur Verfügung stehender Frequenzen.<sup>11</sup> Aus verfassungsrechtlicher Sicht ergibt sich somit eine durchaus diffizile Aufgabe für die öffentliche Hand im Ganzen. Schließlich soll sie eine zwischen den föderalen Polen sorgsam verortete, dabei nach Artikel 5 des Grundgesetzes ohnehin dezidiert staatsferne, also bürgerliche Kommunikations- und Medienkultur durch Organisation eines äußeren normativen und infrastrukturellen Ordnungsrahmens mit öffentlichen Mitteln gewährleisten.<sup>12</sup> Dass sich ausgerechnet die behördlich geführte Bundespost zum zentralen medienpolitischen Akteur entwickeln würde, war in den frühen Jahren der Bundesrepublik sicherlich kaum abzusehen. Und doch rückte das Bundespostministerium mit seiner doppelten infrastrukturellen Zuständigkeit im Fernmeldewesen, das heißt sowohl für die Individualkommunikation wie für den Rundfunksektor, rasch in den Fokus. Seine Investitionsschwerpunkte, gewissermaßen also seine netzpolitische Ausrichtung, prägten zunehmend den äußeren Rahmen des Technologiestandorts Deutschland. Die Kompetenzen der Bundespost bündelten somit auch ursprünglich recht disparate Aspekte des Informations-, Kommunikations- und Medienwesens in einer Hand und verschmolzen sie zu einem technologischen wie diskursiven Gesamtkomplex.

Die Frage, wie sich Rundfunk überhaupt genau definiert und abgrenzt, wer diesen betreiben darf und in wessen Auftrag, wurde im Zuge der 1970er immer virulenter, da traditionelle Festlegungen durch technische Entwicklungen zunehmend überholt wirkten. Das Paradigma der Knappheit von terrestrischen Frequenzen für Hörfunk- und Fernsehkanäle wurde durch die sich abzeichnende Marktreife von Kabel- wie Satellitenübertragung obsolet. Dadurch geriet die traditionelle Rundfunkstruktur mit ihrer ausschließlich öffentlich-rechtlichen Trägerschaft in eine Argumentationskrise. Gleichzeitig eröffneten sich auch Möglichkeiten für gänzlich Neue Medien wie den Bildschirmtext.<sup>13</sup> Horst Ehmke (SPD), in Personalunion Bundesminister für Forschung und Technologie sowie Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen, berief im November 1973 die „Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems“ (KtK) unter Professor Eberhard Witte,<sup>14</sup> um von dieser belastbare Konzepte erarbeiten zu lassen. Der Wirtschaftswissenschaftler Witte sollte als Experte für Medienpolitik die Neuausrichtung des deutschen Telekommunikationswesens

11 Vgl. BVerfG, 28. Februar 1961–2 BvG 1,2/60 (BVerfGE 12, 205 <229>), dort auch Zitat.

12 Vgl. Wilke: Die Medienpolitik der Ära Kohl, S. 35 f.

13 Vgl. ebd., S. 36, 38.

14 Vgl. insg. Eberhard Witte: Telekommunikation. Vom Staatsmonopol zum privaten Wettbewerbsmarkt, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, Ergänzungsheft 3 (2002), S. 1–50.



noch über Jahrzehnte engagiert begleiten. Die KtK, die sich mit Vertretern aus Wissenschaft, Politik, Medien, Wirtschaft und Gewerkschaften dezidiert pluralistisch zusammensetzte, legte ihren Abschlussbericht im Januar 1976 vor. Sie empfahl in erster Linie den Ausbau des Fernsprechnetzes. Dessen strukturelle Ertüchtigung sollte dabei vor allem auch neuartigen telematischen Diensten wie dem Telefax zum Durchbruch verhelfen. Daneben diskutierte die KtK Pläne für den Aufbau von Breitbandnetzen, um mit diesen perspektivisch Kabelfernsehen zu ermöglichen. Hierzu empfahl sie zunächst die Durchführung von wissenschaftlichen, dabei auch soziologisch zu evaluierenden Pilotprojekten, also regional begrenzten Modellversuchen mit der neuen Technologie. Dies stellte einen Kompromiss dar zwischen den beiden gegensätzlichen Maximalforderungen in der Diskussion, das heißt der möglichst sofortigen Einführung eines bundesweiten Kabelfernsehens auf der einen sowie dessen kategorischem Verbot auf der anderen Seite.<sup>15</sup>

Es sollte bis ins Jahr 1984 dauern, dass in Ludwigshafen und München schließlich die ersten beiden der insgesamt vier Pilotprojekte anrollten – es folgten noch Dortmund und Berlin im Folgejahr. Dies hatte vor allem auch politische Gründe, die in einer ausgesprochenen Verschleppungstaktik der SPD sowohl in den Ländern, hier insbesondere in Hessen, wie auf Bundesebene zu suchen sind.<sup>16</sup> Denn aus Sicht der Sozialdemokraten eröffnete schon die schiere Existenz von Kabelfernsehen Gefahren, die, in den Worten von Kanzler Helmut Schmidt, sogar „gefährlicher sind als die Kernenergie“. Nichts weniger als das Fundament der demokratischen Gesellschaftsordnung sahen sie bedroht, wenn die bundesdeutschen Haushalte geflutet würden mit zusätzlichen Programmen und Kanälen, noch dazu in privatwirtschaftlicher Hand. „Ich kann mir nichts Gefährlicheres für die Familie vorstellen“, folgerte der sozialdemokratische Justizminister Hans-Jochen Vogel, der damit freilich nicht nur den liberalen Koalitionspartner in der Bundesregierung irritierte.<sup>17</sup> Am 26. September 1979 stoppte die Bundesregierung, obgleich für medienpolitische Grundsatzentscheidungen überhaupt nicht zuständig, schließlich die bereits begonnene Verkabelung mehrerer Ballungsräume. Ihr Hebel dabei war die infrastrukturelle Verantwortung der Bundespost für Entwicklung und Aufbau des Kabelnetzes. Gleichwohl forcierten zumindest die unionsgeführten Regierungen in Rhein-

15 Vgl. insg. Telekommunikationsbericht, hg. von der Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems. Bonn 1976. Zusammenfassend zudem Witte: Telekommunikation, S. 12–15; Volker Schneider: Staat und technische Kommunikation. Die politische Entwicklung der Telekommunikation in den USA, Japan, Großbritannien, Deutschland, Frankreich und Italien. Opladen u. a. 1999, hier S. 176–178.

16 Vgl. Witte: Telekommunikation, S. 15; Wilke: Die Medienpolitik der Ära Kohl, S. 37 f.

17 Vgl. „Privat-TV: ‚Gefährlicher als Kernenergie‘“, in: Der Spiegel vom 1. Oktober 1979, dort auch beide Zitate.



land-Pfalz und Bayern weiter die Vorbereitung ihrer jeweiligen Pilotprojekte.<sup>18</sup> Überdies versuchte die Regierung Schmidt parallel dazu, die Bundesrepublik Deutschland vom Empfang ausländischer Satellitenprogramme abzuschirmen, wie Kurt Gscheidle (SPD), Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen sowie Bundesminister für Verkehr, am 27. September 1979 im Bundestag einräumte.<sup>19</sup> Dies stand im bemerkenswerten Gegensatz zu der nur ein Jahr zuvor auch von Bonn unterstützten UNESCO-Erklärung, den freien Informationsfluss zu fördern und die Rolle der Massenmedien zu stärken, wie sogleich der CSU-Abgeordnete Hans „Johnny“ Klein im Plenum hervorhob.<sup>20</sup>

Die CDU protestierte scharf und veröffentlichte am 26. November 1979 eine Erklärung des Präsidiums.<sup>21</sup> Darin wurde festgestellt, dass ein bislang bestehender medienpolitischer Grundkonsens zwischen den Parteien nicht mehr erkennbar sei, das Thema somit automatisch Gegenstand kommender Wahlkämpfe sein werde. Vier Punkte seien für die CDU dabei nicht verhandelbar. Erstens definiere Artikel 5 des Grundgesetzes ein „Freiheitsrecht des einzelnen Bürgers“, jedoch „keine Organisationsformen für Presse, Rundfunk und Fernsehen beziehungsweise neue elektronische Medien“. Zweitens sei Medienpolitik ausschließlich Ländersache, der Bund hingegen habe „dabei technische Dienstleistungen zu stellen, nicht aber medienpolitische Entscheidungen zu treffen oder sich in die Entscheidungen der Länder auf diesem Gebiet einzumischen“. Drittens habe der Bund den Stopp der Verkabelung aufzuheben, denn dieser liefe „darauf hinaus, dem Bürger die heute gegebenen technischen Möglichkeiten vorzuenthalten“. Der Bund dürfe „aber das Monopol der Bundespost nicht als Blockadeinstrument des technischen Fortschritts benutzen“. Viertens schließlich gelte der „freie Informationsfluß über Staatsgrenzen hinweg [...] für Satelliten genauso wie für alle Rundfunk- und Fernsehsender“. Eine Behinderung des grenzüberschreitenden Informationsflusses verstoße dabei „gegen elementare Verfassungsgrundsätze und völkerrechtliche Vereinbarungen, wie sie in der Menschenrechtscharta [,] der Mediendeklaration der UNESCO, den Römischen Verträgen und der Schlußakte von Helsinki festgelegt sind“. Abschließend wurde betont: „Die Haltung der CDU kann niemanden überraschen. In ihrem

18 Vgl., auch zum Folgenden, Wilke: Die Medienpolitik der Ära Kohl, S. 38 f. Die Bedeutung des Kabelpilotprojekts Ludwigshafen als Vorreiter in Deutschland veranschaulicht Bernhard Vogel: Der Kampf um die neue Medienordnung. Initiativen und Innovationen, in: HPM 9 (2002), S. 169–175, hier 171 f.

19 Vgl. Stenographischer Bericht der Sitzung des Deutschen Bundestags, 27. September 1979 (Plenarprotokoll 8/175), S. 13819 f.

20 Vgl. ebd., S. 13820 f. u. Declaration on Fundamental Principles concerning the Contribution of the Mass Media to Strengthening Peace and International Understanding, to the Promotion of Human Rights and to Countering Racism, Apartheid and Incitement to War, Proclaimed by the General Conference of UNESCO at its 20th session in Paris, on 28 November 1978, Resolution 4/9.3/2.

21 Vgl. Pressemitteilung, 26. November 1979, in: ACDP 07-001-1412.

Grundsatzprogramm hat sie sich zur Pluralität der Medien bekannt und dazu, daß neue Technologien nicht dazu benutzt werden dürfen, den Zugang zu den Medien durch das Festhalten an alten Strukturen zu beschränken.<sup>22</sup> Tatsächlich fasste die Erklärung alle zentralen Elemente der medienpolitischen Ausrichtung zusammen, die sich die CDU ab Mitte der 1970er Jahre erarbeitet hatte. Sie sollten zur Grundlage ihres Regierungshandelns im Bund ab 1982 werden.

### *Christian Schwarz-Schilling und die medienpolitischen Leitlinien der CDU*

Prägende Persönlichkeit und treibende Kraft der CDU-Medienpolitik in der Ära Kohl war zweifelsohne Christian Schwarz-Schilling.<sup>23</sup> Der Geschäftsführer des traditionsreichen Technologieunternehmens Accumulatorenfabrik Sonnenschein GmbH war seit 1971 Mitglied des ZDF-Fernsehrates und dort Vorsitzender des Ausschusses für Politik und Zeitgeschehen. Die beiden Funktionen gestatteten es ihm, rasch zum scharfsichtigen Beobachter und kritischen Analysten technischer und medialer Tendenzen zu werden. Er kam dabei zu zwei unterschiedlichen Schlüssen. Der eine war infrastruktureller Natur. Das Kommunikations- und Fernmeldewesen der Bundesrepublik Deutschland drohe insgesamt den technologischen Anschluss zu verlieren – hierzu noch an späterer Stelle mehr.<sup>24</sup> Der zweite war politischer Art. Die CDU müsse das bislang von ihr eher vernachlässigte Feld der Medienpolitik aktiv aufgreifen. Ansonsten werde sie medial ins Hintertreffen geraten, gerade bei der Mehrzahl der ARD-Anstalten, wo Schwarz-Schilling „eine ganz klare Linkslastigkeit“ unter den Redakteuren ausmache.<sup>25</sup> Die perspektivische Schaffung eines dualen Rundfunksystems mit privater Konkurrenz zur, in den Worten Schwarz-Schillings, „Entautorisierung bestimmter öffentlich-rechtlicher Anstalten“<sup>26</sup>, also letztlich zur Her-

22 Alle Zitate ebd., S. 1–3.

23 Vgl. prägnant Günter Buchstab: Einleitung, in: Kohl: „Stetigkeit, Klugheit, Geduld und Zähigkeit“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1976–1980, bearbeitet von Ders.: I. Halbband: 10/1976–9/1978 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 68/1). Düsseldorf 2018, S. IX–L, hier XXXVIII f.; Ders.: Einleitung, in: Kohl: „Gelassenheit und Zuversicht“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1980–1983, bearbeitet von Ders. (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 70). Düsseldorf 2018, S. IX–XL., hier XXXII f.; zur Person vgl. Judith Michel: Christian Schwarz-Schilling, <https://www.kas.de/web/guest/geschichte-der-cdu/personen/biogramm-detail/-/content/christian-schwarz-schilling-v1> (Abruf: 3. Juli 2020).

24 Vgl. Christian Schwarz-Schilling: Der Neuerer hat Gegner auf allen Seiten. Eine Bilanz, in: HPM 9 (2002), S. 177–193, hier 178 f.

25 Vgl. ebd., S. 179 f., Zitat S. 179; vgl. zudem aus der Reihe Zeitzeugen im Gespräch im Deutschlandfunk, Sendung vom 22. Februar 2018: „Das war wirklich Rotfunk, wie er im Buche steht“, Christian Schwarz-Schilling im Gespräch mit Stephan Detjen, [https://www.deutschlandfunk.de/christian-schwarz-schilling-das-war-wirklich-rotfunk-wie-er.1295.de.html?dram:article\\_id=411463](https://www.deutschlandfunk.de/christian-schwarz-schilling-das-war-wirklich-rotfunk-wie-er.1295.de.html?dram:article_id=411463) (Abruf: 3. Juli 2020).

26 Schwarz-Schilling: Der Neuerer hat Gegner auf allen Seiten, S. 191.



stellung einer größeren Ausgewogenheit in der Berichterstattung, hatte damit sicherlich eine nicht unerheblich machtpolitisch gefärbte Komponente.<sup>27</sup> Nicht außer Acht gelassen werden darf indes, dass auch das grundlegende Menschen- und Gesellschaftsbild der CDU zentrale Triebfeder war, wenn es nun galt, den quasi monopolistischen Medienpaternalismus sozialdemokratischer Färbung zu überwinden. Denn das öffentlich-rechtliche Selbstverständnis der 1970er sei, so Schwarz-Schilling, geprägt gewesen von einer „Vorstellung, die wirklich nicht unserer Idee von freiheitlicher Medienvielfalt entsprach“. Vielmehr habe es sich als „eine selbst ernannte, volksbelehrende Pädagogik“ manifestiert.<sup>28</sup> Auch Bernhard Vogel, als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz verantwortlich für das Kabelpilotprojekt Ludwigshafen, betont, er habe in erster Linie journalistische Pluralität angestrebt, also „ein Mehr an Auswahlmöglichkeiten“ und somit „mehr Macht den Nachfragern, weniger Macht den Anbietern“.<sup>29</sup>

Am 1. September 1975 wurde Schwarz-Schilling vom Präsidium der CDU zum Medienbeauftragten ernannt.<sup>30</sup> Um eine möglichst breite Einigkeit der Unionsparteien in den nun abzustimmenden Sachfragen zu gewährleisten, streckte er rasch die Fühler nach München aus und rief den „Koordinierungsausschuss der CDU und CSU für Medienpolitik“ ins Leben. Dessen Ziel war die programmatische Überarbeitung der gemeinsamen medienpolitischen Ausrichtung unter inhaltlichen wie technologischen Gesichtspunkten. Schon im Frühjahr des Folgejahres lag ein Grundsatzpapier zur Beschlussfassung vor, erarbeitet von der bereits bestehenden CDU/CSU-Medienkommission unter ihrem Vorsitzenden Friedrich Zimmermann, und wurde Mitte 1976 von den Präsidien und Vorständen beider Parteien verabschiedet.<sup>31</sup> Im August 1976 wurden die Leitsätze unter dem Titel „Freiheitliche Medienpolitik“ der Öffentlichkeit präsentiert.<sup>32</sup> Zentrale Forderungen waren, dass die „Monopolstellung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten“<sup>33</sup> eine laufende Überprüfung der Vereinbarkeit mit Artikel 5 des Grundgesetzes gebiete und neuartige Kommunikationssysteme ohnehin auch „eine Neudefinition des Rundfunkbegriffes“<sup>34</sup> notwendig

27 Vgl. Buchstab: Einleitung, in: Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1976–1980, S. XXXVIII; Wilke: Die Medienpolitik der Ära Kohl, S. 37; Witte: Telekommunikation, S. 16 f. Einen parteiübergreifenden Vergleich bietet Alfred-Joachim Hermann: Medienpolitik in den 80er Jahren. Machtpolitische Strategien der Parteien im Zuge der Einführung des dualen Rundfunksystems (Diss. Potsdam 2007). Wiesbaden 2008.

28 Beide Zitate Schwarz-Schilling: Der Neuerer hat Gegner auf allen Seiten, S. 192.

29 Beide Zitate Vogel: Der Kampf um die neue Medienordnung, S. 174.

30 Vgl. Schreiben von Kohl an Schwarz-Schilling, 4. September 1975, in: ACDP Bestand Christian Schwarz-Schilling 01-824-172/2.

31 Vgl. Buchstab: Einleitung, in: Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1976–1980, S. XXXVIII; Schwarz-Schilling: Der Neuerer hat Gegner auf allen Seiten, S. 180 f.

32 Vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): Zum Thema: Freiheitliche Medienpolitik. Bonn 1976, in: ACDP 07-001-7115-16.

33 Ebd., S. 14.

34 Ebd., S. 19.



machten. Vor allem aber war die folgende Feststellung wegweisend, denn sie eröffnete, wenn auch etwas verklausuliert, die Perspektive für weitere, dann privatwirtschaftlich betriebene Rundfunkkanäle: „Die öffentlich-rechtliche Struktur soll Grundlage der Organisation von Hörfunk und Fernsehen bleiben. Wenn die technische Entwicklung eine Vielzahl lokaler und regionaler Programme ermöglicht, sind die Voraussetzungen für andere Organisationsformen zu prüfen.“<sup>35</sup> Damit hatten sich die Unionsparteien prinzipiell zu einem dualen Rundfunksystem bekannt, dessen Zukunft für Schwarz-Schilling technisch in kabel- und satellitengestützten Übertragungswegen lag. Da er zudem Mitglied der CDU-Grundsatzprogrammkommission unter Richard von Weizsäcker war, fanden seine medienpolitischen Überlegungen unter der Ziffer 123 auch Eingang ins „Ludwigshafener Programm“, das unter dem Titel „Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit“ auf dem Parteitag im Oktober 1978 beschlossen wurde:<sup>36</sup>

„Einer freien Gesellschaft entspricht die Pluralität der Medien. Unabhängigkeit und Vielfalt der freien Presse sind zu sichern. Öffentlich-rechtliche Rundfunk- und Fernsehanstalten sind in besonderer Weise der Informationsvermittlung und Meinungsvielfalt verpflichtet. Die Ausstrahlung weiterer Hörfunk- und Fernsehprogramme durch andere Veranstalter – auch durch Gesellschaften des privaten Rechts – soll möglich sein. Neue Technologien dürfen nicht dazu benutzt werden, durch Beschränkung des Zugangs bestehende Medienstrukturen zu bevorzugen. Durch Vermehrung des Angebots an Information, Meinung, Bildung und Unterhaltung haben sie in erster Linie dem Bürger zu dienen. Die freiheitliche Gestaltung der Medien und der Zugang zu allen Informationen ist unentbehrlich für die Erhaltung des demokratischen Staates. Sie ermöglichen die Bildung einer öffentlichen Meinung und die wirksame Kontrolle der staatlichen Macht.“<sup>37</sup>

Mit einem großangelegten „Medientag“ am 7./8. November 1978 in Bonn begann die CDU schließlich den Kampf um die öffentliche Meinung. Das in der Einschätzung der FAZ durchaus „offensive ordnungspolitische Konzept“<sup>38</sup> der Union war vom medienpolitischen Koordinierungsausschuss von CDU und CSU auf 10 Thesen verdichtet worden und wurde den Wählern durch Redebeiträge prominenter Persönlichkeiten beider Parteien präsentiert, darunter dem CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl. Diese stellten sich damit ostentativ und geschlossen hinter die Leitsätze, die immerhin zu nichts weniger als einer struk-

35 Ebd., S. 17.

36 Vgl. Schwarz-Schilling: Der Neuerer hat Gegner auf allen Seiten, S. 181 f.

37 Grundsatzprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Verabschiedet auf dem 26. Bundesparteitag Ludwigshafen, 23.–25. Oktober 1978, Ziffer 123.

38 „Die Union will private Konkurrenz für Rundfunk und Fernsehen“, in: FAZ vom 9. November 1978.

turellen Neuausrichtung der deutschen Medienlandschaft führen sollten.<sup>39</sup> Sie wurden innerparteilich auch in den folgenden Jahren weiter reflektiert und dabei im Detail nuanciert und substantiiert, etwa hinsichtlich verfassungsrechtlicher Fragen, der praktischen Ausgestaltung einer neuartigen Wettbewerbssituation in der deutschen Medienlandschaft und der künftig veränderten Rolle sowohl des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wie der Bundespost.<sup>40</sup> Bemerkenswert ist insbesondere das ausdrückliche Bekenntnis zum Fortbestehen von ARD und ZDF in ihrer bisherigen Form, das in einem Beitrag der „Union in Deutschland“ vom 25. Juni 1981 abgelegt wurde.<sup>41</sup> Es nahm Kritikern am medienpolitischen Programm der CDU, die um die Zukunft der traditionellen Senderlandschaft besorgt waren, Wind aus den Segeln. Verbunden war das Bekenntnis mit der Feststellung, dass dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk „eine flächendeckende Grundversorgung der Bevölkerung mit Information, Bildung und Unterhaltung“ obliege und somit auch „ihre finanzielle Existenzgrundlage zu gewährleisten“ sei, allerdings nicht auf Kosten privater Konkurrenz, etwa durch Ausweitung von Werbeblöcken. Darüber hinaus hätten sich ARD und ZDF zu reformieren und verstetigte Fehlentwicklungen abzustellen.<sup>42</sup> Ebenso wurde bei dieser Gelegenheit konstatiert, dass das bislang unangetastete Postmonopol einer „Vermehrung von Kommunikationsmöglichkeiten im Wege“ stehe und daher einer grundlegenden Reform bedürfe.<sup>43</sup>

#### *Die Phase der Umsetzung: Die CDU in bundespolitischer Verantwortung*

Mit Erfolg des konstruktiven Misstrauensvotums vom 1. Oktober 1982 löste Helmut Kohl die Regierung Schmidt ab. Am 13. Oktober 1982 hielt der neugewählte Bundeskanzler Kohl seine Regierungserklärung vor dem Bundestag.<sup>44</sup> Medienpolitisch definierte er die künftige Politik seines Kabinetts folgendermaßen:

„Eine freie Gesellschaft setzt voraus, daß sich in ihr die Vielfalt der Meinungen Gehör verschafft. Die Massenmedien tragen so eine hohe Verantwortung für

39 Vgl. Schwarz-Schilling: Der Neuerer hat Gegner auf allen Seiten, S. 181f; Die 10 Thesen finden sich verschriftlicht im Positionspapier Freiheitliche Medienpolitik, CDU-Dokumentation 41 (1978), 30. November 1978 als Beilage des Informationsdienstes Union in Deutschland (UiD) der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Die UiDs sind im Portal „Geschichte der CDU“ verfügbar, <https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/union-in-deutschland> (Abruf: 3. Juli 2020).

40 Vgl. Sechs-Punkte-Programm soll Verzögerungstaktik überwinden, in: UiD 3 (1981), 29. Januar 1981, S. 15; Den Begriff Rundfunk neu definieren, in: UiD 21 (1981), 25. Juni 1981, S. 13 f.; Fortschritt und Reform. Die Union fordert eine neue medienpolitische Rahmenverordnung, CDU-Dokumentation 25 (1981), 10. September 1981 (UiD-Beilage).

41 Vgl. Den Begriff Rundfunk neu definieren, S. 13 f.

42 Vgl. ebd., S. 13 f., beide Zitate S. 13.

43 Vgl. ebd., S. 14., dort auch Zitat.

44 Vgl. Stenographischer Bericht der Sitzung des Deutschen Bundestags, 13. Oktober 1982 (Plenarprotokoll 9/121).



die Erhaltung und Stärkung der freiheitlichen Ordnung. Die Vielfalt der Meinungen verlangt Vielfalt der Organisationsformen. Die politische Blockade des Ausbaus moderner Kommunikationstechnologien wird beendet. Die Bundesregierung wird im Zusammenwirken mit den Bundesländern die Medienordnung erneuern. So sollen die Meinungsvielfalt erhöht, die Urteilskraft des Bürgers herausgefordert und der Informations- und Meinungsaustausch über nationale Grenzen hinaus gestärkt werden.<sup>45</sup>

Die Bundesregierung machte also von Anfang an klar, dass sie die sozialdemokratische Blockadepolitik, insbesondere beim Ausbau der Kabelnetze, augenblicklich beenden, neue Technologien fördern und die Weichen für eine Neugestaltung der Medienlandschaft stellen werde – letzteres unter strenger Beachtung der föderalen Zuständigkeiten gemeinsam mit den Ländern. In seiner zweiten Regierungserklärung vom 4. Mai 1983,<sup>46</sup> die schwarzgelbe Koalition war durch die Neuwahl des Bundestags vom 6. März 1983 bestätigt worden, ergänzte Kohl:

„Die neuen Informations- und Kommunikationstechniken versprechen neue Wachstumsmöglichkeiten. Für ihre Anwendung schafft die Deutsche Bundespost wichtige Voraussetzungen. Diese Technologien erschließen Industrie und Handwerk sowie der Bundespost zukunftsweisende Arbeitsfelder. Wir müssen gerade in diesem Bereich alles tun, um unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen. Die Meinungsvielfalt erhält durch die neuen Kommunikationstechniken neuen Auftrieb. Deshalb begrüßt die Bundesregierung die Initiativen einzelner Bundesländer, neue Organisations- und Beteiligungsformen für Hörfunk und Fernsehen zu schaffen.“<sup>47</sup>

Schwarz-Schilling wurde Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen. Nolens volens hatte er sich in einer weiteren Funktion auf das Amt vorbereiten können, nachdem er im April 1981 zum Vorsitzenden der Enquete-Kommission „Informations- und Kommunikationstechnologien“ des Bundestags ernannt worden war. Auf das Vorschlagsrecht für die Besetzung des Vorsitizes erhielt die CDU deshalb Zugriff, da die SPD ihrerseits zuvor die Leitung der Enquete-Kommission „Energiepolitik“ für sich beansprucht hatte. Ironischerweise hielten die Union im Ganzen wie Schwarz-Schilling persönlich von der Einsetzung der Enquete-Kommission nur wenig. In ihren Augen war diese lediglich ein weiteres Blockadeinstrument der Regierung Schmidt, um dringend anstehende Entscheidungen auf die lange Bank schieben zu können.<sup>48</sup> Zudem lag die Rund-

45 Ebd., S. 7224.

46 Vgl. Stenographischer Bericht der Sitzung des Deutschen Bundestags, 4. Mai 1983 (Plenarprotokoll 10/4).

47 Ebd., S. 63.

48 Vgl. Buchstab: Einleitung, Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1980–1983, S. XXXIII; Schwarz-Schilling: Der Neuerer hat Gegner auf allen Seiten, S. 183 f.



funkkompetenz ohnehin bei den Ländern.<sup>49</sup> Immerhin, so Schwarz-Schilling, habe ihm der Kommissionsvorsitz als eine Art unfreiwilliges Geschenk durch die Sozialdemokratie einen „Crash-Kurs“ für das Ministeramt offeriert und ihm „in großer Geschwindigkeit einen hervorragenden Überblick über die Situation der IuK-Technologien, der Medien und den jeweiligen Stand der Technik“ verschafft.<sup>50</sup>

Die Pläne der CDU zum Ausbau des Kabelfernsehens stießen auf Zustimmung beim Koalitionspartner FDP und konnten somit energisch vorangetrieben werden, auch indem der Haushaltsansatz für entsprechende Infrastrukturmaßnahmen schon für das Jahr 1983 vervierfacht wurde.<sup>51</sup> Allerdings lagen noch keine Ergebnisse aus den Kabelpilotprojekten in den Ländern vor. Diese hatten sich auch deshalb verzögert, weil ihre Finanzierung lange Zeit nicht abschließend geklärt werden konnte. Zudem mussten zunächst Partner aus der Privatwirtschaft für den Aufbau und Betrieb der neuen Kanäle und ihrer Infrastruktur gewonnen werden. Die grundsätzliche Durchführbarkeit der Kabelpilotprojekte stand jedoch mittlerweile außer Frage, was Schwarz-Schilling bei seinem mutigen Vorgehen bestärkte. Mutig war es deshalb, weil der Postminister, so Eberhard Witte, gewissermaßen vor einem „Henne-Ei-Problem“ stand. Bei einem sichtbaren Erfolg der lokal begrenzten Kabelpilotprojekte entstünde mittelbar eine bundesweite Nachfrage nach neuen Kanälen. Diese zeitnah zu befriedigen erfordere dann eine entsprechende Infrastruktur. Amortisieren könnten sich die kostspieligen Investitionen ohnehin nur mit hohen Teilnehmerzahlen auch im bundesweiten Maßstab, wobei zu Beginn des großangelegten Netzausbaus aber wiederum überhaupt noch nicht klar sei, ob und gegebenenfalls welche Medieninhalte nach Inbetriebnahme dann bundesweit zur Verfügung stünden. Schwarz-Schilling war bereit, die politische Verantwortung für dieses Investitionsrisiko zu schultern.<sup>52</sup> Zögerlich abzuwarten erschien ihm schon angesichts des Vorsprungs anderer Staaten als keine ernsthafte Alternative. Bei einigen Nachbarn der Bundesrepublik waren inzwischen immerhin schon 60–80 % der Haushalte an das Kabelnetz angeschlossen.<sup>53</sup> Sofortiges Handeln erschien ihm daher nicht nur als medienpolitisches Gebot, sondern auch als eine Frage der deutschen

49 Entsprechend hatte der Uid im Januar 1981 formuliert: „Aus diesem Grund lehnt die Union die von der SPD geforderte Einrichtung einer Enquête-Kommission des Bundestages ab. Es muß verhindert werden, daß über diese Kommission die Hinhalte- und Verzögerungstaktik der SPD in der Medienpolitik noch unterstützt wird“, Sechs-Punkte-Programm soll Verzögerungstaktik überwinden, S. 15.

50 Vgl. Schwarz-Schilling: Der Neuerer hat Gegner auf allen Seiten, S. 183 f., dort auch beide Zitate; „IuK-Technologien“ steht für „Informations- und Kommunikationstechnologien“.

51 Vgl. ebd., S. 184.

52 Vgl. Witte: Telekommunikation, S. 15 f., Zitat S. 16.

53 Vgl. Schwarz-Schilling: Der Neuerer hat Gegner auf allen Seiten, S. 184.

Wettbewerbsfähigkeit in diesem Technologiesegment, verbunden mit der Chance auf Schaffung neuer Arbeitsplätze.<sup>54</sup>

Der Erfolg sollte Schwarz-Schilling und der CDU/CSU letztlich recht geben, auch zunächst zögerliche Bundesländer zogen schließlich mit und schufen ab Mitte der 1980er Jahre die gesetzlichen Voraussetzungen für den regulären Kabelbetrieb, in den auch die Kabelpilotprojekte mündeten. Zehn Jahre nach Beginn des Netzausbaus hatten bereits 60 % der deutschen Haushalte die Möglichkeit eines Kabelanschlusses, Millionen Deutsche waren nun zahlende Kunden, die bald bis zu 30 öffentlich-rechtliche wie private Kanäle empfangen konnten. Die Basis für eine in Deutschland nie gekannte Programm- und auch Meinungsvielfalt war gelegt. In ergänzender Konkurrenz zum Kabelfernsehen traten ab Ende der 1980er Jahre zudem noch Fernsehsatelliten. Diese technologischen Entwicklungen erwiesen sich, wie von Schwarz-Schilling prognostiziert, rasch als erhebliche wirtschaftliche Chance und schon bald entbrannte ein regelrechter Standortwettbewerb unter den deutschen Metropolen um die Ansiedlung zukunftsfruchtiger und finanzstarker Medienunternehmen.<sup>55</sup> Auf einem weiteren Medienkongress am 27./28. Februar 1985 in Mainz bilanzierten die Unionsparteien unter dem Leitthema „Medien von morgen – für Bürgerfreiheit und Meinungsvielfalt“ das Erreichte und blickten in die Zukunft. Die Beiträge, unter anderem von Kanzler Kohl, dem bayerischen Ministerpräsidenten Strauß, dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Vogel und Postminister Schwarz-Schilling, fanden breite Resonanz.<sup>56</sup> Der Kongress fand auf Basis aktualisierter Leitlinien statt, die der CDU/CSU-Koordinierungsausschuss für Medienpolitik am 5. Oktober 1984 verabschiedet hatte. Schon einige Wochen vor der Tagung veröffentlicht wurden sie als „Medienpolitische Grundsätze der CDU/CSU“<sup>57</sup>. Sie unterstrichen den Wert einer freiheitlichen Medienordnung für die bürgerliche Demokratie unter gesellschaftlichen, technologischen wie wirtschaftlichen Gesichtspunkten.<sup>58</sup> Künftige Impulse versprach man sich von neuen Formen der Individualkommunikation wie etwa dem Bildschirmtext,<sup>59</sup>

54 Vgl. „Das kann wie eine Narkose wirken“. Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling über das totale Fernsehen, in: Der Spiegel vom 25. Oktober 1982.

55 Vgl. Witte: Telekommunikation, S. 16 f.; Schwarz-Schilling: Der Neuerer hat Gegner auf allen Seiten, S. 186, 190 f.

56 Vgl. Schwarz-Schilling: Der Neuerer hat Gegner auf allen Seiten, S. 186 f.; Hermanni: Medienpolitik in den 80er Jahren, S. 141 f.; „Kohl fordert eine Chance für den Privatfunk. ARD und ZDF sollen Werbung beschränken“, in: FAZ vom 28. Februar 1985.

57 Medienpolitische Grundsätze der CDU/CSU. Programm der CDU/CSU für eine freiheitliche Informations- und Kommunikationspolitik für die Medien von Morgen, CDU-Dokumentation 2 (1985), 17. Januar 1985 (Beilage UID). Auf dieser Grundlage beschloss der CDU-Bundesvorstand am 22.4.1985 formal das neue Medienprogramm „Medien von Morgen“, vgl. Hermanni: Medienpolitik in den 80er Jahren, S. 142.

58 Vgl. Medienpolitische Grundsätze S. 1–6.

59 Vgl. ebd., S. 3.



sowie in ordnungspolitischer Hinsicht von Lockerungen beim Fernmelde-monopol der Bundespost.<sup>60</sup>

*Die Regierung Kohl in der Kritik und die Debatte um die Glasfasertechnik*

Die Opposition sowie Teile der Presse, die den Argumenten der Sozialdemokratie folgten, kritisierten den Kurs der schwarz-gelben Regierung von Anfang an scharf.<sup>61</sup> SPD-Bundesgeschäftsführer und Medienexperte Peter Glotz warnte im „Spiegel“ vor massiven Arbeitsplatzverlusten durch technologisch bedingte Rationalisierungen und wandte sich gegen „die Berieselung der Menschen mit kommerziellem Fernsehen, überhaupt mit immer mehr und längeren Programmen“.<sup>62</sup> Den Kabelausbau betrachtete er als „industriepolitisch verfehlte Investition“. Die Gründe hierfür lägen in der Weiterentwicklung der Technik, Kupferkabel seien überholt, stattdessen müsse man auf neuartige Glasfaserleitungen setzen, wenn man denn von „dieser Subventionierung eines ganz bestimmten gesellschaftspolitischen Vorhabens“ schon nicht lassen könne.<sup>63</sup> Dieses Argument sollte eine ungeahnte, sehr durchschlagende und langanhaltende Wirkmächtigkeit entfalten, und, obgleich bald widerlegt, noch über ein Vierteljahrhundert später den Diskurs über den Technologiestandort Deutschland mitbestimmen. Es lautet in anderen Worten: Schwarz-Schilling und die CDU hätten auf das falsche Pferd gesetzt. Statt Kupferkabel zu verlegen, hätten sie der zukunftsweisenden Glasfasertechnik unbedingten Vorrang geben müssen. Mit dieser Fehlentscheidung wäre der Standort Deutschland auf lange Sicht beschädigt, ja letztlich abgehängt worden. „Langfristig falsch“<sup>64</sup>, so lautete entsprechend ein „Spiegel“-Beitrag, der schon Anfang 1983 erschien, ein halbes Jahr vor dem Interview mit Peter Glotz, sei also die medienpolitische Ausrichtung der CDU gewesen. Allerdings kam man auch nicht umhin, selbst

60 Vgl. ebd., S. 14.

61 Vgl. beispielhaft zur verfestigten Position der Presse „Das kann wie eine Narkose wirken“, passim. So antworteten die Redakteure des „Spiegels“ etwa auf das Argument Schwarz-Schillings, die Vorgängerregierung habe es versäumt, in einem Wachstumsfeld Arbeitsplätze zu schaffen, mit dem kategorischen Einwurf, dass dabei „die Sorge vor Meinungsmanipulation, Volksverdummung [!] oder schädliche Folgen für die Familien überwog. Kanzler und Kabinett haben die Posttechniker daran gehindert, alles zu machen, was machbar ist“; vgl. zudem Heinz Blüthmann/Rainer Frenkel: „Kabel frei! Kommen jetzt amerikanische Verhältnisse in die deutschen Wohnstuben?“, in: Die Zeit vom 30. Dezember 1983; Heinz Blüthmann/Richard Gaul/Wolfgang Hoffmann: „Im Kabel verfangen. Christian Schwarz-Schilling könnte zum dritten Krisenminister des Kabinetts werden“, in: Die Zeit vom 27. Januar 1984; Wolfgang Hoffmann: „Minister ohne Antenne. Die Wirtschaft bringt massive Kritik an Schwarz-Schillings Kabelplänen vor“, in: Die Zeit vom 9. März 1984.

62 Vgl. „Versuch, die Leute zu erpressen“. Spiegel-Interview mit SPD-Geschäftsführer Peter Glotz über neue Medien, in: Der Spiegel vom 5. September 1983, Zitat ebd.

63 Beide Zitate ebd.

64 Langfristig falsch, in: Der Spiegel vom 31. Januar 1983.

einzuräumen, dass die „Technologie der Zukunft, das Glasfaserkabel, zwar entwickelt ist, aber bis etwa 1986 noch Betriebs- und Anwendungstests durchlaufen muß“<sup>65</sup>. Schon dadurch wird deutlich, dass die praktischen Alternativen der Jahre 1982/1983 eben nicht aus Kupferkabel auf der einen und Glasfaser auf der anderen Seite bestanden. Die Entscheidung, die es zu treffen galt, war vielmehr, entweder ohne Zeitverlust Kupferkabel zu verlegen, oder bis auf Weiteres gar nichts zu tun. Und letzteres war nun zweifellos die bevorzugte Lösung der Verkabelungskritiker, nicht umsonst findet sich neben den Befürchtungen vor den Folgen einer „Berieselung“ der Bevölkerung mit Privatkanälen immer auch die vorgebliche Sorge vor Arbeitsplatzverlusten durch den technischen Fortschritt. In diesem Falle seien mindestens „eine Million Arbeitslose zusätzlich“ zu erwarten, so der „Spiegel“.<sup>66</sup> Dass die erheblich größere Gefahr für die Sicherheit von Arbeitsplätzen stattdessen von immer weiter prolongierter Passivität ausging, hatte Schwarz-Schilling allerdings schon im Vorjahr im Gespräch mit dem „Spiegel“ dargelegt, denn „die Kupferkabel schaffen uns die Arbeitsplätze jetzt und ermöglichen Aufträge an die Firmen der Bauindustrie und des Elektrohandwerks, die sonst, wenn in den neunziger Jahren die Glasfaser kommt, alle längst pleite wären“<sup>67</sup>. Gleichwohl erschien sogar noch Anfang 2018 in der „Wirtschaftswoche“ ein Beitrag unter dem Titel „Helmut Kohl und das Leerrohr sind schuld“.<sup>68</sup> Sein Tenor: „Weitsichtige Politiker wie der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt trafen bereits Anfang der Achtzigerjahre die mutige Grundsatzentscheidung, alle alten Telefonleitungen durch schnellere Glasfaser zu ersetzen. Wäre der Beschluss damals sofort umgesetzt worden, Deutschland stünde heute mit dem dichtesten Glasfasernetz auf dem ersten Platz – mit großem Vorsprung vor digitalen Musterländern wie Südkorea oder Japan.“<sup>69</sup> Schmidt habe per Kabinettsbeschluss vom 8. April 1981 als erster Regierungschef weltweit die Weichen in Richtung Glasfasernetz gestellt. Allerdings war seinerzeit von „sofort“ nun überhaupt nicht die Rede gewesen, wie die „Wirtschaftswoche“ selbst indirekt auch konzidiert. Vielmehr hätte, so die kolportierten Pläne Schmidts, die Bundespost erst dann mit den

---

65 Ebd.

66 Ebd.

67 „Das kann wie eine Narkose wirken“.

68 Vgl. Jürgen Berke: „Helmut Kohl und das Leerrohr sind schuld“, in: Wirtschaftswoche vom 5. Januar 2018; der Beitrag wurde gerade im Netz breit rezipiert, vgl. etwa Detlef Borchers: Missing Link: Der Kampf um die Glasfaser, oder: Der verpasste Breitbandausbau in Deutschland, 28. Januar 2018, <https://www.heise.de/newsticker/meldung/Missing-Link-Der-Kampf-um-die-Glasfaser-oder-Der-verpasste-Breitbandausbau-in-Deutschland-3952581.html> (Abruf: 3. Juli 2020); Markus Beckedahl: Danke, Helmut Kohl: Kabelfernsehen statt Glasfaserausbau, 4. Januar 2018, <https://netzpolitik.org/2018/danke-helmut-kohl-kabelfernsehen-statt-glasfaserausbau> (Abruf: 3. Juli 2020).

69 Berke: „Helmut Kohl und das Leerrohr sind schuld“, in: Wirtschaftswoche vom 5. Januar 2018.



Investitionen in ein Glasfasernetz begonnen, „[s]obald die technischen Voraussetzungen vorliegen“. Postminister Gscheidle etwa habe mit einer Gesamtdauer des Verkabelungsprojekts von 30 Jahren ab 1985 gerechnet. Die Verantwortung für dieses Versagen läge aber dennoch bei der Regierung Kohl, die das ehrgeizige Projekt zugunsten des zu schaffenden Privat- und Kabelfernsehens aufgegeben habe.<sup>70</sup> Nur zwei Nummern nach diesem ersten Beitrag erschien in der „Wirtschaftswoche“ noch ein Folgeartikel unter dem Titel „Ist dieser Mann an allem schuld?“, der sich nun auf Schwarz-Schilling konzentrierte, in dem dieser aber auch selbst zu Wort kam.<sup>71</sup> Er stellte mit Nachdruck klar, dass im Postministerium niemand an einer Umsetzung des Beschlusses gearbeitet habe, da diesen dort überhaupt niemand kannte: „Deshalb musste ich auch nichts rückgängig machen“<sup>72</sup>. Das sozialdemokratische Insistieren auf Glasfasernetzen sei lediglich die bekannte „politische List“ gewesen, „ein ideologischer Kampf, der mit technischen Dingen nichts zu tun hatte“, mit dem Ziel, Investitionen in ein Kabelnetz kategorisch zu verhindern. Bezeichnenderweise sei unter der Regierung Schmidt, trotz aller wortreichen Bekenntnisse, das Glasfasernetz nicht vorangekommen. Die ersten 100.000 km Glasfaserkabel seien schließlich auf Schwarz-Schillings eigenen Auftrag hin ab dem Jahr 1983 durch das Postministerium verlegt worden, zunächst allerdings um Ferntrassen zwischen den deutschen Metropolregionen zu schaffen. Ein Einsatz von Glasfaserkabeln im Ortsnetz hingegen sei in dieser Phase schon finanziell wie eben technologisch überhaupt noch nicht darstellbar gewesen.<sup>73</sup>

Substantiell neu waren die Richtigstellungen Schwarz-Schillings gegenüber der Wirtschaftswoche jedoch nicht.<sup>74</sup> „Wir haben die Glasfaser natürlich sofort eingeführt – dort, wo sie technisch sinnvoll war und auch preislich bereits Vorteile geboten hat“<sup>75</sup>, betonte Schwarz-Schilling schon vor bald 20 Jahren, mithin zu einem Zeitpunkt, an dem die öffentliche Debatte um die Qualität der deutschen Netzinfrastruktur auch noch nicht mit der gegenwärtigen Schärfe geführt wurde. Das Bekenntnis der CDU zur Glasfasertechnologie wurde auch keineswegs erst verspätet oder gar nachträglich formuliert. Schon 1985 erklärte sie in den „Medienpolitischen Grundsätzen“: „Neben dem Aufbau der Kabelfernsehnetze baut die Deutsche Bundespost für den zu erwartenden Bedarf an breitbandigen Individualkommunikationsdiensten (Videokonferenzen, Bildfernsprecher, schneller Datenaustausch) in den nächsten Jahren verstärkt ein Glas-

70 Vgl. ebd., dort auch Zitat.

71 Vgl. Jürgen Berke: „Ist dieser Mann an allem schuld?“, in: Wirtschaftswoche vom 19. Januar 2018.

72 Ebd.

73 Vgl. ebd., dort auch beide Zitate.

74 Vgl. insb. Schwarz-Schilling: *Der Neuerer hat Gegner auf allen Seiten*, S. 185–188.

75 Ebd., S. 187.

faser-Overlaynetz von Teilnehmer zu Teilnehmer auf.“<sup>76</sup> Umso mehr erstaunt es, dass dieses sozialdemokratische Narrativ noch immer verfängt. Womöglich ist es aber auch nur allzu verführerisch, Schuld und Verantwortung für die in den 2010er Jahren tatsächlich feststellbaren Infrastrukturdefizite und Investitionsversäumnisse einfach um gute 30 Jahre in die Vergangenheit zu verlagern.

Es entbehrt dabei sicherlich nicht einer gewissen Ironie, dass sich frühe Glasfasernetze dort, wo sie verlegt wurden, häufig weder kurz- noch langfristig als Vorteil erwiesen. Insbesondere in den neuen Ländern erfolgte ab 1990 der Aufbau des Telefonnetzes bis in die Haushalte hinein mit der preislich inzwischen kompetitiven Glasfasertechnik, in welche nun Investitionen in Höhe etlicher Milliarden Euro flossen. Allerdings gilt die Generation der damals verbauten Leitungen („Opal“) heute schon wieder als veraltet. Das deutsche Breitbandinternet stützte sich ab den frühen 2000er Jahren ohnehin in erster Linie auf DSL-Technologien, welche wiederum auf Kupferkabeln basieren. Marktreife Lösungen, um die bestehenden Glasfaserleitungen kostengünstig kompatibel zu machen, gab es nicht. Die Folge waren notwendige Doppelinvestitionen – nicht selten wurden nachträglich noch traditionelle Kupferanschlüsse zusätzlich verlegt.<sup>77</sup>

#### *Das Postministerium, die Modernisierung der Individualkommunikation und der Bildschirmtext*

Der rasche Aufbau des Kabelnetzes war nicht das einzige Großprojekt, das die Bundespost im Jahr 1982 dringend angehen musste. Die Voraussetzungen hierfür waren allerdings nicht günstig, weder strukturell noch finanziell. Zum einen hielt sich die Bereitschaft des behördlich organisierten Monopolisten, die Folgen der rasanten Technisierung mitsamt stark erhöhten Kundenansprüchen tatsächlich auch innerlich zu vollziehen, in überschaubaren Grenzen. Zum anderen fand Schwarz-Schilling die Bundespost finanziell ausgeblutet vor, insbesondere, da in den 1970ern die jährlich an den Bund abzuführenden Mittel von 6 % auf 10 % ihres Umsatzes erhöht worden waren. Dies war für die Bundespost, trotz mitunter deutlich überhöhter Tarife, nur schwer zu stemmen – und das deutsche Fernmeldewesen geriet auch hierdurch zunehmend ins Hintertreffen.<sup>78</sup> Gleichwohl, so bilanzierte Schwarz-Schilling, die „technische Aufholjagd musste

76 Medienpolitische Grundsätze, S. 13.

77 Vgl. Berke: „Helmut Kohl und das Leerrohr sind schuld“; Katharina Slodczyk: „Warten auf das Megabit-Zeitalter“, in: Handelsblatt vom 8. Februar 2005; Peter Mühlbauer: Die Glasfaser in ihrem Lauf ... hält DSL im Osten auf, 12. Februar 2001, <https://www.heise.de/tp/features/Die-Glasfaser-in-ihrem-Lauf-haelt-DSL-im-Osten-auf-3443663.html> (Abruf: 3. Juli 2020).

78 Vgl. Witte: Telekommunikation, S. 2 f., 6; Schwarz-Schilling: Der Neuerer hat Gegner auf allen Seiten, S. 177 f.



sofort und auf sehr breiter Grundlage vorgenommen werden, da wir auf vielen Gebieten im Rückstand waren“. Zentrales Thema wurde die Digitalisierung des veralteten Telefonnetzes, insbesondere der Vermittlungsstellen. Hierdurch wurden die bestehenden Kupferleitungen ertüchtigt und ihre Kapazitäten beträchtlich erhöht.<sup>79</sup> Dieses Upgrade wurde daher auch in den „Medienpolitischen Grundsätzen“ der Union explizit eingefordert:

„CDU und CSU unterstützen die Digitalisierung und den Ausbau des dienstintegrierten Digitalnetzes (ISDN). Der rasche Ausbau des ISDN bringt nicht nur Vorteile für den Nutzer, sondern vor allem auch eine Belebung der Nachfrage nach bestehenden und neuen Diensten.“<sup>80</sup>

Der Zustand des deutschen Mobilfunknetzes war im Jahr 1982 ebenfalls problematisch, nicht zuletzt im internationalen Vergleich. Das bestehende „B-Netz“ war ein analoges System, das für eine Gesamtkapazität von etwa 25.000 Kunden vorgesehen war. Um diese Schwelle perspektivisch nicht zu überschreiten, plante die Bundespost zunächst sogar strategische Tarifierhöhungen, um die nutzerseitige Nachfrage entsprechend zu dämpfen. Als Überbrückung bis zur Marktreife digitaler Technologien setzte Schwarz-Schilling daher auf die rasche Einführung des deutlich verbesserten C-Netzes ab 1985. Im europäischen Verbund wurde derweil unter wesentlicher deutscher Beteiligung der international bald maßgebliche Standard „Global System for Mobile Communications“ (GSM) entwickelt, der zur Grundlage des dann digitalen D-Netzes, des ersten Netzes der zweiten Generation (2G), ab Anfang der 1990er Jahre werden sollte.<sup>81</sup>

Eines der spannendsten und innovativsten Vorhaben der Bundespost war der Aufbau des Bildschirmtextes (Btx).<sup>82</sup> Btx erwies sich, so resümiert Eberhard Witte, gar als „Schule der Marktwirtschaft“<sup>83</sup>. Erstmals vorgestellt wurde das System, das auf dem britischen Vorbild „Prestel“ basierte, schon auf der Internationalen Funkausstellung 1977 in Berlin, noch durch Postminister Gscheidle. Mehr als Feldversuche in Berlin und Düsseldorf mit einigen tausend Teilnehmern wurden ihm seitens der Bundespost aber zunächst nicht zugestanden. In Großbritannien hingegen war „Prestel“ schon seit 1979 komplett freigeschaltet. Auf

79 Vgl. Schwarz-Schilling: Der Neuerer hat Gegner auf allen Seiten, S. 187, dort auch Zitat.

80 Medienpolitische Grundsätze, S. 13.

81 Vgl. Witte: Telekommunikation, S. 29; Schwarz-Schilling: Der Neuerer hat Gegner auf allen Seiten, S. 189 f.

82 Vgl. Danyel: Zeitgeschichte der Informationsgesellschaft, S. 193 f.; Schwarz-Schilling: Der Neuerer hat Gegner auf allen Seiten, S. 188.; Detlef Borchers: Vor 25 Jahren: Btx startet zur Funkausstellung, 2. September 2008, <https://www.heise.de/newsticker/meldung/Vor-25-Jahren-BTX-startet-zur-Funkausstellung-749167.html> (Abruf: 3. Juli 2020). Einen instruktiven Überblick zu den technologischen Details des Bildschirmtextes liefert noch immer der zeitgenössische Beitrag von Siegmund Wittig: Mikro macht mehr aus Btx, in: c't 12 (1983); vgl. zudem Der Heilige Geist vom Bundespost-Computer, in: Der Spiegel vom 4. August 1980; „Bildschirmtext – Computerwissen für alle?“, in: Der Spiegel vom 14. März 1983.

83 Witte: Telekommunikation, S. 14.

der Internationalen Funkausstellung 1983 fiel dann auch in der Bundesrepublik der offizielle Startschuss zur Einführung des Regelbetriebs. Dieser sollte sich in praktischer Hinsicht gleichwohl noch um einige Monate verzögern, da der bei der Firma IBM bestellte Großrechner nur mit erheblicher Verspätung ausgeliefert wurde.<sup>84</sup> Der Spiegel beschrieb Btx und seine Funktionalität folgendermaßen:

„Das Informationsangebot ist [...] nahezu unbegrenzt. Was immer die Post in ihren Computern speichert, kommt mit der Fernbedienung in Sekundenschnelle auf den Schirm. Bildschirmtext-Kunden haben überdies die Möglichkeit, via Elektronenhirn mit der Außenwelt in Kontakt zu treten. Die Mattscheibe wird zum Kommunikationszentrum.“<sup>85</sup>

Das Computermagazin „c't“ befand, Btx „sei einfach genial, weil es so genial einfach“<sup>86</sup> ist. Mittels seiner Telefonleitung und eines Modems konnte der Privatnutzer ein hierfür geeignetes Fernsehgerät – später gab es auch eigenständige Terminals – an den zentralen Großrechner der Bundespost anschließen, der zum einen selbst Inhalte hostete, zum anderen aber auch mit dezentralen Rechnern teilnehmender Anbieter verbunden war. Über die Fernbedienung steuerte der Nutzer nun seinen Zugriff auf die Inhalte. Schon während der Feldtests schufen etwa 2.000 Anbieter – darunter Zeitungen, Reisebüros, Banken, Kaufhäuser, Behörden oder Immobilienmakler – zusammen gut 500.000 Seiten, die frei angesteuert werden konnten. Die Handlungsspielräume, die Btx seinen Nutzern dadurch eröffnete, waren bahnbrechend. Der Bildschirmtext antizipierte bereits etliche digitale Möglichkeiten, die erst das World Wide Web rund zehn Jahre später im großen Stile popularisieren sollte. Btx-Kunden konnten im Wohnzimmer Bahnverbindungen recherchieren, Bankgeschäfte erledigen, Urlaubsreisen buchen und sich gegenseitig Nachrichten zusenden. Für den Privatnutzer fielen dabei eine monatliche Grundgebühr an, dazu die Kosten für die Nutzung der Telefonleitung und mitunter auch Gebühren für den Besuch einzelner Seiten. Zudem musste das Modem von der Bundespost gemietet werden. Erheblich höher waren die Kosten für die Anbieter der Inhalte, die nicht nur teure Hardware zur Verwaltung ihrer Seiten benötigten, sondern ebenso, je nach Umfang des Angebots, mit etlichen Hundert bis mehreren Tausend DM an monatlich fälligen Gebühren rechnen mussten.<sup>87</sup>

Die Einführung von Btx erwies sich als wichtige Wegmarke bei der sukzessiven Etablierung netzwerkgestützter Kommunikation im Alltag der deutschen

84 Vgl. Danyel: Zeitgeschichte der Informationsgesellschaft, S. 193 f.; Wittig: Mikro macht mehr aus Btx; Borchers: Vor 25 Jahren: BTX startet zur Funkausstellung.

85 „Der Heilige Geist vom Bundespost-Computer“, in: Der Spiegel vom 4. August 1980.

86 Wittig: Mikro macht mehr aus Btx.

87 Vgl. Danyel: Zeitgeschichte der Informationsgesellschaft, S. 194; Wittig: Mikro macht mehr aus Btx; „Bildschirmtext – Computerwissen für alle?“.



Gesellschaft.<sup>88</sup> Die CDU hatte dieses Potential früh erkannt und konstatierte entsprechend in ihren „Medienpolitischen Grundsätzen“:

„Die interaktiven Dialogdienste, wie z. B. Bildschirmtext, erweitern den Raum der persönlichen Entfaltung; sie eröffnen ein Mehr an direkter Kommunikation. Sie fördern den Informationsfluß in Wirtschaft und Verwaltung, tragen zu mehr Transparenz und Entbürokratisierung bei; sie schaffen moderne Instrumentarien für effektive Planungs- und Entscheidungsprozesse.“<sup>89</sup>

Damit positionierte sich die CDU erneut als innovative, technologiefreundliche Kraft gegen die Bedenkenträger aus Politik und Medien. Der „Spiegel“ etwa führte schon anlässlich der beiden Btx-Feldversuche aus:

„Die totale Medien-Offensive weckt gespenstische Tele-Visionen. Wird der Mensch von morgen vorzugsweise vor dem Fernseher lagern, in der linken Hand das Feingebäck, rechts das moderne Tasteninstrument, die Fernbedienung? Wird aus der Wohnstube ein dämmeriger Isoliertrakt, bevölkert mit nomadischen Einzelgängern, die nur noch über die Röhre miteinander kommunizieren?“<sup>90</sup>

Daneben wurde wiederum die Sorge vor Arbeitsplatzverlusten als Argument gegen die neue Technologie ins Feld geführt. Zehntausende Stellen seien gefährdet, wenn Versandhausbestellungen und Banküberweisungen vom Btx-Anschluss zuhause den Gang in die Filiale ersparten, hunderttausend Arbeitsplätze fielen gar bei den Lottoannahmestellen weg, wenn der Bildschirmtext diese erst einmal verdrängt habe.<sup>91</sup> Auch auf Seiten der SPD und der Gewerkschaften verfielen diese Argumente. Im Zuge der Debatte um den Btx-Staatsvertrag im nordrhein-westfälischen Landtag erklärte etwa der sozialdemokratische Abgeordnete Jürgen Guttenberger, alles, was sich beim Bildschirmtext entwickle, führe letztlich zum Verlust von Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor. Gerade für Frauen sei dies fatal.<sup>92</sup>

Der ganz große Erfolg sollte Btx ohnehin verwehrt bleiben, was seine Bedeutung als technologischer Meilenstein allerdings kaum schmälert. Anfangs hatte die Bundespost noch übertriebene, geradezu euphorische Erwartungen geweckt. Basierend auf dem Gutachten einer Beratungsfirma rechnete sie binnen weniger Jahre mit 800.000 Kunden. Diese Zahl wurde bei weitem nicht erreicht, trotzdem verteidigte gerade Schwarz-Schilling das System gegen die Kritiker, die bald seine erneute Abschaltung forderten. Ab Mitte der 1990er Jahre verschmolz Btx dann in mehreren Schritten mit dem Telekom-Dienst „T-Online“.<sup>93</sup> Dass der Bildschirmtext mit seinen Nutzerzahlen hinter den Erwartungen

88 Vgl. Danyel: Zeitgeschichte der Informationsgesellschaft, S. 194.

89 Medienpolitische Grundsätze, S. 3.

90 „Der Heilige Geist vom Bundespost-Computer“, in: Der Spiegel vom 4. August 1980.

91 Vgl. Bildschirmtext – Computerwissen für alle?.

92 Vgl. Nordrhein-Westfalen. Landtag intern 8 (1983), S. 10, 16, hier 16.

93 Vgl. Schwarz-Schilling: Der Neuerer hat Gegner auf allen Seiten, S. 188; Danyel: Zeitgeschichte der Informationsgesellschaft, S. 194.



zurückblieb, lag im Übrigen auch ganz wesentlich an der Bundespost selbst. Denn anders als die französische Post, die ihr vergleichbares System „Minitel“ als kostenlose Alternative zum Telefonbuch überaus erfolgreich platzieren konnte, schreckte sie potentielle Interessenten nicht nur durch ihre Preispolitik, sondern ebenso durch ihr rigides Auftreten als unflexibler, behördlich organisierter Monopolist ab. Die Bundespost beharrte darauf, die gesamte notwendige Peripherie selbst zu entwickeln und Geräten von Drittanbietern, etwa im boomenden Heimcomputerbereich, grundsätzlich die Zulassung zu verweigern. Hierdurch hat sie eine etwaige Marktdynamik, von der sie als Anbieter selbst wohl am meisten profitiert hätte, im Keim erstickt.<sup>94</sup>

Die Bundespost war offensichtlich immer weniger in der Lage, mit der gebotenen Flexibilität auf sich rasant verändernde Ansprüche ihrer Kunden und sich neu entwickelnde Geschäftsfelder zu reagieren. Parallel dazu wandelten sich auch die internationalen Rahmenbedingungen grundlegend. Große Kommunikationsmärkte, insbesondere in den USA, Großbritannien oder Japan, wurden seit Beginn der 1980er Jahre zunehmend liberalisiert, dort bestehende Monopole abgebaut, ihre staatlichen Dienstleister privatisiert. Auch bei der Europäischen Kommission nahm die Liberalisierungsdebatte Fahrt auf.<sup>95</sup> Die Bundesregierung richtete daher am 13. März 1985 die „Regierungskommission Fernmeldewesen“ ein, die Vorschläge zur Neuordnung des deutschen Telekommunikationssektors erarbeiten sollte. Die Kommission war, wie schon die KtK zwölf Jahre zuvor, pluralistisch zusammengesetzt – und erneut wurde Eberhard Witte als ihr Leiter gewonnen. Ihre Ergebnisse lagen am 16. September 1987 vor und mündeten in das Poststrukturgesetz, das am 1. Juli 1989 in Kraft trat. Mit dieser „Postreform I“ wurde die Deutsche Bundespost in drei eigenständige Einheiten gegliedert: Postdienst, Postbank und Telekom. Zudem erfolgten erste Ansätze einer Marktliberalisierung, durch welche die Bundespost etwa das Endgerätemonopol verlor. Damit waren die Grundlagen gelegt für noch erhebliche weitergehende Reformen, nämlich die vollständige Privatisierung der Bundespost und die völlige Öffnung des deutschen Marktes, die durch die „Postreform II“ (1994) und „Postreform III“ (1996) unter Schwarz-Schillings Nachfolger im Postministerium, Wolfgang Bötsch (CSU), schließlich vollendet wurden.<sup>96</sup> Es mag dahingestellt bleiben, ob eine derartig rasche und durchschlagende Revolution des deutschen Post- und Fernmeldewesens ohne die positiven Erfahrungen bei der Liberalisierung des Rundfunkmarktes überhaupt möglich gewesen wäre.<sup>97</sup>

94 Vgl. Witte: Telekommunikation, S. 14; Danyel: Zeitgeschichte der Informationsgesellschaft, S. 194; Borchers: Vor 25 Jahren: BTX startet zur Funkausstellung.

95 Vgl. Witte: Telekommunikation, S. 17–19.

96 Vgl. ebd. S. 19–26; Schwarz-Schilling: Der Neuerer hat Gegner auf allen Seiten, S. 190–193; Hans-Peter Schwarz: Reformimpulse in den neunziger Jahren oder: Der Reformier Helmut Kohl. Beobachtungen und Fragen, in: HPM 17 (2010), S. 247–268, hier 265 f.

97 Vgl. Witte: Telekommunikation, S. 17.

*Die Schaffung eines CDU-Auftritts im Bildschirmtext*

In ihren „Medienpolitischen Grundsätzen“ stellte die CDU fest, dass die modernen Medien „Interesse für lokale Fragen und Anliegen fördern“ könnten, „und ebenso das Verständnis für globale Zusammenhänge vertiefen und erweitern“. Denn sie „ermöglichen mehr Bürgernähe und Orientierungshilfe im Alltag ebenso wie neue Formen für eine aktive Teilnahme des einzelnen am Kommunikationsprozeß“. <sup>98</sup> Was lag somit näher, als die Neuen Medien und den stattfindenden Digitalisierungsschub auch für die eigene politische Arbeit und die Kommunikation mit dem Wähler nutzbar zu machen? Schließlich ließen sich auf diese Weise schon bestehende, womöglich sogar auch neue Zielgruppen auf zeitgemäße Art ansprechen. Dass die Forderung nach technologischer Modernisierung für die CDU nicht etwa nur ein programmatisches Lippenbekenntnis war, sondern ebenso einen ganz praktischen Selbstanspruch begründete, veranschaulichten die Bemühungen im Konrad-Adenauer-Haus, einen eigenen Auftritt im Bildschirmtext professionell zu konzipieren und erfolgreich einzuführen. Dieser wurde dabei verstanden als Teilaspekt einer sehr umfangreichen technischen Erneuerung aller CDU-Kommunikations- und IT-Strukturen.

Am 1. März 1982 legte die von der Landesgeschäftsführerkonferenz eingesetzte „Kommission zur Verbesserung der Parteiorganisation“ einen Abschlussbericht zum „Aufbau eines integrierten Text- und Datenverarbeitungssystems bei der CDU Deutschlands“ vor. <sup>99</sup> Die Kommission war am 13. Mai 1981 geschaffen worden um zu prüfen, „ob und wie die neuen Technologien im Bereich der elektronischen Datenverarbeitung und der Telekommunikation für die Parteiorganisation eingesetzt werden können“ <sup>100</sup>. Sie kam zu dem Schluss, dass massive Investitionen in eine zeitgemäße IT-Infrastruktur unumgänglich seien, um, gerade bei Wahlkämpfen, langfristig kostengünstiger und gleichwohl effizienter zu agieren. Die Kommission empfahl die Anschaffung eines leistungsstarken, nutzerfreundlichen, auch künftig noch ausbaufähigen und überdies interoperablen Systems nicht nur für die Bonner Parteizentrale, sondern, mindestens perspektivisch, auch bei den Verbänden und Vereinigungen. <sup>101</sup> Bei den Auswahlkriterien sei dabei unbedingt auch die Möglichkeit der „Einbeziehung neuer Telekommunikationsformen (Teletex, Bildschirmtext, elektronische Post)“ zu berücksichtigen. <sup>102</sup> Ein vielversprechender Anbieter, die Firma Wang, damals

98 Alle Zitate in: Medienpolitische Grundsätze, S. 2.

99 Vgl. Kommission zur Verbesserung der Parteiorganisation: Abschlussbericht Aufbau eines integrierten Text- und Datenverarbeitungssystems bei der CDU Deutschlands, 1. März 1982, in: ACDP 07-001-12451.

100 Ebd., S. 1.

101 Vgl. Ebd., S. 4–8.

102 Vgl. Ebd., S. 8, dort auch Zitat. Teletex (sic!) war erneuerter Standard für die Fernschreiberkommunikation. Dieser konnte sich auf dem Markt letztlich nie durchsetzen.



einer der Markführer, sei „heute schon in der Lage sich dem Bildschirmtext anzuschließen, falls die Deutsche Bundespost in der Lage ist die entsprechenden Netzwerke zur Verfügung zu stellen. Die Erfahrung mit der Einführung des Teletextsystems zeigt jedoch, daß die Deutsche Bundespost trotz Ankündigung in absehbarer Zeit hier über das Stadium der Feldversuche hinaus nicht weiterkommen wird.“<sup>103</sup>

Bezeichnenderweise hatte man das Potential von Btx seitens der CDU also noch deutlich vor dessen Regelbetrieb erkannt, wusste aber ebenso um die Schwierigkeiten der Bundespost mit ihren selbstgesteckten Zielen und Zeitplänen.

Karl Schumacher, Leiter der Hauptabteilung Organisation im Konrad-Adenauer-Haus, legte der Parteiführung daraufhin erfolgreich die zeitnahe Umsetzung der Vorschläge nahe, um den „Organisationsvorsprung der CDU im Vergleich zu den anderen konkurrierenden Parteien“ weiter auszubauen.<sup>104</sup> Es wurde ein Rahmenvertrag mit der Firma Wang unterzeichnet sowie eine eigene Abteilung Informatik in der Bundesgeschäftsstelle eingerichtet.<sup>105</sup> Die Landesgeschäftsführer und -generalsekretäre wurden am 28. Oktober 1982 informiert, dass nun „schrittweise innerhalb der Gesamtpartei ein Netzwerk im Bereich der Daten-, Text- und Kommunikationstechnik entstehen“ solle. Damit werde eine „Verbesserung der Parteiorganisation“ auf allen Ebenen angestrebt, die Parteiarbeit würde künftig im Ganzen effizienter und flexibler aufgestellt sein.<sup>106</sup>

Einige Monate darauf, am 18. August 1983, zog Winfried Ockenfels, Leiter der neuen Abteilung Informatik, eine erste Zwischenbilanz.<sup>107</sup> Es sei evident, dass man sich mittlerweile einen strukturellen „technologischen Vorsprung der CDU von zwei bis drei Jahren“ gegenüber dem politischen Gegner erarbeitet habe. Diesen gelte es zu bewahren. Den Entwicklungen bei den Neuen Medien, hier insbesondere Btx, müsse nun besondere Aufmerksamkeit zukommen. Sie böten eine große Bandbreite an Möglichkeiten, allerdings müssten teure Fehlentwicklungen unbedingt vermieden werden. Daher sei die Einhaltung eines abgestimmten Stufenplans beim weiteren Aufwuchs des CDU-Kommunikationsnetzes auf allen Ebenen auch insgesamt unabdingbar. Im Moment befinde man sich dabei ohnehin noch in einer ersten Phase. Abgeschlossen sei das Gesamtprojekt voraussichtlich im Jahr 1986.<sup>108</sup> Offenbar stieß die technologische Rund-

103 Ebd., S. 11 f.

104 Vgl. Vermerk von Schumacher an Kohl, Geißler u. Radunski, 5. März 1982, in: ACDP 07-001-12451, Zitat S. 3.

105 Vgl. Vermerk von May an Geißler, 20. Oktober 1982, in: ACDP 07-001-12451; Rahmenvertrag zwischen der CDU Deutschlands und Wang Deutschland GmbH, 21. September 1982, in: ACDP 07-001-12451.

106 Vgl. Rundschreiben von Schumacher, 28. Oktober 1982, in: ACDP 07-001-12451, beide Zitate S. 1 der Anlage.

107 Vgl. Sachstandsbericht von Ockenfels, 18. August 1983, in: ACDP 07-001-12452.

108 Vgl. ebd., hier S. 1–4, 7 f., Zitat 1.

erneuerung auch in den Landes- und Kreisverbänden auf gewaltiges Interesse und man sah sich in Bonn genötigt, hier steuernd und zentralisierend, ja sogar etwas bremsend einzugreifen, nicht zuletzt aus Kostengründen. Hinsichtlich der praktischen Einführung von Btx als ein Modul im Gesamtkonzept sah der Stufenplan eine Installation der notwendigen Hard- und Software ab September 1984 vor, allerdings wurde seitens der Abteilung Informatik noch ein zusätzlicher „Spezialist für Programmierung, Bildschirmtext und Schulung“ benötigt.<sup>109</sup> Der Start der eigentlichen Btx-Pilotphase war zunächst für den 15. Januar 1985 geplant.<sup>110</sup>

Um den Termin zu halten, hatten die Fachabteilungen im Konrad-Adenauer-Haus schon frühzeitig mit internen Abstimmungen sowie der Erstellung inhaltlicher Grobkonzepte begonnen. Hierfür wurde eine eigene „Arbeitsgruppe Btx“ formiert. Sie legte am 29. Februar 1984 fest, dass die CDU ihren Auftritt im Bildschirmtext „bis einschließlich 1987“ als Pilotprojekt begreife, dessen Erfolg anschließend evaluiert werden könne. Btx werde vornehmlich im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit als Informationsmedium Einsatz finden, weshalb der Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit auch die inhaltliche Federführung obliege. Die technische Betreuung hingegen verbleibe bei der Hauptabteilung Organisation. Gleichwohl bedürfe man der Unterstützung durch eine externe Agentur, die es nun auszuwählen gelte.<sup>111</sup> Der „Agenturpitch“, durchgeführt vom Leiter der Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit, Karl-Joachim Kierrey, fand am 6. Juli 1984 statt.<sup>112</sup> Grundlage war ein ausführliches Briefing-Papier, in dem die CDU ihre bisherigen Überlegungen zur Ausgestaltung ihres Btx-Auftritts zusammengefasst hatte.<sup>113</sup> Auf dessen Basis sollten die Agenturen dann ihrerseits ein Detailkonzept entwickeln und vorstellen. Die Bundesgeschäftsstelle führte dabei in ihrem Papier aus, dass sie den Bildschirmtext zunächst als Komplementärmedium begreife, dessen langfristige Wirksamkeit es zu prüfen gelte. Dabei würden folgende Prämissen gelten: Btx sei ein Medium der Öffentlichkeitsarbeit, es sei ein Informations- und Dienstleistungsservice und es sei ein Dialoginstrument. Inhaltlicher Fokus sei also die schnelle, aktuelle und präzise Information zu allen Aspekten der Parteiarbeit, die den einzelnen Nutzer motiviere, weiteres Material anzufordern und hierdurch in einen Dialog mit der CDU einzutreten, vielleicht sogar Mitglied zu werden. Aber auch

109 Vgl. Vermerk von Schumacher an Kohl, Geißler u. Radunski, 24. August 1984, in: ACDP 07-001-12452, Zitat S. 3.

110 Vgl. Schumacher: Stufenplan zum weiteren Ausbau des CDU-Kommunikationsnetzes, 24. August 1984, in: ACDP 07-001-12452, hier S. 3 f.

111 Vgl. Ergebnisprotokoll der Btx-Besprechung, 29. Februar 1984, in: ACDP 07-001-12452, Zitat S. 1.

112 Vgl. Kierrey: Einladung zur Präsentation der Bildschirmtext-Agenturen, 27. Juni 1984, in: ACDP 07-001-12452.

113 Vgl. Btx-Briefing, 26. April 1984, in: ACDP 07-001-12452.



aktive Parteimitglieder, die Presse, Verbände oder die Wirtschaft sollen sich angesprochen fühlen und mit für sie relevanten Informationen versorgt werden. Wichtige zeitliche Wegmarke sei die vollständige Einsatzbereitschaft des Systems für die Landtagswahlkämpfe des Jahres 1985.<sup>114</sup>

Als Sieger des Vergabeverfahrens ging die Berliner „Werbeagentur Flaskamp“ (WF) hervor.<sup>115</sup> Sie hatte sich als erfahrener Dienstleister im Bereich Neuer Medien präsentiert und betreute schon seit Beginn der Feldversuche eine ganze Reihe privater wie öffentlicher Btx-Anbieter.<sup>116</sup> In ihrem vorgelegten Konzept betonte WF, dass sie Potential insbesondere bei Jugendlichen und Jungwählern sehe, mithin Zielgruppen, die die Bundesgeschäftsstelle in ihrem Briefing noch gar nicht explizit hervorgehoben habe. Gleichwohl gelte es aber, alle Zielgruppen geeignet anzusprechen.<sup>117</sup> Man müsse sich jedoch bewusst machen, dass zunächst vor allem Haushalte „mit mittlerem und gehobenem Einkommen“ zu erreichen seien. Der typische Btx-Nutzer sei darüber hinaus männlich; Erfolg ebenso bei weiblichen Adressaten zu haben, gestalte sich daher als etwas schwieriger.<sup>118</sup> Inhaltlich griff das Konzept ansonsten weitgehend die Vorstellungen der CDU auf und lieferte passgenaue Ausarbeitungen zur praktischen Umsetzung. WF unterstrich die Bedeutung einer schlüssigen, nachvollziehbaren Baumstruktur bei der Systematisierung des Auftritts und riet auf den Verzicht überfrachteter Grafiken. Bei der sprachlichen Gestaltung, so die Agentur, erfordere das Medium Btx ganz neue Wege. Die CDU solle sich seriös, aber nicht steif präsentieren, auch bewusst lockere Formulierungen seien daher ausdrücklich sinnvoll.<sup>119</sup> Dass der Auftritt darüber hinaus natürlich sowohl auf traditionellem Wege intensiv beworben, wie innerhalb des Btx-Systems sorgfältig verknüpft werden müsse, um zum Erfolg zu werden, betonte WF ebenfalls.<sup>120</sup>

Am 15. August 1984 wurde Generalsekretär Geißler über den Stand der Vorarbeiten informiert.<sup>121</sup> Im Zusammenwirken der Hauptabteilungen Öffentlichkeitsarbeit und Organisation und unter Berücksichtigung inhaltlicher Beiträge der Hauptabteilung Politik konnte WF die Umsetzung der ersten Version des Btx-Auftritts in Angriff nehmen. Es war geplant, diese im Oktober zu präsentieren und bis Jahresende zu diskutieren, sie zu verbessern und schließlich zu finalisieren.<sup>122</sup> Am 2. Oktober 1984 traf sich die Arbeitsgruppe Btx,<sup>123</sup> diskutierte

114 Vgl. ebd.

115 Vgl. Schreiben von Kierey an Radunski, 10. Juli 1984, in: ACDP 07-001-12452.

116 Vgl. WF: Grundsätzliche Überlegungen und konzeptionelle Gedanken zum Aufbau eines Btx-Programms für die CDU-Bundesgeschäftsstelle, in: ACDP 07-001-19415, hier S. 15 f.

117 Vgl. ebd., bes. unpag. Einleitung u. S. 2.

118 Vgl. ebd., S. 3 f., Zitat S. 3.

119 Vgl. ebd., hier S. 8–10.

120 Vgl. ebd., hier S. 13–15.

121 Vgl. Schreiben von Kierey an Geißler, 15. August 1984, in: ACDP 07-001-12452.

122 Vgl. ebd., S. 2 f.

123 Vgl. Ergebnisse der Btx-Besprechung, 2. Oktober 1984, in: ACDP 07-001-19415.

den Erstentwurf und vereinbarte eine Revision des Inhaltsverzeichnisses. Man kam überein, zentrale Politikfelder in den Mittelpunkt der Gliederung zu stellen und auf die direkte Ansprache einzelner Zielgruppen vorerst zu verzichten, mit Ausnahme der Jugend. Alle Oberkapitel sollten mit einem knappen Text beginnen, „der je nach Möglichkeit die grundsätzlichen programmatischen Aussagen zu dem entsprechenden Thema enthält, oder aber bei Bedarf über aktuelle Beschlüsse informiert“. Die folgenden Unterseiten boten dann Verknüpfungen zu weiterführenden Informationen. Entscheidend sei freilich, dass „keine überholten Inhalte im Btx-Text vorhanden sein dürfen“. <sup>124</sup> Man war sich also durchaus bewusst, dass ein Btx-Auftritt kein statisches Kurzprojekt war, das, einmal angelegt, letztlich auch schon wieder abgeschlossen wäre. Vielmehr war Btx ein schnelles, flüchtiges Medium, das ständiger Aufmerksamkeit und konsequenter Aktualisierung bedurfte. Gleichwohl wollte man nicht auf inhaltliche Komplexität verzichten. Allein die vom Leiter der Abteilung Außen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik, Reinhard Stuth, zugeliessene Gliederung seines Verantwortungsbereiches wies vier Kapitel mit insgesamt 15 Unterseiten auf, von „Verankerung im Atlantischen Bündnis“ bis „Aktion Dritte Welt“. <sup>125</sup>

Die ins Auge gefasste Deadline für den öffentlichen Launch der Seite wurde letztlich nur um wenige Wochen überschritten. Am 5. Februar 1985 war der Auftritt der CDU im Bildschirmtext schließlich online. Schon am 14. Februar informierte ein Beitrag in der „Union in Deutschland“ die Mitglieder ausführlich über das System. <sup>126</sup> Mit diesem, so hieß es, „hat sich die CDU für ihre Öffentlichkeitsarbeit eine der neuen Entwicklungen auf dem Medienmarkt nutzbar gemacht. Neben aktuellen Meldungen zur Tagespolitik findet der Btx-Nutzer auf mehr als 500 Seiten im Programm der CDU Informationen über grundsätzliche Positionen der Partei zu allen wichtigen politischen Fragen. Dabei erlaubt eine übersichtliche Gliederung des Programms einen schnellen Zugriff auf die gewünschten Informationen.“ <sup>127</sup>

80 der 500 Seiten waren als „Dialogseiten“ bidirektional konzipiert, das heißt der Nutzer konnte über eine Rückmeldung im System weitergehende Informationen postalisch anfordern. Ohnehin war Interaktivität ein zentrales Merkmal des CDU-Auftritts. Binnen zweier Tage nach Freischaltung lagen immerhin bereits 20 Nachrichten in der Mailbox des Konrad-Adenauer-Hauses, eine davon aus Australien. Daneben gingen 113 Materialbestellungen ein und sogar 10 Anforderungen von Beitrittsformularen. 72 Btx-Kunden beteiligten sich überdies an einem Quiz. Dies waren durchaus beachtliche Zahlen, bedenkt man, dass Btx zu diesem Zeitpunkt insgesamt nur gut 21.000 Nutzer hatte. Der UiD-

124 Vgl. ebd., beide Zitate S. 2.

125 Vgl. Schreiben von Stuth an Staudacher, 4. Oktober 1984, in: ACDP 07-001-19415.

126 Vgl. Neues Kommunikationsinstrument der CDU-Bundesgeschäftsstelle, in: UiD 6 (1985), 14. Februar 1985, S. 11 f.

127 Ebd., S. 11.



Beitrag versicherte seinen Lesern, dass seitens der CDU-Bundesgeschäftsstelle immer höchster Wert auf Aktualität, Relevanz und Prägnanz gelegt werde. Als zentrale Rubriken wurden, neben „Aktuelles“, vor allem „Wirtschaft, Arbeit, Finanzen“, „Familie, Soziales, Umwelt“, „Jugend, Bildung, Recht, Medien“ sowie „Deutschland- und Außenpolitik“ hervorgehoben. Adressen und Telefonnummern der Geschäftsstellen, eine ausführliche Terminübersicht sowie ein umfangreiches Personenlexikon rundeten den Auftritt ab.<sup>128</sup>

Auf der Landesgeschäftsführerkonferenz am 13. März 1985 präsentierte und erläuterte Kierey den Anwesenden das nun fertige Produkt auch offiziell und bilanzierte zudem erste Reaktionen seitens der Nutzer.<sup>129</sup> Sein Bericht deckt sich weitgehend mit der Darstellung im UiD, ergänzt diese jedoch noch um einige Beispiele elektronischer Zuschriften.<sup>130</sup> Positive Nachrichten wie „Sehr geehrte Damen und Herren, nur ganz kurz und impulsiv: Ihr Programm ist flott gemacht und sogar informativ (beides gehört nicht immer zusammen!)“ oder „Gratulation zu Ihrem hervorragenden Btx-Programm“ bestätigten sicherlich politisch Verantwortliche wie exekutiv Zuständige gleichermaßen in ihrer Entscheidung, auch seitens des Konrad-Adenauer-Hauses selbst digitales Neuland zu erschließen.<sup>131</sup> Dies war schon im Hinblick auf das eingangs zitierte Selbstverständnis der CDU nur konsequent. Geißler übertrieb eben keineswegs, als er sie als Wegbereiter für die moderne Informationsgesellschaft bezeichnete. Nicht umsonst trug der besagte Flyer den Titel „Einladung zum Dialog“.<sup>132</sup>

### Fazit

Die Politik der CDU ab 1982 hat ganz erheblichen Anteil daran, dass in Deutschland das Fundament der digitalen Gesellschaft der Gegenwart überhaupt gelegt werden konnte. Heutige Selbstverständlichkeiten wie private TV-Anbieter oder ein deregulierter Telekommunikationsmarkt sowie schiere Notwendigkeiten wie systematische Großinvestitionen in die Netzinfrastruktur des Landes waren zu Beginn der Ära Kohl noch höchst umstritten und umkämpft. Die CDU musste sich dabei gegen erhebliche Widerstände bei Opposition wie Medien behaupten, konnte sich aber auf eine umfassend entwickelte Programmatik stützen, die sie sich seit den 1970er Jahren systematisch erarbeitet hatte. Bürgerlich-

128 Vgl. ebd., S. 11 f.

129 Vgl. Ergebnisprotokoll der Landesgeschäftsführerkonferenz der CDU, 13. März 1985, in: ACDP 07-001-549; Kierey: Bildschirmtext als neues Kommunikationsinstrument der CDU-Bundesgeschäftsstelle, in: ACDP 07-001-549.

130 Lediglich die Anzahl der während der ersten beiden Tage des Live-Betriebs angeforderten Beitrittsunterlagen wurde von zehn auf sechs korrigiert, vgl. Kierey: Bildschirmtext als neues Kommunikationsinstrument, S. 1.

131 Vgl., ebd., beide Zitate S. 3 f.

132 Vgl. Einladung zum Dialog, S. 1.

konservatives Wertegerüst und progressiv-liberale Reformfreude schlossen sich bei ihr also keineswegs aus.<sup>133</sup> Sie ergänzten sich vielmehr zu einem Ganzen, das die CDU – gerade im Unterschied zur SPD – in den 1980er Jahren zur Partei der technologischen und ordnungspolitischen Innovation werden ließ. Die Erfolge gaben ihr recht und sind heute dennoch mitunter wieder in Vergessenheit geraten – oder werden von verzerrenden Narrativen überlagert. Gleichzeitig ist die CDU gegenwärtig erheblichen Angriffen gerade aus einer entfremdeten Netzcommunity heraus ausgesetzt und ringt mit sich um geeignete Antworten.<sup>134</sup> Womöglich ließen sich manche Ansätze dafür in einer retrospektiven programmatischen Selbstvergewisserung finden.<sup>135</sup>

133 Vgl. mit allgemeineren Hinweisen Matthias Oppermann: Freiheit und Ordnung. Die Tradition des Liberalismus in der CDU, in: *Die Politische Meinung* 558 (2019), S. 63–68.

134 Vgl. beispielsweise Laura Backes/Tobias Becker/Lothar Gorris u. a.: „Kinder der Apokalypse“, in: *Der Spiegel* vom 1. Juni 2019 sowie Andreas Hoidn-Borchers/Jan Rosenkranz/Axel Vornböumen: Ihr von gestern! Wir von morgen!, in: *Stern* vom 6. Juni 2019.

135 Weitere Forschungen bleiben zweifellos notwendig. Dies gilt insbesondere für das technologische Selbstverständnis und medienpolitische Handeln der CDU in der zweiten Hälfte der 1980er sowie den 1990er Jahren.



# Am Anfang war Weimar. Alte und neue Erkenntnisse und Quellen zur Neubildung der Länder nach 1945 unter besonderer Berücksichtigung Nordrhein-Westfalens

Guido Hitze

I.

Als die vom Landtag Nordrhein-Westfalen am 18. Januar 2018 eingesetzte „parteübergreifende und unabhängige“ Planungsgruppe „Geschichte, Politik und Demokratie Nordrhein-Westfalens“ (PG GPD NRW)<sup>1</sup>, deren Leiter der Verfasser bis zu ihrer Auflösung am 14. April 2020 gewesen ist<sup>2</sup>, im Frühjahr 2018 ihre Arbeit aufnahm, gehörte zu ihren Kernaufgaben neben der Entwicklung eines Konzepts für ein künftiges „Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalen“<sup>3</sup> ausdrücklich auch, „das Geschichtsbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens sowie ihr Verständnis für das politische, das soziale, das ökonomische und das kulturelle Leben in Nordrhein-Westfalen zu fördern und fortzuentwickeln“<sup>4</sup>. Hinter dieser Formulierung verbarg sich die Notwendigkeit, die bestenfalls fragmentarisch vorhandene und dezentral-regional zersplitterte Landeszeitgeschichtsschreibung neu aufzustellen, das heißt zu bündeln, zu systematisieren und vor allem zu koordinieren. Die größten Lücken einer umfassenden, quellengestützten Landesgeschichte taten (und tun) sich für die zweite Hälfte der bald 75jährigen Geschichte des Landes an Rhein und Ruhr auf.

Im Gegensatz hierzu erschien in Bezug auf die Gründerjahre Nordrhein-Westfalens die Geschichte auserzählt. Seit Jahrzehnten hatte es hierzu keine wesentlichen neuen Veröffentlichungen mehr gegeben. Nordrhein-Westfalen war, so der wissenschaftliche Konsens, eines der 1946 oder später entstandenen typischen „Bindestrich-Länder“, ein Produkt der unmittelbaren Nachkriegszeit, ohne eigene Vorgeschichte und Traditionen, ein von der britischen Besatzungsmacht aus vor allem außenpolitischen und ökonomischen Motiven geradezu

- 
- 1 Landtag Nordrhein-Westfalen. Drucksache 17/1662 vom 11. Januar 2018: Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen für die Menschen greifbar und erlebbar machen“. – Für 2021 ist eine ausführlichere Monographie des Verfassers zum Thema dieses Beitrags geplant.
  - 2 An ihre Stelle trat zum 15. April 2020, mit dem Präsidenten der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Hans Walter Hütter, an der Spitze, die vom Landtag am 18. Dezember 2019 beschlossene Landesstiftung „Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalen“ mit Sitz in Düsseldorf.
  - 3 Zur Geschichte und Genese ausführlich Guido Hitze: Das „Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalen“. Ein Werkstattbericht, in: Westfälische Forschungen 69 (2019), S. 407–438.
  - 4 Landtagsdrucksache 17/1662.

willkürlich zusammengesetztes Konglomerat aus den nördlichen Resten der alten Rheinprovinz und der ehemaligen preußischen Provinz Westfalen, 1947 ergänzt durch das vormals selbständige Land Lippe-Detmold. Was wollte man da noch hinzufügen oder gar neu erzählen? Mit Blick nicht nur auf die spätere Dauerausstellung im „Haus der Geschichte“, sondern bereits auf die schon fest vorgesehene Jubiläumsausstellung zum 75. Landesgeburtstag im August 2021 bereitete die Darstellung der Gründungsphase des Landes die geringsten Schwierigkeiten und bedurfte deshalb auch kaum aufwändiger Forschungsarbeit.

Doch diese Einschätzung sollte sich schon bald als gravierender Irrtum herausstellen. Anlass für die völlige Neu Beurteilung der Situation war das vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe, der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde, dem Landesarchiv Nordrhein-Westfalen und der Planungsgruppe GPD NRW am 8. und 9. November 2018 organisierte Symposium „Aufbruch in die Demokratie. 100 Jahre Revolution im Rheinland und in Westfalen“ im Düsseldorfer Landtagsgebäude. Denn als der Duisburger Historiker und Landesarchivar Martin Schlemmer über die Loslösungsbestrebungen von Preußen im Rheinland und in Westfalen während des Übergangs von der Monarchie zur Republik referierte und dabei auch eine Karte präsentierte, welche den Entwurf des Staatsrechtlers Hugo Preuß (1860–1925)<sup>5</sup> über eine Neugliederung des Reichsgebietes nach einer Auflösung Preußens aus dem Jahre 1919 zeigte<sup>6</sup> (siehe im Anhang Karte 1), erinnerte sich der Verfasser an seine eigene Dissertation. Diese thematisiert unter anderem die Autonomiebestrebungen im seinerzeit preußischen Oberschlesien nach dem Ersten Weltkrieg und in demselben Zusammenhang auch die Tätigkeit der sogenannten „Preußen-Kommission“, eine Unterkommission der vom DDP-Vorsitzenden und ehemaligen Reichsinnenminister Erich Koch-Weser geleiteten „Zentralstelle für die Gliederung des Deutschen Reiches“. Zu deren wesentlichen Aufgaben gehörte die Klärung der Frage, ob das zwischen Deutschland und Polen heftig umstrittene Oberschlesien nach der Volksabstimmung 1921 ein autonomer Gliedstaat des Deutschen Reiches oder eine neue preußische Provinz mit erweiterten Rechten werden sollte.<sup>7</sup> Der „Preußen-Kommission“, die sich über Jahre überwiegend gutachterlich mit zahlreichen Karten und Gliederungsentwürfen beschäftigte, gehörte auch der Kölner Oberbürgermeister

5 Hugo Preuß, 1906 Professor für Öffentliches Recht an der Handelshochschule Berlin, 1918 deren Rektor, ebenfalls 1918 Mitgründer der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP), Februar bis Juni 1919 Reichsinnenminister, 1919–1925 Mitglied der Preußischen Landesversammlung beziehungsweise des Preußischen Landtags. Zu Preuß jüngst Michael Dreyer: Hugo Preuß (1860–1925). Biographie eines Demokraten. Stuttgart 2018.

6 Vgl. auch Martin Schlemmer: Berlin, nein Danke? Die westdeutschen Loslösungsbestrebungen im Rheinland und in Westfalen nach dem Ersten Weltkrieg, in: Frank Bischoff/Guido Hitze/Wilfried Reininghaus (Hg.): Aufbruch in die Demokratie. Die Revolution von 1918/19 im Rheinland und in Westfalen. Münster 2020, S. 185–237, hier 192 f.

7 Vgl. Guido Hitze: Carl Ulitzka (1873–1953) oder Oberschlesien zwischen den Weltkriegen. Düsseldorf 2002, bes. S. 491–559.



Konrad Adenauer an<sup>8</sup>, was im Kontext der Tagung von 2018 zu der Überlegung führte, inwieweit sich die seinerzeitige „Zentralstelle“ beziehungsweise die in ihr tätige „Preußen-Kommission“ auch mit westdeutschen Neugliederungsplänen beschäftigte und ob es in diesem Zusammenhang auch andere Pläne und Entwürfe neben der Preuß-Karte gegeben haben könnte.

Wenige Wochen später machte der Landeshistoriker Peter Henkel, inzwischen Referent der Planungsgruppe, in der Bibliothek des nordrhein-westfälischen Innenministeriums einen bemerkenswerten Fund. Am 30. November 2018 legte er ein schmales, von dem Geographen Werner Münchheimer 1949 herausgegebenes Bändchen mit dem Titel „Die Neugliederung Deutschlands“<sup>9</sup> vor, das im Anhang insgesamt neun Karten mit Gliederungsentwürfen für das Reichsgebiet, beginnend mit dem Preuß-Plan von 1919 und endend mit einem Vorschlag von Münchheimer selbst aus dem Jahr 1949, enthielt. Dabei stach vor allem die Karte 3 hervor, ein auf, so Münchheimer, „H. Rabe, W. Baumann und Dr. Lauburg“ zurückgehender Entwurf möglicher künftiger Wirtschaftsgebiete innerhalb des Deutschen Reiches, bei dem im Westen ein Gebilde namens „Rheinland-Westfalen“ herausstach, dessen Grenzen nahezu deckungsgleich mit denen des heutigen Nordrhein-Westfalens waren (siehe Karte 4). Da die Karte Münchheimer zufolge aus dem Jahre 1923 stammte, provozierte sie sogleich eine Reihe von Fragen: Wer waren „H. Rabe, W. Baumann und Dr. Lauburg“, in welchem Kontext beziehungsweise in wessen Auftrag erstellten sie mit welchen Anteilen diesen Entwurf und weshalb ähnelte jener, zumindest für das Gebiet der späteren „alten“ Bundesrepublik, so frappierend dem Zuschnitt der nach 1946 gebildeten westdeutschen Länder? Wenn es, was nach dem vorliegenden Kartenmaterial zwar immer noch spekulativ, aber durchaus naheliegend erschien, Kontinuitätslinien gab, die von der Weimarer Republik in die frühe Nachkriegszeit führten, dann hieß das im Falle Nordrhein-Westfalens, dass die bisher gängige Erzählung vom allein durch den Willen der Briten aus geopolitischen Gründen auf dem Reißbrett beziehungsweise am grünen Tisch und ohne Beteiligung der Deutschen zusammengezimmerten, völlig neuen Land zumindest in Teilen zu revidieren war. Aber, falls ja, in welchen genau und in welchem Umfang?

## II.

Wie war eine Karte vom Anfang der 1920er Jahre zu erklären, die ein Land entwarf, das beinahe exakt dem mehr als zwanzig Jahre später entwickelten Plan der Briten für Nordrhein-Westfalen entsprach, und dies ohne Zweiten Weltkrieg,

8 Ebd., S. 521–526.

9 Werner Münchheimer: Die Neugliederung Deutschlands. Grundlagen – Kritik – Ziele und die Pläne zur „Reichsreform“ von 1919–1945 (Frankfurter Geographische Hefte 23/1949 Heft 1), Frankfurt a. M. 1949.



deutsche Kapitulation, die Aufteilung des Deutschen Reiches in vier Besatzungszonen und ohne den Hintergrund eines aufkommenden Ost-West-Konfliktes? Immerhin hatte Baumann, Münchheimer zufolge, den ihm vorliegenden Entwurf von Rabe in Bezug auf „Rheinland-Westfalen“ in einigen wesentlichen Punkten verändert: Er teilte die Rheinprovinz entlang der seit 1815 bestehenden Grenze zwischen den Regierungsbezirken Köln und Koblenz (heutige Landesgrenze zwischen Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz), schlug den Kreis Wittgenstein Westfalen zu, das Land Schaumburg-Lippe jedoch Niedersachsen. Beide Entwürfe beließen den „Osnabrücker Zipfel“ bei Niedersachsen, integrierten dafür aber das Land Lippe-Deimold in Westfalen, dem auch das Land Waldeck zugewiesen wurde. In der Baumann-Version wich „Rheinland-Westfalen“ damit in nur zwei Details vom späteren nordrhein-westfälischen Territorium ab: im besagten Fall Waldeck sowie bezüglich des Kreises Altenkirchen südwestlich von Siegen, der bei der Rheinprovinz verbleiben sollte. Zufall? Eine bürokratische Schnapsidee beziehungsweise Phantasterei gelangweilter Technokraten? Eine bloße, immerhin merkwürdige, aber folgenlose Laune der Geschichte?

Dass es sich um einen „Zufall“ handelte, erschien unwahrscheinlich, wenn man die weiteren, von Münchheimer wiedergegebenen Pläne der 1920er bis 1940er Jahre genauer betrachtete: In zweien davon (Entwürfe von Erwin Scheu 1928 und August Weitzel beziehungsweise Erich Obst 1926/30) entstehen, mit teilweise gravierenden Abweichungen von Baumann/Rabe, eine „Niederrheinische Wirtschaftsprovinz“ (Scheu) respektive ein eigenes „Land Niederrhein“ (Weitzel/Obst), die jedoch eines gemeinsam haben: die Vereinigung des nördlichen Rheinlands (daher der Begriff „Niederrhein“) mit Westfalen unter Abtrennung der Regierungsbezirke Koblenz und Trier von der alten Rheinprovinz. Doch Münchheimer legte noch einen spektakulären Plan vor, den er dem Umfeld der Verschwörung des 20. Juli 1944 zuordnete. Danach hatte eine Gruppe um Fritz von der Schulenburg im Zuge der Beratungen des Kreisauer Kreises 1943 einen „Plan der großen Einheiten“ konzipiert, nach dem im Westen eines vom Nationalsozialismus befreiten Deutschland neben neun weiteren „Reichsländern“ das Land „Niederrhein-Westfalen“ (NRW) entstehen sollte, sozusagen „Rheinland-Westfalen“ ohne die südliche Rheinprovinz, dafür aber ergänzt durch das Emsland, das Oldenburger Münsterland und den Raum Osnabrück.

Wenn es nun derartige Überlegungen schon vor 1945 gegeben hatte, dann stellte sich die Anschlussfrage, ob und – wenn ja – in welcher Form sie bei der Neuordnung Nachkriegsdeutschlands durch die Alliierten eine Rolle gespielt haben könnten beziehungsweise wer in diesem Fall als „Transporteur“ der Ideen in Betracht kam.<sup>10</sup> Für Nordrhein-Westfalen war Letzteres relativ schnell

10 Zum „Kontinuitätsproblem“ des Bund-Länder-Verhältnisses im Kontext von Reichsreform, Länderneugliederungsplänen, Föderalismus und Unitarismus vom Bismarckreich bis zur Bundesrepublik Deutschland im Überblick u. a. Kurt Düwell: Reichsreform, Länderneu-

geklärt. Es handelte sich zunächst um drei Personen, die nachweislich über enge Kontakte zur britischen Besatzungsmacht verfügten und ihrerseits wiederum Kenntnis von den Neuordnungsvorstellungen der Weimarer Zeit gehabt haben müssen: Konrad Adenauer als Kölner Oberbürgermeister, Mitglied der „Preußen-Kommission“ und Präsident des Preußischen Staatsrates; seinen Nachfolger im Amt des Oberbürgermeisters 1945, Hermann Pünder (1888–1976)<sup>11</sup>, der als Chef der Reichskanzlei von 1926 bis 1932 den Diskussionsprozess um die „Reichsreform“ hauptamtlich koordiniert und geleitet hatte, sowie Robert Lehr (1883–1956)<sup>12</sup>, als Düsseldorfer Oberbürgermeister Vorstandsmitglied des Deutschen und des Preußischen Städtetages und damit ebenfalls eng mit der Problematik einer Neugliederung des Reichsgebietes vertraut.

Ein Blick in die ältere Literatur zur Geschichte Nordrhein-Westfalens machte rasch klar, dass dieser Ansatz nicht nur berechtigt, sondern auch keineswegs neu war.<sup>13</sup> So hatte der langjährige Ministerpräsident Johannes Rau in seiner Eröffnungsansprache zur Ausstellung „Im Westen was Neues“ am 21. Juni 1986 in Dortmund darauf verzichtet, die Geschichte vom angeblich vollkommen künstlichen, traditionslosen und allein von den Briten gegründeten Land zu wiederholen. Er hatte sich sogar gewissermaßen gegen die durch den ihm nachfolgenden Redner, den Historiker Rolf Steininger, vertretene Historikerzunft gestellt, als er betonte, Nordrhein-Westfalen müsse vierzig Jahre nach seiner Gründung „dem Eindruck entgegentreten, es sei ein künstlich zusammengesetztes Land, ein Bindestrich-Land“. Die „Operation Hochzeit“ sei zwar von der britischen Regierung „angeordnet“ worden, „aber nicht ohne den Rat deutscher Politiker“. Damit wolle er deutlich machen, „dass mit Nordrhein-Westfalen keineswegs so etwas wie ein unbekanntes Land in die deutsche Landkarte eingetragen wurde“. Es handele sich vielmehr um „ein Land mit vielschichtigen

---

gliederung und Föderalismus, in: Walter Först (Hg.): Die Länder und der Bund. Beiträge zur Entstehung der Bundesrepublik Deutschland. Essen 1989, S. 221–236.

- 11 Hildegard Wehrmann: Hermann Pünder (1888–1976). Patriot und Europäer. Essen 2012. Wehrmann geht auf sein Wirken als Chef der Reichskanzlei nur im Kontext seiner engen Zusammenarbeit mit Außenminister Gustav Stresemann und Kanzler Heinrich Brüning ein. Die Tätigkeit unter den Kanzlern Luther, Marx und Müller spart sie nahezu völlig aus, ebenso Pünders Bemühungen um eine Reichsreform. Ferner Philipp Gatzka: Hermann Pünder. Persönlichkeit und Wirken eines deutschen Spitzenbeamten in der Weimarer Republik. Aachen 2016.
- 12 Zu Lehr Rolle als Wegbereiter Nordrhein-Westfalens Walter Först: Robert Lehr, in: Ders. (Hg.): Land und Bund. Köln u. a. 1981, S. 169–193.
- 13 Wolfgang Hölscher: Von den Provinzen zum neuen Land: Bestrebungen nordrheinischer und westfälischer Verwaltungsspitzen im Kontext der britischen Deutschland- und Besatzungspolitik, in: Gerhard Brunn (Hg.): Neuland. Nordrhein-Westfalen und seine Anfänge nach 1945/46. Essen 1986, S. 39–65: „Seit Mitte der fünfziger Jahre ist in der Forschung wiederholt konstatiert worden, dass die britische Maßnahme mit den Ideen und Wünschen eines nicht unbedeutenden Teils der deutschen Akteure im rheinisch-westfälischen Raum im wesentlichen übereinstimmte.“ (S. 40).



und reichen Traditionen, das mit den Landesteilen Rheinland und Westfalen gemeinsame Wurzeln in der preußischen Geschichte hatte<sup>14</sup>.

Lange vor Rau hatte Wolfram Köhler bereits 1961 in seiner Entstehungsgeschichte Nordrhein-Westfalens dezidiert auf die vor allem von Robert Lehr, Hermann Pünder und dem Münsteraner Oberstadtdirektor Karl Zuhorn (1887–1967)<sup>15</sup> entwickelten Vorstellungen und deren Vermittlung an britische Stellen verwiesen<sup>16</sup>, ohne freilich den großen Anteil der Briten und die internationalen Rahmenbedingungen der Landesgründung zu verschweigen<sup>17</sup>. Köhler bilanzierte in diesem Zusammenhang, „dass die Vereinigung der beiden Provinzen Rheinland und Westfalen keineswegs von den Besatzungsmächten nur befohlen und ‚oktroiiert‘ worden ist, womöglich gegen den Willen der Bevölkerung“. Daher sei die Bildung des Landes auch „nicht der blinde ‚Willkürakt‘ politisch gleichgültiger Generale“ gewesen.<sup>18</sup> Walter Först betonte zehn Jahre später, dass Lehr, Pünder und Zuhorn sich seinerzeit „Gedanken über die territoriale Gliederung machten und diese Gedanken auch führenden Männern der Besatzungsmächte nahezubringen wussten“. Alle drei gehörten zwar „einer Partei, der CDU“ an, seien jedoch keine Politiker, sondern „von Beruf und Lebensstellung her Verwaltungsbeamte“ gewesen, und hätten „von früher her den Überblick und die Erfahrungen“ besessen, „um Territorialfragen analysieren zu können“. Nicht ohne Grund habe „der frühere Reichskanzler Heinrich Brüning“ in seinem amerikanischen Exil Persönlichkeiten wie Adenauer und Pünder als ausgewiesene Verwaltungsexperten für die Zeit nach dem Krieg empfohlen.<sup>19</sup> Auch Peter Hüttenberger ging in seiner Habilitationsschrift von 1973 ausführlich auf die deutschen Überlegungen hinsichtlich einer Vereinigung der beiden Provinzen sowie ihren Einfluss auf die britische Seite ein, wobei er zusätzlich den ostwestfälischen Protestanten und stellvertretenden Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone, Friedrich Holzapfel, als wichtige Verbindungsperson zu den Briten nannte.<sup>20</sup> Hüttenberger sprach sogar davon, die „wichtigste Initiative

14 Johannes Rau: 40 Jahre Nordrhein-Westfalen, in: Im Westen was Neues. Die Anfänge Nordrhein-Westfalens. Ausstellung in der Zeche Zollern II/TV 21.6.–24.8.1986. Hg. von der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen o. O., o. J., S. 6–14, Zitate 9 f.

15 Zu Zuhorn v. a. Karl Tepe: Karl Zuhorn, in: Först (Hg.): Land und Bund, S. 147–168.

16 Wolfram Köhler: Das Land aus dem Schmelzriegel. Die Entstehungsgeschichte Nordrhein-Westfalens. Düsseldorf 1961, bes. S. 120–128.

17 Vgl. ebd., S. 9–68.

18 Ebd., S. 127 f.

19 Walter Först: Auf dem Wege zum 2. Oktober 1946, in: Wilhelm Lenz (Hg.): Mensch und Staat in NRW. 25 Jahre Landtag von Nordrhein-Westfalen. Köln/Berlin 1971, S. 7–40; Zitate 23.

20 Peter Hüttenberger: Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner parlamentarischen Demokratie. Siegburg 1973, S. 204–214.

zur Gründung Nordrhein-Westfalens“ sei „von der nordrheinischen Provinzialregierung“ ausgegangen.<sup>21</sup>

Hinsichtlich der Vorgeschichte Nordrhein-Westfalens im 19. und frühen 20. Jahrhundert schrieben die beiden Herausgeber der zwischen 1983 und 1985 erschienenen voluminösen Darstellung der Vor- und Frühgeschichte des Landes<sup>22</sup>, Kurt Düwell und Wolfgang Köllmann, dass das Doppeladjektiv „rheinisch-westfälisch“ seit den 1820er Jahren „eine feststehende Bezeichnung“ für die beiden westlichen preußischen Provinzen und damit Ausdruck einer bestehenden „Interessengemeinschaft“, gar eines „Zusammengehörigkeitsgefühls“ der Menschen an Rhein und Ruhr gewesen sei. Daher sei Nordrhein-Westfalen „gewiss eine Neuschöpfung der Nachkriegszeit, aber eben kein künstliches Gebilde ohne Vorgegebenheiten“.<sup>23</sup> Offen blieb in diesen Publikationen jedoch die wichtige Frage, inwieweit sich eine deutsche Beteiligung an der Landesgründung nicht nur auf die aktuellen Umstände bezogen, sondern auch Vorstellungen aus den Jahren vor 1945 rezipiert haben könnte.

### III.

Es ist keineswegs so, dass die Zusammenhänge zwischen den Reichsreformplänen der Weimarer Republik beziehungsweise deren Protagonisten und den deutschen Eliten, die mit den Besatzungsmächten über die Fragen der Länderneugliederungen nach dem Zweiten Weltkrieg in Kontakt standen, von der nordrhein-westfälischen Zeitgeschichtsforschung komplett ignoriert worden wären. Elisabeth Harder-Gersdorf berichtete bereits 1972 unter Berufung auf den langjährigen preußischen und Reichsinnenminister Carl Severing (SPD), dass es 1945 „eine Massenproduktion an Plänen für die Neugliederung Deutschlands“ gegeben hätte. Er selbst habe sich jedoch ablehnend zu den Vorschlägen von „bürgerlichen Politikern einer anderen Provinz“ geäußert.<sup>24</sup> Gemeint waren damit, so die Autorin, die Pläne „verschiedener Persönlichkeiten am Rhein“ für ein Land „Rheinland-Westfalen“.<sup>25</sup> Sie verweist allerdings auch auf den Umstand, dass speziell in Münster in der offenen Situation des Jahres 1946 die

21 Ebd., S. 210.

22 Kurt Düwell/Wolfgang Köllmann (Hg.): Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter, 4 Bde. Wuppertal 1983–1985. Zur Entstehung des Werkes, das als einziges Element aus dem nie umgesetzten Konzept einer großen nordrhein-westfälischen Landesausstellung realisiert worden ist, siehe auch Hitze: Haus der Geschichte, S. 411–413.

23 Kurt Düwell/Wolfgang Köllmann: Einleitung der Herausgeber, in: Dies. (Hg.): Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter, Bd. 1, S. 11–18; hier 12 f. beziehungsweise 18.

24 Elisabeth Harder-Gersdorf: Außen- und innenpolitische Aspekte der Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen 1945/46, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht (GWU) 23 (1972), S. 405–417, hier 409; vgl. auch Carl Severing: Mein Lebensweg, Bd. II. Köln 1950, S. 476–478.

25 Harder-Gersdorf: Außen- und innenpolitische Aspekte, S. 409.



„geschichtliche Chance“ erblickt worden sei, „aus einer historischen Landschaft, die niemals eine politisch geschlossene Einheit gebildet hatte, ein einheitliches Land Westfalen zu schaffen. Man hoffte Ziele zu verwirklichen, welche die Provinz Westfalen schon Ende der 20er Jahre im Rahmen der Reichsreform der Weimarer Republik angestrebt hatte.“<sup>26</sup> Harder-Gersdorff, die eingangs ihres Beitrages noch apodiktisch festgestellt hatte, „das Land Nordrhein-Westfalen wurde von der britischen Besatzungsmacht ohne Mitwirken und weitgehend ohne Mitwissen der deutschen Politiker ins Leben gerufen“<sup>27</sup>, erwähnte auch die 1946 „neuerlich akute[n] Pläne der Provinz Hannover, ein ausgedehntes Land Niedersachsen zu schaffen“ – auf Kosten Westfalens. Auch das waren bekannte Forderungen aus der Zeit der Reichsreformdebatte.<sup>28</sup> Schließlich skizzierte die Bielefelder Historikerin den in den Debatten der deutschen Politiker 1945/46 offen gebliebenen Bereich von „Unsicherheitsfaktoren“ bezüglich Größe, Lage, wirtschaftlicher Struktur und landsmannschaftlicher Zugehörigkeit der künftigen Länder, „der ungefähr dem der Weimarer Reichsreform“ entsprochen habe.<sup>29</sup>

Im Gegensatz zu Harder-Gersdorff dementierte Kurt Düwell, ausgewiesener Kenner des deutschen Föderalismus und speziell der Reichsreformdebatte der 1920er Jahre<sup>30</sup>, im Jahr des 60jährigen Bestehens Nordrhein-Westfalens einen unmittelbaren Bezug zwischen den Konzepten der versuchten Länderneugliederung der Weimarer Republik und den von den britischen Besatzern nach 1945 angestellten Überlegungen. Erstere, vor allem „die Vorschläge der Länderkonferenz von 1928 oder des Bundes zur Erneuerung des Reiches über eine territoriale Neugliederung Deutschlands oder eine Verwaltungsreform“ seien den Briten schlichtweg nicht bekannt gewesen, und dies gelte wahrscheinlich sogar für die deutschen Emigranten in England, die entsprechende Informationen an die Briten hätten weitergeben können. Düwell begründet seine Vermutung mit dem Umstand, dass in den britischen Akten, vor allem jenen des Sonderausschusses für territoriale Neugliederung des Alliierten Kontrollrates (CCG-BE), aber auch in den für die Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen entscheidenden Beratungen des „Overseas Reconstruction Committee“ im Foreign Office in London „von ähnlichen früheren deutschen Plänen nicht die Rede“ sei.<sup>31</sup> Dieser recht eindeutige Befund ist einigermassen überraschend, denn Düwell selbst hatte gut zehn Jahre zuvor auf einer deutsch-italienischen

26 Ebd., S. 410.

27 Zitat ebd., S. 405.

28 Vgl. ebd., S. 410 f.

29 Ebd., S. 413.

30 Kurt Düwell: Zwischen Föderalismus, Unitarismus und Zentralismus. Reichsreform und Länderneugliederung in der Weimarer Republik (1918–1933). In: Oliver Janz/Pierangelo Schiera/Hannes Siegrist (Hg.): Zentralismus und Föderalismus im 19. und 20. Jahrhundert. Deutschland und Italien im Vergleich. Berlin 2000, S. 215–225.

31 Kurt Düwell: „Operation Marriage“. Die britische Geburtshilfe bei der Gründung Nordrhein-Westfalens, in: Geschichte im Westen (GiW) 21 (2006), S. 27–42, hier 37 f.

Historikertagung zum Thema „Zentralismus und Föderalismus in Italien und Deutschland“ praktisch das genaue Gegenteil berichtet. In seinem Beitrag von 1995 heißt es dezidiert, nach dem Zweiten Weltkrieg seien „vor allem von den deutschen Exilanten im Ausland und dann auch von den alliierten Besatzungsmächten die territorialen Reichsreformpläne der Weimarer Republik nochmals aufgegriffen worden“. Es sei erwiesen, dass diese Pläne „in Washington [...] und in London durchaus bekannt“ gewesen seien, so „im Beraterstab des britischen Außenministers Ernest Bevin“. <sup>32</sup> Wenn dies zutrifft, so stellen sich mehrere weiterführende Fragen: Um welche „territorialen Reformpläne“ aus den 1920er Jahren könnte es sich handeln, wer waren die „Exilanten“ und schließlich: Konnten nicht auch in Deutschland das NS-Regime überlebt habende Angehörige der republikanischen Verwaltungseliten ihr Wissen über die Weimarer Neugliederungsvorschläge den Besatzungsmächten weitergegeben haben?

Wenden wir uns also im Folgenden den Akteuren der Weimarer Reichsreform <sup>33</sup> und ihren jeweiligen Plänen zu, um im Anschluss der Frage nach Kontinuitätslinien und Folgewirkungen nachzugehen.

#### IV.

Die Vorarbeiten zu einer Territorial- und Verwaltungsreform des Deutschen Reiches setzten bereits kurz nach dem Waffenstillstand 1918 ein, als sich im Zuge der Novemberrevolution allenthalben, vor allem aber in den Randgebieten des nun ehemaligen Kaiserreichs, Kräfte zu Wort meldeten, eine neue bundesstaatliche Ordnung in Deutschland anstrebten. Ihr erstes Ziel war die Beseitigung Preußens, an dessen dominierende Stelle innerhalb des Reichsaufbaus neue Bundesstaaten als freie Reichsländer treten sollten. So veröffentlichte das Organ der rheinischen Zentrumsparterie, die „Kölnische Volkszeitung“, im Dezember 1918 einen Plan, nach dem ein großdeutsches Reich unter Einschluss Deutsch-Österreichs in vier Reichsländer gegliedert sein sollte, darunter eine „Rheinisch-Westfälische Republik“ mit einer Gesamtfläche von 89.000 km<sup>2</sup> und rund 19 Millionen Einwohnern. Dieser rheinisch-westfälische Gliedstaat vereinigte nicht nur die bisherigen preußischen Provinzen Rheinland und Westfalen, sondern umfasste auch die hessischen Territorien, Baden sowie die linksrheinische bayerische Pfalz. <sup>34</sup> Im Januar 1919 brachte die Monatsschrift „Die Tat“ ein Sonder-

32 Düwell: Föderalismus, S. 222.

33 Einen diesbezüglichen Überblick bietet Jürgen John: „Unitaristischer Bundesstaat“, „Reichsreform“ und „Reichs-Neugliederung“ in der Weimarer Republik, in: Ders. (Hg.): „Mitteldeutschland“; Begriff – Geschichte – Konstrukt. Rudolstadt 2001, S. 297–375.

34 Kölnische Volkszeitung vom 10. Dezember 1918; wiedergegeben bei Walther Vogel: Deutsche Reichsgliederung und Reichsreform in Vergangenheit und Gegenwart. Leipzig/Berlin 1932, S. 155. Daneben sah das Blatt eine Nordostsee-Republik (Oldenburg, Hamburg, Bremen, Hannover, Schleswig-Holstein, die beiden Mecklenburg, Pommern, Westpreußen



heft „Neue Wege zum Aufbau Deutschlands“ heraus, in dem der Göttinger pensionierte Gymnasialprofessor und Historiker Albert Pannenberg den Vorschlag von zwölf Reichsländern unterbreitete, darunter den „Weserstaat Niedersachsen“ (Hannover, Oldenburg, beide Lippe, Waldeck-Pyrmont, weite Teile Hessens, Braunschweigs und Westfalens sowie das Emsland) und den „Rheinstaat Niederfranken“ (Rheinprovinz, Ruhrbezirk und Großraum Gießen).<sup>35</sup> Etwa zur gleichen Zeit veröffentlichte der an der Universität Köln lehrende Geograph Walther Tuckermann eine Karte, in welcher er das Deutsche Reich in insgesamt vierzehn Länder aufteilte, darunter Bayern, Thüringen, Sachsen und Hessen nahezu in der heutigen Gestalt (siehe Karte 2).<sup>36</sup> Angeregt zu seinen Überlegungen wurde Tuckermann durch seinen Ordinarius, den eng mit Konrad Adenauer befreundeten und mit diesem entfernt verwandten katholischen Sozialwissenschaftler Benedikt Schmittmann<sup>37</sup>, der Tuckermanns Plan in seiner 1920 erschienenen Streitschrift „Preußen-Deutschland oder deutsches Deutschland“<sup>38</sup> abdruckte. Tuckermann selbst bezeichnete seinen Entwurf als „nichts Endgültiges“ und wollte ihn als eine Anregung beziehungsweise Diskussionsgrundlage für eine kulturpolitische und eben nicht ökonomisch-rationale Neu-

---

und Ostpreußen) mit 173.000 km<sup>2</sup> und 14 Millionen Einwohnern, eine Mitteldeutsche Republik (Thüringen, Provinz und Königreich Sachsen, Brandenburg, Berlin und Schlesien) mit 130.000 km<sup>2</sup> und 21 Millionen Einwohnern sowie eine Donauländer-Republik (Württemberg, Bayern sowie die Länder Deutsch-Österreichs) mit 176.000 km<sup>2</sup> und 16 Millionen Einwohnern vor.

- 35 Ferner „Obersachsen“ (Provinz und Königreich Sachsen, thüringische Kleinstaaten, Rest von Braunschweig), „Niederelbeland“ (Schleswig-Holstein, beide Mecklenburg, Hamburg, Bremen und Brandenburg), Schlesien, Pommern, Preußen (Ost- und Westpreußen mit der Hauptstadt Danzig), „Mainstaat Oberfranken“, „Rhein-Donaustaat Schwaben“ (Baden, Hohenzollern, Württemberg, bayerische Pfalz), „Donaustaat Bayern“, Groß-Berlin und Deutsch-Österreich. Vgl. Otto Sartorius: Minden-Ravensberg im Rahmen der Neugliederung Preußens und des Reichs. Bielefeld 1929, S. 52–55. Ein anderer, in derselben Sondernummer abgedruckter Plan von Heinrich Abt unterschied die deutschen Länder „nach den Stämmen“ und kam zu sieben Ländern (Bayern mit Deutsch-Österreich und dem südlichen Teil Böhmens, Schwaben mit Baden, Württemberg, Hohenzollern und der bayerischen Pfalz, Franken mit Hessen und Siegerland, Niedersachsen mit Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein und ganz Westfalen, Preußen mit Ost- und Westpreußen, Pommern, beiden Mecklenburg, Brandenburg und Schlesien sowie Berlin). Siehe auch Wolfgang Kohte: Die Gedanken zur Neugliederung des Reiches 1918–1945 in ihrer Bedeutung für Nordwestdeutschland, in: Westfälische Forschungen 6 (1943/1952), S. 182–196, hier 185 und Heinz Günter Steinberg: Der deutsche Westen und die Reichsreform, in: Walter Först (Hg.): Provinz und Staat. Köln/Berlin 1971, S. 95–145, hier 8.
- 36 Als Skizze abgedruckt bei Vogel: Reichsgliederung, S. 154 und vollständig, wenngleich mit der falschen Jahreszahl 1920, bei Münchheimer: Neugliederung, Kartenanhang Nr. 2.
- 37 Geboren 4 August 1872 in Düsseldorf, verstorben am 13. September 1939 im KZ Sachsenhausen infolge schwerer Misshandlungen durch die SS; zu ihm u. a. Alfred Kuhlmann: Das Lebenswerk Benedikt Schmittmanns. 2. Aufl. Berlin 2008.
- 38 Benedikt Schmittmann: Preußen-Deutschland oder deutsches Deutschland? Bonn 1920.

gliederung Deutschlands verstanden wissen.<sup>39</sup> Vielleicht auch unter Einfluss des überzeugten rheinischen Föderalisten (nicht Separatisten!) Schmittmann<sup>40</sup> schlug Tuckermann nach einer Auflösung Preußens zwei getrennte Länder Rheinland und Westfalen vor, wobei die Rheinprovinz um Rheinhessen mit Wiesbaden und die nördliche Rheinpfalz erweitert und Westfalen den Kreis Minden und das Siegerland verlieren, aber durch Lippe-Detmold, Osnabrück, das Oldenburger Münsterland und das Emsland bis Aurich und die nordfriesischen Inseln erweitert werden sollte, während Niedersachsen als historische Landschaft nahezu halbiert wurde<sup>41</sup>. Somit reichte das Gebiet der beiden preußischen Westprovinzen in den Vorstellungen Tuckermanns künftig von Worms im Süden bis Borkum im Norden.<sup>42</sup> Dennoch bezeichnete Walther Vogel den Plan unter den 1918/19 „wie Pilze aus dem Boden schießenden“ Entwürfen als „sicher einen der verständigsten“<sup>43</sup>, und Werner Münchheimer nahm ihn in seine Liste der neun wichtigsten Neugliederungspläne der Weimarer Reichsreformdebatte auf<sup>44</sup>.

Weit wichtiger indes war das Reformvorhaben des liberalen Staatsrechtlers und Staatssekretärs im Reichsinnenministerium Hugo Preuß. Er verband den von ihm ausgearbeiteten Entwurf der späteren Weimarer Reichsverfassung mit der Notwendigkeit einer territorialen Neugliederung des Reichsgebietes. Preuß schwebte die Auflösung des innerdeutschen Hegemons Preußen vor, weil er nicht nur dessen dominierende Größe als Belastung für die künftige Republik ansah, sondern auch sein politisches und administratives Gewicht als Hemmnis der demokratischen Staatsordnung. An die Stelle Preußens sollten seine ehemaligen Provinzen als neue „Reichsländer“ treten, die zusammen mit den traditionellen Ländern wie Bayern, Württemberg oder Baden vierzehn „Freistaaten“ bildeten, welche als Mittelinstanz zwischen der Reichsebene und den unteren Verwaltungsbehörden (Regierungsbezirke, Kreise, Kommunen) fungierten. Das Fernziel von Preuß war eine unitarisch-zentralistische Republik, ihm war jedoch bewusst, dass die überkommene föderale Ordnung nicht mit einem Federstrich zu beseitigen war. Die von ihm vorgeschlagenen „Reichsländer“ bedeuteten so gesehen eine Zwischenstation in einem evolutionären Prozess hin zum deutschen Einheitsstaat. Im engen Austausch mit dem Geographen Walther Vogel und in Anlehnung an dessen Ideen eines neuen bundestaatlichen

39 Vgl. Erich Obst: Zur Neugliederung des Deutschen Reiches, in: Zeitschrift für Geopolitik 5 (1928), S. 27–40, hier 35.

40 Steinberg: Deutscher Westen, S. 112.

41 Vgl. auch Kohle: Neugliederung des Reiches, S. 185 f. und Klaus-Jürgen Matz: Länderneugliederung. Zur Genese einer deutschen Obsession seit dem Ausgang des Alten Reichs. Idstein 1997, S. 60 f.

42 Die anderen Länder Baden, Schwaben, Nordsachsen (Schleswig-Holstein und die beiden Mecklenburg), Mark und Pommern (mit Brandenburg und Berlin), Lausitz-Schlesien und Preußen (Ostpreußen) erhielten ebenfalls zum Teil völlig neue Zuschnitte.

43 Vogel: Reichsgliederung, S. 155.

44 Münchheimer: Neugliederung, S. 21.



Aufbaus Deutschlands<sup>45</sup> entstand schließlich die von Martin Schlemmer beim Symposium im Düsseldorfer Landtag präsentierte Karte, nach der Süddeutschland, eventuell ergänzt durch Deutsch-Österreich, weitgehend in seinen alten Grenzen erhalten bleiben sollte, die übrigen Länder beziehungsweise preußischen Provinzen, mit Ausnahme Schlesiens, aber mehr oder weniger gravierende Veränderungen erfuhren.<sup>46</sup> Das neue Land „Rheinland“ bestand aus der bisherigen Rheinprovinz zuzüglich der ehemals bayerischen Pfalz, Westfalen erhielt zusätzlich die beiden Lippe, den hessischen Landkreis Schaumburg sowie Pyrmont. Niedersachsen umfasste sämtliche Gebiete der alten norddeutschen Kleinländer und preußischen Provinzen (Oldenburg, Braunschweig, Hannover, Schleswig-Holstein) bis auf die Hansestädte Bremen, Hamburg und Lübeck, die ein gemeinsames neues „Hanseland“ bildeten. Östlich davon gingen die beiden Mecklenburg, Pommern, die Altmark und Brandenburg die Verbindung zu einem Land „Brandenburg“ ein. Berlin wurde ein eigenes Land, „Preußen“ umfasste nur noch Ostpreußen, Danzig und die nicht von Polen im Posener Aufstand annektierten Gebiete, die später die „Grenzmark Posen und Westpreußen“ bilden sollten. Sachsen wurde mit der Provinz Sachsen und Anhalt zum Land „Obersachsen“ vereinigt, während die Thüringer Kleinstaaten zum Freistaat Thüringen fusionierten. Mit der Vereinigung der hessischen Territorien unter Einbeziehung Waldecks entstand „Groß-Hessen“, etwa in den Grenzen des heutigen Bundeslandes.<sup>47</sup>

Doch der Preuß-Plan blieb ein Entwurf. Er scheiterte an politischen Bedenken der Reichsregierung, die angesichts der ungeklärten Grenzproblematik in den deutschen Randregionen eine Befürchtung partikularistischer oder gar separatistischer Bestrebungen fürchtete<sup>48</sup>, am Widerstand Preußens sowie an der Weigerung der alten Länder, in ihren Rechten gegenüber dem Reich herabgestuft zu werden oder, im Falle der Klein- und Kleinstländer, in neuen, größeren Einheiten aufzugehen.<sup>49</sup> In der maßgeblich von Preuß konzipierten Weimarer Reichsverfassung einigten sich die Parteien der Nationalversammlung und die Vertreter des Reichs beziehungsweise Preußens schließlich auf einen eigenen „Neugliederungsartikel“:

45 Walther Vogel: Deutschlands bundesstaatliche Neugestaltung. Berlin 1919.

46 Vgl. hierzu auch Vogel: Reichsgliederung, S. 156 f.

47 Vgl. ebd. sowie Matz: Länderneugliederung, S. 55 f., Kartenskizze S. 204. Jüngst Anke John: Der Weimarer Bundesstaat. Perspektiven einer föderalen Ordnung (1918–1933). Wien/Köln/Weimar 2012, S. 189.

48 Diese Befürchtung war nicht völlig unbegründet. In seinem Buch „Preußen-Deutschland oder deutsches Deutschland“ bezog sich Schmittmann, unmissverständlich auf den Preuß-Plan und entwickelte diesen weiter. Vgl. Martin Strickmann: Benedikt Schmittmann (1872–1939) als rheinischer Föderalist zwischen antihegemonialen Reichsneugliederungsinitiativen und sozialetischen Demokratie-Idealen, in: *GiW* 17 (2002), S. 48–66, hier 51.

49 Vgl. u. a. Steinberg: Deutscher Westen, S. 105.



den „heißumstrittenen“ Artikel 18 WRV<sup>50</sup>. Prinzipiell machte er den Weg frei für eine Neugliederung des Reiches, die entweder mittels verfassungsänderndem Reichsgesetz auf Antrag der Reichsregierung oder mit einfachem Reichsgesetz bei Zustimmung der unmittelbar betroffenen Länder erfolgen konnte. Durch ihn verloren die bisherigen deutschen Gliedstaaten den in der Bismarck-Verfassung gewährten Bestandsschutz, was die deutsche Republik zu einem „labilen Bundesstaat“ werden ließ.<sup>51</sup> Dies betraf jedoch mehr das Verhältnis der einzelnen Länder zum Reich als jetzt klar übergeordneter Instanz und weniger ihren territorialen Besitzstand, vor dessen reale Veränderung die Verfassung hohe Hürden setzte. Vor allem machte sie Preußen aufgrund seiner Größe und der Zahl seiner Vertreter in Reichstag und Reichsrat zu einem kaum auszuschaltenden Vetospieler.

Hugo Preuß war mit seinen Reformvorhaben in Weimar auf halbem Weg gescheitert.<sup>52</sup> Sein Neugliederungsplan war dennoch mehr als nur eine nie realisierte Utopie. Einmal zeigte er theoretisch auf, welche Optionen vorhanden waren, um nach einer Auflösung Preußens Deutschland in halbwegs gleichstarke Einzelelemente neu zu gliedern. Zum anderen wurde er zumindest in Mitteldeutschland tatsächlich wirksam, als die thüringischen Kleinstaaten sich Anfang 1920 auf Grundlage des Art. 18 WRV zum „Freistaat Thüringen“ mit der Hauptstadt Weimar vereinigten und das Coburger Land, bisher Bestandteil des Landes Sachsen-Coburg-Gotha, sich per Volksabstimmung – die vom Reich als Ausnahme zu Art. 167 WRV ausdrücklich zugelassen beziehungsweise angeordnet war – dem Freistaat Bayern anschloss.<sup>53</sup> Doch Preuß blieb hartnäckig. Auf seine Veranlassung hin beschloss die Nationalversammlung am 22. Juli 1919, eine „zwischen divergierenden Länderinteressen und Neugliederungsplänen vermittelnde Einrichtung“ beim Reichsinnenminister zu gründen<sup>54</sup>, die die Bezeichnung „Zentralstelle für die Umbildung der deutschen Länder“ tragen sollte<sup>55</sup>. Ihre Konstituierung erfolgte durch Reichsinnenminister

50 Hans Boldt: Die Weimarer Reichsverfassung, in: Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hg.): Die Weimarer Republik. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft. 2. Aufl. Bonn 1988, S. 44–62, hier 54–57. Zu Artikel 18 WRV und seiner Einschätzung durch Hugo Preuß auch John: Weimarer Bundesstaat, S. 189 f.

51 Zum Begriff auch Matz: Länderneugliederung, S. 56.

52 Vgl. Steinberg: Deutscher Westen, S. 106. Zum bei Preuß' sichtbar werdenden Spannungsverhältnis zwischen Unitarismus- und Föderalismusprinzip am Anfang der Weimarer Republik ferner John (Hg.): Reichsreform, S. 298–306.

53 Vgl. Matz: Länderneugliederung, S. 56 f. sowie Steinberg: Deutscher Westen, S. 107.

54 Klaus Neumann: Politischer Regionalismus und staatliche Neugliederung in den Anfangsjahren der Weimarer Republik in Nordwestdeutschland. Münster 1988, S. 153.

55 Der Reichsminister des Innern an den Preußischen Staatskommissar für die Verwaltungsreform, Bill Drews, vom 28. September 1919, in: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA PK), Rep. 92 Nachlass Bill Drews, Nr. 3, Bl. 6. Unterlagen zur Zentralstelle und ihre Tätigkeit u. a. in: Bundesarchiv (BA) Berlin-Lichterfelde R 43 I/Nr. 1861 Bl. 6–50. Zur „Zentralstelle für die Gliederung des Reiches“ im Überblick auch John (Hg.): Reichsreform, S. 341–343.

Erich Koch-Weser (1875–1944, DDP)<sup>56</sup> am 3. November 1920.<sup>57</sup> Unter den insgesamt 33 Mitgliedern waren sieben vom Reichstag bestimmte Abgeordnete, zwei Vertreter Preußens, je ein Abgesandter der Länder Bayern, Sachsen, Hamburg, Braunschweig und Hessen (mit Stellvertretern aus anderen, zumeist kleineren Ländern) sowie 19 vom Innenminister persönlich berufene Experten, darunter Konrad Adenauer.<sup>58</sup> In der mit der Einladung zur konstituierenden Sitzung versandten vorläufigen Geschäftsordnung wurde der Zentralstelle nicht nur aufgetragen, Gutachten „über Fragen der Änderung des Gebietes von Ländern und der Neubildung von Ländern“ zu erstellen, sondern auch bezüglich „der Einteilung des Reichs in Verwaltungs- oder Wirtschaftsgebiete“.<sup>59</sup>

Auf der ersten Arbeitstagung am 3. Dezember 1920 meldete sich auch Konrad Adenauer zu Wort. Der Kölner Oberbürgermeister meinte dabei vor der Vergiftung der öffentlichen Meinung dergestalt warnen zu müssen, „dass die gerechtfertigten Selbständigkeitsbestrebungen einiger Landesteile als antinationale Machenschaften hingestellt würden“.<sup>60</sup> Unterstützt durch seinen Trierer Parteifreund Ludwig Kaas lehnte Adenauer jedoch „die Aufteilung Preußens in Länder ab“.<sup>61</sup> Ganz im Sinne des Einheitsstaatsgedankens von Koch-Weser forderte er, eben nicht neue, starke Länder als Zeichen eines lebendigen Föderalismus, sondern für die preußischen Provinzen lediglich „eine provinzielle Autonomie mit der Tendenz des späteren Aufgangs der Provinzen im Reich“. Dabei allerdings dürfe man dann „nicht an den heutigen Provinzgrenzen festhalten“, sondern müsse vielmehr „zusammengehörige Gebiete neu einteilen“.<sup>62</sup> Dazu bedurfte es überzeugender Kriterien. Die aber standen der Zentralstelle zu diesem Zeitpunkt nicht zur Verfügung. Auch darin und nicht nur in der zeitweisen Hinhalte- und Blockadetaktik Preußens<sup>63</sup> sowie ihren eingeschränkten Befugnissen lag die letztlich Unfähigkeit der Zentralstelle begründet, zu wirklich gro-

56 1913–1919 Oberbürgermeister von Kassel, 1918 Mitgründer der DDP, 1924–1930 deren Vorsitzender und 1924–1928 Fraktionsvorsitzender im Reichstag, 1919/20 Mitglied der Deutschen Nationalversammlung, 1920–1930 MdR, 3. Oktober 1919 bis 4. Mai 1921 Reichsinnenminister, 1928/29 Reichsjustizminister, 1933–1944 Exil in Brasilien; vgl. Gerhard Papke: Der liberale Politiker Erich Koch-Weser in der Weimarer Republik. Baden-Baden 1989.

57 Schreiben Koch-Wesers an die Mitglieder der Zentralstelle für die Umbildung der deutschen Länder vom 23. Oktober 1920, in: GStA PK, Rep. 92, Nachlass Bill Drews, Nr. 3, Bl. 6.

58 Mitglieder der Zentralstelle für Umbildung der deutschen Länder, Stand vom 1. November 1920; ebd., Bl. 8 f.

59 Vgl. „Entwurf der Geschäftsordnung der Zentralstelle für Umbildung der deutschen Länder“, ebd., Bl. 11.

60 Ebd., Bl. 29. Damit meinte Adenauer dezidiert die „rheinische Frage“.

61 Zu korrigieren ist die Darstellung bei John (Hg.): Reichsreform, Anm. 29, S. 307, nach der Adenauer zu den Verfechtern einer „Auflösung Preußens“ und einer „weitgehende[n] föderative[n] Autonomie“ zählte. Vielmehr gehörte er in den frühen Weimarer Jahren eher zu den Anhängern eines „dezentralisierten Einheitsstaates“ unter Erhalt Preußens.

62 Zitate in: GStA PK, Rep. 92, Nachlass Bill Drews, Nr. 3, Bl. 33.

63 Vgl. Neumann: Politischer Regionalismus, S. 157–160.



ßen Lösungen zu gelangen. Sie bildete zu jedem der im November 1920 vereinbarten Beratungsgegenstände Unterkommissionen und gelangte in den meisten Fällen auch zu gutachterlichen Empfehlungen wie zu Hamburg, Hohenzollern und Waldeck-Pyrmont<sup>64</sup>, entfaltete aber mit Ausnahme der Angliederung Pyrmonts an Preußen im Jahr 1922 kaum „praktische Wirkung“<sup>65</sup>.

Dies lag nicht zuletzt an dem Umstand, dass jegliche Neugliederungsbestrebungen im Reichsgebiet die Integrität Preußens bedrohten und den Dualismus Reich – Preußen bis hin zur Gefahr der gegenseitigen Blockade verstärkten.<sup>66</sup> An dieser Erkenntnis immerhin hatte die „Zentralstelle für die Gliederung des Reiches“, die 1923 ihre Arbeit einstellte und im Gefolge der Länderkonferenz per Kabinettsbeschluss der Regierung Müller am 13. September 1928 zum 4. Januar 1929 offiziell aufgelöst wurde<sup>67</sup>, ihren Anteil. Was unmittelbar daraus folgte war die Einsicht in die Notwendigkeit, die beabsichtigte Neugliederung des Reiches auf anderen als den herkömmlichen politisch-administrativen Wegen anzubahnen. Das galt auch für Konrad Adenauer.

## V.

Einen möglichen Ausweg aus dem Dilemma bot ein Artikel der Weimarer Reichsverfassung, der auf den ersten Blick nichts mit der Neugliederungsfrage zu tun hatte, sondern rein wirtschaftspolitischer Natur war. Artikel 165 WRV verlangte eine gesetzliche Regelung für einen „Reichswirtschaftsrat“, dem wiederum „Bezirkswirtschaftsräte“ zuzuordnen seien, in welchen „die Vertretungen der Arbeitnehmer und der Unternehmer sowie sonst beteiligter Volkskreise zur

64 Protokoll der Vollsitzung der Zentralstelle für die Gliederung des Reiches vom 24. Januar 1922, in: GStA PK Rep. 92. Nr. 3, Bl. 53–57.

65 So Matz: Länderneugliederung, S. 60. Zur Geschichte der Kommission aus zeitgenössischer Perspektive Georg Kaisenberg: Die Zentralstelle für die Gliederung des Deutschen Reiches. Erste Ergebnisse einer Neugliederung und ihre Ergebnisse, Braunschweig 1927/28. Eine Übersicht ihrer praktischen Tätigkeit in: BA Berlin-Lichterfelde R 43 I/Nr. 1877, Bl. 281–288.

66 Laut „Vossische Zeitung“ hatte der preußische Innenminister Carl Severing im März 1922 erklärt, „eine preußische Regierung, die diesen Namen verdiene, müsse bestrebt sein, Preußen zusammenzuhalten und die Bildung von Reichsprovinzen aus preußischen Gebieten zu verhindern. Das gelte auch für Oberschlesien“. „Severing gegen Reichsprovinzen“ in: Vossische Zeitung vom 22. März 1922.

67 Vgl. Neumann: Politischer Regionalismus, S. 160 und John (Hg.): Reichsreform, S. 343. Bereits von 1926 an hatte der formal noch amtierende Vorsitzende der Zentralstelle, Koch-Weser, in diversen Schreiben an seine Nachfolger im Amt des Reichsinnenministers die ausdrückliche Befugnis zur Wiederaufnahme der Tätigkeit der Kommission oder aber ihre Auflösung verlangt. Ersteres wurde ihm verweigert; die Auflösung, die angesichts der im Kontext der Länderkonferenz arbeitenden Ausschüsse zur Reichsreform erfolgte, behielt sich Reichsinnenminister Severing persönlich vor, vgl. BA Berlin-Lichterfelde R 1501/125132, Bl. 35–97.

Erfüllung der gesamten wirtschaftlichen Aufgaben zusammenwirken“ sollten.<sup>68</sup> Was wie eine Vorwegnahme von Arbeitnehmerrechten bis hin zur paritätischen Mitbestimmung klingt, war vor allem ein Kompensationsangebot der liberalen und bürgerlichen Kräfte an die Linke in der Nationalversammlung für den Wegfall der seit der Novemberrevolution allenthalben tätigen Arbeiter- und Soldatenräte. Es sei, schrieb der linksliberale Verfassungsrechtler Willibalt Apelt schon wenige Jahre später in aller Offenheit, darum gegangen, dem Rätegedanken seine „gefährliche politische Spitze“ zu nehmen, weshalb man die Räte einfach auf den ökonomischen Bereich „abgelenkt“ habe.<sup>69</sup> Als der auf Basis des Art. 165 WRV am 4. Mai 1920 ins Leben gerufene, paritätisch mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern besetzte „Vorläufige Reichswirtschaftsrat“ seine Arbeit aufnahm, gab es seitens der Arbeitgeber beziehungsweise deren offiziellen Standesorganisationen nicht etwa Kritik oder Widerstand, sondern im Gegenteil große Zustimmung und die Bereitschaft zur konstruktiven Mitarbeit.<sup>70</sup> Die Interessen der grundsätzlich antiparlamentarisch ausgerichteten politischen Linken und Rechten in Deutschland verbanden sich hier in frappierender Weise.<sup>71</sup> Ging es ersteren um eine Überwindung patriarchalisch-kapitalistischer Strukturen in Wirtschaft und Gesellschaft, strebte insbesondere die DNVP mit ihrer Fixierung auf eine wirtschaftliche Selbstverwaltung in Form eines berufsständischen Expertensystems quasi die Restauration der „Ständeideologie des Kaiserreichs“ an.<sup>72</sup> Insofern verfolgten die antirepublikanischen Kräfte innerhalb des deutschen Konservatismus ausgerechnet mit Hilfe der Wirtschaftsräte die Realisierung ihres Ziels der Bildung berufsständischer Kammern.<sup>73</sup>

Diese Chance erblickten auch die großen Handelskammern im Reich. Eine davon war die Handelskammer Essen, die Vertretung von Unternehmen der Schwerindustrie wie Stinnes, Krupp und Thyssen.<sup>74</sup> Noch bevor der Vorläufige

68 Ziti. nach Sartorius: Minden-Ravensberg, S. 3. Vgl. auch Boldt: Reichsverfassung, S. 58 f.

69 Willibalt Apelt: Vom Bundesstaat zum Regionalstaat. Betrachtungen zum Gesetzentwurf über den endgültigen Reichswirtschaftsrat. Berlin 1927, S. 6.

70 Neumann: Politischer Regionalismus, S. 379. Hierzu ausführlich Gerhard Schulz: Räte, Wirtschaftsstände und die Transformation des industriellen Verbandswesens am Anfang der Weimarer Republik, in: Gerhard A. Ritter (Hg.): Gesellschaft, Parlament und Regierung. Zur Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland. Düsseldorf 1974, S. 355–366.

71 Nach Bernd Weisbrod: Schwerindustrie in der Weimarer Republik. Interessenpolitik zwischen Stabilisierung und Krise. Wuppertal 1978, S. 154, vereinigte sich in den Vorstellungen der „rheinisch-westfälischen Schwerindustrie“ zum Reichswirtschaftsrat „die antiparlamentarische Komponente des Rätegedankens mit der korporatistischen Ständeideologie“.

72 Neumann: Politischer Regionalismus, S. 378.

73 Ebd.

74 Zur Bedeutung der Handelskammer Essen und ihrer führenden Stellung unter den Ruhrgebietskammern in den 1920er Jahren Frauke Thalmann: Die Industrie- und Handelskammern im Ruhrgebiet während der Weimarer Republik: Wirkungsgeschichte und Handlungsspielräume zwischen Konkurrenz und Kooperation. Berlin 1996, bes. S. 19.



Reichswirtschaftsrat eine Umfrage unter den deutschen Kammern „bezüglich der Abgrenzung der für den Bereich der Bezirkswirtschaftsräte zu bildenden Wirtschaftsbezirke“ startete<sup>75</sup>, trafen sich am 3. Mai 1920 Konzernchefs wie Hugo Stinnes, Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, Emil Kirdorf, Albert Vögler und Fritz Thyssen mit den Spitzen der Handelskammer Essen um den Präsidenten und Krupp-Direktor Otto Wiedfeldt sowie Syndikus Reinhold Quaatz (1876–1953)<sup>76</sup> zu einer Geheimbesprechung über die Bildung eines Bezirkswirtschaftsrates im Ruhrbezirk. Wie Albert Vögler, Vorstandsvorsitzender der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten AG, dabei erklärte, zielte die baldige Gründung eines Bezirkswirtschaftsrates in erster Linie darauf ab, den „Irrwahn“ zu beseitigen, dass ein aus Berufspolitikern bestehendes Parlament das deutsche Wirtschaftsleben „zentralistisch leiten“ könne. Im Gegensatz dazu stünde „die wirtschaftliche Selbstverwaltung, d. h. die Idee, alle Wirtschaftsfragen durch berufsständische Wirtschaftsparlamente zu lösen“.<sup>77</sup> Vögler machte keinen Hehl daraus, dass sich hinter diesem Denken ökonomische, nationale und völkische Ressentiments verbargen: Die Selbstorganisation der Wirtschaft war für ihn ein auf Friedrich den Großen, den Freiherrn vom Stein und Bismarck zurückgehender „urdeutscher Gedanke“, während der Parlamentarismus eine

75 Sartorius: Minden-Ravensberg, S. 3.

76 Quaatz wurde 1920 an der Universität Köln zum Dr. rer. soc. oec. promoviert und war danach bis 1923 Syndikus der Handelskammer Essen, Geschäftsführer der Vereinigung niederrheinisch-westfälischer Handelskammern sowie Gründer und Leiter des Zweckverbandes Nordwestdeutscher Wirtschaftsvertretungen. Seit 1920 Mdr für die DVP, auf deren rechtem Flügel er gemeinsam mit Hugo Stinnes und Albert Vögler zur innerparteilichen Opposition gegen den Vorsitzenden Gustav Stresemann zählte, ließ Quaatz sich 1924 in Berlin als Rechtsanwalt und Notar nieder. Ebenfalls 1924 erfolgte über die Zwischenstation der „Nationalliberalen Vereinigung“ (NLV) sein Übertritt zur DNVP, deren Reichstagsfraktion er bis 1933 angehörte. Quaatz, der eine ausgeprägte Abneigung gegen Sozialisten und Vertreter des politischen Katholizismus empfand, schloss sich trotz seiner jüdischen Mutter auch in der neuen Partei dem rechten, extrem völkisch-national und antisemitisch denkenden Flügel an, wo er die Nähe zu Alfred Hugenberg suchte. Mit diesem bereitete er die Gründung der Harzburger Front und schließlich das Regierungsbündnis der Deutschnationalen mit Hitler vor. Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten und einem persönlichen Zerwürfnis mit Hugenberg verlor Quaatz als „Halbjud“ alle politischen Ämter und Funktionen. Im Zweiten Weltkrieg hatte er über einen befreundeten evangelischen Pastor Kontakte zur „Bekennenden Kirche“ und engagierte sich nur noch kirchlich. Nach Kriegsende trat er 1945 in die Berliner CDU ein, ohne nochmals ein politisches Amt oder Mandat zu übernehmen. Vgl. Hermann Weiss/Paul Hoser (Hg.): Die Deutschnationalen und die Zerstörung der Weimarer Republik. Aus dem Tagebuch von Reinhold Quaatz 1928–1933. München 1989. Im hier beschriebenen Zusammenhang auch Thalmann: Industrie- und Handelskammern, u. a. S. 18 f. Thalmann schreibt über Quaatz und seine Essener Zeit, dieser sei „eine schwierige Persönlichkeit“ gewesen, die mit ihrer „Art“ und mit ihrer „politischen Einstellung Anstoß“ erregt habe, was auch „sein frühzeitiges Ausscheiden als Syndikus der HK Essen“ begründet habe.

77 Zit. nach Weisbrod: Schwerindustrie, S. 155 (hier auch Anm. 28). Zum Protokoll der Geheimtagung Thalmann: Industrie- und Handelskammern, S. 75, Anm. 2.

„romanische“ Erfindung sei.<sup>78</sup> Er insistierte wenige Wochen nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch und den blutigen Kämpfen zwischen Freikorps und der „Roten Ruhrarmee“, die in seinen Augen aus dem „Hass auf den Parlamentarismus“ erwachsene „Los-von-Berlin-Bewegung“ im Rheinland und Teilen Westfalens unter Kontrolle zu bekommen und mit Hilfe der Bezirkswirtschaftsräte in die aus Sicht der Schwerindustrie richtige Richtung zu kanalisieren.<sup>79</sup>

Bis dahin war es allerdings noch ein weiter Weg. Ein nach Essen für den 2. Oktober 1920 einberufener Wirtschaftskongress, der über die Frage der Umsetzung des Art. 165 WRV beriet<sup>80</sup>, brachte keine einheitliche Linie unter den Industrievertretern, die vor allem bezüglich der starken Rolle der Arbeitnehmer in den künftigen Bezirkswirtschaftsräten, der Zukunft der Kammern insgesamt (von denen befürchtet wurde, dass sie nur noch nachgeordnete Ausführungsorgane der Wirtschaftsräte werden und ihre weitgehende Unabhängigkeit verlieren könnten) und der Grenzen der den Bezirkswirtschaftsräten zu Grunde liegenden Wirtschaftsgebiete durchaus unterschiedlicher Meinung waren.<sup>81</sup> Immerhin verständigte man sich darauf, die Aufteilung des Reichsgebietes in Wirtschaftsprovinzen anstreben zu wollen.<sup>82</sup> Vor allem die Handelskammer Essen machte sich zum Fürsprecher „neuer Formen territorialer Einteilung[en]“, in denen der Ruhrbezirk als „Einheit und Klammer“ der beiden preußischen Provinzen Rheinland und Westfalen definiert wurde: „Wir sagen“, bekräftigte Quaat in den „Wirtschaftlichen Nachrichten aus dem Ruhrbezirk“, „Rheinland-Westfalen ist eine Einheit, es gibt eine rheinisch-westfälische Wirtschaft, und wir verlangen nichts weiter als [...] dass die politische Brille schärfer sieht und

78 Ebd. Ähnlich Quaat in den von ihm herausgegebenen Wirtschaftliche Nachrichten aus dem Ruhrbezirk 1 (1920), S. 577; zit. bei Neumann: Politischer Regionalismus, S. 389.

79 Weisbrod: Schwerindustrie, S. 155.

80 Hierzu hatte das Reichswirtschaftsministerium im August 1920 eine eigene Denkschrift herausgegeben: Der Aufbau der Arbeiter- und Wirtschaftsräte gemäß Art. 165 der Reichsverfassung. Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums, August 1920. Abgedruckt als Anlage in: Der Aufbau der Bezirkswirtschaftsorganisation. Materialsammlung. Berlin 1921, S. 19–24.

81 Vgl. Wirtschaftliche Nachrichten aus dem Ruhrbezirk 1 (1920), S. 563 und Neumann: Politischer Regionalismus, S. 388 f. Thalmann: Industrie- und Handelskammern, S. 69 f. berichtet, Hauptthema der Konferenz, an der außer den Repräsentanten der Wirtschaft Nordwestdeutschlands auch Vertreter aus Bayern, Niedersachsen, Hessen, Mitteldeutschland und den Hansestädten teilgenommen hätten, sei die Frage einer „stärkeren Dezentralisation“ gewesen. Syndikus Quaat äußerte auf der Konferenz laut einem Zeitungsbericht, gerade deswegen seien die Handelskammern „Föderalisten im wirtschaftlichen Sinn“. Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 3. Oktober 1920, zit. bei Thalmann: Industrie- und Handelskammern, S. 70.

82 Ebd. Wörtlich heißt es in der am 2. Oktober 1920 schließlich angenommenen Entschliebung: „Die Bezirkswirtschaftsräte umfassen in sich geschlossene Wirtschaftsgebiete und werden sich ihre Verfassung durch Satzung innerhalb der allgemeinen Bestimmungen eines Reichsrahmengesetzes selbst zu geben haben.“ Zit. nach dem Bericht „Gliederung des Deutschen Reiches nach Wirtschaftsgebieten“, in: Bayerische Staatszeitung vom 6. Oktober 1920.



die wirtschaftlichen Tatsachen besser erkennt.<sup>83</sup> In einem Gespräch mit dem preußischen Handelsminister Otto Fischbeck (1865–1939; DDP) konkretisierte der Essener Handelskammerpräsident Wiedfeldt diese Aussage mit der Forderung, „das Gebiet der westlichen Wirtschaftsprovinz [...] auf eine preußische Provinz Rheinland-Westfalen zu erstrecken“.<sup>84</sup>

Dieser Gedanke fand einen konkreten Niederschlag in dem Plan des Industriellen Hugo Stinnes (1870–1924)<sup>85</sup> zur Bildung von „Wirtschaftsprovinzen“, der in Berlin im Herbst 1920 gleichermaßen für Aufsehen wie Beunruhigung sorgte<sup>86</sup> und, wie in Essen vereinbart, den Plan einer „wirtschaftlichen Dezentralisation“ verfolgte<sup>87</sup>. Mit dem Stinnes-Vorstoß wurden die Bezirkswirtschaftsräte endgültig zum Mittel einer politischen wie territorialen Neuordnung Deutschlands, auch wenn die politischen Grenzen Preußens und der übrigen Länder erst einmal nicht zur Disposition gestellt wurden. Dafür aber sehr wohl die der preußischen Provinzen, wie die Konzeption einer aus einem Wirtschaftsgebiet „Rheinland-Westfalen“ hervorgehenden vereinigten rheinisch-westfälischen Provinz deutlich zeigte<sup>88</sup>, zumal sie nach den Vorstellungen der Ruhrindustrie auch noch ohne den südlichen Teil der Rheinprovinz, also die Regierungsbezirke Koblenz und Trier, gebildet werden sollte. Die so entstehende „fest geschlossene Einheit“ unter Vermeidung der Durchschneidung des Ruhrgebiets in zwei Verwaltungseinheiten<sup>89</sup> ergab aus der Perspektive der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie gleich mehrfach Sinn: Zunächst wurde die verwaltungstechnische Teilung des Ruhrgebiets beseitigt, die durch das von der Preußischen Landesversammlung im Frühjahr 1920 beschlossene Gesetz zur Bildung des „Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk“ (SVR) in den Augen der

83 Wirtschaftliche Nachrichten aus dem Ruhrbezirk I (1920), S. 566; Neumann: Politischer Regionalismus, S. 391.

84 So Neumann: Politischer Regionalismus, S. 392 unter Bezug auf ein Schreiben Fischbecks an Bill Drews vom 3. November 1920. Die Gedanken von Quaatz wurden auch in der Presse aufgegriffen, vgl. „Politische Provinzen und Wirtschaftsprovinzen“ in: Kölnische Zeitung vom 4. Dezember 1920.

85 Zu Stinnes Wirken nach dem Ersten Weltkrieg Peter Wulf: Hugo Stinnes. Wirtschaft und Politik 1918–1924. Stuttgart 1979.

86 Neumann: Politischer Regionalismus, S. 403. In einem Schreiben des preußischen Handelsministers Fischbeck an Bill Drews heißt es hierzu, insbesondere „die Handelskammer zu Essen und der von ihr geleitete Verband Niederrheinisch-Westfälische Handelskammern“ hätten „sich zum Träger dieser Agitation gemacht“. Fischbeck an Drews vom 2. November 1920, zit. bei Thalmann: Industrie- und Handelskammern, S. 71.

87 Ebd., S. 68.

88 Frauke Thalmann schreibt, die „zu schaffenden Wirtschaftsprovinzen“ hätten „mit der politischen Einteilung des Reichsgebietes zusammenfallen“ sollen. Wiedfeldt habe „die Schaffung einer preußischen Provinz Rheinland-Westfalen“ angestrebt. Dass jene um die südliche Rheinprovinz verkleinert werden sollte, erwähnt sie nicht. Vgl. ebd., S. 71.

89 Vgl. Neumann: Politischer Regionalismus, S. 406 unter Berufung auf Reinhold Quaatz sowie „Wirtschaftsbezirk Nordwestdeutschland“ von Wilhelm Rechlin in: Wirtschaftliche Nachrichten aus dem Ruhrbezirk I (1920), S. 663.

Wirtschaft allenfalls provisorisch abgemildert worden war.<sup>90</sup> Gleichzeitig vollzog sich eine Konzentration der schwerindustriellen Kerne entlang der Rheinschiene von Duisburg bis Bonn und derjenigen an Lippe, Emscher, Ruhr und Wupper. Die hierfür benötigte Energie lieferte der Verbund aus rheinischer Braunkohle und rheinisch-westfälischer Steinkohle. Unter diesen rein ökonomischen Gesichtspunkten hatte die südliche Rheinprovinz ihren ursprünglich großen Wert durch die deutsche Weltkriegsniederlage und die Bestimmungen des Versailler Vertrages eingebüßt. Für die Anhänger eines „Siegfriedens“ in der Ruhrindustrie, also für praktisch alle Industriekapitäne, erfüllten die Regierungsbezirke Koblenz und Trier vornehmlich den Zweck einer Brücke beziehungsweise Verkehrsverbindung zu den luxemburgischen und saarländisch-lothringischen Steinkohlerevieren beziehungsweise Erzvorkommen. Diese Funktion fiel nunmehr weg. Um die Erfolgsaussichten der rheinisch-westfälischen Fusionspläne zu erhöhen machte es sich gut, eine wenigstens annähernd ausgewogene Stärke der angestrebten reichsdeutschen Wirtschaftsprovinzen an Einwohnerzahl und Wirtschaftsleistung zu berücksichtigen, zumal „Rheinland-Westfalen“ umgehend die Besorgnis des preußischen Handelsministeriums auslöste, eine solche neue Provinz sei schlicht „zu groß“.<sup>91</sup> Insofern sollte der Anschluss der südlichen Rheinprovinz an den rheinhessischen Raum um Frankfurt am Main der Gefahr vorbeugen, die eigene Wirtschaftsprovinz zu überdimensionieren und damit gleich zu Beginn unüberwindbare politische Widerstände zu erzeugen, weshalb man auch immer wieder „die nicht-separatistische[n] Zielsetzungen“ betonte und jedwede Ablösungsabsicht von Preußen heftig dementierte.<sup>92</sup> Folgerichtig war die gesamte Ruhrwirtschaft Ende 1920 bestrebt, „eine Zuordnung der Wirtschaftsgebiete und der Bezirkswirtschaftsräte auf die Größe der preußischen Provinzen zu unterbinden“ und gleichzeitig „die Zusammenführung der Provinzen Rheinland und Westfalen“ als „die einfachste Lösung“ zu propagieren.<sup>93</sup>

Verbündete suchte und fand die rheinisch-westfälische Schwerindustrie in der „Zentralstelle für die Gliederung des Reiches“. Hier war sie in Person des Essener Handelskammerpräsidenten und Krupp-Direktors Otto Wiedfeldt (1871–

90 Zum Verhältnis der Ruhr-Handelskammern zum SVR Thalmann: Industrie- und Handelskammern, S. 186 f. Zur Gründung des SVR und der aus dem Ruhrgebiet im Ersten Weltkrieg geäußerten Kritik an der „als dysfunktional empfundenen überörtlichen Verwaltungsgliederung“ des Ruhrbezirks Heinz Wilhelm Hoffacker: Der Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk in den Jahren 1920–1945, in: Karola Geiß-Neithöfel/Dieter Nellen/Wolfgang Sonne (Hg.): Vom Ruhrgebiet zur Metropole Ruhr, SVR, KVR, RVR 1920–2020, Berlin 2020, S. 48–67, hier 50 f.

91 Thalmann: Industrie- und Handelskammern, S. 71.

92 Vgl. ebd., S. 72.

93 So Neumann: Politischer Regionalismus, S. 406.



1926)<sup>94</sup> nicht nur prominent vertreten, sondern konnte bezüglich ihres Wunsches nach neu abgegrenzten Wirtschaftsgebieten auch mit der Unterstützung der äußersten parlamentarischen Linken rechnen. Deren Repräsentant in der Zentralstelle, der USPD-Reichstagsabgeordnete Georg Ledebour, legte gleich in der ersten Generaldebatte über die Aufgaben und Ziele der Zentralstelle am 3. Dezember 1920 „an Hand einer Karte“ ein eigenes „Programm der Neueinteilung Deutschlands in Wirtschaftsprovinzen“ vor, das „eine Neuorganisation von unten auf“ vorsah.<sup>95</sup> Zwar wissen wir nicht, welchen territorialen Plan die Karte Ledebours genau beinhaltete<sup>96</sup>, auch drang der sozialistische Politiker mit seinen Ideen im Kreis der Kommissionskollegen offenbar nicht durch<sup>97</sup>. Aber das Thema hatte die Zentralstelle endgültig erreicht, wie auch die in der gleichen Sitzung abschließend vorgetragenen Erläuterungen des Staatskommissars Bill Drews „über die verschiedenen Auffassungen zu dem Begriff ‚Wirtschaftsprovinzen‘“<sup>98</sup> belegen. Und wir können davon ausgehen, dass Konrad Adenauer diese Problematik mit Otto Wiedfeldt, der zusammen mit ihm nicht nur stimmberechtigtes Mitglied der Zentralstelle, sondern auch von deren Unterkommission „Preußen“ war, eingehend erörtert hat.

Die Ausführungen, die Bill Drews in der Generaldebatte der Zentralstelle über die Einrichtungen von Wirtschaftsprovinzen gemacht hatte, wiederholte er Anfang Januar 1921 in einem Beitrag für die von Quaatz herausgegebenen „Wirtschaftlichen Nachrichten aus dem Ruhrbezirk“.<sup>99</sup> Hinter der von Quaatz systematisch vorbereiteten Veröffentlichung, die am selben Tag auch in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, der „Kölnischen Zeitung“ und der „Deutschen Bergwerkszeitung“ abgedruckt wurde<sup>100</sup>, stand ein monatelanger intensiver Austausch der rheinisch-westfälischen Wirtschaft mit Drews<sup>101</sup>, der dazu dienen sollte, die angestrebte „Regionalisierung machtpolitischer Strukturen“ voranzubringen<sup>102</sup>. Einer solchen hatte der Preußische Staatskommissar für die Verwaltungsreform nach seiner Ernennung 1919 zunächst skeptisch gegenübergestanden und dazu tendiert, die zu bildenden Bezirkswirtschaftsräte mit den bestehenden Provinzen beziehungsweise Ländern in Übereinstimmung zu

94 Wiedfeldt, eigentlich höherer Verwaltungsbeamter, war 1918 bis 1922 Vorsitzender Direktor der Friedrich Krupp AG und Präsident der Handelskammer Essen, dann auf Initiative Walther Rathenaus bis 1925 erster deutscher Botschafter nach dem Ersten Weltkrieg in Washington. Vgl. Ernst Schröder: Otto Wiedfeldt. Eine Biographie. 2. Aufl. Neustadt/Aisch 1981.

95 Protokoll der Generaldebatte der Zentralstelle vom 3. Dezember 1920, Bl. 27.

96 Im Protokoll ist die Karte lediglich erwähnt, aber nicht beigelegt.

97 Vgl. Neumann: Politischer Regionalismus, S. 651, Anm. 103.

98 Protokoll der Generaldebatte der Zentralstelle vom 3. Dezember 1920, Bl. 33.

99 „Wirtschaftsprovinzen“ von Staatsminister a. D. Dr. Drews, in: Wirtschaftliche Nachrichten aus dem Ruhrbezirk 2 (1921), S. 49–53.

100 Vgl. die Ausgaben dieser Blätter vom 8. Januar 1921.

101 Schulz: Räte, S. 363 f.

102 So Neumann: Politischer Regionalismus, S. 396.

bringen.<sup>103</sup> Mit der Zeit aber hatte er seine Position, nicht zuletzt unter dem Einfluss von Stinnes, Quaatz und Wiedfeldt, revidiert.<sup>104</sup> Betont vorsichtig schrieb er nun, die Frage, „ob und inwieweit diese Wirtschaftsgebiete geeignet sein werden, Kristallisationspunkte für ein umfassende allmähliche und organische Neugliederung Deutschlands zu werden“, müsse „der tatsächlichen Entwicklung überlassen“ bleiben.<sup>105</sup>

Eben jene Entwicklung hatte Drews in einem eigenen, streng vertraulichen Gesetzentwurf zur Einführung von Bezirkswirtschaftsräten<sup>106</sup>, in welchem er – ganz der Intention der Handelskammer Essen folgend – „Rheinland und Westfalen als Einheit“ aufgefasst hatte<sup>107</sup>, bereits kräftig angetrieben. Namens des „Zweckverbandes nordwestdeutscher Wirtschaftsvertretungen“ teilte deren Geschäftsführer Wilhelm Rechlin (1892–1942), zugleich stellvertretender Syndikus der Essener Handelskammer<sup>108</sup>, Drews am 11. Januar 1921 mit, dass drei Tage zuvor in Düsseldorf die Landwirtschafts- und die Handwerkskammern des Rheinlandes und Westfalens sowie sämtliche rheinisch-westfälischen Handelskammern in getrennten Sitzungen den Gesetzentwurf intensiv beraten hätten. Zur Erarbeitung einer einheitlichen Stellungnahme habe man einen gemeinsamen Redaktionsausschuss eingesetzt, wobei die Vertreter von Landwirtschaft und Handwerk bereits kategorisch erklärt hätten, keinesfalls einer „Absplitterung von Gebietsteilen von Rheinland und Westfalen“ zustimmen zu können. Demgegenüber hätten sich die Handelskammern von Trier und Koblenz bereits vor der Düsseldorfer Konferenz auf eine Zugehörigkeit zum „Rhein-Main-Gau“ festgelegt, seien aber unter dem Eindruck der aktuellen „politischen Gefahren“ bereit, ihre Ansichten noch „zu revidieren“. Schwierig sei darüber hinaus „die Sache bei den Handelskammern Minden und Bielefeld, die sich ihrerseits zum Anschluss nach Niedersachsen“ bekannt hätten.<sup>109</sup>

Am 28. Januar 1921 berichtete Reinhold Quaatz in einem weiteren Brief Drews, dass die Verhandlungen des eingesetzten Redaktionsausschusses der verschiedenen Kammern sich immer mehr dessen Gesetzentwurf annäherten.<sup>110</sup>

103 Ebd., S. 651, Anm. 106.

104 In einer Mitteilung des „Zweckverbandes nordwestdeutscher Wirtschaftsvertretungen“ vom 4. Oktober 1920 resümierte Quaatz nicht ohne Genugtuung, es sei gelungen, „Herrn Dr. Drews das Problem der wirtschaftlichen Dezentralisation nahe zu bringen“. Zit. bei Thalmann: Industrie- und Handelskammern, S. 73.

105 Artikel „Wirtschaftsprovinzen“, S. 51.

106 „Grundzüge zu einem Reichsgesetz über Wirtschaftsgebiete und Bezirkswirtschaftsräte“ (wohl von Oktober 1920), in: GStA PK, Rep. 92 Nachlass Bill Drews, Bl. 271–277.

107 Ebd., Bl. 77. Einschränkend hatte Drews angemerkt, „zweifelhaft“ sei hierbei noch „die Zugehörigkeit des Saargebiets, des Trierer Gebiets und der nordwestlichen Teile der Provinz Westfalen und Lippe“.

108 Zu Rechlin Thalmann: Industrie- und Handelskammern, 17 f.

109 Wilhelm Rechlin an Bill Drews vom 11. Januar 1921, in: GStA PK, Rep. 92 Nachlass Bill Drews, Nr. 14 Bl. 7–9.

110 Quaatz an Drews vom 28. Januar 1921, ebd., Bl. 13.



Dies mochte durchaus stimmen, doch in einem Punkt hakten die Gespräche ganz gewaltig: Die Landwirtschaftskammer Rheinland sah sich in einem Schreiben an die Handelskammer Essen bemüßigt, ausdrücklich festzuhalten, „dass eine Zerteilung der Rheinprovinz in der Weise, dass der südliche Teil einem etwa zu bildenden rhein-mainischen Wirtschaftsgebiet zugeteilt würde, der Landwirtschaftskammer das weitere Eintreten für den Plan unmöglich machen würde“. <sup>111</sup> Beigefügt war eine offizielle Stellungnahme, in der gleich unter Punkt 1 erklärt wurde, „dem Plane der Bildung größerer Wirtschaftsgebiete“ unter der Bedingung zuzustimmen, „dass in einem zu bildenden Bezirkswirtschaftsrat das gesamte Gebiet der Rheinprovinz einbezogen wird“. <sup>112</sup> Die organisierte Landwirtschaft der agrarisch geprägten südlichen Rheinprovinz war demnach nicht bereit, die enge Verbindung mit dem rheinisch-westfälische Industrieviertel und damit einen bedeutenden Absatzmarkt aufzugeben. Die Frage der konkreten territorialen Abgrenzung und ihrer Kriterien wurde dadurch neben der nach deren tatsächlichen Befugnissen und Organisationsformen das entscheidende Hindernis auf dem Weg zur Errichtung der im Art. 165 WRV angelegten Wirtschaftsgebiete. Eine amtliche Materialsammlung zum Aufbau der Bezirkswirtschaftsorganisationen im Reich schlug zwar „die Verhältnisse des Arbeitsmarktes, die Verhältnisse der Kraftzufuhr und die Verhältnisse des Verkehrs“ als mögliche „Einteilungsgesichtspunkte“ vor, gab aber zu bedenken: „Bei der Abgrenzung der Wirtschaftsbezirke wird neben den rein wirtschaftlichen Fragen auch die politische Problemstellung nicht unbeachtet bleiben können. Wird es möglich sein, beim Aufbau der Bezirkswirtschaftsorganisationen die Grenzen der Länder zu überschreiten, oder werden sich die hier unvermeidlichen Widerstände als stärker erweisen? – Wird es aber auch zweckmäßig sein, starke einheitliche Wirtschaftsgebilde zu schaffen?“ <sup>113</sup>

Etwa zur Jahresmitte 1921 kristallisierte sich heraus, dass die Ruhrindustrie immerhin auf einen wichtigen Etappensieg zusteuerte: Ihre Bestrebungen hinsichtlich eines geschlossenen Wirtschaftsgebietes Rheinland-Westfalen unter zumindest Einschluss des Freistaats Lippe-Detmold machten erhebliche Fortschritte, allerdings erwies sich gleichzeitig die avisierte Teilung der Rheinprovinz zunehmend als illusorisch. Zudem bahnte sich ein ganz neuer Konflikt an. Am 1. Oktober 1921 unterrichtete Wilhelm Reclin die Mitglieder des Redaktionsausschusses über eine vom Vorsitzenden des inzwischen in Berlin gebildeten Verfassungsausschusses des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates,

111 Der Präsident der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz, Clemens Freiherr von Schorlemer, an die Handelskammer Essen vom 29. Januar 1921; ebd., Bl. 23.

112 Ebd., Bl. 25 f.

113 Der Aufbau der Bezirkswirtschaftsorganisation. Materialsammlung, Berlin 1921, S. 15.

Albert Cohen<sup>114</sup>, unterbreitete Karte der Einteilung Deutschlands in Wirtschaftsbezirke mit der Bitte um „vertrauliche Kenntnisnahme“<sup>115</sup> (siehe Karte 3). Diese Karte hatte es in sich: Sie skizzierte für die Westhälfte des Deutschen Reiches insgesamt sechs Wirtschaftsprovinzen (in ganz Deutschland deren 14), die mit zwei Ausnahmen – Rheinland-Westfalen mit der ungeteilten Rheinprovinz und die Rheinpfalz als Teil der südwestdeutschen Wirtschaftsprovinz Baden-Württemberg – beinahe exakt die Länder der späteren Bundesrepublik Deutschland vorwegnahmen.<sup>116</sup> Wie Rechlin weiter berichtete hatte Kurt Finkenwirth, Syndikus der Handelskammer Hannover, in einem Namensartikel in der Zeitung „Der Tag“ vom 23. September 1921<sup>117</sup> Einzelheiten des Kartenentwurfs mitgeteilt und war dabei „gegen das auf der Karte geschlossen eingezeichnete Wirtschaftsgebiet Rheinland-Westfalen Sturm [ge]laufen, da Finkenwirth ja in erster Linie Träger jener Bestrebungen ist, die den Nordteil von Westfalen nach Niedersachsen hinüberziehen wollen“<sup>118</sup>.

Spätestens mit Finkenwirths „Tag“-Artikel begann ein offenes Ringen zwischen den Provinzen Westfalen und Hannover um gegenseitige Gebietsansprüche, das sich durch die gesamte Neugliederungsdebatte der Weimarer Republik erstrecken und nach 1945 in unverminderter Schärfe und mit nahezu den gleichen Argumenten wiederaufleben sollte. Kurt Finkenwirth (1885–1943)<sup>119</sup> erblickte in den Bestimmungen des Art. 165 WRV Gefahr und Chance

114 Albert Cohen (geb. 1870, Todesdatum unbekannt), SPD, 1919–1923 stellvertretender Vorsitzender des ADGB und 1921–1923 Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften, 1919–1923 Vorstandsmitglied der Zentralarbeitsgemeinschaft (ZAG), 1921 Vorsitzender des Verfassungsausschusses des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates.

115 Handelskammer für die Kreise Essen, Mülheim-Ruhr und Oberhausen zu Essen an die Mitglieder des Redaktionsausschusses betr. Einteilung Deutschlands in Wirtschaftsbezirke vom 1. Oktober 1921 (streng vertraulich!), in: GStA PK, Rep. 92 Nachlass Bill Drews, Nr. 14, Bl. 321. Die Karte Cohens ist dem Schreiben als Anlage beigelegt; ebd., Bl. 324. Auch Thalmann: Industrie- und Handelskammern, S. 81, erwähnt die Karte, ohne näher auf sie einzugehen.

116 Auch Wolfgang Kohte bezieht sich in seinem Beitrag auf die Cohen-Karte, ohne sie jedoch gesehen zu haben. Nach dem, was bekannt sei, so Kohte, habe sie ein einheitliches Wirtschaftsgebiet Niedersachsen und eines für Rheinland-Westfalen vorgesehen, wobei Westfalen zusätzlich beide Lippe, den Kreis Schaumburg und Pyrmont habe erhalten sollen. Vgl. Kohte: Neugliederung, S. 185. Kohte stützt sich auf die Schilderung von Otto Sartorius.

117 „Reich, Länder und Wirtschaftsbezirke“ in: Der Tag Nr. 223 vom 23. September 1921.

118 Schreiben Rechlins vom 1. Oktober 1921, in: GStA PK, Rep. 92 Nachlass Bill Drews, Nr. 14, Bl. 321.

119 Finkenwirth wurde am 4. Mai 1885 in Greiz als Sohn eines Textilfabrikanten geboren. Nach Abitur und Studium der Staatswissenschaften mit anschließender Promotion in Leipzig war er – unterbrochen vom Kriegsdienst 1916 bis 1918 – bis 1920 zweiter Syndikus der Handelskammer Krefeld, ehe er zum Syndikus der Handelskammer Hannover berufen wurde. Er ordnete die Kammer neu und betrieb die Reorganisation der „Vereinigung Niedersächsischer Handelskammern“. Aufgrund seiner Politik einer Verbindung aus ökonomischer Erneuerung und territorialer Zusammenfassung der niedersächsischen Einzelgebiete über Landes- und Provinzgrenzen hinweg kann er als einer der „geistigen Väter“ Niedersachsens bezeichnet



zugleich. Anders als seine Kollegen im Ruhrgebiet lehnte er das Prinzip der Bezirkswirtschaftsräte als Ausdruck staatlichen Lenkungsanspruchs gegenüber der freien Wirtschaft und direkten Angriff auf das Selbstvertretungssystem der Kammern ab. Gleichzeitig war für ihn, ähnlich wie für Stinnes, Vögler und Quaat, die Dezentralisation wirtschaftlicher Selbstverwaltungskörperschaften auf Basis „natürlicher Wirtschaftsgebiete“ Voraussetzung für die Gesundung der deutschen Industrie.<sup>120</sup> Ihm schwebte, analog der an der Ruhr angestrebten Vereinigung von Rheinland und Westfalen, die Bildung einer „Wirtschaftsprovins Niedersachsen“ vor.<sup>121</sup> Einen Vorläufer hatte er bereits im Herbst 1920 mit der Gründung eines „Verkehrsverbandes Niedersachsen“ auf den Weg gebracht, der die Provins Hannover, das Land Oldenburg, beide Lippe, den Kreis Schaumburg und den Regierungsbezirk Minden umfasste.<sup>122</sup> Am 25. Januar 1921, nur gut zwei Wochen nach der Düsseldorfer Tagung rheinisch-westfälischer Wirtschaftsverbände, fand unter Leitung Finkenwirths und mit Beteiligung von Vertretern Preußens und des Reichs sowie des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates die erste Niedersächsische Wirtschaftskonferenz in Hannover mit mehr als 250 Teilnehmern statt. Sie beriet nicht nur ausführlich die Grundzüge der künftigen Wirtschaftsverfassung und den organisatorischen Aufbau der Wirtschaftsvertretungen, sondern verabschiedete auch einstimmig eine Erklärung zur Abgrenzung des Wirtschaftsbezirks Niedersachsen und dessen künftigen Aufgaben.<sup>123</sup> Dass es dabei nicht nur um die Definition eines neuartigen Kammerbezirks ging, sondern um nichts geringeres als die Neuaufteilung des Reichsgebiets, machte die „Hannoversche Landeszeitung“ Mitte September 1921, wenige Tage vor Finkenwirths „Tag“-Artikel, deutlich, als sie an ein „Reichswirtschaftsgebiet Niedersachsen“ die Erwartung knüpfte, ein solches könne „zu einem Bundestaat beziehungsweise ‚Land‘ Niedersachsen ausgebaut werden“.<sup>124</sup> Um diesen Vorläufer eines eigenen Landes zu definieren, bemühten Finkenwirth und seine Mitstreiter eine Fülle ökonomischer, struktureller, aber auch politischer, historischer und volkskundlicher Argumente.<sup>125</sup> Zu diesem Zweck arbeitete die Niedersächsische Wirtschaftskonferenz in einer eigenen

---

werden. Nach seiner Absetzung durch die Nationalsozialisten ging Finkenwirth in die freie Wirtschaft und kam am 4. Januar 1943 als Oberstintendant im Oberkommando der Wehrmacht, zuständig für die Versorgung der Truppe mit Konserven, beim großen Eisenbahnunglück nahe Wunstorf ums Leben. Vgl. das (etwas apologetische) Lebensbild von Alfred Lefèvre: Kurt Finkenwirth 1885–1943, in: Hannoversche Geschichtsblätter 31 (1977), S. 69–84.

120 Ebd., S. 72 f.

121 Neumann: Politischer Regionalismus, S. 395.

122 Vgl. Lefèvre: Finkenwirth, S. 74.

123 Ebd. S. 74 f. Zur Wirtschaftskonferenz und ihren Beschlüssen auch Neumann: Politischer Regionalismus, S. 393 f. beziehungsweise 413.

124 Hannoversche Landeszeitung vom 14. September 1921, zit. bei Neumann: Politischer Regionalismus, S. 376.

125 Zu den Einzelheiten ebd., Kap. V.3.3. „Das Wirtschaftsgebiet Niedersachsen“, S. 409–420.

„Arbeitsgemeinschaft zum Studium Niedersachsens und seiner wirtschaftlichen Zukunft“ eng mit der Technischen Universität Hannover zusammen. Im Jahre 1924 gelangte man schließlich unter Leitung des Geographen Erich Obst (1886–1981)<sup>126</sup> zu einer vorläufigen Eingrenzung „Wirtschafts-Niedersachsens“ mit Hilfe „fester“, „allseits anerkannter“ und „fließender“ Außengrenzen. Nach diesen wurden die westfälischen Kreise Tecklenburg, Wiedenbrück und Lippstadt als „Grenz- und Übergangsgebiete“ gewertet, die Kreise Halle, Bielefeld, Herford, Lübbecke, Minden sowie das Land Lippe-Detmold dagegen als feste Bestandteile Niedersachsens.<sup>127</sup>

Mit solchen Definitionen und Abgrenzungen taten sich die Vertreter der Ruhrindustrie in Bezug auf ihr Projekt „Rheinland-Westfalen“ deutlich schwerer. „Die Konstruktion eines Wirtschaftsgebietes“, schreibt Anke John, „erhielt gerade durch die Übereinstimmung zu grundlegenden sozialen und kulturellen, im landschaftlichen Rahmen angesiedelten Bindungen eine besondere Glaubwürdigkeit.“<sup>128</sup> Doch ein ähnliches Territorialbewusstsein wie in Niedersachsen war allenfalls in Westfalen vorhanden, von irgendwelchen „natürlichen Grenzen“ Rheinland-Westfalens, einer weitgehenden sozialen Homogenität oder gar stammesgeschichtlichen Traditionslinien ganz zu schweigen. Man besann sich an Rhein und Ruhr daher lieber auf rationalere, geradezu konstruktivistische Argumente. Resolutionen wie die des „Kartells rheinisch-westfälisch-lippischer Handwerkerverbände“ waren da sehr willkommen, weil sie technisch-ökonomische Verbindungslinien von Lippe bis ins Ruhrgebiet behaupteten, die einen Anschluss Lippes an das Wirtschaftsgebiet Niedersachsen abwegig erscheinen lassen sollten. Gleiches galt für die Ausdehnung rheinisch-westfälischer Energieversorgungsunternehmen nach Lippe und in den Regierungsbezirk Osnabrück, wo sich auch das rheinisch-westfälische Zementsyndikat betätigte. Doch all das reichte nicht aus. Ausgerechnet die eindeutig rechtsnational-konservativ positionierte Handelskammer Essen griff daher in ihrer Not zu einem geradezu marxistisch anmutenden Ansatz: „Die auf den natürlichen Grundlagen des nordwestdeutschen Wirtschaftsgebietes beruhende Gemeinsamkeit wirtschaftlichen Lebens und wirtschaftlicher Interessen“, behauptete Schriftleiter Wilhelm Reclin in den „Wirtschaftlichen Nachrichten aus dem Ruhrbezirk“, „hat naturgemäß trotz verschiedenem Menschenschlag zu einer einheitlichen Kultur und zu gemeinsamen kulturellen Bedürfnissen geführt. [...] Trotz der Verschiedenheit im Charakter des Volkes hat eben die Wirtschaft des Landes doch

126 Erich Obst, Geograph mit den Forschungsschwerpunkten Kolonial- und Wirtschaftsgeographie beziehungsweise Politische Geographie, 1915 bis 1918 Professor an der Universität Konstantinopel, 1919 in Breslau, 1921–1938 Ordinarius für Geographie an der TH Hannover, 1924 mit Karl Haushofer Gründung der „Zeitschrift für Geopolitik“, 1938–1945 erneut Professor in Breslau, 1945 Rückkehr nach Hannover, gestorben in Göttingen.

127 Vgl. Neumann: Politischer Regionalismus, S. 418 f.

128 John: Weimarer Bundesstaat, S. 149.



den Zusammenhang aller Lebensbedingungen und Bedürfnisse festgestellt und erhalten.“<sup>129</sup> Als Beleg für seine These dienten Rechlin ausgerechnet die Zuwanderer aus Polen und den preußischen Ostprovinzen, deren Einbindung in „den Zusammenhang aller Lebensbedingungen und Bedürfnisse“ eben nicht durch kulturelle und soziale Identität, sondern durch den „Faktor Arbeit“ erfolgt sei.<sup>130</sup> Entstand da etwa – in einem Organ der Schwerindustrie – das Bild eines vom Proletariat ausgehenden, durch Arbeit und Mühsal zusammengehaltenen rheinisch-westfälischen „Staatsvolkes“, das nur noch eines legitimen eigenen Territoriums bedurfte? Dieses Bild jedenfalls war entweder zu schwach oder auch nur seiner Zeit zu weit voraus, um durchschlagenden Erfolg nach innen wie nach außen entfalten zu können. Nicht nur für Rheinland-Westfalen, aber gerade hier, „blieb es eine ungelöste Aufgabe, Homogenitätskriterien für einen Wirtschaftsraum zu finden“.<sup>131</sup>

Um eine Eskalation der sich anbahnenden Auseinandersetzung mit der Handelskammer Hannover über die Abgrenzung der jeweiligen Wirtschaftsgebiete zu verhindern, nahm die Essener Kammer schließlich direkte Verhandlungen mit den niedersächsischen Kollegen auf, die damit endeten, dass die rheinisch-westfälischen Kammern mit Unterstützung der Gewerkschaften offiziell auf Osnabrück und die beiden Lippen verzichteten, dafür aber an der Zusammenlegung der Rheinprovinz mit der unversehrten Provinz Westfalen festhielten.<sup>132</sup> Was jedoch immer noch fehlte, war ein logischer Begründungszusammenhang für eben jene Wirtschaftsprovinz „Rheinland-Westfalen“ als Vorstufe einer neuen regionalen Selbstverwaltung, der über eine argumentative Beschränkung auf das Ruhrgebiet hinausreichte und bestenfalls sogar die nach wie vor als Ideallösung betrachtete Abtrennung der Regierungsbezirke Trier und Koblenz vom rheinischen Provinzteil hätte rechtfertigen können.

## VI.

Eine solche sollte noch im gleichen Jahr zumindest indirekt in Halle an der Saale der dreiunddreißigjährige Regierungsbaurat Hans Baumann mit seiner ersten Doktorarbeit über die Braunkohle als bestimmender Faktor der Eingrenzung von Wirtschaftsgebieten am Beispiel Mitteldeutschlands liefern.<sup>133</sup> Die volkswirtschaftlichen und politischen Aspekte seines eigentlich geologisch-natur-

129 Wirtschaftliche Nachrichten aus dem Ruhrbezirk I (1920), S. 671; zit. bei Neumann: Politischer Regionalismus, S. 408.

130 Vgl. ebd., S. 409.

131 So John: Weimarer Bundesstaat, S. 149.

132 Ebd.

133 Hans Baumann: Energiewirtschaft auf der Braunkohle Mitteldeutschlands (Eine wirtschafts- und verkehrstechnische Studie zur Abgrenzung eines mitteldeutschen Wirtschaftsgebietes). Berlin 1922.

wissenschaftlichen Themas brachte der Promovend gleich in der Einleitung seiner Arbeit zur Sprache. Unter der Überschrift „Wirtschaftliche Beziehungen und politische Grenzen“ hegte der Autor die Hoffnung, die angestrebte „Neuordnung der Stellung der Länder“ werde letztlich „zur größtmöglichen Ausnutzung“ der „wirtschaftlichen Kräfte“ des deutschen Volkes führen und die bisher „gegenseitig ausgespielten Stammesgegensätze“ zum Verschwinden bringen. Unter Bezugnahme auf den Art. 165 WRV und die laufenden Verhandlungen des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates plädierte Baumann für eine Einteilung der neuen Wirtschaftsgebiete auf Basis der strukturellen Gegebenheiten und der Verteilung der Bodenschätze.<sup>134</sup> Selbstbewusst beschloss er seine Analyse, „gegenüber den in dieser Frage bisher verfochtenen Zielen: Wirtschaftliche Neugliederung des Reichs durch ‚Überwindung des einzelstaatlichen Partikularismus‘ und wirtschaftliche Neugliederung durch ‚Sonderung nach Kohleverbrauchsgebieten‘“ verlange seine Arbeit eine Reform, welche „beide Gedankengänge in sich schließt und Deutschland, unabhängig von seiner politischen Struktur, in Wirtschaftsgebiete einteilen will, die sich nach der vorhandenen Energiequelle richten“. Dann werde man „von selbst zu einer Einteilung des gesamten Reichs und zu einer Regelung ihrer Wirtschafts- und Verkehrsführung“ gelangen, woraus sich wiederum „Grundsätze für die Gebietsabgrenzung der Bezirkswirtschaftsräte, der Bezirkseisenbahnräte und Verkehrsverwaltungen“ ergäben.<sup>135</sup>

Baumanns Quintessenz war genau das, was die Verfechter einer Verbindung von Rheinland und Westfalen benötigten. Deshalb wurde seine Arbeit sowohl im Ruhrgebiet wie in Berlin sorgsam registriert.<sup>136</sup> Wiederum ein gutes Jahr später legte der inzwischen zum Regierungsbaurat im Reichsverkehrsministerium aufgestiegene Dr. rer. pol. Baumann eine zweite Dissertation vor<sup>137</sup>, und dies ausgerechnet an der Technischen Hochschule Hannover. Ausgerechnet deshalb, weil die Schrift wie eine Auftragsarbeit der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie wirkt und just an der deutschen Hochschule entstand, die das akademische Zentrum der Bestrebungen nach einem bis nach Westfalen ausgreifenden niedersächsischen Wirtschaftsgebiet bildete. Diese zweite Arbeit Baumanns war etwas umfassender und allgemeiner angelegt als seine erste, behandelte aber praktisch die gleiche Thematik. Obwohl er sämtliche deutschen Regionen und potentiellen Wirtschaftsprovinzen untersuchte, stechen seine umfangreichen Ausführungen über das rheinisch-westfälische Wirtschaftsgebiet hervor. Dabei

134 Ebd., S. 3 f.

135 Ebd., S. 35.

136 Ein Exemplar findet sich im Nachlass Drews zusammen mit Unterlagen des „Zweckverbandes Nordwestdeutscher Wirtschaftsvertretungen“, in: GStA PK, Rep. 92, Nachlass Bill Drews, Nr. 14.

137 Kraftquellen und Verkehr als bestimmende Faktoren deutscher Wirtschaftsgebiete. Berlin 1923.



verwendet der Autor nicht nur durchweg die Bezeichnung „Rheinland-Westfalen“, sondern erklärt gleich zu Beginn seiner Ausführungen, deren Ergebnis führe zu der Erkenntnis, „dass zu Rheinland-Westfalen das Gebiet Westfalen und die Rheinprovinz ohne den Bezirk Trier zu rechnen“ seien.<sup>138</sup> Die Begründung für die Abtrennung des Südteils der Rheinprovinz (den Regierungsbezirk Koblenz erwähnte Baumann nicht, meinte ihn aber ebenso) folgt sogleich, wenn auch nur indirekt. Rheinland-Westfalen, laut Baumann „Hauptindustriestätte Deutschlands“, sei ein „auf reichen Schätzen der Steinkohle und Braunkohle aufbauendes Gebiet“, wobei beide rechts und links des Rheins gelegenen „Kraftquellen“ vereint die Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebiets speisten. Die besondere „Güte des rheinisch-westfälischen Koks“ habe dazu geführt, dass „die lothringischen und westfranzösischen Hochöfen in Abhängigkeit von der Kohle Rheinland-Westfalens geraten“ seien, „während eine gleiche Abhängigkeit umgekehrt nicht“ bestünde. Da „Schweden und Spanien ebenso gut verwendbare Erze für die Ruhrindustrie“ zur Verfügung stellen könnten, könne auch nach Inkrafttreten des Versailler Vertrages kaum „von einer unbedingten Abhängigkeit rheinisch-westfälischer Eisenindustrie von lothringischer Minette gesprochen werden“.<sup>139</sup> Das war, etwas verklausuliert, aus Sicht der Ruhrkonzerne exakt die eigentliche Begründung für die Abtrennung der Regierungsbezirke Koblenz und Trier: Man benötigte die vorwiegend agrarisch geprägte Region an Mittelrhein und Mosel angesichts der schwedischen und spanischen Erzvorkommen (sowohl Schweden wie Spanien waren keine Weltkriegsgegner des Deutschen Reiches gewesen und damit von den Bestimmungen des Versailler Vertrages nicht betroffen) schlicht nicht länger als Brücke zum lothringisch-saarländischen Revier und nach Luxemburg, zumal bei einem Zusammenschluss von nördlichem Rheinland und Westfalen die landwirtschaftliche Kompensation der industriellen Kerne an Rhein und Ruhr durch die weiten westfälischen Agrarflächen gesichert werden konnte. Konsequenterweise schloss Baumann mit geologischen und wirtschaftsgeographischen Argumenten „das im Süden an das rheinisch-westfälische Industriegebiet anschließende“ Gebiet dem neuen „Rhein-Main-Gau“ an, der neben Hessen das Mainland um Würzburg und Frankfurt umfassen sollte. Besagter Rhein-Main-Gau stellte zudem die Verbindung her zwischen der rheinisch-westfälischen Wirtschaftsprovinz und dem „schon heute eine wirtschaftliche Einheit zu nennende[n] Gebiet Baden-Württembergs“ (unter Einschluss der bayerischen Pfalz).<sup>140</sup>

138 Ebd., S. 2.

139 Ebd., S. 4.

140 Ebd. Baumann verwendet auch auf seinen Kartenskizzen, durchweg die Bezeichnung „Baden-Württemberg“ und nicht wie in Münchheimers Wiedergabe der Karte „Württemberg-Baden“.

Baumann beruft sich im Folgenden ausdrücklich auf den Kartenentwurf des Verfassungsausschusses im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat, den er zur Grundlage seiner eigenen Vorschläge macht. Allerdings kritisiert er in diesem Zusammenhang das „immer wieder“ hervortretende „krampfhaftes Festhalten an politischen Grenzen“, wobei „die Berücksichtigung des Wirtschaftslebens meist zu kurz“ komme. Dagegen stünde etwa die wiederholte „Betonung des einheitlichen Wirtschaftsgefüges von Nieder-Rheinland und Westfalen“ und die „von weiten Wirtschaftskreisen erstrebte auch äußerliche Kennzeichnung des seinen wirtschaftlichen Interessen nach zusammenhängenden Mittel-Rhein-Mainischen Wirtschaftsgebiets“.<sup>141</sup> Zusammenfassend kommt Baumann auf insgesamt elf Wirtschaftsbezirke: Ostpreußen, Ostseegebiet, Hamburg-Schleswig, Brandenburg-Berlin, Schlesien, Niedersachsen, Mitteldeutschland, Rheinland-Westfalen, Rhein-Main-Gau, Baden Württemberg und Bayern.<sup>142</sup>

Auch in der zweiten Doktorarbeit Baumanns finden sich keine maßstabgetreuen Gebietskarten, aber immerhin 15 Varianten einer skizzierten Wiedergabe seiner territorialen Gliederungsvorschläge. Entscheidend an seiner zweiten Dissertation ist, dass hier auf breiter ökonomisch-technischer Grundlage territoriale Neueinteilungen begründet werden, die mit der überkommenen Ordnung Deutschlands in Länder und preußische Provinzen nur noch entfernt etwas zu tun haben, was insbesondere auf den Westen zutrifft, wo ein Gebilde „Rheinland-Westfalen“ entstehen soll, das nicht nur eine Verbindung der beiden bisherigen preußischen Westprovinzen, sondern auch noch eine Teilung der alten Rheinprovinz vorsieht.

Vier Jahre nach Hans Baumann legte ein anderer Regierungsbaurat an derselben Fakultät der Technischen Hochschule Hannover und bei dem gleichen Betreuer, Professor Dr.-Ing. Otto Blum, eine Dissertation unter dem Titel „Der Eisenbahn-Güterverkehr Deutschlands in den Jahren 1913 und 1925 an Hand zeichnerischer Darstellungen mit erläuterndem Text“ vor. Der Name des Doktoranden war Hans Rabe.<sup>143</sup> Obwohl das Thema seiner Dissertation eine rein technisch-betriebswirtschaftliche Abhandlung vermuten lässt, stellt der Autor recht früh klar, dass seinen Forschungen durchaus eine politische Motivation zugrunde lag, nämlich „eine andere Einteilung des Reiches unter dem Gesichtspunkt des wirtschaftlichen Lebens, also der Betätigung der Bewohner, in der Weise vorzunehmen, dass durch Zusammenfassung von Verkehrsbezirken ‚Wirtschaftsgebiete‘ gebildet werden“.<sup>144</sup> Auf diese Weise macht Rabe aus 37 deutschen Verkehrsbezirken elf Wirtschaftsgebiete, die bis hin zu ihrer Bezeichnung

141 Ebd., S. 4 f. unter Quellenangabe des Beitrags von Wilhelm Rechlin „Wirtschaftsbezirk Nordwestdeutschland“ in: *Wirtschaftliche Nachrichten aus dem Ruhrbezirk 1* (1920), S. 663.

142 Baumann: *Kraftquellen und Verkehr*, S. 5.

143 Hans Rabe: *Der Eisenbahn-Güterverkehr Deutschlands in den Jahren 1913 und 1925 anhand zeichnerischer Darstellungen mit erläuterndem Text*. Hannover 1927.

144 Ebd., S. 4.



verblüffend denen von Hans Baumann gleichen, von Marginalien wie der Belassung Schlesiens in seinen historischen Provinzgrenzen, der Zuweisung des internationalisierten Saargebiets an die Rheinpfalz und damit an das Wirtschaftsgebiet Baden-Württemberg<sup>145</sup> oder der Belassung Unterfrankens bei Bayern abgesehen (siehe Karte 5). Rabe übernimmt auch das Wirtschaftsgebiet „Rheinland-Westfalen“ inklusive Waldeck und Lippe-Detmold, verzichtet aber im Unterschied zu Baumann auf die Teilung der Rheinprovinz<sup>146</sup>, so dass in etwa wieder das Kartenbild Albert Cohens von 1921 entsteht<sup>147</sup>.

Beiden Hannoveraner Dissertationen fehlt es an einer maßstabsgetreuen Kartographierung der in ihnen entwickelten Gliederungspläne. Eine solche nahm erstmals der Ordinarius für Geographie an der TH Hannover, Erich Obst, im Jahre 1928 vor.<sup>148</sup> Obst berief sich dabei im Falle Rabes auf dessen „Vorstudien“ zu seiner Doktorarbeit.<sup>149</sup> Bei Baumanns fällt auf, dass Obst in der von ihm wiedergegebenen Karte („von Baumann“) Bayern in seinen heutigen Grenzen, also mit Unterfranken, abbildet und Rheinland-Westfalen inklusive ganz Ostwestfalens und Lippe-Detmolds, also genau den Vorstellungen der Ruhrwirtschaft sowie den Grenzen der preußischen Regierungsbezirke und damit faktisch auch den Landesgrenzen Nordrhein-Westfalens im Jahr 1947 entsprechend.<sup>150</sup> Spätestens dank des 1929 erschienenen „Rhein-Mainischen Atlas“ mit insgesamt 30 Karten zur Neugliederung des Reichsgebiets<sup>151</sup> sowie des Standardwerks von Walther Vogel über Reichsgliederung und Reichsreform,

145 Deshalb kommt Rabe auf elf deutsche Wirtschaftsgebiete, während Baumann in der Literatur beziehungsweise in der bei Münchheimer abgedruckten Karte deren zwölf zugeschrieben werden; vgl. Vogel: Reichsgliederung, S. 153, Kohte: Neugliederung, S. 186 und Steinberg: Deutscher Westen, S. 109. Dabei macht Baumann keine Angaben zum Saarland und spricht selbst ausdrücklich von elf Wirtschaftsgebieten; vgl. Ders.: Kraftquellen und Verkehr, S. 6.

146 Rabe: Eisenbahn-Güterverkehr, S. 22.

147 Vgl. ebd., S. 20–22.

148 Vgl. Obst: Neugliederung des Deutschen Reiches, S. 37 (Baumann) bzw. 39 (Rabe).

149 Ebd., S. 38. Allerdings weicht diese „Rabe-Karte“ bezüglich „Rheinland-Westfalen“ in einem nicht unerheblichen Punkt von Rabes späteren schriftlichen Darlegungen seiner Wirtschaftsgebiete ab, indem hier Schaumburg-Lippe ganz eindeutig Westfalen zugerechnet wird; vgl. Obst: Neugliederung des Deutschen Reiches, S. 39 und Rabe: Eisenbahn-Güterverkehr, S. 21.

150 Obst: Neugliederung des Deutschen Reiches, S. 37. Obst hätte diese wichtigen Präzisierungen wohl kaum eigenmächtig und ohne Zustimmung seines ehemaligen Studenten und akademischen Fachkollegen Baumann (dieser wirkte seit 1924 als Privatdozent der Fakultät II für Bauwesen an der TH Berlin) veröffentlicht, der 1928 bereits als Reichsbahndirektor (seit 1. Juni 1927) und Pressesprecher der Deutschen Reichsbahn (seit 1924) über eine gewisse Bekanntheit verfügte; vgl. BA Koblenz, Pers 101/40297, Personalakte Baumann.

151 Walter Behrmann/Otto Maul: Rhein-Mainischer Atlas für Wirtschaft, Verwaltung und Unterricht. Frankfurt a.M. 1929. Darin S. 29 im Text Ausführungen zu den Plänen Baumanns und Rabes, Abdruck des „Vorschlages Baumann“ S. 27.

der beide Karten unverändert abdruckt<sup>152</sup>, haben Baumann und Rabe Eingang in die wesentlichen Neugliederungspläne der Weimarer Republik gefunden<sup>153</sup>.

Die Studie Baumanns, urteilte sein früherer Ordinarius Erich Obst, sei „auch für politische Zwecke recht wertvoll, müsste sich aber, wenn man sie für eine staatliche Neugliederung verwenden sollte, nicht unerhebliche Änderungen gefallen lassen“, womit Obst jedoch nicht die Grenzen Rheinland-Westfalens meinte, sondern vor allem Schlesien, Niedersachsen und Hamburg-Schleswig, wo „die geopolitischen und stammlich-kulturellen Belange“ noch „nicht genügend berücksichtigt“ worden seien.<sup>154</sup> Demgegenüber attestierte Obst dem Entwurf Rabes, „nicht übel den geopolitischen und stammlich-kulturellen Belangen gerecht“ zu werden.<sup>155</sup> Wie dem auch sei, für einen wichtigen Akteur der frühen Neugliederungsbestrebungen auf Basis des Art. 165 WRV kamen beide Arbeiten zu spät: die rheinisch-westfälische Schwerindustrie. Zwar lieferten beide Baumann-Dissertationen die dringend benötigten Ergänzungen ökonomisch-rationaler Argumente für eine vereinigte rheinisch-westfälische Wirtschaftsprovinz (möglichst ohne die Regierungsbezirke Koblenz und Trier), doch mangelte es der Initiative mit zunehmender Dauer am notwendigen Rückhalt auch in den eigenen Reihen. Die Widerstände waren heftig und vielfältig: Auf Reichsebene wurde die Idee einer Verbindung regionaler, weitgehend autonomer Wirtschaftsbehörden mit den Bezirkswirtschaftsräten genauso ignoriert wie der Stinnes-Vorstoß nach einem Mitspracherecht der Industrie über zentrale Produktionssektoren wie den Steinkohlebergbau. Von den unteren und mittleren Verwaltungsebenen, also den Provinzen und Kommunen, wurden wiederum jegliche Bestrebungen einer Veränderung bestehender Verwaltungsgrenzen beziehungsweise -kompetenzen heftig bekämpft. Die preußische Staatsregierung sabotierte wo sie nur konnte die Aktivitäten des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates, auf den die Ruhrwirtschaft so große Hoffnungen gesetzt hatte. Schließlich witterten auch die anderen Länder die in der Bildung von Wirtschaftsprovinzen lauenden Gefahren für ihre jeweilige territoriale Integrität und plädierten ebenso übereinstimmend wie erfolgreich dafür, dass die Wirtschaftsbezirke grundsätzlich mit den bestehenden Ländergrenzen übereinstimmen sollten.<sup>156</sup> Kaum weniger heftig fiel die interne Kritik aus. Vor allem die in Gestalt der Bezirkswirtschaftsräte absehbare Schmälerung der Bedeutung der

152 Vogel: Reichsgliederung, S. 152 f.

153 Die Veröffentlichung der Entwürfe von Baumann und Rabe bei Erich Obst und Walther Vogel führte jedoch zur verkürzten Adaption der Arbeiten in der Forschungsliteratur und einer falschen Datierung auf das Jahr 1928, so auch bei John (Hg.): Reichsreform, S. 311 (Anm. 47), 359 und 374. Ebenfalls auf dieser Datierung beruhend und genauso irrig ist Johns Feststellung, die „Reichsneugliederungspläne nach Wirtschafts- und Verkehrsbetrieben“ seien auf den Zeitraum 1927/28 bis 1930 zu datieren, ebd., S. 357.

154 Obst: Neugliederung des Deutschen Reiches, S. 37.

155 Ebd., S. 38.

156 Hierzu Neumann: Politischer Regionalismus, S. 398–402.



Kammern stieß auf verbreitete Ablehnung, verbunden mit starken Vorbehalten gegen eine Aufwertung der Arbeitnehmerorganisationen und ihres Einflusses auf zentrale Wirtschaftsprozesse.<sup>157</sup> Vor allem im Dachverband, dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag, standen die Ruhrgebietskammern mit ihrer Position weitgehend allein. Beinahe resignierend fassten im März 1922 Reinhold Quaatz und Wilhelm Rechlin in einem gemeinsamen, streng vertraulichen Rundschreiben an die Mitglieder des nordwestdeutschen Zweckverbandes<sup>158</sup> die wesentlichen Kritikpunkte der eigenen Mitgliedschaft so zusammen, dass „allseitig“ angemerkt und anerkannt werde, „dass die Handelskammern als reine Unternehmervvertretungen unter allen Umständen aufrecht erhalten bleiben“ müssten und es „ein taktischer Fehler“ gewesen sei, „sich die Führung in der Frage der Bezirkswirtschaftsräte durch die Arbeitervertretungen nehmen zu lassen“. Insbesondere die von den Landwirtschaftskammern den Arbeitnehmern gemachten Zugeständnisse hätten „unsere Stellung sehr erschwert“. Es sei, lautete das Fazit von Quaatz und Rechlin, „gerade in Rheinland-Westfalen nicht gelungen [...], ein engeres Zusammengehen zwischen Handel, Industrie, Landwirtschaft und Handwerk zu finden“.<sup>159</sup>

Die mit den Bezirkswirtschaftsräten verbundene Hoffnung „ambitionierter wirtschaftspolitischer“ Verbandsvertreter und „selbstbewusst agierender“ Ruhrindustrieller, ihre Machtansprüche „gegenüber Regierung, Verwaltung und Parlament“ durchsetzen, zumindest aber durch die Gründung von Wirtschaftsgebieten, die „ihren Bedürfnissen genüge[n]“, das ökonomisch unsinnige „Nebeneinander von Provinzen beziehungsweise Ländern“ zu überwinden<sup>160</sup>, war ebenso gescheitert wie die vor allem gegen die Arbeiterparteien und das Zentrum gerichteten Absicht „einer Eindämmung oder Blockierung der parlamentarischen und parteipolitischen Entwicklung“<sup>161</sup>. Die in der älteren Forschung aufgestellte Behauptung, Wiedfeldt und seinen Verbündeten sei es in der Frage der Bezirkswirtschaftsräte vor allem um die Sicherung der Handelskammern in ihrer alten Form gegangen<sup>162</sup>, muss dahingehend revidiert werden, dass zumindest die Handelskammer Essen und ihre Unterstützer aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet engagierte Befürworter des Systems der Bezirkswirtschaftsräte und von neuen Wirtschaftsprovinzen gewesen sind und es dazu instrumentalisiert haben, ähnlich wie in der Sozialisierungsfrage

157 Vgl. ebd., S. 398.

158 Zu dessen Gründung und Intentionen Thalmann: *Industrie- und Handelskammern*, S. 76 f.

159 Reinhold Quaatz und Wilhelm Rechlin an die Mitglieder des Zweckverbandes Nordwestdeutscher Wirtschaftsvertretungen e. V. vom 20. März 1922, in: *GStA PK, Rep. 92 Nachlass Bill Drews*, Nr. 14, Bl. 367–381, Zitate 367 und 379.

160 So Neumann: *Politischer Regionalismus*, S. 396 f.

161 Schulze: *Räte*, S. 364.

162 Vgl. u. a. Ingrid König: *Handelskammern zwischen Kooperation und Konzentration. Vereinigungen, Arbeitsgemeinschaften und Zweckverbände von Handelskammern im nieder-rheinisch-westfälischen Industriegebiet*. Köln 1981, S. 93.

im Steinkohlenbergbau<sup>163</sup>, über den Weg der Kooperation mit den staatlichen Stellen ihre Interessen durchzusetzen<sup>164</sup>. Als sich die Diskussion immer stärker auf den Ausbau der Arbeitnehmerrechte zuspitzte, zogen große Teile der Wirtschaft im Ruhrgebiet ihre Unterstützung für die Pläne der Handelskammer Essen sukzessive zurück. Damit aber wurde schließlich auch das Vorhaben der Wirtschaftsprovinzen nach 1922 zunächst nicht weiterverfolgt.<sup>165</sup>

Doch bereits im Oktober 1921 hatte der preußische Handelsminister Fischbeck die Empfehlung ausgesprochen, „die in Frage kommende Bestimmung der Reichsverfassung, soweit es sich um die Bildung von Bezirkswirtschaftsräten und Wirtschaftsprovinzen handelt, überhaupt unausgeführt zu lassen“.<sup>166</sup> So sollte es schließlich auch kommen.<sup>167</sup>

## VII.

Das Krisenjahr 1923 mit Ruhrbesetzung, Ruhrkampf, Hyperinflation, Regierungskrisen und Hitler-Putsch hatte allerdings schon zuvor jegliche Bestrebungen zu einer umfassenden Reichsreform überlagert und letztlich erstickt. Das Thema kam jedoch indirekt beziehungsweise auf andere Weise genau in diesem Kontext wieder auf die Tagesordnung, und dies in äußerst dramatischer Weise. Mehr oder weniger offen unterstützt durch Frankreich radikalisierten sich die seit 1918 nie verstummten Stimmen rheinischer Autonomiebefürworter unter Führungsgestalten wie Hans Adolf Dorten, Joseph Smeets oder Josef Friedrich Matthes in Teilen zu entschiedenen Separatisten, die einen „freien“ rheinischen Pufferstaat zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich proklamierten. Zentren dieser Aktivitäten waren Rheinhessen, Köln, von Düsseldorf ausgehend der gesamte rheinische Teil des Ruhrgebiets sowie Aachen. Ende Oktober kam es an verschiedenen Orten zu regelrechten Putschversuchen gegen die staatliche

163 Vgl. Peter Wulf: Regierung, Parteien, Wirtschaftsverbände und die Sozialisierung des Kohlenbergbaus 1910–1921, in: Hans Mommsen/Dietmar Petzina/Bernd Weisbrod (Hg.): Industrielles System und politische Entwicklung der Weimarer Republik, Bd. 2. Aufl. Düsseldorf 1977, S. 647–657, hier 653.

164 So schrieb Quaatz an Paul Reusch, Präsident der Handelskammer Duisburg-Wesel, es komme „nicht darauf an, diese Dinge zu schaffen, sondern darauf, ihre Erörterung führend zu beeinflussen. [...] Rheinland-Westfalen scheint mir hierin besonders berufen zu sein.“ Quaatz an Reusch vom 9. März 1922, zit. bei Thalmann: Industrie- und Handelskammern, S. 74.

165 Vgl. ebd., S. 81 f.

166 Zit. nach Neumann: Politischer Regionalismus, S. 404.

167 Nachdem sich das Interesse der reichsweiten Handelskammern zunehmend auf eine Reform des eigenen Kammerwesens gerichtet hatte, kam es 1924 statt eines großen neuen Reichsgesetzes zur Einführung von Bezirkswirtschaftsräten lediglich zu einer Novellierung des preußischen Handelskammergesetzes, das unter anderem die Umbenennung der Handelskammern in „Industrie- und Handelskammern“ brachte. Ebd., S. 398 sowie Thalmann: Industrie- und Handelskammern, S. 150.



Ordnung der Republik, die sich bis in den Winter hinein fortsetzten.<sup>168</sup> Zugleich drohte der völlige Zusammenbruch der Wirtschaft infolge ungebremster Geldentwertung und weiter steigender Massenarbeitslosigkeit. In dieser Situation sondierte der Kölner Oberbürgermeister Adenauer gemeinsam mit den Ruhrindustriellen Hugo Stinnes, Adolf Vögler, Paul Silverberg und Peter Klöckner Möglichkeiten einer Vermittlung zwischen der französischen Besatzungsmacht und der Reichsregierung.<sup>169</sup> Auf einer eiligst nach Barmen einberufenen Konferenz rheinischer Politiker schlug Adenauer am 24. Oktober 1923 die Bildung eines Rheinstaates (selbstverständlich als Teil des Deutschen Reiches) vor, um ein Ende der Ruhrbesetzung und die Revision des Versailler Vertrages zu erreichen. Tags darauf auf einer weiteren Zusammenkunft in Hagen erteilte Reichskanzler Stresemann diesem Ansinnen jedoch eine klare Absage und hoffte auf eine Lösung durch britisches Eingreifen.<sup>170</sup>

Im Spätherbst 1923 erneuerte Adenauer also im Grunde seine bereits 1919 entwickelte Konzeption eines „dem Reich angehörenden Bundestaat[es] an Rhein und Ruhr“ und fand damit die Unterstützung der Ruhrindustrie um Hugo Stinnes, die einen solchen, mit der französischen Wirtschaft verbundenen deutschen Gliedstaat als probates Mittel ansah, das leidige Reparationsproblem zu lösen und die eigene Handlungsfähigkeit zu erhalten.<sup>171</sup> Nach Adenauers Plänen hätte ein westdeutscher Bundesstaat im Verbund des Deutschen Reiches die Möglichkeit für einen dauerhaften Frieden und Ausgleich zwischen Deutschland und Frankreich eröffnet, vorausgesetzt er wäre groß genug und würde zu einer Verflechtung des rheinisch-westfälischen Montanreviers mit denjenigen in Lothringen, an der Saar und in Luxemburg führen. Mit Blick auf die separatistischen Aktivitäten im rheinhessischen Raum um Mainz und Wiesbaden sowie in der nördlichen Rheinpfalz schwebte dem Kölner Oberbürgermeister ein Gebiet vor, das nicht nur die beiden Provinzen Westfalen und Rheinland, sondern im Süden der Rheinprovinz auch noch Teile Hessens beziehungsweise der bayerischen Pfalz umfassen sollte.<sup>172</sup> Damit aber hatte Adenauer ein Territorium abgesteckt, welches dem Vorschlag des Vorsitzenden des Verfassungsausschusses des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates, Albert Cohen, beinahe deckungsgleich entsprach und das ihm aus den Beratungen der Zentralstelle für die Gliederung des Reiches zwei Jahre zuvor bis ins Detail bekannt war.

168 Siehe zuletzt Schlemmer: Berlin, nein Danke?, S. 199–206.

169 Vgl. im Überblick Günther Schulz (Hg.): Konrad Adenauer 1917–1933. Dokumente aus den Kölner Jahren. Opladen 2007, S. 195–202.

170 Ebd., S. 195 f.

171 Schulz (Hg.): Adenauer 1917–1933, S. 198 f. Zu Adenauers nicht widerspruchsfreiem Agieren 1923 und seinen Plänen im Zusammenspiel mit der Ruhrindustrie ausführlich Henning Köhler: Adenauer und die Rheinische Republik. Der erste Anlauf 1918–1924. Opladen 1986, S. 133–256.

172 Schulz (Hg.): Adenauer 1917–1933, Dok. 41 „Gegenvorschlag Adenauers zu einer Denkschrift Tirards“, S. 224–227, Zitate 225, 227.

Und auch die Ruhrindustrie konnte mit einem solchen Plan gut leben, enthielt er doch die Vereinigung der beiden preußischen Westprovinzen, eine Lockerung der Bindungen an Berlin, die Beseitigung der administrativen Aufteilung des Ruhrgebiets sowie nicht zuletzt die in den ersten Nachkriegsjahren völlig illusorisch erscheinende Aussicht auf eine Erneuerung der vormals überaus engen Wirtschaftsbeziehungen zum lothringisch-saarländisch-luxemburgischen Industriegebiet.

Wie groß der von ihm propagierte „Weststaat“ sein sollte, verdeutlichte Adenauer gegenüber einem französischen Abgesandten, indem er ausführte, nur ein Staat „avec une population de 15 millions d’habitants“ könne einflussreich genug sein, mäßigend auf die Politik des Reiches zu wirken und damit den Frieden zu sichern.<sup>173</sup> Allein, aus Paris kam eine prompte, erneut schroffe Zurtückweisung, und Außenminister Stresemann lehnte den Plan Adenauers ebenso entschieden ab wie direkte Verhandlungen der Industriekapitäne Stinnes, Vögler und Silverberg mit der französischen Seite, woraufhin Adenauer und seine industriellen Verbündeten endgültig aufgaben und am 23. Januar 1924 Reichskanzler Marx offiziell mitteilten, „sich hinsichtlich ihrer Pläne in Zukunft jeglicher Betätigung enthalten“ zu wollen.<sup>174</sup>

Dennoch kommt der Adenauer-Initiative 1923/24<sup>175</sup> in Bezug auf die spätere Gründung Nordrhein-Westfalens eine hohe historische Bedeutung zu: In ihr scheinen die Konturen einer rheinisch-westfälischen Verbindung mit dem Ruhrgebiet als Kern und einer Einwohnerschaft von ca. 15 Millionen Menschen ebenso auf wie die Begründung, damit gleichzeitig die französischen Ansprüche beziehungsweise Loslösungsbestrebungen bezüglich des Rheinlandes abwehren und dennoch zu einer deutsch-französischen Annäherung gelangen zu wollen. Und schließlich ist hier bereits der Gedanke einer Montanunion impliziert, wie er gerade von Nordrhein-Westfalen ausgehen und zum Grundstein der europäischen Integration werden sollte.

### VIII.

Obwohl sich durch die Nicht-Realisierung von Art. 165 WRV auch die Frage der Wirtschaftsprovinzen eigentlich erledigt hatte, blieben diese als Blaupausen einer künftigen möglichen Veränderung der territorialen Verhältnisse innerhalb des Reiches virulent. Im Jahr 1928 veröffentlichte der Leipziger Geographie-Professor Erwin Scheu (1886–1981) seinen Vorschlag zur Schaffung von neun,

173 Ebd., Dok. 43 „10. Januar 1924: Gespräch zwischen Adenauer und einem Abgesandten des französischen Politikers Louis Loucheur [Auszug]“, S. 233.

174 Hans-Peter Schwarz: Adenauer. Der Aufstieg: 1876–1952. Stuttgart 1986, S. 286.

175 Eine kritische Würdigung der Adenauer-Pläne, die nicht frei von tatsächlich separatistischen Motiven gewesen seien, Köhler: Adenauer und die Rheinische Republik, S. 257–279.



in 22 diverse „Wirtschaftsbezirke“ unterteilten „Wirtschaftsgebiete[n]“.<sup>176</sup> Er hatte zu diesem Thema bereits jahrelange Vorstudien betrieben und zum Teil auch veröffentlicht.<sup>177</sup> Scheu nahm deutliche Anleihen bei Hans Baumann (den Entwurf Rabes konnte er zu diesem Zeitpunkt noch nicht gekannt haben), indem er seinem Plan als Einteilungskriterien die jeweiligen vorhandenen Verhältnisse in Wirtschaft (Industrie, Handel und Landwirtschaft) und Verkehr zugrunde legte, diese aber unter anderem um die soziokulturelle Kategorie des „Zusammengehörigkeitsgefühls der Bevölkerung“ ergänzte.<sup>178</sup> So gelangte er zu einer sehr groß dimensionierten „Nordwestdeutschen Wirtschaftsprovinz“ (Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und das heutige Niedersachsen plus Minden-Ravensberg, beide Lippe und Kassel), einer „Oberrheinischen Wirtschaftsprovinz“ (Baden, Württemberg und die Rheinpfalz), einer „Baltischen Wirtschaftsprovinz“ (der gesamte Ostseeraum von Wismar bis Ostpreußen) und einer „Märkischen Wirtschaftsprovinz“ (weitgehend Berlin-Brandenburg mit der Altmark). Wie bei Baumann wurde Schlesien im Norden verkleinert und Bayern verlor Unterfranken, während die „Mitteldeutsche Wirtschaftsprovinz“ Sachsen, Anhalt und Thüringen umfasste. Übrig blieben eine „Niederrhein-Westfälische Wirtschaftsprovinz“ mit dem Wirtschaftsbezirk Ruhrgebiet als Mittelpunkt und der Vereinigung der nördlichen Rheinprovinz mit dem Rest Westfalens zuzüglich Waldeck, aber ohne das Siegerland und Olpe, und die „Mittelrheinische Wirtschaftsprovinz“ mit den Regierungsbezirken Trier und Koblenz, dem Taunus, Rheinhessen, Frankfurt, Darmstadt und Mainfranken (siehe Karte 6).<sup>179</sup>

Bereits kurz vor Scheu hatte der von republikanisch gesinnten Politikern und Intellektuellen wie Gustav Bauer, Paul Löbe (Vorsitzender 1926–1932), Eduard David, Hugo Preuß, Theodor Heuss, Ernst Lemmer, Joseph Joos, Joseph Wirth, Friedrich Dessauer, Carl Spiecker, Heinrich Krone, Carl von Ossietzky oder Kurt Tucholsky getragene „Deutsche Republikanische Führerbund“ Ende September 1926 unter dem Titel „Wege zum deutschen Einheitsstaat“ Vorschläge unterbreitet, die bezogen auf Nordwestdeutschland eine um die ostwestfälischen Gebiete jenseits des Teutoburger Waldes erweiterte Provinz Niedersachsen und eine vereinigte Provinz Rheinland-Westfalen ohne den Südtel der Rheinprovinz, die in etwa „dem heutigen Lande Nordrhein-Westfalen entsprochen hätte“<sup>180</sup>, vorsahen. Allerdings war die öffentliche Wirkung, die der auch unter der

176 Erwin Scheu: Deutschlands Wirtschaftsprovinzen und Wirtschaftsbezirke. Berlin 1928.

177 Ders.: Deutschlands wirtschaftsgeographische Harmonie. Breslau 1924 sowie Ders.: Die wirtschaftsgeographische Gliederung Deutschlands, in: Erde und Wirtschaft I (1927), S. 7–30.

178 Vgl. Obst: Neugliederung, S. 37 f., Vogel: Reichsgliederung, S. 141–150, Steinberg: Deutscher Westen, S. 115–117 und Matz: Länderneugliederung, S. 61 f.

179 Vgl. auch John (Hg.): Reichsreform, S. 311.

180 Steinberg: Deutscher Westen, S. 118. Die Karte des „Führerbundes“ inklusive Deutsch-Österreichs zeigt 12 „unmittelbare Reichsprovinzen“, darunter ein mit dem Plan Baumanns nahezu identischer „Rhein-Maingau“ und ein Baden, Württemberg, Hohenzollern und die

Bezeichnung „Deutscher Republikanischer Reichsbund“ bekannte Zusammenschluss republiktreuer Kräfte<sup>181</sup> mit seinem Vorschlag erzielte, einigermaßen überschaubar, was auch für seine sonstigen Aktivitäten galt. Einen ähnlichen Weg beschritt etwa zur gleichen Zeit der Ministerialdirektor im Reichsarbeitsministerium, Erwin Ritter, in seinem Buch „Freie Reichsländer“, in welchem er die bestehenden Länder (Bayern, Baden, Württemberg, Sachsen, Thüringen) sowie das aus Kleinstländern neu gebildete Hessen ebenso wie die bisherigen preußischen Provinzen zu „Reichsländern“ erhob, in welchen der Reichspräsident automatisch auch „Landespräsident“ sein sollte und deren Regierung von „Landesdirektorien“ gebildet wurden.<sup>182</sup> Ende 1927 meldete sich der in Trier geborene Verdener Landrat Adolf Varain (1888–1967) mit der Idee zu Wort, alle Länder und preußischen Provinzen in fünf große Reichsländer neu zu ordnen: Preußen (Ost- und Westpreußen, Pommern, Brandenburg, Berlin, Schlesien), Niedersachsen (Hannover, Schleswig-Holstein, beide Mecklenburg, Oldenburg, Braunschweig, Hamburg, Lübeck und Bremen), Sachsen-Thüringen (mit Anhalt), Süddeutschland (Bayern, Baden, Württemberg, Hessen) und Rheinland-Westfalen als Vereinigung der beiden preußischen Westprovinzen zuzüglich beider Lippe.<sup>183</sup> Im Unterschied zu dieser „großen Lösung“ schlug der preußische Ministerialrat Otto Frielinghaus vor, das Reichsgebiet künftig analog der Zuständigkeitsbereiche der Landesarbeitsamtsbezirke zu gliedern, die weder mit den alten Länder- noch mit den Provinzgrenzen übereinstimmten.<sup>184</sup> Vom Königsberger Oberbürgermeister Hans Lohmeyer (1881–1968) stammte das Konzept einer Gliederung des Reiches in 13 als „Selbstverwaltungskörper“ ausgestaltete „Reichsprovinzen“, darunter die unverändert bleibende Rheinprovinz und das um beide Lippe sowie Waldeck ergänzte Westfalen, die eventuell noch auf neun reduziert werden konnten.<sup>185</sup> Vom einhelligen Chor der „Einheitsstaatsverfechter“ hob sich in dieser Zeit nur eine föderalistische Stimme ab, diejenige des Rostocker Juraprofessors und Leiters von Schmittmanns „Reichsarbeitsgemeinschaft Deutscher Föderalisten“, Rudolf Henle (1879–1941). Er plädierte für die Auflösung Preußens und die Bildung von neun „echten“ Ländern nach

---

südliche Rheinpfalz umspannendes „Groß-Schwaben“; vgl. Sartorius: Minden-Ravensberg, S. 42 f.

181 Düwell: Reichsreform, S. 224.

182 Erwin Ritter: Freie Reichsländer. Vorschläge zum Ausbau des Reiches. Köln 1927, bes. S. 51 f.

183 Adolf Varain: Neugliederung des Reiches, in: Hannoverscher Kurier vom 11. Dezember 1927; vgl. auch Sartorius: Minden-Ravensberg, S. 46 f. sowie Kohte: Neugliederung, S. 187 f.

184 Otto Frielinghaus: Der deutsche Einheitsstaat. Berlin 1928. Ähnlich auch ein Jahr zuvor Walter Delius: Die Neugliederung des Reiches: Berlin 1927.

185 Hans Lohmeyer: Zentralismus oder Selbstverwaltung. Ein Beitrag zur Verfassungs- und Verwaltungsreform. Berlin 1928. Vgl. auch Sartorius: Minden-Ravensberg, S. 47 f. und Kohte: Neugliederung, S. 188.



süddeutschem Vorbild, darunter allerdings auch ein Land „Rheinland-Westfalen“ aus Rheinprovinz und Westfalen ohne Lippe.<sup>186</sup>

Die geradezu inflationäre Zunahme von Vorschlägen zu einer Neugliederung des Reiches im Laufe des Jahres 1927 und die damit verbundene Wiederbelebung einer entsprechenden öffentlichen Debatte war die Folge einer Rede des preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun in der Berliner Humboldt-Universität, die wenig später in Broschürenform publiziert wurde.<sup>187</sup> Braun wandte sich darin unter Berufung auf die völlig ungleich im Reich verteilten Finanzlasten gegen die deutsche „Kleinstaaterei“ und den „bayerischen Partikularismus“ und forderte die Umwandlung des bisherigen deutschen Föderativstaates in einen „Einheitsstaat“, in welchem die Länder auf die Funktion bloßer Verwaltungseinheiten reduziert werden sollten. Preußen kam dabei die Rolle eines Vorreiters zu, dem sich andere Länder gerne anschließen konnten, der aber keinesfalls zerschlagen werden durfte.<sup>188</sup> Die Realisierung seines Planes sollte nach Braun „eine mächtige Volksbewegung“ ermöglichen, welche „über all jene Partikularisten hinweggehen würde, die sich der deutschen Einheitsbewegung hindernd in den Weg stellen“.<sup>189</sup> Unterstützung erhielt Brauns Kritik am unzulänglichen deutschen Finanzsystem und den damit verbundenen hohen öffentlichen Ausgaben unter anderem vom Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI) sowie vom „Alliierten Reparationsagenten in Deutschland“, dem US-Amerikaner Parker Gilbert<sup>190</sup>, was eine regelrechte „Reform-Konjunktur“ auslöste<sup>191</sup>. Insbesondere der frühere Reichsinnenminister Erich Koch-Weser sah die Zeit reif, in einer wahren Flut von Zeitungsartikeln seine alte Idee vom „dezentralisierten deutschen Einheitsstaat“<sup>192</sup> neu zu beleben. Und der Deutsche Städtetag, in dessen Vorstand

186 Rudolf Henle: Der Weg zum Großdeutschen Reich. München 1927. Vgl. auch Kohte: Neugliederung, S. 187. Zu korrigieren ist hier ausdrücklich Heinz Günter Steinberg, der Henle zu den Vertretern des Einheitsstaatsgedankens zählt, denen „Grenzprobleme“ als zweitrangig erschienen seien, Heinz Günter Steinberg: Pläne zur Neugliederung Mitteldeutschlands in den Jahren der Weimarer Republik, in: Ders./Helmut F. Wagner (Hg.): Studien zur territorialen Gliederung Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert. Hannover 1971, S. 149–214, hier 187.

187 Otto Braun: Deutscher Einheitsstaat oder Föderativsystem. Berlin 1927. Dazu Hagen Schulze: Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie. Frankfurt a. M. u. a. 1977, S. 587 f.

188 Vgl. Schulze: Braun, S. 585.

189 Braun: Einheitsstaat, S. 27.

190 Das Memorandum des „Reparationsagenten“ Parker Gilbert zur Finanzsituation der öffentlichen Haushalte im Deutschen Reich hatte das Präsidium des RDI veranlasst, in einem Spitzengespräch mit der Reichsregierung am 24. Dezember 1927 die Frage zu erörtern, „was die Reichsregierung auf das Memorandum an positiven Schritten getan habe und zu tun gedenkt“, und entsprechenden politischen Druck auszuüben. Vermerk der Reichskanzlei über die Besprechung am 24. Dezember 1927 in Berlin, in: BA Berlin-Lichterfelde R 43 I/1873, Bl. 63–66.

191 John: Weimarer Bundesstaat, S. 196 f.

192 „Der Weg zum dezentralisierten Einheitsstaat“, in: Berliner Tageblatt vom 2. August 1927.

auch der Düsseldorfer Oberbürgermeister Robert Lehr saß, forderte vehement eine umfassende Neuregelung der Reich-Länder-Beziehungen unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse zu beziehungsweise in den Kommunen.<sup>193</sup>

Genau in diese aufgeregte Phase platzierte der Architekt August Weitzel, Mitarbeiter im Planungsamt der Stadt Frankfurt a. M., einen bereits 1926 ausgearbeiteten Neugliederungsentwurf, der wie zuvor Baumann und Scheu eine Neueinteilung des Reichsgebietes auf der Grundlage von Wirtschafts- und Verkehrsgebieten vorsah.<sup>194</sup> Wo diese eher vorsichtig andeuteten, dass ihre Pläne zwar ökonomisch-rationalen Charakters waren, aber durchaus auch politische Implikationen aufwiesen<sup>195</sup>, machte Weitzel selbstbewusst klar, dass er seine Einteilung als Grundlage eines kommenden deutschen Einheitsstaates begriff<sup>196</sup>, der aus 12 beziehungsweise 13 (Österreich mit Wien) „Bezirken“ bestehen sollte: Ostpreußen, Pommern, Schlesien, Brandenburg (mit Berlin), Obersachsen, Niedersachsen/Weser (mit Bremen-Hannover), Niedersachsen/Elbe (mit Hamburg und Schleswig-Holstein), Niederrhein, Rheinfranken (mit Frankfurt a. M.), Schwaben, Franken und Bayern<sup>197</sup> (siehe Karte 7). Irgendwo zwischen Baumann und Scheu chargierend, nahm Weitzel, mit Ausnahme Schlesiens und Ostpreußens, „keinerlei Rücksicht auf die heute bestehenden oder historisch gewordenen [Binnen-] Grenzen“, wie Walther Vogel 1932 kritisch bemerkte.<sup>198</sup> Und wie Baumann und Scheu zog auch Weitzel Rohstoffverkommen, Industriezentren sowie Güter- und Verkehrsströme als Kriterien seiner Aufteilung heran, ergänzte diese jedoch um den kulturellen Faktor. So gelangte er im Westen Deutschlands zu einer Begrenzung des Bezirk „Niederrhein“ auf die nördliche Rheinprovinz (unter Abtrennung der Regierungsbezirke Trier und Koblenz), das Ruhrgebiet und einen Rumpf-Westfalens, bestehend aus dem Münster- und Sauerland abzüglich der Kreise Siegen-Wittgenstein, Brilon, ganz Ostwestfalen mit Büren und Paderborn sowie dem Kreis Tecklenburg, die allesamt „Niedersachsen/Weser“ zugeschlagen wurden. Dafür kam der emsländische Zipfel der Grafschaft Bentheim zu „Niederrhein“. Im Süden schloss sich der riesige Bezirk „Rheinfranken“ an, der Hessen, Rheinhessen, Aschaffenburg, Nordbaden bis zu einer Linie Sinsheim-Tauberbischofsheim, die

193 Vgl. John: Weimarer Bundesstaat, S. 198.

194 August Weitzel: Die regionale Gliederung Deutschlands nach Wirtschafts- und Verkehrsgebieten, in: *Erde und Wirtschaft I* (1928), S. 1–13 plus Kartenanlagen.

195 Vgl. Scheu: Deutschlands Wirtschaftsprovinzen, S. 70.

196 August Weitzel: Die regionale Gliederung des deutschen Einheitsstaates, in: *Der Zusammenschluss*, Heft 12 März 1928, S. 3–12. Wörtlich schrieb Weitzel: „Mit der europäischen Entwicklung zum Regionalismus werden wir also in Deutschland die nächste Entwicklungsstufe des zentralistischen Nationalstaates demnächst zu überspringen haben, um zu der weiteren Stufe, zum regionalgegliederten nationalen Einheitsstaat überzugehen.“ Ebd., S. 4.

197 Ebd., S. 8.

198 Vogel: Reichsgliederung, S. 150.



Rheinpfalz, das Saarland und die südliche Rheinprovinz umfasste.<sup>199</sup> Obwohl er selbst nicht unwesentliche Veränderungen bezüglich Niedersachsens an dem Weitzel-Plan vornahm, bezeichnete ihn Erich Obst als den „einstweilen einzige[n] seiner Art“, der geeignet sei, als „Grundlage“ künftiger „Kommissionsberatungen“ für eine territoriale Neuordnung Deutschlands zu dienen.<sup>200</sup> Derart geadelt, zählte die wegen der weitgehenden Berücksichtigung der Interessen des Rhein-Main-Gebietes auch als „Frankfurter Entwurf“ bekannt gewordene Ausarbeitung<sup>201</sup> zu den bedeutendsten und prominentesten Beiträgen zur Reichsreformdebatte. Für Klaus-Jürgen Matz ist an ihr besonders „bemerkenswert“ die „Zusammenführung des Nordens der Rheinprovinz mit einem allerdings verkleinerten Westfalen – das spätere Land Nordrhein-Westfalen ist hier schon vorgedacht“.<sup>202</sup>

Auch Heinz Günter Steinberg betont die Bedeutung des „beachtlichen politischen“ Entwurfs von August Weitzel.<sup>203</sup> Größeres Lob allerdings erhält Erwin Scheu, vor allem für seinen Vorschlag der Ordnung des rheinisch-westfälischen Raumes. Scheu sei der bis dahin einzige Autor gewesen, so Steinberg, der die Provinz Rheinland-Westfalen „bewusst, von ihrem wirtschaftlichen Zentrum, dem Ruhrgebiet, ausgehend, nach außen begrenzte und nach innen gliederte“.<sup>204</sup> So sei er auch auf die Teilung der alten Rheinprovinz in zwei Teile, nämlich einen nordrheinischen und einen mittelrheinischen „mit der Eifel, dem Hunsrück und dem Westerwald“, gekommen. Seltsam nur, dass bei Steinberg wie auch bei Matz die wegweisende Rolle Hans Baumanns bei der Konzeption einer neuen Provinz Rheinland-Westfalen vollkommen ignoriert wird, zumal dieser mit seiner Lösung den heutigen Grenzen Nordrhein-Westfalens ganz erheblich näherkam als Scheu oder Weitzel. Baumann habe, so Steinberg an anderer Stelle lapidar, den „heutige[n] rheinische[n] Teil von Nordrhein-Westfalen, Westfalen selbst, Lippe-Detmold und Waldeck“ zu einem „Land Rheinland-Pfalz [sic!] zusammengeschlossen“<sup>205</sup>, jedoch keine „neue[n] Gesichtspunkte“ erbracht<sup>206</sup>. Tatsächlich war es Baumann, der als erster den Gedanken einer Teilung der Rheinprovinz in eine nördliche und eine südliche Hälfte entlang der Grenze zwischen den Regierungsbezirken Köln beziehungsweise Trier und Koblenz zeichnerisch festgehalten und inhaltlich begründet hat.

199 Weitzel: Gliederung Deutschlands, S. 4, Karte 4.

200 Obst: Neugliederung, S. 40. Vogel: Reichsgliederung, S. 151, schließt sich dieser Einschätzung an, indem er meint, der Vorschlag biete immerhin „eine der Erörterung wertere Grundlage“.

201 So Steinberg: Deutscher Westen, S. 117.

202 Matz: Länderneugliederung, S. 61.

203 Steinberg: Deutscher Westen, S. 115, 117.

204 Ebd., S. 116.

205 Ebd., S. 109.

206 Steinberg: Pläne zur Neugliederung, S. 172.

## IX.

Als im Herbst 1927 die zwischenzeitlich abgeflaute Reichsreformdebatte mit voller Wucht wieder aufflammte, entschloss sich die Reichsregierung unter Kanzler Wilhelm Marx (1863–1946; Zentrum)<sup>207</sup> die Dinge nicht laufen zu lassen, sondern möglichst zu kontrollieren und zu systematisieren. Zu diesem Zweck kündigte der Reichskanzler für das folgende Jahr eine Konferenz der Länder und des Reiches an, auf der das Problem des Verhältnisses Reich-Länder endlich angegangen und nach Möglichkeit in Form einer Verwaltungs- und Verfassungsreform gelöst werden sollte.<sup>208</sup> Am Neujahrstag 1928 stellte der Chef der Reichskanzlei, Staatssekretär Hermann Pünder, auf Wunsch von Marx<sup>209</sup> der Öffentlichkeit Programm und Ziele der für den 16. bis 18. Januar in die Berliner Reichskanzlei einberufenen „Länderkonferenz“ ausführlich vor<sup>210</sup>. Dabei äußerte er die optimistische Erwartung, dass die nun erfolgende „praktische Inangriffnahme“ des „Angelproblems der deutschen Innenpolitik“ sich in späteren Zeiten „als das äußere Zeichen des Beginns einer neuen Periode deutschen staatlichen Lebens in den Geschichtswerken über die deutsche Nachkriegszeit“ finde, „vielleicht sogar in den Schulbüchern“.<sup>211</sup>

Diese Hoffnung sollte sich nicht erfüllen. Die Länderkonferenz von 1928 und die Beschlüsse der von ihr eingesetzten Ausschüsse fristen wohl hauptsächlich wegen ihres rechtlich unverbindlich gebliebenen Charakters bis heute ein Schattendasein in der Forschung zur Weimarer Republik. In der Situation des Jahres 1928 allerdings war das völlig anders. Die deutsche Presse berichtete und kommentierte den nun einsetzenden Prozess der öffentlichen Diskussion um Länderkonferenz, Verwaltungsreform und Neugliederung des Reiches kontinuierlich und intensiv<sup>212</sup> oder gab tatsächlichen wie selbsternannten Experten breiten Raum zur Darlegung ihrer Meinungen und Vorschläge<sup>213</sup>. Handelte es sich in den Jahren zuvor bei der Reichsreform – von Regierungsseite

207 Ulrich von Hehl: Wilhelm Marx 1863–1946. Eine politische Biographie (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen 47). Mainz 1987.

208 Vgl. „Reich und Länder“ im Zentrumsorgan „Germania“ vom 1. Januar 1928.

209 Pünder an Reichspostminister Schätzel (1875–1934, BVP; Reichspostminister 1927–1932) vom 3. Januar 1928, in: BA Berlin-Lichterfelde R 43 I/1874, Bl. 16 f.

210 Germania vom 1. Januar 1928.

211 Ebd.

212 So startete die in Essen erscheinende, der Ruhrindustrie nahestehende „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ eine Rundfrage unter Prominenten und Politikern zum Thema Reichsreform; vgl. „Wege zum deutschen Einheitsstaat“ vom 1. Januar 1928.

213 Vgl. die zwischen Januar und Oktober 1928 in der Reichskanzlei gesammelten Artikel, Kommentare und Beiträge in: BA Berlin-Lichterfelde R/8034/II Nr. 7827, 7828 und 7829 sowie R/8048 Nr. 250. Eine vom „Bund zur Erneuerung des Reiches“ zusammengestellte vorläufige Literaturliste kam bereits 1928 auf über 300 Einträge; vgl. Bund zur Erneuerung des Reiches: Reich und Länder. Vorschläge, Begründung, Gesetzentwürfe. Berlin 1928, S. 113–134.



durchaus so gewollt – weitgehend um ein Elitenprojekt, so erreichte das Thema nunmehr die breite Masse der Bevölkerung.

Mit äußerster Akribie bereitete die Reichskanzlei die am 16. Januar 1928 beginnende Länderkonferenz vor. Eine von Reichssparkommissar Friedrich Saemisch, 1922–1938 Präsident des Rechnungshofes des Deutschen Reiches, 1928 zusammengestellte Liste katalogisierte auf 183 Seiten buchstäblich von A bis Z sämtliche bekannten Positionen, Vorschläge und Pläne.<sup>214</sup> Auf dieser Grundlage gab Pünder interne Richtlinien für die anstehenden Verhandlungen vor, die „die unbedingte Aufrechterhaltung des föderalistischen Systems“ vorsahen und auch zu regionalen Einzelfragen konkrete Überlegungen anstellten.<sup>215</sup> Auf jeden Fall kannte man in der Reichskanzlei das einschlägige Kartenmaterial zur Länderbildung nach bisheriger Verfassungslage und „nach den neuen Vorschlägen“<sup>216</sup>, darunter auch den „Frankfurter Entwurf“ von August Weitzel<sup>217</sup> (siehe Karte 8).

Die Ankündigung der Länderkonferenz für Januar 1928 war auch Anlass für das Erscheinen eines äußerst einflussreichen Akteurs, dem gleichwohl im Rahmen der Konferenz und der von ihr gebildeten Ausschüsse nur die Rolle eines interessierten – und kommentierenden – Beobachters zufallen sollte. Gemeint ist der „Bund zur Erneuerung des Reiches“, nach seinem ersten Vorsitzenden, dem ehemaligen Reichskanzler Hans Luther (1879–1962)<sup>218</sup>, auch kurz „Lutherbund“ genannt. Er verstand sich als strikt überparteilich und politisch neutral, allein dem Zweck dienend, die innere Zerrissenheit zu überwinden und über eine „organische Verwaltungsreform“ schließlich „eine Erneuerung des Reiches herbeizuführen“.<sup>219</sup> Tatsächlich gehörten zu seinen Gründungsmitgliedern und Unterstützern Politiker von DDP, DVP, DNVP und Zentrum, dazu Konservative ohne Parteizugehörigkeit, ebenso Verwaltungsexperten, Wissenschaftler und Publizisten. Kaum oder gar nicht vertreten waren Repräsentanten der SPD sowie des linken Zentrumsflügels, von Linksintellektuellen oder gar Kommunisten ganz zu schweigen. Woher der eigentliche politische Wind im Bund wehte, konnte man daran erkennen, dass zu seinen Initiatoren vor allem Industrielle und

214 „Vorschläge zur Reichsreform“, in: BA Berlin-Lichterfelde R 43 I/1877, Bl. 42–141.

215 Undatierter Vermerk „Reform von Reich und Ländern. Ziele und Leitsätze“, in: BA Berlin-Lichterfelde R 43 I/1874, Bl. 116–122, hier 116. Zu Baden-Württemberg heißt es auf Bl. 120: „Dem süddeutschen politischen Gefühlsleben steht der Unterzeichnete zu fern, um beurteilen zu können, ob eine Vereinigung Badens mit Württemberg, auf welche die enge Verwachsung der Länder im Schwarzwald und unteren Neckargebiet hinweist, ohne größere Erregung der Bevölkerung durchführbar ist.“

216 BA Berlin-Lichterfelde R 43 I/1881–1, 1881–2.

217 Karte in: BA Berlin-Lichterfelde R 43 I/1874, Bl. 154, der komplette Entwurf R 43 I/1876, Bl. 145–158.

218 Zu Luther, einem Nachfahren des Bruders des Reformators, Reichskanzler von Januar 1925 bis Mai 1926 siehe seine Memoiren „Politiker ohne Partei“. Stuttgart 1960 sowie Bernd Braun: Die Reichskanzler der Weimarer Republik. Zwölf Lebensläufe in Bildern, Düsseldorf 2011, S. 338–371.

219 Gründungsaufruf „Erneuerung des Reiches“ in: Hannoverscher Kurier vom 8. Januar 1928.

Verbandsfunktionäre aus dem rheinisch-westfälischen Raum zählten. Genannt seien hier nur Fritz Thyssen, Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, Albert Vögler, Paul Reusch, Fritz Springorum oder Otto Most.<sup>220</sup> Zu den Unterzeichnern des Gründungsauftrages zählen weiter Otto Sartorius, Kurt Finkenwirth und auch der Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer, der in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Preußischen Staatsrates ohnehin ständig mit der Problematik Preußen-Reich und den Plänen einer Reichsreform befasst war.<sup>221</sup> Obwohl der einstimmig gewählte Vorsitzende Luther – als einziger Redner – auf der Berliner Gründungsversammlung betont hatte, dass der Bund lediglich „für Regierung und Parteien sachliche Vorbereitungsarbeit“ zur Lösung der Frage einer Reichs- und Verfassungsreform leisten wolle<sup>222</sup>, war klar, dass er besagte Lösung nur in der Überwindung der derzeitigen Verfassung und der Bildung eines wie auch immer gearteten „Einheitsstaates“ erkennen konnte. Die Wege zu diesem Endziel blieben einstweilen heftig umstritten. Sollte Preußen im Reich aufgehen oder das Reich in Preußen? Was passierte bei einer Zerschlagung Preußens mit seinen bisherigen Provinzen und den kleinen und Kleinstländern? Und wie sah der Status der traditionellen und großen süddeutschen Länder aus?

Für den „Erneuerungsbund“ standen dann auch „Fragen der territorialen Neugliederung“ des Reichsgebietes „ganz im Hintergrund“ und verblassten gegenüber dem ungelösten „Hauptproblem“ der Regelung der künftigen staatsrechtlichen Verhältnisse.<sup>223</sup> Daran arbeiteten innerhalb des Bundes unter anderem der Landesrat der Rheinprovinz, Wilhelm Kitz (Zentrum), und der preußische Finanzminister Hermann Höpker-Aschoff.<sup>224</sup> Kitz legte einen Plan vor, nach dem Preußen in ein „Reichsland“ umgewandelt werden sollte, das unmittelbar vom Reich aus regiert wurde (ähnlich wie ehemals das Reichsland Elsaß-Lothringen), der aber keinerlei territoriale Veränderungen vorsah. Über Kitz hinaus ging Minister Höpker-Aschoff (1883–1954; DDP)<sup>225</sup>, der praktisch die Existenz Preußens zur Disposition stellte – allerdings keinesfalls vor Abschluss einer Reorganisation des Reiches – und eine Art neues „Groß-Preußen“ in Form eines „Reichslandes Norddeutschland“ vorschlug, dem sämtliche preußische

220 Vgl. Thalmann: Industrie- und Handelskammern, S. 142.

221 Zur Amtszeit Adenauers als Präsident des Preußischen Staatsrats, die immerhin von 1921 bis 1933 währte, und seine gewissenhafte Amtsführung vgl. besonders die Darstellung seines Enkels, Konrad Adenauer: Konrad Adenauer als Präsident des Preußischen Staatsrats, in: Hugo Stehkämper (Hg.): Konrad Adenauer. Oberbürgermeister von Köln. Festgabe der Stadt Köln zum 100. Geburtstag ihres Ehrenbürgers am 5. Januar 1976. Köln 1976, S. 355–771.

222 Vgl. „Für Erneuerung des Reiches“. Ein neuer Bund“, in: Berliner Tageblatt vom 7. Januar 1918 und „Vorsitzender Dr. Luther“, in: Berliner Zeitung vom 7. Januar 1928.

223 Steinberg: Pläne zur Neugliederung, S. 187.

224 Vgl. John: Weimarer Bundesstaat, S. 200.

225 Erhard H. M. Lange: Hermann Höpker-Aschoff, in: Först (Hg.): Land und Bund, S. 210–226.



Provinzen zuzüglich Sachsen, Thüringen und Hessen angehören sollten. Insgesamt zwölf, ebenfalls über das Konstrukt „Reichsland“ direkt vom Reich aus regierten Provinzen standen bei Höpker-Aschoff die drei „klassischen“ süddeutschen Länder Baden, Württemberg (mit Hohenzollern) und Bayern gegenüber, die ihre Befugnisse zunächst behalten, aber allmählich mittels einer Kompetenzausweitung des Reiches dem Status der Reichsprovinzen angenähert werden sollten. Jene bekamen zwar erweiterte provinzielle Selbstverwaltungsrechte, verloren jedoch jegliche administrative, legislative und steuerrechtliche Selbständigkeit.<sup>226</sup> In die gleiche Richtung zielten auch die Vorstellungen des Düsseldorfer Landeshauptmannes Johannes Horion (Zentrum; 1876–1933), der sich unzweideutig hinter die bei Höpker-Aschoff (DDP) durchscheinende Idee eines „Reichslandes Preußen“ stellte, die zuvor so ähnlich bereits vom ehemaligen preußischen Ministerpräsidenten Adam Stegerwald und seinem Kollegen Kitz vorgetragen worden war. Horion machte sich für den – auch territorialen – Erhalt der preußischen Provinzen bei gleichzeitigem Ausbau ihrer Selbstverwaltungsrechte stark, warnte aber ausdrücklich davor, „sie zu Ländern mit den Kompetenzen der jetzigen Länder“ zu machen, da dies die „unglückselige Kleinstaaterei nur noch größer“ werden ließe.<sup>227</sup>

Angesichts eines ausgesprochen polyphonen Chores völlig unterschiedlicher Meinungen und Positionen taten die Verantwortlichen des Erneuerungsbundes gut daran, ihren Plan einer territorialen Neugliederung so konservativ wie möglich zu gestalten, um keinen Verbündeten auf dem Weg zum deutschen Einheitsstaat zu verprellen. Unter sorgfältigster Vermeidung jeglicher unnötiger Grenzänderungen schlug der Bund daher im Juni 1928 in Form vorläufiger „Leitsätze“ vor, auf dem Weg einer „übereinstimmenden Gesetzgebung des Reiches und Preußens“ letzteres in ein direkt vom Reich und seinen Instanzen verwaltetes „Reichsland“ umzugestalten, dem sich entweder andere Länder freiwillig anschließen konnten oder dem „nicht mehr leistungsfähige Länder“ angeschlossen werden sollten. So wurden innerhalb des neuen „Reichslandes Preußen“ aus den zwölf preußischen Provinzen zwölf „Reichslandprovinzen“ zuzüglich fünf neuer solcher Provinzen in Gestalt der ehemaligen Länder Thüringen, Hessen, beide Mecklenburg, Hamburg und Bremen. Die anderen Kleinstaaten Anhalt, Braunschweig, Lippe, Lüneburg, Oldenburg und Schaumburg-Lippe sollten mit ihren preußischen Nachbarprovinzen verschmolzen werden. Neben dem „Reichsland“ sah der Vorschlag des Lutherbundes dann nur noch vier weitere „besondere“ Länder mit etwas ausgeweiteter Verwaltungsautonomie vor, nämlich Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden (siehe Karte 9).<sup>228</sup>

226 Vgl. Hermann Höpker-Aschoff: *Deutscher Einheitsstaat. Ein Beitrag zur Rationalisierung der Verwaltung.* Berlin 1928.

227 „Provinzialverwaltung und Selbstverwaltung“ in: *Kölnische Zeitung* vom 6. Juli 1928.

228 *Bund zur Erneuerung des Reiches: Reich und Länder*, S. 8 f.

Mit seinem Vorschlag kam der Erneuerungsbund dem ziemlich nahe, was parallel im Verfassungsausschuss der Länderkonferenz im Entstehen begriffen war.<sup>229</sup> Dort sorgten der Vertreter des preußischen Ministerpräsidenten Braun, Ministerialdirektor Arnold Brecht (DDP)<sup>230</sup>, der bereits als Gutachter die Interessen Preußens in der „Zentralstelle für die Gliederung des Reiches“ artikuliert hatte, und der gleichzeitig im Erneuerungsbund aktive rheinische Landeshauptmann Horion<sup>231</sup> zusammen mit dem sächsischen Verfassungsrechtler Fritz Poetzsch-Heffter (DDP) dafür, dass sich die Beratungen immer stärker auf eine sogenannte „Differenzierte Gesamtlösung“ zubewegten. Danach sollten die kleineren norddeutschen Länder durch einfaches Reichsgesetz an Preußen angeschlossen werden können und mit den bisherigen preußischen Provinzen unter dem gemeinsamen Dach Preußen „Länder neuer Art“ mit eingeschränkten Rechten bilden, während die „Länder alter Art“, also Bayern, Württemberg, Baden und Sachsen vorerst ihre uneingeschränkte Eigenständigkeit behalten sollten. Preußen entging so einer drohenden Auflösung beziehungsweise Aufteilung, ja konnte sich seinerseits in Norddeutschland zusätzlich arrondieren und dann auf dem Weg zum angestrebten Einheitsstaat darauf warten, dass sich ihm auch die Länder südlich der Mainlinie anschlossen beziehungsweise die Reichsebene ihrerseits danach strebte, in einer Personalunion mit der preußischen Staatsspitze aufzugehen anstatt umgekehrt.<sup>232</sup>

Die der Reichsregierung angehörende Zentrumsparterie trat ihrerseits für einen „echten Föderativ-Staat“, aufbauend auf „wirklich lebensfähigen Ländern“, ein, der neben „einer starken Zentralgewalt“ durch eine „weitestgehende Dezentralisierung der Verwaltung“ bestimmt sein sollte.<sup>233</sup> Das machte deutlich, dass der Politische Katholizismus in Deutschland sich trotz gelegentlicher Beteiligungen an unitaristischen Bestrebungen (Adenauer, Horion, Stegerwald) noch immer als Bastion des Föderalismus verstand, während die meisten Verbände und auch der Deutsche Städtetag mit seinem Vorstandsmitglied Robert Lehr nachdrücklich eine Aufhebung der alten Ländergrenzen und „eine Neueinteilung des Reiches nach Wirtschaftsgebieten“ verlangte<sup>234</sup>.

229 Vgl. Vogel: Reichsneugliederung, S. 158 f.

230 Zum Wirken des Verfassungsausschusses, der Rolle Preußens, seinen eigenen Vorstellungen und der davon abweichenden Position Bayerns ausführlich Arnold Brecht: Föderalismus, Regionalismus und die Teilung Preußens. Bonn 1949, S. 126–152.

231 Horst Lademacher: Die Rheinprovinz und ihre Selbstverwaltung, in: Först (Hg.): Provinz und Staat, S. 9–49, hier 46.

232 Siehe hierzu John: Weimarer Bundesstaat, S. 204–208.

233 Vgl. „Richtlinien zur Reichsreform“, in: Germania vom 9. März 1928. Zugleich sprach sich die Partei, etwa im Rhein-Main-Gebiet, für eine „Zusammenfassung der im Gemenge liegenden Gebiete zu lebensfähigen Ländern auch unter Opfern Preußens“ aus.

234 Zit. nach der Denkschrift des hessischen Staatspräsidenten Bernhard Adelnung (SPD) „Zur Frage der Verfassungs- und Verwaltungsreform“, in: BA Berlin-Lichterfelde, R 43 I/1879, Bl. 97–123, hier 99.



Staatssekretär Pünder arbeitete gemeinsam mit dem preußischen Vertreter Arnold Brecht und dem bayerischen Ministerpräsidenten Heinrich Held an einem für alle Seiten gesichtswahrenden Kompromiss. Dabei standen dem breiten, aber fragilen und ideologisch zutiefst widersprüchlichen Lager der „Unitaristen“ beziehungsweise „Zentralisten“ aus SPD, DDP, DVP, NSDAP<sup>235</sup> und KPD<sup>236</sup> das ebenfalls alles andere als einheitliche der „Föderalisten“ aus dem überwiegenden Teil des Zentrums, der BVP und der DNVP gegenüber. Unter solchen Voraussetzungen war realistischerweise nicht mehr als ein Kompromiss auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner zu erwarten. Zu diesem kam es schließlich im Juni 1930. Am Ende der im November 1929 begonnenen zweiten Verhandlungsphase<sup>237</sup> stand eine Bestätigung der nur leicht veränderten „Differenzierten Gesamtlösung“<sup>238</sup> mit einem norddeutschen „Reichsland“ (Preußen), in dem Reichs- und preußische Verwaltung miteinander verschmolzen, und den „Ländern alter Art“ im Süden<sup>239</sup> oder anders ausgedrückt: „Ein mehr zentralistisches Norddeutschland unter Reichsverwaltung und ein eher föderativ organisiertes Süddeutschland.“<sup>240</sup> Der Beschluss des Verfassungsausschusses der Länderkonferenz vom 21. Juni 1930<sup>241</sup>, der nach insgesamt vier Verhandlungsrunden bei anhaltendem Widerstand Bayerns mit fünfzehn gegen drei Stimmen bei zwei Enthaltungen gefasst wurde, war allerdings vollkommen rechtsunverbindlich, weil er unter dem Vorbehalt der Zustimmung von Reichstag und Reichsrat stand<sup>242</sup>. Zudem fehlten klare Aussagen zu einer künftigen Finanz-

235 Vgl. ebd., S. 121–126.

236 Ebd., S. 126 f.

237 Siehe hierzu Verfassungsausschuss der Länderkonferenz. Niederschrift über die Verhandlungen von November 1929 im Reichsministerium des Innern. Beratung und Beschlussfassung über die Organisation der Länder und den Einfluss der Länder auf das Reich. Berlin 1929.

238 So resümierte Johannes Horion 1931 angesichts der Übereinstimmungen zwischen den Vorstellungen des Erneuerungsbundes und dem Entwurf des Verfassungsausschusses der Länderkonferenz: „Sachlich ist [...] zwischen beiden Vorschlägen so wenig Unterschied, dass es für mich kein Grund sein konnte, im Verfassungsausschuss der Länderkonferenz gegen die Anträge der überwiegenden Mehrheit, die zudem vom Vertreter Preußens [Brecht; G. H.] ausgegangen waren, zu stimmen.“ Zitiert bei Lademacher: Rheinprovinz, S. 47.

239 Vgl. Materialien zur Länderkonferenz Berlin 1929. Eine Übersicht über Verhandlungen, Dokumente und Beschlüsse bei Franz Albrecht Medicus: Reichsreform und Länderkonferenz. Die Beratungen und Beschlüsse der Länderkonferenz und ihrer Ausschüsse, Berlin 1930.

240 So Gerhard Schulz: Triebkräfte und Ziele der Reichsreform nach der Weimarer Verfassung, in: Rudolf Morsey (Hg.): Verwaltungsgeschichte. Aufgaben, Zielsetzungen, Beispiele. Vorträge und Diskussionsbeiträge der verwaltungsgeschichtlichen Arbeitstagung 1976 der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Berlin 1977, S. 71–99, Zitat 92.

241 Verfassungsausschuss der Länderkonferenz. Niederschrift über die Verhandlungen des Verfassungsausschusses vom Juni 1930 und Beschlüsse des Verfassungsausschusses über 1. die Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen Reich und Ländern, 2. Organisation der Länder und der Einfluss der Länder auf das Reich. Berlin 1930.

242 Vgl. John: Weimarer Bundesstaat, S. 207 f. und Matz: Länderneugliederung, S. 63.

verfassung und über notwendige beziehungsweise sinnvolle territoriale Veränderungen größerer Art.

Als der Beschluss der Länderkonferenz endlich auf dem Tisch lag, befand sich Deutschland schon wieder in einem Vorwahlkampf und bereits fest im Würgegriff der Weltwirtschaftskrise. Das Auseinanderbrechen der letzten von einer parlamentarischen Mehrheit gestützten Reichsregierung unter Hermann Müller (SPD) Ende März 1930 hatte als neuen Reichskanzler den Zentrumspolitiker Heinrich Brüning ins Amt gebracht, der mangels eigener Mehrheit fortan mit Hilfe der Notverordnungen des Reichspräsidenten regieren sollte. Er hatte angesichts der heraufziehenden Gefahr des Nationalsozialismus, der bei der Neuwahl des Reichstages am 14. September 1930 zur zweitstärksten politischen Kraft im Reich aufsteigen sollte, einer um sich greifenden schweren Rezession mit rasant ansteigender Massenarbeitslosigkeit und massiven Steuerausfällen sowie der abschließenden Regelung des Reparationsproblems gänzlich andere Sorgen als die Umsetzung der Beschlüsse der Länderkonferenz. Außerdem war er nach eigener Aussage ein entschiedener Gegner von „Preußens Annexionspolitik“.<sup>243</sup> Eine Reichsreform kam für ihn nur nach der Überwindung der aktuellen großen Schwierigkeiten in Frage. Bis dahin lavierte er und spielte auf Zeit.<sup>244</sup> Dafür brachten sich einige maßgebende Protagonisten der Debatte beim Reichskanzler direkt und mahnend in Erinnerung. Im April 1931 übersandte die Frankfurter „Geographische Verlags-Anstalt“ eine Neuauflage des „Frankfurter Entwurfes“ von August Weitzel mit der Bitte, doch „den maßgebenden Herren der Reichsregierung von der Neuerscheinung Kenntnis zu geben“.<sup>245</sup> Auf dem Umschlag prangte Weitzels Deutschlandkarte, in der sich im Westen das Land „Niederrein“ in Gestalt der Vereinigung des nördlichen Rheinlandes mit dem überwiegenden Teil Westfalens deutlich erkennen ließ.

Am Ende löste sich das Problem, jedenfalls vorläufig, ganz praktisch, indem Brüning über das System der Notverordnungen eine „kalte Unitarisierung“<sup>246</sup> des Reiches dergestalt betrieb, dass die Finanzbefugnisse der Länder vollends ausgehöhlt und damit mehr oder weniger ihrer Eigenstaatlichkeit „entkleidet“ wurden<sup>247</sup>. In diesem Klima verloren die republikanisch-demokratisch gesinnten Verfechter des Einheitsstaates endgültig jeden Einfluss auf die Reichsreform, während sich ein vom Zentralismus beherrschtes Klima entwickelte, in welchem auch die als „Preußenschlag“ bekanntgewordene Reichsexekution unter Reichskanzler Franz von Papen gegen die preußische Regierung Braun am

243 Zit. nach John: Weimarer Bundesstaat, S. 212.

244 Vgl. ebd. S. S. 212–214.

245 Geographische Verlags-Anstalt und Druckerei Ludwig Ravenstein A. G. an Reichskanzler Heinrich Brüning vom 13. Mai 1931, in: BA Berlin-Lichterfelde R 1501/125133, Bl. 32.

246 So John: Weimarer Bundesstaat, S. 212.

247 Matz: Länderneugliederung, S. 66.



20. Juli 1932 möglich wurde.<sup>248</sup> Die Amtsenthebung der preußischen Staatsregierung musste als Alarmzeichen dafür verstanden werden, was von einer „Unitarisierung“ des Reichs unter autoritären Vorzeichen zu erwarten stand.

X.

Eine ganz eigene Dynamik entwickelte die sich ab Herbst 1927 intensivierende Neugliederungsdebatte speziell für Westfalen, und zwar bezogen auf die Idee einer eigenständigen „Ruhrprovinz“ ebenso wie auf die aus Hannover artikulierten Gebietsansprüche.

Im Grunde war, wenn es um die Schaffung neuartiger „Wirtschaftsprovinzen“ ging, eine Ruhrprovinz einfacher zu begründen als eine große Provinz Rheinland-Westfalen. Und tatsächlich hatten sich die Ruhrgebietskammern diese Frage im Laufe der 1920er Jahre selbst gestellt, nachdem schon 1918 und dann wieder 1919/20 die Forderung nach einer eigenen Ruhrprovinz mit dem Zentrum Essen erhoben worden war<sup>249</sup>. Man besann sich aber nach einigem Nachdenken darauf, dass ein aus dem Zusammenhang der Provinzen Rheinland und Westfalen herausgelöstes Ruhrgebiet „zu viele Nachteile“ beinhalten würde, da das Industrieviertel „auf historischer, wirtschaftlicher, kultureller und politischer Ebene so eng mit dem übrigen Rheinland und Westfalen verknüpft wäre“.<sup>250</sup> Mangelte es der Idee einer eigenständigen Ruhrprovinz also im Revier selbst an Unterstützung, so löste sie außerhalb des Ruhrgebiets eine geschlossene und parteiübergreifende Abwehrreaktion aus.<sup>251</sup> Besonders im östlichen Westfalen fürchtete man für diesen Fall um die eigene Lebensfähigkeit.

Dies lag nicht zuletzt an den Aktivitäten der niedersächsischen Nachbarn. In Hannover hatte man im Zuge der neu aufkommenden Reichsreformdebatte Anfang 1928 die Chance erkannt, den mit der gescheiterten Volksabstimmung von 1924 abgebrochenen Versuch einer Loslösung von Preußen und der Etablierung eines Landes Niedersachsen<sup>252</sup> neu zu starten. Hauptträger dieses „Niedersachsendenkens“ war weniger deren politischer Haupttransporteur, die „Deutschhannoversche Partei“ (DHP)<sup>253</sup>, als die niedersächsische Wirtschaft in Verbindung mit der Technischen Hochschule Hannover. Offiziell beauftragt

248 John: Weimarer Bundesstaat, S. 216 f.

249 Vgl. Hoffacker: SVR, S. 50 f. und Hüttenberger: Nordrhein-Westfalen, S. 17.

250 So Thalmann, S. 71 unter Zitierung der Festschrift Aus der Geschichte der Industrie- und Handelskammer zu Bochum. Zu ihrem 75jährigen Bestehen. Hg. von der Geschäftsführung der IHK Bochum“. Bochum 1932, S. 93 f.

251 Vgl. u. a. Willi Oberkrome: „Heimat“ und Großraumpläne aus der Sicht mittel- und westdeutscher Heimatschutzbewegungen, in: John (Hg.): Reichsreform, S. 419–432, hier 426.

252 Hierzu ausführlich Neumann: Politischer Regionalismus, S. 304–373.

253 Vgl. auch Heide Barmeyer: Von der Niedersachsenbewegung zur Gründung des Landes Niedersachsen, in: Herbert Obenaus/Hans-Dieter Schmid (Hg.): Nachkriegszeit in Niedersachsen. Beiträge zu den Anfängen eines Bundeslandes. Bielefeld 1999, S. 13–29.

durch den hannoverschen Provinziallandtag, machte sich der Schriftwart der „Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft zum Studium Niedersachsens“ und Professor für Geographie an der Universität Braunschweig, Kurt Brüning (1897–1961)<sup>254</sup>, unterstützt von Erich Obst und dem Hannoveraner Handelskammersyndikus Kurt Finkenwirth an eine Denkschrift über ein künftiges Wirtschaftsgebiet Niedersachsens<sup>255</sup>. Als er im Sommer 1928 erste Ergebnisse in einem Zeitungsartikel veröffentlichte<sup>256</sup>, löste dies in Preußen, insbesondere aber in Westfalen erhebliches Aufsehen aus. Denn Brüning definierte als integrale Bestandteile einer „Wirtschaftsprovinz“ Niedersachsens neben der Provinz Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Bremen und Cuxhaven auch den Kreis Grafschaft Schaumburg (Hessen-Nassau), Schaumburg-Lippe, Lippe-Detmold, den Regierungsbezirk Minden – schließlich gehörten die Industrie- und Handelskammern Bielefeld, Minden und Detmold allesamt zur Vereinigung Niedersächsischer Handelskammern – und den Kreis Tecklenburg.<sup>257</sup> In der am Ende in zwei Bänden (erschieden 1929 und 1931) vorliegenden Denkschrift „Niedersachsen im Rahmen der Neugliederung des Reiches“<sup>258</sup> – mit insgesamt mehr als 500 Druckseiten und 250 Karten und Tabellen das bis dahin umfangreichste Werk der gesamten Reichsreformdebatte<sup>259</sup> – wurde es aus westfälischer Sicht noch schlimmer, denn jetzt beanspruchte Niedersachsen zum Regierungsbezirk Minden mit den Kreisen Minden, Lübbecke, Herford, Bielefeld, Halle, Wiedenbrück und Höxter und dem Kreis Tecklenburg auch noch den zum Regierungsbezirk Arnberg gehörenden Kreis Lippstadt, zusammen 4.703 km<sup>2</sup> (23,3 Prozent der Gesamtfläche der Provinz Westfalen) mit knapp 780.000 Einwohnern (16,2 Prozent der Bevölkerung). Die westfälische Provinzialverwaltung in Münster startete umgehend eine wissenschaftliche Gegenoffensive. Insbesondere die Landesräte Ernst Kühl (1888–1972) und Karl Zuhorn<sup>260</sup> förderten das unter

254 Zu Kurt Brüning auch Kirsten Rütter/Hans-Peter Waldhof: Landesplanung, Raumforschung und die umstrittene Grenzziehung zu Nordrhein-Westfalen. Zur Rolle Kurt Brünings bei der Gründung des Landes Niedersachsen, in: Neues Archiv für Niedersachsen 2 (1996), S. 3–22.

255 Vgl. Hans-Georg Aschoff: Die Gründung des Landes Niedersachsen, in: Robert Kretzschmar/Anton Schindling/Eike Wolgast (Hg.): Zusammenschlüsse und Neubildungen deutscher Länder im 19. und 20. Jahrhundert. Stuttgart 2013, S. 215–234.

256 „Das Gebiet Niedersachsens“ von Kurt Brüning, in: Hannoverscher Kurier vom 1. Juli 1928.

257 Zu den wirtschaftlichen Verflechtungen Ostwestfalens mit dem niedersächsischen Raum und den in den frühen 1920er Jahren starken Orientierungen zur Nachbarprovinz sowie den daraus resultierenden Auseinandersetzungen auch Neumann: Politischer Regionalismus, S. 452–466.

258 Kurt Brüning: Niedersachsen im Rahmen der Neugliederung des Reiches, 2 Bde. Hannover 1929, 1931.

259 Vgl. Aschoff: Gründung des Landes Niedersachsen, S. 219.

260 Vgl. auch Zuhorns Verteidigungsschrift gegen die niedersächsischen Ambitionen: Der westfälische Lebensraum, in: Die Westfälische Heimat 13 (1931), S. 29–32.



Leitung der Historiker Hermann Aubin und Franz Petri entstandene monumentale Gesamtwerk „Der Raum Westfalen“<sup>261</sup>, in welchem die niedersächsischen Ansprüche auf westfälische Gebietsteile mit historischen, geographischen, ökonomischen, kulturellen und volkskundlichen Argumenten akribisch zurückgewiesen wurden.<sup>262</sup> Unmittelbar auf Zuhorn zurück ging die in diesem Kontext erfolgte Gründung eines eigenen westfälischen regionalgeschichtlichen Provinzialinstituts im Jahre 1929.<sup>263</sup>

Auch wenn es bis zum Ende der Weimarer Republik zu keiner Veränderung der gemeinsamen Grenzen kommen sollte, ist der Konflikt zwischen den beiden preußischen Nachbarprovinzen Hannover und Westfalen doch höchst aufschlussreich und vor allem wegweisend für die Länderbildung in der britischen Zone 1946 gewesen. Viel stärker als in Westfalen, wo dieser Gedanke hauptsächlich von der Ruhrindustrie mit Stoßrichtung auf die Bildung eines Landes „Rheinland-Westfalen“ entwickelt und propagiert worden war, setzten die autonomistisch orientierten Kreise der Wirtschaft und Verwaltung in Hannover auf das Instrument der „Wirtschaftsprovinz“ als Hebel für eine Loslösung von Preußen und die Einrichtung eines eigenen Landes. Der „Niedersachsendanke“ trat damit aus dem Stadium des rein folkloristischen Heimatpatriotismus heraus und argumentierte mit sorgsam erarbeiteten rationalen Befunden<sup>264</sup>, unter denen die Kriterien Energieversorgung, Wirtschaftsbeziehungen, Einwohnerverdichtungen und Verkehrswege deutlich auf die Vorarbeiten von Baumann, Rabe oder Scheu verwiesen. Zugleich provozierte er ähnliche westfälische Anstrengungen, welche in der Abgrenzungsproblematik nach dem Zweiten Weltkrieg eine wichtige Rolle spielen sollten.

Zu den Streitpunkten zwischen Hannover und Münster gehörte das bis dahin selbständige Land Lippe-Detmold. Um den Status der beiden lippischen Freistaaten waren bereits unmittelbar nach Gründung der Weimarer Republik heftige Auseinandersetzungen entbrannt. Diese betrafen einerseits die Frage der Sinnhaftigkeit einer fortgesetzten Selbständigkeit dieser „Zwergländer“, die zusammen mit Waldeck-Pyrmont, Oldenburg, den beiden Mecklenburg oder Braunschweig zu Symbolen der deutschen „Kleinstaaterei“ avancierten, zum anderen aber für den Fall von deren Beseitigung das daraus resultierende Anschlussproblem. Dass beide Länder bei Aufhebung ihrer Selbständigkeit zu Preußen kommen würden, stand angesichts der geographischen und ökonomischen Verhältnisse fest. Fraglich war aber, welche Provinz sie aufnehmen würde, ein Problem, das sich auch schon in Zusammenhang mit der Bildung von

261 Hermann Aubin u. a. (Hg.): Der Raum Westfalen, Bde. I–VI. Berlin 1931 ff.

262 Vgl. auch Aschoff: Gründung des Landes Niedersachsen, S. 219.

263 Franz Flaskamp: Karl Zuhorn. Ein Lebensbild aus Verwaltung und Wissenschaft mit Bibliographie, in: Der Märker. Heimatblatt für den Bereich der ehemaligen Grafschaft Mark 17 (1968), S. 53–55, hier 54.

264 Vgl. auch Neumann: Politischer Regionalismus, S. 496 f.

Wirtschaftsgebieten auf Grundlage von Art. 165 WRV gestellt hatte.<sup>265</sup> In Bezug auf Schaumburg-Lippe ging die Tendenz hierbei mehrheitlich zur Provinz Hannover.<sup>266</sup> Erst als sich die Selbständigkeitsbefürworter bei der Volksabstimmung in Schaumburg-Lippe 1926 zur Überraschung und zum Ärger Preußens knapp durchsetzen konnten, wurde das Thema bis auf Weiteres zu den Akten gelegt.<sup>267</sup>

Anders in Lippe-Detmold. Hier verfolgte das Landespräsidium unter Landespräsident Heinrich Drake (1881–1970) einen inhaltlichen Kurs. Drake hatte bereits 1920 erste, allerdings unverbindliche Verhandlungen mit der preußischen Regierung über einen Anschluss seines Landes geführt. Dies war aber nach dem Votum der Zentralstelle für die Gliederung des Reiches, dass anders als bei Schaumburg-Lippe „zur Zeit“ keine unmittelbare „Notwendigkeit zur Veränderung der staatsrechtlichen Grundlagen des Landes Lippe“ vorläge<sup>268</sup>, trotz gelegentlicher vorsichtiger Vorstöße Preußens nicht weiter vorangetrieben worden<sup>269</sup>. Bei einem informellen Treffen mit dem preußischen Finanzminister Höpker-Aschoff Ostern 1927 zeigten sich Drake und das lippische Landespräsidium dann erneut offen für ein Aufgehen des Freistaates in Preußen durch Anschluss an den Regierungsbezirk Minden, vorausgesetzt, Lippes Staatsvermögen blieb unangetastet und der Sitz des Regierungsbezirks würde von Minden nach Detmold verlegt. Preußen ließ diese Offerte unbeantwortet, so dass alles erwartungsvoll auf die Länderkonferenz im Januar 1928 blickte, von der man sich konkrete Entscheidungen oder zumindest Lösungsvorschläge für den künftigen Status der Klein- und Kleinstländer erwartete. Der Sozialdemokrat Drake trat auf der Konferenz betont selbstbewusst auf und gab sich als Anhänger der Einheitsstaatsidee zu erkennen, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass Reichseinheit und eine gestärkte Selbstverwaltung die beiden Seiten ein und derselben Medaille bildeten. Vor allem aber wandte er sich gegen ein einfaches Aufgehen in einem „Großpreußen“ oder das finanzielle Aushungern der teilweise hochverschuldeten kleinen Länder. Entsprechend heftig fielen dann auch die Kontroversen mit seinem sozialdemokratischen Parteifreund, dem preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun, aus.<sup>270</sup> Als ihn Kurt Brüning im Auftrag der Provinzialregierung Hannover im Jahr 1931 in Detmold aufsuchte und fragte, wohin Lippe im Falle einer Gebietsreform zu kommen wünsche, sprach sich Drake unter Hinweis auf die starken wirtschaftlichen Bindungen seines Landes an Westfalen und die Rhein-Ruhr-Region klar für Westfalen aus.<sup>271</sup> Seit spätestens Mitte der 1920er Jahre war sich der lippische Landespräsident bewusst,

265 Vgl. u. a. Ursula Rombeck-Jaschinski: Heinrich Drake und Lippe. Düsseldorf 1984, S. 85 f.

266 Neumann: Politischer Regionalismus, S. 468–477.

267 John: Weimarer Bundesstaat, S. 273.

268 BA Berlin-Lichterfelde R 43 I/1861 Bl. 175 f.

269 Hierzu im Detail Rombeck-Jaschinski: Drake, S. 86–121.

270 Vgl. ebd. S. 124–126 sowie John: Weimarer Bundesstaat, S. 275.

271 Rombeck-Jaschinski: Drake, S. 129 f.



dass sein Land über kurz oder lang keine Zukunft als selbständiges Staatswesen haben würde und sah nur eine realistische Option: „Der spätere Anschluss nach Westen“, bekannte Drake im Jahre 1947, „war von mir 20 Jahre früher schon vorbereitet nach der Regel, dass der Verstand – der Kopf – stärker in einigen Dingen des Lebens bleiben muss als das Herz.“<sup>272</sup>

## XI.

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 schien auch die endgültige Lösung der Reichsreformproblematik gekommen zu sein. Denn kaum eine andere politische Richtung hatte so radikal den deutschen Einheitsstaat propagiert wie die NSDAP. Und folgerichtig unternahm das neue Regime alles, die Gleichschaltung der Länder mit dem Reich voranzutreiben. Im „Gleichschaltungsgesetz“ vom 31. März 1933 wurden die Länderparlamente erst der Zusammensetzung des Reichstags nach dem Wahlergebnis vom 5. März 1933 „angepasst“ und anschließend als eigenständige politische Faktoren vollständig ausgeschaltet. Am 7. April 1933 folgte das „Reichsstatthaltergesetz“, durch das die Länder unmittelbar dem Reich unterstellt wurden. Im „Gesetz über den Neuaufbau des Reiches“ vom 30. Januar 1934 wurde diese personalisierte Synchronisation der Macht weiter formalisiert und offiziell auf die Reichregierung übertragen.<sup>273</sup> Dennoch oder gerade wegen dieser als zunächst abschließend empfundenen gesetzlichen Regelungen gingen die Pläne zu einer Reichsreform beziehungsweise Länderneugliederung in die nächste Runde.

Obwohl die neuen Machthaber anfänglich immer wieder betont hatten, wie ernst es ihnen mit der Vollendung einer Reichsreform in ihrem Sinne sei<sup>274</sup>, verhedderten sie sich bei der Realisierung des Vorhabens zunehmend „in den polykratischen Tendenzen und Strukturen des NS-Regimes“ und dem aus der Taktik des „teile und herrsche“ erwachsenen, absichtlich dilatorischem Verhalten Hitlers in dieser Frage.<sup>275</sup> Vor allem die immer größer werdenden persönlichen

272 Zit. nach: Landesarchiv Nordrhein-Westfalen (LA NRW) RWN 139–5 Nachlass Peter Hüttenberger, Denkschrift Drakes „Lippe – Grafschaft – Fürstentum Freistaat“ von 1947, Bl. 58.

273 Vgl. u. a. Matz: Länderneugliederung, S. 67.

274 In einer Eingabe der Industrie- und Handelskammer Schaumburg-Lippe vom 24. April 1934 an die Reichskanzlei wird Bezug genommen auf Ausführungen von Reichsinnenminister Frick auf einer Konferenz der Ministerpräsidenten und Innenminister der Länder Ende März 1934 in Berlin, wo er erklärt habe, „dass die Herstellung der Einheit des Reiches eine geschichtliche Aufgabe sei, wie sie in Jahrtausenden nur einmal an die Nation gestellt werde. [...] Der Neubau des Reiches werde [...] nach dem unerschütterlichen Willen des Führers mit der gleichen Entschlossenheit durchgeführt werden, mit der schon in kurzer Zeit von der nationalsozialistischen Führung des Reiches zahlreiche Maßnahmen getroffen wurden, deren Verwirklichung sich der Führer zum Ziele gesetzt hatte.“ BA Berlin-Lichterfelde R 1501/382, Bl. 74–77, Zitat 74.

275 So Matz: Länderneugliederung, S. 67.

Ambitionen der Gauleiter, deren Machtbereiche sich nicht an überkommenen Verwaltungsgrenzen, sondern an der Einteilung der Reichstagswahlkreise aus dem Jahr 1924 orientierten<sup>276</sup>, führten zu einem disfunktionalen „Dualismus von Staatsverwaltung und Partei“<sup>277</sup>. Unabhängig vom 1935 erlassenen Publikationsverbot für Diskussionsbeiträge zu Fragen der Reichsreform und territorialen Neuordnung<sup>278</sup> gingen die internen Planungen hierzu daher auch lange nach dem Kriegsausbruch 1939 weiter. Die dahinterstehenden Neuordnungsbestrebungen verstanden sich dabei keineswegs als gegen die offizielle Linie des Regimes gerichtet, aber doch immerhin weitgehend unabhängig von ihr. Ein Akteur war die im Juni 1935 per Erlass Hitlers geschaffene „Reichsstelle für Raumordnung“ (RfR), die nach dem deutschen Überfall auf Polen zusätzlich die Aufgabe erhielt, die Germanisierungspolitik in den „eingegliederten Gebieten“ auf eine wissenschaftlich-rationale Grundlage zu stellen.<sup>279</sup> Dennoch fristete die RfR innerhalb der Verwaltung des NS-Staates mit ihren Verschachtelungen und zahlreichen Sonderbehörden ein Schattendasein, was ihr andererseits ermöglichte, Überlegungen bezüglich der Zukunft des Reiches nach einem (gewonnenen) Krieg anzustellen, die durchaus unkonventionell sein konnten. Hierzu zählten Ende 1942 von den führenden RfR-Mitarbeitern Walter Muthmann und Gerhard Isenberg fertig ausgearbeitete „Pläne für eine territoriale Neuordnung Deutschlands“. Mit diesen in engem Kontakt stand schon seit längerem der ehemals überzeugte Nationalsozialist, Regierungspräsident in Breslau und konservative Verwaltungsfachmann Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg (1902–1944), mittlerweile im Reichsernährungsministerium tätig und Mitglied in der Widerstandsgruppe um Helmuth James Graf von Moltke (1907–1945). Unter dem Vorwand, die Versorgung Deutschlands durch eine Bezirkseinteilung in Gestalt „landwirtschaftlicher Marktverbände“ raumplanerisch vorzubereiten, lieferten Muthmann und Isenberg Kartenskizzen, die sie selbst später als Vorüberlegungen zu künftigen neuen „Reichsländern“ mit „systemsprengendem Charakter“ deklarieren sollten.<sup>280</sup> Jedenfalls führte Schulenburg die Arbeit der RfR als „Plan der großen Einheiten, der die Aufteilung Preußens und die Einteilung des Reiches in zehn Länder mit geographisch und wirtschaftlich „aus-

276 Zu den Auseinandersetzungen der Gauleiter mit den preußischen Landeshauptleuten unter Führung des westfälischen Landesrates Kühl Steinberg: Deutscher Westen, S. 128–130.

277 So Steinberg, ebd., S. 127.

278 Siehe auch Wagner: Territoriale Gliederung, S. 68.

279 Zur RfR Ulrich Heinemann: Ein konservativer Rebell. Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg und der 20. Juli. Berlin 1990, S. 115 f.

280 Der nach dem Krieg im Bundesfinanzministerium tätige Isenberg berichtete, bei den Plänen habe man um „eine einfache und überschaubare Gliederung zu erzielen, über die bestehenden Gaue hinaus Gebiete von durch Land und Leute geprägt Einheit zusammengefasst, die innerlich als ausgewogen gelten konnten“. Zit. nach Wagner: Territoriale Gliederung, S. 68. Zur kritischen Würdigung der Zusammenarbeit von RfR und Schulenburg Heinemann: Konservativer Rebell, S. 116 f.



reichender Tragfähigkeit' vorsah", in die Beratungen des Kreisauer Kreises ein.<sup>281</sup> Tatsächlich befassten sich die „Kreisauer“, wenn auch nicht vorrangig, mit der Frage eines territorialen Neuaufbaus des Reiches und dem Widerstehen der gleichgeschalteten Länder, die nicht losgelöst zu den verfassungs- und allgemeinpolitischen Neukonzeptionen betrachtet werden konnte. Immerhin scheint sich eine kleine Gruppe bestehend aus dem Jesuitenpater Lothar König (1906–1946), dem ehemaligen Oberpräsident von Oberschlesien Hans Lukaszek (1885–1960) und eben Graf von der Schulenburg um diesen Komplex intensiver gekümmert zu haben.<sup>282</sup> Auf jeden Fall gab es nicht nur den Isenberg-Schulenburg-Entwurf, über den Eugen Gerstenmaier berichtet, ihn von Schulenburg in Form einer handgezeichneten Karte persönlich präsentiert bekommen zu haben<sup>283</sup>, sondern auch einen auf Johannes Popitz zurückgehenden „Plan der kleinen Einheiten“ mit dreißig „Landschaftsgauen“ und als eine Art „Kompromiss“ zwischen beiden eine von Albrecht Haushofer entworfene „Mittellösung“ mit achtzehn „Reichsländern“<sup>284</sup>.

Ganz gleich, ob die diversen skizzenhaften Überlegungen „Neuordnungsvorstellungen des Widerstandes“ entsprachen, wie dies bei Johannes Popitz, Lothar König oder Albrecht Haushofer<sup>285</sup> zweifellos der Fall gewesen ist, oder eher „Reformplänen des Staatsapparates“ entstammten, wie Ulrich Heinemann für den Schulenburg-Isenberg-Plan annimmt<sup>286</sup>, und wie sie im Einzelnen aufgebaut waren – sie alle atmeten unübersehbar den Geist der Vorarbeiten aus der Weimarer Neugliederungsdebatte<sup>287</sup>. Ohne jene sind sie nicht erklärbar, und über sie wurden die Weimarer Entwürfe in die Nachkriegszeit transportiert, ohne vom NS-Unrechtsstaat diskreditiert worden zu sein.

Dies gilt das besonders für den „Plan der großen Einheiten“ (siehe Karte 10). Er wirkt wie eine Mischung aus Baumann, Scheu und Weitzel mit einigen neuen Momenten: Während Ostpreußen und Schlesien nahezu unverändert bleiben, umfasst „Brandenburg-Berlin“ zusätzlich Vor- und Hinterpommern. Sachsen, Thüringen und Anhalt werden zu „Obersachsen“ vereinigt, das rechtsrheinische Bayern verliert Aschaffenburg und Miltenberg, erhält aber Teile Südthüringens

281 Heinemann: *Konservativer Rebell*, S. 119.

282 Vgl. Roman Bleistein (Hg.): *Dossier: Kreisauer Kreis. Dokumente aus dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus*. Aus dem Nachlass von Lothar König S. J., Frankfurt a. M. 1987, S. 344 f.

283 Ebd., S. 345.

284 Heinemann: *Konservativer Rebell*, S. 119. Vgl. auch Hans Rothfels: *Die deutsche Opposition gegen Hitler*. Krefeld 1951, S. 126, 147 f.

285 Die bei Bleistein nach S. 344 abgebildete Bleistiftzeichnung dürfte Haushofers „Mittellösung“ wiedergeben.

286 Heinemann: *Konservativer Rebell*, S. 119.

287 Vgl. Kohte: *Neugliederung*, S. 196: „Gerade in denjenigen Plänen, die offenbar gründlicher durchgearbeitet waren, ist der Einfluss der Gedanken der Reichsreform aus den zwanziger Jahren unverkennbar.“

und Tauberbischofsheim, Württemberg und Südbaden werden zu „Schwaben“ vereinigt, im Norden entsteht ein mächtiges „Nordsachsen“ mit Schleswig-Holstein, beiden Mecklenburg, den Hansestädten und den nördlichen Gebieten Oldenburgs, Braunschweigs und Hannovers, während „Niedersachsen“ zwar den Kreis Minden und Schaumburg-Lippe hinzugewinnt, aber ansonsten weitgehend auf die südliche Provinz Hannover reduziert wird. Zwischen Niedersachsen und Bayern schiebt sich ein großes Land „Rhein-Main“, das von Nordhessen bis Nordbaden und das Saarland reicht und auch die Rheinpfalz umschließt. Und im Westen: Da entsteht ein Land „Niederrhein-Westfalen“, das im Süden zwar den Kreis Ahrweiler behält, aber ansonsten die Regierungsbezirke Koblenz und Trier komplett an „Rhein-Main“ abgeben muss. Außerdem büßt der westfälische Teil die Kreise Siegen, Wittgenstein und Warburg ebenfalls an „Rhein-Main“ ein, erhält dafür aber Lippe-Detmold und im Norden – wohl aus konfessionellen Gesichtspunkten – das Emsland und das Oldenburger Münsterland.<sup>288</sup>

Dass dieses „NRW“ von 1943/44, abgesehen von der größeren Ausbuchtung im Norden, so verblüffend seinem Nachkriegs-Namensvetter ähnelt, ist alles andere als ein Zufall. Seine Schöpfer, ob nun Staatsdiener oder Widerstandskämpfer oder beides, fühlten sich frei von dynastischen, politischen oder tradierten volkscundlichen Zwängen und planten auf Grundlage ihnen rational und vernünftig erscheinender Kategorien und Faktoren, die zu einem ausgewogenen Ergebnis in Deutschland führen sollten. Und deshalb gelangten sie zu Überlegungen, die viel Ähnlichkeiten mit den „Wirtschaftsprovinzen“ Baumanns oder Scheus aufweisen. Im Fall „Niederrhein-Westfalen“ wird daher nicht nur die Rheinprovinz mit Westfalen vereinigt, sondern auch noch, wie in den Vorstellungen der Ruhrindustrie, quasi entlang der Regierungsbezirksgrenze zwischen Köln und Koblenz/Trier geteilt. Das Ruhrgebiet bleibt dagegen unzerteilt, wird aber kein eigenes Land und von großen westfälischen und rheinischen Agrarflächen umschlossen, während Lippe-Detmold seine Selbständigkeit zugunsten der West-Lösung verliert. Fertig war „NRW“.

Wie gesehen, hat das NS-Regime die offenen Fragen einer Reichs- und Verwaltungsreform in Deutschland nicht gelöst. Sie waren zwischen 1933 und 1945 mehr oder weniger virulent und wurden von den entsprechenden Verwaltungseliten, ob nun im Dienst der Diktatur oder in Opposition zu ihr stehend, überdacht und bearbeitet. Dadurch blieben sie „lebendig“ und man konnte nach der deutschen Niederlage auf ihre Resultate zurückgreifen. Dabei ist noch nicht die Rede gewesen von Akteuren beziehungsweise Experten, welche die Zeit des „Dritten Reichs“ in einer „Nischensituation“ außerhalb von Staats- und Partei-

288 Vgl. die als Plan 7 beziehungsweise 8 bei Münchheimer: Neugliederung, in der Kartenbeilage abgedruckten Karten des „Plans der großen Einheiten“ und des „Plans der kleinen Einheiten“. Eine Beschreibung der Karte findet sich bei Kohte: Neugliederung, S. 195 und Steinberg: Deutscher Westen, S. 131 f.



apparat beziehungsweise politischem Engagement mehr oder weniger inaktiv, aber weitgehend unbehelligt überstanden hatten und nun wieder für eine aktive gesellschaftliche Mitarbeit zur Verfügung standen. Und wie verhielt es sich darüber hinaus mit der von Kurt Düwell angesprochenen Gruppe deutscher Emigranten aus Wirtschaft, Publizistik, Wissenschaft und Verwaltung, die 1933 ins Exil geflüchtet waren, unter Mitnahme all ihrer Kenntnisse und eigenen Vorschläge bezüglich einer Neugliederung des Reiches?

Schon 1970 bemerkte Walter Först über das Wissen der westlichen Besatzungsmächte bezüglich des Weimarer Diskussionsstandes und ihre Quellen: „Es dürfte ihnen nicht unbekannt geblieben sein, welche Folgen und Wirkungen territoriale Fragen in der Weimarer Republik gehabt hatten. In die Absicht der demokratischen Umerziehung der Deutschen mischten sich nicht nur eigene, heimische wie übernationale Ideologien, sondern auch reiche deutsche Beobachtungen, Erfahrungen und Überlegungen. Denn in nicht geringer Zahl und keineswegs ohne Wirkung waren in England und Amerika Deutsche nach ihrer Emigration beratend und meinungsbildend tätig geworden.“<sup>289</sup>

## XII.

Am 7. Mai 1945, an dem Generaloberst Alfred Jodl in Reims die Unterschrift unter die deutsche Kapitulationsurkunde setzte, vollendete in New York der in Sachen Reichsreform wohl wichtigste und sachkundigste deutsche Exilant, der ehemalige preußische Ministerialrat Arnold Brecht (1884–1977)<sup>290</sup>, die Einleitung zu seiner Studie „Federalism and Regionalism in Germany“.<sup>291</sup>

Darin bedankte sich Brecht für die Unterstützung einer Reihe von deutschstämmigen Kolleginnen und Kollegen bei der Erstellung seines Buches, darunter Josef Berolzheimer, Hedwig Wachenheim und Hans Simons.<sup>292</sup> Sie alle kannten sich mit der jüngeren deutschen Verwaltungsgeschichte aus und hatten Zugang zu den entsprechenden Dokumenten. Das Thema der deutschen Reichsreform war in amerikanischen Fachkreisen also durchaus bekannt.<sup>293</sup> Spätestens nach der Schlacht um Stalingrad, dem markantesten Wendepunkt im Zweiten Weltkrieg, begann man sich auf Seiten der westlichen Alliierten mit dem Problem der deutschen Nachkriegsordnung intensiv auseinanderzusetzen. Seit 1942 existierte in Washington bereits ein „Beratungsausschuss für Nachkriegsprobleme“, der sich unter anderem mit der Frage beschäftigte, ob Deutschland nach seiner

289 Först: Geschichte, S. 78.

290 Claus-Dieter Krohn/Corinna A. Unger (Hg.): Arnold Brecht 1884–1977. Demokratischer Beamter und politischer Wissenschaftler in Berlin und New York. Stuttgart 2006.

291 Titel der amerikanischen Originalausgabe: Federalism and Regionalism in Germany – The Division of Prussia. New York 1945.

292 Brecht: Föderalismus, S. 15.

293 Zweifel daran meldet Düwell: Reichsreform, S. 225 an.

Niederlage aufgeteilt werden sollte und wenn ja in welcher Form.<sup>294</sup> Ein von US-Präsident Franklin D. Roosevelt auf der Teheraner Konferenz im Dezember 1943 seinen britischen und sowjetischen Verbündeten vorgelegter Plan sah eine Aufteilung in den Grenzen von 1937 in fünf große Länder vor: Preußen (Ostpreußen, Schlesien, Brandenburg, Pommern, beide Mecklenburg, Anhalt und Berlin), Sachsen (Sachsen und Thüringen), Baden-Württemberg-Bayern, Hessen (Hessen, Mittelrhein, Rheinpfalz) und Hannover-Nordwestdeutschland (Schleswig-Holstein, die Hansestädte, Niedersachsen, nördliche Rheinprovinz und Westfalen), darin eingeschlossen als „internationalisiertes Gebiet“ das Ruhrrevier.<sup>295</sup> Der Plan stieß insbesondere beim britischen Premier Winston Churchill auf Widerspruch, der zu diesem Zeitpunkt eine völlige Abtrennung Preußens vom Rest Deutschlands präferierte, während sich der sowjetische Diktator Stalin abwartend verhielt, aber keinen eigenen Vorschlag unterbreitete.<sup>296</sup> Obwohl der Roosevelt-Plan daraufhin nicht weiter verfolgt wurde, enthielt er bereits zwei für die deutsche Nachkriegsordnung wesentliche Elemente: Ein internationales Ruhrgebiet in den Grenzen der am Ende der 1920er Jahre und während des „Dritte Reichs“ immer wieder diskutierten „Ruhrprovinz“ sowie die Teilung der Rheinprovinz südlich von Bonn. Noch markanter als der Roosevelt-Plan adaptierten die im Herbst 1944 veröffentlichten Überlegungen des Deutschland-Experten James Kerr Pollock (1898–1968) von der Universität Michigan deutsche Vorstellungen aus der Zeit Weimarer Reichsreformdebatte. Pollock, der sich schon seit den 1920er Jahren für die innenpolitischen Verhältnisse und Probleme des Deutschen Reiches interessiert und 1935 als Wahlkommissar die Volksabstimmung im Saargebiet beobachtet hatte, plädierte für eine „division of the Reich into nine Reichsländer or states“ auf der Basis historischer, kultureller, wirtschaftlicher und politischer Gesichtspunkte, vor allem aber einer „rationalen Verwaltung“.<sup>297</sup> Er teilte das Reichsgebiet von 1937 in eine sowjetische, eine britische und eine amerikanische Besatzungszone auf. Die östliche, sowjetische Zone umfasste die Länder Preußen (Ostpreußen, Pommern, Brandenburg, Berlin und Schlesien) und „Obersachsen“ (Sachsen und Thüringen mit Teilen Anhalts), die britische „Hansa-Mecklenburg“ (die Hansestädte, Schleswig-Holstein und beide Mecklenburg), Niedersachsen (mit Ostwestfalen und Anhalt) sowie „Niederrhein“ (nördliche Rheinprovinz, Ruhrgebiet und restliches Westfalen), und die amerikanische schließlich „Rheinfranken“ (Hessen, Unterfranken und Mittelrhein), das um die bayerische Pfalz vergrößerte Baden, Württemberg

294 Vgl. Wagner: Territoriale Gliederung, S. 74.

295 Siehe die Kartenskizze ebd., S. 141. Ferner Rolf Steininger: Einleitung, in: Ders.: Die Ruhrfrage 1945/46 und die Entstehung des Landes Nordrhein-Westfalen. Britische, französische und amerikanische Akten. Düsseldorf 1988, S. 14 und Herre: Neugliederung, S. 19.

296 Wagner: Territoriale Gliederung, S. 74 f.

297 Zit. nach: Wagner: Territoriale Gliederung, S. 74.



(mit Bayerisch-Schwaben) und das übrige Bayern (siehe Karte 11).<sup>298</sup> Man sieht mit bloßem Auge, dass Pollock die Pläne von Obst beziehungsweise des Lutherbundes bekannt gewesen sein müssen. Noch mehr Ähnlichkeiten weist sein Entwurf aber bis hin zur Verwendung gleicher Bezeichnungen mit dem Vorschlag Erwin Scheus und vor allem mit dem „Frankfurter Entwurf“ von August Weitzel auf, worauf auch Arnold Brecht bereits 1945 hingewiesen hat: „Im übrigen sehen Pollocks Länder Niederrhein, Rheinfranken, Niedersachsen und Obersachsen [...] „den entsprechenden Einheiten des Frankfurter Plans und den Wirtschaftsprovinzen Scheus ziemlich ähnlich.“<sup>299</sup> Obwohl zunächst „nur für Besatzungszwecke gemacht“, [...] habe Pollock durchaus von seinen Ideen erwartet, „dass sie späterhin auch brauchbare Verwaltungseinheiten im neuen demokratischen Deutschland abgeben könnten“.<sup>300</sup>

Insofern ist die Feststellung Helmut Wagners, es sei doch „immerhin erstaunlich“, dass Pollocks Plan, vor allem angesichts des frühen Zeitpunktes seiner Veröffentlichung im Herbst 1944, „in groben Zügen die spätere Territorialeinteilung der Bundesrepublik vorweggenommen“ habe<sup>301</sup>, alles andere als überraschend. Sie erklärt sich vielmehr durch die bei einem amerikanischen Deutschland-Experten vorauszusetzende Kenntnis der deutschen Verhältnisse und Debatten. Was viel mehr Erstaunen hervorruft, ist ein bei Wagner unerwähnt gebliebenes Detail: die von Pollock vorgenommene Einteilung des Reichsgebietes in Besatzungszonen. Als noch niemand von einer künftigen französischen Zone sprach, legte Pollock die Grenze zwischen der britischen und amerikanischen Zone exakt auf die Grenze zwischen den Regierungsbezirken Köln und Koblenz/Trier. Die damit verbundene Teilung der Rheinprovinz, die ja auch schon der Roosevelt-Plan im Jahr zuvor beinhaltet hatte, war demzufolge mitnichten ein Akt bürokratischer Willkür, sondern folgte deutschen Empfehlungen, wie sie von 1920 an wiederholt vorgetragen worden waren. Gleiches gilt im Übrigen für die Vereinigung des nördlichen Rheinlandes mit Westfalen unter Umschließung des Ruhrgebiets und die Schaffung zweier weiterer Länder in der britischen Zone, nämlich Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Dazu bedurfte es im Jahre 1944 weder eines sowjetischen Feindbildes noch der Notwendigkeit der Abwehr eines französischen Zugriffs auf die Ruhr.

Arnold Brecht war als Inhaber des renommierten Lehrstuhls für Politische Wissenschaften an der „New York School for Social Research“ schon lange vor Kriegsende ein wichtiger Berater der US-Administration in außen- und speziell deutschlandpolitischen Fragen gewesen<sup>302</sup>, ehe seine im Mai 1945 erschienene

298 Vgl. die Kartenskizze ebd., S. 144.

299 Brecht: Föderalismus, S. 163.

300 Ebd.

301 So Wagner: Territoriale Gliederung, S. 74.

302 Vgl. Hagen Schulze: „Zum Tode von Arnold Brecht: Glaubwürdiger Zeuge der Demokratie. Von Weimar zum Nachkriegsdeutschland“, in: Die Zeit vom 30. September 1977.

Föderalismusstudie erheblichen Einfluss auf amerikanische, aber auch britische Regierungskreise nehmen sollte<sup>303</sup>. Dies ist umso mehr von Bedeutung, als Brecht in ihr, unter ausdrücklicher Berufung auf das Standardwerk von Walther Vogel und unter Erwähnung der Problematik von Artikel 165 WRV, nicht nur die Planungen von Hugo Preuß, Erwin Scheu, August Weitzel und anderen ausführlich beschrieben, sondern auch kartographisch wiedergegeben hat.<sup>304</sup> Sie standen also der britischen und amerikanischen Besatzungsmacht zur Verfügung. Und auch James Pollock blieb in dieser Hinsicht nicht untätig: Er ging 1945 als Berater der US-Militärregierung und des Hohen Kommissars für Deutschland in das besetzte Reichsgebiet, wo er als Vorsitzender des „Regional Government Coordinating Office“ (RGCO) im November 1945 den Stuttgarter Länderrat gründete.

Rolf Steininger zitiert in seinem Quellenband zur Entstehung Nordrhein-Westfalens ein in diesem Zusammenhang aufschlussreiches Memorandum des britischen Außenministeriums vom 27. November 1944 über eine künftige, als unerlässlich angesehene föderale Ordnung in Deutschland. Die dafür notwendigen künftigen deutschen Bundesstaaten „müssten untereinander ausgewogen sein im Hinblick auf Größe, Bevölkerung etc., d. h. Preußen und auch die kleineren Staaten könnten nicht länger bestehen bleiben“. Bei einer Auflösung Preußens sollten die bisherigen preußischen Provinzen in neue Länder überführt werden, wobei auch der Zusammenschluss mehrerer alter Provinzen denkbar wäre: „Rheinland-Westfalen könnte ein solcher Fall sein.“ Das aber entsprach ziemlich präzise der Abschlussempfehlung der Länderkonferenz 1930, selbstverständlich ohne den Gedanken eines Aufgehens Preußens in einer starken zentralen Reichsgewalt. Und nach der Konferenz von Jalta legte der britische Außenminister Anthony Eden dem Kriegskabinett am 19. Februar 1945 einen Plan vor, der mit seinen territorialen Vorschlägen, insbesondere der Idee eines „Weststaates“, bestehend aus der Rheinprovinz, Westfalen (ohne Minden-Ravensberg), Rheinhessen, der Saar, der bayerischen Pfalz und Hessen-Darmstadt, offenkundig an die deutschen Diskussionen der 1920er Jahre anknüpfte.<sup>305</sup>

303 John: Weimarer Bundesstaat, S. 404.

304 Brecht: Föderalismus, S. 156–162.

305 Steininger: Einleitung, S. 37.



## XIII.

Man kann davon ausgehen, dass eine so lange und so breit öffentlich diskutierte innenpolitische Frage wie diejenige einer deutschen Reichsreform zumindest von den Deutschlandexperten in Großbritannien und den nach 1933 zu diesen zählenden deutschen Emigranten zur Kenntnis genommen beziehungsweise aufgegriffen worden ist, zumal man sich ja auf Seiten der westlichen Alliierten spätestens seit 1943 mit dem Problem der Aufteilung des besiegten Reiches befasst hat.

Anfang Januar 1945 legte die britische Militärführung den Plan eines Staates „Rhenania“ vor, bestehend aus der Provinz Westfalen ohne den Regierungsbezirk Minden, der kompletten Rheinprovinz und dem Saarland, der nach ihren Vorstellungen auch vom übrigen Deutschland hätte abgetrennt werden können.<sup>306</sup> Sonderlich originell war dieser Plan nicht, findet er sich – natürlich ohne Lösungsoption vom Reich und unter der Bezeichnung „Rheinland-Westfalen“ – genauso oder sehr ähnlich bereits bei Albert Cohen 1921, Konrad Adenauer 1923 und Hans Rabe 1927. Womöglich hat die Kenntnis der deutschen Neugliederungspläne aber auch die Entscheidung des Foreign Office vom Februar 1945 beeinflusst, Frankreich zwar unbedingt von einer unmittelbaren Mitsprache im Ruhrgebiet fernzuhalten, ihm dafür jedoch eine eigene Besatzungszone im Westen Deutschlands zuzusprechen. Auf jeden Fall hatte man für diese Variante sogleich auch eine Lösung: Die Teilung der Rheinprovinz entlang der Grenze zwischen den Regierungsbezirken Köln und Koblenz beziehungsweise Trier.<sup>307</sup> Was auf den ersten Blick aus britischer Sicht recht generös anmutet, war nicht mehr als ein Handel zu Lasten Dritter, in diesem Fall der US-Amerikaner. Denn der „politische Kompromiss zwischen London und Paris“<sup>4308</sup> beschränkte die künftige französische Besatzungszone im Prinzip auf Gebiete, die nach den Plänen aus den Jahren 1943 und 1944 (Roosevelt-Plan; Pollock-Plan) Bestandteile der amerikanischen Zone in Süd- und Südwestdeutschland sein sollten. Als Grenze zwischen britischer und französischer Zone war seinerzeit dieselbe Linie vorgesehen. Aber diese Grenzziehung stellte keinen alliierten Willkürakt zur mutwilligen Zerschneidung der Rheinprovinz dar, sondern stand in Übereinstimmung mit zahlreichen Vorschlägen aus der Reichsreformdebatte, war also durchaus als deutsche Idee zu bezeichnen. Die Festlegung der Südgrenze des

306 Vgl. Rolf Steininger: Ein neues Land an Rhein und Ruhr. Die Entstehungsgeschichte Nordrhein-Westfalens 1945/46, Stuttgart 1988, S. 47 f. sowie Karte auf S. 11.

307 Vgl. Beate Dorfey: Eine Rheinprovinz, zwei Länder und die Frage der Länderneugliederung nach 1945, in: <http://rheinische-geschichte.lvr.de/Epochen-und-Themen/Themen/eine-rheinprovinz-zwei-laender-und-die-frage-der-laenderneugliederung-nach-1945/DE-2086/lido/sacb422626fb41.78727119>, S. 3 (Abruf: 19. März 2020).

308 Ebd., S. 4.

Landes Nordrhein-Westfalen allein auf den Umstand der Schaffung einer französischen Besatzungszone zurückzuführen, greift demnach wesentlich zu kurz.<sup>309</sup>

Es gibt noch einen weiteren Hinweis darauf, dass die Briten ziemlich genau über die deutschen Verwaltungsstrukturen und ihre Hintergründe im nordwestlichen Teil des Reichsgebietes Bescheid wussten. Im Dezember 1945 versandte ein in Minden stationierter britischer Besatzungssoldat mit Vornamen Robert eine von der Armee erstellte Weihnachtskarte an seine Lieben in der Heimat „with good wishes for christmas and the new year“ (siehe Karte 12). Diese Karte war jahrelang als Exponat im „Museum der belgischen Streitkräfte in Deutschland“ in Soest zu sehen und ist zuletzt in der 2018 in Paderborn gezeigten Ausstellung „Die Briten in Westfalen“ öffentlich präsentiert worden<sup>310</sup>, ohne besonderes Aufsehen zu erregen. Sie zeigt den Teil der britischen Besatzungszone, in welchem das 1. Corps der Besatzungsarmee stationiert war, versehen mit den Abzeichen der einzelnen in den regionalen Hauptquartieren ansässigen Untereinheiten sowie stilisierten touristischen Höhepunkten und Sehenswürdigkeiten. Spektakulär dabei ist der Umstand, dass sich besagtes Territorium des 1. Corps exakt auf die nördliche Rheinprovinz, das Ruhrgebiet, die Provinz Westfalen und das Land Lippe-Detmold erstreckt. Wir erblicken also auf einer militärischen Grußkarte aus dem Winter 1945 nicht nur das erst ein gutes halbes Jahr später gegründete Nordrhein-Westfalen, sondern sogar Nordrhein-Westfalen in den Grenzen von 1947 nach der Eingliederung Lippes. Wieder nur ein Zufall? Die Zweifel an dieser Annahme wachsen noch weiter, wenn man sich anschaut, welche Gebiete den beiden Nachbarcorps, dem 8. und dem 30. Corps, zugewiesen worden waren: Das 8. Corps war im Gebiet der Provinz Schleswig-Holstein untergebracht und das 30. Corps in dem vereinten Territorium der Provinz Hannover beziehungsweise der Länder Oldenburg, Braunschweig und Schaumburg-Lippe.<sup>311</sup> Diese Aufteilung entsprach nicht nur den im Jahr darauf gebildeten Ländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, sondern bis ins Detail dem von Obst und Vogel publizierten Entwurf von Hans Baumann. Jeder dieser drei Militärdistrikte war in irgendeiner Form bereits in der Reichsreformdebatte aufgetaucht, sei es als Wirtschaftsgebiet, als Wirtschaftsprovinz, als „Reichsprovinz“ oder als ein „Land neuer Art“.

309 Zu korrigieren wäre demnach Dorfey, S. 31: „Die Teilung der Rheinprovinz war eine Entscheidung der beiden Besatzungsmächte Großbritannien und Frankreich. Sie entsprang deren politischen Bedürfnissen und war deren politischen Zielen geschuldet.“

310 Schriftliche Auskunft der Kuratorin der Ausstellung, Dr. Bettina Blum, vom 22. Februar 2019.

311 Angaben von Frau Dr. Bettina Blum.



## XIV

Etwa zur gleichen Zeit, als in London die entscheidende Phase der Neustrukturierung der britischen Besatzungszone begann, am 1. April 1946, legte der Hannoveraner Oberpräsident Hinrich Wilhelm Kopf eine im Wesentlichen von Kurt Brüning verfasste 13seitige Denkschrift vor, die er umgehend an die britische Militärregierung übersandte.<sup>312</sup> Darin brachte Brüning „seine Vorstellungen und Argumente aus der Weimarer Zeit weitgehend unverändert“ ein<sup>313</sup>, was sich deutlich in der von ihm vorgeschlagenen Gebietseinteilung der britischen Zone widerspiegelte: Danach sollte es zwar künftig drei Länder geben, wovon eines mit der Verbindung von Schleswig-Holstein und Hamburg weitgehend unstrittig war. Auch war von einem vereinigten rheinisch-westfälischen Gebiet die Rede. Allerdings sollte das dazwischen liegende Niedersachsen deutlich vergrößert werden und, wie zu Weimarer Zeiten bereits gefordert, Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Bremen, Schaumburg-Lippe, Lippe-Detmold sowie den Regierungsbezirk Minden und die Kreise Tecklenburg, Lübbecke, Bielefeld, Herford und Halle umfassen.<sup>314</sup> Die offiziell als „Kopf-Denkschrift“ firmierende Sammlung niedersächsischer Ansprüche auf westfälische Gebiete setzte die Oberpräsidien in Münster und Düsseldorf unter Druck, Gegenvorschläge zu unterbreiten. Zusätzliche Nervosität entstand durch Berichte in der britischen Presse, namentlich im „Observer“ vom 14. April 1946, nach denen das französische Kabinett seine nach dem französischen Außenminister als „Bidault-Plan“ bekannten Forderungen einer Abtrennung des Ruhrgebiets von Deutschland und der Bildung eines unabhängigen Ruhrstaates unter einer interalliierten Regierung bekräftigt hatte.<sup>315</sup> Als die Militärregierung von der nordrheinischen Provinzialverwaltung Vorschläge für den Aufbau einer Verwaltung in einem Land „Nordrhein“ verlangte, reagierte deren Oberpräsident Robert Lehr am 6. Mai 1946 in Form einer Denkschrift, die in ihrer Struktur der von Kopf ähnelte und auch die darin enthaltene Idee einer Aufteilung der britischen Zone in drei Länder aufgriff. Damit ging Lehr indes weit über seinen ursprünglichen Auftrag hinaus und entwickelte parallel zur in Paris tagenden Außenministerkonferenz, auf der das weitere Schicksal des besetzten Deutschlands beraten wurde, die Blaupause für ein künftiges Land „Nordrhein-Westfalen“.<sup>316</sup>

Lehr befasste sich zunächst mit allgemeinen Fragen der territorialen Neuordnung der britischen Zone und Kriterien für einen möglichst optimalen

312 Vgl. Barmeyer: Niedersachsenbewegung, S. 20–24.

313 So Aschoff: Gründung des Landes Niedersachsen, S. 225.

314 Angaben ebd.

315 Vgl. u. a. Zuhorn: Vorgeschichte, S. 107 sowie Först: Geschichte, S. 93 f.

316 Vgl. Wolfgang Hölscher: Nordrhein-Westfalen. Deutsche Quellen zur Entstehungsgeschichte des Landes 1945/46, Düsseldorf 1988, Dok. 102 „6.5.1946: Oberpräsident Lehr an die Militärregierung Nord-Rheinprovinz (Auszug)“, S. 308–310.

Zuschnitt und Verwaltungsaufbau der vorgesehenen „neuen Länder“, wobei er unter Punkt 7 ausdrücklich auf die Reichsreformdebatte der 1920er Jahre Bezug nimmt.<sup>317</sup> Erst danach kam er zu der von ihm präferierten Lösung von drei Ländern: „a) im Süden das Rheinisch-Westfälische Gebiet mit seinen reichen Braun- und Steinkohlevorkommen und der Eisen schaffenden und Eisen verarbeitenden Industrie als Mittelpunkt. b) Unmittelbar anschließend der Raum Hannover mit seinen Nachbargebieten und Enklaven, unter dem Begriff ‚Niedersachsen‘ zusammengefasst, und gleichartig in Wirtschaftsformen und stammesmäßigen Zusammenhängen. c) Im Norden Schleswig-Holstein und in diesem Raum Hamburg in Sonderstellung.“ Klar zurückgewiesen wurde im Anschluss eine Lösung in Form von vielen „Kleinstländern“, da diese „grundsätzlich sowohl vom staatspolitischen wie auch vom Verwaltungsstandpunkt für die moderne Zeit völlig abzulehnen ist und das Staatsgebiet [...] in die Zeiten nach dem 30-jährigen Krieg zurückfallen lassen würde“. Lehr bot deshalb als Kompromiss eine „mittlere Lösung“ an, in der die britische Zone in fünf „Gruppen“ aufgeteilt werden sollte: Die Nordrhein-Provinz unter der künftigen Bezeichnung „Rheinland“, Westfalen, Hannover, Schleswig-Holstein und dem Stadtstaat Hamburg. Im Folgenden machte der Autor aber unmissverständlich klar, dass aus seiner Sicht eigentlich nur die erste Variante in Frage kam. Angesichts des Wegfalls der südlichen Rheinprovinz stellt für ihn ein Land „Rheinland“ schlicht ein zu hohes Risiko dar: „Diese Provinz ist durch die Wegnahme ihrer landwirtschaftlichen Teile, Regierungsbezirke Koblenz und Trier, schwer getroffen. Eine Zusammenfassung der rheinischen Eisen- und Stahlindustrie und des Kohlenbergbaus mit den gleichen westfälischen Wirtschaftsgebieten ergibt ohne weiteres ein gleichartiges Wirtschaftsgebiet, aber es ist nicht richtig, bei einer Länderbildung nur einseitig einige besondere Wirtschaftszweige zusammenzufassen. Gerade in Hinblick auf die Krisenfestigkeit ist es bei Neugründungen wichtig, das Gleichartige durch Zusätzliches zu ergänzen. Deshalb muss ein rheinisch-westfälisches Wirtschaftsgebiet auch eine landwirtschaftliche Ergänzung haben. [...] Der landwirtschaftliche Teil Westfalens in seiner ganzen Ausdehnung wird hier einen z. Zt. unentbehrlichen Ausgleich bieten und das rheinisch-westfälische Gebiet wesentlich krisenfester machen als es z. Zt. ist.“<sup>318</sup>

Wer mit der komplexen Materie der Weimarer Neugliederungsvorschläge vertraut ist, erkennt die Anleihen, die Lehr hier genommen hat. Dies beginnt schon mit der von ihm vorgeschlagenen Bezeichnung „Rheinland-Westfalen“. Dies war die Bezeichnung, die als erstes von der Ruhrindustrie für die angestrebte Wirtschaftsprovinz ohne den südlichen Teil der Rheinprovinz eingeführt worden war und die später etwa von Baumann und Rabe in ihren Arbeiten über-

317 Ebd., S. 308.

318 Ebd., S. 309. Eine darstellende Würdigung von Lehrs Denkschrift bei Hüttenberger: Nordrhein-Westfalen, S. 205.



nommen wurde. Für eine genaue Kenntnis dieser Pläne durch Lehr spricht auch die besondere Betonung der Einheit von Braun- und Steinkohlebergbau im rheinischen und westfälischen Kohlerevier und der dortigen Montanindustrie, auf die dezidiert schon Baumann hingewiesen hatte, sowie der Verweis auf die Notwendigkeit einer Kompensation der südrheinischen Agrarflächen durch die großen landwirtschaftlichen Regionen Westfalens, auf die auch stets die Ruhrindustrie abgestellt hatte. Damit aber gab Lehr indirekt zu, dass ein vereinigt „Rheinland-Westfalen“ gar nicht auf die südliche Rheinprovinz angewiesen war. Auch hier lag er exakt auf der Linie derjenigen Weimarer Vorschläge, die eine Aufteilung der übergroßen Rheinprovinz in einen mit Westfalen beziehungsweise großen Teilen davon verbundenen Norden und einen dem Mittelrhein-Mainischen Gebiet zugewiesenen Süden vorsahen. Schließlich adaptierte Lehr auch die Vorstellungen des Deutschen Städtetages, dessen Vorstand er in der Weimarer Republik angehört hatte.<sup>319</sup> Dieser hatte bereits in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre die Möglichkeit der Zusammenlegung preußischer Provinzen beziehungsweise kleinerer Länder befürwortet und die Schaffung von „Wirtschaftsgebieten“ gefordert. Alles Überlegungen, die auch den aktuellen Herausforderungen entsprachen, aber keineswegs naturnotwendig von diesen abhängig zu machen waren.

In Köln hatten die vorrückenden Amerikaner bereits im März 1945 den früheren Oberbürgermeister Adenauer wieder in sein altes Amt eingesetzt. Nach Übernahme Kölns durch die Briten beließen es die neuen Machthaber vorerst bei dieser Maßnahme. Allerdings wandte sich Adenauer hinsichtlich seiner Vorstellung über eine künftige Neuordnung des westdeutschen Raumes lieber den Franzosen zu, die am 10. Juli 1945 die Verwaltung der ihnen zugestandenen Zone übernommen hatten. Im Spätsommer 1945 bemühte sich Adenauer um einen engen Austausch mit französischen Militärs, denen er klar zu machen versuchte, dass ein künftiges Deutschland nur auf Grundlage kleinerer föderaler, lose miteinander verbundener Staaten aufgebaut werden könne. Im Westen bedeute dies die Schaffung einer Einheit mindestens aus Rheinprovinz, dem Ruhrgebiet, dem Siegerland und dem Münsterland. Eine internationale Aufsicht über das Ruhrgebiet, das unzerteilt in das neue Land zu integrieren war, sollte sich allein auf wirtschaftliche Belange beschränken.<sup>320</sup> Sein Biograph Hans-Peter Schwarz sieht mit diesen Adenauer-Ausführungen Anfang September 1945 bereits „die Landkarte Nordrhein-Westfalens“ am Horizont aufscheinen.<sup>321</sup> Auch verweist er auf eine „gewisse Konstanz Adenauerscher Europa-Ideen von seinen Vorstellungen in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg über die späten zwanziger Jahre bis hin zu jenem Konzept“ der Montanunion, welches später in

319 Vgl. Först: Lehr, S. 179.

320 Schwarz: Adenauer. Der Aufstieg, S. 457–459.

321 Ebd. S. 459.

Form des Schuman-Planes Realität werden sollte. Tatsächlich entsprachen die Überlegungen bezüglich der Bildung einer westdeutschen Republik aus Rheinland und Westfalen in einem deutschen Bundesstaat jenseits von Preußen, die Adenauer im September 1945 skizzierte, weitestgehend seinen bereits 1919 und dann wieder 1923 vorgetragenen Plänen, die stets mit dem Fokus auf Frankreich entwickelt worden waren.<sup>322</sup> Im Grunde hatte sich an der Situation nichts geändert mit Ausnahme des Umstandes, dass eine Entscheidung nicht mehr in deutscher Hand lag und der Dualismus Preußen-Reich jetzt keine Rolle mehr spielte. Dass dabei die Konturen Nordrhein-Westfalens sichtbar wurden, ist nicht, wie Schwarz suggeriert, der visionären Kraft Adenauers zuzuschreiben, sondern schlicht dessen Kenntnis der Überlegungen aus der Weimarer Zeit.

Er hatte sich indes mit seinen Kontaktaufnahmen im Herbst 1945 zunächst zwischen alle Stühle gesetzt. Als er schließlich Anfang Oktober in einem Interview den Briten heftige Vorwürfe wegen ihrer Besatzungspolitik machte, reagierten diese prompt und entließen den unbequemen Oberbürgermeister am nächsten Tag aus seinem Amt.<sup>323</sup> Dieser konnte sich künftig voll der Arbeit in der CDU in der britischen Zone widmen. Dabei verlor er keineswegs die Bildung eines Rhein-Ruhr-Staates im Verbund eines wie auch immer gearteten Nachkriegsdeutschland, der als Garant für französische Sicherheitsinteressen genauso unverzichtbar war wie als Voraussetzung des deutschen und europäischen Wiederaufbaus, aus den Augen, wie seine Ausführungen auf dem CDU-Zonenparteitag im März 1946 in Neheim-Hüsten unter Beweis stellten.<sup>324</sup> Die Briten wussten daher sehr genau, wie Adenauer, der mittlerweile zu den einflussreichsten deutschen Persönlichkeiten in Westdeutschland zählte, über die territoriale Neuordnung in ihrer Zone dachte.<sup>325</sup> Deshalb suchte auch Oberst Noel G. Annan, Mitglied der britischen Kontrollkommission, ihn am 28. April 1946 in Rhöndorf auf, um zu fragen, ob er für einen Zusammenschluss der Nordrhein-Provinz mit Westfalen „ohne den Regierungsbezirk Minden“ plädieren wolle oder für zwei unabhängige Länder in diesem Raum, woraufhin der Befragte sich knapp, aber deutlich „für die erste Alternative“ aussprach.<sup>326</sup> Dies tat der Vorsitzende der CDU in der britischen Zone weiterhin auch öffentlich, so in einer Grundsatzrede vor dem Parteitag der westfälischen CDU am 17. Mai 1946 in Recklinghausen und Anfang Juli in einem Briefwechsel mit

322 Vgl. Henning Köhler: Adenauer. Die politische Biographie. Berlin 1994, S. 103–105, 180 f.

323 Schwarz: Adenauer. Der Aufstieg, S. 464 f.

324 Vgl. auch Wolfgang Hölscher: Einleitung, in: Ders.: Deutsche Quellen, S. 61.

325 Zu korrigieren ist Först: Geschichte, S. 86 f., der Adenauer in der Frage der territorialen Verhältnisse nach dem Zweiten Weltkrieg ein völliges „Desinteressement“ vorwirft und feststellt, die Schaffung eines „Rheinland-Westfalen“ habe für ihn „keinerlei Relevanz mehr gehabt“.

326 Konrad Adenauer an seinen Bonner CDU-Parteifreund Karl Müller vom 29. April 1946, in: Hölscher: Deutsche Quellen, S. 284, Dok. 94.



dem Düsseldorfer Oberbürgermeister Karl Arnold (1901–1958).<sup>327</sup> Das unterstrich auch gegenüber den Briten seinen „innerparteilichen Führungsanspruch in der Frage der Neuordnung des Besatzungsgebietes“<sup>328</sup>. Sicher ging es Adenauer, wie schon 1919 und 1923, auch jetzt primär um eine Abwehr der französischen Ansprüche und Pressionsversuche auf das Rheinland und das Ruhrgebiet bei gleichzeitiger Berücksichtigung der französischen Sicherheitsinteressen an der Ruhr durch das Angebot einer Verzahnung der rheinisch-westfälischen Montanindustrie mit derjenigen Frankreichs, der Saar und Luxemburgs. Und genauso sicher trieb ihn die Sorge vor einem zu großen sowjetischen Einfluss im Westen Deutschlands um. Doch da war noch mehr. In seinen Erinnerungen schreibt Adenauer: „Durch die Verknüpfung des Rheinlandes und seiner überwiegend konservativen Bevölkerung mit dem Ruhrgebiet erschien mir die von linksgerichteten Gruppen des Ruhrgebiets ausgehende Gefahr der Verbindung mit der Sowjetunion erheblich gemindert.“<sup>329</sup> Ehrlicher Weise hätte der politische Fuchs hinzufügen müssen: Die Einbettung des – in Anbetracht eines starken Sozialkatholizismus teilweise durchaus „schwarzen“ – Reviers in die ländlichen Räume des Rheinlandes und Westfalens garantierte zudem der CDU als christlich-konservativer Sammlungspartei einen kaum aufzuholenden Vorsprung vor den Sozialdemokraten. Und auch dies war eine Lehre aus den Erfahrungen der Weimarer Republik.

Die dritte zentrale Figur auf deutscher Seite bei der Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen war der unmittelbare Nachfolger Konrad Adenauers im Amt des Kölner Oberbürgermeisters, Hermann Pünder. Als Oberbürgermeister wie auch als Vorsitzender des „Deutschen Städtetages in der Britischen Zone“ richtete er ein besonderes Augenmerk auf die territoriale Neugestaltung Westdeutschlands. Dabei entwickelte sich Pünder zu einem der entschiedensten Advokaten eines Zusammenschlusses von Rheinprovinz und Westfalen, für den er die Bezeichnung „Rheinland-Westfalen“ verwendete.<sup>330</sup> Spätestens ab April 1946 nutzte Pünder auch seine guten Beziehungen zur britischen Besatzungsmacht. Anlässlich eines Besuches des britischen Deutschland-Ministers John B. Hynd in Köln übergab er diesem am 13. April 1946 eine Denkschrift, in welcher er deutlich sämtliche französischen Ansprüche auf das Rheinland zurückwies und Stellung nahm zum Problem der Kohleförderung und der Position des Deutschen Städtetages.<sup>331</sup> Pünder erhielt von amtlicher britischer Seite umgehend den Bescheid, dass seine Vorschläge, die er abschriftlich auch Adenauer, Lehr, dem Kölner Kardinal Josef Frings und dem Kölner Stadtkommandanten John White

327 Hölscher: Einleitung, S. 63 f.

328 So Hölscher ebd., S. 64.

329 Konrad Adenauer: Erinnerungen 1945–1953. Frankfurt a. M. 1967, S. 93.

330 Hölscher: Einleitung, S. 57.

331 Ebd., S. 57 sowie im Quellenteil Dok. 77, S. 258.

zugeleitet hatte, „wohlwollend“ geprüft würden.<sup>332</sup> Mit Karl Zuhorn erörterte er am Rande einer Vorstandssitzung des Deutschen Städtetages Anfang Mai in Braunschweig Einzelheiten eines Zusammenschlusses von Rheinland und Westfalen.<sup>333</sup> Basierend auf dessen „Rahmenplan“ (s. u.) legte Pünder namens des Deutschen Städtetages der Militärregierung (CCG/BE) ein Memorandum über die Gründung eines Landes „Rheinland-Westfalen“ vor. Dessen wesentliche Aussagen waren eng mit Lehr und Zuhorn abgestimmt.<sup>334</sup> Nach einem Bekenntnis zur deutschen Einheit und der Zurückweisung aller separatistischen Bestrebungen, eines starren „Zentralismus“ und französischer Pläne zur Verschiebung der deutschen Westgrenze plädierte Pünder beinahe leidenschaftlich für die Gründung eines Landes Rheinland-Westfalen, in das „das ganze rheinisch-westfälische Industriegebiet mit breitem landwirtschaftlichem Hinterland eingebettet“ wäre und das deshalb einen „einigermaßen gesunden Organismus“ verkörpern würde. Allerdings sei eine künftige „Wiedereingliederung“ der Regierungsbezirke Koblenz und Trier ebenso geboten wie der Erhalt Westfalens in seiner bisherigen Form. Ohne sie beim Namen zu nennen, wandte sich er strikt gegen die Bildung einer „Ruhrprovinz“, da „ein Land, das fast nur aus zusammengeballter Industrie ohne landwirtschaftliches Hinterland bestünde“, nicht lebensfähig sei und sich zu einem beständigen „Unruheherd“ für seine Nachbarn entwickeln werde. Scharf lehnte Pünder auch die einfache Erhebung der bisherigen preußischen Provinzen zu neuen Ländern ab, genauso wie den Erhalt der alten Klein- und Kleinstländer, weil dies „keine geeignete Grundlage für künftige deutsche Einzelländer darstellen“ würde.<sup>335</sup> Kurz darauf, Ende Mai 1946, erläuterte Pünder in einer persönlichen, auf britische Initiative im Düsseldorfer „Stahlhof“ zustande gekommenen Begegnung seine Gedanken neben Minister Hynd auch dem Regional Commissioner für die Nordrhein-Provinz, William Asbury, sowie dem britischen General und Mitglied der CCG/BE, Michael Balfour.<sup>336</sup>

In den Ausführungen Pünders sind unschwer seine intimen Kenntnisse der Reichsreformbestrebungen aus seiner Zeit als Chef der Reichskanzlei zu erkennen. Wie kein Zweiter wusste er um Probleme, aber auch Potentiale der vor 1933 entwickelten Pläne und Vorstellungen. Dazu gehörte auch die Option der Zusammenführung zweier oder mehrerer preußischer Provinzen und/oder kleinerer, existenzbedrohter Länder. Und schließlich waren ihm auch durch die Entwürfe von Baumann, Obst, Scheu, Weitzel und anderen die verschiedenen

332 Hölscher: Deutsche Quellen, S. 258 Anm. 2 und 3.

333 Hölscher: Einleitung, S. 57.

334 Hüttenberger: Nordrhein-Westfalen, S. 212 f.

335 Hölscher: Deutsche Quellen, Dok. 135 „25.05.1946: Oberbürgermeister Pünder (Köln) als vorläufiger Vorsitzender des Deutschen Städtetages in der Britischen Zone an die CCG/BE über die Militärregierung Köln“, S. 376–379.

336 Ebd., S. 376, Anm. 3; Hüttenberger: Nordrhein-Westfalen, S. 213; Först: Geschichte, S. 107 f.



Möglichkeiten bekannt, um das rheinisch-westfälische Industriegebiet herum den nördlichen Teil der Rheinprovinz mit Westfalen und Lippe-Detmold zu vereinigen und den Südtteil einem wie auch immer benannten mittelrheinisch-hessischen Gebiet zuzuordnen.<sup>337</sup> Bedingung hierfür war allerdings stets die gesicherte Ergänzung hochindustrialisierter Regionen mit agrarisch geprägten Landschaften gewesen. Dies wiederum war mit der Bildung eines Landes „Rheinland-Westfalen“ sichergestellt, auch wenn Pünder als gebürtiger Trierer sicherlich eine Wiedervereinigung der alten Rheinprovinz innerhalb dieses neuen Landes gern gesehen hätte.

Mehr als alle sonstigen Faktoren, namentlich die auf der Pariser Außenministerkonferenz diskutierten alliierten Überlegungen über eine Neuordnung Deutschlands („Bidault-Plan“ und „Bevin-Plan“), scheinen die aus Hannover stammenden Vorstellungen den neben Adenauer, Pünder und Lehr vierten wirkmächtigen deutschen Akteur im Vorfeld der Landesgründung Nordrhein-Westfalens motiviert zu haben. Gemeint ist der Oberstadtdirektor von Münster, Karl Zuhorn, von 1922 bis 1931 Landesrat in der westfälischen Provinzialverwaltung mit den Zuständigkeiten für Kultur und Finanzen. Als jener hatte Zuhorn in den Jahren 1927 bis 1931 nicht nur in Gestalt des maßgeblich von ihm 1929 gegründeten Provinzialinstituts für westfälische Landeskunde und Landesgeschichte sowie der durch ihn mitinitiierten Studie „Der Raum Westfalen“ dazu beigetragen, die niedersächsischen Ambitionen in Westfalen zurückzuweisen. Er hatte darüber hinaus die Diskussionen um die Einrichtung einer „Ruhrprovinz“ und ihre geschlossene Ablehnung durch nahezu alle westfälischen Institutionen erlebt. Nun tauchten beide Gefahrenpunkte in Form des „Kopf-Memorandums“ beziehungsweise der Überlegung, einen internationalisierten Ruhrstaat zu schaffen, wieder auf. Bei Zuhorn schrillten sofort sämtliche Alarmglocken.<sup>338</sup> Als er auf der Braunschweiger Vorstandssitzung des Deutschen Städtetages zuverlässige Informationen über den Verlauf der Pariser Konferenz und den dort vorgestellten „Bevin-Plan“ erhielt, entschloss er sich unverzüglich zum Handeln. Gemeinsam mit dem westfälischen Landesrat Helmut Naunin formulierte er Anfang Mai 1946 den „Entwurf eines Rahmengesetzes über die Vereinigung von Nordrhein und Westfalen zu einem Land Rheinland-Westfalen innerhalb Deutschlands“.<sup>339</sup> Der mit dem Datum des 14. Mai 1946 versehene „Rahmen“

337 Vgl. Pünders Aufzeichnungen über seine Gespräche mit den Briten, in: LA NRW RWN 58, Nr. 1 Pünder, Memoiren, Bl. 4.

338 Vgl. Zuhorn: Vorgeschichte, S. 120.

339 Abgedruckt als Anlage 1 ebd., S. 124–127. Vgl. ferner Hölscher: Deutsche Quellen, Dok. 112a „14.5.1946: Entwurf eines Rahmengesetzes über die Bildung des Landes ‚Rheinland-Westfalen‘ durch Oberstadtdirektor Zuhorn (Münster)“, S. 326–329, sowie Dok. 112b „14.5.1946: Begründung zum Rahmengesetzentwurf Oberstadtdirektor Zuhorns durch Landesrat Naunin“, S. 329–332. Zu Inhalt und Bewertung des Rahmenplanes auch Först: Geschichte, S. 96–105 und Hüttenberger: Nordrhein-Westfalen, S. 211 f.

oder auch „Zuhorn-Plan“ sah die aus „politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gründen“ notwendige Vereinigung der preußischen Provinzen Nordrhein und Westfalen, des Landes Lippe-Detmold und des Regierungsbezirks Osnabrück vor. Selbstverständlich war der Zuhorn-Plan die Reaktion auf eine aktuelle, dramatische Entwicklung. Aber er resultierte wesentlich aus Überlegungen, die man in Westfalen schon in Zusammenhang mit den Verhandlungen der Länderkonferenz angestellt hatte. Eine Neugliederung des nordwestdeutschen Raumes mit der Ausdehnung Niedersachsens nach Westen und Süden sowie der Verselbständigung des Ruhrgebiets beziehungsweise dessen vollständige Integration in eine nach Osten erweiterte Rheinprovinz hätte das Ende Westfalens als geschlossene territoriale Verwaltungseinheit bedeutet. Bereits vor 1933 schien unter solchen Vorzeichen die Vereinigung mit dem Rheinland, wenn auch als ultima ratio, als einzige Möglichkeit, die westfälische Identität in einem „Raum Westfalen“ zu erhalten.<sup>340</sup> Hier begegneten sich in der Situation des Jahres 1946 ureigenste rheinische und westfälische Interessen: Während man im Rheinland (Argumentation Adenauers 1919, 1923 und 1945!) eine möglichst weit nach Osten erfolgende Verklammerung mit Westfalen als Sicherung gegen französische Loslösungsbestrebungen oder gar Annexionsgelüste anstrebte, war eben diese Verklammerung aus westfälischer Perspektive eine Art unverzichtbare Lebensversicherung. Die rheinisch-westfälische Schicksalsgemeinschaft, wie sie sich seit der Industrialisierung Schritt für Schritt entwickelt hatte, fand nun ihren sichtbarsten Ausdruck. Dies wird auch in der maßgeblich von Landesrat Naunin verfassten ausführlichen Begründung des Gesetzentwurfes deutlich, in der nachdrücklich auf die wirtschaftlichen und infrastrukturellen Verflechtungen Westfalens mit dem Ruhrgebiet, dem Bergischen Land, dem Sauer- Siegerland und dem Minden-Ravensberger Raum eingegangen wird.<sup>341</sup>

Parallel zu den Bemühungen führender deutscher Verwaltungsexperten und Politiker sowohl im Rheinland wie auch in Westfalen, „darunter auch der Rektor der Universität Münster und ehemalige Zentrumsabgeordnete im Reichstag, Prälat Georg Schreiber, oder der westfälische Protestant und stellvertretender CDU-Vorsitzende in der Britischen Zone, Friedrich Holzapfel, die Planungen der Briten zu einer territorialen Aufteilung ihrer Besatzungszone in ihrem Sinne zu beeinflussen, artikulierte auch die rheinisch-westfälische Wirtschaft ihre diesbezüglichen Wünsche und Vorstellungen. Am 21. Mai 1946 sprachen sich die nordrheinischen Wirtschaftskammern auf einer Zusammenkunft in Düsseldorf im Anschluss an einen ausführlichen Bericht Lehrs geschlossen für ein Zusammengehen mit Westfalen aus, wobei neben der Industrie- und Handels-

340 Holscher: Einleitung, in: Deutsche Quellen, S. 49 blendet diese Vorgeschichte des Plans völlig aus und führt ihn allein auf die „prekäre außenpolitische Situation“ des Jahres 1946 zurück.

341 Vgl. ebd.



kammer Düsseldorf mit ihrem Hauptgeschäftsführer Josef Wilden die Essener Kammer ein besonders ausgeprägtes Interesse an den anstehenden „Verwaltungs- und Territorialfragen“ an den Tag legte.<sup>342</sup> Dass dies kein Zufall war, sondern in der Tradition der Essener Handelskammer seit Beginn der 1920er Jahre stand, liegt auf der Hand. Neu an der Situation war allein der Umstand, dass das Bestreben nach einem Zusammenschluss der Provinzen nunmehr das Ziel der gesamten rheinisch-westfälischen Wirtschaft war. Auf einer Zonensitzung der Industrie- und Handelskammern am 7. Juni in Bremen warb der münsteraner Hauptgeschäftsführer Franz-Josef Gieselmann nach Absprache mit seinem Düsseldorfer Kollegen Wilden namens der rheinisch-westfälischen Kammern nachdrücklich für ein künftiges Land Rheinland-Westfalen.<sup>343</sup> Zuvor hatte die IHK Essen bereits beim Leiter des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI), Professor Walther Däbritz, ein Gutachten „Zur Frage der Länderabgrenzung in der britischen Besatzungszone“ in Auftrag gegeben, das am 3. Juni 1946 zu dem Ergebnis kam, dass sich der „rheinisch-westfälische Wirtschaftsraum in Wechselwirkung von industriellem Kernstück und landwirtschaftliche Randgebieten organisch und natürlich gebildet“ habe und sowohl Rheinland wie Westfalen „engstens zusammenhängende und aufeinander angewiesene Teilwirtschaftsräume darstellten“, die in ein gemeinsames Land eingegliedert werden müssten.<sup>344</sup> Wie sehr das Gutachten und auch die dahinter stehenden Intentionen der IHK Essen alten Weimarer Vorstellungen verhaftet waren, verdeutlicht nicht zuletzt die darauf aufbauende Resolution der Präsidial-Konferenz der westfälischen Industrie- und Handelskammern vom 12. Juni 1946 in Detmold, in der eine „Grenzziehung“ gewünscht wurde, „die den wirtschaftlichen Gegebenheiten und Bedürfnissen – neben kulturellen und volkstumsmäßigen Belangen – entspricht“. Dies könne „nur die Zusammenfassung ganz Westfalens mit der Rheinprovinz“ erfüllen, weil allein der damit verbundene „Zusammenschluss der großen Konzentration der Großstoffindustrie an der Ruhr mit den vornehmlich auf Verbrauchsgütererzeugung oder auf weitere Verarbeitung von Ruhrgebietserzeugnissen eingestellten Teilwirtschaftsräume“ die Effekte mit sich brächte, welche „für eine zweckmäßige moderne Verwaltung erwünscht“ seien.<sup>345</sup> Bemerkenswert an dieser Entschließung, die sich klar gegen die Expansionswünsche der Nachbarprovinz Hannover richtete, ist die

342 Vgl. Zuhorn: Vorgeschichte, S. 117 f. sowie Hölscher: Einleitung, S. 77.

343 Hölscher: Einleitung, ebd.

344 Ziti. nach Zuhorn: Vorgeschichte, S. 118 f. Abgedruckt in der zweiten Fassung vom 1. Juli 1946 bei Hölscher: Deutsche Quellen, Dok. 179 „1.7.1946: Gutachten des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (Essen) im Auftrag der Industrie- und Handelskammer zu Essen (Auszug)“, S. 452–454.

345 Abgedruckt als Anlage 6 bei Zuhorn: Vorgeschichte, S. 130.

Tatsache, dass sie auch von der IHK Bielefeld unterzeichnet ist, die sich noch in den 1920er Jahren dem Kammerbezirk Niedersachsen angeschlossen hatte.<sup>346</sup>

Auffällig an der Detmolder EntschlieÙung ist in diesem Zusammenhang die komplette Absenz jedweder Verweise auf die aktuellen Verhältnisse und Probleme, also etwa die prekäre Versorgungslage der Bevölkerung, die Folgen von Kriegszerstörungen und Demontage, der Zustrom von Flüchtlingen und Heimatvertriebenen aus dem Osten oder die französischen und sowjetischen Ambitionen im Rheinland und im Ruhrgebiet. Sowohl das RWI-Gutachten wie auch der EntschlieÙungstext referieren ausschließlich Fakten und Argumente, die bereits in den 1920er Jahren die Diskussion über die Einrichtung und Abgrenzung von Wirtschaftsprovinzen, aber auch die Auseinandersetzungen mit Hannover bestimmt hatten. Beide Dokumente argumentierten unabhängig von der konkreten Nachkriegssituation und sollten der britischen Besatzungsmacht verdeutlichen, dass die Bildung eines Landes „Rheinland-Westfalen“ kein den drängenden Zeitproblemen geschuldetes Provisorium darstellen, sondern auf tragfähigen und zukunftsfesten Voraussetzungen beruhen würde.

#### XV.

Der jahrzehntealte Streit über den deutschen Anteil bei der Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen kann vor dem Hintergrund der dargestellten Sachverhalte wohl endgültig zu den Akten gelegt werden. Dabei ist der Befund, dass die Briten seinerzeit völlig autonom, aber dennoch unter Hinzuziehung deutscher Expertise entschieden haben, alles andere als originell oder gar neu. Wolfram Köhler und Walter Först, später auch Peter Hüttenberger haben dies unter Berufung auf die Erinnerungen und Beiträge Hermann Pünders oder Karl Zuhorns bereits in den 1960er und frühen 1970er Jahren konstatiert. Dem Befund, den Wolfgang Hölscher in der Einleitung seiner Edition deutscher Quellen zur Gründungsgeschichte Nordrhein-Westfalens prägnant zusammengefasst hat, ist so gesehen bis heute nichts hinzuzufügen: Die Briten bestimmten Art und Tempo des Neugliederungsprozesses; sie besaßen vage Vorstellungen über dessen Ergebnis, ohne bereits festgelegt zu sein; sie trafen ihre Entscheidung auf der Basis sorgfältiger Analysen der sich stetig verändernden internationalen und außenpolitischen Rahmenbedingungen; sie berücksichtigten die prekäre wirtschaftliche und soziale Lage in ihrer Zone; sie sorgten für den Aufbau tragfähiger demokratischer Strukturen in Verwaltung und Gesellschaft; allein sie entschieden über den Zeitpunkt der Realisierung der ihrer Meinung nach zu treffenden Maßnahmen. Aber sie taten all dies – vor allem zwischen April und Juni 1946 – in „einer intensiven Wechselwirkung zwischen der britischen

346 Ebd., S. 117 f.; Hölscher: Einleitung, S. 78.



und deutschen Seite“.<sup>347</sup> Dabei wurden „die deutschen Pläne in erheblichem Umfang von den Besatzungsbehörden, das heißt letztlich der CCG/BE, rezipiert“.<sup>348</sup> Mag auch in London von Anfang an eine Tendenz zur Bildung eines Landes „Rheinland-Westfalen“, also zur „großen Lösung“, bestanden haben, so waren deren Befürworter doch zwingend auf „treffende Argumente und entscheidende Detailkenntnisse“ angewiesen, um ihre Auffassung auch durchsetzen zu können.<sup>349</sup> Diese Argumente und Kenntnisse konnten ihnen nur die (demokratisch gesinnten) deutschen Verwaltungseliten liefern, die die Briten ja selbst in ihre Ämter und Funktionen eingesetzt hatten, namentlich Robert Lehr, Hermann Pünder, Karl Zuhorn, Helmut Naunin und Konrad Adenauer als Zonenvorsitzender der kommenden führenden deutschen Partei, der CDU.<sup>350</sup>

Nichts Neues also? Nicht ganz, denn sowohl Hölscher wie auch Hüttenberger oder Först rekurrieren bei ihrer Thematisierung des deutschen Beitrags zur Landesgründung Nordrhein-Westfalens und ihrer Protagonisten fast ausschließlich auf die unmittelbare Nachkriegssituation 1945/46. Dabei ist jene – im Unterschied zur britischen Position – für die deutschen Überlegungen und Wünsche, wie mehrfach gezeigt, gar nicht ausschlaggebend gewesen, sondern hat sie allenfalls verstärkt. Vielmehr entstammen diese Überlegungen und Vorschläge im Wesentlichen dem Kontext der Weimarer Republik.

Was für den rheinisch-westfälischen Raum gilt, gilt praktisch für alle nach 1945 gebildeten Länder der „alten“ Bundesrepublik mit Ausnahme von Rheinland-Pfalz, das so oder so ähnlich in keinem Plan der Weimarer Neugliederungsdiskussion vorgedacht worden ist. Seine Entstehung ist unmittelbar auf die Schaffung einer französischen Besatzungszone und die Politik der französischen Besatzer zurückzuführen.<sup>351</sup> Mit dem „Sonderfall Rheinland-Pfalz“ eng zusammen hängt auch das heutige Hessen, weil das „alte“ Hessen in Form von „Groß-Hessen“<sup>352</sup> mit „Rhein-Main“ stets in Verbindung mit dem Mittelrheingebiet und sogar der bayerischen Pfalz gedacht worden ist.<sup>353</sup> Gerade der

347 So Hölscher: Einleitung, S. 81.

348 Ebd.

349 Ebd., S. 81 f.

350 Ebd., S. 82.

351 Zur Gründungsgeschichte von Rheinland-Pfalz Heinrich Küppers: Staatsaufbau zwischen Bruch und Tradition. Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz 1946–1955. Mainz 1990. Vgl. auch Hedwig Brüchert: Geschichte von Rheinland-Pfalz, in: Künzel/Rellecke (Hg.): Geschichte der deutschen Länder, S. 279–298. Brüchert zitiert als Beleg dafür, dass Rheinland-Pfalz „ein Produkt der französischen Deutschland-Politik“ war, den späteren Ministerpräsidenten Peter Altmeier, „dass dieses Land nicht aus dem Willen des Volkes geboren ist, sondern ein Ergebnis der Zonen- und Besatzungspolitik darstellt“ (S. 279).

352 Vgl. Eckhart G. Franz: Hessen von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert, in: Künzel/Rellecke (Hg.): Geschichte der deutschen Länder, S. 185–208, bes. S. 205.

353 Vgl. Wolf Heino Struck: Zur ideengeschichtlichen Vorbereitung des Bundeslandes Hessen seit dem 19. Jahrhundert, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 20 (1970), S. 282–324.

Umstand, dass sowohl der Preuß-Entwurf von 1919 als auch die Cohen-Karte der deutschen Wirtschaftsprovinzen von 1921 die Rheinprovinz ungeteilt ließen, verliehen ebenso wie die Vorschläge von Hans Rabe und des Erneuerungsbundes einem möglichen „Groß-Hessen“ allerdings eine ähnliche Gestalt wie dem heutigen Land.

Alle übrigen nach 1945 im Westen Deutschlands gebildeten Länder jedoch sind, bis in ihre Bezeichnungen hinein, bereits in Weimar anhand verschiedener rationaler Kriterien in der einen oder anderen Form konzipiert worden<sup>354</sup>, wie allein schon ein Blick auf die Cohen-Karte und die Entwürfe von Baumann, Rabe, Obst, Scheu und Weitzel belegt<sup>355</sup>. Im Falle Niedersachsens, lange Jahre westfälischer Antipode und neben Rheinland-Westfalen Hauptbetroffener der Neugliederungsauseinandersetzungen im deutschen Nordwesten, ist dies schon lange Allgemeingut der Landeszeitgeschichtsschreibung.<sup>356</sup> Ähnliches gilt selbst für das „verspätete“ Bindestrich-Land im Südwesten: Baden-Württemberg, dessen äußere Grenzen – mit Ausnahme der Einbeziehung der Rheinpfalz – ebenso wie sein Name bereits von Cohen, Baumann und Rabe vorweggenommen worden sind und dessen Grundgedanke einer territorial-organisatorischen Neuordnung Kurt Düwell zu Recht auf das „Projekt eines süddeutschen Wirtschaftsbezirks im Rahmen des geplanten Reichswirtschaftsrates (Art. 165 Weimarer Verfassung)“ zurückgeführt hat.<sup>357</sup> Konsequenterweise hat Anton Schindling,

354 Diametral entgegengesetzt hierzu die Ansicht von Reinhard Schiffer: Länderneugliederungspläne nach 1945, in: J. John (Hg.): Reichsreform, S. 433–448. Schiffer beschreibt militärische Aspekte, von der Potsdamer Konferenz vorgegebene politisch-administrative Strukturen sowie den Willen zur Beseitigung Preußens als entscheidende Kriterien bei der Länderneubildung nach 1945 und fährt fort: „Das Ergebnis war – insbesondere in Westdeutschland – eine territoriale Struktur, die nur selten historischen und in keinem Fall sozio-ökonomischen beziehungsweise raumordnerischen Gesichtspunkten folgte. Dementsprechend erschien die alliierte Länderbildung aus der Sicht der Bevölkerung und ihrer politischen Vertreter als ein willkürlicher und daher revisionsbedürftiger Akt der Besatzungsmächte. [...] Von 1945 bis 1947 waren Grenzziehung und Länderbildung zonenorientiert und wurden von militärischen, d. h. von administrativen, logistischen und prestigeorientierten Gesichtspunkten der Alliierten bestimmt.“ Ebd. S. 433 f. beziehungsweise 445.

355 Dies gilt auch für Schleswig-Holstein im Norden beziehungsweise Bayern im Süden, wobei Bayern durchweg die Rheinpfalz verliert (und mitunter auch Teile Unterfrankens), während die alte preußische Provinz Schleswig-Holstein zwar in den Außengrenzen erhalten bleibt, jedoch in einigen Fällen mit Hamburg zusammengelegt wird oder die Hansestadt Lübeck verliert.

356 Vgl. u. a. Peter Hoffmann: Niedersächsische Geschichte, in: Künzel/Rellecke (Hg.): Geschichte der deutschen Länder, S. 227–254, wo auch auf Kurt Brüning und seine Denkschrift aus den 1920er Jahren eingegangen wird; ebd. S. 236. Dietmar von Reeken spricht sogar von Niedersachsen als einer „historische[n] Erfindung des 19. Jahrhunderts“ und wähnt die Befürworter dieser Idee mit Blick auf die Reichsreformdebatte der Weimarer Republik als späte „Sieger“ der Geschichte; Dietmar von Reeken: Niedersachsen – eine historische Erfindung. Regionalisierungsprozesse und ihre Träger in Nordwestdeutschland, in: John (Hg.): Mitteldeutschland, S. 409–417, Zitate 409, 415.

357 Düwell: Reichsreform, S. 229.



Vorsitzender der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, im Jahre 2013 gefordert, „mit Blick auf die Länder der Jahre 1946/47 [...] auch an die Reichsreformdiskussion in den Jahren der Weimarer Republik zu erinnern“.<sup>358</sup> Und Robert Kretzschmar vom Landesarchiv Baden-Württemberg berichtet im selben Tagungsband, dass die Idee eines vereinigten Südweststaates in der Weimarer Republik „namhafte Befürworter“ unter Politikern wie Theodor Heuß (DDP), Wilhelm Keil (SPD) oder Eugen Bolz und Josef Beyerle (beide Zentrum) gefunden habe, aber noch mehr Unterstützung „bei den Handelskammern beider Länder und den Interessenverbänden der Industrie“.<sup>359</sup> Er bilanziert: „Wenn auch alle Überlegungen bald im Sande verliefen, waren das Thema und vor allem die damit verbundenen Gesichtspunkte nun in der Welt.“<sup>360</sup>

Doch nicht nur im Norden, Westen und Süden des besetzten Deutschlands lassen sich bei den Länderneugründungen nach 1945 Bezüge zu den Reformplänen der Weimarer Republik erkennen. Auch im Bereich der Sowjetischen Besatzungszone, vor allem im westlichen und südlichen mitteleutschen Raum, sind derlei Zusammenhänge leicht nachweisbar. So stand das – allerdings heftig umstrittene und von der mitteleutschen Wirtschaft unter der Bezeichnung „Wirtschaftsprovintz Mitteledeutschland“ entwickelte – Konzept einer Dreiteilung „Mitteleutschlands“<sup>361</sup> in Sachsen-Anhalt, Sachsen („Obersachsen“) und den um die preußischen Gebiete mit Erfurt im Zentrum erweiterten, erst 1920 gebildeten Freistaat Thüringen<sup>362</sup> bei den Ländergründungen durch die sowjetische Besatzungsmacht unübersehbar. Pate, auch wenn diese aufgrund der stalinistischen Zentralisierungs- und Gleichschaltungspolitik der nachfolgenden Jahre nur bis 1952 Bestand hatten, ehe sie dann 1990 unmittelbar vor der Wiederherstellung der deutschen Einheit neu beziehungsweise wieder erstanden.

358 Anton Schindling: Einführung, in: Kretzschmar/Schindling/Wolgast (Hg.): *Zusammenschlüsse und Neubildungen*, S. 7–13, Zitat 11. Auf die Wurzeln des Gedankens einer Zusammenlegung von Baden, Württemberg, Hohenzollern-Sigmaringen und der bayerischen Pfalz zu einem „Südweststaat“ beziehungsweise einem neuen Land „Großschwaben“ geht auch John (Hg.): *Reichsreform*, S. 360 f., ein. Auf den württembergischen Landesteil bezogen, auch Thomas Schnabel: *Württemberg zwischen Weimar und Bonn 1928–1945/46*, Stuttgart 1986.

359 Robert Kretzschmar: *Alte Ideen unter neuen Konstellationen. Zur Gründungsgeschichte des Landes Baden-Württemberg*, in: Ders./Schindling/Wolgast (Hg.): *Zusammenschlüsse und Neubildungen*, S. 15–49, hier 22.

360 Ebd., S. 24.

361 Vgl. Mathias Tullner: *Mitteledeutschlandpläne in der Zeit der Weimarer Republik*, in: John (Hg.): *Mitteleutschland*, S. 377–91. Maßgeblicher Initiator dieser Pläne, die unverkennbar an Erwin Scheu erinnern, war der Magdeburger Landeshauptmann Erhard Hübner, 1945 erster Ministerpräsident des neu gegründeten Landes Sachsen-Anhalt.

362 Hierzu Oliver Lemuth: *Thüringen und „Mitteleutschland“*, in: John (Hg.): *Mitteleutschland*, S. 393–408.

Zu Recht hat die Forschung angemerkt, dass nach 1918 eine Neugliederungsdiskussion „mit denselben wirtschaftspolitischen, verkehrstechnisch, historischen, bisweilen auch stammesföderalistischen und autonomistischen Argumenten geführt wurde, die nach 1945 ‚erneut vorgetragen wurden‘“.<sup>363</sup> Dem steht keineswegs entgegen, dass die Neugliederungspläne der 1920er Jahre kaum oder gar nicht föderalistische Ziele propagierten, sondern „den Gedanken eines wahren deutschen Einheitsstaates“<sup>364</sup>. Es waren „technokratische, gleichsam auf ‚Zirkel und Lineal‘ vertrauende Konstruktions- und Neugliederungsvisionen“<sup>365</sup>, die – und das ist entscheidend – erst und nur unter den Bedingungen der unmittelbaren Nachkriegszeit eine Aussicht auf eine wenigstens teilweise Realisierung durch die Alliierten besaßen.

Waren die Deutschen auch wichtige Inspiratoren der alliierten Neugliederungsmaßnahmen, so blieben sie für die Umsetzung ihrer Ideen doch vollständig auf die Besatzungsmächte angewiesen. Nur diese besaßen die Autorität, die Macht und die Möglichkeit, den aus Weimar geerbten Gordischen Knoten in Sachen Neugliederung zu durchschlagen. Das war den Befürwortern einer rheinisch-westfälischen Vereinigung sehr bewusst, im Unterschied zu ihren Gegnern. Deshalb kann man durchaus davon sprechen, dass der deutschen Seite Nordrhein-Westfalen keineswegs von den Briten „aufoktroziert“ worden ist, sondern sie selbst die Besatzungsmacht dafür genutzt hat, eine Entscheidung durchzusetzen, die sie selbst nicht treffen konnte. Insofern bleiben die Briten die eigentlichen Gründer des Landes Nordrhein-Westfalen.

Völlig unterschätzt, wenn überhaupt wahrgenommen, wird in der Forschungsliteratur der Entwurf von Hans Baumann. Für diesen gilt dasselbe, was Anke John pauschal für die gesamte Weimarer Reichsreformdebatte festhält: „Vor allem die Weimarer Neugliederungspläne belegen, wie die Industrialisierung und Technisierung der Lebenswelt mit Forderungen nach neuen Staatsstrukturen korrespondierten, die rationalen, bürokratischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten entsprechen sollten.“<sup>366</sup>

Eine deutsche Beteiligung an den Ländergründungen nach 1945 hat es aber sehr wohl gegeben und mit ihr die Brücke in die Weimarer Republik. Von einer „Stunde Null“ kann demnach auch in Bezug auf Nordrhein-Westfalen keine Rede sein. Zu Recht bezweifelt Arno Barth den mit dem Begriff der „Stunde Null“ assoziierten „Kontinuitätsbruch“ für Westdeutschland, reduziert aber die hinter der „Stunde-Null-Hypothese“ stehende „problematische Konstruktion“

363 Kretzschmar: *Alte Ideen*, S. 24.

364 So Weitzel: *Die regionale Gliederung Deutschlands*, S. 2.

365 John (Hg.): *Reichsreform*, S. 364.

366 John: *Weimarer Bundesstaat*, S. 25.



ausschließlich auf die NS-Zeit.<sup>367</sup> Es ist zu fragen, weshalb große Teile der deutschen Geschichtswissenschaft so zurückhaltend mit den Verbindungen zwischen der ersten und der zweiten deutschen Demokratie umgehen, obwohl diese doch offenkundig und logisch sind. Die Geschichte der Länderneugründungen nach 1945 ist für diese Kontinuitätsbildung ein anschauliches Beispiel.

Doch warum tut sich insbesondere die neuere und neueste nordrhein-westfälische Landeszeitgeschichtsschreibung so schwer damit, solche Traditionslinien anzuerkennen und den eigenen deutschen Beitrag zur Landesgründung mit seinen Bezügen zur Zeit vor 1933 angemessen zu würdigen? Weshalb ist man nachgerade stolz darauf, in einem Land zu leben, das die Frucht eines „Siegerdiktats“ sei, ein „Kunstgebilde ohne jede Tradition und Vorgeschichte“, ein Willkürakt einer sach- und landfremden Besatzungsmacht? Wieso soll für Nordrhein-Westfalen nicht gelten, was Anke John zu anderen „politischen Neuschöpfungen nach 1945“ wie Hessen, Baden und Württemberg festgestellt hat, dass nämlich „Überlegungen der Weimarer Bundesstaatsdebatte“ hineinspielten, „deren wichtigste Topoi wieder aufgegriffen“ wurden?<sup>368</sup>

367 Arno Barth: „Operation Marriage“ und andere Neuanfänge: Rheinland und Westfalen in der Nachkriegszeit, in: Rhein-Maas. Geschichte, Sprache und Kultur Band 6: 1945 – Nachkriegszeit und Wiederaufbau. Oberhausen 2015, S. 8–24, hier 8.

368 John: Weimarer Bundesstaat, S. 44.

Kartenanhang



Karte 1: Entwurf von Hugo Preuß unter Mitwirkung von Walther Vogel 1919, in: Münchheimer: Neugliederung Deutschlands.



Karte 2: Entwurf Walther Tuckermann 1920, ebd.





Karte 3: Entwurf von Albert Cohen (vorläufiger Reichswirtschaftsrat) 1921, in: GSStA PK Rep. 92 Nr. 14, Bl. 324.



Karte 4: Entwurf Rabe/Baumann/Lauburg 1923, in: Münchheimer: Neugliederung Deutschlands.



Fig. 8. Die Gliederung des Deutschen Reiches in Wirtschaftsgebiete unter zweckmäßiger Zusammenlegung der Verkehrsbezirke der Reichsbahn. Von H. Rabe

Karte 5: Entwurf Rabe 1927, in: Obst: Neugliederung des deutschen Reiches (1928), S. 39.



Karte 6: Entwurf Scheu nach Wirtschaftsprovinzen 1927/28, in: Münchheimer: Neugliederung Deutschlands.

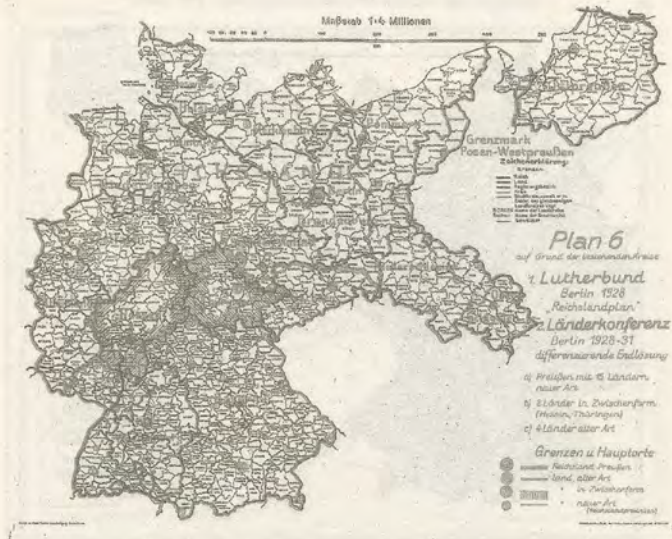




Karte 7: Entwurf Weitzel („Frankfurter Entwurf“) 1926/30 mit Abänderungsvorschlägen für Niedersachsen durch Obst, in: Münchheimer: Neugliederung Deutschlands.



Karte 8: „Frankfurter Entwurf“ im Schema, in: Obst: Neugliederung des deutschen Reiches (1928).



Karte 9: Entwurf des „Bundes zur Erneuerung des Reiches“ („Lutherbund“) 1928 bzw. Entwurf der Länderkonferenz 1930, in: Münchheimer: Neugliederung Deutschlands.



Karte 10: Plan der „großen Einheiten“ 1943 (Schulenburg-Plan), in: Münchheimer: Neugliederung Deutschlands.





Abb. 24: Der Pollock-Plan (1944)

Karte 11: Pollock-Plan 1944, in: Wagner: Territoriale Gliederung, S. 144.



Karte 12: Weihnachtskarte der britischen Streitkräfte Dezember 1945, Original im „Museum der belgischen Streitkräfte in Deutschland“, Soest.





## MISZELLE

### Heinrich Brüning privat in Köln 1951–1955

Rudolf Morsey

I. *Die Zeit* 1970, 11, S. 100–101.

Von Anfang November 1951 bis zu seiner Emeritierung, Ende März 1955, lehrte Heinrich Brüning, Reichskanzler der „Weltkrisenzeit“ (1930–1932), als Ordinarius für Politische Wissenschaften in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln. Die komplizierte Berufung des 1885 geborenen und nicht habilitierten Professors war, wie die Verlängerung seiner Altersgrenze in Köln, eine noble Geste der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen zur moralischen Wiedergutmachung für den 1934 emigrierten Zentrumspolitiker.<sup>1</sup> Von den mehr als 40 Monaten seiner Professur verbrachte Brüning jedoch nicht einmal die Hälfte in der Domstadt. Von Februar bis Oktober 1952 und von Mitte Juli bis Anfang November 1953 absolvierte er noch Lehrverpflichtungen an der Harvard-Universität in Cambridge, Massachusetts, und hielt sich 1954 sowie 1955 Monate lang in der „Hegge“, einer katholischen Bildungsanstalt im Weserbergland, auf.

Im Sommersemester 1955 vertrat er noch den Lehrstuhl, lag dann jedoch sechs Wochen lang wegen einer Koronarinsuffizienz in einem Krankenhaus in Paderborn. Am 7. September 1955 reiste er in die USA zurück. Dort ist er am 30. März 1970 in Norwich, Vermont gestorben, ohne die Heimat noch einmal, wie er mehrfach angekündigt hatte, zu besuchen. Seinem Wunsch entsprechend wurde er in seiner Geburtsstadt Münster, deren Ehrenbürger er seit 1932 war, begraben.

Am 5. April 1970, drei Tage vor seinem Begräbnis, hielt ich die Gedenkansprache bei der Trauerfeier im Stadttheater in Münster, auf Einladung des Oberbürgermeisters Dr. Albrecht Beckel.<sup>2</sup> Dabei lernte ich Frau Anna-Maria (Anni) Heuwes aus Rheine kennen. In ihrem Haus in Köln-Braunsfeld, Hültz-

---

1 Dazu vgl. Rudolf Morsey: Die Vorgeschichte von Brünings Berufung an die Universität Köln 1951, in: Macht und Zeitkritik. Festschrift für Hans-Peter Schwarz zum 65. Geburtstag, hg. von Peter R. Weilemann, Hanns Jürgen Küsters und Günter Buchstab. Paderborn u. a. 1999, S. 711–722. Wesentlich ergänzt durch Leo Haupts: Heinrich Brüning und die Besetzung des Lehrstuhls für Politische Wissenschaften an der Universität zu Köln, in: Jahrbuch des Kölnischen Geschichtsvereins 74 (2003), S. 193–211; Herbert Hömig: Brüning, Politiker ohne Auftrag. Zwischen Weimarer und Bonner Republik. Paderborn 2005, S. 483–490.

2 Vgl. den Druck („Ein Staatsmann, der seine Pflicht erfüllte“) in der FAZ vom 7. April 1970.

straße 28, hat Brüning von Anfang November 1952 bis zu seiner Rückkehr in die USA, Anfang September 1955, als Untermieter gewohnt, zuvor während des Wintersemesters 1951/52 im Caritaskrankenhaus St. Elisabeth in Köln-Hohenlind. Über diesen knapp dreimonatigen Aufenthalt fehlen Informationen über sein Privatleben.

Anni Heuwes war die dritte, 35 Jahre jüngere Ehefrau des zweimal verwitweten Staats- und Wirtschaftswissenschaftlers Christian Eckert, der am 27. Juni 1952 im Alter von 78 Jahren in Köln verstorben ist. Er war mit dem fast gleichaltrigen Oberbürgermeister Konrad Adenauer Mitbegründer und dann erster Rektor der Universität Köln 1919/20, Ordinarius für Wirtschaftliche Staatswissenschaften und Geschäftsführender Vorsitzender ihres Kuratoriums.<sup>3</sup> Desse Vorsitz hatte Adenauer inne. Beide verloren diese (und andere) Ämter 1933 aus politischen Gründen, Eckert wurde 1934 in den Ruhestand versetzt. 1945 erhielt er sein Ordinariat zurück und wurde gleichzeitig emeritiert. 1946–1949 war er Oberbürgermeister von Worms und lehrte außerdem in Mainz und Köln als Gastprofessor der Volkswirtschaftslehre. Im Herbst 1950 hatten er und seine Ehefrau Anni Eckert das im Oktober 1944 größtenteils zerstörte Haus in Köln wieder bezogen.

Brüning kannte Eckert bereits als Gastprofessor aus seiner Studienzeit in Bonn (1914/15) und hatte ihn auch, während seines Wintersemesters in Köln 1951/52, in der Hültzstraße besucht, zudem Anni Eckert am 11. Juli 1952 zum Tode ihres Mannes aus Hartland, Vermont kondoliert.

Eckerts Witwe ist im November 1955 in die Eckertstraße in Köln-Lindenthal umgezogen. Seit ihrer zweiten Heirat (1958) mit dem Bankdirektor Heuwes (\* 1898?) wohnte sie in Rheine.<sup>4</sup> Von dort berichtete sie mir, auf meine Bitte und auch Fragen hin, von April 1970 bis Mai 1978 und vom November 1985 bis Januar 1986<sup>5</sup> zahlreiche Einzelheiten über das ‚private‘ Leben ihres berühmten

3 Vgl. den ohne Verfasser erschienenen biographischen Beitrag: Werden und Wirken des Jubilars Christian Laurenz Maria Eckert, in: Kultur und Wirtschaft im rheinischen Raum. Festschrift [...] zur Vollendung seines 75. Lebensjahrs, hg. von Anton Felix Napp-Zinn und Michel Oppenheim. Mainz 1949, S. 13–17; Andreas Freitag: Christian Eckert (1874–1952). Köln 2018. – Der Nachlass Eckert im Universitätsarchiv Köln enthält keine Angaben über Anni Eckert. Für diese Mitteilung vom 19. August 2020 danke ich Herrn Dr. Andreas Freitag.

4 Brüning, der im Oktober von Hartland, Vermont in das ca. 20 km entfernte Norwich, Vermont gezogen war, hielt den ihm am 4. Dezember 1957 von Anni Eckert mitgeteilten Umzug nach Rheine für gut, weil sie „da nicht zu einsam sein werde“; es sei viel schöner, „auf dem flachen Lande zu wohnen als in einer Großstadt“.

5 Der Grund für die Unterbrechung der Korrespondenz ist mir nicht mehr in Erinnerung. Der Anlass ihres Schreibens vom 23. November 1985 war eine Anfrage des Studenten Bernd-Dietmar Kammerschen, der über Brüning arbeitete. Ein Exemplar seines 1989 fertiggestellten Manuskripts (Untertitel: Jugend und Selbstfindung im Wilhelminischen Deutschland. Untersuchungen zu Persönlichkeit und Weltbild bis zum Ende des Ersten Weltkrieges) befindet sich im Stadtarchiv Münster. Es enthält viel unbekanntes Quellenmaterial, war



Untermieters.<sup>6</sup> Er fühlte sich in der Hültzstraße auch deswegen so wohl, weil er dort, in Telefonaten und Gesprächen seiner Vermieterin mit Bekannten als „Onkel Heinrich“ abgeschirmt, leben konnte und versorgt wurde. Ihre Auskünfte sind, als bisher unbekannte Quelle, ein kleiner Beitrag zur Brüning-Forschung.

Der Professor, der von der Harvard-Universität ab Sommer 1953 eine monatliche Pension von 100 US-Dollar bezog, hielt sich während seiner Kölner Zeit, in den Weihnachtsferien und in manchen Wochen zwischen den Semestern, häufig mehrere Tage bei seiner Schwester Maria Brüning († 12. Mai 1955) in Münster auf, wiederholt und wochenlang in der „Hegge“, zwischen Warburg und Paderborn, etwa 200 km von Köln entfernt. Nach seiner Rückkehr in die USA korrespondierte Brüning, wie schon vorher von der „Hegge“ aus, bis Juni 1958 mit Anni Eckert. Sie übermittelte mir Kopien seiner Schreiben. Die wenigen darin enthaltenen politischen Äußerungen sind bekannt.<sup>7</sup>

Darüber hinaus teilte mir Frau Heuwes ihre Erinnerungen an Brüning mit, allerdings in zeitlich ungeordneter und sachlich unsystematischer Reihenfolge sowie mit manchen Wiederholungen. Deswegen werden sie hier ohne das jeweilige Briefdatum zitiert. Mit ihren Informationen lässt sich das Privatleben, das der „Politiker ohne Amt“ – so der jüngste Beitrag über ihn<sup>8</sup> –, in der Domstadt

---

aber, entgegen der Ankündigung auf dem Titelblatt, keine Bonner Dissertation, die, wie Herbert Hömig angenommen hat, „bisher nicht veröffentlicht“ worden sei. Brüning, Kanzler in der Krise der Republik. Paderborn 2000, S. 595, Anm. 11.

- 6 Am 17. Oktober 1952 schrieb Brüning an Prälat Hermann Joseph Schmitt: „Die gute Frau Dr. Horatz [eine Nachbarin, Hültzstraße 24] hat Frau Geheimrat Eckert vorgeschlagen, mir die Zimmer ihres verstorbenen Mannes zur Verfügung zu stellen und außerdem mich sonst zu versorgen, einschließlich Auto. Das ist eine glänzende Lösung.“ Heinrich Brüning: Briefe 1946–1960, hg. von Claire Nix unter Mitarbeit von Reginald Phelps und George Pettee. Stuttgart 1974, S. 289, Anm. 1. Eckert war 1917 von König Wilhelm II. von Preußen zum Geheimen Regierungsrat („Geheimrat“) ernannt worden.
- 7 Vgl. Rudolf Morsey: Emigration und Nachkriegsplanung. Vorschläge und Vorstellungen Heinrich Brünings über den Neuaufbau in Deutschland, in: Lothar Albertin/Werner Link (Hg.): Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland. Düsseldorf 1981, S. 223–237; Ders.: Brünings Kritik am politischen Wiederaufbau in Deutschland 1949–1954, in: Joseph Listl/Herbert Schambeck (Hg.): Demokratie in Anfechtung und Bewährung. Festschrift für Johannes Broermann. Berlin 1982, S. 283–292; Ders.: Brünings Kritik an Adenauers Westpolitik. Vorgeschichte und Folgen seines Düsseldorfer Vortrags vom 2. Juni 1954, in: Manfred Funke u. a. (Hg.): Demokratie und Diktatur. Festschrift für Karl Dietrich Bracher zum 65. Geburtstag. Düsseldorf 1987, S. 349–364; Hömig: Brüning. Politiker ohne Auftrag, S. 769, Anm. 357 und 360 sowie S. 781, Anm. 113 und S. 782, Anm. 114; Peer Oliver Volkmann: Heinrich Brüning (1885–1970). Nationalist ohne Heimat. Eine Teilbiographie (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 52). Düsseldorf 2007, S. 682. Hömig und Volkmann zitierten aus einigen Briefen Brünings an Anni Eckert nach Durchschlägen in dessen Nachlass (s. Anm. 10).
- 8 Vgl. Peer Volkmann: Heinrich Brüning – politischer Ratgeber im Exil und für das Nachkriegsdeutschland, in: Michael Epkenhans (Hg.): Politiker ohne Amt. Von Metternich bis zu Helmut Schmidt. Köln u. a. 2020, S. 115–142, hier 140 f.

führte, erstmals darstellen; denn darüber „wissen wir wenig“.<sup>9</sup> Bekannt sind nur seine Anschrift und der Name seiner Vermieterin. Von ihr war der unbeholfene und überaus ängstliche Junggeselle, inzwischen am Ende seiner sechziger Jahre, im Alltag am Rhein in erstaunlichem Maße abhängig.

Zu Anni Heuwes' Korrespondenz mit Brüning und ihren Erinnerungen an ihn kommen ihre monatlichen Abrechnungen über die von ihm gezahlte „Miete und Rente“, die seine Vollverpflegung einschloss, sowie für zusätzliche Einkäufe. Sie sind für die Monate Juli bis Dezember 1954 in denjenigen Tagen und Wochen vorhanden, in denen der Professor in Köln wohnte und nicht auf Reisen war oder sich in der „Hegge“ aufhielt.<sup>10</sup> Diese Abrechnungen enthalten auch die Kosten der Teilverpflegung für seine Universitätssekretärin (ab Sommersemester 1954) Bettina von Radowitz, die häufig in der Hültzstraße 28 arbeitete, und für Claire Nix, Brünings Assistentin in Harvard (seit 1940). Sie hielt sich 1954 und 1955 jeweils mehrere Tage in der Hültzstraße und für einige Wochen beziehungsweise Monate in der „Hegge“ auf. Dann begleitete sie ihren „Chef“ auf der von Köln aus am 7. September 1955 angetretenen Rückreise, per Schiff ab Le Havre, in die USA.

Anni Heuwes, geb. Schnelling, verwitwete Eckert, wurde am 28. März 1909 in Osnabrück geboren; sie stammte aus der Bauernschaft Bernte bei Emsbüren, heute im südlichen Landkreis Emsland in Niedersachsen, von einem großen alten Bauernhof. Dessen Akten seien, nach ihrer „Ahnenforschung“ während der Zeit des Hitler-Regimes, bis in das 12. Jahrhundert vorhanden. Ihre Vorfahren seien katholisch gewesen. Ihr Großvater, Bauer und Lehrer, habe den Landwirtschaftlichen Verein Emsland und ebenso die erste dortige Raiffeisen-Genossenschaftsbank gegründet. Auch ihre Mutter sei auf einem großen alten Bauernhof „im Kreis Lingen“, also in räumlicher Nähe, aufgewachsen. Ende 1985 wohnten „noch vier Geschwister und alle anderen Verwandten“ Anni Heuwes' zwischen Osnabrück und Lingen.

Die Bauertochter bestand 1928 das Abitur auf dem Gymnasium Carolinum in Osnabrück und studierte an der Universität in Köln – an der ihr späterer Ehemann Christian Eckert lehrte –, vermutlich Volkswirtschaftslehre. Anschließend war sie als Handelslehrerin fünf Jahre lang an der Städtischen Handelsschule in Neunkirchen (Saar) tätig. Weitere berufliche Stationen bis 1943, bis zur Heirat mit Christian Eckert, sind nicht bekannt. Da ihr Ehemann bei seiner drit-

9 So Hömig: Brüning. Politiker ohne Auftrag, S. 495. Hömigs einziger konkreter Hinweis bezieht sich auf „häufige Spaziergänge“ Brünings in der näheren Umgebung in Braunsfeld mit Leo Schworing. Dieser frühere preußische Landtagsabgeordnete des Zentrums ist in Anni Heuwes' Erinnerungen nicht erwähnt, auch kein Hinweis auf Spaziergänge des ungewöhnlich ängstlichen Professors.

10 Diese Abrechnungen befinden sich im Nachlass Brüning in der Pusey Library, Harvard University Archives, Cambridge, Massachusetts. Für die Übermittlung von Kopien danke ich Herrn Dr. Peer Volkmann, Institut für Zeitgeschichte, München.



ten Heirat bereits 69 Jahre alt war, erhielt seine Witwe nach dessen Ableben keine Pension. Deswegen vermietete sie schon bald nach Brünings Auszug ihr Haus und bezog im November 1955 eine Wohnung in der nach ihrem Mann benannten Eckertstraße in Köln-Lindenthal, in der Nähe der Universität. Bis zu ihrer zweiten Heirat und dem Umzug nach Rheine (1958) arbeitete sie in der Redaktion der „Kölnischen Rundschau“, deren Herausgeber, Reinhold Heinen, ein früherer Zentrumsfunktionär, Brüning gut bekannt war.

## II.

Überblickt man die mir von Anni Heuwes mitgeteilten Informationen, benötigte Brüning die meiste Zeit in der Hültzstraße nicht etwa für Vor- und/oder Nachbereitung seiner Lehrveranstaltungen – Vorlesungen und Seminare mit Variationen der Themen „Verfassung, Verwaltung und Politik“ sowie „Internationale Beziehungen zwischen den beiden Weltkriegen“ –, einschließlich der Lektüre fachwissenschaftlicher Werke, etwa aus der großen Bibliothek Eckerts. Auch von einer Benutzung der Universitätsbibliothek in Köln ist keine Rede, ebenso wenig vom wissenschaftlichen Umfeld des Professors, umso mehr aber von Klagen über den Strom seiner Besucher und seine Briefflut. In den Brüning-Biographien von Herbert Hömig (2005) und Peer Oliver Volkman (2007) – der die Ergebnisse von Hömigs Band nicht mehr einbezogen hat –, sind namentlich weitaus mehr Besucher genannt als in den mir von Anni Heuwes mitgeteilten Erinnerungen.

Von ihnen seien zunächst, in alphabetischer Reihenfolge, die häufiger erwähnten und gern gesehenen aufgeführt, allerdings ohne Berufsbezeichnungen und/oder frühere beziehungsweise aktuelle politische Funktionen: Johannes Albers („sehr oft“), Günther Bergemann, Carl Egbring, P. Willehad Eckert O.P. (ein Sohn Christian Eckerts), Otto A. Friedrich („sehr oft“), Josef Horatz („bis der Knall mit Herrn Globke kam“)<sup>11</sup>, Hans Peters, Fritz Schäffer („einige Mal“, „einmal mit seiner Frau“, „der beste Mann in Bonn“), P. Laurentius Siemer O.P. (Köln, der, von Anni Eckert gerufen, Brüning bei häufiger „Niedergeschlagenheit wieder aufmöbelte“)<sup>12</sup>, Günter Schmolders, Gottfried Reinhold Treviranus („Wenn Treviranus uns besuchte, war es lustig. Er konnte Brüning so sehr ‚aufrappeln‘“),

11 Am Ende seiner Kölner Zeit, schrieb mir Annie Heuwes am 12. Oktober 1985, sei Brüning nicht mehr „gut auf Dr. Horatz zu sprechen“ gekommen, weil „Globke immer wieder bei Horatz Brüning ‚serviert‘ werden sollte“ (sic). Später korrespondierte Brüning noch mehrfach mit Horatz, der ihn auch in Norwich, Vermont besuchte.

12 Nach dem Tod von P. Laurentius Siemer schrieb Brüning am 29. November 1956 an Anni Eckert, es sei für ihn immer eine „große Freude“ gewesen, wenn der Dominikaner zu ihm gekommen sei „und ich mich mit ihm unterhalten konnte“. Später teilte Anni Heuwes mir mit, dass P. Siemer es abgelehnt habe, seine Erinnerungen (Aufzeichnungen und Briefe. 2. Aufl. Frankfurt a. M. 1958) über die Zeit nach 1945, die sie für ihn „getippt“ habe („520 Seiten“) und von denen sie einen Durchschlag besäße, fortzusetzen, da er sonst „mo-

Helene Weber („getreue Berichterstatlerin aus Bonn, immer um Brüning besorgt“, der sie „sehr mochte“, zudem kam sie stets mit einer „guten Flasche Wein“ sowie mit Schokolade für Anni Eckert), August Winkelmann („oft“, „Jugendfreund“) und Theodor Wessels. Gegenbesuche Brünings, jeweils mit seiner Vermieterin, sind bei Horatz, Peters, Schmölders, Wessels und Winkelmann erwähnt.

Nur einmal als Besucher genannt sind Mona Anderson<sup>13</sup>, Clemens Bäumker (Verwandter 2. Grades), Otto John (der am 28. Juli 1954 in Ost-Berlin erklärte, dass sein Wechsel in den Sowjetischen Sektor von Berlin mit einer Warnung Brünings vor der Politik der Bundesregierung in Verbindung stehe)<sup>14</sup>, Heinrich Krone, Joseph Lortz, Louis Ferdinand Prinz von Preußen, Christine Teusch<sup>15</sup>, Heinrich Vockel, August Wegmann (von ihm hatte Brüning die beiden Kladden mit den Niederschriften über die Sitzungen der Reichstagsfraktion des Zentrums und ihres Vorstands 1926–1933 als Material für die geplante Ergänzung seiner Memoiren ‚ausgeliehen‘)<sup>16</sup>, sowie Josef Winckler (Verfasser des Romans „Der tolle Bomberg“).

Nach einer Besuchsanmeldung Gerta von Einems, die Brüning als Doppelagentin während des Zweiten Weltkriegs – wie alle Angehörigen von Geheimdiensten<sup>17</sup> – ablehnte, sei er, nach der Erinnerung Anni Heuwes’, „entsetzlich unruhig“ gewesen: „Jetzt findet mich das Weib auch noch hier. Ich muss sie

---

ralische Mißstände“ in seinem Orden hätte schildern müssen. Der Dominikaner, der seine letzten Jahre im Dominikanerkloster St. Andreas in Köln verbrachte, war bekannt durch geistliche Vorträge im Rundfunk und Auftritte im Fernsehen.

- 13 Anni Heuwes bezog die mir mitgeteilte Aussage Brünings, dass er für die Politik sein „Lebensglück geopfert“ habe, auf Mona Anderson in Weybridge, Surrey in der Nähe von London. Er kannte sie aus seiner Studienzeit in England 1911–1913 und hatte von ihrer Familie während seiner ersten Emigrationsjahre viel Hilfe erfahren.
- 14 Vgl. Volkmann, Brüning, S. 710; Hömig, Brüning. Politiker ohne Auftrag, S. 529, 536 und 769, Anm. 357. Zu John zuletzt Benjamin Carter Hett/Michael Wala: Otto John. Patriot oder Verräter. Eine deutsche Biographie. Hamburg 2019.
- 15 Die Annahme von Volkmann: Teusch habe Brüning auch persönlich nahegestanden (Brüning, S. 637), trifft nicht zu. Der Grund für seine Distanz ist nicht bekannt. Für Brünings Gegenbesuch im November 1954 bei Christine Teusch in Düsseldorf, wohin ihn Anni Eckert in ihrem PKW fuhr, hatte sie für ihn 15 Nelken für 22,50 DM gekauft.
- 16 Den Rücktransport nach Oldenburg besorgten Anni Eckert und P. Laurentius Siemer O. P. Über die Rettung der beiden Protokollkladden in der Zeit des NS-Regimes durch Wegmann und meine Erstbenutzung 1960 vgl. die Einleitung zu der von mir bearbeiteten Edition: Die Protokolle der Reichstagsfraktion und des Fraktionsvorstands der Deutschen Zentrumspartei 1926–1933. Düsseldorf 1969, S. XIXf. – Am 30. Juni 1955 teilte Brüning von der „Hegge“ aus Anni Eckert mit, dass er das „Diktat der Mikrofilme der Fraktionssitzungen der alten Zentrumspartei auf dem Band zu Ende führen konnte. Es war eine anstrengende Arbeit, da eine Reihe der einzelnen Filme zu blass war.“ Es ist nicht klar, um welche Mikrofilme es sich handelte. Bekannt sind nur noch Niederschriften von Sitzungen der Reichstagsfraktion des Zentrums 1920–1925, die der bayerische Pädagoge Leo Weismantel gerettet hatte. Vgl. Die Protokolle der Reichstagsfraktion der Deutschen Zentrumspartei 1920–1925, bearb. von Rudolf Morsey und Karsten Ruppert. Düsseldorf 1981, S. XIX.
- 17 24. August 1954 an Eberhard Ascher. Vgl. Volkmann: Brüning, S. 712, Anm. 125.



aber wohl empfangen, sonst weiß ich nicht, was sie reden wird. Sie hat mir in England schon genug Unannehmlichkeiten gemacht“. Ihren Besuch drastisch zu verkürzen, sei mit Hilfe der Hausgehilfin Elisabeth gelungen.<sup>18</sup> Diese habe „nach kurzer Zeit“ an der Haustür geschellt und einen fiktiven neuen Besucher angemeldet, zu dem dann Anni Eckert den Professor herausgebeten habe. Dafür musste sie die unliebsame Besucherin weiter unterhalten – ein Verfahren, das „des öfteren“ auch mit anderen Besuchern funktioniert habe. Bei einem Besuch P. Rochus Speickers O.P. – vermutlich in Ordenskleidung – mit seiner verheirateten Schwester sei es Brüning „nicht wohl zumute“ gewesen, weswegen er Anni Eckert gebeten habe, daran teilzunehmen.

Überraschend ist ihr Hinweis, dass Brüning mit dem CDU-MdB Hermann Pünder (Köln), mit dem er in den Nachkriegsjahren viel korrespondiert hatte, nur „wenig zusammengetroffen“ sei. Der Professor habe „je länger er in Köln war, desto weniger Politiker sehen wollen“. Auch von Besuchen Johannes Maier-Hultschins ist nicht die Rede, obwohl Brüning mit diesem Remigranten, Pressechef der Landesregierung in Düsseldorf, weiterhin in engem Kontakt stand, ebenso nicht von Treffen mit Jakob Kaiser. Unkommentiert blieb ein Hinweis Anni Heuwes', dass Brüning „immer in einem Atemzuge“ Adenauer, Josef Kardinal Frings und Werhahn (Neuss) – den letztgenannten ohne weitere Angaben – „auch wohl als das Triumvirat vom Niederrhein“ bezeichnet habe.

Über (den Pastoraltheologen) Theoderich Kampmann – im Bekanntenkreis Anni Eckerts „Theoder ich“ genannt –, habe er kaum gesprochen. Ihn traf er häufig in der „Hegge“, die Kampmann 1945 mitgegründet und in die er Brüning zu Erholungsaufenthalten eingeladen hatte. Der Gast musste allerdings seinen Aufenthalt in dem Anfang der 1950er Jahre errichteten und von Benediktinerinnen geführten Bildungshaus bezahlen, auch den von Claire Nix.

Über die Flut der (Bitt-)Briefe, die den Professor auch in der Hültzstraße erreichten, habe er, so Anni Heuwes, „fast täglich gejamert“ und sei „zornig“ über Bettelbriefe gewesen, „vor allem, wenn er lesen musste, er sei ja wohl als ‚Dollarmillionär‘ oder als ‚reicher Mann‘ zurückgekommen“. Zu den „Bettelbriefen“ hätten auch solche aus Klöstern in Deutschland gehört. Da der Adressat viele der von ihm in den Jahren 1952–1955 – im letzten Jahr nur noch acht Monate lang aus Köln – geschriebenen Briefe (insgesamt 2 307)<sup>19</sup> beantwortete, kostete

18 In Briefen Brünings von der „Hegge“ an Anni Eckert übermittelte er auch Grüße an die Hausgehilfin Elisabeth. In einem Schreiben vom 13. Juni 1956 aus Hartland, Vermont hieß es, dass er sich über die Nachricht ihrer Konversion „gefremt“ habe. Am 18. Juli 1957 erbat er von Anni Eckert deren Adresse, um ihr zur Hochzeit zu gratulieren und suchte ihr im folgenden Jahr bei der Wohnungssuche behilflich zu sein, gratulierte dann auch noch zur Geburt ihres ersten Kindes.

19 So Frank Müller: Die „Brüning-Papers“. Der letzte Zentrumskanzler im Spiegel seiner Selbstzeugnisse. Frankfurt a. M. u. a. 1997, S. 22, Anm. 49. Müller hatte die Durchschläge der Briefe Brüning in dessen Nachlass (s. Anm. 10) von 1936 an für die einzelnen Jahre gezählt. Die Höchstzahl (664) stammte aus dem Jahr 1954.

ihn die ‚Tipperei‘, die er zunächst ohne Sekretärin überwiegend selbst vornahm, viel Zeit.<sup>20</sup> „Eilige und offizielle Sachen, die fehlerfrei getippt werden mussten“, diktierte er Anni Eckert in die Schreibmaschine, die sie perfekt beherrschte. Die von Brüning benutzte Adler-Schreibmaschine hatte er, begleitet von seiner Vermieterin, in Köln gekauft. Er nahm sie mit in die USA und beklagte sich in Jahr später bei ihr über hohe Reparaturkosten („nahezu 120,- DM“) in New York.

Der Professor habe „immer nur gejamert“, dass er „wegen der unendlich vielen Besuche“ und der Fülle seiner Korrespondenz von der Fertigstellung seiner Memoiren abgelenkt werde. Daran habe er in Köln allerdings kaum gearbeitet, wohl aber, wie Anni Heuwes vermutete, Claire Nix bei ihren Aufenthalten in der „Hegge“. Brüning schloss im Februar 1955 in der Hültzstraße einen Vertrag mit der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart über die Veröffentlichung seiner Memoiren – den Rechtsanwalt Otto Eulerich (Münster) mit Verlagsdirektor Gotthold Müller ausgehandelt hatte<sup>21</sup> – und erhielt 10.000,- DM Vorschuss.

Diesen Rechtsanwalt und Notar bestellte Brüning im August 1955 in der „Hegge“ zu seinem Testamentsvollstrecker. Er berief ihn später jedoch – wie nicht nur Anni Heuwes annahm, auf Drängen Claire Nix’ –, wieder ab, ohne Eulerich darüber zu informieren. Die nach 1970 daraus entstehenden jahrelangen prozessualen Auseinandersetzungen können hier außer Betracht bleiben.

Brüning blieb davon überzeugt, dass seine Telefonate aus der Hültzstraße abgehört würden, wenn nicht im Auftrag oder mit Wissen des Bundeskanzlers und wenn nicht vom Bundesamt für Verfassungsschutz (Otto John), dann von der „Organisation Gehlen“. Von ihr habe der Professor, so die Erinnerung von Anni Heuwes, „öfter gesprochen“. Seine „Angst vor dem Telefon“ sei größer geworden, „je länger er bei mir war“. Anni Eckert musste alle Gespräche für ihn annehmen. Oft habe der Adressat einem Anrufer vorweg erklärt: „Sie können sich ruhig Mühe geben, alles aufzunehmen, was ich sage. Es lohnt sich nicht.“ Seine Vermieterin konnte sich nicht daran erinnern, dass Brüning ein Aufnahmegerät, das ihm Freunde geschenkt hatten<sup>23</sup>, seinerseits für die Speicherung von Telefonaten benutzt habe.

Zu seinen Lehrveranstaltungen in die Universität fuhr sie den Professor mit ihrem PKW. Er habe es nicht „geliebt“, nach seinen Vorlesungen – dreimal in

20 Am 6. Oktober 1955 schrieb er Gustav Olef, Oberpostrat in Wiesbaden, dass er gezwungen sei, „jeden Morgen um fünf Uhr aufzustehen“, um seine Vorlesungen sowie einen Teil seiner Korrespondenz „selbst zu tippen“, was ihn zudem in manchen Monaten allein 300,- DM an Porto gekostet habe. Institut für Zeitgeschichte (München), Nachlass Olef.

21 Erwähnt von Eulerich am 10. Juli 1970 in dem von der Deutschen Verlagsanstalt gegen ihn angestregten Prozess vor dem Oberlandesgericht in Köln. Diese Mitteilung verdanke ich Herrn Dr. Volkmann (München).

22 Dazu vgl. Morsey: Brünings Kritik an Adenauers Westpolitik, S. 357; Hömig: Brüning, Politiker ohne Auftrag, S. 536.

23 Auch erwähnt in einem Schreiben Brünings vom 11. März 1955 an Jakob Goldschmidt, in: Nix: Brüning, Briefe 1946–1960, S. 385.



der Woche von 11–12 Uhr – mit Studenten zu diskutieren und sei „immer schnell verschwunden: Ich wartete ja auch schon mit dem Wagen vor dem Haupteingang der Uni“.<sup>24</sup> Sie fuhr ihn auch nach auswärts, hat ihm also nicht, wie Herbert Hömig formulierte<sup>25</sup>, etwa das Auto ihres verstorbenen Mannes „zur Verfügung gestellt“. Dem Professor habe nicht an Kontakten zu Kollegen gelegen. Die Mitglieder seiner Fakultät hätten ihn persönlich geschätzt, aber außerhalb von Sitzungen wenig gesehen. Wissenschaftliche Publikationen hat er nicht veröffentlicht.

Über seine spektakuläre Kritik an Adenauers Westintegrationspolitik in seinem berühmt gewordenen Vortrag am 2. Juni 1954 im Rhein-Ruhr-Klub („Die Vereinigten Staaten und Europa“) hat Anni Heuwes nur wenig mitgeteilt. Nach der Rückkehr aus Düsseldorf sei der Professor sehr „froh und zuversichtlich“ über dessen gute Aufnahme gewesen, bis er die „Kritiken in den Zeitungen las, da war’s schlimm und er war sehr niedergeschlagen“.<sup>26</sup> Vom publizistischen „Trommelfeuer“ habe ihn besonders das in amerikanischen Zeitungen, die ihm Claire Nix schickte, getroffen.

Anni Heuwes wunderte sich, dass Brüning, anders als viele ältere Menschen, sehr wenig von seiner Familie und seiner Jugend gesprochen habe, aber „lieb von seiner Mutter und den [beiden älteren] Geschwistern“, wie sie ihn „umsorgt hätten, da er doch oft krank gewesen“ sei, aber gar nicht von seinem Vater und auch nicht von seiner Schulzeit (auf dem altsprachlichen Gymnasium Paulinum in Münster). Nach dem Abitur (1904) habe er nicht gewusst, für welchen Beruf er sich vorbereiten solle. In Gesprächen des Professors über seine vier Jahre ältere Schwester Maria sei das „bedrückende Gefühl“ zum Ausdruck gekommen, dass sie wegen seiner politischen Laufbahn viel habe leiden müssen. Auch habe die Gestapo, nach seiner Flucht 1934, zwei Monate lang vor ihrem Haus in Münster „aufgepasst, weil die wohl geglaubt hatte, er würde irgendwann mal kurz auftauchen“.

Über seinen zehn Jahre älteren Bruder Hermann Joseph, von dem er „wohl mitezogen und dirigiert“ worden sei, habe Brüning „voller Dankbarkeit“ gesprochen. Er war als Missionsgeistlicher in den USA tätig gewesen, seit

24 Dazu vgl. die Erinnerungen eines Zuhörers: „Während der Vorlesungen wahrte er [Brüning] Distanz zu den Studenten, ganz eins mit dem Gegenstand seines Vortrages, unbekümmert um die Resonanz, die seine Worte im Auditorium finden. Er hält sich nicht streng an das Manuskript, [...] spricht nicht sehr laut, seine Sätze strahlen nicht Wärme aus, sondern wirken eher kühl.“ Die Studenten hätten „nichts mitgeschrieben, was für das Examen von Belang sein konnte“. Sie hätten auf das Glockenzeichen nach 45 Minuten „erleichtert reagiert“, der Professor aber seine Vortragszeit „um mehrere Minuten überzogen“. So der Publizist und CDU-Politiker Herbert Hupka nach einem Bericht in der FAZ vom 11. November 1952 („Ein Professor namens Brüning“), zit. bei Hömig: Brüning. Politiker ohne Auftrag, S. 496 f.

25 Ebd., S. 496.

26 Vgl. Morsey: Brünings Kritik an Adenauers Westpolitik, S. 361, Anm. 54; Volkmann: Brüning, S. 694–710.

1921 mit deren Staatsangehörigkeit. Sein früher Tod (1924) sei die Folge seiner „Überarbeitung für den Bonifatiusverein gewesen“, für den er „so viel für Deutschland in der großen Notzeit“ gesammelt habe. Heinrich Brüning habe sich bei seinem ersten Besuch in den USA „entsetzt und enttäuscht“ darüber gezeigt, dass sein Bruder nicht in einem Einzelgrab beigesetzt worden sei. Bei Gesprächen über dieses Thema sei der Professor „ganz erregt“ gewesen und „sehr unwillig“ geworden, „wenn er irgendwo auf das Wort ‚Bonifatiusverein‘ gestoßen“ sei. Vermutlich hing mit dieser Erinnerung die von Anni Heuwes erwähnte (nicht spezifizierte), für Brüning ungewöhnliche Kritik an dem auch mit Auslandsseelsorge betrauten Bischof Wilhelm Berning (Osnabrück), dem von Hermann Göring ernannten Preußischen Staatsrat, zusammen.

Im Unterschied zu Berichten über seine Familie und Jugendzeit habe Brüning viel von seiner „Kriegszeit als Leutnant“ erzählt. Dabei sei er doch bei mehreren Bewerbungen zum Kriegsdienst zunächst abgewiesen worden („schwächlich“). Bei Gesprächen mit den Professoren Wessels oder Schmölders sei immer nur seine Reichskanzlerzeit zur Sprache gekommen. Brüning habe politische Karikaturen geschätzt und, nach seinem Bericht, eine „sehr schöne Sammlung“ von Original-Karikaturen aus seiner Zeit als Reichskanzler besessen, die ihm jedoch bei seinem „Fortgang aus Berlin ‚gestohlen‘ worden“ sei.

In der Hültzstraße habe Brüning, so Anni Heuwes, „nur die London ‚Times‘ gelesen“, in der „Kölnischen Rundschau“ nur „etwas Besonderes“, auf das sie ihn aufmerksam gemacht habe. Er habe nie Konzerte oder andere Veranstaltungen besucht, „obschon er doch Musik so sehr liebte, er wollte sich einfach nicht zeigen“. Sie habe seinetwegen „auch auf manches verzichtet“, wenn ihre Hausgehilfin abends das Haus verlassen habe, und deswegen Einladungen nicht angenommen oder die Oper besucht, um ihn wegen seiner „Ängstlichkeit“ nicht allein im Haus zu lassen. Sie habe nie seine Anschrift angeben dürfen, wenn er verreist war. Selbst Post, die Anni Eckert ihm in die „Hegge“ nachschickte, erbat Brüning im August 1954 unter der „Anschrift von Miss Nix“. Auch nach seiner Rückkehr in die USA (nach 1955) schickte sie zunächst Briefe an ihn über Claire Nix, postlagernd.

Der Professor habe ihr immer, erfuhr ich von Anni Heuwes, „leid getan, weil er so ängstlich“ gewesen sei – die Bezeichnung „Verfolgungswahn“ benutzte sie nicht. Er sei nie ohne Begleitung auf die Straße gegangen, „meistens musste ich mit“. Sie habe auch mit ihm „zur Messe in das Dreifaltigkeits-Krankenhaus<sup>27</sup> gehen müssen, dessen Garten an unseren Garten grenzte. In einer großen Kirche bekam er Platzangst.“

27 In der Kapelle des Hospitals war Adenauer im August 1919 mit Auguste Zinsser getraut worden. Vgl. Paul Weymar: Konrad Adenauer. Die autorisierte Biographie. München 1955, S. 82.



Hilflos sei Brüning gewesen, als er, mit Freunden im Hotel „Kölner Hof“ am Hauptbahnhof, Franz von Papen „ganz in seiner Nähe“ entdeckt habe. Dadurch sei er so unruhig geworden, dass einer seiner Begleiter, über den Geschäftsführer des Hotels, erreicht habe („sonst würde etwas passieren“), dass sein Nachfolger als Reichskanzler und früherer politischer Gegner „fortgegangen“ sei. Papen habe einmal, so Annie Heuwes, auch versucht, Brüning ans Telefon zu bekommen, was nicht gelungen sei: „So musste ich Papen abwimmeln.“ Der Titel von dessen Memoiren („Der Wahrheit eine Gasse“, 1953) hätte, so Brüning, „eigentlich heißen müssen: Der Lüge eine Gasse“.

Bevor der Professor im August 1954 von der „Hegge“ aus zur Hochzeit eines seiner Patenkinder nach Gelsenkirchen fuhr, bat er Anni Eckert um Auskunft, ob dafür Cutaway oder Gehrock angemessen und ob beide „noch einigermaßen in Ordnung“ seien („eine gestreifte Hose habe ich hier“). Sie möchte ihm „je nachdem den Gehrock oder den Cutaway“ schicken, „auch die schwarze seidene Krawatte und zwei steife Kragen mit Klappen“.

Der „Stimmungsmesser“ für Brünings Grübeleien waren für sie die Briefe und Ausschnitte aus amerikanischen Zeitungen, die Claire Nix alle 8–14 Tage geschickt habe: „Je nachdem, was drin stand, war das Barometer auf ‚Hoch‘ oder ‚Tief‘.“ Wenn Brüning „etwas quergelaufen“ sei, habe sie es daran gemerkt, „wieviel Weinbrand er mittags vor dem Essen trank. Bei einem bis zwei [Glas] ging es ihm gut, waren es mehr, war die Stimmung auf ‚Tief‘ und das Essen habe, zum Ärger der Hausgehilfin, abgetragen werden müssen: Ich setzte mich still mit einer Zeitung zu ihm, manchmal  $\frac{1}{4}$ , manchmal  $\frac{1}{2}$  Stunde und wartete auf ein Zeichen von ihm.“ Zwischen 18 und 19 Uhr sei Brüning „entspannt und gelöst“ gewesen. „Wenn wir zwei zusammensaßen und er Cognac getrunken hatte, war er mitteilhaft und entzückend.“

An anderer Stelle ist bei Annie Heuwes von einem Glas Wein die Rede, nach dem er „immer gelöster [...] und offener geworden“ sei und nicht nur von Politik gesprochen habe. Er habe darüber geklagt, dass er sich seit 1914 täglich um das „Schicksal seines Landes gesorgt“ habe anstatt sich „glücklich zu verheiraten“. Seine Vermieterin hat „öfter“ nachts, auf Brünings Rufen hin, wegen seiner Herzbeschwerden, „nach ihm geschaut“. Er habe sie immer gebeten, „meine Schlafzimmertür etwas angelehnt zu lassen. Er machte das auch meist mit seiner Tür. Brüning schlief direkt eine Etage über meinem Schlafzimmer, sodass ich alles hören konnte.“

Der Professor habe Kinder gemocht und Kindern von Kölner Freunden und Bekannten zu Geburtstagen kleine Geschenke geschickt, die Annie Eckert für ihn kaufte. Da seine beiden älteren Geschwister ebenfalls nicht verheiratet gewesen waren, besaß er keine direkten Verwandten. Ihre beiden Hunde habe er „sehr geliebt“ und auf der Bank im Garten „allerlei Männchen mit ihnen gemacht“. So habe ihr „Spitz ‚Bella‘ immer über seinen Stock springen müssen“, den der Professor dann mit in die USA genommen habe. Treviranus sei

einmal mit einem „molligen Plüschhund unter seiner Jacke für seinen Schreibtisch“ gekommen.

Brüning habe viel geraucht (am Tag „wohl 40 Zigaretten“) und für einen längeren Zeitraum monatlich von Heinrich Neuerburg, dem Kölner Mitinhaber der Tabakfirma Neuerburg in Trier, ein „großes Paket Zigaretten mit Mundstück und Filter“ bekommen. Während seines längeren Aufenthalts in der „Hegge“ 1954 sei die Sendung dorthin gegangen. Nach Brünings „Weggang“ 1955, so Anni Heuwes, habe sie ihre über 400 Jahre alten Gobelins reinigen lassen müssen („so schwarz waren sie vom Rauch“) und dafür 300,- DM bezahlt.

Einmal habe sie ihn weinen sehen, nach einer Mitteilung von Mona Anderson, dass ihre Tochter ein mongoloides Kind geboren habe: „Wir haben uns dann des öfteren über Mongolismus unterhalten“, der in den USA im Bundesstaat Massachusetts „am meisten vorkomme, weil dort so viel Magnetismus spürbar“ sei. Wenn er dort „manchen Leuten die Hand gegeben habe, seien immer Funken übersprungen“.

In Anni Heuwes' Erinnerungen fehlt ein Hinweis, ob Brüning weiterhin auf das Spitzenamt in der Bundesregierung oder eine Berufung als politischer Berater („selbsternannter Nebenaußenminister“) gehofft habe, wie Volkmann annimmt.<sup>28</sup> Über die beiden Gespräche des Emigranten mit Präsident Franklin D. Roosevelt in Washington, im Januar 1938 und im November 1939, berichtete Annie Heuwes mir nur seinen Kommentar über dessen „fürchterliche“ Frau, Eleanor Roosevelt („ein Biest“): Sie habe „hinter einem Vorhang gestanden und gelauscht“.

### III.

Brüning bezog in Köln ein Grundgehalt von jährlich 13.600,- DM plus 20 % Teuerungs- und Wohnungsgeldzuschuss sowie eine jährliche Kolleggeldpauschale von 5.000,- DM. Für die Zeit von Mitte Juli bis Dezember 1954, die er zum größten Teil in der „Hegge“ verbrachte, liegen Abrechnungen Anni Eckerts über seine „Miete und Pension“ (Vollverpflegung) in der Hültzstraße vor. Dafür zahlte er monatlich 400,- DM, aber jeweils 4.- DM weniger für „Verpflegung“ an den Tagen, die er nicht in der Hültzstraße verbrachte. Zudem erstattete er ihr Beträge, die sie bei Einkäufen für ihn oder bei Lieferungen ins Haus (Wein) vorgelegt hatte.

Da sie den Professor mit ihrem PKW viel fuhr, zahlte er die Hälfte der Kosten ihrer PKW-Steuer und -Versicherung (25.- DM monatlich). Und da er häufig telefonierte – wobei Anni Eckert Gespräche mit seiner Schwester in Münster und einigen anderen Personen eigens aufführte –, übernahm er die Hälfte ihrer

28 Brüning, S. 638, 789. Ich halte, wie auch Hömig: Brüning. Politiker ohne Auftrag, S. 477, Hinweise Brünings in Briefen und Gesprächen mit Ambitionen auf das politische Spitzenamt nicht für zuverlässige Absichtserklärungen.



Telefon-Grundgebühr (6,45 DM). Hinzu kamen unterschiedliche Summen für Benzinverbrauch.

Ungewöhnlich hoch war Brünings Verbrauch an Kaffee (500 gr. 14,- DM) und Nescafé (je Päckchen 5,60 DM), so im August 1954 für 21 Tage 32.20 DM. Auch sein Weinbrand-Konsum (Flasche 6,75 DM), schlug zu Buche, im Juli 40,50 DM, im November für gut drei Wochen 33,75 DM und für etwa dieselbe Zeit im Dezember 44,46 DM. Für die beiden letztgenannten Monate stellte seine Vermieterin ihm zudem 44,25 DM für den Kauf von Moselwein (in 5-er beziehungsweise 10-er Kartons plus Fracht) in Rechnung, die Zehnerkartons für 28,- DM. Er habe jeden Tag eine Flasche getrunken und Otto A. Friedrich (Düsseldorf) ihm (für einen nicht bekannten Zeitraum) jeden Monat eine „Kiste Mosel-Wein (Clüsserather) zukommen lassen“.

Für die „Verpflegung“ seiner Sekretärin Bettina von Radowitz („Offiziers-tochter“), die gleichzeitig Medizin studierte (und ihr Studium mit dem Examen abschloss), zahlte Brüning im Juli 1954 45,- DM, im November und Dezember („mittags und abends“) je 55,- DM plus 24,80 DM für den Kauf eines elektrischen Kochers. Verpflegungskosten für „Miss Nix und Frl. v. Radowitz“ für Juli betragen 60,- DM. Mehrfach sind kleinere Beträge für „Wäsche“ und „Reinigung“, wiederholt mit Angabe des „Trinkgelds“, ausgewiesen. Im August 1955 klagte Brüning aus der „Hegge“ über „erhebliche finanzielle Schwierigkeiten“, vornehmlich infolge seines langen Krankenhausaufenthalts in Paderborn, den zu einem Teil Freunde bezahlt hatten. Vermutlich zahlte er auch für Claire Nix' Aufenthalt.

Noch Anfang September 1955, wenige Tage vor der Rückreise des Professors in die USA – für die er aus der „Hegge“ telefonisch „mit viel Mühe eine Kabine [ab Le Havre] für den 7. September bekommen“ habe –, schrieb er Anni Eckert, wie gern er in der Hültzstraße gewohnt und sich dort geborgen gefühlt habe, wofür er ihr dankbar sei. Der „Kündigungsbrief“ (vom 1. August 1955) sei ihm „sehr schwer gefallen“. Darin empfahl Brüning, die von ihm bewohnten Räume „wenigstens für ein Jahr zu vermieten“, bis er zurückkommen würde. Kultusministerin Christine Teusch teilte er am 28. August 1955 mit, dass er sich soweit erholt habe, um „für längere Zeit“ in die Vereinigten Staaten fahren zu können.

Anni Eckert rechnete jedoch nicht mit seiner – wie sie glaubte, von Claire Nix („Haupttreiberin“) verhinderten – Rückkehr, vermietete deswegen wenige Wochen später das Haus und zog in die Eckertstraße. Nach ihrer Annahme wäre Brüning gern in Deutschland geblieben. Am 18. September 1955 dankte er ihr aus Hartland, Vermont für die Zeit, „die ich in Ihrem gastlichen Haus verleben konnte“.

Ihr Urteil über Brüning lautete: Er bleibe für sie „wirklich einer der vornehmsten, liebenswürdigsten und höflichsten Menschen“, die ihr „je begegnet“ seien. Bei anderer Gelegenheit ergänzte Anni Heuwes diese Attribute noch um weitere Eigenschaften des „bedauernswerten, einsamen, bescheidenen, zwie-

spätigen und liebenswerten Onkel Heinrich, wie wir Freunde ihn am Telefon nannten“. Das „Zusammenleben mit ihm und das Sorgen für ihn“ sei eine „große Bereicherung“ in ihrem Leben gewesen. Anni Heuwes hielt es auch später noch für „manchmal fast unvorstellbar, dass Brünings bei seiner Ängstlichkeit Reichskanzler geworden“ sei. Wenn man dessen Leben überschau – sie dachte wohl auch an die von ihm berichteten und von ihr noch miterlebten häufigen Krankheiten –, wundere man sich, „dass er so alt werden konnte“.

#### IV.

An dieser Stelle sei auch ihr Urteil über Claire Nix, Brünings unverheiratete Assistentin, mitgeteilt. Zu seinem ‚Schatten‘ fand sie, bei mehreren Aufenthalten in der Hültzstraße 28, kein Verhältnis; sie habe Nix nie „leiden“ können.<sup>29</sup> Als sie einmal, so Anni Heuwes weiter, verreist gewesen sei, sei Claire Nix von der ‚Hegge‘ erschienen und habe „den Haushalt und meine treue Hilfe Elisabeth dirigieren“ wollen. Auf deren Anruf hin sei sie „schnell zurückgekommen“. Anni Heuwes konnte den „ungeheuren Einfluss“ Claire Nix‘ auf Brünings „bis heute“ nicht verstehen, sie habe ihn geradezu beherrscht. Es sei eine „Hörigkeit“ gewesen, die „er selbst nicht empfunden haben mag“. Er habe „wohl das Leise an ihr“ geliebt. „Wir nannten sie in Köln das ‚scheue Reh‘.“

Bei anderer Gelegenheit hieß es, Claire Nix sei „immer wie eine Katze mit ihrem ‚süßen‘ Lächeln herumgeschlichen.“ Sie habe einmal, so Anni Heuwes, als Claire Nix bei ihr „regieren wollte“, Brünings gefragt, warum er sich so stark von ihr beeinflussen lasse. Da habe er sie „groß angesehen und geantwortet: ‚Von der am allerwenigsten. Sie ist mein lebendiges Tagebuch.‘“ Anni Heuwes hingegen hielt sie für pathologisch, nachträglich sogar für „noch viel schlimmer“.<sup>30</sup> Für ihr kritisches Urteil bezog sie sich mehrfach auf das Zeugnis von P. Laurentius Siemer O.P. sowie auf das der Nationalökonomin Günter Schmolders („ganz gemeingefährlich, die gehöre ja ins Narrenhaus“) und Theodor

29 Claire Nix habe ich im Oktober 1966 bei einem Besuch Brünings in Norwich, Vermont und im September 1970 in der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart, kurz vor der Veröffentlichung seiner „Memoiren 1918–1934“, getroffen und einen ungünstigen Eindruck über ihr affektiertes Verhalten gewonnen. Er bestätigte sich, auf andere Weise, nach der Publikation der von ihr 1974 herausgegebenen, zensierten und zerschnittenen beiden Bände mit Brünings-Dokumenten (Briefe und Gespräche 1934–1945 und Briefe 1946–1960), die ich in der Historischen Zeitschrift 221 (1975), S. 69–95 kritisch rezensiert habe. Die Nix auf ihren Protest hin vom Herausgeber, Theodor Schieder, angebotene Entgegnung hat sie nicht geliefert.

30 Bei einem Zusammentreffen im Landgericht Münster im Januar 1972. Es handelte sich um eine Zeugenaussage im Zusammenhang mit dem von der Deutschen Verlagsanstalt gegen Rechtsanwalt Otto Eulerich in Münster geführten Prozess in der Nachlass-Angelegenheit Brünings. Ich habe die noch 1970 erschienenen, von Claire Nix eilig fertiggestellten „Memoiren 1918–1934“ Brünings als nicht authentisch bezeichnet (FAZ vom 5. November 1970) und eine wissenschaftliche Edition für notwendig gehalten: Die Brünings-Memoiren in der



Wessels, einschließlich ihrer Ehefrauen, die Nix bei Besuchen in der Hültzstraße getroffen hätten.

Sie nahm am Requiem für Brüning am 8. April 1970 in St. Ludgeri in Münster, das schrieb mir Anni Heuwes noch im selben Monat, teil. Dabei hätten „auf der „Evangelien- und Land [darunter der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Heinz Kühn] etc. gesessen“, auf der „Epistelseite die Freunde“.

Claire Nix sei etwa zehn Minuten vor Beginn gekommen<sup>31</sup>, habe sie (in der 4. Reihe links) gesehen und ihr die Hand gegeben, einen „Kuss auf die linke Backe gehaucht“ und sei in die erste Bank gegangen: „Sie ist nun 51, sieht miserabel aus, sehr alt, benahm sich sehr unruhig mit ihrem Lächeln, das sie damals in Köln auch schon immer hatte.“ Vorn rechts hätten auch Hermann Pünder, Henrich Krone und August Wegmann gesessen, in der zweiten Reihe Gottfried Reinhold Treviranus mit Frau und Tochter.

An der anschließenden Beerdigung auf dem Hauptfriedhof in Münster nahm Claire Nix nicht teil. Vermutlich wollte sie keine Auskunft über den Stand der gerade von Anhängern Brünings längst erwarteten Memoiren geben, deren baldige Herausgabe sie längst vorbereitete.

#### V.

Bekannt ist das für Brüning politisch unbefriedigende Ergebnis seiner beiden Besuche bei Adenauer (als Vorsitzender der CDU in der Britischen Zone) am 18. August 1948 in Köln und, am 4. Juli 1950, beim nunmehrigen Bundeskanzler in Rhöndorf.<sup>32</sup> Nicht bekannt sind deren „Verlauf und Inhalt im einzelnen“<sup>33</sup>, auch nicht Anni Heuwes' Mitteilung, dass der Besucher im Wohnhaus unter einem anderen Namen angemeldet worden sei. Beim ersten Besuch habe Brüning es abgelehnt, eine ihm vorgeschlagene Pension und Wiedergutmachung anzunehmen, „solange noch Menschen in Bunkern und Kellern wohnen und auch noch hungern“.

Adenauer habe ihm, so Anni Heuwes weiter, einen „Weg“ angeboten, ihm zu helfen.<sup>34</sup> Das aber habe Brüning „enorm empört“: Er sei ihm „nur als „Deck-

historischen Kritik, in: Westfälische Zeitschrift 122 (1972), S. 309 f.; Ders.: Zur Entstehung, Authentizität und Kritik von Brünings „Memoiren 1918–1934“. Opladen 1975. Die von Peer Volkmann bearbeitete Edition der Urfassung soll 2021 erscheinen.

31 Im April 1970 teilte mir Anni Heuwes in Münster, als Aussage des früheren Assistenten Brünings in Köln, Josef Unland, mit, dass Claire Nix vor kurzem zur katholischen Kirche konvertiert sei.

32 Im Adenauer-Kalendarium (Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Bad Honnef-Rhöndorf) finden sich keine Einträge zu beiden Terminen.

33 So Hömig: Brüning. Kanzler in der Krise, S. 468 f.

34 Hier liegt eine Verwechslung vor: Im August 1951 hatte ihm der Bundeskanzler über Ministerialdirektor Herbert Blankenhorn eine Beihilfe für eine Kur in Bad Nauheim zur Behandlung seiner Herzbeschwerden angeboten, verbunden mit der Ankündigung, das

mäntelchen“ vorgekommen, weil Adenauer sich, nach Zeitungsberichten, nach der Währungsreform, eine hohe Wiedergutmachung habe zukommen lassen, ähnlich „auch noch einige andere“ in Köln: „Mein Mann hat nichts bekommen.“ Der Bundeskanzler habe Brüning seine „Absage“ nie verziehen, „ebenso wenig sein Eingreifen in Köln 1931 bei der Finanzmisere“.<sup>35</sup>

In einem Interview in der Zeitschrift „Weltbild“ im Januar 1975 über Brünings Kölner Jahre – das mir nicht vorliegt – berichtete Anni Heuwes, habe sie Brünings scharfes Urteil über das Gespräch 1950 mit Adenauer („dieser Lügner“) gerade noch unterdrücken können. Der Professor habe später geäußert: „Hätte ich doch niemals den Rat der Herren befolgt, die den Besuch anregten und vermittelten.“ Es waren Robert Pferdenges und Josef Horatz gewesen.

Aus einem Schreiben Anni Heuwes' vom 16. Februar 1975 an mich seien Passagen über das Verhältnis Adenauers zu Christian Eckert zitiert: „Kurz nach dem Zusammenbruch [1945] erhielt mein Mann [in Worms] vom Prälaten [Johannes] Müller, Caritasdirektor in Köln-Hohenlind, St. Elisabeth, auf Umwegen einen Brief des Inhalts, die Engländer möchten ihn baldmöglichst in Köln sehen und sprechen zwecks Ingangbringung der Universität. [...]“

In Köln traf mein Mann leider nicht Mr. Elliot, der nach ihm gefragt hatte, statt dessen einige andere Herren mit Adenauer, der dann in dem Sinne etwa – er arbeite nicht mit Christian Eckert zusammen, der sei Nazi gewesen – meinen Mann kühl behandelte. Ich kann nie vergessen, wie enttäuscht mein Mann damals nach Worms zurückkam. [...] Mein Mann schrieb dann bald einen Brief an Prälat Müller. [...] Ich zeigte diesen Brief einmal Herrn Brüning, ebenso das Buch ‚150 Jahre Bankhaus Stein‘<sup>36</sup>. Als er alles gelesen hatte, sagte mir Brüning, er könne mir mindestens 40 Namen nennen, denen Adenauer das Gleiche angetan habe: Wen er nicht gemocht habe, den habe er als ‚Nazi‘ bei den Engländern abgetan.“ Ihr Mann habe Adenauer nie wieder getroffen, allerdings noch einmal erlebt.

Anni Heuwes beschloss ihre Kritik mit der Schilderung folgenden Vorgangs. Bei einer Veranstaltung in der Universität Köln in den 1950er Jahren – in Anwesenheit der Ehrengäste Christian Eckert und Frau – habe sich Adenauer als deren Gründungsrektor (1919) feiern lassen. Daraufhin habe sich Clärchen Herstatt, die Mutter des Gründers der Herstatt-Bank in Köln, Iwan D. Herstatt,

Bundesfinanzministerium prüfen zu lassen, ob eine Pensionszahlung möglich sei. Brüning hatte beide Angebote schroff abgelehnt und als Versuch interpretiert, ihn zu „kaufen“. Vgl. Rudolf Morsey: Brüning und Adenauer. Zwei deutsche Staatsmänner. Düsseldorf 1972, S. 39 f.; Volkmann: Brüning, S. 657 f. Anni Heuwes' Erinnerung, dass Brünings von dem Besuch in Rhöndorf „so elend und wütend zurückgekommen“ sei, dass sie „erschrocken“ gewesen sei, dürfte sich als Reaktion auf dessen späteren Bericht beziehen.

35 Dazu vgl. Hömig: Die Kreditkrise und ihre Folgen, in: Ders.: Brüning. Kanzler in der Krise, S. 345–377.

36 Christian Eckert: J.H. Stein 1790–1940. Werden und Wachsen eines Kölner Bankhauses in 150 Jahren. Köln 1940.



in Hörweite des Bundeskanzlers empört: „Christian, Du warst es ja!“ Adenauer habe nach Schluss der Feier „hocherhobenen Hauptes“ den Saal verlassen, ohne einen Blick auf die in der dritten Reihe sitzenden Ehrengäste zu werfen.

Nach einer letzten Erinnerung Anni Heuwes' hat Brüning 1955, noch kurz vor seiner Abreise aus Köln, Teile von Vorabdrucken der Adenauer-Biographie von Paul Weymar in der Illustrierten „Revue“ gelesen, die sie ihm in die „Hegge“ geschickt habe, Fortsetzungen noch in die USA.<sup>37</sup> Sein Kommentar habe gelautet: „Adenauer versucht doch, aus allem Geld zu machen, es würde ihm von der Illustrierten sicher ausreichend geboten sein.“

In der Geschichtswissenschaft gibt es kein „letztes Wort“, sondern nur ständiges Bemühen um Annäherung an die historische Wahrheit. Mit diesem Diktum schloss ich 1996 einen Vortrag „Brüning in der historischen Forschung“ im Historischen Rathaus in Münster.<sup>38</sup> Es passt auch am Schluss dieses Beitrags zum Komplex der nicht gelungenen Remigration deutscher Politiker nach 1945/49.

37 S. Anm. 10.

38 Das Brüning-Bild in der zeitgeschichtlichen Forschung, in: Gedenkveranstaltung zum 100. Geburtstag Brünings, hg. vom Oberstadtdirektor der Stadt Münster. Münster 1986, S. 30.





## DIE ÄRA KOHL IM GESPRÄCH

### XVIII. „Vergangenheitsbewältigung“ oder Erinnerungskultur? Helmut Kohl und der Umgang mit der deutschen Geschichte in der Bundesrepublik der 1980er und 1990er Jahre

#### Helmut Kohl – Geschichtsbewusstsein und Geschichtspolitik\*

Horst Möller

Kein Ort wäre besser geeignet, als das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (HdG), um über Helmut Kohls Geschichtspolitik zu sprechen. Bereits in seiner Regierungserklärung kündigte der wenige Monate zuvor gewählte Bundeskanzler 1983 die Errichtung dieses zeitgeschichtlichen Museums an.

I.

Lassen Sie mich, bevor ich das HdG und weitere geschichtspolitische Aktionen Helmut Kohls behandle, einige grundsätzliche Bemerkungen zu den beiden Begriffen machen. Der Terminus „Geschichtspolitik“ ist insofern doppeldeutig, als er einerseits für propagandistische Zwecke instrumentalisierte Geschichtsdeutung meinen kann, andererseits aber auch die Förderung historischer Forschung und ihre Nutzung für politische Bildung – ich gehe darauf noch ein. Mit dem Begriff „Geschichtsbewusstsein“ verhält es sich einfacher. Auch versteht es sich von selbst, dass Kohl als promovierter Historiker historisch dachte. Schon seine 1958 in Heidelberg bei dem späteren Erlanger Ordinarius Walther Peter Fuchs eingereichte Dissertation „Die politische Entwicklung in der Pfalz und das Wiedererstehen der Parteien nach 1945“ zeigte allerdings für eine historische Studie erstaunliche Gegenwartsnähe. Helmut Kohl begründete sie mit der Verwendung von Interviews und zeitgenössischen Materialien, die später nicht mehr zugänglich seien.<sup>1</sup> Die Themenstellung zeigte überdies, dass für Kohl Heimatbewusstsein auf der einen, politisches Interesse auf der anderen

\* Vortrag anlässlich der Veranstaltung „Vergangenheitsbewältigung“ oder Erinnerungskultur? Helmut Kohl und der Umgang mit der deutschen Geschichte in der Bundesrepublik der 1980er und 1990er Jahre“ im Rahmen der Reihe „Die Ära Kohl im Gespräch“ am 5. Dezember 2019 im Bonner Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

1 Helmut Kohl: Die politische Entwicklung in der Pfalz und das Wiedererstehen der Parteien nach 1945. Inaugural- Dissertation, Phil. Fak. der Universität Heidelberg 1958, S. II.

Seite wichtige Quellen seines Geschichtsbewusstseins waren. Charakteristisch für Helmut Kohl jedenfalls blieb, dass er in grundsätzlichen politischen Fragen stets zugleich historisch dachte und handelte.

Die persönliche Lebenserfahrung stimulierte, wie viele Beispiele in seinen Reden und Gesprächen belegen, ihrerseits historisches Bewusstsein. Ich will das hier nicht näher ausführen, doch einige Schlüsselbeispiele müssen genannt werden. Sie liegen zum einen in der Familiengeschichte und dem Tod seines Bruders als Soldat im Zweiten Weltkrieg, zum anderen in der näheren Heimatgeschichte, wo er als einen verhängnisvollen Auslöser deutsch-französischer Feindschaft die Verwüstung der Pfalz durch die französische Armee Ludwigs XIV. und die Ruine des Heidelberger Schlosses regelmäßig erwähnte. Und sein öffentlichkeitswirksamer gemeinsamer Auftritt mit Francois Mitterrand auf den Gräbern von Verdun diente nicht nur der historischen Erinnerung an diese grausame Schlacht, in der die Menschen zu Material wurden, sondern zugleich der Mahnung zu deutsch-französischer Kooperation in Gegenwart und Zukunft.

Andererseits wurde Helmut Kohl nicht müde, auf positive Zeugnisse der Vergangenheit hinzuweisen. So beschreibt er im ersten Band seiner Erinnerungen nicht allein zentrale Erinnerungsorte seiner Heimatregion vom Mittelalter bis zum Hambacher Fest 1832, sondern das für ihn eindrucksvollste mittelalterliche historische Zeugnis und nennt zugleich auf charakteristische Weise seine bis in die Gegenwart dauernde Bedeutung: „Besonders der Dom zu Speyer, im elften Jahrhundert als größte Kirche des Abendlandes erbaut, ist für mich ein Symbol der Einheit der deutschen und europäischen Geschichte. Während meiner Kanzlerschaft habe ich viele Staatsgäste aus der ganzen Welt in den Dom geführt und erlebt, wie er wirkt in seiner Einfachheit, seiner Klarheit, wenn die Sonne durch die Fenster dringt und die warmen Farben des Pfälzer Buntsandsteins zum Leben erweckt, so dass er förmlich zu uns spricht.“<sup>2</sup>

Eine Form geschichtspolitischer Aktion stellt die Memoirenliteratur dar. Doch zielt sie normalerweise nicht – wie regierungsamtliche Geschichtsdeutung – auf die Kreation nationaler Mythen, sondern genrebedingt auf die Selbstdarstellung des Autors und vorherigen Akteurs. Memoiren können bei angemessener kritischer Benutzung erheblichen Quellenwert haben, sie sind geschichtspolitisch weit unbedenklicher als staatlich verordnete Geschichtsbilder. Winston Churchill war in dieser Frage ganz ungeniert selbstironisch, als er sein großes Werk über den Zweiten Weltkrieg mit den Worten kommentierte: „Die Geschichte wird uns milde beurteilen, denn ich gedenke sie selbst zu schreiben.“

Auch Helmut Kohl hat bekanntlich Memoiren hinterlassen, in denen er immer wieder auf historische Fragen eingegangen ist. Wie sein parteifreundlicher Widersacher Franz Josef Strauß dachte Kohl stets in historischen Dimensionen. Bekanntlich verstanden sich die beiden über Fragen der Vergangenheit sehr viel

2 Helmut Kohl: Erinnerungen 1930–1982. München 2004, S. 25 f.



besser als über Probleme der Gegenwart. Jedenfalls bewahrte sein Geschichtsbewusstsein Helmut Kohl vor fundamentalen Irrtümern.

Im Gegensatz zu einigen besonders „fortschrittlichen“ Publizisten und Historikern, etwa Heinrich August Winkler, Hans-Ulrich Wehler und Jürgen Kocka,<sup>3</sup> sowie zahlreichen SPD-Politikern, warf Kohl in den 1970er und 1980er Jahren die Kategorie der Nation keineswegs auf den Müllhaufen der Geschichte. 1989/90 ergriff der in historischen Kontinuitäten denkende Bundeskanzler nicht zuletzt deshalb die plötzlich sich eröffnende Chance, um die Wiedervereinigung zu erreichen – zweifellos eine der größten staatsmännischen Leistungen des 20. Jahrhunderts. Die Irrwege des Nationalismus waren ihm nur zu bewusst, jedoch ebenso das Weiterwirken des aus dem 19. Jahrhundert stammenden nationalen Denkens und nationaler Politik in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Allerdings nehmen die Deutschen aufgrund der Erfahrung des extremen Nationalismus der NS-Diktatur und der anschließenden Teilung Deutschlands in Europa eine Sonderstellung ein. Jedoch weigerte sich Helmut Kohl wegen seines Geschichtsbewusstseins, dieses aus der spezifischen Situation der Kriegsniederlage und des Kalten Krieges entstandene gebrochene Nationalgefühl und die Teilung für endgültig zu halten.

Der Kontrast zu kurzfristigem und kurzfristigem Denken wird deutlich, wenn man die abwegigen Äußerungen einiger damaliger SPD-Politiker vergleicht, die am 27. August 1987 mit der SED ein gemeinsames Strategiepapier beschlossen. Der Spitzenkandidat der SPD bei der Bundestagswahl 1990 Oskar Lafontaine, Egon Bahr und andere überboten sich in Warnungen vor der Wiedervereinigung. Einer der sogenannten Brandt-Enkel und spätere Bundeskanzler Gerhard Schröder beispielsweise sagte: „Eine auf die Wiedervereinigung gerichtete Politik ist reaktionär und hochgradig gefährlich.“ Und sogar der bald zur Raison gekommene Willy Brandt („es wächst zusammen, was zusammengehört“) nannte in seinen im September 1989 erschienen „Erinnerungen“, die Hoffnung auf Wiedervereinigung die „spezifische Lebenslüge der zweiten deutschen Republik“. Diesen Satz strich Brandt nicht einmal aus der 3. erweiterten Auflage vom Dezember 1989, nachdem die Berliner Mauer bereits gefallen war.<sup>4</sup> Das kurzschlüssige, nur aktualitätsbezogene Denken jedenfalls ist nicht allein politisch konzeptionslos, sondern extrem fehleranfällig, während die langfristige historische Perspektive vor schnellen Kurzschlüssen bewahrt.

3 Eine beeindruckende Sammlung im Rückblick grotesk wirkender Stellungnahmen zur Frage der Wiedervereinigung Deutschlands findet sich bei Jens Hacker: *Deutsche Irrtümer. Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen*. Berlin/Frankfurt a. M. 1992, zu den genannten Historikern insbesondere S. 357–370, zu den Parteien 182–231.

4 Willy Brandt: *Erinnerungen*. 3. erw. Aufl. Frankfurt a. M. 1989, S. 157. Vgl. insgesamt Daniel Friedrich Sturm: *Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90*. Bonn 2006.

## II.

Anders als Geschichtsbewusstsein ist Geschichtspolitik aus doppeltem Grund ein problematischer Begriff:

Für Historiker ist der Begriff störend, weil sie als Wissenschaftler die politische Instrumentalisierung von Geschichte prinzipiell ablehnen – doch wer hält sich schon immer an seine eigenen Prinzipien? Und außerdem: Geschichte kann man nicht ungeschehen machen, weder verlorene Kriege noch verlorene Wahlkämpfe können nachträglich geschichtspolitisch zu Siegen werden. Und doch werden sogar Fakten umgedeutet. Historische Entwicklungen, komplexe Phänomene, Persönlichkeiten können ohnehin unterschiedlich interpretiert werden. Und da beginnen jenseits normaler wissenschaftlich begründeter Kontroversen die Probleme.

Wenn Staaten und Regierungen offizielle Geschichtsbilder in Öffentlichkeit und Schulen propagieren, wird Geschichte zum Kampfinstrument politischer Auseinandersetzung und Indoktrination. Und das ist keineswegs nur in Diktaturen so, wo Geschichtsbilder verordnet werden und Kritik verfolgt wird. Die jeweilige nationale Erinnerungskultur dient zur Identitätsbildung, wodurch Geschichte so oder so in der Gegenwart zu einem politischen Faktor wird. Die Frage ist also nicht, *ob* Geschichte politische Bedeutung gewinnt, sondern *wie* Geschichte auf die Politik wirkt.

Lassen Sie mich einige Beispiele nennen, deren Reihe beliebig verlängert werden kann. Diese Beispiele stammen allesamt aus nationalen Selbsteinschätzungen. So haben nach dem Ersten Weltkrieg tatsächlich nicht die Historiker über dessen Ursachen entschieden, sondern die Politik, genauer gesagt, der Vertrag von Versailles. Die inzwischen längst widerlegte, zumindest sehr undifferenzierte Einschätzung deutscher Alleinschuld gemäß Art. 231 des Friedensvertrags geistert noch heute in vielen Staaten herum, selbst in Deutschland.

Nach dem Zweiten Weltkrieg erwies sich für Österreich die sogenannte Moskauer Deklaration von 1943 als Rettungsanker, erklärten die USA, Großbritannien und die Sowjetunion doch, Österreich sei das erste Opfer des nationalsozialistischen Deutschland gewesen – die zumindest erhebliche Zustimmung zum „Anschluss“ 1938 und die folgende Integration und Mittäterschaft im NS-Regime blieben unerwähnt. Diesen Freibrief nutzten alle österreichischen Parteien, einschließlich der SPÖ unter Führung Bruno Kreiskys, um ihr Land als nichtverantwortlich an den NS-Verbrechen hinzustellen – wer wollte es ihnen verübeln, so einfach aus dem Schlamassel der Mitverantwortung herauszukommen?

In Frankreich erklärte der aus dem Londoner Exil zurückkehrende General de Gaulle sein Land kurzerhand zur Siegermacht. Aber nicht nur das: Die Kollaboration des Vichy-Regimes wurde aus der Geschichte Frankreichs aus-



geklammert und nicht zum vermeintlich „wahren“ Frankreich gezählt. Das mochte für Charles de Gaulles „certaine idée de la France“ hingehen, widersprach aber der historischen Realität. Und so konnten alle Präsidenten bis zu Francois Mitterrand am Grabe von Marschall Pétain an dessen Todestag Kränze niederlegen lassen, natürlich für den Helden der Schlacht von Verdun 1916. Der mit Hitler kollaborierende autoritäre Herrscher Pétain wurde dabei ignoriert.

Das Muster ist klar: Man wählt sich aus der Geschichte aus, was einem politisch zupass kommt. Übrigens hat erst der 1995 gewählte, im September 2019 verstorbene Präsident Jacques Chirac mit dieser Tradition gebrochen und in Übereinstimmung mit der Geschichtswissenschaft erklärt, auch Vichy zähle zur Geschichte Frankreichs und trage eine Mitverantwortung für die Juden-deportation aus Frankreich.

Und ein letztes Beispiel: Wir kritisieren zu Recht manche Geschichtsklitterung in Russland, aber die grauenvollen Massenverbrechen des nationalsozialistischen Deutschland in Polen führen heute dazu, dass die von der PIS-Regierung öffentlich betriebene und zum Teil durchgesetzte nationalapologetische Geschichtsdeutung in Deutschland kaum auf dezidierten Widerspruch stößt. Inzwischen werden beispielsweise von Danzig bis Kattowitz Museumsdirektoren entlassen, die nicht linientreu sind und geschichtsklitternde Museen gegründet, die das „offizielle“ Geschichtsbild demonstrieren.

In dieser Geschichtsauffassung der PIS-Regierung wird mehr oder weniger ausgeblendet, dass Polen in der Zwischenkriegszeit keineswegs eine lupenreine friedliche Demokratie war: Bei den für Polen siegreichen Angriffen auf östlich angrenzende Territorien seit 1919 sowie auf die Sowjetrussland 1920/21 annektierte man große Gebiete bis zu 300 km östlich der Curzon-Linie – nicht nur russische, sondern auch ukrainische, weißrussische und litauische Regionen, in denen die Polen zum Teil nur Minderheiten stellten. Während des vorausgehenden russischen Bürgerkriegs seit 1917 und diesen folgenden Kriegen, in denen es zu zahlreichen Pogromen kam, wurden etwa 100.000 Juden ermordet, eine noch viel größere Zahl verhungerten, mehr als eine halbe Million ukrainische Juden wurden ihres Eigentums beraubt. An diesen Massenverbrechen waren zwar zunächst vor allem ukrainische und sowjetrussische, dann aber auch polnische Einheiten und Zivilisten beteiligt.<sup>5</sup>

Mit Zustimmung der alliierten Kriegssieger annektierte Polen 1919 mehrheitlich deutsche Gebiete in Oberschlesien. Der polnische Einfall in tschechoslowakisches Staatsgebiet bei Teschen erfolgte im Windschatten und in Ausnützung der Zerstörung der Tschechoslowakei durch Hitler seit der Münchner Konferenz 1938.

5 Vgl. neuestens Stephan Lehnstaedt: Der vergessene Sieg. Der Polnisch-Sowjetische Krieg 1919–1921 und die Entstehung des modernen Osteuropa. München 2019, insbes. S. 54 ff., 95–114.

Im Übrigen war Polen seit 1926 eine Militärdiktatur des bis heute verehrten Marschalls Pilsudski. Und schließlich wird ungern über den polnischen Antisemitismus vor 1939, einzelne kollaborierende Akte im Krieg (zum Beispiel Jedwabne) oder etwa das antijüdische Pogrom bei Kielce 1945 gesprochen. Die durch Antisemitismus verursachten Ausreisewellen in den 1960er Jahren bleiben meist ebenfalls unerwähnt. Übrigens bestand Polen bis 1989 ja keineswegs nur aus sowjetischer Oberherrschaft oder andererseits ab 1981 aus Solidarnosc, sondern ebenfalls aus überzeugten polnischen Akteuren und Anhängern der kommunistischen Diktatur, aus Gomulka, Gierek und Jaruzelski.

Und bei der unsäglichen Reparationsforderung antwortet kaum ein deutscher Politiker mehr, dass Polen infolge seiner auf den alliierten Kriegskonferenzen beschlossenen ‚Westverschiebung‘ 110.000 qkm deutschen Territoriums annektiert und millionenfache Vertreibungen mit zu verantworten hat. Auch einige deutsche Politiker, die zu Gedenktagen nach Polen reisen, bestärken die Geschichtsklitterung der PIS, Polen sei immer nur Opfer gewesen.

Ich betone nochmals ausdrücklich: An der deutschen Verantwortung am millionenfachen Massenmord in Polen (und in der Sowjetunion) im Zweiten Weltkrieg besteht kein Zweifel. Es geht hier nicht um irgendeine, natürlich unsinnige Aufrechnung; kein Verbrechen rechtfertigt ein anderes. Vielmehr geht es um die Instrumentalisierung von Geschichtsdeutungen für aktuelle Politik, es geht um Fakten, um historische Objektivität – und übrigens auch um völkerrechtliche Prinzipien sowie schließlich die Frage angemessenen Umgangs heutiger Partner in der EU.

Helmut Kohl, der sich schon seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre erfolgreich um eine Verständigung mit Polen bemühte, der sich vehement für eine Aufnahme des Landes in die EU eingesetzt hat, kannte natürlich die schrecklichen Folgen der deutschen Besatzungspolitik und nannte sie wiederholt beim Namen. Trotzdem lehnte er Reparationen – wie die heutige Bundesregierung – eindeutig ab. Beim Besuch in Warschau 1989 – unmittelbar vor dem Mauerfall in Berlin – begründete er diese Ablehnung unter anderem mit Verweis auf das Londoner Schuldenabkommen von 1953: „Was den Wunsch nach einer Entschädigung anging, so konnte ich keinen Zweifel daran aufkommen lassen, dass kein den polnischen Vorstellungen entsprechendes Ergebnis zu erwarten war [...]“. Auch betonte er die Konsequenz, dass in einem solchen Fall Dutzende Staaten unerfüllbare Forderungen an die Bundesrepublik stellen würden.<sup>6</sup> Später verwies er auf den Deutsch-Polnischen Nachbarschaftsvertrag vom 17. Juni 1991.<sup>7</sup>

Im Übrigen hat Kohl nach der gemeinsam mit Ministerpräsident Mazowiecki besuchten Messe in Kreisau auch dort geschichtspolitisch gewirkt: Er erließ

6 Kohl: *Erinnerungen 1982–1990*, S. 964.

7 Helmut Kohl: *Erinnerungen 1990–1994*. München 2007, S. 436.



Polen zunächst die Rückzahlung der Hälfte eines von der Regierung Helmut Schmidt gewährten Zwei-Milliarden-Kredits und initiierte mit diesen Mitteln eine Reihe gemeinsamer Kulturprojekte, darunter eine deutsche Finanzierung zum Wiederaufbau Kreisaus. So erinnerte er im heutigen Polen an Kreisau als Symbol für den deutschen Widerstand gegen Hitler.<sup>8</sup> Diesen Widerstand hat Helmut Kohl immer wieder gewürdigt.<sup>9</sup>

Halten wir einstweilen fest: Ganz offensichtlich wird mit Geschichtsbildern Politik gemacht und ebenso offensichtlich eignen sich falsche dazu besonders gut. Jedenfalls neigen fast alle offiziell vertretenen Geschichtsbilder in den meisten Staaten zur positiven nationalen Identitätsstiftung – mit Ausnahme Deutschlands. Für Helmut Kohl jedenfalls zählten neben der freundschaftlichen Vertiefung der Beziehungen zu Frankreich die Aussöhnung mit Israel und Polen zu den wesentlichen politischen und persönlichen Anliegen. Dabei setzte er sich regelmäßig mit den Massenverbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands auseinander. Die sich daraus ergebende fortdauernde Verantwortung verwechselte er jedoch nie mit „Kollektivschuld“ oder der Aufgabe deutscher Interessen in der Gegenwart.

### III.

Zweifellos ist staatlich verordnete Geschichtspolitik problematisch und widerspricht dem Artikel 5 unseres Grundgesetzes. Und aus diesem Grund sowie seinem Respekt vor geschichtswissenschaftlichen Grundprinzipien hat Helmut Kohl solche regierungsamtlichen oder politisch instrumentalisierten Geschichtsbilder stets abgelehnt.

Seine geschichtspolitischen Vorhaben wollte er prinzipiell von jeglicher nationalen Geschichtsklitterung freihalten. So schrieb er rückblickend über das Haus der Geschichte: „Maßstab für die [...] Darstellung unserer Geschichte sollten ausschließlich historische Redlichkeit und wissenschaftliche Seriosität sein. Es ging nicht um die ‚Entsorgung‘ unserer Geschichte, sondern im Gegenteil um ihre Aufnahme in das öffentliche Bewusstsein: Wir wollten kein regierungsamtliches Geschichtsbild vermitteln und auch nicht das Geschichtsbild der Opposition oder irgendeiner anderen Gruppe: Wir wollten etwas schaffen, das Geltung beanspruchen kann, Stätten der Selbstbesinnung oder Selbsterkenntnis durch eine möglichst unvoreingenommene historische Erinnerung. Dass dies eine ganz realistische Absicht war, lässt sich heute in Bonn und Berlin leicht überprüfen.“<sup>10</sup>

8 Kohl: *Erinnerungen 1982–1990*, S. 981.

9 Vgl. etwa: Helmut Kohl/Horst Möller/Hans Maier/Peter Hintze/Günther Schulz/Gerd Langguth: *Der 20. Juli 1944 – Widerstand und Grundgesetz (Aktuelle Fragen der Politik 15)*. Hg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung. Sankt Augustin 1994.

10 Kohl: *Erinnerungen 1982–1990*, S. 382.

Die beständige und gleichwohl unsinnige Behauptung, man habe sich in Deutschland um die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit herumgedrückt, Kohl und die Gründungsdirektoren des Hauses der Geschichte betrieben mit anderen eine „Entsorgung der deutschen Vergangenheit“, wie etwa Jürgen Habermas oder Hans-Ulrich Wehler behaupteten, hat Kohl selbst in dem erwähnten Zitat zurückgewiesen. Auch in seinen Reden oder sonstigen Zeugnissen finden sich keinerlei Anhaltspunkte für derartige Diffamierungen – ganz im Gegenteil! Aber auch mit solcher Verzerrung des Geschichtsbewusstseins von Helmut Kohl sollte Politik gemacht werden. Dazu passt, dass seine Ansprache zum 40. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen im April 1985 in der deutschen Öffentlichkeit wenig beachtet wurde. Stattdessen wurde Kohls Besuch mit dem amerikanischen Präsidenten Reagan auf dem Soldatenfriedhof von Bitburg skandalisiert, weil dort neben Unschuldigen auch ehemalige SS-Angehörige begraben liegen. Einer der lautesten Wortführer gegen Kohl war Günter Grass, der selbst seine SS-Angehörigkeit verschwiegen hatte.

Kohl schloss sich einer durchaus geschichtspolitischen Maxime Konrad Adenauers an, der bereits im Februar 1960 in der Gedenkstätte Bergen-Belsen erklärt hatte: „[...] wir können keinen besseren Ort wählen [...] in dem Gelöbnis, alles dafür zu tun, dass jeder Mensch – gleichgültig, welchem Volk, welcher Nation, welcher Rasse er angehört – auf der Erde in Zukunft Recht, Sicherheit und Freiheit genießt.“<sup>11</sup>

Am 21. April 1985 sagte Bundeskanzler Kohl in dieser nach eigener – und auch meiner – Einschätzung wichtigsten historischen Rede in Bergen-Belsen: „Versöhnung mit den Hinterbliebenen und den Nachkommen der Opfer ist nur möglich, wenn wir unsere Geschichte annehmen, wie sie wirklich war, wenn wir uns als Deutsche bekennen: zu unserer Scham, zu unserer Verantwortung vor der Geschichte. Und wenn wir gemeinsam die Notwendigkeit erkennen, allen Bestrebungen entgegenzutreten, die die Freiheit und die Würde des Menschen mit Füßen treten. [...] Das nationalsozialistische Deutschland versetzte die Welt in Angst und Schrecken. Die Zeit des Mordens, ja des Völkermordes ist das dunkelste, das schmerzlichste Kapitel der deutschen Geschichte. Es gehört zu den vordringlichen Aufgaben unseres Landes, Wissen darüber zu vermitteln, und das Bewußtsein für das ganze Ausmaß, für die Dimension dieser geschichtlichen Erfahrung und Last wachzuhalten. Die Verbrechen der Hitler-Barbarei, die Verhöhnung, ja die Zerstörung aller sittlichen Normen, die systematische Unmenschlichkeit der NS-Diktatur – wir dürfen, wir wollen sie niemals vergessen. [...] Wir haben – auch vierzig Jahre danach – die Pflicht, uns selbst zu fragen, wie es geschehen konnte, dass eine Kultur zerbrach, an

11 Ebd., S. 343.



deren Entwicklung gerade deutsche Juden in so hervorragender Weise beteiligt waren [...].“<sup>12</sup>

Unter den millionenfachen Opfern, die Helmut Kohl in seiner Rede erwähnte, nannte er nicht allein die Juden, sondern auch weitere Opfergruppen, darunter mehr als drei Millionen sowjetische Kriegsgefangene.<sup>13</sup> Über diese Opfergruppe hieß es nicht allein in der sogenannten Wehrmachtsausstellung zehn Jahre später, sie sei öffentlich verdrängt worden, sondern sogar noch vor einigen Monaten in einem großen FAZ-Artikel.

Erkennen Sie in dieser Rede Helmut Kohls die Absicht zur „Entsorgung“ der deutschen Vergangenheit? Vielleicht sollte man vielen Kritikern erst einmal Nachhilfe im Lesen geben, wovon diejenigen Wissenschaftler, die dieses Wort in die Welt gesetzt haben, leider nicht auszunehmen sind.

Auch sonst hat sich Helmut Kohl in vielen Reden, Interviews sowie in seinen Erinnerungen immer wieder zur notwendigen Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit bekannt. Weitere Beispiele ließen sich leicht hinzufügen, doch beschränke ich mich auf eine spezielle Initiative des damaligen Bundeskanzlers. Im Herbst 1988 hat er Karl Dietrich Bracher, Klaus Hildebrand, Hans-Peter Schwarz und mich selbst zu sich gebeten und uns den Vorschlag gemacht, aus Anlass des 50. Jahrestags im August 1989 in Berlin eine große internationale Konferenz zur Entfesselung des Zweiten Weltkriegs zu organisieren. Als Initiator wollte Kohl aber damals nicht genannt werden.

Da wir in Berlin ein Standbein für die praktische Vorbereitung benötigten, habe ich als damaliges Vorstandsmitglied der Historischen Kommission zu Berlin diese ins Boot geholt. Schirmherr sollte der damalige Bundestagspräsident Philipp Jenninger sein, was nach dessen Rücktritt dann seine Nachfolgerin Rita Süßmuth übernahm. Im Kanzleramt waren an den Vorbereitungen Wolfgang Bergsdorf und Klaus Gotto beteiligt, die auch sonst immer wieder bei historischen Fragen Kohls enge Mitarbeiter waren. Auf unsere Bitte, für die Finanzierung zu sorgen, ging Kohl ebenso spontan ein, wie auf meinen Vorschlag, er möge doch an einem der Abende selbst eine Rede halten und einen Empfang geben.

In mehreren folgenden Gesprächsrunden ließ sich der Bundeskanzler informieren, stellte Fragen und diskutierte mit uns. Nie aber hat er auch nur den Versuch unternommen, den geschichtswissenschaftlichen Diskurs zu dominieren. Das kam auch in den späteren Reden der Politiker bei diesem Anlass zum Ausdruck. Während die anderen sich bemüßigt fühlten, die etwa 1000 Teilnehmer aus 19 Nationen historisch aufzuklären, sagte Kohl auf der Basis seiner offensichtlich von ihm im Flugzeug handgeschriebenen Zettel mit Stichworten gleich zu Beginn sinngemäß: Ich kann und will Sie, die versammelten Experten, nicht

12 Bulletin der Bundesregierung Nr. 41 vom 23. April 1985, S. 349.

13 Ebd., S. 350.

über die Ursachen des II. Weltkriegs belehren, ich will Ihnen statt dessen sagen, wie wir in unserer Familie den Kriegsbeginn erlebten, vor allem aber, welche Konsequenzen ich später als Politiker daraus gezogen habe.

Und immer wieder spielte die Erfahrung des Zweiten Weltkriegs für Kohl eine wesentliche Rolle für seinen bis ins hohe Alter nachwirkenden Kampf um die Integration Europas als Friedensprojekt. Kohls Rede in Berlin am 21. August 1989 war mit Abstand die beste Politikerrede bei dieser Veranstaltung, doch wurde sie in der Presse schon deshalb viel seltener genannt als die anderen, weil es keinen fertigen Text für die Presse gab und die anwesenden Journalisten hätten mitschreiben müssen.<sup>14</sup>

Ein drittes und letztes Beispiel zur NS-Problematik will ich nennen. Das Holocaust-Mahnmal in Berlin ging zwar zunächst auf eine Initiative des Förderkreises um Lea Rosh und Eberhard Jäckel zurück, die zuvor eine Filmdokumentation zur Verfolgung und Ermordung der Juden gemacht hatten, doch ohne Helmut Kohl wäre es nicht realisiert worden. Der Förderkreis hat seinerzeit nur ein Bruchteil der versprochenen Mittel einwerben können, der Senat von Berlin wollte sich zunächst finanziell gar nicht oder kaum beteiligen. Nur der Entscheidung Helmut Kohls war es zu verdanken, dass das Mahnmal gebaut wurde: Der Bund finanzierte den allergrößten Teil und stellte das Grundstück zur Verfügung.

Als in der ersten Jury eine Pattsituation zwischen zwei Entwürfen entstand, wollte Kohl nicht in die historische und künstlerische Urteilsbildung eingreifen und plädierte für eine neue Jury.

#### IV.

Die beständige Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit erschöpfte sich aber auch für den Historiker Kohl nicht im geschichtlichen Interesse, vielmehr ging es ihm essenziell stets zugleich um die politischen Lehren für Gegenwart und Zukunft. Und das hieß für ihn, sowohl die Warnzeichen für die Gefährdung von Frieden und demokratischem Rechtsstaat zu erkennen als auch die Leistungen ins öffentliche Bewusstsein zu rücken, die die Gründung der Bundesrepublik Deutschland und die demokratische Entwicklung nach 1945/49 charakterisieren.

Es ist zu Unrecht belächelt worden, dass sich Helmut Kohl in der Nachfolge Konrad Adenauers sah. Es handelte sich hier um einen Ausdruck von Kohls Geschichts- und Traditionsbewusstsein sowie der Anerkennung der fundamentalen Leistung Konrad Adenauers. Tatsächlich trifft die Einschätzung, in der Nachfolge Adenauers zu stehen, für Kohls Deutschland- und Europapolitik, seine abendländisch-christliche Wertorientierung sowie andere Politikfelder

<sup>14</sup> Wolfgang Bergsdorf hat damals eine umfangreiche Broschüre mit Presseartikeln zusammengestellt, nur ganz wenige erwähnten die Rede Kohls im Schloss Charlottenburg.



durchaus zu. Und es gilt auch für seine Überzeugung: „Europäische Identität ist kein Gegensatz zu unserer nationalen Identität.“<sup>15</sup>

Da sich Kohls historisches Bewusstsein an der gesamten deutschen Geschichte orientierte, lehnte er zwangsläufig die in Teilen der medialen Öffentlichkeit dominierende Reduzierung auf die nationalsozialistische Diktatur ab. Daneben umfasse die deutsche Geschichte „eben auch die demokratischen und freiheitlichen Traditionen, an die wir im vereinten Deutschland anknüpfen“, erklärte er in einer Rede am 21. Juni 1996.<sup>16</sup>

Beide Leitlinien sind in seiner Geschichtspolitik ebenso erkennbar wie das Ziel, auch im Bereich der Geschichte die internationale Kooperation zu fördern. Lassen Sie mich diese drei Ziele an einigen realisierten Beispielen seiner Geschichtspolitik veranschaulichen.

Ich beginne mit dem letzten Beispiel: Während der Regierungszeit von Helmut Kohl sind zwei zusätzliche Deutsche Historische Institute im Ausland gegründet worden, 1987 in Washington und 1993 in Warschau. Sie wurden gemeinsam mit dem nun in die direkte Obhut des Bundesministeriums für Forschung und Technologie (BMFT) genommenen DHI London in einer Bundesstiftung „Deutsche geisteswissenschaftliche Institute im Ausland“ organisatorisch zusammengeführt. Im Kanzleramt befasste sich der damalige Staatsminister Anton Pfeifer mit einschlägigen Problemen und holte dafür auch Expertenrat ein.

Als die vorerst letzte mögliche Neugründung anstand, fragte mich Kohl im Herbst 1991, ob ein neues Institut nach meiner Meinung in Madrid, Moskau oder Warschau gegründet werden solle. Der Einschätzung, erst Warschau, danach Moskau stimmte er zu. „Dann machen Sie mal!“ sagte er abschließend. Meinem Einwand, ich sei kein Osteuropahistoriker, begegnete er kurz und knapp: „Die können Sie sich später dazu holen, ich will, dass das jemand macht, der weiß, wie ein solches Auslandsinstitut funktioniert.“ (Ich war damals Direktor des Deutschen Historischen Instituts in Paris.) An der Gründung des Warschauer Instituts war dann noch Ministerialrat Bernhard Döll vom BMFT beteiligt.

1997 überzeugte der Bundeskanzler den russischen Präsidenten Boris Jelzin – man behauptet, in einer Moskauer Sauna – dass die notwendige tiefgehende deutsch-russische Verständigung nur möglich sei, wenn man sich über die gemeinsame, im 20. Jahrhundert zum Teil so grauenhafte deutsch-russische Geschichte verständige und Archivquellen zu diesem Zweck zugänglich mache. Debatten über diese Fragen waren in der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages ‚Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland‘ geführt worden. Kohl schlug eine von den beiden Regierungen zu berufende deutsch-russische Geschichtskommission vor, Jelzin akzeptierte, in einem Grundlagenbriefwechsel wurden die Aufgaben definiert. Für die Vor-

15 Bulletin der Bundesregierung Nr. 52 vom 21. Juni 1996, S. 563.

16 Ebd.

bereitung waren dann im Bundesinnenministerium Wolfgang Bergsdorf, seinerzeit Leiter der Kulturabteilung, und der Referatsleiter Eberhard Kuhrt zuständig.

Der Bundeskanzler empfing die Kommission im Januar 1998 zu einem ausführlichen Gespräch im Bundeskanzleramt. Auch hier erwies er sich als sehr interessierter, sachkundiger Gesprächspartner, der es gleichwohl vermied, den Historikern irgendwelche inhaltlichen Vorgaben zu machen. Wir bekamen jegliche ministerielle Unterstützung, wie ich für die Zeit der Trägerschaft des BMI aus 17 Jahren als deutscher Ko-Vorsitzender sagen kann.

Ein Beispiel für die geschichtspolitische Überparteilichkeit des Bundeskanzlers will ich nur kurz erwähnen, doch ist es sehr aussagekräftig: Als es nach dem Tod von Willy Brandt aus familiären Gründen zu einer Auseinandersetzung über dessen bereits in der Friedrich-Ebert-Stiftung deponierten und erschlossenen Nachlass kam, sorgte Kohl für eine Lösung, an der dann Anton Pfeifer in seinem Auftrag arbeitete: Der Nachlass gehört seitdem der mit wesentlicher Unterstützung Kohls gegründeten Willy-Brandt-Stiftung (einer Bundesstiftung) in Berlin, in der die Witwe Brandts und einer seiner Söhne vertreten waren, verblieb aber als Depot im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Bekannter als diese Beispiele sind die beiden wichtigsten geschichtspolitischen Aktionen von Helmut Kohl, die Gründung des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn sowie des Deutschen Historischen Museums in Berlin. Gilt das Bonner Haus der bundesrepublikanischen Demokratiegeschichte, so widmet sich das Berliner der elfhundertjährigen deutschen Geschichte im europäischen Rahmen. Beide Museen sind außerordentlich erfolgreich. Das HdG hat inzwischen Dependancen: Zwei in Berlin, eine in Leipzig. Beide Museen sind inzwischen – zusammen mit der ebenfalls damals gegründeten Bonner Kunsthalle – kulturelle Leuchttürme. Sie verweisen darauf, dass Helmut Kohl Geschichtspolitik stets auch als Kulturpolitik verstanden hat.<sup>17</sup>

Nach der Regierungserklärung des Bundeskanzlers 1983 berief der anfangs zuständige Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann eine Sachverständigenkommission. Sie bestand aus drei Historikern – Lothar Gall als Vorsitzendem, Klaus Hildebrand und mir selbst – sowie dem Koblenzer Museumsdirektor Ulrich Löber. Relativ bald empfing uns Helmut Kohl. Doch nicht, wie viele argwöhnten, um uns irgendwelche Vorgaben anzukündigen, sondern uns seine Motive für diese Gründung zu erläutern. Wie stets berichtete er von seinen Erfahrungen. Als Abgeordneter habe er seit 1976 häufig Besuchergruppen empfangen und ihnen auch die Gebäude der Verfassungsorgane gezeigt. Immer

17 Vgl. dazu bei Günter Buchstab/Hans-Otto Kleinmann/Hanns Jürgen Küsters (Hg.): *Die Ära Kohl im Gespräch. Eine Zwischenbilanz.* Köln/Weimar/Wien 2010, die Beiträge des Kapitels V (S. 239–289) von Günter Buchstab, Norbert Lammert, Anton Pfeifer, Oscar Schneider und Matthias Theodor Vogt.



wieder habe er festgestellt, wie wenig die Besucher über die Geschichte der Bundesrepublik und über ihre Verfassungsorgane wüssten. Das geplante Haus der Geschichte solle hier Abhilfe leisten.

Dann erkundigte er sich nach unseren Vorstellungen, fragte nach, diskutierte mit uns, gab auch Anregungen, ohne jedoch irgendeinen Versuch zu machen, uns zu beeinflussen. Als wir sagten, auch die Darstellung der Nachkriegsgeschichte müsse mit einem Rückblick beginnen, da die Geschichte der Bundesrepublik im „Schatten der NS-Diktatur“ entstanden sei, fand er das ebenso plausibel wie unseren Hinweis, dass wir seine eigene Regierungszeit auf keinen Fall darstellen würden, weil sich diese auch in einigen Jahren zum Zeitpunkt der Eröffnung einem objektiven historischen Urteil noch entziehen werde.

Nach Vorlage unseres Gutachtens und in den Jahren bis 1987, als wir vier mit einem Aufbaustab als Gründungsdirektorium amtierten, hat Kohl noch verschiedentlich Gespräche mit uns geführt, Anregungen gegeben und auch den neugegründeten Wissenschaftlichen Beirat empfangen. Kein einziges Mal hat er versucht unsere Auswahl oder unsere Urteilsbildung zu beeinflussen.

Eine zum Teil geradezu hysterische öffentliche Debatte folgte, die auch im Bundestag geführt wurde, wo der kulturpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Freimut Duve, sich über Dinge empörte, die die nicht im Gutachten standen oder Themen vermisste, die dort explizit genannt wurden. Die Rede, die Habermas auf Einladung der SPD-Bundestagsfraktion hielt, wurde anschließend in der „Zeit“ veröffentlicht, ohne auf den Kontext zu verweisen. Der Tenor lautete: In der Ära Kohl würde ein affirmatives Geschichtsbild verbreitet, dessen Ziel sei, die NS-Diktatur aus der deutschen Erinnerungskultur zu vertreiben. Damit war der sogenannte Historikerstreit eröffnet.

Tatsächlich jedoch konnte weder von der Entsorgung der Vergangenheit noch von einer Verherrlichung der Gegenwart die Rede sein. Und da Kohl selbst seinerzeit in unserem Konzept gar nicht zum Thema wurde, konnte es natürlich auch kein „Kohl-Museum“ werden, wie die SPD und Journale wie „Spiegel“, „Zeit“ und „Süddeutsche Zeitung“ ohne jeden Grund argwöhnten. Wir Gründungsdirektoren wurden als nicht mehr wissenschaftlich, sondern parteilich arbeitende „Regierungshistoriker“ verunglimpft. Seit 1987 hatten wir dann mit Hermann Schäfer einen exzellenten Gründungspräsidenten gefunden, der sich für den Aufbau des HdG bleibende und unschätzbare Verdienste erwarb. Nach seinem Wechsel ins Bundeskanzleramt führt sein Nachfolger Hans Walter Hütter das HdG mit großem Erfolg weiter und hat die Präsenz in Berlin sehr verstärkt.

Bei der Grundsteinlegung im Sommer 1989 ahnte niemand von uns, auch Helmut Kohl nicht, dass unser Ausstellungsteil über die Teilung Deutschlands glücklicherweise binnen eines Jahres zu einem historisch abgeschlossenen Kapitel wurde.

In seinen Erinnerungen hat Helmut Kohl dem HdG ein eigenes Kapitel gewidmet. Kohl schrieb über das HdG: „Inzwischen wuchs [...] eine junge

Generation heran, die die Anfänge unserer Demokratie nicht mehr aus eigener Anschauung kannte. Für diejenigen, die historisches Wissen aus eigenem Erleben erworben hatten, bedeutete das eine besondere Verantwortung: Wir mussten unsere Kinder und Enkel mit den Wurzeln der Bundesrepublik und mit ihrer Entwicklung vertraut machen. Wir mussten ihnen erklären, von welchen Ideen die Gründer unserer Republik geleitet wurden und worin sie, bei allem Streit, übereinstimmten. Zugleich mussten wir ihnen vermitteln, wie diese Ideen und Überzeugungen die Entwicklung der Bundesrepublik formten und bis heute prägen.<sup>18</sup>

Kohl betonte, dass in der Darstellung „parteipolitische Erwägungen unter allen Umständen vermieden werden“ müssten. „Anlage, Konzeption, Realisierung und Leitung des Hauses (sollten) so sein [...] dass sie unter jeder demokratischen Regierung maßgeblich und verbindlich bleiben konnten.“<sup>19</sup> In seiner Regierungserklärung im März 1987 fügte er hinzu: „Wir bekennen uns zur ganzen deutschen Geschichte. Für jedes Volk ist Geschichte Quelle der Selbstvergewisserung [...] Die deutsche Geschichte soll so dargestellt werden, dass sich die Bürger darin wiedererkennen, offen für kontroverse Deutungen [...] offen für die Vielfalt geschichtlicher Betrachtungsmöglichkeiten.“<sup>20</sup> Diese Prinzipien galten und gelten auch für das Deutsche Historische Museum, das ich heute aus Zeitgründen nicht weiter behandle. Beide Museen ziehen jährlich hunderttausende Besucher an. Um all diese zentralen Geschichts- und Kulturprojekte hat sich Oscar Schneider als der seit Mitte der 1980er Jahre verantwortliche Bundesminister große Verdienste erworben.

Alle geschichtspolitischen Projekte der Regierung Kohl zeugen von einer im besten Sinne liberalen Grundhaltung, sie sind weit entfernt von regierungsamtlicher Geschichtspolitik. Und ich muss etwas Selbstverständliches hinzufügen: Keiner unter den Gründungsdirektoren des HdG und den Akteuren des DHM wäre zu irgendeiner offiziellen Geschichtsklitterung bereit gewesen.

### *Fazit*

Erlauben Sie mir ein kurzes abschließendes Resümee – als Historiker, aber auch als Zeitgenosse, der unmittelbar in die Geschichtspolitik des damaligen Bundeskanzlers involviert war: Helmut Kohl ist derjenige unter allen Bundeskanzlern, der sich am intensivsten geschichtspolitisch engagiert und auf diesem Feld vorbildhaft gewirkt hat. Er hat damit kulturpolitisch, aber auch für die politische Bildung wesentliches geleistet. Er lehnte jedoch jegliche Verengung, jegliche parteipolitisch akzentuierte Geschichtspolitik ab und war auch darin vorbild-

18 Kohl: *Erinnerungen 1982–1990*, S. 827 f.

19 Ebd., S. 828.

20 Zit. ebd., S. 829.



haft. Aus der historischen Fundierung und Grundierung seiner Politik gewann er wesentliche Einsichten für politisches Handeln selbst in weltpolitisch entscheidenden Konstellationen wie 1989/90 sowie für seine Europapolitik.

Es wirkt sich verhängnisvoll aus, dass bei einem großen Teil der heutigen Politikergenerationen ein vergleichbar umfassendes Geschichtsbewusstsein fehlt und eine auf objektive Darstellung zielende Geschichtspolitik keinen politischen Programmpunkt mehr bildet. Angesichts dieses kurzen historischen Gedächtnisses und dem hektischen Opportunismus gegenüber einer unreflektierten Aktualität ist es nicht verwunderlich, dass die singuläre Leistung der Gründung und des Aufbaus eines stabilen Rechtsstaats und einer parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik nach 70 Jahren Risse bekommt, weil es versäumt wird, immer wieder auf die Funktionsmechanismen einer repräsentativen parteienstaatlichen Demokratie hinzuweisen.

Heute halten viele Deutsche die DDR nicht mehr für einen Unrechtsstaat und eine Diktatur. Wie Meinungsumfragen zeigen, sieht ein großer Teil der Bevölkerung die Linke als Partei der Mitte (was sie übrigens nicht einmal selbst tut). Die Mechanismen und unschätzbaren Vorzüge einer sozialen, aber eben auch liberalen Marktwirtschaft werden in großen Teilen der Bevölkerung nicht mehr verstanden, Freiheit wird – wie seit vielen Jahren aus Befunden des Instituts für Demoskopie in Allensbach hervorgeht – geringer geschätzt als soziale Sicherheit. Der hier zutage tretende Mangel an historischer Bildung ist wahrlich ein gesellschaftliches Alarmzeichen erster Ordnung für die Stabilität der bundesdeutschen Demokratie. Und es zeigt, wie sehr Staatsmänner fehlen, die wie Helmut Kohl in historischen Dimensionen denken und handeln. Helmut Kohl jedenfalls war überzeugt, dass „historische Erinnerung [...] den Menschen Halt und Orientierung“ geben könne und „sich verantwortliches politisches Handeln nur auf der Grundlage eines breiten geschichtlichen Bewusstseins entfalten kann“.<sup>21</sup>

---

21 Kohl: *Erinnerungen 1930–1982*, S. 100, 106.





## „Die Gnade der späten Geburt“ – ein missinterpretierter Satz und das Geschichtsbild von Helmut Kohl\*

Michael Borchard

Nur wenige Formulierungen Helmut Kohls – am ehesten vielleicht noch die „blühenden Landschaften“ – werden bis heute so oft zitiert wie das Bonmot von der „Gnade der späten Geburt“. Nur wenige Sätze wurden und werden aber auch oftmals so bewusst aus dem Zusammenhang gerissen und falsch interpretiert wie dieser Ausspruch. Nur wenige Sätze werden so polarisiert wahrgenommen wie dieser Satz – von der einen Seite als durchaus „empfindsam“ und demütig, von der anderen Seite als „großspurig“ und „instinktlos“ dargestellt.

Selbst Kohls Biograph Hans-Peter Schwarz, dem sicher nicht per se zu unterstellen ist, dass er dem Pfälzer Politiker grundlegend negativ gegenübersteht, charakterisiert den Satz als „naiv“. Kohl benutze, so Schwarz, „öfters ziemlich ungeschützt die geschwollene Wendung von der ‚Gnade der späten Geburt‘ bis ihm das beim ersten offiziellen Israel-Besuch 1984 von seinen Gegnern um die Ohren gehauen wird“.<sup>1</sup>

Tatsächlich fiel dieser Satz am zweiten Tag seines Israel-Besuches während eines Besuches der Knesset, wohlgemerkt nicht in einer Rede vor der Knesset, wie gerne später fälschlich verbreitet und dann vielfach übernommen wurde.<sup>2</sup> Das Diktum wurde vor einem ausgesuchten Kreis von Zuhörern geäußert und zwar – und auch diese Tatsache wurde bei der Berichterstattung verschwiegen –

\* Vortrag anlässlich der Veranstaltung „Vergangenheitsbewältigung“ oder Erinnerungskultur? Helmut Kohl und der Umgang mit der deutschen Geschichte in der Bundesrepublik der 1980er und 1990er Jahre“ im Rahmen der Reihe „Die Ära Kohl im Gespräch“ am 5. Dezember 2019 im Bonner Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

1 Hans-Peter Schwarz: Helmut Kohl. Eine politische Biographie. TB-Ausgabe München 2014, S. 43. Zur Geschichte der Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland siehe die aktenbasierten Arbeiten von Niels Hansen: Aus dem Schatten der Katastrophe. Die deutsch-israelischen Beziehungen in der Ära Konrad Adenauer und David Ben Gurion. Ein dokumentierter Bericht. Mit einem Geleitwort von Shimon Peres (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 38). 2. Aufl. Düsseldorf 2004 und neuerdings Jenny Hestermann: Inszenierte Versöhnung. Reisediplomatie und die deutsch-israelischen Beziehungen von 1957 bis 1984 (Wissenschaftliche Reihe des Fritz Bauer Instituts 28). Frankfurt a. M./New York 2016. Ganz neu für die Frühphase und die damaligen Protagonisten Michael Borchard: Eine unmögliche Freundschaft. David Ben-Gurion und Konrad Adenauer. Freiburg i. Br. 2019. Als Gesamtüberblick Markus A. Weingardt: Deutsche Israel- und Nahostpolitik. Die Geschichte einer Gratwanderung seit 1949. Frankfurt a. M./New York 2002; knapp zusammengefasst Ders.: Deutsche Israelpolitik: Etappen und Kontinuitäten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 15/2005, S. 22–31.

2 So etwa bei Karl Hugo Pruys: Helmut Kohl. Die Biographie. Berlin 1995, S. 34 f. oder Manfred Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. München 1999, S. 710.

nicht etwa zu Beginn, sondern erst am Ende einer Rede, in der sich Helmut Kohl zunächst sehr eingehend mit der Vergangenheit auseinandersetzte und vor dem Hintergrund des Aufkommens rechtsradikaler Gruppierungen wie der DVU Ängste in Israel zu zerstreuen versuchte, dass ein neuer rechtsnationaler Fundamentalismus in Deutschland entstehen könnte. Erst im vorletzten Absatz seiner Ansprache porträtierte sich Helmut Kohl als Mensch, „der in der Nazi-zeit nicht in Schuld geraten konnte, weil er die Gnade der späten Geburt und das Glück eines besonderen Elternhauses gehabt hat“.<sup>3</sup>

Es dauerte keine 24 Stunden und eine Welle medialer Empörung brach über den Kanzler herein und schwappte von Deutschland aus bis nach Israel. Eine Welle der Empörung, die auch heute noch in Ton und Form befremdlich wirken muss. Er habe mit seinem Lebenslauf geprahlt, der doch nicht sein Verdienst sei, tadelte das Streiflicht der Süddeutschen umgehend.<sup>4</sup> Der Redakteur des Deutschen Allgemeinen Sonntagsblattes, Nils von der Heyde, schrieb eine besonders geschliffene und besonders abwertende Philippika gegen den deutschen Kanzler. „Man will kein exklusives Wort von ihm erhaschen“, so erklärte der Journalist für die eigene Zunft, „aus Angst, es könnte schon wieder ein schlimmes sein“. An anderer Stelle zitierte von der Heyde den Kanzler mit den Worten „So viel Leid macht stumm“ und setzte hinzu: „Warum bleibt er es nur nicht?“ Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den sonstigen durchaus vielschichtigen Bestandteilen der Rede erfolgte hingegen nicht einmal ansatzweise.<sup>5</sup> Selbst die Kohl ansonsten durchaus freundlich gesonnene Frankfurter Allgemeine Zeitung überschrieb einen Bericht über die Israel-Reise auch mit Blick auf das Diktum von der „Gnade der späten Geburt“ mit „Peinlichkeiten“.<sup>6</sup>

Eine besonders kuriose Wendung zur Debatte über diesen Satz steuerte später ein Journalist bei, der fast schon notorisch mit Helmut Kohl im Clinch lag, obwohl er es unter anderem der Unterstützung des damals bereits als CDU-Fraktionsvorsitzender im Landtag von Rheinland-Pfalz einflussreichen Kohl zu verdanken gehabt hatte, dass er 1968 beim Südwestfunk Baden-Baden mit 35 Jahren der bis heute jüngste Programmdirektor der ARD geworden war<sup>7</sup>: Der frühere Vertreter der Bundesrepublik in der DDR und vormalige und dann auch wieder spätere Journalist Günter Gaus<sup>8</sup>, der den CDU-Politiker schon mehrfach interviewt hatte. Er wollte, ausweislich des Spiegels von 15. September 1986,

3 Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 13 vom 2. Februar 1984.

4 „Streiflicht“, in: Süddeutsche Zeitung vom 27. Januar 1984.

5 „Letzte Woche in Jerusalem“, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 5. Februar 1984.

6 FAZ vom 10. Februar 1984.

7 Schwarz: Kohl, S. 116.

8 Zur Person siehe Hans-Dieter Schütt: Günter Gaus. Von den Hoffnungen eines Skeptikers. Berlin 2014 sowie die Autobiographie Günter Gaus: Widersprüche. Erinnerungen eines linken Konservativen. Frankfurt a. M. 2004.



den Kanzler nach dessen Israel-Reise wegen angeblichen Plagiats vor den Kadi zerren. Er habe jene Formulierung von der „Gnade der späten Geburt“ in einer Rede in München schon ein gutes Jahr vorher gebraucht und sei nun durch den Kanzler geistig beklaut worden. Dem Spiegel war das 1986 aber nicht genug. Er erging sich in der Unterstellung, der „bestohlene“ Journalist habe das zudem alles ganz anders gemeint als Kohl. Der Spiegel zitierte Gaus: „Seine Generation sei nur unverdientermaßen, zufälligerweise und kalendarisch unbeteiligt an den Grausamkeiten, die mit dem Namen und Ort Auschwitz in die Geschichte gehören: „Diese Jahrgänge [...] die in der Gnade der späten Geburt leben: zu spät geboren, um vom Nationalsozialismus in Entscheidungssituationen gebracht zu werden, denen man vielleicht nicht gewachsen gewesen wäre.“ Und dann fuhr der Spiegel mit der unhaltbaren Behauptung fort: „Bei Kohl das Gegenteil.“ Kohl habe notorischen Rechten damit ein Alibi geliefert.<sup>9</sup> Diese Sicht der Dinge ist auch bei kritischster Durchsicht der Kohl-Rede so kaum zu halten. Mittlerweile hat sich übrigens zumindest bei manchen die Einschätzung Bahn gebrochen, die Rede Kohls sei damals „von seinen politischen Gegnern teils auch bewusst fehlinterpretiert“ worden.<sup>10</sup>

Schon Monate vor dem Besuch hatte Helmut Kohl in einem Pressegespräch gesagt: „Wir können Schlimmes, was im deutschen Namen in Auschwitz und Treblinka geschehen ist, nicht wiedergutmachen, Blut, Tränen, Not, Elend, Tod, viel Leid. Aber wir können mit unseren schwachen Mitteln unserer Generation einen neuen Anfang wagen“. Keine Rede von irgendeiner Form von Schlussstrich.<sup>11</sup>

Die These des von Günter Gaus geklauten Satzes, die sich seine Tochter nach dem Tod des Vaters und dem Tod des Altkanzlers in ihren Nachrufen zu eigen gemacht hat<sup>12</sup>, wird häufig unwidersprochen bis heute wiederholt. Sie hat Eingang in den Wikipedia-Eintrag<sup>13</sup> und in etliche wissenschaftliche Arbeiten gefunden, darunter auch sehr ernst zu nehmende Beiträge<sup>14</sup>. Auch der Kohl

9 „Verschwiegene Enteignung. Wer erfand die Wendung von der ‚Gnade der späten Geburt‘“, in: Spiegel vom 15. September 1986.

10 Art. „Gnade der späten Geburt“, in: Torben Fischer/Matthias N. Lorenz (Hg.): Lexikon der „Vergangenheitsbewältigung“ in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945. 3., überarb. u. erw. Aufl. Bielefeld 2015, S. 247 f., hier 247.

11 Interview der Woche (mit Karl Donat) im Deutschlandfunk am 28. Februar 1982, 11:00 Uhr (Auszug), Pressearchiv der Konrad-Adenauer-Stiftung.

12 Siehe etwa „Er ist Geschichte. Altkanzler Helmut Kohl ist gestorben“, in: TAZ vom 16. Juni 2017. <https://taz.de/Altkanzler-Helmut-Kohl-ist-gestorben/!5421741/> (Abruf: 12. Mai 2020).

13 Art. „Gnade der späten Geburt“, [https://de.wikipedia.org/wiki/Gnade\\_der\\_sp%C3%A4ten\\_Geburt](https://de.wikipedia.org/wiki/Gnade_der_sp%C3%A4ten_Geburt) (Abruf: 12. Mai 2020).

14 So etwa bei Görtemaker: Geschichte, S. 710 und Andreas Wirsching: Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland Bd. 6). München 2006, S. 477.

durchaus freundlich gesonnene Henning Köhler geht in seiner monumentalen Biographie des Kanzlers dieser Legende auf den Leim.<sup>15</sup>

Kaum jemand hat sich aber bislang die Mühe gemacht, diese Behauptung einmal in Frage zu stellen und anhand der Originalquellen zu überprüfen. Tatsächlich hatte Helmut Kohl die betreffende Formulierung nämlich nicht erst und nicht nur bei seiner Israel-Reise, sondern nachweislich auch schon in den Jahren zuvor bei mindestens drei anderen Gelegenheiten genutzt. Die ersten beiden Gelegenheiten fielen noch in die Zeit als Oppositionsführer: zunächst im August 1978 in einem Interview mit Helmut Herles<sup>16</sup> und dann im Februar 1982 im bereits zitierten Interview mit Karl Donat im Deutschlandfunk. Hier verwendete Helmut Kohl, nachdem er den damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt gegen Angriffe aus Israel in Schutz genommen hatte, den Satz der „Gnade der späten Geburt“ bewusst, um damit die Hoffnung zu verbinden, dass die „Generation nach den Nazis“, wie er das wörtlich formulierte, mit der jungen Generation in Israel in Kontakt kommen möge.<sup>17</sup>

Eine andere Gelegenheit, bei der Kohl dieses Diktum verwendete, stand in einem ganz anderen Zusammenhang, nämlich im Rahmen einer Rede im Hôtel des Monnaies in Paris anlässlich des zwanzigjährigen Jubiläums des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages. Diese Rede fand bereits am 21. Januar 1983 statt. Dort sagte Helmut Kohl zu den deutsch-französischen Beziehungen: „Die Mehrheit der Menschen heute, diesseits und jenseits des Rheins, ist nach jenen Tagen des Krieges geboren. Für diese junge Generation – und das ist die Gnade der späten Geburt – sind freundschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich ganz selbstverständlich geworden.“<sup>18</sup>

Gaus, der angeblich plagiierte Journalist und Politiker hingegen, hatte diese Formulierung gute fünf Jahre nach dem Herles-Interview und beinahe zwei Jahre nach dem Interview Kohls im Deutschlandfunk und erstmals Monate nach der Pariser Kohl-Rede im November 1983 öffentlich selbst benutzt: Als „Redner über das eigene Land“ in den Münchner Kammerspielen, als er – geboren 1929 – über die Erfahrungen von Menschen seines Alters berichtete: „Ich habe verschiedentlich schon diese Jahrgänge in Deutschland als jene charakterisiert,

15 Henning Köhler: Helmut Kohl. Ein Leben für die Politik. Die Biografie. Köln 2014, S. 423 f.

16 „Ich bin jetzt fit wie selten in meinem Leben.“ Ein Gespräch mit dem CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl“, in: FAZ vom 12. August 1978.

17 Interview der Woche (mit Karl Donat) im Deutschlandfunk am 28. Februar 1982, 11:00 Uhr (Auszug), Pressearchiv der Konrad-Adenauer-Stiftung. Kohl hatte auch in einer Debatte des Deutschen Bundestages am 7. Mai 1981 die heftigen Angriffe des damaligen israelischen Ministerpräsidenten Menachem Begin gegen Schmidt zurückgewiesen. Deutscher Bundestag Stenographische Berichte Bd. 118, S. 1722.

18 Wortlaut der Rede in: Bundeskanzler Helmut Kohl: Reden 1982–1984. Hg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Bonn 1984, S. 87–104 sowie unter [https://www.helmut-kohl-kas.de/index.php?menu\\_sel=17&menu\\_sel2=&menu\\_sel3=&menu\\_sel4=&msg=2268](https://www.helmut-kohl-kas.de/index.php?menu_sel=17&menu_sel2=&menu_sel3=&menu_sel4=&msg=2268) (Abruf: 12. Mai 2020).



die in der Gnade der späten Geburt leben.“<sup>19</sup> Eine ähnliche Formulierung fand sich auch in einem Buch von Gaus mit dem Titel „Wo Deutschland liegt“.<sup>20</sup> Auch dieses Buch ist im Laufe des Jahres 1983 erschienen, aber nicht vor dem 21. Januar. Es ist freilich nicht auszuschließen, dass Günter Gaus den Begriff auch zuvor bereits einmal benutzt hat, aber die These, dass Helmut Kohl oder seine Redenschreiber ihn intentional plagiiert haben, ist vor dem Hintergrund der geschilderten Tatsachen zumindest fraglicher geworden. Und der Plagiatsvorwurf von Gaus, den Helmut Kohl mehrfach und besonders prominent in einer Bundestagsdebatte 1986 zurückwies<sup>21</sup>, mutet daher doch merkwürdig und letztlich politisch motiviert an.

Der Eindruck, der insgesamt nach der Rede in den Medien generiert wurde, war, dass Kohl mit dem Hinweis auf die Gnade einen „Dreh“ gefunden habe, „um sich und natürlich auch seine Anhänger von jeder Schuld freizusprechen. Das galt als ein für Kohl typisches Vorgehen und wurde heftig kritisiert.“<sup>22</sup>

Unterschlagen wurde dabei zunächst die Tatsache, dass Helmut Kohl sich bewusst dafür entschieden hatte, den schwersten Teil seines Besuches an den Anfang zu stellen, den Besuch in der Gedenkstätte Yad Vashem, den der Journalist Herbert Riehl-Heise von der Süddeutschen Zeitung in seinen Artikeln schilderte. Er porträtierte auch hier voll intellektueller Abschätzung einen Besucher, „der sich vorzugsweise in Sprechblasen Luft macht“ und der „wie eine Flagge sein gutes Gewissen vor sich her trug“.<sup>23</sup>

Henning Köhler, der Helmut Kohl in seiner Biographie nicht kritiklos darstellt, nimmt Helmut Kohl hier ganz ausdrücklich in Schutz und er tut das in ungewöhnlicher Klarheit und unter deutlicher Benennung der Verdächtigen: Die Journalisten seien vornehmlich darauf erpicht gewesen, „über Pannen und Peinlichkeiten des Kanzlers zu berichten“.<sup>24</sup>

Für den ganzen Besuch macht Köhler ein Grundmuster in der Berichterstattung aus, das nach seiner Ansicht nicht den „wirklichen Kanzler“ repräsentiert. „Es wird erst gar nicht versucht“, so Köhler, „die Position des Kanzlers darzustellen und seine Politik verständlich zu machen, sondern es wird ein Bild montiert, das Kohl als Gegner Israels, schlimmer noch, als Verharmloser der NS-Verbrechen und als revisionistischen Politiker zeigt, der den Deutschen die Schuldgefühle nehmen wolle.“<sup>25</sup>

19 Reden über das eigene Land: Deutschland, Bd. 1: Stefan Heym, Hans Jürgen Syberberg, Alexander Kluge, Gerd Bucerius, Günter Gaus. München 1988, S. 117–137, hier 131.

20 Günter Gaus: Wo Deutschland liegt. Eine Ortsbestimmung. Hamburg 1983.

21 Rede Kohls in einer kulturpolitischen Debatte des Bundestages, in: Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 10/253 vom 4. Dezember 1986, S. 19657–19661, 19664–19666, hier 19663 und 19665.

22 Köhler: Helmut Kohl, S. 423.

23 „Der Kanzler lässt sich nicht erschüttern“, in: Süddeutsche Zeitung vom 26. Januar 1984.

24 Köhler: Kohl, S. 419.

25 Ebd., S. 422.

Der SPD-Politiker Peter Glotz wollte politisches Kapital aus diesem Ereignis schlagen und ging zwei Jahre nach dem Israel-Besuch noch einmal deutlich weiter, indem er einen, bisherige Grenzen überschreitenden und damit beispiellosen Angriff auf Kohl unternahm. Kohl sei zwar selber kein Antisemit, doch habe er durch eine Senkung der Tabu-Grenze historische Schuld auf sich geladen. Und mit schwer erträglicher Arroganz fuhr Glotz fort, der Kanzler verfüge über „die geschichtslose Seelengesundheit des kleineren Bürgertums“, die im Faschismus als „gesundes Volksempfinden“ bezeichnet worden sei. Angefangen mit seiner Bemerkung von der Gnade der späten Geburt habe Kohl einen Bann gelöst, so dass man heute wieder antisemitisch plappern könne. Der Kanzler habe das Kainsmal tilgen wollen.<sup>26</sup>

Ohne jeden Zweifel war zwar auch Helmut Kohl der festen Überzeugung, dass es eine Kollektivschuld der Deutschen nicht geben könne.<sup>27</sup> Hier stand er mit Persönlichkeiten wie Konrad Adenauer und Eugen Gerstenmaier, die den Nationalsozialisten widerstanden hatten, aber auch mit Sozialdemokraten wie Willy Brandt und Helmut Schmidt in einer Reihe. Wohl aber war für Kohl die Kategorie der „kollektiven Verantwortung“ außerordentlich präsent: „Wir leben mit und aus unserer Geschichte. Und wir können und wollen die schwere Erbschaft einer besonderen Verantwortung nicht ausschlagen“, sagte Helmut Kohl zu Beginn seines ersten Besuchs in Israel.<sup>28</sup>

Er war auch später stets vollkommen eindeutig, was seine Haltung zu Auschwitz anging und zu der Verantwortung, die aus dem organisierten industriellen Massenmord erwuchs. In seinen Memoiren schrieb Kohl 2004: „Bis zum heutigen Tag war mir immer wichtig und bedeutsam, dass wir Deutschen nach den Massenmorden, für die Auschwitz steht, immer eine besondere Verantwortung für den Staat Israel und die Israelis haben – eine Verantwortung, die sich auch dadurch nicht abschwächt, dass zwischen der nationalsozialistischen Judenvernichtung und heute rund sechzig Jahre liegen.“<sup>29</sup>

Vor der ersten Reise nach Israel wurde Helmut Kohl ausgiebig vom ZDF in der Sendung „Bonner Perspektiven“ interviewt. Schon während dieses Gespräches im August 1983 griff er den Gedanken der Gnade der späten Geburt auf und machte vollkommen unmissverständlich klar, was er damit meinte. Das

26 Rede in der Debatte des Deutschen Bundestages zur Förderung der Kulturpolitik in Berlin (West) am 4. Dezember 1986, Plenarprotokoll 10/253, S. 19661–19664, hier 19663.

27 Andreas Wirsching: Helmut Kohls Israelbild – Historisches Erbe, politische Verpflichtung, in: Historisch-Politische Mitteilungen (HPM) 23 (2016), S. 215–227, hier v. a. 218 f. und 225. Zur Kollektivschulddebatte siehe Barbara Wolbring: Nationales Stigma und persönliche Schuld. Die Debatte über Kollektivschuld in der Nachkriegszeit, in: Historische Zeitschrift 289 (2009), S. 325–364.

28 Ansprache bei der Begrüßung auf dem Flughafen Tel Aviv, Empfangsrede Kohl, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 13 vom 2. Februar 1984, S. 110.

29 Helmut Kohl: Erinnerungen 1930–1982. München 2004, S. 163.



falsifiziert jene Beobachter wie die Journalistin Monika Köpcke, die 20 Jahre später in einem mit Fehlern nur so gespickten Feature des Deutschlandfunkes behauptete, Helmut Kohl hätte erst sechs Jahre nach seiner Reise halbherzig klargestellt, wie der Satz zu interpretieren sei.<sup>30</sup> Stattdessen betonte Helmut Kohl bereits vor dem Aufbruch, wie wichtig für ihn persönlich die Reise sei, weil er der erste Kanzler aus der Nachkriegsgeneration sei, der nach Israel komme, also aus einer Generation, die nicht in Schuld habe geraten können, weil sie die Gnade der späten Geburt besessen habe. „Das ist nicht unser Verdienst“ stellte Kohl klar, um fortzufahren: „Wer als Deutscher und wer schon gar als deutscher Bundeskanzler nach Israel fährt, hat die Last der Geschichte immer mit dabei.“<sup>31</sup> Auch in seinem ersten Gespräch mit Ministerpräsident Itzhak Shamir in Israel schilderte er seinen „persönlichen Hintergrund“ als Angehöriger einer Generation, die „viel zu jung gewesen sei, um schuldig werden zu können“. Dies sei kein „Verdienst“, sondern bedeute den Auftrag, „eine Brücke zu den älteren Generationen mit ihren schrecklichen Erfahrungen zu bilden“.<sup>32</sup>

Was in den journalistischen Betrachtungen der Zeit und den späteren Interpretationen außer Acht gelassen wurde und zum Teil immer noch wird, ist, wie sehr Helmut Kohls Geschichtsbewusstsein der jungen Generation galt. Auch das war eine der Motivationen für den Satz von der Gnade der späten Geburt. Er selbst schrieb in seinen Memoiren: „Mein Hinweis auf die Gnade der späten Geburt hatte auch der jungen Generation in unserem Land deutlich machen sollen, dass wir für das, was in deutschem Namen an Unrecht und Verbrechen begangen wurde, als Volk in der Verantwortung stehen, ganz unabhängig davon, ob wir noch persönlich in das Unrechtsregime verstrickt waren oder nicht.“<sup>33</sup>

Bei der Einordnung der Intentionen Kohls aber auch der medialen Berichterstattung darf diese Perspektive nicht verloren gehen. Helmut Kohl war, das haben später auch seine Kritiker anerkannt, immer sehr darauf bedacht, mit der jungen Generation in Kontakt zu stehen. Wie nur wenige andere Spitzenpolitiker suchte er Diskussionen mit Schülern und Jugendlichen. Er erspürte, dass die Angehörigen der von Florian Illies so genannten „Generation Golf“<sup>34</sup> sich von der ideologischen Fixierung der 1968er gelöst hatten und nicht mehr in diesem Ausmaß von linken Gesellschaftsmodellen beeinflusst waren. Dieser jungen

30 Vor 20 Jahren: Helmut Kohl trifft in Israel ein und spricht von der „Gnade der späten Geburt“, Kalenderblatt, 24. Januar 2004, <http://www.dradio.de/dlr/sendungen/kalender/227514/> (Abruf: 14. Mai 2020).

31 Nachrichtenabteilung des Bundespresseamtes: Interview mit Bundeskanzler Helmut Kohl in der Sendung „Bonner Perspektiven“ vom 28. August 1983, 19:10 Uhr (Auszug).

32 Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Shamir in Jerusalem, 24. Januar 1983, in: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD) 1984, Bd. 1: 1. Januar bis 30. Juni 1984. Bearb. von Daniela Taschler und Tim Szatkowski. Berlin/München/Boston 2015, S. 94–103, hier 95.

33 Helmut Kohl: Erinnerungen 1982–1990. München 2005, S. 382.

34 Florian Illies: Generation Golf. Eine Inspektion. München 2000.



Generation, die Helmut Kohl auch vor und nach der Israel-Reise ansprechen und die er zwar nicht aus der Verantwortung entlassen, die er aber mit mehr Selbstbewusstsein ausstatten wollte, standen die Vertreter der Elterngeneration gegenüber, die „lustvoll die deutsche Kollektivschuld“<sup>35</sup> akzeptierten.

Die Ausstrahlung der vierteiligen Hollywood-Serie „Holocaust“, die mit hochkarätiger Besetzung das Schicksal der fiktiven jüdischen Familie Weiss nachzeichnet und die 1979 mit Einschaltquoten von 41 Prozent, also fast der Hälfte aller Fernsehzuschauer, große Wirkung erzielt, führte das herbei, was sich eigentlich die „68er“ auf die Fahnen geschrieben, aber kaum geliefert hatten: Eine breite öffentliche Auseinandersetzung mit den Verbrechen der Nationalsozialisten.<sup>36</sup> Erst damit erreichte die Wahrnehmung der Gräueltaten ihren vorläufigen Höhepunkt, mit dem bisweilen schwierigen Effekt, dass eine klare Trennung von Opfer und Täter erfolgte. Zudem öffneten in den folgenden Jahren zahlreiche Jubiläen – vom „Preußenjahr“ 1981 über den 50. Jahrestag der Machtübertragung an Adolf Hitler sowie den 500. Geburtstag Martin Luthers 1983, die 40. Wiederkehr des Staatsstreichs von 20. Juli 1944 bis zum 750. Geburtstag der Stadt Berlin 1987 – die „Schleusen der Erinnerung“<sup>37</sup> und verstärkten den ohnehin schon vorhandenen „Geschichtsboom“, der sich auf dem Buchmarkt und in zahlreichen Ausstellungen niederschlug.<sup>38</sup> Nicht wenige der damit einhergehenden Debatten waren in erheblichem Maße politisiert. Helmut Kohl trat in dieser Situation gleichsam als Vermittler zwischen den Generationen auf.

Er sah als Vertreter jener, die keine persönliche Schuld auf sich laden konnten, dabei die Gefahr, dass Verantwortung allein auf die Generation der unmittelbaren Zeitzeugen abgeschoben werden könnte, was er zwar menschlich für verständlich hielt, doch aber moralisch und politisch als einen großen Fehler betrachtete. Die junge Generation – und das führt uns mitten in das Geschichtsverständnis von Helmut Kohl – müsse sich mit der ganzen deutschen Geschichte auseinandersetzen, so wie sie wirklich gewesen sei: Mit ihren Höhen und Tiefen,

35 Köhler: Helmut Kohl, S. 423.

36 Zur zeitgenössischen Wirkung und Diskussion siehe Peter Märtensheimer (Hg.): Im Kreuzfeuer: Der Fernsehfilm Holocaust. Eine Nation ist betroffen. Frankfurt a. M. 1979. In historischer Perspektive u. a. Matthias Weiß: Sinnliche Erinnerung. Die Filme „Holocaust“ und „Schindlers Liste“ in der bundesrepublikanischen Vergegenwärtigung der NS-Zeit, in: Norbert Frei/Sybille Steinbacher (Hg.): Beschweigen und Bekennen. Die deutsche Nachkriegsgesellschaft und der Holocaust (Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte 1). Göttingen 2001, S. 71–102; Marcus Stiglegger: Auschwitz-TV – Reflexionen des Holocaust in Fernsehserien. Wiesbaden 2014, S. 35–45; Christoph Classen (Hg.): Die Fernsehserie „Holocaust“. Rückblicke auf eine „betroffene Nation“. Beiträge und Materialien, in: Zeitgeschichte-online, März 2004, <https://zeitgeschichte-online.de/themen/die-fernsehserie-holocaust> (Abruf: 13. Februar 2020).

37 Edgar Wolfrum: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. TB-Ausgabe München 2007, S. 396.

38 Siehe hierzu etwa den Abschnitt „Rückkehr der Geschichte“ bei Wirsching: Provisorium, S. 470–472.



mit ihren glanzvollen und ihren düsteren Kapiteln. Für Helmut Kohl war das der Impetus, der ihn schon 1986, also drei Jahre nach seinem Israel-Besuch, dazu motivierte, moderne Stätten zur Vergegenwärtigung und zur Auseinandersetzung mit der Geschichte anzuregen. Neben dem Bonner Haus der Geschichte ist das vor allem das Deutsche Historische Museum in Berlin. Es sind Einrichtungen, die nach dem Willen Kohls mit „historischer Redlichkeit“ und mit wissenschaftlicher Seriosität“ ausgestattet werden sollen.<sup>39</sup>

Neben diesem Bezug auf die junge Generation, die im Denken Helmut Kohls einen wichtigen Platz einnahm, ist auch der Blick auf die religiösen Dimensionen für das Verständnis des Satzes von der Gnade der späten Geburt wichtig. Henning Köhler arbeitet diesen Aspekt überzeugend heraus, indem er die Bedeutung des Wortes „Gnade“ für Helmut Kohl noch einmal aus dem Kontext Israel herauslöst und so seine Wirkung verdeutlicht. Bereits nach seiner Wahl zum Kanzler habe Kohl von „Gnade“ gesprochen. „Der Christ Kohl hoffte damals“, so Köhler, „der Gnade teilhaftig werden zu dürfen, um sein Amt erfolgreich zu führen. Wenn er rückblickend auf die NS-Zeit von der Gnade der späten Geburt sprach, war das eine Formel der Bescheidenheit – es war kein eigenes Verdienst, an den Verbrechen des Naziregimes nicht mitgewirkt zu haben. Mit Selbstgewissheit hatte das nichts zu tun – ein Missverständnis der Journalisten. Der Kanzler verzichtete darauf, es richtigzustellen – es hätte auch wenig genutzt.“<sup>40</sup>

Später sagte Helmut Kohl in Sachen Medien mit grimmiger Ironie: „Es gibt keinen lebenden Deutschen, der von den Massenmedien so gut behandelt wird wie ich. Deswegen bin ich schon beim Aufstehen und beim Zubettgehen voller Dankbarkeit.“<sup>41</sup> In der Tat muss man die Betrachtung der Reise Kohls nach Israel auch in die Zyklen medialer Berichterstattung einordnen. Zu Beginn seiner Amtszeit konnte Helmut Kohl beinahe machen, was er wollte, die Journalisten ließen so oder so kein gutes Haar an dem angeblich so ungeschickten Politiker. Zu groß war bei vielen eher linken Journalisten, die überwiegend der „68er“ Generation entstammten, der Schmerz über den Untergang der sozial-liberalen Koalition und zu groß in ihren Augen der Unterschied zwischen dem gewandten Weltenerklärer Schmidt und dem vermeintlich plumpen Pfälzer Kohl.<sup>42</sup> Dass bereits diese erste Israel-Reise bei genauerer Betrachtung ein großer außenpolitischer Erfolg in schwieriger Lage war, der eine wichtige Wende in den deutsch-israelischen Beziehungen herbeiführen und die Ära Kohl zu einer Hochzeit dieser Beziehungen machen sollte, wird selbst in der Rückschau in manchen Medien ignoriert.<sup>43</sup> Ebenso wie die Tatsache, dass sich, wie der frü-

39 Siehe dazu den Beitrag von Horst Möller in diesem Band.

40 Köhler: Helmut Kohl, S. 424.

41 Zit. nach: „Worte der Woche“, in: Die Zeit vom 4. Juni 1993.

42 Beispiele bei Bernhard Vogel (Hg.): Das Phänomen. Helmut Kohl im Urteil der Presse. Stuttgart 1990.

43 Ein Beispiel hierfür ist das erwähnte Feature im Deutschlandfunk von Monika Köpcke.

here deutsche Botschafter in Israel, Niels Hansen, bestätigte, „nie zuvor und nie nachher [...] ein ausländischer Regierungschef in Israel so lange und so gründlich mit Land und Leuten vertraut gemacht“ hatte.<sup>44</sup> Dass Helmut Kohl fünf Tage in diesen Aufenthalt investierte, ist auch in der retrospektiven Auseinandersetzung weitgehend unberücksichtigt geblieben.

Hinzu kamen wenig beachtete Wechselwirkungen zwischen den deutschen und den israelischen Zeitungen, die, wenn sie überhaupt berichteten, den Besuch überwiegend negativ, ja zum Teil abschätzig betrachteten, was wiederum in Deutschland als Indiz für einen gescheiterten Besuch betrachte wurde. Dabei muss man sich allerdings die Tatsache vor Augen führen, dass Deutschland und deutsche Politiker in dieser Zeit generell nicht sehr positiv in israelischen Medien wegkamen. Während die eher rechtsgerichteten Zeitungen nach wie vor Deutschland kritisch betrachteten und lautstark Skepsis an dem alten Diktum Ben Gurions anmeldeten, man habe es heute mit einem anderen Deutschland zu tun,<sup>45</sup> betrachteten die linken Zeitungen den konservativen Kanzler durch die Brille ihrer eigenen ideologischen Ausrichtung. Besonders übel verhielt sich in diesem Zusammenhang die linke israelische Zeitung Haaretz, die kein einziges Wort über den Besuch abdruckte, sondern lediglich ein Bild auf der dritten Seite, das Kohl mit arabischen Honoratioren bei seinem Besuch auf dem Tempelberg in Jerusalem zeigte, mit der ätzenden Unterschrift versah: „Der deutsche Bundeskanzler in Gesellschaft des Nachfolgers jenes Mufti, der mit Hitler über die Vernichtung der Juden verhandelte.“<sup>46</sup> Inge Deutschkron, die den Krieg in Berlin versteckt überlebt hatte, und die in Deutschland als Korrespondentin der Zeitung Maariv arbeitete, prägte mit ihrem vernichtenden Blick auf den Kohl-Besuch gleichfalls die eher negative Berichterstattung: Bei keinem früheren Besuch eines deutschen Staatsmannes habe es solche Misstöne gegeben. Kohl habe „tölpelhaft – sicher ohne es zu wollen – alte Wunden aufgerissen. Er hatte in einer Art zu Ihnen gesprochen“, und damit hebt Inge Deutschkron wohl auf die Gnade-Äußerung ab, „wie es kein anderer deutscher Kanzler nach dem Holocaust gewagt hatte. Auf diesen Kanzler schien kein Verlass zu sein in Sachen Israel.“<sup>47</sup> Das diplomatische Israel schien den Besuch anders zu betrachten. Immerhin konstatierte der israelische Botschafter in Deutschland, Itzhak Ben-Ari, im Vorfeld, die Beziehungen seien gut, vernünftig und freundschaftlich und

44 Niels Hansen: Eine Partnerschaft entwickelt sich weiter, in: Asher Ben Natan/Niels Hansen (Hg.): *Israel und Deutschland. Dorniger Weg zur Partnerschaft. Die Botschafter berichten über vier Jahrzehnte diplomatischer Beziehungen (1965–2005)*. Köln 2005, S. 153–171, hier 162. Hansen betont an gleicher Stelle mit Nachdruck, der Besuch Kohls 1984 sei „mitnichten so schlecht verlaufen, wie es vor allem von der deutschen Presse und von der Opposition behauptet wurde“, ebd., S. 163.

45 Borchard: *Eine unmögliche Freundschaft*, S. 147.

46 Zit. nach Mordechai Lewy: *Helmut Kohl und die deutsch-israelischen Beziehungen aus israelischer Perspektive*, in: HPM 23 (2016), S. 229–240, hier 233.

47 Inge Deutschkron: *Israel und die Deutschen – das schwierige Verhältnis*. Köln 1991, S. 433.



erhoffte sich von Kohls Besuch weitere Impulse in diese Richtung.<sup>48</sup> Ministerpräsident Shamir lobte Kohl anschließend gar für seine stete Korrektheit.

Dass die Einschätzung der „Grande Dame“ der israelischen Berichterstattung aus Deutschland, Inge Deutchkron, die schon dem ersten Bundeskanzler bei seiner Israelpolitik kritisch auf die Finger geschaut hatte und die verständlicherweise nicht frei waren von den eigenen traumatischen Erfahrungen, Kohl habe sich „tölpelhaft“ angestellt, bei genauerem Blick nicht den Realitäten entsprach, ja eher das Gegenteil zutreffend war, zeigte eine besondere Episode des Israel-Aufenthaltes von Helmut Kohl, die bislang wenig beachtet worden ist. Sie spielte sich beinahe hinter verschlossenen Türen ab und war als einer der heikelsten Bestandteile des Aufenthaltes in Wirkung und Bedeutung nicht zu unterschätzen. Kohl nannte diesen Programmteil später die „wohl schwierigsten zwei Stunden“ seines Besuches in Israel. In einer Diskussion mit 15 Abgeordneten der Knesset kam nach nicht einmal fünf Minuten Gespräch ein ganz besonders heißes Eisen auf den Tisch. Den Israelis war nicht verborgen geblieben, dass die HiaG (Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS), die nach 1945 als eine Art Selbsthilfeorganisation der Angehörigen der Waffen-SS fungiert hatte,<sup>49</sup> aus der Liste der Organisationen gestrichen worden war, die unter Beobachtung des deutschen Verfassungsschutzes standen. Es war dieses Ereignis, das in Israel mit einer nachvollziehbaren Sensibilität als eine Art nachträgliche Legitimierung der SS interpretiert wurde. Die Reaktionen waren entsprechend und die Stimmung, auf die Kohl traf, war vorwurfsvoll und vergleichsweise unversöhnlich.

Hier zeigte sich der angeblich so unbeholfene Politiker als sensibler Meister der Beherrschung beinahe unlösbarer Situationen. Zunächst ging der Historiker und Politiker Kohl nicht in die Falle, den Versuch zu unternehmen, eine historisierte und rationale Debatte über den Unterschied zwischen den SS-Totenkopfverbänden und der Waffen-SS zu führen, weil ihm instinktiv klar war, dass das angesichts der eigenen Erfahrungen seiner Gesprächspartner aussichtslos gewesen wäre.

Stattdessen erkannte Helmut Kohl in dem Gespräch die Ausmaße der Verbrechen der Nationalsozialisten voll an, machte aber zugleich auf die Zwänge aufmerksam, die im damaligen System wirksam gewesen seien. Er verband das geschickt mit dem unwiderlegbaren Hinweis darauf, dass es die Volksdeutschen außerhalb des Deutschen Reiches gewesen seien, unter denen die Waffen-SS

48 Nachrichtenabteilung des Bundespresseamtes: Interview mit Botschafter Jitzhak Ben-Ari in der Sendung „Bonner Perspektiven“ vom 28. August 1983, 19:10 Uhr (Auszug).

49 Karsten Wilke: Die Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit (HiaG) 1950–1990. Veteranen der Waffen-SS in der Bundesrepublik. Paderborn/Wien 2011. Zur Waffen-SS René Rohrkamp: „Weltanschaulich gefestigte Kämpfer“ – die Soldaten der Waffen-SS 1933–1945. Organisation – Personal – Sozialstrukturen. Paderborn 2010 und Jan Erik Schulte/Peter Lieb/Bernd Wegner (Hg.): Die Waffen-SS. Neue Forschungen. Paderborn u. a. 2014.

vorwiegend ihren Nachwuchs so rekrutiert habe, wie das im Reichsgebiet die Wehrmacht getan habe.

Derartigen „Einladungen“ hätten sich Volksdeutsche wie zum Beispiel die Siebenbürger Sachsen kaum entziehen können, ohne Schaden an Leib und Leben zu erleiden. Dann kam eine Fähigkeit Kohls zum Tragen, die ihm später bei der Wiederherstellung der Deutschen Einheit ebenfalls von Nutzen sein sollte. Er wechselte ins Persönliche und kam auf seinen gefallenen älteren Bruder Walter zu sprechen. Ein solcher zwangsrekrutierter SS-Mann sei „dann irgendwo am Ende des Krieges neben meinem Bruder gefallen“. In der Fraktionssitzung berichtete der Kanzler nach seinem Israel-Besuch: „Wir haben uns intensiv, dann gar nicht mehr hart miteinander ausgetauscht.“ Eine solche Auseinandersetzung müsse geführt werden: „Das muss ausgetragen werden mit dem ganzen Takt, der gegenüber anderen möglich und notwendig ist.“ Das entsprach so gar nicht der angeblichen „Unbefangenheit“, die Helmut Kohl mit Blick auf seinen Besuch in Yad Vashem zu Unrecht vorgeworfen wurde. Vielmehr zeigte sich hier exemplarisch der Historiker Helmut Kohl, der geschichtliche Einsichten so zu formulieren und mit seiner persönlichen Erlebniswelt zu verbinden vermochte, dass komplexe Sachverhalte verständlich werden. Dieses Gespräch hinterließ, wie Beobachter der Szenerie bestätigten, bei einigen Teilnehmern eine nachhaltige und positive Tiefenwirkung. Auch im ersten Gespräch mit Shamir am 24. Januar war die Frage vom israelischen Politiker angesprochen und von Kohl in ähnlicher Weise beantwortet worden, verbunden mit dem Hinweis, man müsse differenzieren: „Wenn er Rechtsradikale heranzüchten oder erhalten wolle, dann müsse er Pauschalurteile abgeben.“<sup>50</sup>

Bitter aufgestoßen waren den israelischen Gastgebern hingegen offenbar ganz andere Dinge als die Äußerungen Helmut Kohls zur deutschen Geschichte. Für nachhaltige Irritation sorgte nicht nur die Tatsache, dass der Journalist Kurt Ziesel<sup>51</sup>, der als „notorischer Nationalist“ galt und als gelegentlicher Autor des „Völkischen Beobachters“ eine umstrittene NS-Vergangenheit hatte, der Delegation angehörte, sondern auch Kohls Pressesprecher Peter Boenisch, der in Israel in einem langen schwarzen Ledermantel auftrat, der Erinnerungen an SS-beziehungsweise Gestapo-Mäntel hervorrufen musste und der sich zu dem unangebrachten Ratschlag an die Israelis hinreißen ließ, Auschwitz nicht für praktische Politik zu instrumentalisieren.

Schließlich darf nicht außer Acht gelassen werden, dass der erste Besuch des Kanzlers in Israel unter denkbar schwierigen Rahmenbedingungen stattfand und er unter ganz besonderer Beobachtung steht. So war man in Israel unglücklich

50 Gespräch Kohl – Shamir am 24. Januar 1984, S. 97–99, das Zitat 99.

51 Zu Ziesel, seiner Biographie und seinem Wirken nach 1945 siehe den sehr differenzierten Beitrag von Axel Schildt: Im Visier: Die NS-Vergangenheit westdeutscher Intellektueller. Die Enthüllungskampagne von Kurt Ziesel in der Ära Adenauer, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 64 (2016), S. 37–68.



über die Tatsache, dass Helmut Kohl nicht, wie ursprünglich geplant, zunächst Israel und dann von dort kommend die arabischen Staaten besucht hatte, sondern bereits vor seiner Reise in das Heilige Land nach Jordanien, Ägypten und Saudi-Arabien gefahren war. Das freilich hatte mit dem Rücktritt des israelischen Ministerpräsidenten Menachem Begin zu tun, der drei Tage vor dem ursprünglich geplanten Eintreffen des Kanzlers von seinem Amt zurückgetreten war. Hingegen rechnete man es dem neuen Bundeskanzler hoch an, dass er – anders als sein Vorgänger – überhaupt und zu einem so frühen Zeitpunkt seiner Amtszeit bereit war, nach Israel zu kommen.

Besondere Sorge aber rief nicht die Tatsache der Verschiebung des Besuches hervor, sondern die Bereitschaft der deutschen Bundesregierung, mit den Saudis den Verkauf von deutschen Rüstungsgütern in den Wüstenstaat zu erörtern. Kohl hatte zwar den von Helmut Schmidt noch anvisierten Verkauf von Leopard II-Panzern an Saudi-Arabien abgelehnt, war aber bereit, zumindest über defensive Waffen mit den arabischen Kollegen zu sprechen. Das waren die Fragen, die zumindest das regierungsamtliche Israel mehr interessierten als alle anderen und die Kritik und Skepsis hervorrufen mussten.

Die negative Rezeption des Satzes der „Gnade der späten Geburt“ beschränkte sich auch aus einem anderen Grund vornehmlich auf Deutschland. In Israel war man an den Positionen Kohls zur Nahostpolitik deutlich mehr interessiert und nahm wahr, dass Helmut Kohl bei aller Freundschaft zu Israel zu diesem Zeitpunkt auf einen ausgleichenden Kurs setzen und auch die Interessen der arabischen Staaten im Blick behalten wollte. In diesem Zusammenhang zeigte man sich in Israel enttäuscht darüber, dass sich Helmut Kohl ausgesprochen kritisch über Camp David geäußert hatte, obgleich man sich in Jerusalem so sehr für die Aussöhnung mit Ägypten engagiert hatte. Man war, so Amir Bar-On, ein wenig über „das Maß an Übereinstimmung [...] zwischen Kohl und Schmidt erschrocken“. Es wuchsen Zweifel, ob ein Neuanfang der bilateralen Beziehungen, auf den man so hoffte, gelingen könnte.<sup>52</sup>

Tatsächlich aber war Helmut Kohl in der Gesamtschau auf die deutsch-israelischen Beziehungen, die man abschließend vornehmen muss, um den Besuch von 1984 einordnen zu können, mehr Enkel Adenauers als Nachfolger Schmidts. Nach dem Wagnis Adenauers, so kurz nach dem Menschheitsverbrechen der Shoah Wiedergutmachungsverhandlungen mit Israel aufzunehmen und die Tür zu öffnen,<sup>53</sup> durch die sein Nachfolger Erhard mit der Aufnahme

52 Amir Bar-On: *Israel und Deutschland, Deutschland und Israel 1982–1998. Interessen, Einstellungen und Politik (Moderne Geschichte und Politik 21)*. Frankfurt a. M. 2008, S. 31.

53 Thomas Brechenmacher: *Konrad Adenauer, Franz Böhm und die Verhandlungen über das Luxemburger Abkommen*, in: *HPM* 20 (2013), S. 305–322.; knapp zusammenfassend Wolfgang Tischner: *Luxemburger Abkommen*, <https://www.konrad-adenauer.de/politikfelder/aussenpolitik/luxemburger-abkommen> (Abruf: 17. Mai 2020); zum Gesamtzusammenhang Hansen: *Aus dem Schatten der Katastrophe*.

der diplomatischen Beziehungen 1965 dann zögerlich und gegen Widerstand gegangen ist,<sup>54</sup> erschienen die Jahre der Kanzlerschaft Brandts als eher verlorene Jahre. Diese Jahre, in denen sich die damalige Regierungschefin Golda Meir und der spätere Friedensnobelpreisträger Willy Brandt in grimmiger Gereiztheit gegenüberstanden, sind überschattet von den grauenvollen Ereignissen des palästinensischen Überfalls auf die israelische Mannschaft während der Olympischen Spiele 1972 und die Enttäuschung über die mangelnde Solidarität der Bundesrepublik während des Yom Kippur-Krieges, der Israel an die Schwelle des Untergangs führte. Carole Fink nennt diese Jahre eine Periode der „brüchigen Stabilität“ („tenuous stability“).<sup>55</sup> Nicht weniger problematisch war die Kanzlerschaft Helmut Schmidts.<sup>56</sup> Schmidt befürwortete nicht nur die Lieferung von Leopard II-Panzern an Saudi-Arabien,<sup>57</sup> sondern hatte nach einem Besuch in Saudi Arabien in einem Interview mit Blick auf Auschwitz wörtlich „von dem ganzen moralisch-historischen Gepäck“ gesprochen, das die deutsche Außenpolitik in Europa präge.<sup>58</sup> Daraufhin sah sich der damalige Wahlkämpfer und spätere Ministerpräsident Menachem Begin veranlasst, Schmidt, der einen jüdischen Großvater hatte, als loyalen Offizier Hitlers zu diffamieren und die Frage in den Raum zu stellen, dass er gerne wüsste, was dieser denn mit den Juden an der Ostfront getan hatte.<sup>59</sup> In der Folge hatten sich die Beziehungen zwischen den Ländern bis beinahe auf den Nullpunkt abgekühlt. Begin lehnte es zeitlebens ab, sich für diese Äußerungen zu entschuldigen und Helmut Schmidt blieb gegenüber Israel auf Distanz. Helmut Kohl als Oppositionsführer hatte

- 
- 54 Zum Weg zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen vgl. etwa Hestermann: *Inszenierte Versöhnung*, S. 94–119; Niels Hansen: *Dorniger Weg zum Botschafteraustausch. 40 Jahre diplomatische Beziehungen*, in: *Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums* 44 (2005), S. 48–59; zusammenfassend Kai Wambach: *Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel*, <https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/kalender/kalender-detail/-/content/aufnahme-diplomatischer-beziehungen-zwischen-der-bundesrepublik-deutschland-und-israel> (Abruf: 16. Mai 2020).
- 55 Carole Fink: *West Germany and Israel. Foreign Relations, Domestic Politics, and the Cold War, 1965–1974*. Cambridge 2019, S. 295. Sehr kritisch zur Israel-Politik Willy Brandts neuerdings Michael Wolffsohn: *„Friedenskanzler? Willy Brandt zwischen Krieg und Terror“*. München 2018.
- 56 Shlomo Shafir: *Helmut Schmidt: Seine Beziehungen zu Israel und den Juden*, in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 17 (2008), S. 297–321.
- 57 Siehe dazu Hubert Leber: *Chancellor Helmut Schmidt, His Policy toward Israel, and the German Responsibility for the Jewish People*, in: *American Institute for Contemporary German Studies (AICGS) Transatlantic Perspectives*, 14.12.2015, <https://www.aicgs.org/publication/chancellor-helmut-schmidt-his-policy-toward-israel-and-the-german-responsibility-for-the-jewish-people/> (Abruf: 28. Mai 2020). Zum Gesamtzusammenhang jetzt Dimitrios Gonnaris: *Die Geschichte der sozialliberalen Rüstungsexportpolitik. Ein Instrument der deutschen Außenpolitik 1969–1982*, Wiesbaden 2019.
- 58 *Archiv der Gegenwart*, 30. April 1981, S. 7477.
- 59 Werner Bergmann: *Realpolitik versus Geschichtspolitik. Der Schmidt-Begin-Konflikt von 1981*, in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 7 (1998), S. 266–287.



Helmut Schmidt im Übrigen in diesem Streit in einem Interview<sup>60</sup> wie auch im Deutschen Bundestag<sup>61</sup> ausdrücklich verteidigt und die Vorwürfe entschieden zurückgewiesen.

Erst die Kanzlerschaft Kohls knüpfte hinsichtlich der deutsch-israelischen Beziehungen wieder an die positiven Aufbrüche der Adenauer- und Erhard-Zeit an. Kein geringerer als der große Lord George Weidenfeld, einer der engen Vertrauten des ersten israelischen Staatspräsidenten Chaim Weizmann, sang später ein Loblied auf den deutschen Kanzler: „Für das Verhältnis der Bundesrepublik zum Staate Israel bedeutete die Ära Kohl eine grundlegende Verbesserung. Konrad Adenauer tat den ersten großen Schritt auf deutscher Seite, um den schwierigen und langwierigen Versöhnungsprozess zwischen Deutschen und Juden, Deutschland und Israel einzuleiten. Ludwig Erhard beschleunigte diesen Prozess durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen [...] Helmut Kohl jedoch vertiefte das Verhältnis beider Länder. Sein nachdrückliches Engagement für gegenseitige Verständigung überzeugt durch Herzlichkeit und Ehrlichkeit. Sein aufrichtiges Gefühl der Sympathie geht weit über den Zusammenhang von Schuld und Sühne hinaus. Es entspringt einer ganz natürlichen Zuneigung zu Juden, vor allem aber auch der Anerkennung der Rolle, die das jüdische Bildungsbürgertum in der deutschen Geschichte gespielt hat.“<sup>62</sup>

War der erste Besuch des Bundeskanzlers in den Augen der Medien und mancher Diplomaten in Israel wie auch in Deutschland von angeblichen oder tatsächlichen Ungeschicklichkeiten oder Misstönen geprägt, so haben die Gespräche Kohls aber dennoch eine entscheidende Wirkung gehabt, wie der israelische Historiker Amir Bar-On konstatierte. Der Besuch habe dabei geholfen, „das Verständnis der beiden Länder von der empfindlichen, emotionsgeladenen Ebene unter Begin und Schmidt auf eine pragmatische Ebene zu führen. Daran glaubte auch Kohl“, so Bar-On.<sup>63</sup>

Kohl machte nach der Landung zurück in Deutschland deutlich, dass dieser schwierige Aufenthalt auch bei ihm Spuren hinterlassen hatte und – nach seinen eigenen Worten – alles andere als eine „Vergnügungsreise“ gewesen war.<sup>64</sup> Von diesem schwierigen ersten Besuch aus, dem Henning Köhler „Tiefenwirkung“ zuschreibt,<sup>65</sup> spannt sich der der Bogen zum geradezu triumphalen zweiten

60 Nachrichtenabteilung des Bundespresseamtes: „Interview der Woche“ mit Helmut Kohl im Deutschlandfunk am 28. Februar 1982.

61 Rede in der Debatte über eine Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Schmidt, in: Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 9/34 vom 7. Mai 1981, S. 1714–1724, hier 1722.

62 Lord George Weidenfeld: Dialog mit dem europäischen und internationalen Judentum, in: Ein Leben für Deutschland und Europa. Helmut Kohl – Stationen eines politischen Lebens. Hg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung. Düsseldorf 2005, S. 55–61, hier 56.

63 Bar-On: Israel und Deutschland, S. 108.

64 Zit. ebd.

65 Köhler: Kohl, S. 427.

Besuch des Kanzlers in Israel im Jahr 1995.<sup>66</sup> Er zeigte in aller Deutlichkeit, welche geradezu fundamental wichtige Rolle die Kanzlerschaft Helmut Kohls für das bilaterale Verhältnis der beiden Staaten spielte. Dieser zweite Besuch war von einer außergewöhnlichen Herzlichkeit und von einer Atmosphäre geprägt, die Ignatz Bubis als „bemerkenswert“ charakterisierte.<sup>67</sup> Das lag freilich auch an den persönlichen Konstellationen. Dem israelischen Botschafter Avi Primor gestand Kohl: „Jitzhak Rabin ist der erste israelische Premierminister, vor dem ich überhaupt keine Hemmungen habe.“<sup>68</sup> Helmut Kohl machte aus seiner Begeisterung für Israel und seiner Verbundenheit mit dem Land keinen Hehl und maß dieser Beziehung in den letzten Jahren seiner Kanzlerschaft außerordentlich hohes Gewicht zu.

1987 machte der Bundeskanzler in einer Diskussion mit Volontären des Springer-Verlages deutlich, was er im Blick auf die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Israel mit dem Begriff der „Gnade“ noch verband. Die Welt am Sonntag publizierte diese Äußerungen in Form eines Namensartikels. Darin schrieb Helmut Kohl mit Blick auf die deutsch-israelische Freundschaft: „Von Gnade zu sprechen, heißt auch anzuerkennen, dass man dankbar zu sein hat. Wir haben dankbar zu sein dafür, dass nach einer Zeit der Hoffnungslosigkeit auf dem Boden Israels und der Bundesrepublik Deutschland Gemeinwesen entstanden sind, die den Willen zur Freiheit und zu rechtsstaatlicher Demokratie verkörpern. Und wir haben dankbar zu sein für das Werk der Versöhnung, das durch Männer wie David Ben Gurion und Konrad Adenauer begonnen wurde.“<sup>69</sup> Aus der Rückschau besteht nicht der geringste Zweifel daran, dass auch der Mann, dessen Satz von der „Gnade der späten Geburt“ heftige Diskussionen auslöste und zum Teil böswillige Interpretationen erfuhr, seinen ganz eigenen, substanziellen Beitrag zu diesem Werk der Versöhnung geleistet hat. Dass es seit fast 25 Jahren an der Hebräischen Universität in Jerusalem ein Helmut Kohl-Institut gibt, ist ein augenscheinliches Beispiel dafür, dass diese Ansicht heute auch in Israel uneingeschränkt geteilt wird.

66 Ebd., S. 878 f.

67 „Kohl in Israel“, in: FAZ vom 6. Juli 1995.

68 Avi Primor: Mit Ausnahme Deutschlands. Als Israels Botschafter in Bonn. Berlin 1997, S. 188.

69 „Kohl über die Gnade der späten Geburt“, in: Welt am Sonntag vom 15. November 1987.



## Verdun als historisches Symbol: Helmut Kohl und François Mitterrand\*

Ulrich Lappenküper

I.

„Es ist möglich, fast ohne Erinnerung zu leben [...], es ist aber ganz und gar unmöglich, ohne Vergessen [...] zu leben“. So heißt es in Friedrich Nietzsches „Unzeitgemäßen Betrachtungen“.<sup>1</sup> Der Blick in die Geschichte scheint dem Philosophen recht zu geben. Über Jahrhunderte haben die Völker ihren Friedensverträgen eine „Oblivionsklausel“ eingefügt, weil nur das Vergessen nach den Gräueln der Kriege vor Rachegeleüsten zu schützen schien. Aus der Sicht so manches Deutschen sollte Nietzsches Diktum nicht einmal nach dem monströsen Verbrechen des Holocaust seine Gültigkeit verlieren.<sup>2</sup> Das Beschweigen der Deutschen Katastrophe habe für die westdeutsche Demokratie stabilisierend gewirkt, befand 1983 der Schweizer Philosoph Hermann Lübbe.<sup>3</sup> Der Aufschrei der Entrüstung, der ihm daraufhin aus Teilen der deutschen Gesellschaft entgegenschlug, deutete indes an, dass die in der Bonner Republik jahrelang vorherrschende Form der „Vergangenheitsbewältigung“<sup>4</sup> in breiten Bevölkerungsschichten ihre Akzeptanz verloren hatte. Die Vergangenheit könne nicht bewältigt werden, hieß es nun; sie müsse ihrer Giftzähne vielmehr durch Aufarbeitung und Erinnern beraubt werden. Denn wer vor der Vergangenheit die Augen verschließe, so beteuerte etwa Bundespräsident Richard

---

\* Vortrag anlässlich der Veranstaltung „Vergangenheitsbewältigung“ oder Erinnerungskultur? Helmut Kohl und der Umgang mit der deutschen Geschichte in der Bundesrepublik der 1980er und 1990er Jahre“ im Rahmen der Reihe „Die Ära Kohl im Gespräch“ am 5. Dezember 2019 im Bonner Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

- 1 Friedrich Nietzsche: Unzeitgemäße Betrachtungen. Zweites Stück: Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben, in: Ders.: Werke in sechs Bänden. Hg. von Karl Schlechta, Bd. 1. München 1966, S. 213.
- 2 Vgl. Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit. 2., durchges. Aufl. München 1997.
- 3 Hermann Lübbe: Der Nationalsozialismus im politischen Bewußtsein der Gegenwart, in: Martin Broszat u. a. (Hg.): Deutschlands Weg in die Diktatur. Internationale Konferenz zur nationalsozialistischen Machtübernahme im Reichstagsgebäude zu Berlin. Referate und Diskussionen. Ein Protokoll. Berlin 1983, S. 329–349.
- 4 Helmut König: Von der Diktatur zur Demokratie oder Was ist Vergangenheitsbewältigung?, in: Ders./Michael Kohlstruck/Andreas Wöll (Hg.): Vergangenheitsbewältigung am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts (Leviathan, Sonderheft 18). Opladen 1998, S. 371–392.

von Weizsäcker in seiner großen Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai 1985, „wird blind für die Gegenwart“.<sup>5</sup>

Ähnliche Gedanken hegte auch Bundeskanzler Helmut Kohl, dessen erste Amtsjahre in die Epoche des von Soziologen und Kulturwissenschaftlern nun „Erinnerungskultur“ genannten veränderten Umgangs der Deutschen mit ihrer Geschichte fielen, wobei es unter Rückgriff auf die Studien des Franzosen Maurice Halbwachs<sup>6</sup> neben den Erinnerungen einzelner Individuen stets auch um das „kollektive Gedächtnis“ sozialer Gruppen ging.<sup>7</sup> Dies vorangestellt, fragt die vorliegende Studie nach dem erinnerungskulturellen Impetus respektive historischen Symbolgehalt von Kohls Treffen mit Frankreichs Staatschef François Mitterrand am 22. September 1984 in Verdun und nähert sich dem Problem in drei Schritten:

- zunächst mit einem kurzen Blick auf die beiden Fundamentalbegriffe „Vergangenheitsbewältigung“ und „Erinnerungskultur“;
- sodann mit einer etwas ausführlicheren Diskussion des Stellenwerts der Geschichte im Allgemeinen und der Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen im Besonderen für Helmut Kohl und schließlich
- mit der intensiven Beleuchtung der Begegnung von Verdun, ihres Kontextes und Ablaufs sowie ihrer (geschichts)politischen Bedeutung für den Bundeskanzler wie für den Staatspräsidenten.

Neben dem überschaubaren publizierten Schrifttum<sup>8</sup> wertet die Studie erstmalig auch nicht veröffentlichte Dokumente des Bundeskanzleramtes und der CDU/

5 Rede Weizsäckers, 8. Mai 1985, in: Ders.: Von Deutschland aus. Reden des Bundespräsidenten. TB-Ausgabe München 1987, S. 11–35, hier 18.

6 Maurice Halbwachs: *La mémoire collective* [1950]. 2. Aufl. Paris 1968; deutsche Ausgabe: *Das kollektive Gedächtnis*. Frankfurt a. M. 1985.

7 Aus der reichhaltigen Literatur seien pars pro toto genannt: Aleida Assmann: *Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses*. 5., durchges. Aufl. München 1999; dies.: *Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik*. 3. Aufl. München 2006; Volkhard Knigge/Norbert Frei (Hg.): *Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord*. München 2002; Christian Meier: *Das Gebot zu Vergessen und die Unabweisbarkeit des Erinnerns. Vom öffentlichen Umgang mit schlimmer Vergangenheit*. Bonn 2010; Peter Reichel: *Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit*. München 1995. In jüngster Zeit wurde von etlichen Protagonisten der Debatte ein „Unbehagen“ an der Erinnerungskultur angemeldet, vgl. Aleida Assmann: *Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur. Eine Intervention*. München 2013; Margrit Frölich/Ulrike Jureit/Christian Schneider (Hg.): *Das Unbehagen an der Erinnerung – Wandlungsprozesse im Gedenken an den Holocaust*. Frankfurt a. M. 2012; Dana Giesecke/Harald Welzer: *Das Menschenmögliche. Zur Renovierung der deutschen Erinnerungskultur*. Hamburg 2012.

8 Vgl. dazu mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen Ulrich Lappenküper: *Mitterrand und Deutschland. Die enträtselte Sphinx*. München 2011, S. 197–211; Reiner Marcowitz: „Hand in Hand“. François Mitterrand und Helmut Kohl in Verdun 1984, in: Corine De France/Ulrich Pfeil (Hg.): *Verständigung und Versöhnung nach dem „Zivilisationsbruch“? Deutschland in Europa nach 1945*. Brüssel u. a. 2016, S. 103–116; Sandra Petermann: *Ritu-*



CSU-Bundestagsfraktion aus dem Bundesarchiv Koblenz und dem Archiv für Christlich-Demokratische Politik Sankt Augustin aus und gelangt dadurch bisweilen zu überraschend neuen Einsichten.

## II.

Dass Bundeskanzler Helmut Kohl die von ihm so genannte „Besinnung auf die deutsche Geschichte“<sup>9</sup> ein wichtiges Anliegen war, verdeutlichte er bereits mit seinen großen Regierungserklärungen vom 13. Oktober 1982 und 4. Mai 1983. Darin forderte der promovierte Historiker nicht nur die Bundesrepublik auf, sich ihrer „Geschichte [...] mit ihrer Größe und ihrem Elend“ zu stellen.<sup>10</sup> Er kündigte auch den Bau zweier Geschichtsmuseen in Bonn und in Berlin an<sup>11</sup>, die das „Nachdenken“ über die deutsche Geschichte fördern sollten, ohne ein quasi amtliches Geschichtsbild zu vermitteln<sup>12</sup>. Maßgeblich für seinen geschichtspolitischen Vorstoß war die Erkenntnis, dass der Streit um die Deutung der deutschen Geschichte seit den 1960er Jahren „zusehends ins Zentrum des politischen Diskurses gerückt“ war.<sup>13</sup> Wenngleich die in der Öffentlichkeit Einzug haltende „Rückkehr der Geschichte“ weniger mit dem Beginn seiner Kanzlerschaft denn mit den vielfältigen Reaktionen auf den „gewaltigen Rationalisierungs- und Technisierungsschub der Nachkriegszeit“<sup>14</sup> zu tun hatte, machte der „ebenso eigenwillige wie unverwechselbare Umgang“ des Kanzlers mit dem Thema es im Verlauf der 1980er Jahre zu einem „Dauerpolitikum“.<sup>15</sup>

Aus der Sicht Kohls stand die Bundesrepublik vor einer elementaren Herausforderung: Sie hatte ihr Selbstverständnis als „geachteter Partner im Bündnis des Westens“<sup>16</sup> und als geteilte Nation in einem „zerbrochen[en] Nationalstaat“ mit „eigene[r] Geschichte“ zu verzahnen.<sup>17</sup> Daraus ergab sich seines Erachtens die

---

ale machen Räume. Zum kollektiven Gedenken der Schlacht von Verdun und der Landung in der Normandie. Bielefeld 2007, S. 87–184; Ulrich Pfeil: Der Händedruck von Verdun. Pathosformel der deutsch-französischen Versöhnung, in: Gerhard Paul (Hg.): Das Jahrhundert der Bilder. Bd. 2: 1949 bis heute. Göttingen 2008, S. 498–505.

- 9 Regierungserklärung Kohls, 13. Oktober 1982, in: Ders., Reden 1982–1984. Bonn 1984, S. 9–48, hier 43.
- 10 Regierungserklärung Kohls, 4. Mai 1983, ebd., S. 115–163, hier 162.
- 11 Vgl. Regierungserklärungen Kohls, 13. Oktober 1982 und 4. Mai 1983, S. 43 f. bzw. 161 f.
- 12 Ansprache Kohls in Berlin, 13. August 1986, in: Ders.: Reden. Zu Fragen der Zukunft. Bonn 1989, S. 65–72, hier 69.
- 13 Hans-Peter Schwarz: Helmut Kohl. Eine politische Biographie. München 2012, S. 374; zur westdeutschen Geschichtspolitik allgemein mit bisweilen sehr pointierten Auffassungen Edgar Wolfrum: Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990. Darmstadt 1999.
- 14 Andreas Wirsching: Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 6). Stuttgart 2006, S. 471.
- 15 Ebd., S. 473.
- 16 Regierungserklärung Kohls, 13. Oktober 1982, S. 16.
- 17 Ebd., S. 43.

Notwendigkeit, die unzweideutige Akzeptanz der historischen Verantwortung für die nationalsozialistische Vergangenheit mit der Erinnerung an die positiven Aspekte der deutschen Geschichte, das heißt „dem Bekenntnis zu ihrem Fortgang [...] als eine demokratische Geschichte des Friedens, der Freiheit und des Wohlstands“ zu verknüpfen.<sup>18</sup> Vor diesem Hintergrund bildeten die beiden Museumsprojekte für Kohl die Eckpfeiler einer kultur- und geschichtspolitischen Elementen umfassenden gesamtpolitischen Strategie der Vertrauensbildung, die zum Ausdruck bringen musste, dass die Deutschen sich der dunklen Jahre ihrer Geschichte stellen, dass diese Geschichte aber weit vor 1933 begonnen hatte und die Bundesrepublik seit 1949 mehr war als ein Provisorium. „Wir wissen, was in deutschem Namen anderen Völkern Schreckliches angetan wurde“, beteuerte der Kanzler Anfang 1986 geradezu paradigmatisch. „Aber gerade weil wir uns dem nicht entziehen, dürfen wir auch dankbar sein für das andere, deutlich sichtbare großartige Erbe unseres Volkes.“<sup>19</sup> Ohne die negativen Kapitel der deutschen Geschichte zu leugnen, mussten die positiven, die demokratischen Traditionen und die Begründung des Nationalstaats, also wieder stärker ins Bewusstsein geholt werden. Auch wenn die Bundesrepublik „im Schatten der Katastrophe“ entstanden und der Nationalstaat der Deutschen „zerbrochen“ war, existierte die deutsche Nation seines Erachtens fort, auch wenn sie ihre Einheit nur in „historischen Zeiträumen“ wiederfinden würde.<sup>20</sup> Dieses Bekenntnis zur Kontinuität der „unteilbar[en]“ deutschen Geschichte war für Kohl aber nicht nur eine politische<sup>21</sup>, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die sich nicht zuletzt an die Jugend zu richten hatte. Der jungen Generation müsse die deutsche Geschichte „in ihren europäischen Bezügen und Bedingungen wieder geistige Heimat werden“, lautete sein Credo.<sup>22</sup>

Wenngleich Kohl sich und seine Altersgruppe – und damit erst recht die Jugend – von jeglicher „Schuld“ für die Gräueltaten der Nazis freisprach – Anfang 1984 prägte er dafür das Diktum von der „Gnade der späten Geburt“<sup>23</sup> –, blieben die dunklen Jahre seiner Meinung nach für alle Generationen „als Mahnung und Auftrag“ gegenwärtig.<sup>24</sup> Anfang 1983 formulierte der Kanzler dazu in einer Ansprache im Reichstagsgebäude das Paradigma von der „Dreiheit der Trauer, der Erinnerung und der Verantwortung“: der Trauer um die Opfer; der Erinnerung an Ursachen, Verlauf und Folgen der nationalsozialistischen

18 Wirsching: Abschied, S. 474 f.

19 Ansprache Kohls in Berlin, 13. August 1986, S. 67.

20 Regierungserklärung Kohls, 13. Oktober 1982, S. 43.

21 Bericht Kohls zur Lage der Nation, 1. Dezember 1988, in: Ders.: Reden. Zu Fragen der Zukunft, S. 237–259, hier 242.

22 Regierungserklärung Kohls, 4. Mai 1983, S. 162.

23 Das berühmte Wort aus einer Diskussion mit Knesset-Abgeordneten vom 25. Januar 1984 wird zitiert nach: Helmut Kohl: Erinnerungen 1982–1990. München 2005, S. 228; vgl. dazu auch den Beitrag von Michael Borchard in diesem Band.

24 Helmut Kohl: Erinnerungen 1982–1990. München 2005, S. 230.



Barbarei sowie der Verantwortung „für Gegenwart und Zukunft“. Nicht von Vergangenheitsbewältigung war bei ihm also die Rede, wohl aber von Erinnerung.<sup>25</sup> Erinnerung, so beteuerte Kohl an einem anderem, nicht minder geschichtsmächtigen Ort, der Gedenkstätte Bergen-Belsen, sei „das Geheimnis der Erlösung“; nur wenn die Deutschen sich zu ihrer „Verantwortung vor der Geschichte“ bekannten, könne es „Versöhnung mit den Hinterbliebenen und den Nachkommen der Opfer“ geben.<sup>26</sup>

Die Notwendigkeit zur Auseinandersetzung mit der Geschichte bestand aus der Sicht Helmut Kohls freilich nicht nur in Bezug auf den Nationalsozialismus, sondern auch und gerade hinsichtlich Frankreichs.

### III.

Geboren im Jahr 1930, war Kohl zunächst in der Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten und dann, seinen eigenen Ausführungen zufolge, „im bösen Geist der angeblichen Erbfeindschaft“ zum Nachbarn d'outre Rhin erzogen worden.<sup>27</sup> Die im ersten Band seiner „Erinnerungen“ aufgestellte Behauptung, er sei schon als junger Erwachsener „emotional“ von der „Sehnsucht nach einer echten Annäherung zwischen Deutschen und Franzosen“ durchdrungen gewesen<sup>28</sup>, dürfte mit einem Fragezeichen zu versehen sein.<sup>29</sup> Kein Zweifel kann allerdings daran bestehen, dass der Politiker Helmut Kohl Frankreich aus rationalen Erwägungen eine besondere Rolle im Kontext der Bonner auswärtigen Beziehungen beimaß, und zwar – um mit Konrad Adenauer zu sprechen – als „Angelpunkt des europäischen Zusammenschlusses“.<sup>30</sup>

Wenngleich der instrumentelle Aspekt im deutsch-französischen Verhältnis für ihn dezidiert wichtiger war als emotionale Wertungen, geht man nicht fehl in der Annahme, dass Kohl ein „Gespür für eine aus dem karolingischen Erbe herrührende gemeinsame Verpflichtung der beiden Länder zur Gestaltung der

25 Ansprache Kohls, 30. Januar 1983, in: Ders.: Reden 1982–1984, S. 105–114, hier 106.

26 Rede Kohls, 21. April 1985, in: Ders.: Der Kurs der CDU. Reden und Beiträge des Bundesvorsitzenden 1973–1993. Hg. von Peter Hintze/Gerd Langguth. Stuttgart 1993, S. 266–273, hier 266.

27 Rede Kohls auf dem Katholikentag der Diözese Speyer, 23. Juni 1991, ebd., S. 355–370, hier 357.

28 Helmut Kohl: Erinnerungen 1930–1982. München 2004, S. 149.

29 Vgl. Ulrich Lappenküper: Die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen in den 1980er und 1990er Jahren, in: Historisch-Politische Mitteilungen (HPM) 20 (2013), S. 247–264.

30 Interview Adenauers mit „Agence France Presse“, 15. September 1949, in: Keesing's Archiv der Gegenwart 1948/49. Bearb. von Heinrich von Sieglar, Bonn/Wien/Zürich o. J., S. 2069D; zu den deutsch-französischen Beziehungen in der Ära Adenauer grundlegend Ulrich Lappenküper: Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1963. Von der „Erbfeindschaft“ zur „Entente élémentaire“ (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 49), 2 Bde. München 2001.

Zukunft“ besaß<sup>31</sup>, ein Gespür, das ihn eng mit Frankreichs Staatspräsidenten Mitterrand verbinden sollte.

Dieses karolingische Erbe führt nun direkt zum *genius loci* dieser Abhandlung, Verdun: 843 Schauplatz der Aufteilung des Erbes Karls des Großen; 952 Teil des Reiches Kaiser Heinrichs I.; ab 1552 im französischen Einflussbereich; 1871 vom Deutschen Kaiserreich annektiert; „– weder deutsch, noch französisch – oder: deutsch und französisch“, wie Horst Möller einmal prägnant formulierte<sup>32</sup>. Ein bewegtes, aber kein einzigartiges Schicksal in der deutschen und französischen Geschichte; zu einem Mythos stieg Verdun erst durch die Schlacht von 1916 auf, dem „nationalen Symbol für Patriotismus, Mut und Tapferkeit“<sup>33</sup>.

Fast jeder französische Soldat hatte in der Hölle gekämpft, zu Hundertausenden sollten sie, wie auch ihre deutschen Gegner, in der Knochenmühle ihr Leben lassen.<sup>34</sup> Schon 1920 wurde im Norden von Verdun unweit des Forts Douaumont der Grundstein für ein Ossuarium gelegt, dessen Einweihung sich dann bis 1932 hinauszögerte.<sup>35</sup> Zum 1000. Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrags von Verdun, 1943, vertrat ein französischer Brigadegeneral namens Charles de Gaulle die Auffassung, dass Frieden in Europa nur über eine „Wiedervereinigung der West- und Ostfranken“ möglich sein werde<sup>36</sup> – mitten im Zweiten Weltkrieg eine höchst erstaunliche Bemerkung. De Gaulle war es auch, der der Erhebung Verduns zu einem Ort der Erinnerung<sup>37</sup> beider Völker Vorschub leistete. „Sans oublier que leurs vertus militaires atteignent ici les sommets,“ so beteuerte der nunmehrige Staatspräsident 1966 in einer Rede in Douaumont, „Français et Allemands peuvent conclure des événements de la bataille, comme de ceux qui l’avaient précédée et de ceux qui l’ont suivie, qu’en fin de compte les fruits de leurs combats ne sont rien que des douleurs.“<sup>38</sup> Die „Entnationalisierung der

31 Jürgen Hartmann: Das Frankreichbild Helmut Kohls, in: HPM (HPM) 20 (2013), S. 233–246, hier 245.

32 Horst Möller: *Lieux de mémoire – Orte der Erinnerung*, in: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hg.): *vis-à-vis: Deutschland – Frankreich*. Köln 1998, S. 53–64, hier 57.

33 Petermann: *Rituale*, S. 164.

34 Vgl. Antoine Prost: Verdun, in: Pierre Nora (Hg.): *Erinnerungsorte Frankreichs*. München 2005, S. 253–278, hier 256.

35 Vgl. Petermann: *Rituale*, S. 108–112.

36 Gespräch de Gaulles mit Repräsentanten europäischer Exilregierungen im Herbst 1943, zit. nach: Pierre Maillard: *De Gaulle und Deutschland. Der unvollendete Traum*. Bonn/Berlin 1991, S. 140.

37 Zu dem auf Pierre Nora zurückgehenden historischen Konzept der Erinnerungsorte vgl. Ders. (Hg.): *Les lieux de mémoire*, 7 Bde. Paris 1984–1993; Etienne François/Hagen Schulze (Hg.): *Deutsche Erinnerungsorte*, 3 Bde. München 2001; Horst Möller/Jacques Morizet (Hg.): *Franzosen und Deutsche. Orte der gemeinsamen Geschichte*. München 1996.

38 *Ansprache de Gaulles in Douaumont*, 29. Mai 1966, in: Ders.: *Discours et messages*, Bd. 5: *Vers le Terme 1966–1969*. Paris 1970, S. 38 f.



Erinnerung an ‚Verdun‘“ begann also entgegen einer These von Gerd Krumeich nicht erst in den 1980er Jahren<sup>39</sup>, sondern schon 1966.

Ein bekannter bayerischer Politiker griff damals den Gedanken de Gaulles sofort auf und sann in einer Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion darüber nach, ob sich vielleicht einmal die Gelegenheit bieten würde, auf diesem Schlachtfeld eine Begegnung der „obersten Repräsentanten“ beider Nationen „herbeizuführen, um damit demonstrativ zu unterstreichen, daß ein Schlußstrich unter ein für beide Seiten sehr schmerzliches Kapitel nunmehr endgültig gezogen sei“.<sup>40</sup> Der Appell des Abgeordneten, er hieß Franz Josef Strauß, blieb fast zwanzig Jahre ohne Echo, selbst dann noch, als an der Seine und am Rhein zwei Politiker die Regierungsgeschäfte übernahmen, die im Buch der deutsch-französischen Beziehungen ein neues Kapitel aufzuschlagen gedachten. Als der Bonner Botschafter Axel Herbst im Sommer 1982 ein Treffen in Verdun als symbolische Demonstration der Versöhnung vorschlug, wurde seine Idee vom Elysée-Palast postwendend verworfen.<sup>41</sup> Bei seinem wenige Wochen später stattfindenden Antrittsbesuch in Paris erzählte Kohl Mitterrand bezeichnenderweise zwar vom Einsatz seines Vaters im Ersten und dem Tod seines Bruders im Zweiten Weltkrieg, enthielt sich aber gemäß dem veröffentlichten Protokoll eines jeglichen Hinweises auf die Orte des Geschehens.<sup>42</sup> Um zu verstehen, wieso zwei Jahre später stattfinden konnte, was zuvor als unmöglich galt, bedarf es eines Blicks auf den Zustand der deutsch-französischen Beziehungen Anfang 1984.

#### IV.

Innenpolitisch steckten sowohl Kohl als auch Mitterrand in einer tiefen Talsohle. Den Präsidenten hatten das dramatische Ansteigen der Arbeitslosenzahlen, ein Aufstand in Neukaledonien und die Tschad-Krise so schwer zugesetzt, dass bereits über seine Abwahl spekuliert wurde. Auch Kohls politische Zukunft schien nicht eben rosig. Wahlniederlagen in Hessen und Bremen, innenpolitische Affären wie die um General Günter Kießling oder der Rücktritt des Wirtschaftsministers Otto Graf Lambsdorff hatten das Ansehen des Bundeskanzlers stark

39 Gerd Krumeich: „Mit dem Bajonett unter Dauerfeuer“, in: FAZ vom 18. Februar 2016; s. auch Ders.: Verdun: ein Ort gemeinsamer Erinnerung?, in: Möller/Morizet (Hg.): Franzosen und Deutsche, S. 162–184.

40 Redebeitrag von Strauß in der CDU/CSU-Fraktionssitzung, 14. Juni 1966, in: Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1961–1966, 3 Teilbde. Bearb. von Corinna Franz, Düsseldorf 2004, S. 1835–1837, hier 1835.

41 Vgl. Hubert Védrine an Mitterrand, 25. Juni 1982, in: Archives nationales Paris [AN], Archives Mitterrand, 5 AG 4/CD 174.

42 Vgl. Unterredung zwischen Kohl und Mitterrand vom 4. Oktober 1982, in: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland [AAPD] 1982. Hg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte. Bearb. von Michael Ploetz/Tim Szatkowski/Judith Michel. München 2013, S. 1330–1335, hier 1333.

beschädigt. Außenpolitisch stand die Bundesrepublik sowohl wegen des SDI-Projekts der USA wie auch wegen einer Revanchismuskampagne der Sowjetunion im Nachgang zum Nachrüstungsbeschluss des Deutschen Bundestages unter Druck. Nicht eben strahlend wirkte auch der Zustand der zwischenstaatlichen Beziehungen. Zwar gelang es Kohl und Mitterrand im Frühjahr 1984, die seit Jahren dümpelnde europäische Einigung mit einer „Politik des ausgeprägten Bilateralismus“<sup>43</sup> voranzubringen. Im Herbst wähten sie sich aber europapolitisch schon wieder im „Vorhof der Krise“.<sup>44</sup> Insbesondere auf dem atomaren Rüstungssektor stimmte ihre Chemie ganz und gar nicht. Von Kohls Wunsch nach Mitsprache beim Einsatz der Force de frappe wollte Mitterrand umso weniger wissen, als ihn aus Bonn beunruhigende Signale zur deutschen Frage erreichten. Willy Brandts Plädoyer für eine „zweite Phase deutscher Friedenspolitik“<sup>45</sup> oder der seit Jahren diskutierte Besuch Erich Honeckers in der Bundesrepublik deutete Frankreichs Präsident als Symptom eines deutsch-deutschen Brückenschlags, der einer Wiedervereinigung unter neutralistischen Vorzeichen Vorschub leisten konnte.

#### K.

Es war dieses vielschichtige Problemgeflecht, das dem Treffen am 22. September 1984 in Verdun einen überaus schillernden Hintergrund bot. Den eigentlichen Anlass lieferte jedoch die für den 6. Juni geplante Gedenkfeier der Westmächte zum 40. Jahrestag der alliierten Invasion in der Normandie. Bei der Rekonstruktion der Zusammenhänge und Entscheidungsabläufe begibt sich der Historiker auf ein dünnes Eis; die zur Verfügung stehenden Informationen sind lückenhaft, ja widersprüchlich, wobei die beiden maßgeblichen Akteure einiges zur Verwirrung beigetragen haben. In den Medien hieß es damals, der Bundeskanzler habe sich „dezent“, aber vergeblich um eine Einladung zum D-Day-Gedenken bemüht.<sup>46</sup> Kohls Memoiren können wir entnehmen, er habe den „Wunsch“ Mitterrands, ihn einzuladen, anlässlich eines Gipfeltreffens am 28. Mai 1984 in Rambouillet entschieden abgelehnt.<sup>47</sup> Gegenüber dem Bundesvorstand der CDU beteuerte der Parteivorsitzende einige Zeit später, er habe Mitterrand bereits im Januar 1984 dargelegt, „total desinteressiert an irgendeiner Einladung der

43 Ulrich Lappenküper: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1990 (Enzyklopädie Deutscher Geschichte 83). München 2008, S. 109.

44 Aufzeichnung Stabreit, 21. September 1984, in: AAPD 1984. Hg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte. Bearb. von Daniela Taschler/Tim Szatkowski. München 2015, S. 1105–1110, hier 1106.

45 Interview Brandts in: Die Welt vom 28. März 1985, in: Archiv der sozialen Demokratie Bonn, Willy-Brandt-Archiv, A 3, Mappe 991.

46 Roman Leick: „Weiße Kreuze, schwarze Kreuze“, in: Der Spiegel vom 17. September 1984.

47 Kohl: Erinnerungen 1982–1990, S. 289.



deutschen Seite zu sein“.<sup>48</sup> Beide Angaben stehen auf unsicherem Fundament: Im Januar 1984 gab es keine Unterredung zwischen beiden Staatsmännern, und das veröffentlichte deutsche Protokoll zum Gipfeltreffen vom 28. Mai schweigt zu diesem Thema.<sup>49</sup> Hilfreich wäre es daher, den in Kohls Memoiren erwähnten „Entwurf einer Sprachregelung zu diesem Themenkomplex“ im Original lesen zu können, in dem mit schwarzem Filzstift vermerkt worden sein soll: „Wir wollen nicht eingeladen werden. Mehr sagen wir nicht.“<sup>50</sup>

Auch über die Genese des Verdun-Besuchs gibt es widersprüchliche Angaben. In der Mitterrand-Biographie Jean Lacoutures lesen wir, dass der französische Staatspräsident bei dem bereits erwähnten Treffen vom 28. Mai vorgeschlagen habe, das Souterrain des Beinhauses in Verdun einzuweihe. Die Bedenken des Kanzlers gegen diese Ortswahl habe er nicht gelten lassen. „Un Allemand à Verdun? Est-ce possible? – Oui. Tant de morts, cela impose les respect“, zitiert Lacouture ihren Dialog aus dem bisher nicht veröffentlichten französischen Protokoll.<sup>51</sup>

Den publizierten und den nicht publizierten deutschen Akten zufolge stellt sich die Lage etwas anders dar. Schon eine Woche vor der Begegnung von Rambouillet hatte Kohl Mitterrand bei einem Gespräch in Saarbrücken als „Idee für den Herbst“ den Vorschlag unterbreitet, einen Friedhof für deutsche und französische Soldaten zu besuchen. Der Grund für diese Anregung war das beide Staatsmänner einende Unbehagen, dass beim nahenden D-Day-Gedenken der „Sieg einiger großer europäischer Länder über andere große europäische Länder“ gefeiert würde. Da Mitterrand sich außerstande sah (oder dies zumindest vorgab), die Feier am „Utah-Beach“ abzusagen, erklärte er sie Kohl gegenüber zu einem Akt des „Schlußstrich[es] unter die Vergangenheit“ und stimmte zugleich „spontan“ dessen Anregung zum Besuch eines Soldatenfriedhofs zu. Anders als die Presse behauptete, sollte dieser Besuch also keine Kompensation für die Nichtanwesenheit des Kanzlers in der Normandie sein, sondern ein Gegenmittel gegen den von Mitterrand befürchteten „besonderen Stich in die deutsch-französische Freundschaft“ durch die Feier zum D-Day.<sup>52</sup> Die diametral entgegengesetzten Umgänge der Nachbarn am Rhein mit der Vergangen-

48 Ansprache Kohls im CDU-Bundesvorstand, 22. April 1985, in: Ders.: Berichte zur Lage 1982–1989. Der Kanzler und Parteivorsitzende im Bundesvorstand der CDU Deutschlands. Bearb. von Günter Buchstab/Hans-Otto Kleinmann (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 65). Düsseldorf 2014, S. 282–297, hier 289.

49 Gemäß der Niederschrift führten Kohl und Mitterrand ihr Gespräch zunächst unter vier Augen ohne Note-taker: Unterredung zwischen Kohl und Mitterrand vom 28. Mai 1984, in: AAPD 1984, S. 729–734, hier 730.

50 Kohl: Erinnerungen 1982–1990, S. 289.

51 Zit. nach Jean Lacouture: Mitterrand, Bd. 2: Les vertiges du sommet. TB-Ausgabe Paris 1998, S. 137.

52 Unterredung zwischen Kohl und Mitterrand vom 20. Mai 1984, in: AAPD 1984, S. 703–710, hier 710.

heit – auf französischer Seite war man „Sieger und Opfer“, auf der deutschen „Mörder und Mittäter“<sup>53</sup> – gedachten sie also für einen Moment aufzuheben. „Der Feind von damals, das war nicht Deutschland, sondern die Staatsmacht, das System und die Ideologie, die sich seiner bemächtigt hatten“, betonte Frankreichs Staatspräsident denn auch am 6. Juni vor den gekrönten und ungekrönten Häuptern der ehemaligen Alliierten.<sup>54</sup>

Anlässlich des bereits genannten Gipfeltreffens in Rambouillet nahm er sich mit Kohl des Themas erneut an, wobei abermals der Gast die Initiative ergriff und in entscheidender Art und Weise konkretisierte: In der Sitzung vom 29. Mai fragte Kohl Mitterrand, ob es für ihn denkbar sei, „daß Präsident und Bundeskanzler zusammen nach Verdun gingen.“ Mitterrand antwortete „Spontan: Ja, ohne weiteres“<sup>55</sup>, und verkündete anschließend einem expliziten Wunsch des Kanzlers gemäß auf einer Pressekonferenz gegenüber der überraschten Journalistenschar, man wolle sich Ende September in Verdun treffen, „pour célébrer nos morts en un lieu qui marque l’histoire“. Damit werde zum Ausdruck gebracht, „que nous sommes engagés sans retour dans l’avenir sur la base d’une amitié franco-allemande dont dépendront beaucoup d’autre chose“.<sup>56</sup>

Mitterrands entscheidende Stichworte waren also: Ehrung der Toten und Gestaltung der Zukunft auf der Basis der deutsch-französischen Freundschaft. In einem Moment, in dem er die bilateralen Beziehungen zu einer „Schicksalsgemeinschaft“ zu erheben und gemeinsam mit Kohl ein neues Kapitel der europäischen Integration zu schreiben gedachte<sup>57</sup>, lehnte er denn auch alle Anregungen seiner Mitarbeiter ab, die für den Herbst vereinbarte Gedenkfeier mit kritischen Fragen zur Bonner Europapolitik zu belasten<sup>58</sup>. Bei Kohl hörte sich das erstaunlicherweise ein wenig anders an. Im Gespräch mit dem ungarischen Ministerpräsidenten György Lázár erklärte der Kanzler am 21. Juni, das Treffen in Verdun solle deutlich machen, „daß unter die Vergangenheit ein Schlußstrich gezogen werde“.<sup>59</sup> Diesen Terminus hatte er – anders als Mitterrand in Bezug auf die D-Day-Gedenkfeier – bisher stets vermieden!

53 Hélène Miard-Delacroix: Im Zeichen der europäischen Einigung. 1963 bis in die Gegenwart. Darmstadt 2011, S. 230.

54 Rede Mitterrands, 6. Juni 1984, in: Frankreich-Info (1984), Nr. 24, S. 1–3, hier 3.

55 Unterredung zwischen Kohl und Mitterrand vom 29. Mai 1984, in: AAPD 1984, S. 749–757, hier 749.

56 Pressekonferenz Mitterrands, 29. Mai 1985, in: Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP), Pressedokumentation, Bestand François Mitterrand.

57 Mitterrand an Karl Carstens, 6. Juni 1984, in: Frankreich-Info (1984) Nr. 24, S. 3.

58 Vgl. Pierre Morel an Jean-Louis Bianco und Jacques Attali, 18. September 1984, in: AN, Archives Mitterrand, 5 AG 4/PM 8; Aufzeichnung Stabreit (Kanzleramt), 21. September 1984, in: AAPD 1984, S. 1105–1110, hier 1106.

59 Unterredung zwischen Kohl und Lázár, 21. Juni 1984, in: AAPD 1984, S. 827–837, hier 837.



Erwähnt sei an dieser Stelle ein bemerkenswerter Wortbeitrag Kohls auf einer Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung über „Die Ära Kohl im Gespräch“ in St. Augustin 2002. In einem persönlichen Diskussionsbeitrag kam der Alt-Bundeskanzler damals auch auf die Ereignisse von 1984 zu sprechen. Ohne genaue Zeitangabe schilderte er, mit Frankreichs Staatspräsidenten über den Besuch eines Soldatenfriedhofs nachgedacht zu haben, wobei Mitterrand „von sich aus“ auf Verdun gekommen sei. „Ich hatte auch schon daran gedacht,“ führte er weiter aus, „hätte es aber von mir aus nicht angeregt; denn Verdun ist für Frankreich nicht irgendein Ort. Ich war mit seinem Vorschlag sofort einverstanden.“<sup>60</sup>

Dem Bundesvorstand seiner Partei gegenüber hatte Kohl den Entscheidungsablauf im April 1985 hingegen so dargestellt, als ob Mitterrand ihm gegenüber in Rambouillet eine deutsch-französische Zeremonie auf einem Soldatenfriedhof angeregt habe, woraufhin er, Kohl, mit dem Vorschlag aufgewartet sei, Verdun als „Symbol des Schreckens in zwei Kriegen“ zu besuchen.<sup>61</sup> Aus welchen Gründen auch immer, hat Kohl die historischen Tatsachen im Laufe der Zeit sei es aus Gründen der Höflichkeit oder der Vergesslichkeit verdreht. Sowohl die allgemeine Idee des Besuchs eines Soldatenfriedhofs als auch die spezifische des Gangs nach Verdun waren von ihm gekommen: die erste in Saarbrücken, die zweite in Rambouillet.

Um zu verstehen, wieso beide Staatsmänner ausgerechnet Verdun für ihren geschichtsmächtigen Akt ausgewählt hatten, bedarf es über den von Kohl angeführten Hinweis auf die herausragende Bedeutung des Ortes hinaus noch der Erwähnung der persönlichen Komponente: Kohl selbst war bereits 1950 als Abiturient und dann noch einmal 1962 als Mitglied der CDU-Fraktion im Mainzer Landtag zu den Schlachtfeldern gereist.<sup>62</sup> Sein Vater Hans hatte 1916 in der Hölle von Verdun gekämpft und „das Trauma“ der Angriffe zeitlebens nie überwunden.<sup>63</sup> Mitterrand wiederum war 1940 in der Nähe der Höhe „Mort-Homme“ vor Verdun verwundet worden und danach in deutsche Gefangenschaft geraten.<sup>64</sup> Trotz aller schmerzvollen Erinnerungen, die der Name im kollektiven Gedächtnis der Franzosen auslöste, mochte ihm Verdun als Ort der Versöhnung nicht zuletzt deshalb genehm sein, weil er für einen klassischen europäischen Großmachtkrieg stand, nicht für den Weltanschauungskrieg der

60 Diskussionsbeitrag Kohls zur Konferenz „Die Ära Kohl im Gespräch“, in: HPM 10 (2003), S. 324.

61 Ansprache Kohls im CDU-Bundesvorstand, 22. April 1985, in: Ders.: Berichte zur Lage 1982–1989, S. 282–297, S. 289; zur Symbolfunktion Verduns aus der Sicht Kohl vgl. auch dessen Ansprache im CDU-Bundesvorstand, 26./27. Januar 1986, ebd., S. 378–398, hier 398.

62 Vgl. Kohl: Erinnerungen 1930–1982, S. 74, 164.

63 Ebd., S. 17.

64 Vgl. Lappenküper: Mitterrand, S. 23–34.

Nationalsozialisten.<sup>65</sup> Doch dieses Argument Hans-Dietrich Genschers greift ebenso zu kurz wie der Vorwurf Alfred Grossers, die gemeinsame Aufarbeitung der Vergangenheit hätte nicht mit dem Ersten, sondern dem Zweiten Weltkrieg beginnen sollen.<sup>66</sup> Denn obwohl das Besuchsprojekt durch den vorgesehenen Termin ja ausdrücklich mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs 70 Jahre zuvor verknüpft war, hoben die familiären Bezüge Kohls und Mitterrands die implizite Trennung vom Zweiten Weltkrieg gewissermaßen auf.

## VI.

Den im Bundesarchiv Koblenz aufbewahrten Dokumenten des Bundeskanzleramts kann entnommen werden, dass die Planungen zu der Gedenkfeier von den Akteuren am Rhein und an der Seine Anfang Juni in Angriff genommen wurden, aber nicht wirklich vom Fleck kamen. Nachdem im Kanzleramt das Ersuchen diverser Institutionen um eine Teilnahme eingegangen war, ließ Kohl über das Auswärtige Amt die Botschaft in Paris bitten, Erkundigungen über die französischen Vorstellungen einzuziehen.<sup>67</sup> Wollte die deutsche Seite auch so weit wie möglich auf die französischen Erwägungen eingehen, gab es doch einen Punkt, der ihr wichtig war: Der noch nicht definitiv festgelegte Termin der Veranstaltung durfte nicht zu nah am ebenfalls noch nicht fixierten Datum des Staatsbesuchs des neuen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker in Frankreich liegen.<sup>68</sup>

Klarere Konturen bekamen die Planungen dann Anfang Juli, als der französische Generalstabschef Jeannou Lacaze seinem deutschen Kollegen, Generalinspekteur Wolfgang Altenburg, den Vorschlag unterbreitete, anlässlich des Verdun-Treffens ein militärisches Zeremoniell durchzuführen, dem eine gemeinsame Übung deutscher und französischer Panzer- und Lufteinheiten in der Region vorausgehen sollte. Als Termin benannte Lacaze die erste Novemberwoche.<sup>69</sup> Nachdem der Elysée-Palast dem Kanzleramt wiederum einen Monat später, am 10. August, vorgeschlagen hatte, die Gedenkfeier am 22. September durchzuführen<sup>70</sup>, erfuhr Kohl kurz darauf, dass die Verteidigungsministerien sich für die Zeremonie auf eine Ehrenaufstellung französischer und

65 So äußerte sich Hans-Dietrich Genscher im Gespräch mit dem Verfasser am 11. November 2003.

66 Außerdem hätte die Versöhnungsgeste seines Erachtens statt in Verdun im Konzentrationslager Dachau stattfinden sollen. Vgl. Alfred Grosser: *Wie anders sind die Deutschen?* München 2002, S. 202.

67 Vgl. Born (Bundeskanzleramt) an Yorck von Wartenburg (Auswärtiges Amt), 8. Juni 1984, in: Bundesarchiv Koblenz (BAK), B 136/30067.

68 Vgl. Holthoff (Auswärtiges Amt) an Botschaft Paris, 14. Juni 1984, ebd.

69 Vgl. Lacaze an Altenburg, 4. Juli 1984; Altenburg an Lacaze, 19. Juli 1984, ebd.

70 Vgl. Vermerk Meyers (Kanzleramt) über einen Telefonanruf Jacques Attali, 10. August 1984, ebd.



deutscher Einheiten in einer Stärke von je 500 Mann verständigt hatten.<sup>71</sup> Auf französischen Vorschlag hin hatten die Ministerien außerdem vereinbart, die Übung beider Streitkräfte vom 20. bis zum 22. September durchzuführen. Als „anschließendes Zeremoniell“ war eine „Kranzniederlegung an den Gedenkstätten in Verdun“ durch Kohl und Mitterrand vorgesehen. In Paris wurde diesem Vorhaben „eine außerordentlich hohe Bedeutung“ zugemessen, weil man insbesondere „mit Rückblick auf die Veranstaltungen im Juni in der Normandie ein Zeichen zu setzen“ beabsichtigte.<sup>72</sup>

Über die genaue Form des Zeremoniells bestand in Bonn bis Ende August Unklarheit. Erst am 31. August gab Mitterrand sein Plazet zu einem Vorschlag seiner Mitarbeiter, demzufolge die Gedenkveranstaltung um 16 Uhr mit dem Empfang des Bundeskanzlers auf dem Militärflugplatz bei Metz beginnen, Besuche des deutschen und des französischen Friedhofs in Consenvoye beziehungsweise bei Douaumont wie auch des dortigen Beinhauses umfassen und um 17.15 Uhr enden sollte.<sup>73</sup>

Sowohl im Bundespresseamt als auch im Auswärtigen Amt stieß die französische Idee einer Beteiligung der Streitkräfte auf eine „gewisse Unruhe“. Die dortigen Beamten präferierten stattdessen eine zivile, „in die Zukunft gerichtet[e]“ Zeremonie. Nach Meinung des Bundespresseamts durfte sie sich auch nicht in einer Kranzniederlegung erschöpfen, sondern sollte eine „politische Äußerung enthalten“, um einer etwaigen „Enttäuschung bei [den] Medien“ vorzubeugen. Das Kanzleramt empfand die militärische Komponente als weit weniger bedenklich, maß aber der Frage hohe Bedeutung zu, ob Paris Luftstreitkräfte einzusetzen beabsichtige.<sup>74</sup> In einer interministeriellen Besprechung mit Vertretern des Auswärtigen Amtes, des Verteidigungsministeriums und des Bundespresseamts vom 31. August teilte Ministerialdirigent Stabreit aus dem Kanzleramt mit, dass Kohl allmählich „ungeduldig“ werde und „so rasch wie möglich Vorschläge der Franzosen zum Ablauf der Gedenkstunde“ sehen wolle. Indem Stabreit die Verbindung der Zeremonie mit einer bilateralen militärischen Übung als „gut“ deklarierte, brach er jeder weiteren Diskussion über dieses Thema die Spitze.<sup>75</sup> Stattdessen wandte sich die Runde der noch offenen Frage zu, wer aus dem politischen und gesellschaftlichen Bereich an der Gedenkfeier teilnehmen sollte. Aus Paris war bekannt, dass Mitterrand keine Vertreter der Verfassungsinstitutionen einzuladen gedachte. Anwesend sein sollten aber neben Repräsentanten der Kriegsteilnehmerverbände auch Jugendvertreter, und zwar aufgrund der französischen Empfehlungen maximal je 3.000 Franzosen und

71 Vgl. Vermerk Borns (Kanzleramt) an Neuer (Kanzleramt), 16. August 1984, ebd.

72 Altenburg an Wörner, 27. August 1984, ebd.

73 Vermerk Neurers, 31. August 1984; s. auch Sachstandsbericht des BMVg, 31. August 1984, ebd.

74 Stabreit (Kanzleramt) an den Leiter des Referats 211 (Neuer), 30. August 1984, ebd.

75 Stabreit an „D 2“ (Teltschik), 31. August 1984, ebd.

Deutsche für beide Bereiche.<sup>76</sup> Sowohl Stabreit als auch die Beamten der anderen Behörden plädierten schließlich dafür, Repräsentanten der Verfassungsorgane, der an Frankreich angrenzenden Bundesländer, der Parteien, Kirchen, Gewerkschaften und Arbeitgeber einzuladen.<sup>77</sup> Da die französische Regierung ihr Votum gegen die Mitwirkung der Verfassungsinstitutionen aufrechterhielt, wurde die Idee fallengelassen. Von Seiten des Elysée-Palastes hieß es außerdem, dass „keine Verbindung“ zwischen dem neuesten Planungen zufolge nur noch vom 19. bis 21. September durchzuführenden gemeinsamen Manöver und der „Anwesenheit beim militärischen Zeremoniell“ hergestellt würde. Das Kanzleramt erklärte sich damit einverstanden und nahm nunmehr folgende Teilnehmergruppen in Aussicht: die deutsch-französische Parlamentariergruppe, die Koordinatoren für die deutsch-französische Zusammenarbeit, die Leitung des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW), die Ministerpräsidenten der drei an Frankreich angrenzenden Länder sowie Repräsentanten der Verbände der Kriegsoffer und der Kriegshinterbliebenen.<sup>78</sup> Da französischerseits der Wunsch bestand, „an einem Ort des Totengedenkens“ auf Reden zu verzichten, empfahl das Kanzleramt, gewissermaßen als Ersatz eine gemeinsame Erklärung zu veröffentlichen.<sup>79</sup> Vorerst offen blieb die Frage, ob Mitterrand und Kohl nach der Zeremonie noch ein offizielles Gespräch führen würden.<sup>80</sup>

Am 6. September schlug der Staatspräsident seinem „cher ami“ auch förmlich den 22. September als Termin vor und regte ferner an, dass Kohl mit seiner Gattin und seinem Sohn Walter anreisen solle.<sup>81</sup> Eine Woche später legte der Elysée dem Kanzleramt einen Entwurf für die gemeinsame Erklärung vor. Überdies übermittelte er einen präzisen Programmablauf, der neben dem Besuch des deutschen und des französischen Friedhofs sowie des Beinhauses noch eine Baumpflanzung durch Jugendliche und die Eintragung ins Ehrenbuch der Gedenkstätte Fleury vorsah. Aus Transportgründen war inzwischen klar, dass die Delegationsmitglieder wegen der räumlichen Distanzen nicht an sämtlichen Zeremonien teilnehmen konnten.<sup>82</sup> Am 17. September wartete Mitterrand gegenüber Kohl mit der Idee auf, ihm während des geplanten Hubschrauberfluges vom deutschen zum französischen Friedhof jene Stelle zu zeigen, wo er 1940 verwundet worden war. Gewissermaßen im Gegenzug wünschte er den Ort zu sehen, wo Kohls Vater 1916 gelegen habe. Die noch offene Frage, ob nach den

76 Vgl. Stabreit (Kanzleramt) an den Leiter des Referats 211 (Neuer), 30. August 1984, ebd.

77 Stabreit an „D 2“ (Teltschik), 31. August 1984, ebd.

78 Vermerk Neuers, 31. August 1984, ebd.; Pfeffer an Genscher, 3. September 1984, ebd.

79 Stabreit (Kanzleramt) an den Leiter des Referats 211 (Neuer), 30. August 1984, ebd.

80 Vermerk Neuers, 31. August 1984, ebd.; Pfeffer an Genscher, 3. September 1984, ebd.

81 Mitterrand an Kohl, 6. September 1984, ebd. Kohl sollte das erst am 12. September im Kanzleramt eintreffende Schreiben umgehend positiv bescheiden; Kohl an Mitterrand, 13. September 1984, ebd.

82 Vermerk Neuer, 12. September 1984, ebd.



Feierlichkeiten ein Gespräch in Metz stattfinden sollte, gedachte er während des Fluges zu klären.<sup>83</sup>

Einen Tag nach dem Eintreffen des Mitterrand'schen Briefes hatte Kohl die Ministerpräsidenten Lothar Späth, Bernhard Vogel und Werner Zeyer sowie die stellvertretende Vorsitzende der deutsch-französischen Parlamentariergruppe, Gudrun Weyel, den Generalsekretär des DFJW, Gert Hammer, und die Koordinatorin für die deutsch-französische Zusammenarbeit, Helga Wex, nach Verdun eingeladen. Den Zweck der Feierstunde umschrieb er mit den Worten, „der Toten beider Weltkriege“ zu gedenken und „ein Zeichen der Versöhnung“ sowie den „beiderseitigen festen Willen zu vertiefter, freundschaftlicher Zusammenarbeit [zu] unterstreichen“.<sup>84</sup> Tags darauf folgten Einladungen an den Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Alfred Dregger, den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, Werner Marx, und den Abgeordneten des Europäischen Parlaments, Philipp von Bismarck.<sup>85</sup> Hinzu kamen am 19. September noch Einladungen an vier Persönlichkeiten, die die deutsch-französische Verständigung symbolisieren sollten. Das Kanzleramt hatte dazu die beiden Bonner Professoren Hans-Peter Schwarz und Karl Dietrich Bracher, den ehemaligen Verteidigungsminister Georg Leber und, als wohl illustrestes Mitglied der Kohl'schen Delegation, Ernst Jünger vorgeschlagen<sup>86</sup>, den Verfasser der „Stahlgewitter“ und der „Marmorklippen“, Veteran beider Weltkriege und seit 1979 Träger der „Médaille de la Paix“ von Verdun<sup>87</sup>.

## VII.

Nachdem ihre Stäbe letzte Unklarheiten des Programms beseitigt hatten, reisten Mitterrand und Kohl am 22. September mit großem Gefolge in das Département Meuse. In der Entourage des Staatspräsidenten befanden sich Premierminister Mauroy, die Minister Hernu, Dumas und Laurain, Generalstabschef Lacaze und der Präsident der EG-Kommission, Delors, ehemalige Minister wie Pierre-Henri Teitgen, Louis Joxe oder Maurice Faure und Protagonisten der deutsch-französischen Verständigung wie Alfred Grosser und Henri Ménudier. Zur Delegation des Kanzlers gehörten unter anderem Verteidigungsminister Wörner, Generalinspekteur Altenburg, die Ministerpräsidenten Vogel, Späth und Zeyer, die Präsidenten des Volksbundes deutscher Kriegsgräberfürsorge und des Verbandes der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner Deutschlands e. V., Haßkamp und Knolle, der stellvertretende Generalsekretär des DFJW sowie als Protagonisten der deutsch-französischen Verständigung

83 Neuer an Kohl, 17. September 1984, ebd.

84 Alle Schreiben vom 13. September 1984, ebd.

85 Alle Schreiben vom 14. September 1984, ebd.

86 Alle Schreiben vom 19. September 1984, ebd.

87 Vgl. [https://de.wikipedia.org/wiki/Ernst\\_Juenger](https://de.wikipedia.org/wiki/Ernst_Juenger) (Abruf: 11. Dezember 2019).

Jünger und Leber, Bracher und Schwarz.<sup>88</sup> Entgegen seiner eigenen Darstellung keine Einladung hatte der Schriftsteller Günter Grass erhalten.<sup>89</sup> Ebenso falsch ist seine Behauptung, am Gedenktag hätten in der näheren Umgebung Verduns deutsch-französische Manöver Unmut in der Bevölkerung hervorgerufen.<sup>90</sup> Die gemeinsame Übung der Panzereinheiten war entgegen der ursprünglichen Planung um einen Tag verkürzt worden, damit sie das Gedenken nicht störte.<sup>91</sup>

Dem Anlass angemessen, empfing der Staatspräsident den Kanzler um 15.50 Uhr mit militärischen Ehren, nicht in Verdun, sondern in Metz.<sup>92</sup> Anschließend flogen beide zum deutschen Soldatenfriedhof Consenvoye, 13 Kilometer nördlich von Verdun. Begrüßt vom Präsidenten des Volksbunds Deutscher Kriegsgräberfürsorge, gingen sie zu dritt durch die Reihen der Grabkreuze für die über 11.000 Gefallenen. Nach der Niederlegung eines Kranzes spielte ein Trompeter des Heeresmusikkorps 10 das „Lied vom guten Kameraden“, danach intonierte das gesamte Musikkorps die französische und die deutsche Nationalhymne. Während des anschließenden Hubschrauberfluges nach Esnes-en-Argonne zeigte Mitterrand seinem Gast, wie verabredet, die Stelle in der Nähe der Höhe „Mort-Homme“, wo er verwundet worden war. Und Kohl erzählte vom Kampf seines Vaters unweit vom „Toten Mann“. Nach der Landung gegen 17.30 Uhr wurden beide Staatsmänner durch den Staatssekretär für die Ancien Combattants begrüßt. Sodann schritten sie über den französischen Ehrenfriedhof nahe dem ehemals hart umkämpften Fort Doaumont mit seinen Einzelgräbern von 15.000 Soldaten – die Kreuze weiß mit der Inschrift „Mort pour la France“ und einem Rosenstock geschmückt, wohingegen die deutschen in Consenvoye schwarz gestrichen waren, ohne Schrift und ohne Blumenschmuck.<sup>93</sup> Deutsch-französische Militäreinheiten, Kriegsveteranen und Tausende Schulkinder säumten die Wege. Bei einer abermaligen Kranzniederlegung trug ein französischer Trompeter die „Sonnerie aux morts“ vor, ein französisches Musikkorps spielte die beiden Nationalhymnen. Alsdann stiegen Kohl und Mitterrand zum Ossuarium für 150.000 meist unbekannte Soldaten hinauf, wo sie vom Bischof von Verdun begrüßt wurden. Zu dritt gingen sie

88 Teilnehmerlisten der deutschen und der französischen Delegationen, ebd.

89 Vgl. Günter Grass: *Mein Jahrhundert*, Lizenzausgabe Ulm 2000, S. 314–317. Gegenüber der Archivarin Elisabeth Unger, Verantwortliche für das Grass-Archiv in der Stiftung Archiv der Akademie der Künste in Berlin, erklärte Grass 2004 seine Darstellung zur reinen Erfindung. Schriftliche Mitteilung Elisabeth Ungers an den Verfasser vom 1. März 2004.

90 Vgl. Grass: *Mein Jahrhundert*, S. 316 f.

91 Vgl. Pfeffer an Genscher, 3. September 1984, in: BAK B 136/30067. Geplant wurde überdies für den 23. September ein Manöverfest der deutschen und französischen Truppen in Verdun, zu dem Kohl ein Fass Wein zu stiften gedachte. Neuer an Kohl, 17. September 1984, ebd.

92 Vgl. Programm für die Gedenkfeier, 21. September 1984, ebd.

93 Die von Roman Leick aufgestellte Behauptung, die Farbgebung sei bereits im Versailler Vertrag 1919 festgelegt worden, entspricht nicht den Tatsachen. „Weiße Kreuze, schwarze Kreuze“, in: *Der Spiegel* vom 17. September 1984.



in Beinhaus, entzündeten zwei Kerzen und trugen sich ins Goldene Buch ein. Gegen 17.50 Uhr begann das Schlusszeremoniell.

Vor der Treppe des Beinhauses war dazu ein mit den Fahnen beider Staaten drappierter Katafalk errichtet worden. Der Turm – sinnigerweise in der Form einer riesigen Granate – erhob sich bei dem nasskalten Wetter und grau verhangenen Himmel wie im Nebel. Bei der Niederlegung eines dritten Kranzes spielten ein deutscher und ein französischer Musiker das Lied vom „guten Kameraden“ und den Totensalut, dann ertönten das Deutschlandlied und die Marseillaise von einer französischen resp. deutschen Militärkapelle. „Während die Trommeln wirbelten und die Trompeten erschallten“, berichtete der Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung“ Rudolph Chimelli mit dramatischem Tonfall, streckte Mitterrand plötzlich seine Hand aus, und Kohl legte die seine hinein.<sup>94</sup>

Lange ist gerätselt worden, ob der Handschlag, der ja schon in vorchristlicher Zeit zu den bewussten Gesten der Verständigung gehörte, spontan oder abgesprochen worden war. Mitterrand äußerte dazu 1992 in einer Fernsehsendung: Er habe sich Kohl am Katafalk „instinktiv zugewandt und ihm die Hand hingestreckt“, und dessen Hand habe sich in der seinen gefunden.<sup>95</sup> Kohl erzählte Jahre später in seinen „Erinnerungen“, Mitterrand habe seine Hand ergriffen, „ohne dass es geplant war, [...] und wir verharreten beide lange Hand in Hand“.<sup>96</sup> Gibt es auch im Prinzip keinen Grund, an ihren Schilderungen zu zweifeln, soll an dieser Stelle eine Ansprache des Kanzlers Erwähnung finden, die er zwei Wochen zuvor in der CDU/CSU-Fraktion gehalten hatte. Darin rühmte Kohl die nahende Begegnung in Verdun mit den Worten: Erstmals im 20. Jahrhundert sei „so etwas möglich“, dass man sich an den Gräbern der Kriegstoten die Hände reiche.<sup>97</sup> Bemerkenswert erscheint es ferner, wie die Zeitung „L'Est Républicain“ am 19. September einen Artikel über den anstehenden Besuch titelte: „Mitterrand-Kohl à Verdun: deux mains qui se tendent au dessus des tombes.“<sup>98</sup> Mag es zwischen den beiden Staatsmännern auch vorab keine Absprache gegeben haben, dürften sie sich doch beide darüber im klaren gewesen sein, dass dieses besondere Gedenken mit einer besonderen Geste ausklingen musste.

94 „Verharren mit einem langen Händedruck“, in: Süddeutsche Zeitung vom 24. September 1984.

95 Interview Mitterrands mit SAT 1 vom 30. September 1992, zit. nach: Klaus Dreher: Helmut Kohl. Leben mit Macht. Stuttgart 1998, S. 362.

96 Kohl: Erinnerungen 1982–1990, S. 310.

97 Redebeitrag Kohls in der Fraktionssitzung vom 10. September 1984, in: ACDP 08-001-1072/2.

98 Artikel L'Est Républicain vom 19. September 1984.

Nach dem erhabensten Moment der Feier begrüßten Kohl und Mitterrand die deutsch-französische Parlamentariergruppe und Vertreter der Verdun-Veteranen. Sodann pflanzten sie einen Ahornbaum<sup>99</sup> und fuhren anschließend ins nahe Fleury, wo sie sich nach einer Führung durch das Mémorial ins Gedenkbuch eintrugen. Um 18.50 Uhr flogen Kohl und Mitterrand gemeinsam nach Metz zurück, gegen 19.10 Uhr erfolgte der Abschied.

Obwohl die Veranstaltungen ganz im Zeichen des stillen Gedenkens gestanden hatten und deshalb keine Reden gehalten worden waren, wollten Mitterrand und Kohl vor der Weltöffentlichkeit nicht nur durch das Bild, sondern auch durch das Wort wirken. Deshalb verkündeten sie in einer beeindruckenden Bekanntmachung ihre Lehren aus der Geschichte. Deutsche und Franzosen hätten „vor nahezu 40 Jahren den brudermörderischen Kämpfen ein Ende gesetzt und den Blick auf eine gemeinsame Gestaltung der Zukunft gerichtet. Wir haben uns versöhnt. Wir haben uns verständigt. Wir sind Freunde geworden.“<sup>100</sup> Die „Ungezwungenheit der Gespräche“ zwischen den Delegationen und die „Unbekümmertheit“ der deutschen und französischen Jugendlichen, so fasste ein deutscher Diplomat die Zeremonie zusammen, „lassen hoffen, daß der Gedanke an eine erneute bewaffnete Auseinandersetzung zwischen Frankreich und Deutschland nur noch als absurd empfunden werden kann“.<sup>101</sup>

Die Stadt Verdun sollte der Kanzler übrigens nicht betreten, wengleich ihm von Seiten des Bürgermeisters eine Einladung vorlag.<sup>102</sup> Diese Ehre wurde erst seiner Nach-Nachfolgerin Angela Merkel 2016 anlässlich der Neueinweihung des Mémorial de Fleury 2016 zuteil.<sup>103</sup> Mitterrand, „der große Symbolist“, gedachte mit Kohl nur dorthin zu gehen, wohin auch die deutschen Truppen 1916 vorgedrungen waren, nach Consenvoye, Douaumont und Fleury.<sup>104</sup> Zu seiner sehr speziellen Symbolpolitik gehörte im übrigen auch, am Tag des Gedenkens von Verdun auf der Île d'Yeu Blumen am Grab des Marschalls Pétain niederlegen zu lassen – gefeierter Nationalheld 1916 und unglückseliger Staatschef des autoritären État français 1940.<sup>105</sup>

99 Vgl. Petermann: Rituale, S. 164; geplant war ursprünglich das Pflanzen einer Eiche. Vgl. Programm für die Gedenkfeier, 21. September 1984, in: BAK B 136/30067.

100 Gemeinsame Erklärung Kohls und Mitterrands, 22. September 1984, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung 1984, Bonn 1985, S. 968.

101 Aufzeichnung Schauer, 25. September 1984, in: AAPD 1984, S. 1115 f., hier 1116.

102 Vgl. Barat-Dupont an Kohl, 28. August 1984, in: BAK B 136/30067.

103 Vgl. „Geschichtsstunden“, in: FAZ vom 30. Mai 2016.

104 „Weiße Kreuze, schwarze Kreuze“, in: Der Spiegel vom 17. September 1984.

105 Vgl. Miard-Delacroix: Zeichen, S. 222.



## VIII.

Das Echo in den internationalen Medien auf die Gedenkfeier von Verdun fiel erstaunlich schwach oder gar negativ aus<sup>106</sup> und stand in einem bemerkenswerten Missverhältnis zu Bedeutung, Dauer und Aufwand des drei Stunden langen Treffens. Nicht wenige Journalisten unterstellten beiden Staatsmännern eine kalkulierte Inszenierung von Geschichte. Der „Figaro“ bezeichnete die Gedenkfeier als Ausgleich für die Kohl verweigerte Einladung zum D-Day-Gedenken und befand: „Alles in allem, um ein Mißverständnis zu beseitigen, war die Geste eher ungeschickt.“<sup>107</sup> „Le Matin“ fragte nachdenklich, wie fest denn eine Freundschaft sei, die so viele Symbole benötige.<sup>108</sup> Die „Neue Zürcher Zeitung“ sprach von einer „fast krampfhaft als historisches Ereignis inszenierte[n] Zeremonie“.<sup>109</sup> Für die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ hatte der Händedruck im Westen „nur noch bestätigt, was längst politische Wirklichkeit geworden ist“, während er im Osten noch immer ausstehe.<sup>110</sup>

Positiv äußerte sich dagegen die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“: „In einer Zeit, da Pessimismus in Deutschland fast zum Berufsziel gemacht wird, empfinden Menschen, die das deutsch-französische Drama dieses Jahrhunderts eindrücklich erlebt haben, Erleichterung und Zuversicht. Ein Tag wie der in Verdun verdient in ihren Augen, gefeiert zu werden wie ein Erntedankfest, bei dem die Ernte der Frieden ist.“<sup>111</sup> „Symbolischen Rang und politische Bedeutung“ maß auch die „Welt am Sonntag“ dem Händedruck zu: „Die Szene vor dem Katafalk von Douaumont, die nun um die Welt geht, ist eine Demonstration gegen die unbegrenzte Unzumutung, ein Zeichen der Wahrheit und der politischen Kameradschaft.“<sup>112</sup> Sogar die eher regierungskritische „Frankfurter Rundschau“ titelte: „Mitterrand und Kohl festigen Versöhnung“<sup>113</sup> Nicht als weiteren Meilenstein in den freundschaftlichen Beziehungen, sondern als Signal der Friedenssehnsucht deutete die „Kölnische Rundschau“ das Treffen. Die „Botschaft von Verdun“ sei der Beweis der Sinnlosigkeit von Kriegen.<sup>114</sup>

106 Vgl. <https://www.kas.de/web/geschichte-der-cdu/kalender/kalender-detail/-/content/bundeskanzler-helmut-kohl-und-frankreichs-staatspraesident-francois-mitterrand-reichen-sich-in-verdun-die-haende> (Abruf: 29. Oktober 2019).

107 Zit. nach Thankmar von Münchhausen: Eiffels Turm: Streifzüge durch die Geschichte Frankreichs. Frankfurt a. M. 200, S. 236.

108 Vgl. Aufzeichnung Schauer, 25. September 1984, in: AAPD 1984, S. 1115 f., hier 1116.

109 „Deutsch-französische Feier in Verdun“, in: Neue Zürcher Zeitung vom 25. September 1984.

110 „Der Händedruck“ in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 24. September 1984.

111 „Der Tag in Verdun“, in: FAZ vom 22. September 1984.

112 „Der helle Tag von Douaumont“, in: Die Welt vom 24. September 1984.

113 Frankfurter Rundschau vom 24. September 1984.

114 „Verdun im Jahre 1984“, in: „Kölnische Rundschau“, 24. September 1984.

Dem dürfte sich Bundeskanzler Helmut Kohl vollumfänglich angeschlossen haben. Außenminister Hans-Dietrich Genscher meinte, die Gedenkfeier im Gespräch mit seinem ungarischen Amtskollegen gar als „gutes Beispiel“ für die Verständigung ehemaliger Gegner bezeichnen zu können, „aus dem andere lernen sollten“.<sup>115</sup> Mit Blick auf den 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs am 8. Mai 1985 schmiedete das Auswärtige Amt bald darauf Pläne für eine „Versöhnungskonferenz“ im Sinne eines „multilateralen Verdun“.<sup>116</sup> Kohl glaubte den Erfolg der Zeremonie offenbar duplizieren zu können und regte gegenüber US-Präsident Ronald Reagan den Besuch eines weiteren Soldatenfriedhofs an, als „Demonstration der [deutsch-amerikanischen] Freundschaft“.<sup>117</sup>

## IX.

Seit den frühen 1960er Jahren hat der Mythos von der deutsch-französischen Versöhnung zahlreiche symbolische Momente erlebt: die Messe in der Kathedrale von Reims 1962 (Bundeskanzler Adenauer – Staatspräsident de Gaulle), die Feier zum 40. Jahrestag der Unterzeichnung des Elysée-Vertrags in Versailles 2003 (Bundeskanzler Schröder – Staatspräsident Chirac), das Gedenken an den Waffenstillstand im Ersten Weltkrieg am Pariser Arc de Triomphe 2009 (Bundeskanzlerin Merkel – Staatspräsident Sarkozy), der Besuch von Oradour 2012 (Bundespräsident Gauck – Staatspräsident Hollande).<sup>118</sup>

Das Treffen von Verdun hebt sich aus diesen notabene allesamt auf französischem Territorium vollzogenen Akten markant heraus. Wenn nun abschließend noch einmal die eingangs formulierte Frage aufgeworfen wird, ob es sich bei der von Kohl angeregten, aber von Mitterrand weitgehend gestalteten Gedenkfeier um einen Akt der Vergangenheitsbewältigung oder der Erinnerungskultur handelte, dürfte die Antwort wie folgt lauten: Mit ihrer Hommage an die Gefallenen beider Völker im Ersten und Zweiten Weltkrieg ging es Kanzler und Präsident um die gemeinsame Erinnerung an zwei Tiefpunkte der deutschen und französischen Geschichte. Damit nicht genug, gedachten sie mit ausgeprägtem

115 Edler von Braunmühl an Auswärtiges Amt, 26. September 1984, in: AAPD 1984, S. 1145–1149, hier 1145.

116 Aufzeichnung Pfeffer, 8. November 1984, in: AAPD 1984, S. 1387–1392, hier 1390 f.; s. auch Aufzeichnung dess., 21. November 1984, ebd., S. 1442–1450, hier 1447.

117 Unterredung zwischen Kohl und Reagan vom 30. November 1984, in: AAPD 1984, S. 1487–1490, hier 1490.

118 Corine Defrance: Construction et déconstruction du mythe de la réconciliation franco-allemande au XXe siècle, in: Ulrich Pfeil (Hg.): Mythes et tabous des relations franco-allemandes au XXe siècle/Mythen und Tabus der deutsch-französischen Beziehungen im 20. Jahrhundert. Bern u. a. 2012, S. 69–85; Reiner Marcowitz: Vers une mémoire franco-allemande de la Grande Guerre? Les gestes symboliques, de Mourmelon (1962) au Hartmannswillerkopf (2014), in: Laurent Jalabert/Reiner Marcowitz/Arndt Weinrich (Hg.): La longue mémoire de la Grande Guerre. Regards croisés franco-allemands de 1918 à nos jours. Villeneuve d'Ascq 2017, S. 217–231.



Gespür für die Bedeutung der Geschichte im Leben ihrer Völker und für die Wirkmächtigkeit symbolischer Gesten das „couple franco-allemand“<sup>119</sup> in innen- wie außenpolitisch turbulenten Zeiten durch ein Fanal der Versöhnung zu bekräftigen. Überwölbt wurde dieses Ansinnen gemäß dem Kohl'schen Paradigma von der „Dreiheit der Trauer, der Erinnerung und der Verantwortung“ durch den Gedanken an einen Schlussstrich: nicht im Sinne der Auslöschung einer unliebsamen Vergangenheit aus dem Speicher des kollektiven Gedächtnisses, sondern im Sinne der Verbannung des Krieges aus dem Arsenal der politischen Mittel Deutschlands und Frankreichs. Wenngleich Kohls und Mitterrands geschichtspolitische Zielsetzungen keineswegs identisch waren, herrschte zwischen ihnen doch in einem Punkt ein fundamentaler Grundkonsens: dass die zentrale Lehre aus der deutschen und französischen Geschichte „nie wieder Krieg“ lauten müsse<sup>120</sup> und deshalb „der Bau des europäischen Hauses unter irreversibler Einbindung des mit Abstand stärksten Landes, Deutschland“ eine „Frage von Krieg und Frieden im 21. Jahrhundert“ sei.<sup>121</sup>

Der Händedruck von Verdun machte „aus einem Ort der feindseligen Trennung beider Nationen einen Ort [...] gemeinsamen Schicksals“.<sup>122</sup> In seiner Eindringlichkeit und seinem Symbolwert wird er allenfalls noch vom Kniefall Willy Brandts im Warschauer Ghetto 1970 erreicht: „durch den besonderen Ort der Handlung, den spezifischen Zeitpunkt und die ungewöhnliche Dauer“ wurde das „mano a mano“<sup>123</sup> zu einer Ikone der deutsch-französischen Aussöhnung und – das gilt es stets zu beachten – auch der Mahnung vor dem Rückfall in eine dunkle Vergangenheit. Denn, wie Kohl und Mitterrand nur zu gut wussten, ist „das Vergangene [...] nicht tot; es ist nicht einmal vergangen“.<sup>124</sup>

119 Zu den bis in die Zeit der Französischen Revolution reichenden Wurzeln dieser Metapher vgl. Joseph Jurt: *Le couple franco-allemand. Naissance et histoire d'une métaphore*, in: Karl-Heinz Götze (Hg.): *France-Allemagne; passions croisées*. Aix-en-Provence 2001, S. 51–60, s. auch Chrystelle Nourry: *Le couple franco-allemand: un symbole européen*. Brüssel 2005.

120 Ansprache Kohls in Berlin, 13. August 1986, in: Ders.: *Reden. Zu Fragen der Zukunft*, S. 35–46, hier 36.

121 Lagebericht Kohls im CDU-Bundesvorstand, 3./4. Februar 1995, in: Ders.: *Berichte zur Lage 1989–1998. Der Kanzler und Parteivorsitzende im Bundesvorstand der CDU Deutschlands*. Bearb. von Günter Buchstab/Hans-Otto Kleinmann (*Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte* 64). Düsseldorf 2012, S. 634–649, hier 647; s. auch Lagebericht Dess., 12./13. Januar 1996, ebd., S. 715 f., hier 715.

122 Möller: *Lieux de mémoire*, S. 59.

123 Pfeil: *Händedruck*, S. 504.

124 William Faulkner: *Requiem für eine Nonne* (1951), 1. Akt, 3. Szene.





## Die Edition der Bundesvorstandsprotokolle der CDU als Quelle der Ära Kohl\*

Günter Buchstab

Als mir die Frage gestellt wurde, ob ich bei dem heutigen Fachgespräch „Die Edition der Bundesvorstandsprotokolle der CDU als Quelle der Ära Kohl“ vorstellen könnte, habe ich zunächst gezögert. Denn 1. rede ich nicht gerne über eigene Produkte, und 2. sollten diese historisch-kritischen Editionen eigentlich der „Zunft“ bekannt sein als „etwas für zeithistorische Feinschmecker und Unions-Enthusiasten mit Durchhaltevermögen“ und als „Fundgrube für Wissenschaftler und für Laien“ – wie Rezensenten es ausdrückten. Nebenbei bemerkt: Sie sollten auch „Fundgrube“ für die aktuelle Politik der CDU selbst sein; denn noch immer gilt – frei nach Wilhelm von Humboldt –, „wer die Vergangenheit nicht kennt, kann die Gegenwart nicht verstehen, und wer die Gegenwart nicht versteht, kann die Zukunft nicht gestalten“. Damit ist bereits das Wesentliche gesagt, und ich könnte eigentlich schon schließen. Da ich aber bei der Lektüre von zeitgeschichtlichen Monographien und Aufsätzen immer wieder feststellen muss, dass diese Editionen zu wenig oder auch gar nicht benutzt werden, fühle ich mich doch bemüßigt und ermutigt, bei dieser Gelegenheit auf deren Wert „als eine der wichtigsten Quellen zur Geschichte der CDU, ja der Bundesrepublik [...] insgesamt“ oder „als eine unverzichtbare Quelle zur Geschichte der Ära Kohl und der Frühgeschichte des wiedervereinigten Deutschlands“ – so weitere Zitate aus Besprechungen –, etwas ausführlicher einzugehen, freilich nicht ohne an Ihr Durchhaltevermögen zu appellieren.

Die Edition der Protokolle aus der „Ära Kohl“, die ja nicht nur die 16 Jahre seiner Kanzlerschaft umfasst, sondern auch die 25 Jahre, in denen er als Vorsitzender die Geschichte der CDU geprägt hat, reiht sich ein in eine Serie von Vorstandsprotokollen, die mit dem Jahr 1950 beginnen, also mit dem Gründungsjahr der CDU als Bundespartei. Gestatten sie mir deshalb einen kurzen Überblick über die gesamte Editionsreihe.

Der erste Band ist schon 1984 mit dem Titel: „Adenauer: ‚Es mußte alles neu gemacht werden‘“ erschienen und von Hans-Peter Schwarz als „wissenschaftlich hochwertige Quelle“ und „eine spannende zeitgeschichtliche Lektüre“ gewürdigt worden. Bis zur Wahl Kohls zum Parteichef 1973 liegen sechs Bände mit ca. 7.600 Seiten vor. Sie umfassen zeitlich jeweils die ersten sechs

\* Vortrag anlässlich der Veranstaltung „Vergangenheitsbewältigung“ oder Erinnerungskultur? Helmut Kohl und der Umgang mit der deutschen Geschichte in der Bundesrepublik der 1980er und 1990er Jahre“ im Rahmen der Reihe „Die Ära Kohl im Gespräch“ am 5. Dezember 2019 im Bonner Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Wahlperioden des Bundestags, nur der erste – Gründung der Bundespartei erst 1950 – und der Band von 1969–1973 weichen geringfügig von dieser Einteilung ab. Dann folgen fünf weitere dickleibige Bände mit insgesamt 6.000 Seiten über die nächsten drei Wahlperioden von 1973–1983; die letzten Bände sind 2015 und 2018 erschienen. Ihr enorm gewachsener Umfang gegenüber denen der Jahre bis 1973 beruht auf der wesentlich höheren Frequenz der Sitzungen und der wachsenden Diskussionsfreude der Vorstandsmitglieder unter dem neuen Vorsitzenden Kohl. Und schließlich zählen zu dieser Reihe von vollständigen Sitzungsprotokollen zwei weitere Bände im Umfang von ca. 2.000 Seiten, in denen Kohls Berichte zur politischen Lage gesondert veröffentlicht sind, die er als Kanzler und Parteivorsitzender im CDU-Vorstand 1982–1989 (erschieden 2014) beziehungsweise 1989–1998 (erschieden 2012) abgegeben hat. Selbst „Der Spiegel“, der Kohl bekanntlich nicht besonders gewogen war, attestierte diesen Lageberichten einen hohen „Unterhaltungswert“. Alle Bände sind mit ausführlichen Einleitungen, Tausenden von Personen- und Sachanmerkungen versehen und mit entsprechenden Registern erschlossen. Insgesamt liegen also 13 Bände mit einem Gesamtumfang von fast 16.000 Seiten vor – im Bücherregal ein knapper Meter! Nicht unerwähnt sei, dass keine andere Partei einen derartig umfassenden Einblick in ihren innersten Führungszirkel bietet.

Es handelt sich bei diesen Editionen nicht um die Veröffentlichung von dürfen und insofern wenig aussagekräftigen Ergebnis- oder Verlaufsprotokollen der Sitzungen des Vorstands, den Kohl stets um die Vorsitzenden der CDU-Vereinigungen und der Landtagsfraktionen – nicht ganz satzungskonform – zu einem „erweiterten Vorstand“ zusammengerufen hat, sondern um ungekürzte Wortprotokolle mit allen Wortmeldungen im O-Ton. Sie erlauben somit einen ungeschminkten und unmittelbaren Blick auf die Vorsitzenden und die CDU-Granden und sind als authentische Primärquellen der Zeitgeschichte glaubwürdiger als später verfasste Erinnerungen und Memoiren oder die sogenannte Oral History, die jeder Zeithistoriker quellenkritisch mit Vorsicht zu behandeln weiß, da das menschliche Gedächtnis bekanntlich trügerisch ist, außerdem gerne Früheres mit Späterem vermischt und die persönliche Erinnerung im Lauf der Jahre von Gehörtem oder Angelesenem überformt wird.

Als Vorlagen dienten die auf der Basis von stenographischen Mitschriften erstellten Manuskripte, die bis Juli 1971 im Bestand „CDU-Bundespartei“ vom Archiv für christlich-demokratische Politik verwahrt werden; ab Juli 1971 existieren nur noch Tonbandaufzeichnungen in teils schlechter Qualität, die für die Editionen zu transkribieren, das heißt abzuschreiben waren. Wer weiß, dass das gesprochene Wort in aller Regel nicht druckreif ist, kann ermessen, welche Akribie bei der redaktionellen Bearbeitung dieser Abschriften mit ihren unvermeidlichen Hörfehlern nötig war, um einen verlässlichen und lesbaren Text herzustellen.

Sie werden sich vielleicht fragen, warum die Vorstandsprotokolle nach der Bundestagswahl von 1983 bisher nicht ebenfalls vollständig ediert worden sind.



Dafür gibt es drei Gründe: 1. Ab 1971 liegen – wie erwähnt – nur Tonbandmitschnitte der Sitzungen vor; ihre Abschrift ist aufgrund ihres ungeheuren Umfangs mit erheblichen Kosten und ihre Bearbeitung mit enormem Zeitaufwand verbunden, von den Druckkosten ganz zu schweigen. Der 2. und vorrangige Grund für den Abdruck der Lageberichte Kohls aber ist: Angesichts ihrer herausragenden Bedeutung für die Zeit seiner Kanzlerschaft war es naheliegend, sie als eigenständige historische Quelle in Abweichung von der Reihe der Bundesvorstandsprotokolle möglichst früh der zeitgeschichtlichen Forschung zur Verfügung zu stellen – analog zur Veröffentlichung der Reden Adenauers von Hans-Peter Schwarz aus dem Jahr 1975, die großenteils aus den Lageberichten des ersten Kanzlers und Parteivorsitzenden besteht. Und schließlich ein 3. Grund: Sie verifizieren nicht nur Kohls Erinnerungen, sie können für die Phase 1994–1998 auch als eine Art Ersatzmemoiren dienen, da der 4. Band seiner Erinnerungen bedauerlicherweise nicht mehr zustande gekommen ist. Dies war allerdings 2005 noch nicht absehbar, als ich mit dem Altkanzler meine Überlegungen zur Edition seiner Lageberichte abstimme. Soviel in aller Kürze zur gesamten Editionsreihe der bisher veröffentlichten Bundesvorstandsprotokolle.

Nun zu ihrem Inhalt: Bekanntlich hat die CDU zwischen 1949 und 1998 – bis auf die 13 Jahre der Oppositionsphase während der SPD/FDP-Koalition, von 1969–1973 unter Rainer Barzel, dann unter Helmut Kohl bis 1982 – mit ihren Parteivorsitzenden Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Kurt Georg Kiesinger und Kohl jeweils die Kanzler gestellt. Vor allem die Regierungs- und Parteichefs Adenauer und Kohl waren sich bewusst, dass sie und ihre Partei nur dann in der Regierungsverantwortung bleiben würden oder wie Kohl sie wieder in die Regierungsverantwortung führen könnte, wenn sie selbst einen erheblichen Teil ihrer Zeit in die Parteiarbeit investierten und die Partei in all ihren Teilen als „Kampfgemeinschaft“ mitnahmen, wie Kohl es ausdrückte. Dafür kam dem CDU-Bundesvorstand und seinen Mitgliedern als dem Leitungs-, Entscheidungs- und Integrationsgremium eine zentrale Bedeutung zu: Zum einen diente der Vorstand als das Organ der Partei, das laut Kohl den Rahmen der Politik und die „Direktiven“ vorgab; zum anderen war es das Dach, unter dem die verschiedenen Strömungen und Gruppierungen der Volkspartei integriert und die divergierenden landes- und kommunalpolitischen Kräfte zur Gesamtpartei verschmolzen wurden.

Seit den Parteienanfängen mit Konrad Adenauer werden die Sitzungen des Vorstands in der Regel mit einem Bericht des Vorsitzenden zur politischen Lage eröffnet, der mit dem Führungsinstrument „Lagebericht“ seine Position ausspielen und die anschließende Generaldiskussion prägen konnte. Er soll in die Tagesordnung einführen und den Vorstandsberatungen die Richtung weisen. Nicht zuletzt soll er auch der Erwartungshaltung der Vorstandsmitglieder dienen, die vor allem Informationen „aus erster Hand“ zu allen wichtigen aktuellen Fragen und Vorgängen der Außen- wie der Innen- und Parteipolitik, nicht zuletzt



auch Erkenntnisse aus Meinungsumfragen und Wahlanalysen – und wann sind in der Bundesrepublik keine Wahlen? – hören und bei der Vorbereitung von Kabinetts- und Parteibeschlüssen sowie Gesetzesvorhaben mitreden und mitentscheiden wollen. Die Vorstandsmitglieder waren insofern keineswegs nur „true believers“ (Arnold Heidenheimer), wie die Diskussionen und teils heftigen Kontroversen im Anschluss an die „Berichte zur politischen Lage“ zeigen. Kohl selbst ging es bei seinen Berichten nicht nur um eine aktuelle Lagebestimmung, sondern auch um die Vorstellung von Perspektiven und Zielbeschreibungen und nicht zuletzt auch um ein Meinungssammeln; er wollte Anstöße zum Nachdenken geben, aber ebenso erhalten.

In der Phase als Oppositionsführer stand für ihn zunächst die Aufgabe an, in seiner Partei neuen Aufbruchgeist nach der schweren Wahlniederlage von 1972 zu entwickeln, ihre Modernisierung voranzutreiben und ihr programmatisches Profil zu schärfen, dann aber auch neben seiner Analyse der aktuellen politischen Ereignisse der sozialliberalen Regierung mit eigenen Initiativen und Programmen eine Alternativposition als „Regierung von morgen“ entgegenzusetzen. In der Regierungszeit ab Oktober 1982 änderte die Personalunion von Kanzleramt und Parteivorsitz diese Schwerpunktsetzung, so dass es schwerfällt, zwischen den Sichtweisen des Kanzlers und des Parteivorsitzenden in seinen Berichten zu differenzieren, wie dies auch schon bei seinen Vorgängern im Kanzleramt der Fall ist. Kohl war allerdings stets bemüht, dem Eindruck entgegenzuwirken, die Partei „zu einer Beschaffungsmaschine für Regierungsmehrheiten“ zu degradieren, vielmehr wollte er ihr Eigengewicht und eigenes Gesicht gewahrt sehen. Aufgrund dieses Spagats zwischen Loyalität zur Regierung und der Wahrung des Parteiprofils waren nicht selten Konflikte und Spannungen im Vorstand vorprogrammiert.

Dafür bieten die Bundesvorstandsprotokolle und Lageberichte reichhaltiges Anschauungsmaterial. Im Monatsabstand wird in den mehrstündigen Sitzungen die politische Gesamtsituation in allen Verästelungen der deutschen und internationalen Politik behandelt. Die ungeheure Vielfalt der im Lauf der Jahrzehnte angesprochenen Themen hier auch nur andeutungsweise aufzuzählen, würde den Rahmen bei weitem sprengen. Jenseits ihres unbestreitbaren Werts für die Zeitgeschichte sei auch auf ihren Wert als Quelle für die Untersuchung der unterschiedlichen Führungsstile der jeweiligen Vorsitzenden oder auch für biographische Abhandlungen über die einzelnen Vorstandsmitglieder hingewiesen. Nicht selten hat man bei der Lektüre der Protokolle déjà-vue-Erlebnisse. Bekanntlich wiederholt sich Geschichte nicht, und ganz gewiss haben sich die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse im Lauf der Jahre auch geändert. Und doch drängt sich der Eindruck auf, dass die Diskussionen in der Ära Kohls von ungebrochener Aktualität sind. Dazu nur wenige Hinweise:

Die Auseinandersetzungen der letzten Jahre über die Migrations-, Flüchtlings-, Asyl- sowie Integrationsproblematik und die dabei geäußerten Argumente



unterscheiden sich kaum von denen Anfang der 1980er Jahre, als der Zuzug von Ausländern und von Flüchtlingen aus Polen oder der Türkei, aus Afghanistan und Vietnam zwischen 1979 und 1982 auf über vier Millionen answoll; das gleiche wiederholte sich Anfang der 1990er Jahre in der Jugoslawienkrise.

Wer sich heute über den Dauerstreit in der schwarz-roten Koalition wundert, den belehren die Kohl-Berichte, dass es damals in der CDU/CSU/FDP-Koalition keineswegs anders war. Wer heute Äußerungen aus der CDU über das Erscheinungsbild der Regierung und der Partei hört – von „grottenschlecht“ bis „profillos“ –, den belehren die verschiedentlichen Klagen des CDU-Chefs über das „miserable Bild“ seiner Partei in der Öffentlichkeit, dass es damals auch nicht viel besser war. Zwei Beispiele: 1992 sorgte Bundespräsident Richard von Weizsäcker mit seiner Parteien- und Politikerschelte und dem Vorwurf für Wirbel, es fehle der Regierung an „Visionen“. Hatte dieser Kritiker aber nicht alles, was er geworden war, seiner Partei zu verdanken?¹ Dazu Kohl im Originalton: „Ohne Politiker zu sein, wird man weder Regierender Bürgermeister noch Bundestagsabgeordneter, noch stellvertretender Fraktionsvorsitzender, noch Vizepräsident des Deutschen Bundestags, noch Präsident der Republik, um das einmal deutlich zu sagen.“² Und weiter: „Ich weiß nicht, was für Visionen wir haben sollten, wenn nicht die Einheit Deutschlands, die Einigung Europas, den Beitrag zum Frieden, Ausgleich mit den Staaten in Mittel- und Osteuropa, einschließlich der jeweils dazugehörenden Ökonomie und Ökologie.“³ Das zweite Beispiel: Anfang 1997 war es Christian Wulff, der damalige Vorsitzende der CDU-Niedersachsen, der die Profillosigkeit der Bundesregierung anprangerte, was Kohl geradezu auf die Palme brachte: Wulffs Kritik habe „dem Faß den Boden ausgeschlagen“, dessen „Verständnis von Kameradschaft und Miteinander in einer Partei“ sei für ihn „völlig inakzeptabel“.<sup>4</sup>

Und schließlich ein *déjà-vue* im Verhältnis CDU-CSU: Zerreißproben gab es nicht erst mit Horst Seehofer 2018, sondern in den 1970er Jahren mit Franz Josef Strauß um eine vierte Partei, die die „Blockbildung“ von SPD und FDP aufbrechen sollte, um den Trennungsbeschluss von Wildbad-Kreuth 1976 oder um die Kanzlerkandidatur des CSU-Vorsitzenden 1979/80.

Ich sagte eingangs, auch für die CDU seien die Protokolle eine „Fundgrube“. Auch dazu nur zwei Hinweise: Die Diskussion um den Wohnungsmarkt und um eine Bodenwertsteuer, wie sie heute wieder vom SPD-Vorsitzenden Norbert Walter-Borjahn vorgeschlagen wird, findet ihr Pendant in den 1970er und 1980er Jahren. Es lohnt sich, die Diskussionen und die Vorlage „Grundlagen für eine zeitgerechte Wohnungsbau- und Städtebaupolitik“ von 1981 nachzu-

1 Berichte zur Lage 1989–1998, S. 488.

2 Ebd., S. 542.

3 Ebd., S. 488.

4 Ebd., S. 827 f.

lesen, in denen sich alle Elemente, selbst für den Sonderfall Berlin, finden, die auch heute eine Rolle spielen, bis hin zum Bürokratieabbau, den die CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer in diesem Kontext angemahnt hat. Bei der Erarbeitung des Programms „Für eine menschliche Gesellschaft freier Bürger. Programm zur Entbürokratisierung von Staat und Gesellschaft“ im Dezember 1979 drückte der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und Mitglied des CDU-Bundesvorstands Bernhard Vogel seine Skepsis gegenüber der Umsetzung eines Bürokratieabbaus aus und machte an konkreten Beispielen deutlich, welche Schwierigkeiten sich dabei stellten. Die CDU-Parteivorsitzende sollte sich die Argumente vor Augen führen, um die Erwartungen nicht allzu hoch zu schrauben.

Auch in Kohls Außenpolitik zeigt sich prägnant seine Motivation, Lehren aus der deutschen und europäischen Geschichte ziehen zu wollen. Das gilt etwa für das Zusammengehen mit Frankreich als dem „Kernstück“ einer europäischen Friedensordnung und eines vereinten Europas, für die „Hofierung“ der „Grande Nation“ und ihrer „Gloire“, auf die es in der gemeinsamen Politik stets Rücksicht zu nehmen galt.<sup>5</sup> Das gilt gleichermaßen für die versöhnliche Verständigung mit den ostmitteleuropäischen Staaten, die er auch in Zeiten des Kalten Krieges im europäischen Sinn mitdachte und ihnen gegenüber bemüht war, die Ängste vor einer deutsch-russischen Umfassung zu nehmen.<sup>6</sup> Das gilt schließlich auch für Kohls Rücksichtnahme auf die Interessen der kleineren europäischen Länder, namentlich Benelux, die er in allen Verhandlungen ernst nahm, um bei ihnen nicht die traditionellen Befürchtungen vor einem deutschen Hegemonialstreben aufkommen zu lassen.

Noch kurz einige Bemerkungen zum Thema der heutigen Veranstaltung über den Umgang mit der Geschichte in den 1980er und 1990er Jahren.

Auffällig ist, wenn auch bei dem gelernten Historiker Kohl nicht verwunderlich, der „Vergangenheitsbezug“ in seinen Berichten und Wortmeldungen, mit zahlreichen Bezugnahmen auf geschichtliche Gestalten und Ereignisse.<sup>7</sup> Bewusster als jeder andere CDU-Vorsitzende und Bundeskanzler hat Kohl sein Handeln als geschichtliches verstanden, als ein Handeln in geschichtlicher Verantwortung. Er dachte politisch auf lange Sicht, sowohl über die Ursprünge wie über die Wegrichtung. Namen wie Talleyrand und Metternich, Wilhelm II., Wilson, Briand und Stresemann fallen; bevorzugt griff Kohl auf die Geschichte der Weimarer Republik zurück, deren Darstellung von Heinrich August Winkler er gleich nach deren Erscheinen 1993 den Vorstandsmitgliedern mit Seitenangaben zur Lektüre

5 Vgl. Protokolle 1980–1983, S. 984, Berichte zur Lage 1989–1998, S. 227.

6 Berichte zur Lage 1982–1989 S. 551 f.: „Europa ist mehr als EG-Europa, das muß jemand, der aus Deutschland kommt, als erstes sagen.“; Berichte zur Lage 1989–1998, S. 962: „Wenn wir nicht fähig sind, den Völkern in Mittel-, Ost- und Südosteuropa ... die Chance des Beitritts zu eröffnen ..., dann verraten wir diese Völker vor der Geschichte und uns selbst mit.“

7 Vgl. Berichte zur Lage 1989–1998, S. XXIX.



empfahl. – Nebenbei bemerkt: An diesem Beispiel zeigt sich, dass Kohl ausgesprochen belesen war; ein Mitarbeiter der Bundestagsbibliothek berichtete mir einmal, dass er zu ihren eifrigsten Nutzern zählte und ganze Stapel von Büchern auslieh. – Hintergrund dieser Empfehlung Kohls war die Auseinandersetzung mit der SPD, die die Absicht habe, „Sachfragen über Mitgliederentscheidungen, also durch eine Art allgemeiner Volksbefragung, zu lösen“, was bedeute, „daß ein entscheidendes Stück repräsentativer Demokratie abgelöst wird. Alle Mitglieder des Parlamentarischen Rats würden sich im Grabe umdrehen, wenn sie wüßten, was jetzt hier geschieht“.<sup>8</sup> Daran sollte man sich angesichts der immer wieder aufflammenden Diskussionen um Plebiszite, Urwahlen, Mitgliederentscheide und dergleichen erinnern; selbst der Grüne Winfried Kretschmann – früher ein Befürworter – hat sich inzwischen dazu skeptisch geäußert.<sup>9</sup>

Als Hauptreferenz aber dienten Kohl die selbsterlebten Nachkriegsjahre nach 1945, seine „persönlichen Erfahrungen“, aus denen er auch die Erwartung einer zweiten Wiederaufbauperiode nach der Wiedervereinigung ableitete. Hier sah er die CDU wie damals in einer besonderen historischen Verantwortung.

Dieser Sinn für Geschichte betraf nicht zuletzt auch die CDU selbst. Schon kurz nach seiner Wahl zum Parteichef gab er seiner Sorge über die „gegenwärtige Geschichtsschreibung“ über die CDU und die Geschichte der Bundesrepublik zum Ausdruck, die von „bestimmten historischen Lehrstühlen und von bestimmter interessierter Seite“, gemeint waren die Medien, vor allem „Spiegel“ und „Zeit“, betrieben werde, um den angeblichen CDU-Staat der 1950er und 1960er Jahre als Inbegriff der Restauration zu brandmarken, ja, sogar so weit gingen, die Union in die Nähe der „Harzburger Front“ zu rücken, also des Bündnisses von Rechtsparteien 1931 gegen die Regierung Brüning. Aus diesem Grund regte er 1973 die Einrichtung eines „Archivs für Christliche Demokratie“ an, denn das, „was heute an Quellen [...] zur Verfügung gestellt wird, das wird die Geschichtsschreibung“, die Entstehung der CDU im Widerstand gegen Hitler und „das Bild der Bundesrepublik in der Gründungsphase der ersten 25 Jahre, in 20 Jahren und in der Zukunft bestimmen“.<sup>10</sup> Die Edition der Vorstandsprotokolle ist nur ein Ergebnis dieser Anregung.

Was die heute behandelten Themen, den Israelbesuch und die Verdun-Zeremonie 1984 betrifft, so haben beide einen unterschiedlichen Niederschlag in den Protokollen gefunden:

Auffallend ist, dass Kohl zum Israelbesuch vom 24.–29. Januar 1984 keinerlei Statement abgibt, außer der Ankündigung am 24. Oktober 1983, daß er diesen Besuch vermutlich im kommenden Januar machen werde.<sup>11</sup> Ansonsten verliert

8 Berichte zur Lage 1989–1998, S. 501 f.

9 Vgl. FAZ vom 9. Dezember 2019.

10 Protokolle 1973–1976, S. 103 f.

11 Berichte zur Lage 1982–1989, S. 156.

er darüber kein Wort, im Gegensatz zu seinem zweiten Besuch im Juni 1995<sup>12</sup>. Zu erklären ist dies damit, dass über den Besuch ausführlich schon im Deutschen Bundestag debattiert worden war<sup>13</sup> und Vorstandssitzung erst am 12. März stattfand, so dass andere, aktuellere Themen ihm wohl wichtiger waren.

Auf den Besuch in Verdun im September 1984 geht er erst am 23. April 1985 ein und schildert die Vorgeschichte dieses Besuchs vor dem Hintergrund der vorgesehenen Feierlichkeiten im Juli 1984 zum 40jährigen Jahrestag der Landung der alliierten Truppen in der Normandie.<sup>14</sup> Obwohl er von vornherein eine Teilnahme daran abgelehnt hatte, behauptete die französische Presse, er sei eingeladen worden. Dies sei François Mitterrand „unheimlich peinlich“ gewesen, so dass er bei der 43. deutsch-französischen Konsultation in Rambouillet am 28./29. Mai 1984 vorgeschlagen habe, gemeinsam in Frankreich oder in Deutschland auf einen deutschen Soldatenfriedhof zu gehen. (Nach Kohls „Erinnerungen“ sei die Initiative für ein derartiges Treffen hingegen von ihm selbst ausgegangen.) Er habe daraufhin Verdun vorgeschlagen als Symbol des Schreckens in zwei Kriegen zwischen Deutschland und Frankreich; Mitterrand habe zugestimmt und diesen Plan anschließend auf einer Pressekonferenz verkündet, ohne seine Regierungsmitglieder zu fragen – „die standen alle mit großen Augen dabei“.

Auf der heutigen Veranstaltung sollte eigentlich auch die Polenreise vom 9.–14. November 1989 – neben dem Besuch in Israel 1984 „die schwierigste Reise“ in „einem verminten Terrain“ – und in diesem Zusammenhang die Versöhnungsmesse in Kreisau behandelt werden. Wer sich dafür interessiert, sei auf die Lektüre der Lageberichte verwiesen. Zu dieser Reise äußert Kohl sich sehr ausführlich, nicht nur am 6. November zu deren Vorbereitungen<sup>15</sup>, sondern auch unter dem unmittelbaren Eindruck ihres Verlaufs in der Sitzung vom 15. November<sup>16</sup>. Auf die vielen Details einzugehen, die er schildert, würde aber hier zu weit gehen, und deshalb sei nur der letzte Satz seines diesbezüglichen Berichts zitiert: „Wir müssen [...] mit unserer Geschichte leben, weil wir Teil unseres Volkes sind. Deshalb ist es wichtig, aus der Geschichte zu lernen.“<sup>17</sup>

Das ist das, was ich Ihnen zur Edition der CDU-Bundesausschussprotokolle und über ihren hohen zeithistorischen Nutzen als Primärquelle in gebotener

12 Berichte zur Lage 1989–1998, S. 680 f.

13 Am 9. Februar 1984 – Stenographische Berichte des Deutschen Bundestages 10. Wahlperiode, S. 3725–3729. – Zur Diskussion um seine Aussage von der „Gnade der späten Geburt“, die er in einer Diskussion mit 30 Knesset-Abgeordneten gemacht hatte, ging er im Bundestag ausführlich am 27. Februar und am 2. Dezember 1986 ein (vgl. Sten. Ber. 10. WP S. 15419 bzw. 19995 f.).

14 Berichte zur Lage 1982–1989, S. 289, ausführlicher in seinen Erinnerungen 1982–1990. München 2005, S. 289 f. und 309–313.

15 Berichte zur Lage 1989–1998, S. 29–36.

16 Ebd., S. 37–43.

17 Ebd., S. 43.



Kürze vortragen wollte. Ich hoffe, Ihr Interesse an den Editionen ein bisschen geweckt und das eingangs erwähnte, nötige „Durchhaltevermögen“ nicht allzu sehr strapaziert zu haben.

#### *Übersicht über die Editionen:*

##### Buchstab, Günter (Bearb.):

- Adenauer: „Es mußte alles neu gemacht werden“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 8). Stuttgart 1. und 2. Aufl. 1984.
- Adenauer: Wir haben wirklich etwas geschaffen“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953–1957 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 16). Düsseldorf 1990.
- Adenauer: „... um den Frieden zu gewinnen“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 24). Düsseldorf 1994.
- Adenauer: „Stetigkeit in der Politik“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1961–1965 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 32). Düsseldorf 1998.
- Kiesinger: „Wir leben in einer veränderten Welt“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1965–1969 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 50). Düsseldorf 2005.
- Barzel: „Unsere Alternativen für die Zeit der Opposition“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1969–1973 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 56). Düsseldorf 2009.
- Kohl: „Wir haben alle Chancen“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1973–1976. 2 Halbbde. (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 67). Düsseldorf 2015.
- Kohl: „Stetigkeit, Klugheit, Geduld und Zähigkeit“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1976–1980. 2 Halbbde. (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 68). Düsseldorf 2017.
- Kohl: „Gelassenheit und Zuversicht“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1980–1983 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 70). Düsseldorf 2018.

##### Buchstab, Günter und Kleinmann, Hans-Otto (Bearb.):

- Helmut Kohl: Berichte zur Lage 1982–1989. Der Kanzler und Parteivorsitzende im Bundesvorstand der CDU Deutschlands (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 65). Düsseldorf 2014.
- Helmut Kohl: Berichte zur Lage 1989–1998. Der Kanzler und Parteivorsitzende im Bundesvorstand der CDU Deutschlands (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 64). Düsseldorf 2012.





# WÜRDIGUNG

## Bernhard Worms zum 90. Geburtstag

Jürgen Rüttgers

I.

Kurz nachdem ich 1969 mein Abitur bestanden und mit dem Studium an der Universität zu Köln angefangen hatte, habe ich ihn kennengelernt. Mitten in den bewegten Zeiten der Studentenrevolution wollte ich lernen, was Politik ist. Nach einem Gespräch mit meinem Klassenlehrer Hans Oster, den ich gefragt hatte, wie das denn anzupacken sei, habe ich auf seinen Vorschlag hin Bernhard Worms angerufen.

Bei den Georgspfadfindern in Brauweiler sei ich engagiert und interessierte mich für Politik. Ob ich mit ihm darüber sprechen könne. Ja, er komme gerne vorbei, war seine Antwort. Mit vielem hatte ich gerechnet: Dass ich ihn in einer Geschäftsstelle der CDU treffen würde, seinem Büro, in einer Kneipe. Meine Eltern mussten vorgewarnt werden. Mein Zimmer über unserem Elektrogeschäft musste aufgeräumt werden. Um 20:00 Uhr wollte er vorbeikommen. Er kam um 22:00 Uhr. Eine meiner Fragen war, wie ich ihm im bevorstehenden Landtagswahlkampf helfen könne, nachdem wir eine Stunde über die ‚politische Lage‘ gesprochen hatten. „Werben Sie bitte für mich bei Ihren Freunden“, war seine Antwort. Aber das hatte ich nicht gemeint. Sechs Wochen wollte ich mit ihm vor dem Wahltag im Mai 1970 Wahlkampf machen.

Zunächst musste ich mich beim CDU-Kreisgeschäftsführer Willi Mevis, der später ein legendärer rheinischer Bürgermeister wurde, in der Kreisgeschäftsstelle vorstellen, die in einer alten aufgegebenen Kneipe in Hürth-Stotzheim untergebracht war. Briefe wurden auf einer alten Vervielfältigungsmaschine auf der Kegelbahn abgezogen. Kuvertiert wurde mit der Hand, indem ich um einen großen Tisch herum lief, auf dem die Einladungen, Protokolle und Wahlbroschüren gestapelt waren. Um 6 Uhr früh standen wir auf Marktplätzen oder in Knapsack beim Schichtwechsel vor den Werkstoren. Tagsüber wurden Altenheime, Firmen, Prominente und Würdenträger besucht. Im Kreishaus in der Kölner St.-Apern-Straße musste Bernhard Worms an Ausschusssitzungen teilnehmen. Im Pulheimer Rathaus wurde über Kommunalpolitik beratschlagt. Montagvormittags fanden politische Veranstaltungen für Mitglieder der Friseurinnung statt, die an diesem Tag frei hatten. Nachmittags gab es Einladungen an ältere Bürger, zum Kaffeetrinken im Hubertushof in Pulheim. Es gab vom Bäcker Kayser gespendeten Kuchen. Bürgermeister Dohmen hielt die Begrüßungsrede. Von einem Tonband wurde eine kurze Rede abgespielt, die Bundeskanzler Kon-

rad Adenauer auf dem Pulheimer Marktplatz bei einer Stippvisite gehalten hatte. „Pulheim, das war früher keine gute Adresse“ war der zentrale Satz.

Bürgermeister Dohmen fügte mit lauter Stimme hinzu, er erwarte, dass alle am Sonntag zur Wahl gingen und CDU wählten, denn die SPD wolle diesmal Konrad Adenauer ablösen. Die alten Leute waren tief beeindruckt. Dass Konrad Adenauer vor drei Jahren verstorben war, wurde im Eifer des Gefechts übersehen.

Bernhard Worms musste nicht nur um seine Wahl in den Landtag kämpfen. Auch im Wahlkreis Bergheim, in dem der CDU-Spitzenkandidat Heinrich Köppler Direktkandidat war, sollte er diesen vertreten. Als am Wahlabend dann die Wahlergebnisse bekannt wurden, stellte sich heraus, dass die CDU in NRW mit ‚Köppler kommt‘ als Slogan 46,3 Prozent der Stimmen geholt hatte. Ein Spitzenergebnis. Leider fehlte ein Koalitionspartner, da die FDP es ablehnte, mit der CDU zu koalieren.

Der Versuch, die Niederlage bei der Bundestagswahl 1969 in NRW wettzumachen, war gescheitert. Auch wir fuhrten an diesem Abend traurig nach Hause, hatten wir doch den Wahlkreis nicht erobern können. Erst im Laufe der Nacht kam dann die Meldung, dass Bernhard Worms dennoch auf einem der letzten Listenplätze in den Landtag eingezogen war. Die Anstrengungen hatten sich gelohnt.

## *II. Ad quid venisti*

Bernhard Worms wurde am 14. März 1930 im Krankenhaus Maria Hilf in Stomeln geboren. Seine Mutter Anna-Bernhardine stammte aus Oberhausen im Ruhrgebiet. Sein Vater Josef kam aus Rheinfeld, einem Ort im heutigen Dornum. Er war bis 1912 Landarbeiter wie auch schon der Großvater. Seit dem 13. Lebensjahr war er als Knecht tätig. Die Familie war am Anfang des neuen Jahrhunderts nach Pesch, einem Ort im Umfeld von Köln, gezogen. Grund war ein Berufswechsel des Vaters zur Reichsbahn. Nach dem Ersten Weltkrieg wurden viele Bahnmitarbeiter zur Deutschen Post versetzt. In Pesch traf er seine zukünftige Frau, die in einer Familie mit 12 Geschwistern aufgewachsen war. Als eine der älteren Schwestern musste sie früh arbeiten, um so zum Unterhalt der großen Familie beizutragen. Deshalb konnte sie sich ihren Wunsch, eine eigenständige Ausbildung zu machen, ja sogar Lehrerin zu werden, nicht erfüllen. Sie arbeitete als Haushälterin bei Kaplan Alvisus Petz und zog mit ihm auch nach Pesch, als dieser dort eine Pfarrstelle erhielt. Dort lernte sie ihren zukünftigen Mann kennen und heiratete ihn 1927.

Bernhard Worms wurde liebevoll, aber auch streng erzogen. Sein Vater sagte ihm immer wieder: „Deine Arbeit muss immer auf den Pfennig stimmen.“ Und: „Blicke nur auf das zurück, was Du geleistet hast und worin Du versagt hast.“ Wichtig war ihm, dass seine Kinder sich zu ihren Fehlern bekannten und sich gegebenenfalls auch entschuldigten.



Die Mutter vermittelte ihren Kindern ein großes Gottvertrauen. Schicksalsschläge sollte man annehmen und nicht verzweifeln. Neid gegenüber Menschen, die mehr hatten oder verdienten, gab es nicht. Verantwortung zu übernehmen, war wichtig – in der Politik, in der Kirche, in der Familie – und gehörte zu den Grundlagen ihres Lebens.

Die Familie war katholisch und lebte in einem katholischen Milieu. Bernhard Worms wurde schon als Jugendlicher von seinem Vater unmittelbar nach dem Kriege zu Veranstaltungen der Katholischen Arbeiterbewegung (KAB) und der Kolping-Familie mitgenommen. Er wurde Messdiener und Pfarrjugendführer. So lernte er, junge Menschen zu begeistern. Die Mutter unterstützte sein Engagement, indem sie ihn unter Bezug auf seinen Namenspatron ermahnte, einen Satz in seinem Leben zu beachten: „Zu was bist Du hier?“

### III. „Vaterlandsverräter“

Bernhard Worms' Vater Josef war pflichtbewusst und politisch interessiert. Als gläubiger Katholik wurde er Mitglied der Zentrumspartei. Alle Aufforderungen nach der Machtübertragung an Hitler im Jahre 1933 Mitglied der NSDAP zu werden, lehnte er ab. Mindestens einmal monatlich wurde er von einem NSDAP-Mitglied aufgefordert darzulegen, warum er als Postbeamter immer noch nicht Parteimitglied geworden war.

Seine Eltern schickten Bernhard auf die katholische Volksschule in Pesch. Dort erhielt er vom Escher Pfarrer Johannes Prassel Religionsunterricht. Mitten in eine Gruppenstunde im Jugendheim, das in der alten Vikarie neben der Kirche untergebracht worden war, platzte die Nachricht vom Attentat auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944, eine Meldung, die das Vorstellungsvermögen der Jugendlichen übertraf. Die Gruppe hockte schweigend zusammen. Bernhard Worms erinnert sich aber daran, dass anschließend die Frage aufkam, welche Gründe zu einer solchen Handlung geführt hätten.

Auch über die Edelweißpiraten aus Köln-Ehrenfeld gab es Nachrichten, die unter den Jugendlichen weitererzählt wurden. Es wurde sogar diskutiert, ob seitens der Messdienergruppe Kontakt zu dieser Gruppe aufgenommen werden sollte. Bei den Edelweißpiraten handelte es sich „um Zusammenschlüsse von Jugendlichen, die zumeist aus Arbeiterkreisen stammten und sich von der HJ nicht vereinnahmen lassen wollten“.<sup>1</sup> Die Kölner Gestapo bezifferte die Zahl der Edelweißpiraten, von ihr „Bürgerliche Jugend“ genannt, im Kölner Raum 1942 auf insgesamt 3.000 Jugendliche. Für die Gestapo war dies eine „politisch-oppositionelle“ Gruppe, die eine „allgemein staatsfeindliche Haltung“ hatte. Das Jugendheim Freimersdorf in der Arbeitsanstalt Brauweiler wurde der zentrale

1 Vgl. Hermann Daners/Josef Wißkirchen: Was in Brauweiler geschah, in: Pulheimer Beiträge zur Geschichte, 25. Sonderveröffentlichung. Pulheim 2006, S. 80

Inhaftierungsort für Edelweißpiraten. Dort wurden sie harten Disziplinarmaßnahmen unterworfen. Es wurden Melde- und Arbeitsauflagen verhängt. Einige wurden auch vor Gericht gestellt oder in ein Jugend-KZ eingewiesen, manche sogar hingerichtet.

Bernhard Worms, der den Kontakt zu den Edelweißpiraten aufnehmen sollte, nahm davon Abstand, als er feststellte, dass es sich bei diesen nicht um eine politische Organisation handelte, sondern um junge Leute, zumeist 15 bis 17 Jahre alt, die sich durch Auftreten, Lebensweise und Freizeitverhalten von den kirchlichen Jugendorganisationen unterschieden.<sup>2</sup>

Bernhard Worms erzählte weiterhin davon, dass er im Januar 1945 als 14-jähriger in Köttingen vor einem SS-Gericht habe erscheinen müssen. Er war für „wehrunwürdig“ erklärt worden. Er habe deshalb vor der gesamten, zum Appell angetretenen Gruppe öffentlich aussagen und bekennen müssen, dass er „ein Kameradenbetrüger, ein Vaterlandsverräter, ein Feigling“ sei. Bei dieser erzwungenen Selbstbezeichnung habe er das Wort „Verbrecher“ nicht benutzen dürfen, „weil ein Arier nicht Verbrecher sein“ könne. Zu Beginn hörte er, wie der Vorsitzende über seinen Vater sagte: „[...] das ist auch einer jener Schweine, die zu feige sind, dem Führer ihr Leben zu schenken“. Er sollte dementsprechend gegen seinen Vater aussagen, was er aber ablehnte.

Bernhard Worms' Standfestigkeit auch unter Druck hatte sich unter den Pastören des damaligen Dekanats Weiden-Lövenich herumgesprochen. Deshalb beauftragte ihn der damalige Dechant Tücking aus Brauweiler im Herbst 1944 zu einer Zeit, in der die Kirchenglocken oftmals schon konfisziert und eingeschmolzen waren, einen besonderen Auftrag zu erfüllen. Bernhard Worms sollte in jeder Pfarrei des Dekanats die Monstranz abholen und zu einer staatlichen Sammelstelle in Frechen bringen. Dechant Tücking fügte aber hinzu: „Wenn Du aber siehst, dass Du mit Deinem größeren Korb die Stätte ohne Schwierigkeiten verlassen kannst, dann komm mit dem wertvollen Gut zu mir wieder zurück! Wir beide schweigen gegenüber jedem!“ So geschah es und die wertvollen Monstranzen befinden sich heute nach wie vor im Besitz der Gemeinden.

#### *IV. Mehr als 70 Jahre CDU-Mitglied*

Als Bernhard Worms am 12. Juli 2019, gemeinsam mit anderen Jubilaren, im Kaisersaal der Abtei Brauweiler für seine jahrzehntelange Mitgliedschaft in der CDU geehrt wurde, war dies ein großes Ereignis für die CDU im Rhein-Erft-Kreis. Zuvor war er schon mit der Ehrennadel der CDU Deutschlands für besondere Verdienste ausgezeichnet worden, eine selten vergebene Ehrung.

2 Ebd., S. 196.



1946 war er mit 16 Jahren in die junge, gerade ein Jahr alte Partei eingetreten. Schon 1952 wurde er in den Vorstand des CDU-Gemeindeverbandes Sinnerdorf gewählt. 1952 bis 1975 war er der Vorsitzende der CDU Pulheim. 1958 wurde er Vorsitzender der CDU im Amt Pulheim, zu dem auch die Gemeindeverbände Stommeln und Geyen gehörten. 1965 bis 1975 war er Vorsitzender des Kreisverbandes Köln-Land, der die Kommunen im Umfeld der Großstadt Köln umfasste. 1964 wurde er in den Gemeinderat von Pulheim gewählt. Er war dort Mitglied bis 1983, immer direkt von den Bürgern gewählt. Da viele Arbeiter des Eisenbahnausbesserungswerkes Köln-Nippes und der Ford-Werke in Pulheim wohnten, war die Stadt für die CDU ein schweres politisches Pflaster. Die Hälfte der Bevölkerung war kirchennah und wählte deshalb mehrheitlich CDU. Die andere Hälfte war gewerkschaftsnah und wählte in der Regel SPD. Letztere stellte mit Julius Heidt bis 1975 den ehrenamtlichen Bürgermeister. Heidt stammte aus Pulheim und war von Beruf Viehhändler. Er war ein schwerer Gegner, politisch gewandt und hart im Austeilen.

Erst bei der Kommunalwahl 1964 konnte Bernhard Worms mit der CDU die Mehrheit im Gemeinderat gewinnen. Er verabredete eine Koalition mit dem Bürgerverein, der von Mitarbeitern der Ford AG gegründet worden war. Dort engagierten sich Männer wie Peter Kanters, ein bekannter Kölner Radsportler, der später lange Jahre Vorsitzender des Pulheimer Sport-Clubs war, einem der größten Sportvereine in NRW, und Wolfgang Karger, ein Ford-Ingenieur. Er half jungen Leuten, neue technische Möglichkeiten zur Beschallung der Säle und Open-Air-Veranstaltungen einzuführen, die den Pulheimer Vereinen zur Verfügung standen. Ernst Knott engagierte sich bei der Volksbank und half Menschen in Pulheim, ein Haus zu bauen. In der CDU gab es Menschen wie Maria Starke, eine Polizistenwitwe, die sich um alle Sozialfälle in der Gemeinde kümmerte und in Notfällen half.

In der Folge gelang es der CDU bis 1975, bei Kommunalwahlen die absolute Mehrheit zu erringen. Gerade in der Zeit vor 1975, dem Jahr, in dem im Kölner Raum die kommunale Neugliederung vollzogen wurde, hatte die CDU als größte Partei mit Bernhard Worms an der Spitze jemanden, der eine klare Strategie verfolgte. Er wollte verhindern, dass Pulheim in die nahe Großstadt Köln zwangsweise eingemeindet wurde. Sein Ziel war, Pulheim zu einem Mittelzentrum zu machen. Dazu benötigte die Gemeinde eine Infrastruktur, wie sie von der Landesplanung vorgegeben wurde. Im Oktober 1970 hatte die Düsseldorfer Staatskanzlei in der ‚Schriftenreihe des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen‘ im Heft 27 eine Übersicht veröffentlicht, mit der im Rahmen der Landesentwicklung ‚Nordrhein-Westfalen in seiner Gliederung nach zentralörtlichen Bereichen‘ dargestellt wurde. Die Gemeinde Pulheim und ihre Nachbargemeinden wurden dort klassifiziert. Brauweiler und Stommeln waren demnach ‚Selbstversorgerorte unterer Stufe‘. Pulheim war ein ‚Zentraler Ort unterer Stufe mit Teilfunktionen eines zentralen Ortes mittle-

rer Stufe“. Die Gemeinde Sinnersdorf wurde als „mehrere Ortschaften“ ohne Klassifizierung dargestellt.

Zentrale Orte unterer Stufe mussten über „Verwaltungsbehörden niedersten Ranges und Postamt, Kirchen, Mittelpunkt- und eventuell Realschule, mehrere Geschäfte verschiedener Grundbranchen, Apotheke, praktischer Arzt und Zahnarzt [verfügen]; ferner [gab] es hier oft schon ein kleines Krankenhaus und fast immer zwei Sparkassen und je nach Struktur des Umlandes eine bäuerliche Bezugs- und Absatzgenossenschaft“. Zum Mittelzentrum fehlte Pulheim „ein spezifisches städtisches Angebot“.<sup>3</sup>

Bernhard Worms begann trotzdem seinen „Kampf um das Mittelzentrum Pulheim“. Für ihn war von Anfang an klar: Die Gemeinden des nördlichen Landkreises mussten zusammenwachsen, wenn sie die Eingemeindung verhindern wollten.

In Pulheim wurde deshalb ein großes Sportzentrum mit Schwimmbad gebaut. In unmittelbarer Nähe entstanden ein Gymnasium und eine Realschule. Mit der Ortskernsanierung nach Städtebauförderungsgesetz erhielt Pulheim ein neues Zentrum. Dort entstanden später das neue Rathaus, der Dr. Hans-Köster-Saal und das Medienzentrum. Die Deutsche Post baute auf Vorschlag und beharrliches Drängen von Bernhard Worms ein neues Postamt. Neue Geschäfte entstanden, ein Kaufhaus, ein Kino und ein Seniorenheim wurden gebaut und ein Gewerbegebiet erschlossen. Außerdem sollte eine Umgehungsstraße mit Anschluss an die Autobahn gebaut werden, damit der Durchgangsverkehr von bis zu 24.000 Fahrzeugen täglich aus dem Zentrum heraus verlagert werden konnte.

Auch in den anderen Gemeinden wurde investiert. Das Brauweiler Gymnasium entstand, später eine Realschule. Aus der ehemaligen Bettleranstalt in der Abtei Brauweiler wurde Schritt für Schritt das Kulturzentrum. In Stommeln wurde ein Freibad gebaut, der Anger wurde neugestaltet.

Aber der Kampf gegen die Eingemeindung war nicht örtlich zu gewinnen. Schon 1964 war Bernhard Worms Mitglied des Kreistages geworden. Ende 1966 wurde er bereits Fraktionsvorsitzender. Hier fand er mit Karlheinz Gierden, dem Oberkreisdirektor des Landkreises Köln, einen Partner, mit dem er auch über den Landschaftsverband Rheinland Einfluss auf die Landespolitik nehmen konnte.

Im Mai 1970 kandidierte er erstmals für den Landtag von Nordrhein-Westfalen. Schon 1972 wurde er Sprecher der CDU-Landtagsfraktion für die kommunale Neugliederung. Zusammen mit dem SPD-Sprecher Franz-Josef Antwerpes versuchte er, überparteiliche Lösungen zu finden, was weitgehend gelang.

3 Georg Kluczka: Nordrhein-Westfalen in seiner Gliederung nach zentralörtlichen Bereichen – eine geographisch-landeskundliche Bestandsaufnahme 1964–1968 (Landesentwicklung, Schriftenreihe des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Heft 27). Düsseldorf 1970, die Zitate S. 17.



Nach dem Inkrafttreten des ‚Köln-Gesetzes‘ 1975 und der folgenden Kommunalwahl wurde Bernhard Worms mit 32 zu 31 Stimmen im Kreistag des neuen Erftkreises zum Ersten Landrat gewählt. Auch hier zeigte sich seine Fähigkeit zur Integration. Der aus Teilen des Landkreises Köln, des Kreises Bergheim und aus der Gemeinde Erftstadt gebildete neue Kreis wuchs schnell zusammen, weil der neue Landrat sich in allen 10 Städten und Gemeinden des Kreises engagierte. Er half, Dachverbände für die Sportvereine, die Chöre, die Kulturvereine zu gründen. Er achtete darauf, dass alle Teile des Kreises gleichmäßig entwickelt wurden. Und, wenn möglich, bezog er auch die SPD-Opposition in die Entscheidungsfindung ein. Sein guter Ruf als Landrat verbreitete sich in der CDU Rheinland. Überall setzte er sich von morgens bis abends für den Erftkreis und seine Bürgerinnen und Bürger ein. Seit seiner Wahl zum Landrat war es sein Ziel, die Wunden, die die kommunale Neugliederung geschlagen hatte, zu überwinden. Bernhard Worms besuchte Unternehmen, Gewerkschaften, Vereine, bot Bürgersprechstunden an, intervenierte bei der Kreisverwaltung auf Wunsch von Menschen, die Hilfe brauchten. Er setzte sich in Düsseldorf oder Bonn für Zuschüsse ein, um Unternehmen anzusiedeln, Mittel für den Ausbau der Infrastruktur zu bekommen und vieles mehr. Besonders setzte er sich für den Bau von Ortsumgehungen und ein überregionales Fahrradwegenetz ein. Die Rekultivierung der Tagebaue war ihm wichtig. Der Ausbau des Berufsschulwesens war für ihn eine wichtige Zukunftsaufgabe. Das Volksschulwesen musste neu geordnet werden. Hilfe für ehrenamtliches Engagement in Sport, Gesang und Orchester aller Art lagen ihm am Herzen. Ebenfalls 1975 wurde Bernhard Worms zum ersten Vorsitzenden der neuen CDU Erftkreis gewählt, 1981 wurde er zum Ehrenvorsitzenden ernannt.

#### *V. Auftakt und Ausklang*

1980 war in Nordrhein-Westfalen ein Wahljahr. Am 11. Mai war Landtagswahl. Die Spitzenkandidaten Johannes Rau und Heinrich Köppler, langjähriger Fraktionsvorsitzender der CDU im Landtag, kämpften um den Wahlerfolg. Mitten in der Osterpause erlitt Heinrich Köppler, in den frühen Morgenstunden des 3. April 1980 einen schweren Herzinfarkt. Er erhielt sofort ärztliche Hilfe und wurde in das Krankenhaus Fredeburg gebracht. Noch am selben Tag wurde er mit dem Rettungshubschrauber in das Klinikum Düsseldorf-Gerresheim geflogen<sup>4</sup>. Die Nachricht von Köpplers Krankheit verbreitete sich rasch. Überall reagierten viele Bürger betroffen. Doch er schien sich zu erholen. Die unmittel-

4 Guido Hitzte, *Verlorene Jahre? Die nordrhein-westfälische CDU in der Opposition 1975–1995, Teil I 1975–1985* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 45). Düsseldorf 2010, S. 185 f.

bare Gefahr schien gebannt. Der Wahlkampf wurde nach einer Vereinbarung der Parteien vorübergehend unterbrochen. Nach Rücksprache mit der Familie und den Ärzten rechnete man „zumindest mittelfristig“ damit, dass Köppler seine politischen Aufgaben wieder übernehmen, ja eventuell sogar noch im Wahlkampf auftreten könne. Aber es kam anders. Am Abend des 20. April starb Heinrich Köppler an einem zweiten Herzinfarkt.<sup>5</sup>

Heinrich Köppler<sup>6</sup> hatte die chronisch zerstrittene CDU im Rheinland und in Westfalen-Lippe geeint. Er war die „Integrationsfigur seiner Partei“ gewesen.<sup>7</sup>

Am 26. April 1980, zwei Tage nach dem Staatsakt im Plenum des Landtages, wurde der westfälisch-lippische CDU-Vorsitzende und Vertreter Köpplers im CDU-Präsidium, dem Koordinationsgremium der beiden CDU-Landesverbände in NRW, Kurt Biedenkopf zum Spitzenkandidaten bei der Landtagswahl gewählt.<sup>8</sup>

Biedenkopf wurde darüber hinaus mit 96,8 Prozent der Stimmen zum neuen Vorsitzenden des CDU-NRW-Präsidiums gewählt. Es folgte ein kurzer, teilweise persönlich verletzender Wahlkampf gegen den neuen Spitzenkandidaten der CDU, der es nicht schaffte, die Wähler emotional anzusprechen. Seine oft intellektuell guten Reden ließen die Wähler „in der Regel tief beeindruckt, aber nicht begeistert“ zurück.<sup>9</sup>

Während der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl die landespolitische Strategie der CDU NRW verteidigte und Franz-Josef Strauß, der Kanzlerkandidat von CDU und CSU für die fünf Monate später stattfindende Bundestagswahl, erklärte, er habe nicht im Mittelpunkt des Wahlkampfes gestanden, begann wenige Tage nach der Wahl eine Debatte über die Ursachen des Wahlergebnisses.

Mangels personeller Alternativen wurde Kurt Biedenkopf schon zwei Tage nach der Wahl mit 95,6 Prozent zum neuen CDU-Fraktionsvorsitzenden für die gesamte Legislaturperiode gewählt. Nach der Wahl des Ministerpräsidenten am 4. Juni 1980, bei der Johannes Rau mit 105 von 198 abgegebenen Stimmen gewählt wurde, und der Vereidigung des neuen Kabinetts gab Rau eine unverbindliche und zögerliche Regierungserklärung ab.<sup>10</sup>

5 Ebd., S. 194.

6 Zu Köppler vgl.: Stefan Marx, Heinrich Köppler (1925–1980), Politik aus christlicher Verantwortung (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 51), Düsseldorf 2006.

7 Wilm Herlyn: Nachruf Heinrich Köppler, in: Die Welt vom 22. April 1980

8 Hitze: Verlorene Jahre I, S. 206.

9 Ebd., S. 217. Am 11. Mai 1980 gab es eine Wahlbeteiligung von 80 Prozent. 48 Prozent der Wählerinnen und Wähler wählten die SPD, die 3,3 Prozent hinzugewann. Die CDU verlor mit 43,2 Prozent 3,9 Prozent. Die FDP kam mit 4,98 Prozent und einem Verlust von 1,7 Prozent nicht in den Landtag.

10 Hitze: Verlorene Jahre I, S. 271.



Kurt Biedenkopf antwortete am 12. Juni 1980. Die gesamte Regierungserklärung sei „eine einzige Flucht vor der Verantwortung“, war sein Kernvorwurf.<sup>11</sup> Der neue Fraktionsvorsitzende hatte einen guten sachpolitischen Start, den er bei einer Klausurtagung der CDU-Fraktion in Ascheberg ausbaute. Neben der inhaltlichen Profilierung gelang es ihm auch trotz einiger Stolpersteine, die er sich selbst auf den Weg legte, die ursprünglich skeptische Fraktion mehrheitlich auf sein inhaltliches Konzept festzulegen. Selbst die Biedenkopf-Skeptiker waren zur Zusammenarbeit bereit. Wie sich allerdings zeigte, war die Zurückhaltung der Tatsache geschuldet, dass nur vier Wochen später die Bundestagswahl stattfand.<sup>12</sup> Nicht nur in der Landtagsfraktion, sondern auch in der westfälischen CDU gab es eine kontroverse Debatte über das Wahlergebnis.

Viele forderten, eine neue personelle Aufstellung herbeizuführen. Wer die Alternative sein sollte, wurde schnell klar: Bernhard Worms, der als designierter Vorsitzender der CDU Rheinland und damit Nachfolger von Heinrich Köppler und Vorsitzender der rheinischen Landesgruppe in der Landtagsfraktion zum Führungskreis der nordrhein-westfälischen CDU gehörte. Bernhard Worms machte seinen Führungsanspruch auf den Vorsitz der rheinischen CDU geltend. Er wollte Nachfolger von Heinrich Köppler werden. „Integration und Ausgleich, Menschlichkeit und Verlässlichkeit, Offenheit und Toleranz, Vertrauen und Dialog“ – das waren seine Werte.<sup>13</sup> Die durch eine drastische mediale Debatte immer wieder aufflackernde Diskussion über die Zukunft Kurt Biedenkopfs half er sogar durch klare Loyalitätsbekundungen zu beenden.

Zwar konnte Kurt Biedenkopf seine Position als Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, als Vorsitzender des Präsidiums der CDU Nordrhein-Westfalen sowie als Landesvorsitzender der CDU Westfalen-Lippe verteidigen. Der Hauptgrund hierfür lag darin, dass weder der CDU-Bundesvorsitzende Helmut Kohl, noch die Bundespartei, noch der CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß wenige Monate vor der Bundestagswahl ein Interesse an einem Machtkampf im größten Bundesland hatten.

Doch die freundschaftliche Ruhe zwischen der Bundes- und der Landes-CDU war trügerisch. Zum einen war das Vertrauen zwischen Biedenkopf und Kohl aufgrund dessen unkalkulierbaren Verhaltens im Vorfeld der Bundestagswahl nachhaltig gestört. Biedenkopf war im Dezember 1978 mit einem auch im Namen von Heinrich Köppler verfassten und im Februar 1979 veröffent-

11 Ebd., S. 274.

12 Franz-Josef Strauß konnte mit 44,5 Prozent ein achtbares Ergebnis für die Union holen. Die SPD und Bundeskanzler Schmidt erhielten 42,9 Prozent (+ 0,3 Prozent). Die FDP legte auf 10,6 Prozent zu (+ 2,7 Prozent). In NRW verlor die CDU in Höhe des Bundestrends (- 3,9 Prozent). Die siegesichere SPD erhielt mit 46,8 Prozent ein leichtes Minus (- 0,1 Prozent). Die FDP war mit einem Plus von 3,1 Prozent und 10,9 Prozent der eigentliche Gewinner der Bundestagswahl.

13 Worms, zit. nach: Helmut Breuer: Gefragt: Bernhard Worms. Bornheim 1983, S. 63.

lichten Memorandum über die Lage der CDU Deutschlands vorgeprescht. Er hatte dort eine Trennung von Partei- und Fraktionsvorsitz vorgeschlagen und damit Helmut Kohl tief verärgert.<sup>14</sup> In Düsseldorf führten zudem Biedenkopfs häufige Kurswechsel zwischen Konfrontation mit der Regierung Rau und einer sachorientierten Kooperation zur Verwirrung. Letztlich führten die Diskrepanzen zwischen seinen intellektuellen Analysen und verwirrenden Neuorganisationen in Partei und Fraktion dazu, dass der Abstand zwischen der Spitze und der Basis immer größer wurden. Die Folge war, dass in der CDU Rheinland nach einem neuen Landesvorsitzenden gesucht wurde, der ein Gegengewicht zum Fraktionsvorsitzenden Biedenkopf sein sollte.

Jetzt machte sich bezahlt, dass mit Bernhard Worms jemand zur Verfügung stand, der in den kommunalen Strukturen der Partei gut verankert war und in dem rheinischen Teil von Fraktion und Partei viele Anhänger hatte. Zudem galt er „unter Eingeweihten inner- wie außerhalb der nordrhein-westfälischen Union angesichts der ihm zugeschriebenen Basisnähe, seines Fleißes, seiner Zuverlässigkeit sowie einer bemerkenswerten Integrationskraft als geradezu idealer Nachfolger Heinrich Köpplers“.<sup>15</sup> Außerdem, so wurde kolportiert, habe Worms exzellente Beziehungen zu Helmut Kohl. Das war zu diesem Zeitpunkt nicht wahr. Beiden gelang es aber in kurzer Zeit, eine Basis aus Vertrauen und gemeinsamen Interessen aufzubauen. Dies war möglich, weil beide aus kleinen Verhältnissen stammten, eine große politische Karriere gemacht hatten und wussten, was sie der CDU zu verdanken hatten. Sie waren beide Europäer aus Leidenschaft, Anhänger der Sozialen Marktwirtschaft und setzten sich für die Wiedervereinigung Deutschlands ein. Helmut Kohl sagte über ihn: „Bernhard Worms kann dienen. Er ist ein Parteisoldat.“<sup>16</sup>

Bernhard Worms war auch in der Lage, junge Menschen anzusprechen. Auf der Landestagung der Jungen Union Rheinland am 2. November 1980, auf der der Verfasser zum neuen Landesvorsitzenden gewählt wurde, stellte Bernhard Worms sich kurz nach seiner Nominierung am 10. Oktober 1983 durch den Landesvorstand vor.<sup>17</sup> Er sprach von einem „tiefgreifenden Wertewandel“ in der Gesellschaft, der zu einer Entfremdung der CDU von der Wählerschaft geführt habe. Die CDU, so Worms, müsse ein ‚C‘ vertreten, das Hoffnung statt Angst verbreite, sich zu Liberalität bekennen, die Recht und Freiheit in Einklang bringe, zu sozialer Verantwortung, die auch in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten Menschlichkeit ermöglicht und zu einer konservativen Haltung, „die menschliches Maß und Mitte bewahrt“.

14 Hitze: Verlorene Jahre I, S. 104 ff.

15 Ebd., S. 305.

16 Helmut Kohl, 21. Februar 2001, zit. ebd. S. 306.

17 Jürgen Rüttgers: Chronik 1976–1986, in: Ders./Jürgen Quensell (Hg.): 40 Jahre Junge Union Rheinland. Bergisch Gladbach 1986, S. 50.



Die politischen Beobachter und Kommentatoren waren ebenfalls begeistert: „Nicht brillante Theoriegebäude von staunenswerter Gedankenarchitektur helfen jetzt, das angeknackste Standvermögen dieser Partei wieder zu stabilisieren, sondern solide, praktische Führung zu fassbaren Zielen [...] Worms scheint der richtige Mann dafür zu sein. Er legt seine Vorstellungen allgemeinverbindlich und unkompliziert dar, wie ein kluger, vernünftiger Nachbar. Er gibt sich weder billig noch überheblich. Er ist besonnen, aber zielstrebig. [...] Es sieht danach aus, als könnte [er] für die rheinische CDU zum Glücksfall werden.“<sup>18</sup> Worms hatte, wie Horst-Werner Hartelt schrieb, ein „Wunder vollbracht“, weil es ihm vor dem Landesparteitag gelungen sei, „alle parteiinternen Gruppen, ob links oder rechts, ob Bauer oder Mittelständler, ob Gewerkschafter oder Unternehmer“ hinter seiner Kandidatur einvernehmlich zu sammeln.<sup>19</sup> So verwundert auch nicht, dass er am 8. November 1980 auf dem 34. Landesparteitag mit 384 von 479 gültigen Stimmen bei 60 Nein-Stimmen und 35 Enthaltungen mit 80,2 Prozent zum neuen Landesvorsitzenden der CDU Rheinland gewählt wurde.

Nachdem die Personalfragen in beiden Landesverbänden nunmehr geklärt waren und beide Vorsitzende sich auf eine intensive Zusammenarbeit verständigt hatten, riss der Mannheimer Bundesparteitag am 9./10. März 1981 neue Gräben auf. Zwar gingen beide Landesvorsitzende pfleglich miteinander um. Ihre Wahlergebnisse führten aber zu heftigen Debatten. Worms hatte mit 527 Stimmen ein gutes Wahlergebnis für den Bundesvorstand erhalten. Biedenkopf dagegen mit 427 von 732 abgegebenen Stimmen, das heißt 58,3 Prozent, das schlechteste Ergebnis bei der Wahl ins Präsidium erreicht. Wie so oft hatte er im Vorfeld versucht, den Parteitag zum Forum der „zentralen Fragen der Zukunftsgestaltung“ zu machen und das mit dem „Anspruch der geistig-politischen Führung und Grundorientierung“ in der Bundespolitik.<sup>20</sup>

Das Beispiel aus Mannheim zeigte deutlich, dass angesichts der komplizierten Organisationsstruktur, der offenen Führungsfrage, der bundespolitischen Bedeutung der politischen Machtverhältnisse in den beiden CDU-Landesverbänden jede inhaltliche Aussage ihrer Vorsitzenden zwangsweise zu einer politischen Machtfrage wurde. Dies war umso problematischer, als Kurt Biedenkopf trotz aller Bemühungen, ein gutes Verhältnis zu den Mitgliedern der Landtagsfraktion aufzubauen, mit seinen landes- und bundespolitischen Alleingängen immer wieder neue Konfliktfelder öffnete. Häufig wurden seine Initiativen als illloyal gegenüber Helmut Kohl sowie gegenüber der NRW-CDU und Bernhard

18 Werner Freitag: „Der Mann namens Worms“, in: Westdeutsche Zeitung vom 3. November 1980.

19 Horst-Werner Hartelt: „Bernhard Worms – letzte Chance zum Neubeginn?“, in: Neue Ruhr Zeitung vom 7. November 1980.

20 Hitze: Verlorene Jahre I, S. 321.

Worms im Besonderen, als Instrumentalisierung der NRW-CDU-Gremien und als Vernachlässigung der Landespolitik verstanden.<sup>21</sup>

Und immer wieder gab es Retourkutschen wie etwa auf dem rheinischen CDU-Landesparteitag in Duisburg. Dort wurde Bernhard Worms mit einem sehr guten Ergebnis von 88,5 Prozent bei seiner Wiederwahl als Landesvorsitzender bestätigt. In seinem Grußwort nahm Helmut Kohl nach einer „ausführlichen Würdigung der Person und Leistung von Bernhard Worms [...] kühle Rache an seinem Stellvertreter“. Nach einer Kritik an „Parteifreunde[n]“, die der „Anpassung an den Zeitgeist“ das Wort redeten, gab er ungefragt eindeutige Empfehlungen für die Entscheidung über die Spitzenkandidaten 1985: „Wenn es gut läuft im Rheinland, dann läuft es auch gut in der Gesamtpartei.“<sup>22</sup> Ein Artikel in der Neuen Osnabrücker Zeitung fasste Kohls Ausführungen zusammen: „Worms ist Favorit an Rhein und Ruhr“.<sup>23</sup> Das Rennen um die Rolle des Herausforderers war eröffnet.<sup>24</sup> Der Konter folgte trotz einer gemeinsamen Positionsbestimmung durch das Landespräsidium bei der Landesversammlung in Werl am 12. Dezember 1981. Biedenkopf erhielt bei seiner Wiederwahl 77,4 Prozent, Bernhard Worms bei seiner Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden nur 65,2 Prozent.

Die teilweise wetterbedingte schlechte Präsenz, auf jeden Fall aber das emotional gesteuerte Verhalten der westfälischen Delegierten zeigte, dass die Zusammenarbeit schwierig war und trotz aller Bemühungen auch in Zukunft bleiben würde.

Obwohl durch die Aufkündigung der sozial-liberalen Koalition unter Helmut Schmidt durch die FDP am 17. September 1982 und die Wahl Helmut Kohls zum Bundeskanzler durch ein konstruktives Misstrauensvotum am 1. Oktober 1982 sowie die vorgezogene Bundestagswahl am 6. März 1983, bei der auch die CDU in Nordrhein-Westfalen ein hervorragendes Wahlergebnis erreichen konnte, und die erneute Wahl Helmut Kohls zum Bundeskanzler die politische Lage sich in Deutschland grundlegend verändert hatte, gingen die internen Auseinandersetzungen in der nordrhein-westfälischen CDU weiter. Kurt Biedenkopf wollte Spitzenkandidat der CDU bei der Landtagswahl 1985 werden. Bernhard Worms stand unter massivem Druck, er solle gegen ihn antreten. Der Druck kam einerseits aus Bonn.<sup>25</sup> Bundeskanzler Kohl hielt einen Ministerpräsidenten Biedenkopf für eine unkalkulierbare politische Größe. Maßgebliche Teile der nordrhein-westfälischen CDU glaubten nicht daran, mit Kurt Biedenkopf die

21 Ebd., S. 355.

22 Ebd., S. 358.

23 Neue Osnabrücker Zeitung vom 10. November 1981.

24 Hitze: Verlorene Jahre I, S. 358.

25 Ulrich Reitz: Nordrhein-Westfalen, eine politische Heimatkunde, in: Bodo Hombach (Hg.): Heimat und Macht. Von Arnold bis Rau, von Clement bis Laschet. Eine kurze Landesgeschichte NRWs. Baden-Baden 2019, S. 11–164, hier 31.



Landtagswahl gewinnen zu können. Bernhard Worms hatte sogar noch am Wahlabend der Bundestagswahl „in einem kurzen Vier-Augen-Gespräch wissen lassen, dass er sich für die Spitzenkandidatur bewerben werde“.<sup>26</sup>

Am 15. April 1983 spitzte sich die Debatte zu. Der erweiterte rheinische CDU-Landesvorstand forderte eine sofortige Entscheidung über den Spitzenkandidaten. Weiterhin schlug sie Bernhard Worms mit 52 von 54 Stimmen bei 2 Enthaltungen hierfür vor. Der gleichzeitig tagende westfälisch-lippische Landesvorstand begrüßte daraufhin den Vorschlag aus Köln, die Frage der Spitzenkandidatur vor dem anstehenden Bundesparteitag zu klären. Anschließend wurde über eine Empfehlung abgestimmt, Kurt Biedenkopf als Spitzenkandidat zu nominieren. „Dieser Antrag erhielt bei 29 abgegebenen Stimmen 20 Ja-Stimmen und sieben Nein-Stimmen bei zwei Enthaltungen. Also hatte knapp ein Drittel des westfälischen Landesvorstands dem eigenen Vorsitzenden die Gefolgschaft verweigert.“<sup>27</sup> Der Vorstand der Jungen Union im Rheinland stellte sich noch am selben Tag geschlossen hinter Bernhard Worms. Der westfälische JU-Landesvorsitzende Reinhard Göhner forderte, das „Verfahren zur Nominierung des Spitzenkandidaten“ endlich festzulegen, weil die „derzeitige Diskussion [...] unerträglich und blamabel“ sei.<sup>28</sup>

Als am Samstag, dem 7. Mai 1983, in der Stadthalle Mülheim an der Ruhr Bernhard Worms mit 162 zu 146 Stimmen zum neuen Spitzenkandidaten gewählt wurde, glaubten und hofften viele der 265.000 Mitglieder der CDU in Nordrhein-Westfalen auf ein Ende der innerparteilichen Auseinandersetzungen und personellen Querelen.<sup>29</sup>

Während Bernhard Worms sich als neuer Spitzenkandidat der CDU NRW und Fraktionsvorsitzender an die Arbeit machte, waren andere Parteimitglieder unterwegs, um bekannte interne Auseinandersetzungen wie gewohnt fortzuführen. Dabei war die Regierung Rau in ein tiefes Leistungsloch gefallen. Überall gab es Kritik. Selbst die der SPD nahestehenden Medien kritisierten ihn heftig. Umweltminister Bäumler trat zurück, Kultusminister Jürgen Girgensohn war amtsmüde, eine Regierungsumbildung misslang.<sup>30</sup> Der Start des neuen Fraktionsvorsitzenden schien geglückt.<sup>31</sup>

Aber der Gegenschlag folgte. Die Reden des Oppositionsführers wurden kritisiert. Die Umfragen blieben mager. Die Europawahl am 17. Juni 1984 und die Kommunalwahl am 30. September 1984 brachten auf dem Hintergrund einer schwierigen bundespolitischen Lage der Union nicht die erhofften Ergebnisse. Noch konnte die NRW-CDU von verschiedenen Skandalen der SPD etwa im

26 / Hitze: Verlorene Jahre I, S. 461 f.

27 Ebd., S. 474.

28 Ebd., S. 479.

29 Ebd., S. 494.

30 Ebd., S. 526.

31 Ebd., S. 585 f.

Baubereich. Doch war die Frage nicht beantwortet, ob eine Aussöhnung zwischen den beiden Kandidaten, noch viel mehr aber in der organisatorisch zerklüfteten und programmatisch diffusen NRW-CDU gelingen würde. Zudem war die größte Landespartei auch in diesem Fall wieder Spielball bundespolitischer Interessen geworden. In Westfalen-Lippe gab es den Versuch, Biedenkopf als Landesvorsitzenden abzulösen. In einer langen Sitzung des Landesvorstands am 5./6. Juni in Dortmund unterlag Biedenkopf bei der Nominierung des Landesvorsitzenden für den Landesparteitag mit 11 zu 13 Stimmen gegen den Landtagsabgeordneten Wolfgang Brüggemann.<sup>32</sup> Auf dem Parteitag gewann dann aber Biedenkopf mit 77,5 Prozent gegen 21,7 Prozent für Brüggemann.

Unverdrossen versuchte Bernhard Worms, die Gräben in der nordrhein-westfälischen Union zuzuschütten. Zudem bemühte er sich, die Landtagsfraktion stärker in die Erarbeitung politischer Konzepte einzubeziehen. Die Zusammenarbeit zwischen den beiden CDU-Landesverbänden wurde soweit möglich intensiviert. Die Kontakte zu den gesellschaftlichen Gruppen wurden ausgebaut. Auch eine kooperative Zusammenarbeit mit der FDP schien im Hinblick auf eine Koalition nach der Landtagswahl sinnvoll. Nach dem Wechsel vom FDP-Spitzenkandidaten Jürgen Möllemann zu Achim Rohde verbesserte sich die Zusammenarbeit.

Auch gelang es, ein attraktives und schlüssiges Wahlkampfprogramm gemeinsam in der CDU-NRW zu erarbeiten.<sup>33</sup> Eigentlich hätte man mit der Mobilisierung der Mitglieder und der Wähler beginnen können. Selbst der Worms gegenüber kritische Guido Hitze stellt fest: „Die Weichen für einen erfolgreichen Landtagswahlkampf waren von Bernhard Worms und seinen Beratern also rechtzeitig gestellt worden. Das inhaltliche Tableau war festgelegt, die Marketingstrategie in ihren Grundzügen konzipiert, die taktische Aufstellung des politischen Gegners analysiert, das Kandidatenprofil des Herausforderers von Johannes Rau entwickelt, der mögliche Koalitionspartner FDP einbezogen und die Unterstützung eingeholt worden.“<sup>34</sup>

Indes verhinderten die Zerstrittenheit der CDU in Nordrhein-Westfalen und die Krisen der Bundes-CDU einen in sich geschlossenen Wahlkampf. Während Bernhard Worms mit Krisenbewältigung beschäftigt war, konnte sich die SPD auf die Imagekampagne „Wir in NRW“ konzentrieren. „Die ursprünglich als Standortwerbung konzipierte und für den Wahlkampf adaptierte Kampagne traf den Nerv der Zeit. Sie war vom SPD-Landesgeschäftsführer Bodo Hombach und einem ‚Zwölf Apostel‘ genannten Beratungsteam um Johannes Rau zum Wahlkampfinstrument umfunktioniert worden. Die SPD gab sich als Staatspartei und kreierte ein vorher nicht vorhandenes Landesbewusstsein. Die Bürger des

32 Ebd., I, S. 513 f.

33 Ebd., S. 861.

34 Ebd., S. 824.



„Bindestrichlandes“ assoziierten ihre oberflächliche Landesidentität immer stärker mit dem Ministerpräsidenten und dessen Partei.“<sup>35</sup>

Das Wahlergebnis „machte Johannes Rau sofort zum Anwärter für die Nominierung als Kanzlerkandidaten der SPD zur Bundestagswahl 1987“.<sup>36</sup> Begleitet wurde die Kampagne durch eine „geschichtspolitische Offensive. Eine Reihe von Publikationen, die seit den 1980er Jahren im sozialdemokratischen Partei-Verlag erschienen und auch von der Landeszentrale für politische Bildung in großer Zahl vertrieben wurden, machten der Bevölkerung des Landes Angebote zur Identifikation mit einer bestimmten Vergangenheit.“<sup>37</sup> Der SPD-Wahlkampf kostete 17 Millionen DM, das Doppelte dessen, was die CDU ausgab.<sup>38</sup>

Das schwierigste Thema für die CDU in Nordrhein-Westfalen war das Verhältnis zur Bundespartei. Während Bernhard Worms für eine enge Zusammenarbeit mit dem Bundeskanzler eintrat, hatte Kurt Biedenkopf mit diesem noch viele Rechnungen offen. Eine neue kam auf dem CDU-Bundesparteitag in Essen am 20. März 1985 hinzu, wenige Wochen vor der Landtagswahl. Bei den Wahlen zum Präsidium bekam Bernhard Worms mit 532 Stimmen nach Norbert Blüm (560) und Gerhard Stoltenberg (547) das drittbeste Ergebnis. Obwohl die NRW-Landesverbände geschlossen Kurt Biedenkopf unterstützten, unterlag er dem Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann.<sup>39</sup> Biedenkopf wurde dann mit dem vierbesten Ergebnis in den Bundesvorstand gewählt.

Helmut Kohl schrieb dazu in seinen „Erinnerungen“: „Eigentlich hatte vom 33. Bundesparteitag der CDU [...] ein besonderer Schub für die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen ausgehen sollen. Ziel war es nicht zuletzt, die eigene Basis zu mobilisieren, die Unentschlossenen zu überzeugen und vor allem die Zahl der Nichtwähler so gering wie möglich zu halten. Dass uns das längst nicht alles gelungen war, konnten wir am Wahlergebnis ablesen.“<sup>40</sup> Auch die Bundespartei war also maßgeblich für das Wahlergebnis mitverantwortlich.

Dass dieses Wahlergebnis nicht zum Frieden in der nordrhein-westfälischen CDU führte, braucht nicht begründet zu werden. Dass die bundespolitische Karriere von Kurt Biedenkopf beendet war, war wahrscheinlich. Helmut Kohl hatte den Machtkampf gewonnen.

35 Martin Florack: Johannes Rau (1931–2006), in: Sven Gössmann (Hg.): Unsere Ministerpräsidenten in Nordrhein-Westfalen, Neun Porträts von Rudolf Amelunxen bis Jürgen Rüttgers. Düsseldorf 2008, S. 154–181, hier 164.

36 Ulrich von Alemann: Parteien und Wahlen in Nordrhein-Westfalen: Aufforderung zu einer Neuorientierung?, in: Ders. (Hg.), Parteien und Wahlen in Nordrhein-Westfalen. Köln 1985, S. 211–225, hier 224.

37 Christoph Nonn: Geschichte Nordrhein-Westfalens. München 2009, Sonderausgabe für die Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen, S. 115.

38 Hitz: Verlorene Jahre I, S. 933.

39 Ebd., S. 872.

40 Helmut Kohl: Erinnerungen 1982–1990. München 2005, S. 330.

Wahr bleibt zudem, dass auch die versprochene Unterstützung der Bundesebene weitgehend ausgeblieben war. Zwar hatte der Bundeskanzler an sieben Tagen insgesamt 10 Wahlveranstaltungen zugesagt, darunter die Wahlkampf-eröffnung der CDU Rheinland am 23. März 1985 in Köln. An der Wahlkampf-eröffnung der westfälisch-lippischen CDU in Dortmund nahmen Norbert Blüm und Generalsekretär Heiner Geißler teil. Bernhard Worms und sein Stellvertreter im Landespräsidium Kurt Biedenkopf in Bonn sprachen zudem mit Helmut Kohl darüber, den Wahlkampf unter das Motto „Bund und Land, Hand in Hand“ zu stellen. Wer allerdings diese Vereinbarung so interpretierte, dass die sich selbst in einem Zustimmungstief befindliche Bundesregierung der Opposition in Düsseldorf durch Sonderzuwendungen und Standortentscheidungen im Wahlkampf helfen würde, war einer Täuschung erlegen. Helmut Kohl hatte die CDU-Landtagsfraktion am 17. September 1983 erstmals besucht und dabei zwar seine Unterstützung für Bernhard Worms angekündigt. Er hatte aber auch klargemacht, dass Nordrhein-Westfalen keine Vorzugsbehandlung erwarten dürfe.<sup>41</sup> Eine solche wäre angesichts der bundespolitischen Gesamtlage auch erstaunlich gewesen. Seit Mai 1984 gab „es nur ein Thema, das für allgemeine Erregung sorgt: die Parteispendenaffäre. Sie schmort schon seit langem, erreicht aber nun einen dramatischen Höhepunkt.“<sup>42</sup>

Immerhin legte die Bundesregierung einige internationale und bundespolitisch bedeutsame Veranstaltungen nach NRW. Dazu gehörten der Weltwirtschaftsgipfel in Bonn vom 2. bis 4. Mai 1985 und der damit zeitlich verbundene Staatsbesuch des US-Präsidenten Ronald Reagan. Dies war zwischen dem nordrhein-westfälischen Wahlkampfstab und dem Bundeskanzleramt besprochen worden.

Der Besuch von Reagan und Kohl auf dem Soldatenfriedhof im rheinland-pfälzischen Bitburg geriet aber zu einem Desaster. Als sich herausstellte, dass die aus Anlass des 40. Jahrestages der deutschen Kapitulation im 2. Weltkrieg vorgesehene Kranzniederlegung auf einem Friedhof stattfand, auf dem auch Angehörige der Waffen-SS beerdigt waren, gab es massive öffentliche Proteste und negative Kommentare. Dabei handelte es sich bei den Waffen-SS-Angehörigen um 47 junge Soldaten, die „unter die nach Kriegsende erlassene Amnestie gefallen waren“.<sup>43</sup> Die internationale Berichterstattung zerstörte die Hoffnung der Wahlkämpfer auf einen Stimmungsumschwung zugunsten des Kanzlers. Der Spiegel zitierte Bernhard Worms: „Die Wahl werde wohl in Bit-

41 Hitz: Verlorene Jahre I, S. 561.

42 Hans-Peter Schwarz: Helmut Kohl. Eine politische Biographie. 2. Aufl. München 2012, S. 368.

43 Hitz: Verlorene Jahre I, S. 908.



burg entschieden.<sup>44</sup> Er hatte Recht. „Eine Woche nach Bitburg geht die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen hochkant verloren.“<sup>45</sup>

Als das Endergebnis der Landtagswahl bekannt gegeben wurde, waren alle Hoffnungen der CDU enttäuscht.<sup>46</sup> Im Büro des Fraktionsvorsitzenden verfolgten wir die Bekanntgabe der Wahlergebnisse am Fernseher und warteten auf Bernhard Worms, der kurz vorbei kam, um Johannes Rau zu gratulieren und mit Kurt Biedenkopf unter anderem über die Sprachregelung für die Interviews zu reden. Neben uns saßen zwei mir nicht näher bekannte Frauen. Als wir aufstanden, hörte ich, wie eine zur anderen sagte: „Sie können sich sicher vorstellen, wie gut mir dieses Ergebnis tut.“

Als später am Abend ein WDR-Fernsehteam im Büro von Kurt Biedenkopf im alten Innenministerium auftauchte, konnte es Bilder von Mitgliedern des „Westfalen-Teams, Abgeordnete und Journalisten“ drehen. In ihrer Mitte: Kurt Biedenkopf, der auf den Tisch mit der flachen Hand schlug und rief: „Es geht wieder von vorne los.“<sup>47</sup>

Wie zwischen Helmut Kohl, Kurt Biedenkopf und ihm vereinbart, wurde Bernhard Worms für zwei Jahre als Vorsitzender der neuen Landtagsfraktion wiedergewählt. „In der zweiten Amtszeit stellte Worms die Förderung des politischen Nachwuchses in den Vordergrund. Der Fraktionschef besetzte zahlreiche Sprecherposten mit jungen Abgeordneten und gab diesen Freiräume für eigene Initiativen und Vorstöße. Zudem widmete sich Worms der stärkeren Vernetzung der Landtagsfraktion mit den Unionskollegen im Bundestag und dem noch jungen Europäischen Parlament [...] Gemeinsam mit Kurt Biedenkopf machte sich Bernhard Worms nach der bitteren Niederlage daran, die immer noch bestehenden Gräben zwischen dem rheinischen und dem westfälischen Landesverband zu überwinden und beide zu einem gemeinsamen Landesverband zu fusionieren.“<sup>48</sup> Dieses Ansinnen führte aber wieder zu erheblichen Konflikten.

In der rheinischen CDU gab es unterschiedliche Auffassungen über die Art und Weise der angekündigten Fusion. Gleichzeitig begann wieder einmal ein Machtkampf um den Vorsitz in der rheinischen CDU. Nachdem Bernhard Worms 1985 auf seine Kandidatur als Landesvorsitzender auf dem 40. Landespartei-tag am 18. und 19. Oktober 1985 verzichtet hatte, wurde der Krefelder Ober-

44 Ebd., S. 907 ff.

45 Schwarz: Helmut Kohl, S. 378; Wolfgang Bick: Landtagswahlen in Nordrheinwestfalen von 1947 bis 1985. Trends und Wendepunkte in der politischen Landschaft, in: Alemann (Hg.): Parteien und Wahlen 1985, S. 189–210, hier 202

46 Die SPD lag bei 52,1 Prozent (+3,7 Prozent), die CDU bei 36,5 Prozent (-6,7 Prozent), die FDP bei 6 Prozent (+1 Prozent) und die Grünen erhielten 4,6 Prozent (+1,6 Prozent). Die SPD hatte 111 Sitze direkt gewonnen. Die Reserveliste der CDU zog bis Platz 62.

47 Hier und Heute, ARD am 13. Mai 1985, zit. nach: Hitzte: Verlorene Jahre I, S. 967.

48 CDU-Landtagsfraktion NRW

bürgermeister Dieter Pützhofen mit 81,7 Prozent der Stimmen gewählt.<sup>49</sup> Die Machtfrage zwischen Rheinland und Westfalen war damit wieder offen. In der „Schlacht von Gelsenkirchen“ konnte noch gerade ein Scheitern der Fusion verhindert werden, nachdem sich Biedenkopf und Pützhofen stundenlang nicht über die personellen Fragen hatten einigen können.<sup>50</sup>

Auf dem Fusionsparteitag in Düsseldorf wurde Biedenkopf mit 91,5 Prozent zum 1. Vorsitzenden des fusionierten Landesverbandes der CDU NRW gewählt. Dieter Pützhofen erhielt 83,5 Prozent bei der Wahl zum „Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden“.

Es folgte eine Auseinandersetzung über die Frage, wer Landesgeschäftsführer der fusionierten CDU werden solle. Am 5. Mai 1987 stellte die Landtagsfraktion den Geschäftsführenden Landesvorständen ein Ultimatum. Die Landesleitung aus dem Landesvorsitzenden Biedenkopf und dessen Ersten Stellvertreter sollte personell erneuert werden. Wenn bis zum 8. Mai keine Lösung vorläge, sei der sofortige Rücktritt des Geschäftsführenden Vorstandes geboten.<sup>51</sup>

Nachdem damit deutlich geworden war, dass die Führung der CDU NRW nicht in der Lage war, dieses Problem zu lösen, überredeten der Bundespartei-vorsitzende Helmut Kohl und CDU-Generalsekretär Heiner Geißler Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, sich als Kandidat für das Amt des Landesvorsitzenden zur Verfügung zu stellen. Der NRW-Landesvorstand stimmte dem Vorschlag zu und berief einen Sonderparteitag mit Neuwahl des Vorstandes ein. Dort sollte auch ein Generalsekretär gewählt werden.

## VI. Ein neuer Anfang

Als das Ende der Legislaturperiode des nordrhein-westfälischen Landtags und damit auch seiner Wahlzeit als Fraktionsvorsitzender bevorstand, entschied sich Bernhard Worms nach einem Gespräch mit Bundeskanzler Kohl, bei der im gleichen Jahr stattfindenden Bundestagswahl zu kandidieren. Am 2. Dezember 1990 wurde er über die nordrhein-westfälische Reserveliste in den Bundestag gewählt.

Norbert Blüm bat ihn dann nach der Bildung der neuen Regierung, als sein Staatssekretär ins Arbeitsministerium zu kommen. Dort war er zuständig für Haushalt und Personal, die Bundesgerichte für Arbeit und Soziales, die Abteilungen für Rentenangelegenheiten und Pflege sowie für Fragen der Wiedervereinigung. Auch war er für die geplante neue Rentenversicherung zuständig. Als ehemaliger Landrat hatte er profunde Kenntnisse über dieses Thema. Eine

49 Guido Hitz: *Verlorene Jahre? Die nordrhein-westfälische CDU in der Opposition 1975–1995*. Teil II: 1985–1990 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 45). Düsseldorf 2010, S. 135.

50 Ebd., S. 159 ff.

51 Ebd., S. 299.



eigenständige Pflegeversicherung war notwendig, weil die Kosten für die Pflege älterer Menschen dramatisch stiegen. Nach heftigen Kontroversen auch in der schwarz-gelben Koalition gelang es Arbeitsminister Blüm mit Hilfe seines Staatssekretärs Bernhard Worms und der CDU/CSU-Fraktion, die Pflegeversicherung als vierte Säule der Sozialversicherungen durchzusetzen. Als damaliger Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion konnte ich auch im Vermittlungsausschuss helfen, diese historische Entscheidung mehrheitsfähig zu machen.

Der zweite große Erfolg war nach der Wiedervereinigung die Integration der Menschen in den neuen Bundesländern in die Rentenversicherung der Bundesrepublik. Worms beschloss, von Anfang an Rentenspezialisten aus der ehemaligen Sozialverwaltung der DDR in die Umsetzung einzubeziehen. Er organisierte Leseraktionen, um Fragen der neuen Mitglieder der Rentenversicherung am Telefon zu beantworten. Die Fragen und Antworten wurden in den jeweiligen Zeitungen veröffentlicht, so dass viele Menschen die Diskussion verfolgen konnten. Viele ehemalige Bürger der DDR glaubten, dass das DDR-Rentensystem über große Rücklagen verfügte. Sie waren erstaunt, als sich dies als unzutreffend erwies. Die Unterschiede in der Rentenhöhe waren durch die unterschiedliche Wirtschaftskraft bedingt. Sie wurden aber kontinuierlich abgebaut und werden bald beseitigt sein. Auch diese Entscheidung und ihre Umsetzung war eine große politische Leistung.

Auf Wunsch von Bundeskanzler Kohl betreute Bernhard Worms von 1994 bis 1999 eine Gesprächsrunde von Führungskräften aus Ost und West, die als ‚Zerbster Gesprächskreis‘ in die Geschichte der Wiedervereinigung eingegangen ist. Dort wurden Diskussionen geführt, um „gemeinsame Grundüberzeugungen“ zwischen Ost und West für die Zukunft zu entwickeln. Schon im Jahre 1998 formulierten die Beteiligten: „Schnell haben wir in unseren Diskussionsrunden eingesehen, dass für die ‚Wendegeneration‘ das mangelnde Hineinversetzen in die Gefühlswelt des jeweils anderen ein individuell schmerzender, nach außen noch zu wenig reflektierter und damit mental entscheidend wirkender Grund für die lange Dauer des Prozesses des inneren Zusammenwachsens ist. Das Bedrückende dieser Situation besteht darin, dass selbst wohlmeinende Zuwendung einerseits diskriminierend und wachsende Selbstachtung und Behauptung andererseits als Undankbarkeit empfunden werden.“

Schon vor 1990 engagierte sich Bernhard Worms bei der Gründung der Senioren-Union<sup>52</sup> innerhalb der CDU. Von 1990 bis 2002 war er ihr Bundesvorsitzender. Ihr Ziel ist, den älteren Mitbürgern Gelegenheit zu geben, ihre Fragen und Anliegen in einer Vereinigung zu artikulieren und durchzusetzen. Die Senioren-Union unterstützte mit großem Engagement das Entstehen der Pflege-

52 Vgl.: Jan Philipp Wölbern: Die neuen Alten“ der CDU. Geschichte der Senioren-Union. Sankt Augustin/Berlin 2018.

versicherung. „Die Senioren-Union entwickelte sich unter seiner Führung zu einer Erfolgsgeschichte.“<sup>53</sup> Seit 2001 ist er ihr Ehrenvorsitzender. 1995 gründete er mit Freunden aus den europäischen Mitgliedsländern die Europäische Senioren Union, deren Vorsitzender er von 2001 bis 2013 war. Bernhard Worms sagt zu seinen Motiven für die vielen Reisen und Veranstaltungen, die damit verbunden waren: „Dass die Seniorinnen und Senioren die die Gesellschaft tragenden Grundelemente: Treue, Pflichtbewusstsein, Einsatzbereitschaft wieder ein Stück gesellschaftsfähig gemacht haben. Darauf sind wir stolz.“<sup>54</sup>

Wenn die CDU die Chance hat, auch in Zukunft Volkspartei zu bleiben, dann haben wir das Politikern wie Bernhard Worms zu verdanken: Treu, rücksichtsvoll, bescheiden, klug und herzlich, immer für andere da.

Bernhard Worms hat viele Spuren in Pulheim, im Rhein-Erft-Kreis, in Nordrhein-Westfalen, im vereinigten Deutschland und in Europa hinterlassen. Wenn wir in den letzten fünfzig Jahren Zeit fanden, über Gott und die Welt zu reden, hat er mir von seinen Erfahrungen berichtet. Er hat mir Mut gemacht, und zwar Mut zur Zukunft. Ein unvergessener Satz, der heute noch Wegweiser ist: „Von einer Politik aus christlicher Verantwortung werden Anstrengungen erwartet, in unserer Gesellschaft ein menschliches und hoffnungsfrohes Gesicht zu bewahren, nicht nur für die heutigen, sondern auch für die nachwachsenden Generationen.“

53 Vgl.: Markus Lingen, Art.: Bernhard Worms, <https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/personen/biogramm-detail/-/content/bernhard-worms-v1> (Abruf: 4. Januar 2020), S. 5.

54 Ebd., S. 6.



## Neuerscheinungen zur Christlichen Demokratie Auswahlbibliographie 2019–2020\*

### *Editionen, Handbücher, Lexika*

- Busse, Volker/Hofmann, Hans: Bundeskanzleramt und Bundesregierung: Handbuch für Wissenschaft und Praxis. Baden-Baden 2019.
- Er, Samet (Hg.): Handbuch des interreligiösen Dialogs. Möglichkeiten der gesellschaftlichen Vielfalt (Interreligiöse Begegnungen 14). Berlin/Münster 2020.
- Lammert, Norbert (Hg.): Christlich Demokratische Union: Beiträge und Positionen zur Geschichte der CDU. Berlin 2020.
- Recker, Marie-Luise: Parlamentarismus in der Bundesrepublik Deutschland – Der Deutsche Bundestag 1949–1969 (Handbuch der Geschichte des deutschen Parlamentarismus). Düsseldorf 2019.

### *Monographien, Aufsätze, Sammelbände*

#### Deutschland

- Beule, Peter: Auf dem Weg zur neoliberalen Wende? Die Marktdiskurse der deutschen Christdemokratie und der britischen Konservativen in den 1970er Jahren (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 180). Bonn 2019.
- Biebricher, Thomas: Geistig-moralische Wende. Die Erschöpfung des deutschen Konservatismus. Hat der deutsche Konservatismus eine Zukunft? Berlin 2019.
- Blaschke, Olaf/Großbölting, Thomas (Hg.): Was glaubten die Deutschen zwischen 1933 und 1945? Religion und Politik im Nationalsozialismus (Religion und Moderne 18). Frankfurt a. M. 2020.
- Blasius, Rainer A.: Geteilte Zeiten. Deutsche Außenpolitik zwischen Mauerbau und Mauerfall, in: Historische Zeitschrift 310 (2020), S. 424–434.
- Blasius, Tobias/Küpper, Moritz: Der Machtmenschliche. Armin Laschet. Die Biografie. Essen 2020.
- Borchard, Michael: Alles neu an der „Neuen Ostpolitik“? Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion, ihre Folgen und die Kontinuitätslinien zur Politik von Willy Brandt, in: Borchard, Michael/Karner, Stefan/Küsters, Hanns Jürgen (Hg.): Entspannung im Kalten Krieg. Der Weg zum Moskauer Vertrag und zur KSZE. Wien 2020, S. 33–54.
- Borchard, Michael/Karner, Stefan/Küsters, Hanns Jürgen (Hg.): Entspannung im Kalten Krieg. Der Weg zum Moskauer Vertrag und zur KSZE. Wien 2020.
- Borchard, Michael/Michel, Judith (Hg.): Erinnerungsorte der Christlichen Demokratie in Deutschland. Berlin 2020.
- Bowry, Kiran: Parteien im Wettbewerb um Migranten. Neue Strategien der Zielgruppenansprache von CDU und SPD. Baden-Baden 2020.

\* Zusammengestellt von Julia Gusenfeld.

- Braun, Bernd: Gegen den Strom. Joseph Wirths politisches Leben für Weimar, gegen Hitler, für die deutsche Einheit, in: Michael Epkenhans/Ewald Frie (Hg.): Politiker ohne Amt. Von Metternich bis Helmut Schmidt (Otto-von-Bismarck-Stiftung. Wissenschaftliche Reihe 28). Paderborn u. a. 2020, S. 67–89.
- Buchstab, Günter: Kurt Georg Kiesinger: „Es geht nicht ohne Enttäuschungen“, in: Michael Epkenhans/Ewald Frie (Hg.): Politiker ohne Amt. Von Metternich bis Helmut Schmidt, (Otto-von-Bismarck-Stiftung. Wissenschaftliche Reihe 28). Paderborn u. a. 2020, S. 161–173.
- Bull, Hans Peter: Die Krise der politischen Parteien. Eine Streitschrift. Tübingen 2020.
- Bührer, Torben: Das Menschenwürdekonzept der Europäischen Menschenrechtskonvention. Berlin 2020.
- Claussen, Thies: Ludwig Erhard. Wegbereiter unseres Wohlstands gestern und heute. München 2019.
- Deininger, Roman: Die CSU. Bildnis einer speziellen Partei. München 2020.
- Deininger, Roman/Ritzer, Uwe: Markus Söder – Der Schattenkanzler. Biographie. München 2020.
- Detjen, Stephan/Steinbeis, Maximilian: Die Zauberlehrlinge. Der Streit um die Flüchtlingspolitik und der Mythos vom Rechtsbruch. Stuttgart 2019.
- Detterbeck, Klaus: Parteien im Auf und Ab. Neue Konfliktlinien und die populistische Herausforderung. Stuttgart 2020.
- Dolan, Julie: Women and politics. Paths to power and political influence. Lanham u. a. 2020.
- Elbe, Ingo: Gestalten der Gegenaufklärung. Untersuchungen zu Konservatismus, politischem Existentialismus und Postmoderne. Würzburg 2020.
- Epkenhans, Michael/Frie, Ewald (Hg.): Politiker ohne Amt. Von Metternich bis Helmut Schmidt (Otto-von-Bismarck-Stiftung. Wissenschaftliche Reihe 28). Paderborn 2020.
- Finkbeiner, Florian: Nationale Hoffnung und konservative Enttäuschung. Zum Wandel des konservativen Nationenverständnisses nach der deutschen Vereinigung. Bielefeld 2020.
- Figes, Orlando: Die Europäer. Drei kosmopolitische Leben und die Entstehung europäischer Kultur. Berlin 2020.
- Gehler, Michael/Kosicky, Piotr. H./Wohnout, Helmut (Hg.): Christian Democracy and the Fall of Communism (Civitas. Studies in Christian Democracy 1). Leuven 2019.
- Ders./Gonschor, Marcus: Ein europäisches Gewissen: Hans-Gert Pöttering. Biografie. Freiburg i. Br. 2020.
- Geppert, Dominik/Hennecke, Hans Jörg (Hg): Interessen, Werte, Verantwortung. Deutsche Außenpolitik zwischen Nationalstaat, Europa und dem Westen. Zur Erinnerung an Hans-Peter Schwarz. Paderborn 2019.
- Graf, Rüdiger (Hg.): Ökonomisierung. Debatten und Praktiken in der Zeitgeschichte (Geschichte der Gegenwart 21). Göttingen 2019.
- Grimm, Oliver: Plötzlich Präsidentin: Porträt Ursula von der Leyen, in: Internationale Politik 75/1 (2020), S. 9–11.
- Grünewald, Robert/Busch-Janser, Sandra/Piepenhauer, Melanie (Hg.): Politische Parteien in der modernen Demokratie. Beiträge zur politischen Bildung (Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung 5). Münster 2020.



- Hauptmann, Mark/Brinkhaus, Ralph (Hg.): Eine Politik für morgen. Die junge Generation fordert ihr politisches Recht. Freiburg i. Br. 2020.
- Heinig, Hans Michael/Schorkopf, Frank (Hg.): 70 Jahre Grundgesetz. In welcher Verfassung ist die Bunderepublik? Göttingen 2019.
- Herbers, Winfried: Der CDU-Politiker Otto Schmidt (1902–1984). Zwischen religiöser Motivation und Sachpolitik (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 72). Düsseldorf 2020.
- Hochgeschwender, Michael: Konservatismus in der Nachkriegszeit, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 68 (2020), S. 629–641.
- Hutter, Swen/Kriesi, Hanspeter/Lorenzini, Jasmine: Soziale Bewegungen im Zusammenspiel mit politischen Parteien. Eine aktuelle Bestandsaufnahme, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen. Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft 32 (2019), S. 163–177.
- Hürter, Johannes/Schaarschmidt, Thomas: Das Kanzleramt – Bundesdeutsche Demokratie und NS Vergangenheit, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 67/2 (2019), S. 307–320
- Kaiser, Wolfram/Wohnout, Helmut (Hg.): Political catholicism in Europe, 1918–45 (Christian democracy in Europe since 1945 Bd. 2.). London u. a. 2020.
- Kiene, Claudius: Carl Spiecker, die Weimarer Rechte und der Nationalsozialismus. Eine andere Geschichte der christlichen Demokratie (Zivilisation und Geschichte 60). Frankfurt a. M. 2020.
- Kittel, Manfred: Stiefkinder des Wirtschaftswunders? Die deutschen Ostvertriebenen und die Politik des Lastenausgleichs (1952 bis 1975) (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 182). Düsseldorf 2020.
- Koerfer, Daniel: Kampf ums Kanzleramt: Erhard und Adenauer. Erweiterte u. aktualisierte Neuaufl. mit Zusatzkapiteln u. a. zu Erhards Tätigkeit während der NS-Diktatur. München/Salzburg 2020.
- Körner, Torsten: In der Männerrepublik. Wie Frauen die Politik eroberten. Köln 2020.
- Kortmann, Matthias: Die politischen Parteien in der deutschen Islamdebatte. Konfliktlinien, Entwicklungen und Empfehlungen, in: German politics: Journal of the Association for the Study of German Politics 29 (2019), S. 282–283.
- Krapf, Manfred: Der deutsche Sozialstaat seit der Jahrhundertwende. Von den Reformen nach 2000 bis zur Gegenwart. Darmstadt 2019.
- Küstners, Hanns Jürgen: Deutschlands Rechtsstatus – Streitfrage der Ost- und Entspannungspolitik im Lichte sowjetischer Akten, in: Borchard, Michael/Karner, Stefan/Küstners, Hanns Jürgen (Hg.): Entspannung im Kalten Krieg. Der Weg zum Moskauer Vertrag und zur KSZE. Wien 2020, S. 55–95.
- Lammert, Norbert: Zuspriech und Zumutungen. Zu den politischen Folgen der Coronapandemie, in: Die politische Meinung 563 (2020), S. 16–26.
- Lensing, Helmut: Die Zentrumsparterie in der Provinz Hannover während der Weimarer Republik. In: Emsländische Geschichte 26/2 (2019), S. 44–112.
- Linden, Markus: Das Scharnier – Neuer Konservatismus und Neue Rechte, in: Merkur 74/8 (2020), S. 86–94.
- Lorke, Christoph/Schmidt, Rüdiger (Hg.): Der Zusammenbruch der alten Ordnung? Die Krise der Sozialen Marktwirtschaft und der neue Kapitalismus in Deutschland und Europa (Nassauer Gespräche der Freiherr-vom-Stein-Gesellschaft 11). Stuttgart 2020.

- Loth, Wilfried: Europas Einigung. Eine unvollendete Geschichte. Frankfurt a. M. 2020.
- Maier, Martin G.: Der herausgeforderte Konservatismus. Von 1968 bis zur Berliner Republik (Reihe Hochschule 12). Marburg 2019.
- Masch, Lena: Politicians' expressions of anger and leadership evaluations: empirical evidence from Germany (Studien zur Wahl- und Einstellungsforschung 34). Baden-Baden 2020.
- McManus, Matthew: The rise of post-modern conservatism. Neoliberalism, post-modern culture, and reactionary politics (Palgrave studies in classical liberalism). Cham 2020.
- Meinel, Florian: Vertrauensfrage. Zur Krise des heutigen Parlamentarismus. München 2019.
- Meißelbach, Christoph: Die Evolution der Kohäsion. Sozialkapital und die Natur des Menschen. Wiesbaden 2019.
- Mensing, Hans Peter: „Arbeitslos werde ich leider oder Gott sei Dank nicht werden, im Gegenteil“: Konrad Adenauer 1963–1967, in: Michael Epkenhans/Ewald Frie (Hg.): Politiker ohne Amt. Von Metternich bis Helmut Schmidt (Otto-von-Bismarck-Stiftung. Wissenschaftliche Reihe 28). Paderborn u. a. 2020 S. 143–161.
- Merz, Friedrich: Neue Zeit. Neue Verantwortung. Demokratie und Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert. Berlin 2020.
- Mittag, Alexander: Schwarz-gelbe Reformen im Bund. Gegen die eigene Identität? (Parteien und Wahlen 19). Baden-Baden 2020.
- Möller, Horst: Franz Josef Strauß und die Entspannungspolitik der sozialliberalen Koalition, in: Borchard, Michael/Karner, Stefan/Küsters, Hanns Jürgen (Hg.): Entspannung im Kalten Krieg. Der Weg zum Moskauer Vertrag und zur KSZE. Wien 2020, S. 155–165.
- Morsey, Rudolf: Hans Buchheims Forschungsprojekt (1963–1966) „Die Politik der Bundesregierung Adenauer“: Früher Zugang zu amtlichem Schriftgut im Bundeskanzleramt – aber (zu) späte Publikation von Teilergebnissen, in: Historisch-Politische Mitteilungen 26 (2019), S. 117–153.
- Ders.: Ludwig Kaas – Exilant in Rom und im Vatikan (1933–1952), in: Historisch-Politische Mitteilungen 26 (2019), S. 185–207.
- Nass, Elmar: Christliche Sozialethik. Orientierung, die Menschen (wieder) gewinnt (Ethik – Grundlagen und Handlungsfelder 13). Stuttgart 2020.
- Prigge, Jasper: Das Geld der Parteijugend. Die Finanzierung der Jugendorganisationen politischer Parteien aus Mitteln des Bundes. Düsseldorf 2019.
- Raedel, Christoph: Die Fortschrittsfalle. Zur Moralisierung gesellschaftspolitischer Debatten, in: Die politische Meinung 562 (2020), S. 72–79.
- Rosenberg, Emma: Germany's Christian Democrats, in: William R. Thompson (Hg): Oxford Research Encyclopedia of Politics. Oxford 2019.
- Rüb, Friedbert W.: Das Jahrhundert der Politik. Eine Geschichte des 20. Jahrhunderts im Licht ihrer Politikbegriffe. Baden-Baden 2020.
- Rütters, Peter: Querelen um das Amt des Alterspräsidenten im Deutschen Bundestag, in: Historisch-Politische Mitteilungen 26 (2019), S. 153–173.
- Stüwe, Klaus: Krise in der Demokratie – Demokratiekrise? Ausnahmezustand und demokratischer Verfassungsstaat, in: Die politische Meinung 563 (2020), S. 77–90.
- Qvortrup, Matthew: Angela Merkel. Europe's most influential leader. Richmond 2020.



- Salten, Oliver: Die Exil-CDU – ein wenig beachteter Akteur im Kalten Krieg, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 26 (2019), S. 223–245.
- Schanetzky, Tim u. a. (Hg.): *Demokratisierung der Deutschen. Errungenschaften und Anfechtungen eines Projekts*. Göttingen 2020.
- Schäfer, Andreas/Merkel, Wolfgang: Emanzipation oder Reaktion: Wie konservativ ist die deliberative Demokratie?, in: *Politische Vierteljahresschrift* 61 (2020), S. 449–472.
- Schäuble, Wolfgang: *Zur Zukunft von Deutschland in der Europäischen Union (Leipziger Vorträge zu Recht und Politik 11)*. Baden-Baden 2019.
- Schellhorn, Michael: „Mit dem Zentrum niemals!“ Alfred Hugenberg und die Deutsche Zentrumspartei in der Endphase der Weimarer Republik (1928–1933), in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 26 (2019), S. 27–63.
- Schirmer, Andreas: Der Nachlass Ludwig Erhards im Archiv der Ludwig-Erhard-Stiftung, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 26 (2019), S. 173–181.
- Schmedes, Hans-Jörg: *Der Bundesrat in der Parteiendemokratie. Aufgabe, Struktur und Wirkungen der Länderkammer im föderalen Gefüge*. Baden-Baden 2019.
- Schreiner, Hubert: *Demokratie kostet Geld. Die Bedeutung der Parteienfinanzierung für die Resilienz der Demokratie*. Wien 2020.
- Schubert, Bernd: *Angela Merkel – Meine Chefin*. Norderstedt 2020.
- Siewert, Norman: Ernst Nolte und Armin Mohler – zwei Intellektuelle zwischen Liberal- und Radikalkonservatismus, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 26 (2019), S. 87–117.
- Sinnreich, Ursula (Hg.): *Auf dem Weg in die Zukunft. Die deutsch-französischen Beziehungen 100 Jahre nach dem Ersten Weltkrieg*. Berlin 2020.
- Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus (Hg.): *Adenauer. Der Garten und sein Gärtner*. Köln 2020.
- Süssmuth, Rita: *Überlasst die Welt nicht den Wahnsinnigen. Ein Brief an die Enkel*. München 2020.
- Thiele, Alexander (Hg.): *Legitimität in unsicheren Zeiten. Der demokratische Verfassungsstaat in der Krise?* Tübingen 2019.
- Tischner, Wolfgang: Christen in der Volksfront? Die Exil-KPD, die katholische Kirche und das Nationalkomitee „Freies Deutschlands“ 1933–1945, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 26 (2019), S. 207–223.
- Triebel, Bertram: *Innenleben einer Blockpartei. Die Thüringer CDU in der DDR und ihre Mitglieder*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 26 (2019), S. 65–87.
- Uelzmann, Jan: *Staging West German democracy. Governmental PR films and the democratic imaginary, 1953–1963*. New York 2019.
- Vogel, Bernhard/Vogel, Hans-Jochen: *Deutschland aus der Vogelperspektive. Eine kleine Geschichte der Bundesrepublik*. Freiburg i. Br. 2020.
- Volkman, Peer Oliver: Heinrich Brüning – Politischer Ratgeber im Exil und für das Nachkriegsdeutschland, in: Michael Epkenhans/Ewald Frie (Hg.): *Politiker ohne Amt. Von Metternich bis Helmut Schmidt*, (Otto-von-Bismarck-Stiftung. Wissenschaftliche Reihe 28). Paderborn u. a. 2020, S. 115–143.
- Wahl, Angelika von/Abels, Gabriele: Ursula von der Leyen als EU-Kommissionspräsidentin – ein gleichstellungspolitischer Erfolg? Zwei Positionen, in: *Femina politica. Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft* 28 (2019), S. 154–159.

- Wambach, Kai: „Barzel den Kopf waschen“ – Barzels Moskareise und die Bedingungen der Ost- und Deutschlandpolitik von CDU und CSU in Zeiten „konspirativer Koexistenz“, in: Borchard, Michael/Karner, Stefan/Küsters, Hanns Jürgen (Hg.): *Entspannung im Kalten Krieg. Der Weg zum Moskauer Vertrag und zur KSZE*. Wien 2020, S. 133–153.
- Weizsäcker von, Richard/Wolfrum, Edgar/Schäuble, Wolfgang: *Lernen Sie, miteinander zu leben, nicht gegeneinander. Reden zur Demokratie*. Freiburg i. Br./Basel/Wien 2020.
- Wintgens, Benedikt: *Treibhaus Bonn. Die politische Kulturgeschichte eines Romans (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 178)*. Düsseldorf 2019.
- Wörmer, Nils: *Schwindende Gewissheiten? Die Westanbindung und Europaorientierung in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik*, in: *Die politische Meinung* 64 (2019) 558, S. 25–30.
- Zimmer, Matthias: *Person und Ordnung. Einführung in die Soziale Marktwirtschaft*. Freiburg i. Br./Basel/Wien 2020.
- Zohlnhöfer, Reimut/Saalfeld, Thomas (Hg.): *Zwischen Stillstand, Politikwandel und Krisenmanagement. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2013–2017*. Wiesbaden 2019.

### Europa, Asien, Lateinamerika – Internationale Kooperationen

- Brandstätter, Helmut: *Letzter Weckruf für Europa*. Wien 2020.
- Carrera, Luis: *Soziale Marktwirtschaft und Soziale Gerechtigkeit für Lateinamerika. Für eine menschliche Entwicklung heraus aus der Armut. Die Soziale Marktwirtschaft als Instrument der Armutsbekämpfung. Eine caritaswissenschaftliche Studie (Studien zur Theologie und Praxis der Caritas und sozialen Pastoral 35)*. Würzburg 2019.
- Conway, Martin: *Western Europe's democratic age, 1945–1968*. Princeton 2020.
- Gatzka, Claudia C.: *Die Demokratie der Wähler. Stadtgesellschaft und politische Kommunikation in Italien und der Bundesrepublik 1944–1979 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 179)*. Düsseldorf 2019.
- Gehler, Michael: *Europas Weg. Von der Utopie zur Zukunft der EU*. Innsbruck 2020.
- Grimmel, Andreas (Hg.): *Die neue Europäische Union. Zwischen Integration und Desintegration*. Baden-Baden 2020.
- Hirschmann, Kai: *Europa zwischen Abbruch und Aufbruch: die Europäische Union vor existenziellen Herausforderungen*. Bonn 2020.
- Kriesi, Hanspeter: *Is There a Crisis of Democracy in Europe?*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 61 (2020), S. 237–260.
- Kneucker, Raoul: *Bürokratische Demokratie, demokratische Bürokratie. Ein Kommentar zu Struktur, Gewalt und System der Bürokratie in Europa (Studien zu Politik und Verwaltung 117)*. Wien/Köln 2020.
- Kühnhardt, Ludger: *Identität und Weltfähigkeit. Sichtweisen aus einem unruhigen Europa (Schriften des Zentrums für Europäische Integrationsforschung 80)*. Baden-Baden 2020.
- Leemhuis, Remko: *„Ich muß deshalb dringend von jeder zusätzlichen Aktion für Israel abraten.“ Das Auswärtige Amt und Israel zwischen 1967 und 1979*. Berlin/Münster 2020.



- Madrid, Raúl L: Opposition parties and the origins of democracy in Latin America in: *Comparative politics* 51 (2019), S. 157–175.
- Marchetti, Andreas/Lerch, Philipp/Piepenschneider, Melanie: Städte- und Gemeindepartnerschaften. Strukturen – Praxis – Zukunft in deutsch-französischer Perspektive (Handreichungen zur Politischen Bildung 26). Sankt Augustin/Berlin 2019.
- Miard-Delacroix, Hélène/Wirsching, Andreas: Von Erbfeinden zu guten Nachbarn. Ein deutsch-französischer Dialog. Ditzingen 2020.
- Priess, Frank: Konfliktmanagement statt Konfliktlösung: Russland, Deutschland und die Europäische Union, in: *Die politische Meinung* 554 (2019), S. 98–103.
- Ders.: Und wo bleibt Europa? Die internationale Staatengemeinschaft nach der Coronakrise, in: *Die politische Meinung* 563 (2020), S. 48–60.
- Sieker, Marianne: The role of the German political foundations in international relations. Transnational actors in public diplomacy (Internationale Beziehungen 25). Nottingham 2019.
- Štefančík, Radoslav: Christlich-demokratische Parteien in der Slowakei. Eine neue Perspektive (Schriftenreihe Politica 119). Hamburg 2019.
- Svampa, Maristella: Epochenwechsel in Lateinamerika. Progressive Regierungen, Extraktivismus und soziale Bewegungen. Münster 2020.
- Urigüen Lopez de Sandaliano, Natalia: Franco's repression of Spanish Christian Democracy. The „Munich Conspiracy“, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 26 (2019), S. 245–257.
- Wertheimer, Jürgen: Europa – eine Geschichte seiner Kulturen. München 2020.
- Woischnik, Jan: Democracia, diálogo e cooperação. A Fundação Konrad Adenauer no Brasil: 50 anos. Rio de Janeiro 2019.
- Wöhl, Stefanie/Springler, Elisabeth/Pachel, Martin/Zeilinger, Bernhard (Hg.): The State of the European Union. Fault Lines in European Integration. Wiesbaden 2020.





## Abstracts\*

*Jan Markert:* Against the 'coalition of Jesuits and ultramontanes, and revolution'. Kaiser Wilhelm I and the Centre Party (pp. 5–25)

Focusing on Wilhelm I's position on the Centre Party and the cultural struggle directed against both it and the Catholic Church, this article demonstrates that Wilhelm I did not merely passively follow the policies of his Reich Chancellor, Otto von Bismarck, but instead, remained an independent political actor into his old age. However, his deep personal aversion to the Catholic Church led Wilhelm I to view the Hohenzollern monarchy as under threat from the Centre Party and 'ultramontanism'. This was particularly the case after the proclamation of the infallibility doctrine. As a result, Wilhelm I supported Bismarck's policy of cultural struggle from the very beginning, just as he would support the anti-socialist laws that were to come. As such, he had a decisive influence on the internal development of the German Empire.

*Caroline Galm:* Integrative 'relationship building': Augusta von Prussia and her dealings with German Catholics (pp. 27–49)

Contrary to contemporary customs and expectations, German Empress Augusta viewed and conducted herself as a woman whose thought and actions were guided by politics. In contrast to her husband, Wilhelm I, she considered the cultural struggle legislation, which was directed against German Catholicism after the founding of the Reich in 1871, to be fundamentally wrong. She had already built up a network of leading Catholic personalities in Prussia and intended to use these relationships both to reconcile the Catholic population with the Protestant ruling house and to integrate it into the state. Therefore, she repeatedly and strongly criticized not only the actions of Otto von Bismarck's government, but also the behaviour of her husband in his support for the government's position.

*Jonas Roch:* 'Never despair, never complain, then the day of freedom will come for me too'. On the life and work of Carl Schulze during two German dictatorships (pp. 51–82)

Carl Schulze, who was born in Bad Liebenwerda, was one of a number of people whose commitment to democracy led them to oppose and, therefore, to be persecuted by both the National Socialist and the SED regimes. In 1945, Schulze became one of the founding members of the East German CDU. He refused to

\* Translated by Simon Phillips.

accept the SED's claim to power, supported, as it was, by the occupying Soviet forces. Initially, Schulze was politically side-lined, then ostracized, before ultimately being imprisoned – just as he had been during the Nazi Era. After his release from prison, he spent the last years of his life in Baden-Württemberg.

*Julius Trugenberger:* The theologian and intellectual among politicians: Eugen Gerstenmaier as student of Friedrich Brunstäd and Emil Brunner (pp. 83–116)

Eugen Gerstenmaier was the intellectual visionary behind Adenauer's CDU. Gerstenmaier's socio-ethical convictions were deeply influenced by his two theological tutors, Friedrich Brunstäd and Emil Brunner. After 1945, he attempted to implement Brunstäd's and Brunner's approach to organically connecting society and Christianity instead of letting them fall apart. This placed him in sharp opposition to Karl Barth and his students, who had developed fundamentally different views about the political and social developments taking place in post-war Germany.

*Matthias Stickler:* 70th anniversary of the signing the Charter of German Expellees. Notes about an often-misunderstood document (pp. 117–131)

2020 marks the 70th anniversary of the signing of the Charter of German Expellees, a document that is still interpreted in various ways. This article locates the document's genesis and its central aspects in a contemporary context. Despite the fact that the charter contains a number of points that are problematic from today's point of view, it demonstrates the hopes of expellees' associations for reconciliation with their eastern neighbours, integration into the Federal Republic and European integration.

*Günter Buchstab:* The whistle-blowers of 1970 – the disclosure of the secret 'Bahr Paper'. On the history of the run up to the Moscow Treaty between the Soviet Union and the Federal Republic of Germany (pp. 133–151)

Against the background of the fierce debates that took place about the new *Ostpolitik* put in place by Brandt/Scheel's social-liberal government, the publication of the 'Bahr Paper' in 1970 was a sensation that provoked strong reactions. It described the outcome of secret talks about the Moscow Treaty involving Egon Bahr, State Secretary in the Chancellery, in the Soviet capital. This article shows that the 'whistle-blowers' were actually the ministerial officials Alois Mertes and Kurt Plück and the Bonn historian Konrad Repgen. These individuals feared a departure from the constitutional mandate to restore German unity and hoped that publication of the paper would build pressure and induce the federal government to correct its eastern and German policy accordingly.



*Martin Falbisoner:* Network politics before the World Wide Web. The CDU, cable television and Teletext (pp. 153–180)

During the Kohl era, the CDU-led federal governments used the innovative media policy approach that had been developed during the party's time in opposition to lay the foundations for the transition to a digital society. This article outlines the CDU/CSU's development of a media policy approach and the policy's implementation. The longstanding Federal Post Minister Christian Schwarz-Schilling played an important role in the policy, which was finally rolled out after the 1982 change in government. The policy included the introduction of cable television and the approval of private broadcasters despite fierce resistance from the opposition and the media, as well as the establishment of Teletext (broadcast texttx) in Germany, which the CDU then used to develop its first professional electronic media presence.

*Guido Hitze:* In the beginning there was Weimar. Old and new information and sources about the establishment of Germany's federal states after 1945 with special consideration of North Rhine-Westphalia (pp. 181–263)

As is the case with the other 'hyphenated federal states' that emerged after the Second World War, the view persists that North Rhine-Westphalia arose out of the interests of the occupying powers, in this case the British. The author uses detailed research to demonstrate that various plans had already been made to reorganise the territory during the Weimar Republic, and that these included a state with borders that corresponded to those of today's North Rhine-Westphalia. Quite a few of the people who were involved in the related discussions – including Konrad Adenauer, Hermann Pünder and Robert Lehr – went on to hold important positions in the early days after the war. As such, they passed on information about the plans that had been developed in the Weimar Republic to the British occupying forces, thus significantly influencing the allies' territorial reorganisation of the emerging (former) Federal Republic.

*Rudolf Morsey:* Heinrich Brüning's private life in Cologne 1951–1955 (pp. 265–281)

From 1951 to 1955, the former Centre Party politician and Reich Chancellor Heinrich Brüning was a professor of political science at the University of Cologne. The author uses spoken and written communication between himself and Brüning's former landlady to trace Brüning's private life, characterised, as it was, by in-depth correspondence and numerous visits.

*Horst Möller: Helmut Kohl – Awareness of history and history policy* (pp. 283–297)

Helmut Kohl, who held a doctorate in history, had a strong sense of history and it was this, among other things, that prevented him from considering the division of Germany that resulted from World War II as immutable. The historical-political projects that Kohl initiated, including the German Historical Museum and the House of History, which the author was also involved in, were intended to enable people to reflect on history in an unbiased manner and to draw political lessons for the present and the future. During this process, Kohl refrained from imposing a direction on the researchers and from dominating the associated discourse.

*Michael Borchard: ‘The grace of late birth’ a misinterpreted sentence and Helmut Kohl’s view of history* (pp. 299–314)

Few of Helmut Kohl’s statements are still quoted as often and remain as controversial as the ‘grace of late birth’. Kohl, chancellor at the time, used this phrase, for example, during his first visit to Israel in 1984. This article argues that the quote continues to be misinterpreted – sometimes deliberately – as trivialising and relativising German guilt for the Nazi’s crimes. However, Kohl used the term ‘grace’ to make it clear that although his and future generations had not been involved in the National Socialists’ crimes, this was not attributable to any particular individual merit on their part and they would still have to come to terms with their own history. The visit to Israel, the perception of which was defined in the Federal Republic by the debate about Kohl’s dictum, was, in retrospect, a great political success, and resulted in a lasting improvement in the previously strained German-Israeli relationship.

*Ulrich Lappenküper: Verdun as a historical symbol: Helmut Kohl and François Mitterrand* (pp. 315–335)

The image of Helmut Kohl and François Mitterrand shaking hands on the former battlefield of Verdun on 22 September 1984 has become almost iconic. This article is the first to use official documents to trace the history, planning and details of the German Chancellor’s visit, which culminated in the famous handshake. In terms of its symbolic value, the handshake can only be compared to Willy Brandt’s kneeling in front of the memorial to the Warsaw Ghetto.



*Günter Buchstab*: The CDU Federal Executive Board's minutes as a source of information about the Kohl era (pp. 337–345)

The author of this article has worked for decades on the scientific volumes covering the minutes of meetings by the CDU's federal executive board. This article provides an overview of what has been published so far. As the CDU was in government for the larger part of the Federal Republic's history, the minutes of the party's management and decision-making committee are a key source of information on the history of the post-war period. It turns out that many of the topics that the board discussed during Kohl's tenure as party chair (1973–1998) are highly topical, such as migration, European politics and the party's relationship with the CSU.

*Jürgen Rüttgers*: Bernhard Worms on his 90th birthday (pp. 347–366)

For decades, Bernhard Worms, who celebrated his 90th birthday in 2020, was a leading figure of the CDU in North Rhine-Westphalia and beyond. The author – a long-time companion – traces the stages of Bernhard Worms' political life: from his beginnings in local politics in Pulheim to serving as chair of CDU Rhineland and its parliamentary group, as well as standing as the party's candidate for the 1985 state parliamentary elections and his position as State Secretary in the Federal Ministry of Labour and Social Order.

## Résumés\*\*

*Jan Markert* : Contre la « Coalition des jésuites et des ultramontains et la révolution ». L'empereur Guillaume I<sup>er</sup> et le Zentrum (p. 5–25)

Partant de l'attitude de Guillaume I<sup>er</sup> envers le Zentrum (parti du Centre) et le *Kulturkampf* dirigé contre ce parti et l'Église catholique, l'article montre que l'empereur n'a absolument pas suivi passivement la politique de son chancelier Otto von Bismarck, mais qu'il est resté un acteur politique autonome jusqu'à un âge avancé. Éprouvant une aversion profonde pour l'Église catholique, il lui semblait que le Zentrum et l'« ultramontanisme » menaçaient la monarchie des Hohenzollern, d'autant plus après la proclamation du dogme d'infaillibilité. C'est pourquoi, sur ce point, comme ultérieurement sur les lois contre les socialistes, Guillaume a soutenu dès le départ la politique du *Kulturkampf* de Bismarck et qu'il a ce faisant exercé une influence décisive sur l'évolution interne de l'Empire.

*Caroline Galm* : Le « travail relationnel » intégratif : Augusta de Prusse et ses rapports avec la population catholique (p. 27–49)

À rebours des usages et attentes de son temps, l'impératrice Augusta se voyait et se comportait comme une femme à même d'avoir une pensée et une action politiques. Contrairement à son mari, l'empereur Guillaume I<sup>er</sup>, elle jugeait que la législation du *Kulturkampf*, dirigée contre les catholiques allemands et mise en œuvre après la fondation du Reich en 1871, était une grave erreur. Elle avait déjà constitué auparavant un réseau avec des figures de proue du catholicisme prussien. Ces relations devaient l'aider à réconcilier les monarques protestants et la population catholique et à intégrer cette dernière au sein de l'État. Elle a ainsi vertement critiqué à plusieurs reprises les procédés du gouvernement d'Otto von Bismarck, mais aussi le comportement de son mari qui appuyait cette politique.

*Jonas Roch* : « Ne nous laissons jamais abattre, ne nous plaignons jamais, alors viendra aussi pour moi le jour de la liberté ». Vie et œuvre de Carl Schulze sous deux dictatures allemandes (p. 51–82)

Carl Schulze, originaire de Bad Liebenwerda, fait partie des personnes qui se sont opposées tout autant au régime nazi qu'à celui du SED au nom de leurs convictions profondément démocratiques et qui ont pour cette raison été victimes de leur répression politique. Membre fondateur de la CDU en 1945, Schulze a

\* Traduit par Valentine Meunier.



refusé d'accepter la revendication de pouvoir du SED, soutenu par les forces d'occupation soviétiques. Comme sous le Troisième Reich, il a d'abord été évincé des affaires politiques, puis mis au ban de la société avant d'être incarcéré. Après sa libération, il a passé les dernières années de sa vie dans le Bade-Wurtemberg.

*Julius Trugenberger* : Un théologien et intellectuel dans la classe politique : Eugen Gerstenmaier, élève de Friedrich Brunstäd et Emil Brunner (p. 83–116)

Les convictions sociales et éthiques d'Eugen Gerstenmaier, maître à penser de la CDU d'Adenauer, ont été profondément marquées par ses deux professeurs de théologie, Friedrich Brunstäd et Emil Brunner. Après 1945, Gerstenmaier a tenté d'appliquer en politique leur approche consistant à relier organiquement le christianisme et la société au lieu de les laisser se déliter. Cette démarche l'a opposé vivement à Karl Barth et ses disciples, qui faisaient une analyse foncièrement différente des évolutions politiques et sociales de l'Allemagne d'après-guerre.

*Matthias Stickler* : 70<sup>e</sup> anniversaire de la signature de la charte des expulsés allemands. Commentaires sur un document souvent mal compris (p. 117–131)

L'année 2020 marque le 70<sup>e</sup> anniversaire de la signature de la charte des expulsés qui fait jusqu'à aujourd'hui l'objet d'une appréciation diverse. L'article décrit la genèse et les énoncés centraux du document en le replaçant dans son contexte. Si certains de ses propos semblent aujourd'hui problématiques, la charte montre la volonté des associations d'expulsés de se réconcilier avec les voisins de l'Est, de s'intégrer à la République fédérale et de s'impliquer dans le processus d'unification européenne.

*Günter Buchstab* : Les lanceurs d'alerte de 1970 – La révélation du « document secret Bahr ». Prélude au traité de Moscou entre l'Union soviétique et la République fédérale d'Allemagne (p. 133–151)

Sur fond de débats virulents autour de la « nouvelle Ostpolitik » du gouvernement social-libéral Brandt/Scheel, la publication du « document Bahr » en 1970 fit sensation et déclencha des réactions violentes. Il contenait les conclusions – secrètes – des discussions que le secrétaire d'État à la Chancellerie, Egon Bahr, avait menées dans la capitale soviétique en amont du traité de Moscou. L'auteur montre que les « lanceurs d'alerte » de l'époque étaient Alois Mertes et Kurt Plücker, des fonctionnaires du ministère, et Konrad Repgen, un historien bonnois. Tous trois redoutaient l'abandon de la mission d'unité allemande ancrée dans la Loi fédérale et espéraient, avec la publication du document, faire pression sur le gouvernement fédéral et l'inciter à changer le cap de sa politique germano-allemande comme à l'égard des pays de l'Est.

*Martin Falbisoner* : La politique de réseaux avant le World Wide Web. La CDU, la télévision câblée et le télétexte (p. 153–180)

Mus par leur idée, forgée pendant les périodes d'opposition, d'être des pionniers en matière de politique médiatique innovante, les gouvernements CDU sous l'ère Kohl ont posé les jalons de l'avènement de la société numérique. La contribution décrit à grands traits l'élaboration d'un projet de politique médiatique au sein des partis de l'Union et sa mise en œuvre après l'alternance gouvernementale de 1982. Christian Schwarz-Schilling, longtemps détenteur du portefeuille de la Poste, y a joué un grand rôle. Cette politique a notamment contribué à introduire la télévision câblée en accordant des licences à des chaînes privées, malgré la vive résistance de l'opposition et des médias, ainsi qu'à développer le télétexte, que la CDU a utilisé pour sa première présentation électronique professionnelle.

*Guido Hitze* : Au commencement était Weimar. Savoirs et sources d'hier et d'aujourd'hui. La fondation des *Länder* après 1945, notamment de la Rhénanie-du-Nord-Westphalie (p. 181–263)

On reste intimement persuadé aujourd'hui que, comme tous les « *Länder* à traits d'union » fondés après la Seconde Guerre mondiale, la Rhénanie-du-Nord-Westphalie a été créée pour répondre aux intérêts des puissances occupantes, en l'occurrence des Britanniques. Mais les recherches approfondies de l'auteur montrent qu'il existait sous la République de Weimar des réflexions sur le réaménagement territorial du Reich comprenant des projets de formation d'un Land dont les frontières correspondaient à celles de la Rhénanie-du-Nord-Westphalie actuelle. Un grand nombre des participants à ces discussions, dont Konrad Adenauer, Hermann Pünder et Robert Lehr, ont été rapidement à nouveau investis de fonctions importantes après la guerre et ont indiqué à la puissance d'occupation britannique les modèles élaborés à l'époque, influençant considérablement de ce fait la restructuration territoriale menée par les puissances victorieuses dans (l'ancienne) République fédérale alors en germe.

*Rudolf Morsey* : La vie privée d'Heinrich Brüning à Cologne entre 1951 et 1955 (p. 265–281)

Entre 1951 et 1955, Heinrich Brüning, ancien membre du Zentrum et chancelier du Reich, enseigna à l'université de Cologne en qualité de professeur de sciences politiques. S'appuyant sur les sources orales et écrites communiquées à l'auteur par son ancienne propriétaire, la contribution retrace la vie de Brüning durant ces années, scandées par une correspondance abondante et de nombreuses visites.



*Horst Möller* : Helmut Kohl – Conscience historique et politique publique de l'histoire (p. 283–297)

Helmut Kohl, titulaire d'un doctorat en histoire, avait une forte conscience historique qui l'empêchait notamment de considérer la division allemande consécutive à la Seconde Guerre mondiale comme un fait irrévocable. Ses projets politiques en matière d'histoire – dont la *Haus der Geschichte* (Maison de l'histoire) et le *Deutsches Historisches Museum* (Musée d'histoire allemande) – à la réalisation desquels l'auteur de l'article a participé – visaient à permettre une mémoire sans idées préconçues, dont des leçons politiques pourraient être tirées pour le présent et l'avenir. Pour ce faire, Kohl a renoncé à donner des directives aux scientifiques impliqués ou à peser sur les discours ayant entouré ces projets.

*Michael Borchard* : *Gnade der späten Geburt* – une phrase mal interprétée et l'image d'histoire de Helmut Kohl (p. 299–314)

Peu de formules d'Helmut Kohl restent aujourd'hui encore aussi citées et aussi controversées que celle prononcée notamment lors de sa première visite en Israël en 1984 : *Gnade der späten Geburt* (Miséricorde pour les plus jeunes). La contribution montre que cette expression est jusqu'à aujourd'hui mésinterprétée – parfois sciemment – comme une banalisation et une relativisation de la culpabilité allemande dans les crimes nazis. En réalité, Kohl a employé le terme *Gnade* pour mettre en évidence que sa génération et les suivantes n'avaient – sans aucun mérite – pas pu participer aux crimes nazis ; simultanément, ils avaient le devoir d'affronter l'histoire. *A posteriori*, le voyage en Israël d'Helmut Kohl, dont la réception en République fédérale s'est faite au prisme de cette maxime, s'est révélée être un grand succès et a durablement amélioré les relations germano-israéliennes, jusque-là difficiles.

*Ulrich Lappenküper* : Verdun comme symbole historique : Helmut Kohl et François Mitterrand (p. 315–335)

La photo d'Helmut Kohl et François Mitterrand se tenant par la main sur l'ancien champ de bataille le 22 septembre 1984 est devenue presque culte aujourd'hui. L'article étudie – en faisant pour la première fois intervenir des archives officielles – la préhistoire, la planification et le déroulement de la visite du chancelier allemand, qui a trouvé son apogée dans le célèbre geste. Sa valeur symbolique atteint celle de l'agenouillement de Willy Brandt devant le monument aux héros du ghetto de Varsovie.

**Günter Buchstab** : L'édition des procès-verbaux du comité directeur de la CDU comme source sur l'ère Kohl (p. 337–345)

L'auteur, qui a travaillé pendant des décennies à l'édition scientifique des procès-verbaux du comité directeur de la CDU, présente une synthèse des volumes déjà parus. La CDU ayant été aux affaires gouvernementales de la République fédérale pendant la majeure partie de son histoire, les procès-verbaux de ses instances dirigeantes constituent une source centrale sur l'histoire de l'après-guerre. Il s'avère qu'un grand nombre des thèmes discutés sous la présidence de Kohl (1973–1998) conservent toute leur actualité, que ce soit la migration, la politique européenne ou les relations avec la CSU, le parti frère.

**Jürgen Rüttgers** : En l'honneur du 90<sup>e</sup> anniversaire de Bernhard Worms (p. 347–366)

Bernhard Worms, qui a célébré son 90<sup>e</sup> anniversaire en 2020, est l'une des grandes figures de la CDU depuis des décennies, bien au-delà des frontières de la Rhénanie-du-Nord-Westphalie. L'auteur, un compagnon de route de longue date, retrace les étapes de la carrière politique de Bernhard Worms : des débuts à l'échelon communal à Pulheim à la présidence de la CDU de Rhénanie et à celle du groupe parlementaire régional de son parti, puis à sa candidature en tête de liste lors des élections régionales de 1985 jusqu'à son poste de secrétaire d'État au ministère fédéral du Travail et des Affaires sociales.



## Zusammenfassungen\*

*Jan Markert:* Wider die „Coalition der Jesuiten und Ultramontanen und Revolution“. Kaiser Wilhelm I. und die Zentrumspartei (S. 5–25)

Am Beispiel seiner Haltung zur Zentrumspartei und des gegen diese und die katholische Kirche gerichteten Kulturkampfes zeigt der Beitrag, dass Wilhelm I. keineswegs passiv der Politik seines Reichskanzlers Otto von Bismarck folgte, sondern bis ins hohe Alter ein eigenständiger politischer Akteur blieb. Der katholischen Kirche mit tiefer persönlicher Abneigung gegenüberstehend, sah er die Hohenzollernmonarchie durch das Zentrum und den „Ultramontanismus“ bedroht, zumal nach der Verkündung des Unfehlbarkeitsdogmas. Daher unterstützte Wilhelm, ähnlich wie später bei den Sozialistengesetzen, Bismarcks Kulturkampfpolitik von Anfang an und prägte so die innere Entwicklung des Kaiserreichs maßgeblich mit.

*Caroline Galm:* Integrative „Beziehungsarbeit“: Augusta von Preußen und ihr Umgang mit der katholischen Bevölkerung (S. 27–49)

Entgegen den Gepflogenheiten und Erwartungen der Zeit betrachtete und betätigte sich die deutsche Kaiserin Augusta als politisch denkende und handelnde Frau. Anders als ihr Mann, Wilhelm I., hielt sie die gegen den deutschen Katholizismus gerichtete Kulturkampfgesetzgebung nach der Reichsgründung von 1871 für grundfalsch. Schon zuvor hatte sie in Preußen ein Netzwerk mit führenden katholischen Persönlichkeiten aufgebaut, um mit Hilfe dieser Beziehungen die katholische Bevölkerung mit dem evangelischen Herrscherhaus zu versöhnen und in den Staat zu integrieren. Sie kritisierte daher immer wieder scharf das Vorgehen der Regierung unter Otto von Bismarck, aber auch das Verhalten ihres Mannes, der diesen Kurs unterstützte.

*Jonas Roch:* „Wir dürfen nie verzagen, nie klagen, dann kommt auch für mich der Tag der Freiheit“. Zum Leben und Wirken von Carl Schulze in zwei deutschen Diktaturen (S. 51–82)

Der aus Bad Liebenwerda stammende Carl Schulze gehörte zu den Personen, die sich aufgrund ihrer demokratischen Grundüberzeugung sowohl dem NS- wie auch dem SED-Regime entgegenstellten und deshalb von beiden politisch verfolgt wurden. 1945 zu den Mitgründern der CDU gehörend, weigerte er sich, den Machtanspruch der von der sowjetischen Besatzungsmacht unterstützten

---

\* Erstellt von Christopher Beckmann

SED zu akzeptieren. Er wurde – wie zuvor in der NS-Zeit – zunächst politisch kaltgestellt, gesellschaftlich geächtet und schließlich inhaftiert. Nach der Haftentlassung verbrachte er seine letzten Lebensjahre in Baden-Württemberg.

*Julius Trugenberger:* Der Theologe und Intellektuelle unter den Politikern: Eugen Gerstenmaier als Schüler Friedrich Brunstäds und Emil Brunners (S. 83–116)

Eugen Gerstenmaier war der intellektuelle Vordenker der Adenauer-CDU, der in seinen sozialetischen Überzeugungen zutiefst geprägt war von seinen beiden theologischen Lehrern Friedrich Brunstädt und Emil Brunner. Deren Ansatz, Christentum und Gesellschaft nicht auseinander fallen zu lassen, sondern organisch zu verbinden, versuchte er nach 1945 in der Politik umzusetzen. Dies brachte ihn in scharfe Opposition zu Karl Barth und dessen Schülerschaft, die die politische und gesellschaftliche Entwicklung Nachkriegsdeutschlands grundlegend anders einschätzten als er.

*Matthias Stickler:* 70 Jahre Unterzeichnung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen. Anmerkungen zu einem oft missverstandenen Dokument (S. 117–131)

2020 jährte sich zum 70. Mal die Unterzeichnung der Charta der Heimatvertriebenen, deren Bewertung bis heute unterschiedlich ausfällt. Der Beitrag schildert die Entstehungsgeschichte und die zentralen Aussagen des Dokuments im zeitgenössischen Kontext. Trotz mancher aus heutiger Sicht problematischer Aussagen dokumentiere es den Willen der Vertriebenenverbände zur Aussöhnung mit den östlichen Nachbarn, zur Integration in die Bundesrepublik und zur Mitwirkung am Ziel einer europäischen Einigung.

*Günter Buchstab:* Die Whistleblower von 1970 – Die Enthüllung des geheimen „Bahr-Papiers“. Zur Vorgeschichte des Moskauer Vertrags zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland (S. 133–151)

Vor dem Hintergrund der seinerzeit heftigen Debatten um die „Neue Ostpolitik“ der sozial-liberalen Bundesregierung Brandt/Scheel sorgte 1970 die Veröffentlichung „Bahr-Papiers“ für großes Aufsehen und heftige Reaktionen. Es handelte sich um die eigentlich geheimen Ergebnisse der Gespräche, die der Staatssekretär im Kanzleramt, Egon Bahr, in der sowjetischen Hauptstadt über den Moskauer Vertrag geführt hatte. Der Autor zeigt, dass es sich bei den seinerzeitigen „Whistleblowern“ um die Ministerialbeamten Alois Mertes und Kurt Plück sowie den Bonner Historiker Konrad Repgen handelte. Sie fürchteten eine Abkehr vom grundgesetzlichen Auftrag zur Wiederherstellung der deut-



schen Einheit und hofften, mit der Veröffentlichung Druck aufbauen und die Bundesregierung zu einer entsprechenden Korrektur ihres ost- und deutschlandpolitischen Kurses bewegen zu können.

*Martin Falbisoner:* Netzpolitik vor dem World Wide Web. Die CDU, das Kabelfernsehen und der Bildschirmtext (S. 153–180)

Fußend auf dem in der Oppositionszeit entwickelten, innovativen medienpolitischen Selbstverständnis schufen die CDU-geführten Bundesregierungen in der Ära Kohl das Fundament für den Wandel zur digitalen Gesellschaft. Der Beitrag skizziert die Entwicklung eines medienpolitischen Konzeptes der Unionsparteien und dessen Umsetzung nach dem Regierungswechsel von 1982, wobei der langjährige Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling eine wichtige Rolle spielte. Hierzu zählten die Einführung des Kabelfernsehens unter Zulassung privater Sender gegen heftigen Widerstand von Opposition und Medien sowie der Aufbau des Bildschirmtextes (Btx), den die CDU zur Realisierung eines ersten professionellen elektronischen Auftritts nutzte.

*Guido Hitze:* Am Anfang war Weimar. Alte und neue Erkenntnisse und Quellen zur Neubildung der Länder nach 1945 unter besonderer Berücksichtigung Nordrhein-Westfalens (S. 181–263)

Nach wie vor hält sich hartnäckig die Auffassung, Nordrhein-Westfalen sei – wie auch die anderen nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen „Bindestrich-Länder“ – aufgrund der Interessen der Besatzungsmächte entstanden, in diesem Falle der Briten. Der Autor weist anhand eingehender Forschungen nach, dass bereits bei Überlegungen zur Neuordnung des Reichsgebiets in der Weimarer Republik Pläne entwickelt wurden, die unter anderem ein Land vorsahen, dessen Grenzen denen des heutigen Nordrhein-Westfalen entsprachen. Nicht wenige der an diesen Diskussionen Beteiligten – darunter Konrad Adenauer, Hermann Pünder und Robert Lehr – bekleideten nach Kriegsende früh erneut wichtige Positionen und gaben ihre Kenntnisse der seinerzeit entwickelten Modelle an die britische Besatzungsmacht weiter und beeinflussten so maßgeblich die von den Siegermächten durchgeführten Neugliederungen auf dem Gebiet der entstehenden (alten) Bundesrepublik.

*Rudolf Morsey:* Heinrich Brüning privat in Köln 1951–1955 (S. 265–281)

Von 1951 bis 1955 lehrte der ehemalige Zentrumspolitiker und Reichskanzler Heinrich Brüning als Professor für Politische Wissenschaften an der Universität Köln. Auf der Grundlage von mündlichen und schriftlichen Mitteilungen seiner damaligen Vermieterin an den Verfasser wird das von intensiver Korres-

pondenz und zahlreichen Besuchen geprägte Privatleben Brünings in diesen Jahren nachgezeichnet.

*Horst Möller:* Helmut Kohl – Geschichtsbewusstsein und Geschichtspolitik (S. 283–297)

Der promovierte Historiker Helmut Kohl verfügte über ein ausgeprägtes Geschichtsbewusstsein, das ihn unter anderem davor bewahrte, die deutsche Teilung in Folge des Zweiten Weltkrieges für endgültig zu halten. Die von ihm initiierten geschichtspolitischen Projekte – darunter das Haus der Geschichte und das Deutsche Historische Museum –, an deren Realisierung der Verfasser beteiligt war, sollten eine unvoreingenommene Erinnerung ermöglichen, aus der auch politische Lehren für die Gegenwart und Zukunft gezogen werden konnten. Dabei verzichtete Kohl darauf, den beteiligten Wissenschaftlern Vorgaben zu machen oder den Diskurs zu dominieren.

*Michael Borchard:* „Die Gnade der späten Geburt“ – ein missinterpretierter Satz und das Geschichtsbild von Helmut Kohl (S. 299–314)

Nur wenige Formulierungen Helmut Kohls werden nach wie vor so häufig zitiert und sind so umstritten wie die von der „Gnade der späten Geburt“, vom damaligen Bundeskanzler unter anderem gebraucht während seines ersten Besuchs in Israel im Jahre 1984. Der Beitrag legt dar, dass die Äußerung bis heute – zum Teil bewusst – fehlinterpretiert wird als Verharmlosung und Relativierung deutscher Schuld angesichts der NS-Verbrechen. Tatsächlich habe Kohl den Begriff „Gnade“ benutzt, um zu verdeutlichen, dass seine und spätere Generationen ohne eigenes Verdienst nicht an den nationalsozialistischen Verbrechen beteiligt sein konnten; gleichwohl müssten sie sich mit der Geschichte auseinandersetzen. Der Israel-Besuch, dessen Wahrnehmung in der Bundesrepublik von der Debatte um Kohls Diktum bestimmt worden sei, sei in der Rückschau ein großer politischer Erfolg gewesen und habe das zuvor belastete deutsch-israelische Verhältnis nachhaltig verbessert.

*Ulrich Lappenküper:* Verdun als historisches Symbol: Helmut Kohl und François Mitterrand (S. 315–335)

Das Bild der sich auf dem ehemaligen Schlachtfeld von Verdun am 22. September 1984 die Hände reichenden Helmut Kohl und François Mitterrand hat mittlerweile fast ikonischen Charakter. Der Beitrag zeichnet – erstmals unter Heranziehung amtlichen Schriftguts – Vorgeschichte, Planung und Verlauf des Besuchs des deutschen Bundeskanzlers nach, der in dem berühmten Handschlag seinen Höhepunkt fand. Dieser werde in seinem Symbolwert



allenfalls von Willy Brandts Kniefall vor dem Denkmal des Warschauer Ghettos erreicht.

*Günter Buchstab:* Die Edition der Bundesvorstandsprotokolle der CDU als Quelle der Ära Kohl (S. 337–345)

Der Autor, jahrzehntelang Bearbeiter der wissenschaftlichen Edition der Protokolle des CDU-Bundesvorstandes, gibt einen Überblick über die bisher erschienenen Bände. Da die CDU während des weitaus größten Teils der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik die Regierung führte, sind die Protokolle ihres Leitungs- und Entscheidungsgremiums eine zentrale Quelle zur Geschichte der Nachkriegszeit. Es zeigt sich, dass viele der in der Amtszeit Kohls als Parteivorsitzender (1973–1998) im Vorstand diskutierten Themen heute noch von hoher Aktualität sind, etwa zur Migrationsproblematik, der Europapolitik oder dem Verhältnis zur Schwesterpartei CSU.

*Jürgen Rüttgers:* Bernhard Worms zum 90. Geburtstag (S. 347–366)

Bernhard Worms, der 2020 seinen 90. Geburtstag feiern konnte, war über Jahrzehnte hinweg eine führende Persönlichkeit der CDU in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus. Der Autor – als langjähriger Weggefährte – zeichnet die Stationen des politischen Lebensweges von Bernhard Worms nach: Von den kommunalpolitischen Anfängen in Pulheim über den Vorsitz der CDU Rheinland und der Landtagsfraktion seiner Partei und der Spitzenkandidatur bei den Landtagswahlen 1985 bis zur Funktion als Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.





## Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Bandes

- Michael Borchard*, Dr. phil., Leiter der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Berlin
- Günter Buchstab*, Dr. phil., bis 2009 Leiter der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
- Martin Falbisoner* M. A., Leiter der Abteilung Medienarchiv und Medienanalyse in der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Berlin
- Caroline Galm*, Gymnasiallehrerin für Deutsch und Geschichte, Schulbuchautorin, Doktorandin an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
- Guido Hitze*, Dr. phil., Leiter der Landeszentrale für Politische Bildung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
- Ulrich Lappenküper*, Dr. phil., Geschäftsführer der Otto-von-Bismarck-Stiftung, Friedrichsruh, apl. Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr, Hamburg
- Jan Markert*, M. A., Promotionsstipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung, Doktorand an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
- Horst Möller*, Dr. phil., Professor em. für Neuere und Neueste Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München; 1992–2011 Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, München/Berlin
- Rudolf Morsey*, Dr. phil., Professor em. für Neuere und Neueste Geschichte, insbesondere Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften, Speyer
- Jonas Roch*, B. A., Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung, Student der Geschichtswissenschaften an der Humboldt-Universität Berlin
- Jürgen Rüttgers*, Dr. iur., 1994–1998 Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, 2005–2010 Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, 2017/2018 Vorsitzender der High Level Strategy Group on Industrial Technologies, 2018/2019 Special Adviser of the European Commission, Honorarprofessor für Politische Wissenschaften an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
- Matthias Stickler*, Dr. phil., Wiss. Leiter des Instituts für Hochschulkunde Würzburg, apl. Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg
- Julius Trugenerberger*, evang. Theologe, Vikar in Ravensburg, 2020 Promotion

## EIN NEUES BILD WILHELMS I.



Robert-Tarek Fischer

### Wilhelm I.

Vom preussischen König  
zum ersten Deutschen Kaiser

2020, 404 Seiten mit 12 farb.

und 13 s/w-Abb., gebunden

€ 35,00 D | € 36,00 A

ISBN 978-3-412-51926-1

**E-Book | E-Pub € 27,99 D | € 28,80 A**

Wilhelm I. (1797-1888) herrschte 30 Jahre über Preußen, davon 17 Jahre über ganz Deutschland – und hinterließ in der Geschichte tiefere Fußspuren als weithin angenommen. Wilhelm, dessen Popularität im Lauf seines Lebens heftig schwankte, bewirkte bei seinem Machtantritt einen tiefgreifenden politischen Umbruch in Preußen. Er stürzte sein Land in den Verfassungskonflikt und machte mit seinen Armereformen Preußens Siege in den deutschen Einigungskriegen möglich. Bislang kaum bekannt: Wilhelm I. entfaltete zunächst als Oberster Kriegsherr und dann als Deutscher Kaiser beträchtliche Wirkungsmacht. Einigen Einfluss nahm er auch auf die „Judenfrage“. Die Biographie zeigt: Ohne das Vorgehen Wilhelms I. wäre die preußisch-deutsche Geschichte in mancherlei Hinsicht anders verlaufen.

**Vandenhoeck & Ruprecht Verlage**

[www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com](http://www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com)



Preisstand 1.1.2020











**Vandenhoeck & Ruprecht Verlage**

[www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com](http://www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com)

ISBN 978-3-412-52147-9



9 783412 521479